साधारण
बाइलींग

00062337

00062337

Digitized with financial assistance from

H T Parekh
FOUNDATION

An Initiative by
HDFC
WITH YOU, RIGHT THROUGH

on 15 October, 2018

Ostasiatische Neubildungen.

733 12. 7. 11.

Ostasiatische Neubildungen

Beiträge zum Verständnis der politischen und kulturellen Entwicklungs-Vorgänge im Fernen Osten

62337

Mit einem Anhange:

Die sinologischen Studien in Deutschland.

von

Dr. O. Franke

Professor für Sprachen und Geschichte Ostasiens an den Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten.

ROYAL ASIATIC SOCIETY LIBRARY OF THE BOMBAY BRANCH OF THE

Tx f. 143

Hamburg 1911
Verlag von C. Boysen.

ORL
Geo 950
F82/051
62337.

Copyright 1911 by C. Boysen, Publisher, Hamburg.

Druck von J. J. Augustin in Glückstadt.

Vorwort.

Nicht ohne Bedenken und erst nach mehrfacher Aufforderung von befreundeter Seite habe ich mich entschlossen, die folgenden Aufsätze, erweitert und vermehrt, in Buchform der Öffentlichkeit zu übergeben. Die meisten von ihnen sind während der letzten acht Jahre schon einmal als Vorträge oder in Zeitungen und Zeitschriften engeren Kreisen bekannt geworden; vielfach sollten sie nur der Erläuterung oder Beurteilung von Tagesfragen dienen, und zum Teil sind sie deshalb auch von den Ereignissen überholt oder gar widerlegt worden. Wenn ich trotzdem ihre nochmalige Veröffentlichung nicht für unnütz gehalten habe, so sind Erwägungen mannigfacher Art dabei bestimmend gewesen.

Bei meiner Beurteilung politischer und kultureller Entwicklungs-Vorgänge im Fernen Osten habe ich mich alle die Jahre hindurch von dem Bemühen leiten lassen, diese Vorgänge in jedem Falle aus dem ostasiatischen Geistesleben heraus zu erklären und sie in ihren geschichtlichen Zusammenhängen zu erfassen. Es war stets meine Überzeugung und ist es heute mehr denn je, daß wir nur auf diesem und auf keinem anderen Wege zu einer richtigen und gerechten Würdigung der ostasiatischen Kultur, ihrer gegenwärtigen Umformung und deren Bedeutung für uns selbst gelangen können. Bei weitem die meisten unserer politischen Berichte über China sind viel mehr durch einseitig-abendländische Denkgewohnheiten, patriotische Empfindungen und persönliche Neigungen und Abneigungen eingegeben als durch eine ausreichende Kenntnis und Würdigung der geschichtlichen Tatsachen. Von diesem Standpunkte ausgehend, findet man in meinen Aufsätzen, selbst da, wo sie Tagesfragen behandeln, doch vielleicht hier und da Angaben, die auch über die Erledigung jener Fragen hinaus eine gewisse Bedeutung behalten und deshalb bei der Beurteilung der Gesamtlage in Ostasien von Nutzen sein können. Dann wird aber auch die Tatsache, daß sich manche der Aufsätze

mit Ereignissen beschäftigen, die längst geklärt oder abgeschlossen sind, kein Nachteil mehr sein; im Gegenteil, die Darstellung erhält dadurch zuweilen jene Unmittelbarkeit des frischen Eindrucks, die später dem Geschichtschreiber oft sehr wertvoll ist. Das Besondere liefert den Stoff, aus dem das allgemeinere Urteil zu bilden ist, und das Licht der Geschichte, das darauf fällt, zeigt den Weg, wie es zu bilden ist. Noch auf einem andern Moment beruht die Unmittelbarkeit der Aufsätze. Zu den meisten der darin erwähnten Persönlichkeiten habe ich in unmittelbaren, teilweise mehrjährigen und nahen Beziehungen gestanden, und an den besprochenen Ereignissen bin ich vielfach, wenn auch manchmal nur flüchtig und mittelbar, beteiligt gewesen. So enthalten diese Blätter viel mehr persönliche Erlebnisse und Erinnerungen als dem Leser bemerkbar wird. Ich brauche indessen kaum zu fürchten, daß ihm diese Unterdrückung eigener Beziehungen bedauerlich sein wird; wir haben in Deutschland übergenug solcher Schilderungen persönlicher Erlebnisse von China-Reisenden.

Die Ergebnisse, zu denen meine geschichtliche Methode bei Beurteilung der Dinge in Ostasien kommt, weichen vielfach ab von dem, was man sich in Deutschland fast als einen politischen und kulturellen Kanon anzusehen gewöhnt hat. Die gebildeten Kreise bei uns stehen noch immer unter dem Banne des Phantoms der „Gelben Gefahr", sie beurteilen die ostasiatischen Fragen viel zu sehr vom Standpunkte eines künstlich gesteigerten Rasse-Gefühls. Sie träumen noch immer von einem solidarischen Europa, dem Hort der edelsten Güter der Menschheit, gegenüber einem barbarischen Asiatentum, das ihnen fast als das Prinzip des Bösen und des Häßlichen erscheint. Sie erweitern in ihren Gedanken die Einheit der abendländischen Kultur zu einer politischen oder gar wirtschaftlichen Einheit, ein fundamentaler Irrtum, der dem naiven Idealismus der Deutschen mehr Ehre macht als ihrem politischen Verständnis. Es gab einst eine Zeit, wo die europäischen Interessen in China solidarisch waren und es bei ihrem bescheidenen Umfange sein mußten, aber diese Zeit ist vorbei und wird nie wiederkehren. In Frankreich, England, Rußland und Amerika hat man sich von diesen Vorstellungen frei gemacht, aber in Deutschland hängt man ihnen mit einer Zähigkeit an, die ihre Ursache nicht bloß in einer mangelhaften Kenntnis überseeischer Verhältnisse hat, sondern leider auch in politischer Unbegabtheit. Dieser unser Wahn hat uns bereits Schaden über Schaden gebracht, aber geheilt sind wir leider noch immer nicht

davon. Das eifersüchtige Ausland, England und Rußland vor allen, hat ihn gründlich auszunutzen verstanden. So oft es zweckmäßig erscheint, werden dem rassetüchtigen Deutschen gefährdete „europäische Interessen“ in China vorgegaukelt, unfehlbar gehen einige patriotische Zeitungen auf den Leim, schreiben warnende Artikel gegen das „verkommene“ Asiatentum, und unmittelbar danach werden diese Erzeugnisse, womöglich als „halb-offizielle“ deutsche Meinungs-Äußerungen, von unseren europäischen Rasse-Genossen durch eine dienstbeflissene Telegraphen-Agentur den Chinesen zur Kenntnis gebracht — als Beweis für unsere „wahre“ Gesinnung! Beispiele wird jeder finden können, der die englischen, chinesischen und japanischen Zeitungen vergleichend liest. Aber auch da, wo solche Fallen nicht gelegt sind, läßt sich unsere Presse, unsere Finanz, unser Handel und zuweilen selbst unsere Politik noch immer beim Betrachten ostasiatischer Dinge gar zu leicht eine englische oder russische Brille aufsetzen, und namentlich die Zeitungen, die ohne eigene Kritik aus englischen oder russischen Quellen schöpfen, leisten unbewußt den fremden Interessen Vorspann, machen sich zu Vorkämpfern in Fragen, die uns wenig oder gar nicht berühren, und schädigen die Stellung der eigenen Regierung und des eigenen Handels in Ostasien. Wir müssen uns daran gewöhnen, in China nicht immer den Feind des Europäertums zu sehen, sondern eine Macht wie andere Mächte, deren Freundschaft für uns von Wert ist und nicht ohne Not, nur einer nebelhaften Rasse-Theorie zu Liebe, in Gefahr gebracht werden darf. Darum dürfen wir keine europäische Politik in China treiben, sondern nur eine deutsche, ohne Rücksicht auf zweifelhafte „Brüder“ und „Vettern“ daheim. In Europa umgeben uns Mißgunst und Übelwollen, wir werden noch hart um unser nationales Dasein zu ringen haben und darum gut tun, uns unter den asiatischen Kulturvölkern soviel Freunde wie möglich zu machen, anstatt tiefgründige Betrachtungen über „höhere“ und „niedere“ Rassen anzustellen. Nur in Deutschland konnte die romantische Idee von einem Kreuzzuge des „christlichen“ Europa gegen das „heidnische“ Asien entstehen. Es ist gut, daß wir uns davon frei gemacht haben, aber wir werden Sorge tragen müssen, daß sich verwandte Vorstellungen nicht immer von neuem in unser politisches Denken einschleichen. Unsere „heiligsten Güter“ werden von ganz anderer Seite bedroht als von Ostasien. Diesem Grundgedanken wird der Leser der Aufsätze öfters begegnen und ihn mehrfach illustriert finden. Sollte er bei der Beurteilung der ostasiatischen Neubildungen in

Deutschland künftig mehr zur Geltung kommen, so wäre der Hauptzweck dieses Buches erreicht. — So viel zur Rechtfertigung des letzteren.

Was die Form der Aufsätze anlangt, so sind diese, wenige unwesentliche Kürzungen abgerechnet, unverändert geblieben, selbst da, wo sich meine ehemaligen Annahmen später als nicht zutreffend erwiesen haben. Dagegen ist der Fortgang der Ereignisse bis zur Zeit des Druckes berücksichtigt und in leicht kenntlichen Zusätzen besprochen worden. Neu und bisher nicht veröffentlicht sind die Aufsätze *Ein Tagebuch Li Hung Tschang's, Die weitere Entwicklung der tibetischen Frage* und der Anhang. Die Anordnung ist nicht durch die Zeitfolge, sondern durch die sachliche Zusammengehörigkeit bestimmt.

Meinen sinologischen Fachgenossen werde ich in diesem Buche wenig neues sagen. Aber ich hoffe auf ihre Zustimmung zu dem Versuche, die wissenschaftliche Sinologie zur Aufhellung politischer Gegenwartsfragen in stärkerem Maße heranzuziehen als dies für gewöhnlich geschieht. Unserer Wissenschaft kann dies, glaube ich, nur förderlich sein.

Hamburg, den 12. Februar 1911.

O. Franke.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Vorwort	V—VIII
Aufsätze	1—353
Der chinesische Staatsgedanke und seine Bedeutung für die abendländisch-chinesichen Beziehungen	1—19
Der Ursprung der Reformbewegung in China	20—35
Geistige Strömungen im heutigen China	36—55
Was lehrt uns die ostasiatische Geschichte der letzten fünfzig Jahre?	56—71
Zur Beurteilung der Pekinger Vorgänge von 1898	72—95
Jung Lu	96—99
Yuan Schi K'ai	100—105
Chinesische Zentralisierungs-Bestrebungen	106—108
Ein Tagebuch Li Hung Tschang's	109—112
Die Beseitigung des staatlichen Prüfung-Systems in China	113—118
Die chinesische Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen	119—121
China auf dem Wege zur Verfassung	122—125
Neue Maßnahmen und Pläne der chinesischen Verwaltung	126—130
Zur Lage in China	131—135
Japans asiatische Bestrebungen	136—157
Die Propaganda des japanischen Buddhismus in China	158—165
Die christliche Propaganda in China und einige ihrer Folgen	166—170
Die Missionar-Frage in China	171—175
Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege	176—199
Die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau, ihre Vorgeschichte, ihre Einrichtung und ihre Aufgaben	200—218
Der erste russisch-chinesische Vertrag	219—227
Zur Vorgeschichte der sibirischen Eisenbahn	228—235
Über die wirtschaftliche Lage und Bedeutung der östlichen Mongolei und westlichen Mandschurei, insbesondere in ihrem Verhältnis zu Rußland	236—254
Tibet	255—263
Zum englisch-tibetischen Vertrage	264—265
Weiteres zum englisch-tibetischen Vertrage	266—268
England, Tibet und China	269—271
Der englische Vertrag mit Tibet	272—273
Der englische Tibet-Vertrag	274—278
Die weitere Entwicklung der tibetischen Frage	279—295
Das Likin und die englisch-chinesische Vertrags-Revision	296—301

Zur Likin-Frage . . . . . 302—303
Der amerikanisch-chinesische Handels-Vertrag . . . . . 304—308
Der japanisch-chinesische Handels-Vertrag . . . . . 309—311
Chinesische Währungs- und Finanz-Fragen . . . . . 312—318
Sir Robert Hart's neuer Finanzplan für China . . . . . 319—322
Zur Frage des chinesischen Seezollwesens . . . . . 323—327
Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China . . . . . 328—353
Anhang: Die sinologischen Studien in Deutschland . . . . . 355—377
Namen- und Sach-Register . . . . . 379—395
Berichtigungen 396

Aufsätze.

Der chinesische Staatsgedanke und seine Bedeutung für die abendländisch-chinesischen Beziehungen.

(Marine-Rundschau 1904, 5. Heft).

Die Entwicklung der abendländisch-chinesischen Beziehungen im 19. Jahrhundert bildet ein äußerst lehrreiches Beispiel für die Bedeutung des Irrtums und des Mißverständnisses in der Weltgeschichte. Auf der chinesischen Seite finden wir eine politische Auffassung, die trotz ihrer bewundernswerten Folgerichtigkeit zuschanden wird, weil sie mit falschen Größenverhältnissen rechnet, auf der abendländischen Seite aber fehlt für diese Auffassung, die zwar verkehrt, aber historisch vollkommen begreiflich ist, jedes Verständnis. So gehen beide Teile in ihrem Verhalten zueinander von Voraussetzungen aus, die nicht zutreffen, infolgedessen treten politische wie wirtschaftliche Enttäuschungen und Katastrophen ein, bis der einen Seite ihr Irrtum, der andern ihr Mißverständnis klar wird. Auf diesem Punkte sind heute die Beziehungen zwischen China und der übrigen Welt angelangt. Um beide Standpunkte richtig würdigen zu können, wird es notwendig sein, daß wir uns zunächst das Wesen des chinesischen Weltreiches, den chinesischen Staatsgedanken, vergegenwärtigen.

Die sittlichen und politischen Auffassungen des Chinesentums wurzeln auch heute noch vollkommen im klassischen Altertum, ja, ihre Anfänge gehen sogar weit in die vorkonfuzianische Zeit zurück. Konfuzius war — trotz aller chinesischen Proteste — keiner von den erleuchteten Geistern, die der Menschheit eine neue Weltanschauung, ein neues Religionssystem gaben. Die großen grundlegenden Gedanken seiner Lehre waren Jahrhunderte, vielleicht Jahrtausende vor ihm Gemeingut des begabten Volkstammes, der, von rätselhaftem Ursprung, einst in den Niederungen des Huang ho unter kulturlosen Barbaren aus sich heraus ein Staatswesen entwickelt hatte, das die

Verwirklichung eben jener Gedanken darstellte. Leider ist uns kein Schriftdenkmal aus jenen vorkonfuzianischen Zeiten in seiner ursprünglichen Fassung erhalten; was wir haben, ist eben von Konfuzius gesammelt, formuliert und redigiert worden, und zwar in erster Linie mit Rücksicht auf das Wesen und die Funktionen des Staatsorganismus. Was nach Konfuzius von Philosophie und Staatslehre in China geleistet ist, zeigt eine unendlich verästelte Spezialisierung der leitenden Gedanken, eine folgerichtige Entwicklung nach den einen, eine Verwirrung und Verdunklung nach den andern. Um die großen Züge im Wesen des chinesischen Staates zu erkennen, wird es für uns genügen, wenn wir jene leitenden Gedanken in den konfuzianischen Schriften aufsuchen und zusammenstellen.

Das einzige Werk, das die chinesische Überlieferung von der Hand des Konfuzius selbst entstanden sein läßt, ist das *Tschʿun-tsʿiu*, d. h. die Annalen seines Heimatstaates Lu (im heutigen Schantung), die nominell den Zeitraum von 722 bis 481 v. Chr. umfassen. Die spätere Exegese hat diesem nur aus Formeln bestehenden Werke eine Deutung der einzelnen Sätze gegeben, die es in der Tat zu dem macht, wofür es den Chinesen seit dem Altertume gilt, nämlich für ein Kompendium ihres Staatsrechts, ja für die eigentliche Verfassungsurkunde. Man mag jene Exegese ihrer Methode nach für richtig oder für falsch halten, jedenfalls gibt sie die leitenden Gedanken am klarsten wieder, nach denen wir suchen. Danach ist die von Konfuzius überlieferte „Religion" — das Folgende wird zeigen, daß wir diesen Ausdruck sehr wohl gebrauchen dürfen — nichts anderes als die Lehre vom Staat als einer von Gott gewollten und von Gott geleiteten irdischen Einrichtung. Der Trieb zur Gemeinschaftlichkeit ist den Menschen ins Herz gelegt worden, so bilden sie die Familie, den Stamm, den Staat. Dem Staate, d. h. der Gemeinsamkeit der Menschen gegenüber steht Gott, oder, wie es in den chinesischen Texten heißt, der Himmel. (Die öfters aufgeworfene Frage, ob sich dieser chinesische Begriff „Himmel" mit dem christlichen Gottesbegriff deckt, mag den theologischen Dogmatikern zur Erörterung vorbehalten bleiben.) „Der Himmel aber", so heißt es bei Tung Tschung Schu,[1]) einer der größten Autoritäten des chinesischen Staatsrechts, „hat keine (menschliche) Sprache, darum bedient er sich gewisser Menschen, die seine Gedanken verkünden". Der aber, der diesen Auftrag des Himmels erhalten hat, ist ein Auserkorener, ein Heiliger, der die Menschen dem Willen des Himmels gemäß führen soll. Darum ist der Heilige auch der Herrscher über die Menschheit, d. h. der Fürst des Staates. Schon aus dieser Grundanschauung folgt mit Notwendigkeit, daß der Staat einheitlich und der Fürst ein einzelner sein muß, mit anderen Worten: der Staat ist die Menschheit, der Fürst, der „den Auftrag des Himmels erhalten"

[1]) Er lebte im 2. Jahrhundert v. Chr. und war Minister bei einem der Lehensfürsten. Sein Werk, das den Titel *Tschʿun-tsʿiu fan lu* d. h. etwa „erweiterte Auslegung (Exegese) des Tschʿun-tsʿiu", ist uns leider nur als Fragment erhalten.

(so lautet die stehende Formel), der Beherrscher der Erde. Diese Anschauung spiegelt sich deutlich in der chinesischen Sprache wieder: Das (Welt-) Reich heißt *t'ien hia*, d. h. „was unter dem Himmel ist", der Kaiser (nur der chinesische) *t'ien tsĕ*, d. h. „Sohn des Himmels", oder auch *schêng schang*, d. h. „der Heilige oben", die Regierung *kuo kia*, d. h. „Staats-Familie" u. a. Diese Ausdrücke gehören nicht etwa nur der Sprache des Altertums an, sondern sie sind auch heute noch allgemein im Gebrauch. Nun hat es auch im alten China schon oft genug Zeiten gegeben, wo mehrere Staaten selbständig neben einander bestanden, deren Herrscher sich alle für die Beauftragten des Himmels hielten, aber ein solcher Zustand ist stets von den konfuzianischen Philosophen für unnatürlich, unheilvoll und gottlos gehalten worden. Fürsten an sich sind wohl existenzberechtigt, aber nur als Vasallen und Lehnsträger des „Himmelssohnes". So heißt es in der Exegese des Tsch'un-ts'iu: „Dem Fürsten, der die Befehle des Himmels erhalten, sind des Himmels Gedanken verliehen, daher die Bezeichnung Himmelssohn, d. h. der Fürst soll dem Himmel dienen wie einem Vater, er soll dem Himmel dienen gemäß den Lehren der kindlichen Pietät. Der Ausdruck Vasallen aber bedeutet, daß diese voll Ehrfurcht zum Himmelssohne emporsehen sollen, von von dem sie ihren Rang erhalten haben."[1]) Dieses Verhältnis kommt auch in dem staatlich-religiösen Ritual zum Ausdruck. „Der Himmelssohn", so bestimmt die Exegese, „opfert dem Himmel und der Erde; die Vasallenfürsten opfern den lokalen Gottheiten des Landes und der Feldfrüchte, der Berge und der Ströme; wer nicht in fürstlichem Verhältnis steht, opfert nicht." Tempel des Himmels und der Erde befinden sich auch heute nur in Peking, und kein anderer Sterblicher außer dem Kaiser hat das Recht, dort zu opfern. An die Stelle der Vasallenfürsten in China selbst sind die Generalgouverneure und Gouverneure getreten. Es liegt also im Wesen dieser Weltanschauung, daß das Vorhandensein mehrerer gleichberechtigter souveräner Staaten unmöglich ist, daß es mithin auch eine eigentliche territoriale Grenze für den Staat nicht gibt, denn der Staat ist eben die Welt. Die verschiedenen Völker wohnen in ihm nebeneinander unter ihren Fürsten, die ohne Rücksicht auf Rasse und Sprache Vasallen des Himmelssohnes sind. „Das Zentrum von allem innerhalb der Welt", heißt es in der Exegese, „liegt beim Himmelssohn, die Völker innerhalb der verschiedenen Grenzen hängen ab von den Vasallenfürsten." Bei den kulturgeschichtlichen und geographischen Verhältnissen des mittleren und östlichen Asiens war es natürlich, daß das Volk, bei dem dieser staatsrechtliche Offenbarungsglaube entstanden war und von dem er weiterverbreitet wurde, auch den Weltherrscher, den Himmelssohn für sich in Anspruch nahm, obwohl dies, wie wir sehen werden, die Theorie durchaus nicht unbedingt verlangt. So wurde China „das Zentrum des Himmels-

[1]) Im Chinesischen *tschu hou* genannt, *tschu* = „alle", *hou* — mit Hinzufügung eines Striches an das Schriftzeichen — = „erwarten" (die Befehle).

sohnes", d. h. das „Zentrumsland" oder „Mittelreich" *(tschung kuo)*, wie es bis auf den heutigen Tag genannt wird.[1])

Der chinesische universalistische Staat stellt sich also dar als eine vollkommene Cäsaropapie, d. h. als ein Staatswesen, in dem der Herrscher zugleich der Hohepriester und Stellvertreter Gottes ist; das Volk, das den Staat bildet, ist die Menschheit. Der Gedanke scheint heute, im Zeitalter des Nationalitätsprinzips, fast absurd, aber dieser Eindruck zeigt uns nur, wie groß der Abstand ist, der zwischen unserem politischen Denken von heute und dem noch vor wenigen Jahrhunderten ist. Die Chinesen sind durchaus nicht das einzige Volk, das den Gedanken des Universal-Staates geboren hat, es scheint vielmehr, als ob fast alle großen Kulturvölker des Altertums wenigstens zeitweilig von ihm in dieser oder jener Form beherrscht worden seien. Den Juden wie den Griechen war ihr Staat der Staat, ihr Volk das Volk; was außerhalb stand, waren Barbaren; der Gedanke von gleichwertigen und gleichstehenden Völkern wäre ihnen als eine Profanierung erschienen. Alexander der Große war der genialste Träger dieser Idee des griechischen Welt-Imperiums, und seine Vergöttlichung als Jupiter Ammon erinnert deutlich an den chinesischen Himmelssohn. Auch bei den Imperatoren des römischen Weltreiches treten ähnliche Auffassungen hervor. Aber wir brauchen nicht so weit in der Geschichte zurückzugehen. In der Begründung der napoleonischen Weltherrschaft wird zeitweilig der nämliche Zug sichtbar, ja an einer Stelle ragt der universalistische Gedanke bis in die Gegenwart hinein, nämlich im Papsttum und der katholischen Kirche. Wenn auch der Kirchenhistoriker Ehrhard *(Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert im Lichte der kirchlichen Entwicklung der Neuzeit)* die Verbindung des Papsttums und des Kaisertums als der beiden höchsten Vertreter der Christenheit und den dadurch bedingten Universalismus als ein charakteristisches Merkmal des Mittelalters hinstellt, so bestehen doch das Wesen und die Ziele der katholischen Kirche unzweifelhaft heute wie immer in der Schaffung eines geistigen und geistlichen Welt-Imperiums, innerhalb dessen, ganz wie in dem

---

[1]) Im *Ostasiatischen Lloyd* vom 10. Juni 1910 findet sich ein Aufsatz „Der chinesische Staatsgedanke" von Dr. Ma Te Yün. Zu seiner Bewertung mögen folgende Sätze dienen: „Kung-Fu-tse schrieb das Werk Lu shih, das heißt: die Geschichte des Landes Lu. . . . In einem Band dieses Werkes, dem Chun-Tsiu, erkennt Kung-Fu-tse als einzige gesetzmäßige Herrschergewalt über alle anderen die Dynastie Chou an usw." Ferner: „(Im Altertum) stellte das heutige Gebiet Chinas keineswegs ein einheitliches Reich dar, sondern zerfiel in zahlreiche Teile. Den Kern und Mittelpunkt bildete unter der ersten Dynastie Hsia (von 2207 bis 1762 v. Chr.) das Reich Chung-Kuo, „das Reich der Mitte". Die zweite Dynastie Shang dehnte die Macht dieses Reiches bis zum Hoangho und Yangtsekiang aus usw." — Der Ausdruck *tschung kuo* oder *tschung pang* („Mittel-Staat") findet sich bereits im *Schu-king* (III, 1, II, 15) und (V, XI, 6) zur Zeit des Kaisers Yü, des Gründers der ersten Dynastie. Es bezeichnet dort lediglich das eigene Gebiet des obersten Herrschers, das in der Mitte liegend gedacht wurde, im Gegensatz zu den umgebenden Gebieten der Lehensfürsten. Daß die Chinesen schon damals „ihr Land als Mittelpunkt der Welt angesehen haben sollten", wie Hirth, *Ancient History of China*, S. 137 meint, ist mir sehr zweifelhaft.

chinesischen Gegenstück, die Völker unter ihren verschiedenen Oberhäuptern nebeneinander wohnen sollen.

Der chinesische Staatsgedanke ist also keineswegs so ungewöhnlich, wie er uns im 20. Jahrhundert auf den ersten Blick hin scheinen könnte. Er ist auch nicht so anmaßend, wie man in der Regel ohne weiteres von ihm behauptet; man braucht ihn nur, um ihn richtig zu würdigen, einmal im Lichte der historischen Verhältnisse zu betrachten. Die Völkerschaften, die im näheren und weiteren Umkreise des wachsenden chinesischen Staates wohnten und wanderten, besaßen entweder überhaupt keine Kultur, oder eine solche, die der chinesischen in keiner Beziehung gleichwertig war. Von den Kulturkreisen des Westens, d. h. Babylons, Indiens, Persiens, Griechenlands, Roms und später des modernen Europas war China durch Wüsten und unübersteigliche Gebirge getrennt, von denen des Ostens, d. h. des amerikanischen Kontinents, durch den Ozean. Zuweilen drang wohl durch kühne Heerführer, durch fremde Handelskarawanen oder durch wagemutige Seefahrer eine dunkle Kunde von großen, blühenden Reichen im fernen Westen bis zum Mittelreich, aber das waren einzelne verlorene Töne, die die Harmonie der politischen Philosophie nicht zu stören vermochten. Zur Zeit der Han-Dynastien, d. h. in den beiden letzten vorchristlichen und den ersten nachchristlichen Jahrhunderten, als die großen chinesischen Feldherren und Entdecker bis in die griechisch-indischen Staaten der Nachfolger Alexanders, ja bis nahe an die Grenzen des römischen Reiches gelangten, mag wohl einzelnen aufgeklärten Geistern in China eine leise Ahnung aufgestiegen sein, daß die Welt doch größer sei, als man angenommen hatte; allein diese Erkenntnis, wenn sie wirklich vorhanden war, ist doch ohne nachhaltige Folgen geblieben. Der Buddhismus, der später einen Verkehr mit Indien anbahnte, war ein zu weltfremdes Element, als daß er die politische Auffassung der Chinesen hätte umformen können; europäische Vorboten, wie Marco Polo im 13. Jahrhundert, oder wie die ersten jesuitischen Missionare im 16. und 17. Jahrhundert, haben, ihren mit Staunen und Bewunderung erfüllten Berichten zufolge, an philosophischen Gedanken von den Chinesen weit mehr erhalten, als ihnen gegeben; und die ersten größeren Bestandteile europäischer Völker, die Portugiesen, Spanier, Holländer und Russen, die man im 16. und 17. Jahrhundert kennen lernte, waren kaum dazu angetan, in China einen anderen Eindruck zu erwecken, als den, daß man es hier mit einer neuen Art recht kulturbedürftiger „Barbaren“ zu tun hätte. Auf der anderen Seite ist es erstaunlich, zu sehen, wie verhältnismäßig leicht und willig sich zwei Jahrtausende hindurch die verschiedensten Völker in das chinesische Weltreich einfügten, die Überlegenheit seiner Kultur anerkannten und trotz aller politischen Selbständigkeit sich dem großen Staatsgedanken unterordneten. Man braucht nur die Verzeichnisse der tributbringenden Völker durchzusehen, die sich bei den Historikern der verschiedenen Dynastien finden, von der Han-Zeit an bis zu den Tagen glänzendster Machtentfaltung unter den großen Kaisern der Mandschu-Dynastie,

K'ang-Hi und K'ien-Lung, im 17. und 18. Jahrhundert, und man wird eine Vorstellung von dem Umfange, der Bedeutung und dem Ansehen des konfuzianischen Weltstaates erhalten.

Der chinesische Universalismus ist mithin weder an sich ungewöhnlich, noch historisch unberechtigt. Man kann sogar getrost behaupten, daß er allen anderen weltimperialistischen Gedanken überlegen ist; das beweist schon der ungeheure Erfolg, den er sowohl mit Bezug auf seine räumliche Verbreitung wie auf seine zeitliche Dauer gehabt hat, und dem die Geschichte nichts Ähnliches an die Seite stellen kann. Aber der chinesische Staatsgedanke überragt auch die anderen ähnlichen Systeme durch seine logische Folgerichtigkeit und seine hohe Moral. Es liegt im Wesen der chinesischen Auffassung von dem göttlichen Charakter der fürstlichen Stellung, daß von einem Legitimitätsprinzip keine Rede sein kann. Fürst und Himmelssohn ist der, der den Auftrag des Himmels erhalten hat, und es ist durchaus nicht selbstverständlich, daß dieser Auftrag vom Vater auf den Sohn, womöglich immer auf den ältesten, forterbt, obwohl tatsächlich das chinesische Staatsrecht immer den Auftrag als an das ganze Geschlecht, d. h. an die Dynastie ergangen annahm. Aber in keinem Falle ist der Auftrag unbedingt und unbeschränkt. Er gilt nur so lange und insoweit, als sein Inhaber ihn loyal ausführt; der Auftrag besteht aber lediglich in der Beschützung, Förderung und Beglückung des Volkes. Macht sich der Beauftragte einer dauernden Vernachlässigung dieser seiner Pflichten schuldig, so entzieht ihm der Himmel sein Mandat, d. h. er wird seiner Herrscherwürde entkleidet, und ein anderer, würdigerer tritt an seine Stelle. Dieser außerordentlich wichtige Grundsatz findet seinen Ausdruck unter anderem in folgender Bestimmung der Exegese des *Tsch'un-ts'iu:* „Der Himmel bringt nicht das Volk hervor um des Fürsten willen, sondern er setzt den Fürsten ein um des Volkes willen. Darum, wenn des Fürsten Tugend imstande ist, das Volk in Frieden und Zufriedenheit zu halten, so erkennt ihn der Himmel als seinen Sohn an; sind aber seine Laster dazu angetan, das Volk zu schädigen und leiden zu lassen, so verwirft ihn der Himmel." Eine ähnliche Würdigung der fürstlichen Gewalt hatte schon der große Philosoph Mêng tsĕ (4. Jahrh. n. Chr.) in den oft zitierten Worten ausgesprochen; „Das Wichtigste ist das Volk, das Nächste sind die Schutzgottheiten des Landes, und das Unwichtigste ist der Fürst." Nicht mit Unrecht hat man aus dieser Auffassung das Recht des chinesischen Volkes auf Empörung hergeleitet, wenn der Fürst diese Förderung der salus publica vernachlässigt und den Auftrag des Himmels nicht ausführt. Die Geschichte zeigt uns, in wie ausgedehntem Maße das Volk in China von diesem ihm zugeschriebenen Rechte Gebrauch gemacht hat. So erklärt es sich auch, daß bis heute die chinesische Anschauung verlangt, daß bei nationalen Heimsuchungen und allgemeinen Unglücksfällen, wie Krieg, Überschwemmungen, Epidemie u. a. der Kaiser die Verantwortung dafür auf sich nimmt, öffentlich eingesteht, durch sein Verschulden diese Strafen des Himmels herbeigeführt zu haben,

und feierlich gelobt, sich und seine Regierung zu bessern. „Der Ursprung aller Heimsuchungen und Umwälzungen", sagt die Exegese, „liegt ausschließlich in Verfehlungen der Regierung. Wenn diese Verfehlungen der Regierung noch in ihren ersten Anfängen sind, so sendet der Himmel Heimsuchungen und Umwälzungen, um sein Mißfallen kundzutun. Weiß man nach dieser Kundgabe des Mißfallens noch nicht für Besserung zu sorgen, so wird man ungewöhnliches Unglück erfahren, damit hierdurch Schrecken eingeflößt werde. Bewirkt auch dieser Schrecken noch keine Scheu vor dem Himmel, so ist zu fürchten, daß die Katastrophe (d. h. Sturz d. Dynastie) eintreten wird." Typische Beispiele solcher kaiserlichen Selbstanklagen waren die nach der Rückkehr des Hofes aus Si-ngan fu nach Peking am Ende des Jahres 1901 erlassenen Edikte des Kaisers und der Kaiserin. Es ist unnötig, hier auf die großen sittlichen Bedenken hinzuweisen, die dieser Auffassung von der Verantwortlichkeit des Herrschers anhaften. Die Ausdehnung der ethischen Erklärung auch auf Erscheinungen in der physischen Natur — die übrigens allen Völkern des Altertums eigen war und auch heute noch nicht völlig aus den Vorstellungskreisen der modernen Kulturmenschheit verbannt ist — wird durch die unzureichende Erkenntnis jener Natur begreiflich und für das Altertum entschuldbar. Für den Realpolitiker wichtiger ist ein anderer Schluß, der sich aus der chinesischen Idee des ethisch-politischen Welt-Staates und aus der Auffassung von der Stellung des Fürsten als eines göttlichen Mandatars ergibt, nämlich der, daß der Himmel, der in seiner Auswahl unbeschränkt ist, sich seinen Vertreter durchaus nicht aus einem bestimmten Teile des Welt-Volkes zu erlesen braucht. Mit anderen Worten: Der Himmelssohn braucht nicht notwendig ein Chinese zu sein, die herrschende Dynastie kann vielmehr auch dem Auslande entstammen. Hierdurch erklärt sich die Tatsache, daß die verschiedenen nichtchinesischen Dynastien, die über China geherrscht haben, nirgends von den Historikern als unrechtmäßige angesehen werden; auch das gegenwärtig regierende mandschurische Herrscherhaus ist niemals als ein usurpatorisches aufgefaßt worden. Wenn in neurer Zeit Reisende und Zeitungen, namentlich anglo-amerikanische, von einer „drückenden Fremdherrschaft" in China, dem „Nationalstolz" der Chinesen, der sich dagegen aufbäumt, und ähnlichen Dingen zu erzählen wissen, so zeigen sie eine Verkennung der chinesischen Auffassung vom Staat: der Gedanke an eine „Fremdherrschaft" ist, wie wir gesehen haben, völlig unchinesisch; wenn sich einige ganz wenige, „moderne" Chinesen von ihren okzidentalen Lehrmeistern anscheinend einen solchen Gedanken haben aufreden lassen, so hat dieser nur Wurzel fassen können, weil in der Tat eine Unzufriedenheit mit der Dynastie vorhanden sein mag.[1]) Diese Unzufriedenheit aber entstammt einer

[1]) Diese von außen hereingetragene Entwicklung des Nationalitätsgefühls hat während der letzten Jahre erhebliche Fortschritte gemacht und, nicht zum wenigsten infolge gewisser aufreizender Ungeschicklichkeiten mandschurischer Prinzen und Rat-

ganz anderen Quelle: es kann nach dem Vorhergesagten nicht wundernehmen, wenn im Hinblick auf die schweren Unglücksfälle, die das Reich im 19. Jahrhundert getroffen, in manchem konfuzianisch denkenden Weltbürger Zweifel rege geworden sind, ob der „Auftrag des Himmels" für die Dynastie als noch bestehend anzusehen sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde auch während der T'ai-p'ing-Rebellion um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dem Auftrage mit allen seinen sichtbaren Wirkungen ein Ende bereitet sein, wenn nicht damals schon von außen her Kräfte in den Entwicklungsgang der chinesischen Geschichte eingegriffen hätten, die bis dahin nicht vorhanden gewesen waren. Die „Fremdheit" tut also der Autorität einer Dynastie keinen Eintrag, denn tatsächlich gibt es keine Fremdheit und keine Nationalität im chinesischen Staate, unerläßliche Bedingung für die Autorität ist nur, daß die neue Dynastie die großen menschheitbeglückenden „Gedanken des Himmels" wieder aufnimmt, die das gestürzte Herrscherhaus hatte fallen lassen, und so ihr göttliches Mandat dartut. Die Träger jener Gedanken sind sterblich und wandelbar, die Gedanken selbst ewig und unveränderlich. Chinesische Schriftsteller der Neuzeit sind, wie wir sehen werden, in ihren Schlüssen aus dieser Grundauffassung der konfuzianischen Staatslehre noch weiter gegangen und haben dem ganzen chinesischen Universalismus dadurch einen anderen Charakter zu geben versucht. Es kann nicht mehr auffallen, wenn wir in der chinesischen Geschichte sehen, wie nicht bloß die Völker, die in die politische Abhängigkeit Chinas geraten, durch seine ethische Kultur umgeformt werden, sondern auch die fremden Stämme, die sich der Herrschaft über das Mittelreich bemächtigen, alsbald mit Bewußtsein ihre Sonderanschauungen aufgeben und sich dem chinesischen Staatsgedanken anfügen.

Als philosophisches System betrachtet, muß also die chinesische Weltanschauung entschieden unsere Bewunderung erregen. Sie überrascht durch ihre Einfachheit, ihre Folgerichtigkeit und ihren hohen sittlichen Ernst. Der Grundgedanke: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht" erhält hier einen systematischen Ausbau; ein göttlicher Wille, der die Vervollkommnung der Menschheit als deren Endzweck betreibt, bedient sich erlesener Menschen, macht sie zu Herrschern in seinem Auftrage, verwirft sie, wenn sie für jenen Zweck ungeeignet sind, und bringt, durch eine weise Lenkung der historischen Geschehnisse, neue Männer als Führer der Menschheit ans Licht. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, zu erörtern, wie dieses System im Laufe der Jahrhunderte weiter ausgestaltet wurde, wie man es mit mystischen Vorstellungen und wertlosen Gedankenspielereien belastete, und wie es schließlich großenteils zu formelhaften Phrasen

---

geber, den bedenklich gesteigerten Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschus hervorgerufen. Vergl. unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.* Es ist fraglich, ob der wachsende „Nationalismus" in China bei dem Gegensatz zu den Mandschus stehen bleiben und nicht noch weitere Zerreißungen in dem nur kulturell, nicht völkisch einheitlichen Chinesentum verursachen wird.

erstarrte, die eine Lähmung seines sittlichen Wertes herbeiführten. Wir wollen vielmehr lediglich die Frage prüfen, wie die Wirkungen dieses Systems waren, als das Chinesentum mit den religiösen und politischen Auffassungen des Abendlandes zusammentraf.

Am verständlichsten mußte der chinesische Universalismus naturgemäß den Sendboten der katholischen Kirche sein, die zuerst im 16. Jahrhundert nach China kamen. Denn sie fanden hier einen Welt-Staat und eine Welt-Kirche zu einer Einheit verschmolzen vor, die in einem großen Maßstabe die Ziele bereits verwirklichte, nach denen die römische Kirche noch strebte. Ihre Bewunderung des konfuzianischen Systems fand denn auch in den Schriften der Jesuiten des 17. Jahrhunderts einen lauten Ausdruck. (Vergl. z. B. das Werk der Jesuiten Intorcetta, Herdritch, Rougemont und Couplet: *Confucius Sinarum Philosophus*, Paris 1687.)[1] Den Chinesen ihrerseits erschien die christliche Religion zunächst weder als etwas Hassenswertes, noch als etwas besonders Wichtiges. Sie war ihnen lediglich eine neue Glaubensform einer bis dahin unbekannten fernwohnenden Völkerschaft, wie sie deren im Buddhismus und Muhammedanismus ja schon mehrere im Mittelreiche hatten. Vielleicht dachten einige ganz vereinzelte Persönlichkeiten anders darüber, aber der Allgemeinheit war das Christentum ebenso belanglos oder ebenso kulturhistorisch merkwürdig wie die anderen fremden Glaubensformen in China. Auch die Kaiser zeigten der „von Westen gekommenen" Lehre gegenüber eine gutmütige Neugier, aber kein eigentliches Verständnis; die Wertschätzung, die sie einzelnen Missionaren zuteil werden ließen, galt anderen Eigenschaften von ihnen als religiösen. Diese Gesinnung änderte sich aber in dem Augenblick, wo das Christentum sein eigentliches Wesen offenbarte, oder wo man anfing, dieses Wesen zu begreifen. In China wird jede Glaubensform geduldet, soweit sie nicht mit der politisch-religiösen Staatslehre des Konfuzianismus — oder dem, was man heute dafür ansieht — in Konflikt gerät. Das Christentum aber geriet in einen solchen Konflikt, als es — was es seinem Wesen nach mußte — die göttliche Vermittlerstellung des Himmelssohnes und die mit dem Verhältnis zum Himmel eng zusammenhängende Verehrung der Ahnen bekämpfte. In diesem Augenblick erschien es als ein neues politisches System, das an den Grundlagen des chinesischen Staates rüttelte, und verfiel nun als gefährliche Irrlehre der Ächtung. Diese Auffassung der Chinesen vom Christentum mußte natürlich in bedeutendem Maße verstärkt werden, als es im 19. Jahrhundert an der Seite der wirklichen politischen Macht auftrat, und die realen Machtmittel des Staates in seinen Dienst gestellt wurden. Das geschah, als die berühmte Toleranzklausel zugunsten der christlichen Missionen in die mit Waffengewalt erzwungenen Verträge (den englischen und fran-

[1] Die Verfasser verwenden zwei besondere Kapitel (das V. und VII. ihrer „Proemialis declaratio") darauf, um zu beweisen, „Sinas diluvio fuisse proximos, adeoque notitia cultuque veri Numinis in ipso ortu imbutos", und erklären: „argumentis aliis atque aliis confirmatur, veri Dei apud Sinas notitiam extitisse".

zösischen von 1858) aufgenommen wurde. Nun war das Christentum die Staatslehre des Westens, mit der die konfuzianische des Ostens verdrängt werden sollte, also eine Vernichtung der Stellung des Mittelreichs im Weltstaate, ein Umsturz der bestehenden Weltordnung! Dieser Standpunkt, eingeschränkt vielleicht insofern, als das Christentum in erster Linie als Mittel oder Vorwand der europäischen Mächte angesehen wird, China politisch und wirtschaftlich zu unterjochen, ist auch heute noch der allgemeine oder jedenfalls ausschlaggebende im Chinesentum.[1]) Es ist wichtig, sich ihn gegenwärtig zu halten, denn nur von ihm aus lassen sich die politischen Vorgänge in China während der letzten Jahrzehnte richtig würdigen. In Europa ist er zum Teil zu spät, zum Teil überhaupt nicht erkannt worden.

Aber diese religiöse Wirkung war nicht die einzige, die das Zusammentreffen des chinesischen Staatsgedankens mit der okzidentalen Kultursphäre auf den ersteren ausübte. Es war in der Natur der politischen Denkungsarten beider bis dahin einander unbekannten Welten begründet, daß sie in ein Verhältnis der Gegnerschaft treten mußten, und nur eine fast übermenschliche Weisheit hätte diese Gegnerschaft sogleich beseitigen können. Der Welt-Staat und das Weltbürgertum Chinas traf im Europäertum das genaue Gegenteil seiner selbst: den National-Staat und das Nationalitäts-Prinzip. Und zwar geschah dies gerade in dem Jahrhundert, wo der Nationalismus eine noch nie dagewesene Triebkraft entwickelte und sich zeitweilig sogar bis zum krankhaften Chauvinismus auswuchs, in dem Jahrhundert, das Nietzsche in seiner paradoxen Art als das Zeitalter des „Nationalitätswahnsinns" bezeichnet hat. Nicht mit Unrecht hat man zur Rechtfertigung dieser Erscheinung des 19. Jahrhunderts gesagt, daß die nationale Eigenart um so deutlicher empfunden und zu wahren gesucht werde, je mehr die Gefahr des Kosmopolitismus drohe, was bei dem Handel und Verkehr dieser Zeit der Fall sei; daß also das nationale Bewußtsein eine Art Reaktion gegen die Angst vor dem Kosmopolitismus darstelle. Unter solchen Umständen konnte der zur höchsten Vollkommenheit ausgebildete chinesische Kosmopolitismus bei dem Europäertum nicht auf Verständnis und noch weniger auf Sympathie rechnen. Die Bürger des souveränen Nationalstaates sahen in dem chinesischen Anspruch auf Weltherrschaft eine unerträgliche Anmaßung, einen politischen Größenwahn. Mit einer historischen oder philosophischen Erklärung dieses Anspruches hielt man sich nicht auf, sondern machte sich sehr bald daran, ihn mit Waffengewalt auszutreiben. Die bekannten Verhältnisse, unter denen okzidentale Kaufleute, englische insbesondere, in Kanton bis gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts Handel trieben, und die Art, wie sie von den chinesischen Behörden behandelt wurden, waren auf die Dauer nicht haltbar und führten schließlich zu der kriegerischen Auseinander-

[1]) Heute, nachdem man die Kultur des Abendlandes in ihrer Heimat selbst und die Stellung der Kirche innerhalb dieser Kultur genauer kennen gelernt hat, denkt man ruhiger in diesem Punkte.

setzung im Jahre 1841. Daß gerade der Opiumhandel die unmittelbare Veranlassung dazu wurde, war ein böser Zufall, der dem Eindringen des Europäertums einen unerwünschten Makel und dem Kriege seinen wenig ehrenvollen Namen verschafft hat. Im Grunde war die Opiumfrage belanglos, der Krieg wurde um andere Dinge geführt und war unter keinen Umständen zu vermeiden: er war der Beginn des Kampfes zwischen dem nationalen und dem universalistischen Staatsgedanken, mit anderen Worten: der National-Staat forderte die Anerkennung seiner Gleichberechtigung mit dem chinesischen Welt-Staate. Diese Anerkennung mußte notwendig vom Standpunkte des ersten als etwas Natürliches verlangt, von dem des zweiten ebenso notwendig als etwas Unnatürliches verweigert werden. Dieser Konflikt wurde mit den Waffen ausgefochten, aber nicht beseitigt. Das hätte nur auf dem Wege der Beweisführung geschehen können, durch Überzeugung des einen Teils von der Unrichtigkeit oder wenigstens Unzweckmäßigkeit seiner Auffassung. Aber die Weltgeschichte vollzieht sich nicht in der Form philosophischer Auseinandersetzungen, ihre geheimnisvollen Gesetze wirken mit derselben Unfehlbarkeit wie die Naturkräfte: nur was lebensfähig ist, bleibt; was ungeeignet ist, wandelt sein Wesen oder geht unter, mag es sich um ein organisches Gebilde oder um eine Weltanschauung handeln. Hier war indessen die Entwicklung noch nicht so weit. Der Irrtum, in dem sich England damals der chinesischen Auffassung gegenüber befand, war kaum weniger groß als der, den man heute der letzteren zuschreibt. Das zeigt schon der Vertrag von Nanking, den man im Jahre 1842 mit China abschloß, oder vielmehr, dessen Unterzeichnung man ihm aufzwang. Er hatte die übliche Form eines Vertrages zwischen zwei gleichberechtigten Staaten, eine Form, für die natürlich bei den Chinesen unmöglich ein Verständnis vorausgesetzt werden konnte; die Gleichberechtigung selbst wurde in sehr matter Weise im Artikel 11 für die Ausdrücke des schriftlichen Verkehrs festgesetzt. Der Vertrag mag den Chinesen als eine Art Gotteslästerung erschienen sein, zu der man sie mit Gewalt gezwungen hatte; sie hielten sich an seinen Inhalt für so wenig gebunden, wie an ein Versprechen, das durch Bedrohung des Lebens erzwungen ist. Das wenigstens war der Standpunkt der Regierung in Peking während der folgenden Jahre; den Beamten und Kaufleuten in den geöffneten Häfen, die nun persönlich mit den neuen Fremdlingen in Berührung kamen, mögen freilich schon damals leise Zweifel über die Richtigkeit dieses Standpunktes gekommen sein. Als im Jahre 1857 Kanton von den Engländern und Franzosen erobert wurde, fand man in dem Amtsgebäude des General-Gouverneurs die ratifizierten Exemplare der Verträge mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Man hatte die „unsinnigen" Dokumente nicht in der Nähe des Himmelssohnes behalten wollen und zurückgeschickt. Hatten die okzidentalen Nationen bei den Chinesen Begriffe vorausgesetzt, die sie nicht haben konnten, so beharrte das universale Chinesentum bei seiner Auffassung, daß die eingegangenen Verflichtungen nichts seien als dem

Himmelssohne abgetrotzte Gnadenerweisungen, die jederzeit zurückgenommen werden könnten. Man hat, vielleicht nicht mit Unrecht, gegen das Europäertum den Vorwurf erhoben, daß es auch jetzt noch nicht, oder jedenfalls nicht ernstlich genug, den Versuch gemacht habe, China durch vernünftige Darlegungen von der Unhaltbarkeit seines Standpunktes unter den neuen Verhältnissen zu überzeugen; dann trifft aber China die Schuld, vor zahlreichen, Beachtung fordernden Tatsachen hartnäckig die Augen geschlossen zu haben, anstatt an der Hand dieser Tatsachen den eigenen Staatsgedanken einer Kritik zu unterziehen, wie dies erst vier Jahrzehnte später geschehen ist.

So wie die Dinge lagen, konnte die geschichtliche Entwicklung nur den Lauf nehmen, den sie genommen hat. Hochmütige, unbelehrbare Verblendung auf der chinesischen Seite, rücksichtsloses Ausdehnungsbedürfnis und mangelndes politisches Verständnis auf der europäischen, d. h. englischen ließen den Vertrag von Nanking im wesentlichen einen toten Buchstaben bleiben. Der Abschluß der Verträge mit Amerika und Frankreich im Jahre 1844 änderte an den Verhältnissen nichts. In Peking war man froh, daß die Abgesandten beider Länder nicht auch Geld und eine Insel verlangten, wie vorher die von England, die sonstigen Abmachungen aber mit ihnen nicht ebenso zu treffen wie mit dem letzteren, lag kein Grund vor, wenn man dadurch die lästigen Dränger los wurde. Welches Schicksal der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten unter dem 12. Juli 1843 an „seinen guten Freund", den Kaiser von China, gerichtete Brief gehabt hat, ist nicht bekannt geworden, aber leicht zu erraten. So näherten sich die Verhältnisse zwischen China und den fremden Mächten sehr bald wieder dem Punkte, wo sie unmöglich wurden. Der unmittelbare Anlaß, der den Zusammenbruch und den neuen Krieg (den sogenannten „Lortscha[1])-Krieg") herbeiführte, war höchst bezeichnend. Im Herbst 1856 verhafteten die Chinesen auf einer Lortscha in Kanton, die einen chinesischen Eigentümer hatte, aber die englische Flagge führte, einen Teil der chinesischen Bemannung und holten die Flagge nieder. Diese Beleidigung des nationalen Wahrzeichens wurde von dem englischen Konsul zur Hauptsache seiner nachfolgenden Beschwerde gemacht, und da den Chinesen natürlich jedes Verständnis dafür fehlen mußte, so verweigerten sie die — übrigens in ganz unberechtigter Form verlangte — Genugtuung, und der Krieg brach aus. Das Ergebnis waren die Verträge (englisch, amerikanisch und französisch) von Tientsin, die im Jahre 1860 in Peking ratifiziert wurden. Ihre für die allgemeine politische Auffassung wichtigsten Bestimmungen waren die Anerkennung der völlig gleichberechtigten Souveränität der vertragschließenden Mächte und, als lebendiger Ausdruck dieser Anerkennung, das Recht, einen diplomatischen Vertreter des fremden Souveräns am Hofe des Kaisers von China in Peking dauernd zu unterhalten. Diese Zugeständnisse

[1]) Ein Seeschiff mit europäischem Rumpf und chinesischer Takelage.

müssen den chinesischen Ministern zum wenigsten die Erkenntnis gebracht haben, daß es zur Durchführung ihres Staatsgedankens unter den neuen Verhältnissen einer ganz anderen materiellen und kulturellen Ausrüstung ihres „Mittelstaates" bedürfe, als ihnen zur Verfügung stand. Es ist aber auch in hohem Maße wahrscheinlich, daß jetzt selbst jenen Ministern die Überzeugung aufgestiegen war, in ihrer politischen Weltauffassung müsse sich ein innerer Fehler befinden, an dem der ganze Bau zu Falle kommen könnte. Zahlreiche private Äußerungen gebildeter Chinesen und selbst hoher Würdenträger während der folgenden Jahre deuteten darauf hin, daß diese Überzeugung sogar schon recht weit um sich gegriffen haben mußte, aber amtlich oder öffentlich wagte niemand den Gedanken von einer Gleichstellung der fremden nationalen Staaten auszusprechen; die Ausdrücke in amtlichen Schriftstücken, soweit man sich unbeobachtet glaubte, zeigten vielmehr das gerade Gegenteil. Die öffentliche Meinung, deren Träger das Beamten- und Literatentum ist, war noch viel zu stark, als daß man die Grundsätze der uralten Staatsweisheit vor aller Augen anzutasten gewagt hätte. Diese bis heute noch nicht überwundene Scheu[1]) hatte ihren Grund in dem, was dem ganzen System Jahrtausende hindurch zugleich seinen Halt gegeben hatte, nämlich in dem religiösen Moment des chinesischen Staatsgedankens. Denn mit der Anerkennung mehrerer gleichstehender Staaten und Fürsten auf der Erde fiel der göttliche Charakter des Himmelssohnes als des einzigen Auserwählten, als des Hohenpriesters und Vermittlers zwischen Gott und der Menschheit. Welche Folgen aber eine solche Geistesrevolution für die Regierbarkeit der Millionen des Mittelreiches nicht bloß, sondern auch für die der äußeren Tributvölker haben konnte, war nicht zu ermessen. Die Autorität der Zentralgewalt wurde durch die allmähliche Preisgabe jenes religiösen Moments einer gewaltigen Belastungsprobe ausgesetzt, und es ist bezeichnend für das Beharrungsvermögen in der orientalischen Gedankenwelt, daß diese Autorität durch die Belastung nicht mehr gelitten hat, als es bis jetzt der Fall ist. In Europa fehlte für diese Seite der chinesischen Frage nahezu jedes Verständnis, die wenigen Kenner der Verhältnisse, die darauf hinwiesen, wurden verlacht. (Vgl. die Bemerkungen von Wells Williams in *The Middle Kingdom* II, 670.) Und doch wäre gerade im Hinblick auf dieses Moment etwas mehr Nachsicht und Geduld auf europäischer Seite, ganz besonders in der Missionarfrage, am Platze gewesen. Es war nicht alles böser Wille des Beamtentums, was man in Europa ohne weiteres dafür hielt, und mancher greuelvolle Ausbruch des Fremdenhasses wäre vermieden worden, hätte man jenen Schwierigkeiten ein etwas wohlwollenderes Verständnis entgegengebracht.

Seinen politischen Ausdruck fand der Kampf der beiden Staatsauffassungen während der drei nächsten Jahrzehnte (von 1860 ab) in der Behandlung der Audienzfrage, d. h. der Art des Empfanges der

[1]) Sie ist auch jetzt noch nicht völlig überwunden, aber im Schwinden begriffen.

fremden Gesandten in Peking durch den Kaiser. Von den Vertretern der drei ersten Vertragsmächte machte zuerst der amerikanische im Jahre 1859 den Versuch, eine Audienz in einer Form zu erlangen, die den westlichen Auffassungen Rechnung trug. Die Chinesen hatten in der Tat bereits auf Beobachtung des orientalischen Zeremoniells verzichtet und verlangten nur den auch in Europa zum Teil üblichen harmlosen Kniefall. Die Audienz würde daraufhin zustande gekommen sein, hätte nicht einer der chinesischen Würdenträger den religiösen Charakter der Zeremonie hervorgehoben, durch die man „dem Kaiser und Gott die gleiche Ehrfurcht bezeuge". Darauf verweigerten die Amerikaner — logischerweise — den Kniefall, und die Chinesen — ebenfalls logischerweise — die Audienz. Schritt für Schritt hat man dann unter den Mauern des Kaiserpalastes in Peking der chinesischen Weltauffassung den Boden abgewonnen; zahllos, hart und demütigend waren die Beweise, die China während der nächsten vierzig Jahre von der überlegenen Kraft der neuen Staatsraison hinnehmen mußte, und nur mit Mühe ließen sich die äußeren Formen des zusammenbrechenden Systems noch aufrecht erhalten. Auch die späteren Audienzen der Gesandten im Jahre 1873 und dann erst wieder im Jahre 1891 mit nicht-orientalischem Zeremoniell galten, aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, in Europa noch für einen unzulässigen Kompromiß mit der chinesischen Auffassung. Seltsamerweise wuchs bei dem Europäertum mit der genaueren Kenntnis Chinas auch die drängende Ungeduld, bei dem Chinesentum aber die Verbissenheit des Widerstandes. Abgesehen von den Verträgen und von der Korrespondenz mit den fremden Vertretern, war das erste chinesische amtliche Schriftstück, in dem die internationale Gleichberechtigung anerkannt wurde, die Kriegserklärung gegen Japan, die am 1. August 1894 in Form eines kaiserlichen Edikts erlassen wurde. Schon die Tatsache, daß der Krieg darin als ein Krieg im okzidentalen Sinne angesehen wurde, d. h. als ein Verhältnis, wie es nur zwischen souveränen Staaten möglich ist, schon diese Tatsache brach mit der Überlieferung, nach der alle Kriege nur Rebellionen gegen den Himmelssohn, d. h. gegen die göttliche Weltordnung waren. Aber auch auf das Völkerrecht, das jus inter gentes, beruft sich das Edikt ausdrücklich, also auf einen völlig neuen Begriff, der verschiedene gleichwertige Rechtsubjekte, nämlich die Staaten, voraussetzt. Die Demütigungen jenes Krieges haben dann den Chinesen auch in den breiteren Schichten die Vorteile der neuen, eingeschränkten Staatsform dargetan, und so fand bald danach auch die Dynastie den Mut, öffentlich die veränderte Auffassung ihrer Stellung zu zeigen. Das geschah bei dem Empfang des Prinzen Heinrich von Preußen durch den Kaiser im Mai 1898. Zum ersten Male in der Geschichte Chinas, soweit sie uns bisher bekannt ist, entäußerte sich hier der Himmelssohn öffentlich seiner ihm von der chinesischen Weltanschauung zugeschriebenen Stellung bis zu dem Grade, daß er das Mitglied einer fremden Fürstenfamilie vor den Augen seiner höchsten Minister als ihm gleichstehend be-

zeichnete. Diese Bezeichnung fand ihren Ausdruck darin, daß der Prinz auf dem Throne neben dem Kaiser saß und mit ihm als Mensch zu Mensch sprach, und daß danach der Kaiser dem Prinzen seinen Besuch, der also keine Audienz war, in feierlicher Form erwiderte. Der ganze Vorgang war eine Staatsaktion, die weit über die Bedeutung einer zeremoniellen Frage hinausging und den Beginn einer neuen Periode in der chinesischen Verfassungsgeschichte bezeichnet. Diese ihre Bedeutung ist auch von den Chinesen als solche empfunden worden.[1])

Wenn das Ereignis trotz seines umwälzenden Charakters nicht so starke sichtbare Erschütterungen im Chinesentum hervorgerufen hat, wie man hätte annehmen sollen, so erklärt sich dies dadurch, daß es nicht als etwas Unvermitteltes, Plötzliches eintrat, sondern daß durch die Ereignisse der letzten Jahrzehnte und die dadurch verursachten Erwägungen die Gemüter darauf vorbereitet waren. Vierzig Jahre früher wäre es als etwas Ungeheuerliches, Unfaßbares erschienen, am Ende des 19. Jahrhunderts war es das verständliche Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung. In einzelnen begabten Köpfen war schon vorher, besonders nach dem japanischen Kriege, der Gedanke aufgestiegen, daß in dem chinesischen System selbst ein Fehler sein müsse, der es für die neuen politischen Verhältnisse untauglich mache. Man fing an, den universalistischen Staatsgedanken an der Hand des in jüngster Zeit Erlebten einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und man fand alsbald, daß er, wie am Anfang dieser Abhandlung gesagt war, mit falschen Größenverhältnissen rechnete, d. h. daß die Welt — was vielleicht erleuchtete Geister schon in früherer Zeit geahnt hatten — größer sei als man angenommen. China war nicht, wie man jetzt merkte, das einzige Kulturzentrum der Erde, sondern es gab deren mehrere, und das westliche, mit dem man in Berührung gekommen war, äußerte sogar, zur Zeit wenigstens, eine stärkere Lebenskraft als das chinesische. Die Einheit der göttlichen Weltordnung war also in der Form jedenfalls, in der man sie vorausgesetzt hatte, nicht vorhanden, und damit schien die ganze Jahrtausende hindurch bewährte Weisheit sich als ein einziger ungeheurer Irrtum herauszustellen. Man begann unter diesen Eindrücken die Klassiker, und zwar ganz besonders das Tsch'un-ts'iu und seine Exegese mit Rücksicht auf die neu gewonnenen Gesichtspunkte sorgfältig zu prüfen. Das Resultat war überraschend. Man

[1]) Der greise Wêng T'ung Ho, damals Mitglied des Staatsrates und Minister im Tsungli Yamen, einer der würdevollsten und gelehrtesten Vertreter des streng konfuzianischen Chinesentums, der trotz seines hohen Alters neuen Auffassungen zugänglich geworden war, (vergl. unten den folgenden Vortrag) sagte nach Beendigung jenes Empfanges im Sommerpalast Wan-schou schan zu mir: „Wir haben heute etwas Unerhörtes erlebt, etwas, für das es keinen Vorgang in der chinesischen Geschichte gibt". Während der Vorverhandlungen über den Besuch des Prinzen war es die Kaiserin-Mutter, die zuerst den Mut hatte, ihren Ministern zu sagen, die regierenden Familien der Erde bildeten eine Gemeinschaft, und ihre Mitglieder seien einander gleichstehend. — Das ist nicht der einzige Beweis für den scharfen Verstand dieser vielgeschmähten Frau.

fand, oder man glaubte zu finden, daß der chinesische politisch-ethische Universalismus der letzten zehn Jahrhunderte im klassischen Konfuzianismus gar keine Unterlage hatte, daß er vielmehr nur durch Fälschungen der Exegese ermöglicht worden war.[1]) Die sehr reiche staatswissenschaftliche Literatur der Chinesen aus den letzten Jahren[2]) zeigt in ungemein interessanter Weise, wie die neue Weltanschauung sich auf der gesäuberten Grundlage des klassischen Konfuzianismus aufzubauen beginnt. So heißt es in einer Abhandlung „über den politischen Kampf ums Dasein" von Wang Kiao Jen: „Mehr als fünfzig Staaten zählt die Erde und fünfzehnhundert Millionen Menschen, alle aber hoffen dem Glück entgegen. Mêng tsĕ sagt: „Nicht durch Wälle und Grenzzeichen schließt man ein Volk ein, nicht durch Berge und Ströme sichert man einen Staat, nicht durch Waffen und Rüstungen schafft man sich Ehrfurcht im Weltreiche". Der Sinn des Tsch'un-ts'iu aber ist: Trennung der Länder, nicht Trennung der Völker, Anbruch des Weltfriedens und vernünftige Regierung der Welteinheit. Hier liegt die Wahrheit". Zu der bisherigen Auffassung, wonach China der eigentliche Mittelpunkt des Weltalls sei, in dem und von dem aus der göttliche Wille sich wirksam mache, tritt nun in den denkbar schärfsten Gegensatz die neue Erkenntnis, die, gestützt auf modernes Wissen, die richtigen Größenverhältnisse aufdeckt und bereits anfängt, die Folgerungen zu ziehen aus dem, was man heute den kosmischen Gedanken nennt. Plastisch tritt dies hervor in dem Nachworte eines gelehrten Konfuzianers, namens Mai Mêng Hua, zu den Denkschriften K'ang You Weï's. Dort heißt es: „China gehört zum Erdball und ist einer von den sechsundfünfzig Staaten desselben. Der Erdball gehört zum Sonnensystem und ist einer von den zweihundertundneunundvierzig Planeten desselben. Das Sonnensystem gehört zum Himmelsraum und bildet dort ein winziges Teilchen unter den Milliarden von Sternenhaufen und Sternenwolken, einen einzigen unter den Weltkörpern, die zahllos sind wie die Sandkörner eines Stromes. Der Himmelsraum aber ist wieder nur ein Teil unter zahllosen Teilen des unendlichen, unfaßlichen Alls. Konfuzius war sich dessen bewußt, darum wird in seinem Tsch'un-ts'iu das unendliche All angesehen als den Himmel (Himmelsraum) umfassend, der Himmel aber nur als ein kleiner Gegenstand im All. Im unendlichen All befindet sich der Himmels-

[1]) Es wird hier lediglich eine sachliche Darstellung der Schlußfolgerung des politischen Reform-Konfuzianismus gegeben; in eine Kritik der Richtigkeit dieser Schlußfolgerung einzutreten, oder die Art ihrer Herleitung aus den klassischen Texten im einzelnen zu verfolgen, ist hier nicht der Ort.

[2]) Sie ist zusammengestellt in einem i. J. 1898 zu Schanghai gedruckten Werke, das aus 21 Heften besteht und in Anlehnung an ein sehr bekanntes älteres staatswissenschaftliches Werk den Titel führt: *Huang-tsch'ao king-schi wên sin pien.* Ihm sind die meisten der obigen Zitate entnommen. Näheres über das Werk in meiner Abhandlung *Die wichtigsten chinesischen Reformschriften vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts,* im Bulletin de l'Académie Impériale de St.-Pétersbourg Band XVII Nr. 3 (Oktober 1902) unter C.

raum, im Himmelsraum das Sonnensystem, im Sonnensystem die Erde, auf der Erde China".[1]) Die neue Auffassung machte nun auch eine Umänderung der Terminologie nötig, soweit sie universalistischen Charakters war. Vor allem verlangte der alte Name für das Weltreich der chinesischen Cäsaropapie, *tien hia*, („was unter dem Himmel ist", s. o. S. 3), eine Einschränkung seiner Bedeutung. Diese Frage wird in den modernen Schriften besonders ausführlich erörtert. So sagt eine Abhandlung von Wang Kang Nien über „die Umformung des chinesischen Staatswesens": „Für die Modernisierung des Staatsorganismus stellen sich drei große Gesichtspunkte dar. Zunächst ist die Bedeutung des Ausdrucks *tien hia* zu regeln. Heute ist diese Bedeutung keine einheitliche mehr, von der Regierung aber dürfen die verschiedenen Bedeutungen nicht unterschiedslos gebraucht werden, denn sie sind einander ungleich wie Norden und Süden. Es ist also notwendig, dem Ausdrucke wieder einen bestimmten einheitlichen Sinn zu geben." (Die beiden anderen Gesichtspunkte kommen für uns nicht in Betracht.) Dieser Sinn aber ist: Irdische Welt, ohne Rücksicht auf ihre politischen Formen. Das neue China nahm also mit Bewußtsein und Überzeugung Abschied von dem bisherigen Universalismus, d. h. — wohlverstanden! — von dem politischen Universalismus des Mittelalters, nicht aber von dem ethischen des klassischen Konfuzianismus, den man jetzt erst richtig zu begreifen glaubte. Wie oben ausgeführt war, sind danach „die Gedanken des Himmels", d. h. die sittlichen Ideale ewig, unveränderlich und einheitlich, ihre Träger aber sterblich, wandelbar und verschieden, und zwar nicht bloß, wie man bisher angenommen hatte, verschiedene Dynastien eines Weltstaates, sondern verschiedene Völker der Erde. Die Völker blühen oder verfallen, je nachdem sie die sittlichen Ideale zu verwirklichen streben oder sich von ihnen abwenden. Dieser Gedanke findet sich am klarsten ausgesprochen in der systematischen Darstellung, die der bekannte K'ang You Weï im Jahre 1897 von Tung Tschung Schu's Exegese des Tsch'un-ts'iu verfaßt hat.[2]) „Nach der Lehre des Tsch'un-ts'iu", heißt es dort, „wird nur durch sittliche Reinheit göttliche Verwandtschaft begründet. Hat das Mittelreich diese sittliche Reinheit nicht, so ist es ein Barbarenland; hat ein Barbarenland sie, so ist es das Mittelreich. Meine Beziehungen zu anderen Menschen werden nicht durch Landesgrenzen getrennt". Wir finden also hier nunmehr den rein ethischen Universalismus, der, von allem politischen Beiwerk befreit, mit der Verteilung der Menschheit in verschiedene Staaten nichts zu schaffen hat und ein Verhältnis von einem souveränen Staate zu Vasallenstaaten nicht kennt. Einheitlich ist und bleibt nur die Menschheit als solche, die ohne Rücksicht auf politische Formen in edlem Wetteifer der

[1]) Damit vergleiche man aber das Wort des Mêng tsĕ, (V, 1, VI, 1) das er sogar dem Konfuzius in den Mund legt: „Der Himmel hat nicht zwei Sonnen, das Volk hat nicht zwei Kaiser".

[2]) Sie führt den Titel *Tsch'un-ts'iu Tung schi hio*. Näheres darüber in meinem Verzeichnis *der wichtigsten chinesischen Reformschriften* unter Nr. 5.

Völker den sittlichen Idealen zustreben soll, deren Kenntnis durch den göttlichen Willen jedem Menschen ins Herz gelegt ist, und deren Erreichung den nächsten Zweck des Daseins der Völker bildet. Das ist es, was von dem chinesischen Universalismus heute übriggeblieben ist.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß um dieselbe Zeit, wo China in seinem Staatsgedanken den Irrtum entdeckte, der für sein Land und für sein Ansehen so furchtbare Verluste und Demütigungen gebracht hatte, der Okzident anfing, denselben Staatsgedanken zu verstehen und erklärlich zu finden. Man begann im Abendlande einzusehen, daß man dem Chinesentum gegenüber in mißverständlichen Auffassungen befangen gewesen war, daß man nicht das Maß von Nachsicht, Geduld und wohlwollendem Interesse gezeigt hatte, das der Wissende dem Nichtwissenden schuldig ist, und daß man dadurch an den erlebten Enttäuschungen und Katastrophen bis zu einem gewissen Grade mitschuldig geworden war. General Sharetts, der Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten für die Handelsvertrags-Verhandlungen mit China, sprach sich in einem Vortrage in Schanghai im Jahre 1902 über diese Frage ausführlicher aus und kam zu folgendem Schlusse: „Die Geschichte der fremden Beziehungen zu China vom Jahre 1861 an, bis der Krieg mit Japan die politische Atmosphäre klärte, läßt sich sehr kurz in folgende Worte zusammenfassen: Indifferenz und Verständnislosigkeit auf der einen Seite, Verschleppung und Pflichtvergessenheit auf der andern. Der Same des Hasses, der während dieser Zeit ausgestreut wurde, hat seine erwartete Frucht getragen. Diese Frucht war reif für den Schnitter, als das 19. Jahrhundert zu Grabe getragen wurde: Die Greuel der Boxer bildeten die natürliche Ernte".

Unsere Blicke wenden sich der Zukunft zu. Wird das Chinesentum aus seiner neuen Erkenntnis die politischen Folgen ziehen und an die Stelle des im Nebel zerfließenden Welt-Staates den geschlossenen National-Staat setzen? Daß in solcher Neugründung allein ihm die Möglichkeit gegeben ist, sich als selbständige politische Einheit zu erhalten, haben seine aufgeklärtesten Geister längst gesehen. Ein geistvoller deutscher Schriftsteller sagt: „Den Geselligkeitstrieb des Menschen wird man füglich Gruppierungsmotiv nennen müssen. Nicht darin nämlich liegt sein Wesen, daß wir in einer möglichst umfassenden Allgemeinheit aufgehen wollen, uns in ihr verlieren, sondern wir sehnen uns nach einer Gruppe, die unserer Eigenart adäquat ist und dadurch, daß sie sich gegen anderes abgrenzt, geeignet ist, unsere Eigenart zu sichern". (Richert, *Das Nationalgefühl als psychologisches Phänomen,* in den Preußischen Jahrbüchern vom Mai 1902.) Dieses Gruppierungsmotiv lebt, als blinder Instinkt, auch im Chinesentum: Wird man ihm die Zeit und die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und politisch zu betätigen? Und wenn der neue chinesische Nationalstaat ausgebaut ist, wird er dann neben den edlen Kräften, die der Nationalismus verleiht, auch dessen gefährlichen Auswuchs, den Chauvinismus in sich entwickeln? Dem chinesischen Weltstaate

war der Rassenhaß fremd und mußte es dem Wesen dieses Weltstaates zufolge sein. „Wo Bildung besteht, gibt es keine Rassenunterschiede", heißt es in den „Gesprächen" des Konfuzius.[1]) Der Begriff des Rassenhasses ist dem Chinesentum erst durch die Europäer und vor allem durch die Japaner bekannt geworden. Die Abneigung gegen die Fremden in China gilt oder galt bis vor kurzem nicht der fremden Rasse als solcher, sondern sie gründete sich zuerst auf den verblendeten Dünkel den vermeintlichen rohen Barbaren gegenüber, dann auf die Furcht vor den mächtigen Feinden des politischen und kulturellen Chinesentums. Nicht zum wenigsten wird es an der Haltung des Europäertums selbst liegen, ob der Rassenfanatismus, dessen Keime unzweifelhaft jetzt vorhanden sind, weiter wachsen wird, oder ob das hohe sittliche Motiv des neuen chinesischen Universalismus die Oberhand behält, das, unbeschadet des nationalen Charakters der Staaten, ein ethisches Welt-Imperium aller Guten erstrebt, in dem niemand Herrscher und niemand Diener ist. Der Ausgang des großen Kampfes, der jetzt im fernen Osten sich vollzieht, wird die Richtung andeuten, in der die Entwicklung sich bewegt.

[1]) *Lun-yü* XV, 38.

Der chinesische National-Staat ist heute stark in der Entwicklung begriffen, und nicht zum wenigsten hat der Ausgang des russisch-japanischen Krieges dieser Entwicklung die Kraft gegeben. Aber ohne schwere Krisen scheint sich auch hier der Übergang zum Neuen nicht vollziehen zu sollen. Der junge Nationalismus ist sehr rasch zum Chauvinismus ausgeartet und anstatt bescheiden zu lernen und mit Geduld zu bauen, verschmäht er in verblendeter Selbstüberschätzung Rat und Hilfe und bringt die Einheitlichkeit des Staatswesens durch unreife Überstürzung in Gefahr. Das junge China hat den Hochmut des alten übernommen, aber nicht seine Kenntnisse. Das heranwachsende Geschlecht hat sich bisher noch wenig fähig erwiesen, die großen Gedanken der ersten Reformatoren in ernster Arbeit zu verwirklichen. Mit der ersten Entstehung dieser Gedanken und den durch sie hervorgerufenen Kämpfen und Krisen während der letzten zwanzig Jahre beschäftigen sich die folgenden Vorträge und Aufsätze.

Der Ursprung der Reformbewegung in China.

(Vortrag in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg. 25. Februar 1903.)

Bevor ich zu dem Gegenstande dieses Vortrages selbst komme, halte ich mich für verpflichtet, eine kurze Rechtfertigung desselben zu geben. Wir haben ja alle genugsam von der Reformbewegung in China gehört, und ich nehme es als nur natürlich an, daß Sie sich fragen, was denn diese sogenannten Reformen in China mit ihren unreifen Ideen, ihren papiernen Maßregeln und ihren doch niemals ernst gemeinten Entwürfen, kurz was diese ganze „unaufrichtige Komödie eines wenig sympathischen Volkes" für uns hier für ein Interesse haben könne, die wir doch vor allem praktische Ziele mit praktischen Mitteln förden wollen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn ich mein Thema anders bezeichnet hätte, obwohl ich bekennen muß, daß ich keine bessere Bezeichnung dafür weiß. Ich will Ihnen nicht etwa die politischen und wirtschaftlichen Reform-Experimente Chinas ins Gedächtnis zurückrufen, die Ihnen zum großen Teil die Zeitungen bereits berichtet haben, ich will Sie vielmehr bitten, einen Augenblick mit mir auf einen erhöhten Aussichtspunkt zu steigen und dort Umschau zu halten. Wir werden dann ein Problem vor uns auftauchen sehen, so vielgestaltig, so riesengroß, daß wir die Tiefe seines Wesens gar nicht ergründen, die Größe seiner Dimensionen gar nicht ermessen können. Stellen Sie Sich vor: ein Volk, das ein Fünftel der gesamten Bevölkerung der Erde ausmacht, bewohnt als eine festgeschlossene soziale und politische Einheit einen von der Natur besonders begünstigten Teil dieser Erde, es schafft auf diesem Teile aus sich selbst ein Kulturzentrum, dessen Normen sein gesamtes sittliches, politisches und wirtschaftliches Leben bis ins kleinste einheitlich durchdringen, bedenken Sie, daß dieses Kulturzentrum wirkt wie im Weltall das Zentrum eines Sonnensystems, d. h. alle fremden Kulturelemente werden entweder von ihm aufgesogen oder so beein-

flußt, daß ihre fernere Entwicklungsbahn dauernd von ihm abhängig bleibt, vergegenwärtigen Sie sich endlich, daß dieser Aufsaugungs- und Beeinflussungs-Vorgang mehr als vier Jahrtausende hindurch ohne eine einzige Unterbrechung vor sich gegangen ist — und dann betrachten Sie das Schauspiel, das sich uns heute bietet: ein anderes, neueres Kulturzentrum, das kaukasische, dessen Wirkungsgebiet sich in rascher Weise erweitert hat, und dessen Einfluß auf fremde Kulturen bis jetzt viel weniger ein aufsaugendes als ein zersetzendes, zerstörendes gewesen ist, trifft auf die alte Kulturwelt der Chinesen und geht sofort, seinem innersten Wesen folgend, zum Angriff darauf über. Wie mag die Wirkung dieses Stoßes auf den angegriffenen Teil sein, welche schlummernden Kräfte müssen in dem Riesenkörper dadurch wachgerufen werden, und welche Rückwirkung müssen diese wieder auf den Angreifer ausüben? Daß dieser ganze Vorgang kaum übersehbare Folgen haben muß, und daß diese Folgen fühlbar werden müssen für jede einzelne Beziehung zwischen Kaukasiertum und Chinesentum, für den Staatsmann wie für den Kaufmann, ist natürlich und selbstverständlich. In den Tiefen des Chinesentums beginnen denn auch bisher verborgene Kräfte wachzuwerden, Bewegung entsteht in den vor kurzem noch starren Massen, und ein Gärungsprozeß fängt an sich zu entwickeln, von dem heute noch niemand sagen kann, was daraus hervorgehen wird, dessen an die Oberfläche dringende Äußerungen aber immer deutlicher und zahlreicher werden; auch die Ereignisse von 1900 gehören dazu. Dieser Gärungsprozeß nun, mit dem man sich in Europa noch in eingehender Weise wird beschäftigen müssen, ist es, was ich unter dem Ausdruck „Reformbewegung" verstanden wissen möchte, und ich denke, daß der Gegenstand nicht bloß Anspruch auf ein akademisches, sondern vielleicht in noch höherem Maße auch auf praktisches Interesse hat, denn von dem Verlaufe jenes Prozesses wird die gesamte Entwicklung unserer Beziehungen zu Ostasien abhängen.

Wir müssen uns nun die Frage vorlegen, auf welche Weise wir am besten einen Einblick in jenen völkerpsychologischen Vorgang erhalten. Eine wirkliche historische Darstellung davon zu unternehmen, ist in dem Vortrage eines Abends selbstverständlich ausgeschlossen; wollte ich Ihnen aber eine gedrängte Zusammenstellung der tatsächlichen Ereignisse geben, so würde ich lediglich einen Strom schwer verständlicher Namen und farbloser Daten an Ihnen vorüberrauschen lassen, der Sie sehr schnell ermüden müßte. Ich will deshalb lieber versuchen, Ihnen einige von den geistigen Niederschlägen zu zeigen, die in einem Teile des chinesischen Volkes, und zwar dem begabtesten und einflußreichsten, durch die Berührung mit der westlichen Kultur hervorgerufen wurden, Ihnen den Ideengang nahe zu bringen, der der sogenannten Reformbewegung zu Grunde liegt. Und zwar will ich Ihnen diesen Ideengang nicht bloß selbst darlegen, es soll dies vielmehr auch durch den Mund eines der bedeutendsten und energischsten Vertreter jenes Volksteiles geschehen. Ich werde Ihnen zu dem Zwecke nachher eine Anzahl

von Stellen aus den Schriften des Ihnen gewiß noch erinnerlichen K'ang You Weï vorlesen, der bei dem Staatsstreich von 1898 so oft genannt worden ist.

Bevor ich aber hierzu übergehe, möchte ich Sie noch auf einige allgemeine Gesichtspunkte aufmerksam machen. Der Ausdruck „Reformbewegung" — im chinesischen lautet er *sin hio* d. h. neue Lehre oder Lehre von der Erneuerung — deutet auf ein Streben, etwas zu reformieren, zu erneuern. Was soll nun reformiert werden? Ein großer Teil der ausländischen Presse, vor allem die englische, und ebenso ein großer Teil der christlichen Missionare hält bis heute an der Behauptung fest, daß die Träger der Bewegung erfüllt seien von aufrichtiger Bewunderung der westlichen Kultur, daß die Minderwertigkeit des Chinesentums ihnen klar geworden sei, und daß ihr Ziel darin bestände, den altersschwachen Bau des letzteren niederzureißen und einen modernen, mit europäisch-christlichem Geiste erfüllten Staat an seiner Stelle zu errichten.[1]) Nach den Proben, die ich Ihnen mitteilen will, werden Sie selbst urteilen können, was an diesen Angaben richtig, und wie weit diese Auffassung berechtigt ist. Das Bild, das ich Ihnen entrollen werde, wird noch einige andere Züge tragen. K'ang You Weï und seine Schüler — denn sie haben wir vor allen als die Gründer der organisierten Bewegung anzusehen — sind Vertreter des gelehrten Chinesentums, und zwar des reinen Konfuzianismus der neueren Schule. Als solche aber verwerfen sie das gesamte Regierung-System des heutigen China, denn, so argumentieren sie, dieses System ist durch und durch unkonfuzianisch, es besteht in dem gedankenlosen Beobachten äußerer Formen, die leer und tot sind, weil der lebendige Geist der konfuzianischen Moral längst daraus entwichen ist. Diese Formen sind zumeist nichts anderes als dogmatische Spitzfindigkeiten des Mittelalters und der Lehre des Konfuzius fremd. Darum fort mit diesen Formen, die unser geistiges Leben erstarren machen, und zurück zu dem reinen Staatsgedanken des alten Konfuzianismus. Wir brauchen aus diesem nur die praktischen Folgen zu ziehen, und wir werden eine Verfassung erhalten, die der der westlichen Staaten sehr ähnlich ist, und Staatseinrichtungen, die wir in europäischen Ländern bereits vielfach verkörpert sehen. Um aber die im Nichtstun verträumten Jahrhunderte wieder einzubringen, müssen wir mit Aufgabe unseres Stolzes das in weitem Umfange uns zu Nutze machen, was andere in der Zeit gearbeitet, und uns alle die fremden technischen Hilfsmittel und Einrichtungen

[1]) Von diesem Irrtum ist die christliche Mission heute gründlich zurückgekommen: das reformierende junge China ist so wenig christenfreundlich gesinnt wie das alte Literatentum, eine Tatsache, die dem nüchternen Beobachter der Dinge von Anfang an nicht zweifelhaft sein konnte. Um den ganzen Gegensatz zwischen dem hochfliegenden Optimismus der anglo-amerikanischen Missionen gegen Ende des vorigen Jahrhunderts und der niedergedrückten Besorgnis zehn Jahre später zu erkennen, braucht man nur die Jahresberichte der „Society for the Diffusion of Christian and General Knowledge among the Chinese" von 1897 und 1898 mit den Protokollen der großen Missionar-Konferenz zu Schanghai von 1907 zu vergleichen, (Vergl. unten den Aufsatz *Die Deutsch-Chinesische Hochschule.*)

aneignen, die für uns zweckmäßig sind. Etwas anderes aber als diesen technischen Apparat wollen wir nicht von Europa, denn an Sittlichkeit, an Lebensweisheit kann uns der Westen nichts geben, was wir im Konfuzianismus nicht besser hätten. Wir bedürfen nur des äußeren Rüstzeuges, um wirtschaftlich und militärisch zu erstarken, dann wird unsere Überlegenheit über das Kaukasiertum sofort wiederhergestellt sein, ohne das allerdings muß China der physischen Gewalt unterliegen, zugleich damit aber würde die sittliche Entwicklung des Menschengeschlechts, die von der Lehre des Konfuzianismus als Endzweck hingestellt wird, durch Schädigung dieser Lehre einen schweren Rückschlag erhalten.[1]) Im übrigen werden unsere besten Bundesgenossen im Kampfe gegen das Europäertum die großen sittlichen Schwächen des letzteren sein: das aufgeregte Hasten nach materiellem Gewinn, der rücksichtslose Kampf in den sozialen Schichten, der Fanatismus religiös-dogmatischer Zersplitterung, die immer schärfer werdenden nationalen Leidenschaften und Gegensätze, alles das wird das seinige tun, um die Kräfte unserer Gegner zu zerreiben, bis die Feinde der wahren Zivilisation am Boden liegen, die ruhige, normale Entwicklung wieder einsetzt, und die allumfassende Moral-Lehre triumphiert, die, wie es in den Reformschriften heißt, sich nicht auf Hoffnung und Furcht, Belohnung und Strafe in einer dunklen Zukunft gründet, sondern sich an die ruhige Vernunft des Menschen wendet und ihn lehrt, sich auf sich selbst zu besinnen. Dann wird schließlich das Zeitalter anbrechen, das der Konfuzianismus als das letzte in der menschlichen Entwicklung bezeichnet, nämlich der Weltfriede und die Einheit des Menschengeschlechts. (Ich möchte mir hier eine Zwischenbemerkung gestatten: glauben Sie nicht etwa, daß das, was ich soeben ausgeführt, von mir eine persönliche Färbung erhalten hat, und daß ich, was leider öfter geschieht, den Chinesen Gedanken unterschiebe, die sie tatsächlich nicht haben. Ich könnte, wenn es die Zeit erlaubte, jeden einzelnen Satz mit chinesischen Zitaten belegen, zuweilen habe ich sogar die Ausdrücke der einheimischen Quellen beibehalten.)

Das ist, in großen Zügen, der Ideengang der aufgeklärtesten Träger der Reformbewegung, ich möchte fast sagen, aller aufgeklärten Chinesen. Denn es sind nicht etwa bloß K'ang You Weï und seine Anhänger, die dieses politische Programm als eine künstliche Theorie aufgestellt haben, sie haben nur, und zwar verfrüht, ein System dazu geliefert; die Gedanken selbst sind viel älteren Datums, sie sind langsam gewachsen als eine Folge der Berührung mit dem modernen Abendlande, und sie leben in größerer oder geringerer Klarheit in allen denkenden Köpfen Chinas. Ich brauche Ihnen hier nur die bekannten Namen Li Hung Tschang, Tschang Tschi Tung, Yuan Schi K'ai zu nennen. Als der in Europa ebenfalls bekannt gewordene Marquis Tsêng nach seiner Ernennung zum Gesandten für England und Frank-

[1]) Heute ist man auch in den Kreisen des Reform-Konfuzianismus bescheidener geworden.

reich am 24. September 1878 von den beiden Kaiserinnen und dem Kaiser in Abschieds-Audienz empfangen wurde, erklärte er unter anderem den Majestäten: „Die Schwierigkeit bei der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten liegt darin, daß die Ausländer für Vernunftgründe nicht zugänglich sind, die Chinesen aber die Lage der Dinge nicht klar erkennen. Daß in China Beamte und Volk gegen die Fremden einen beständigen Haß hegen, bedarf keiner Erwähnung; aber es ist nötig, daß wir uns in aller Ruhe stark zu machen trachten, damit wir etwas ausrichten können. Nicht dadurch, daß wir eine Kirche verbrennen oder einen Fremden töten, werden wir die Anerkennung erlangen, wir hätten unsere Rache genommen und unsere Schmach getilgt. Die Chinesen verstehen zum größten Teile jetzt diese Wahrheit noch nicht."[1]) Seit jener Zeit hat aber diese Erkenntnis bedeutende Fortschritte gemacht. Natürlich kommen als wirksame Kräfte bei dem chinesischen Gärungsprozeß noch eine Anzahl anderer Momente hinzu: Verletzung materieller und überlieferter Interessen durch die geplanten Neuerungen, Widerstand seitens der Vertreter des gegenwärtigen Regierung-Systems, Verachtung jedes abendländischen Kultur-Erzeugnisses, auch des technischen, aus Grundsatz, persönlicher Ehrgeiz und eifersüchtige Intrigue, ferner aus besonderen Anlässen zügellos gewordene Leidenschaften — alles das sind Nebenerscheinungen im Verlaufe des immer stärker werdenden Rückwirkungs-Prozesses. Der Grundzug an diesem letzteren ist ein wachsendes Gefühl für die vom Abendlande erlittenen Demütigungen und Übervorteilungen, zugleich aber das Bewußtsein der eigenen physischen Schwäche und das Bestreben, stark zu werden, damit die Unabhängigkeit Chinas vom Auslande wiederhergestellt, und — das wird immer besonders betont — der Einbruch in die konfuzianische Kultur abgewehrt werden kann. Über die Mittel hierzu herrschen allerdings scharfe Meinungsverschiedenheiten, und hierdurch erklärt sich der Gegensatz zwischen dem, was man in Europa als „chinesisch-konservativ", „reaktionär", „fremdenfeindlich" usw. oder als „liberal", „fortschrittlich", „fremdenfreundlich" bezeichnet. Auch über die künftige Gestaltung der Dinge gibt es noch keine einheitliche Ansicht: Einige — ihre Zahl wird allerdings immer kleiner — glauben noch immer an die Möglichkeit einer erneuten Abschließung Chinas,[2]) andere aber — und das sind die eigentlichen Reformatoren — nehmen den Verkehr mit dem Auslande als etwas Unvermeidliches hin, freilich unter wesentlich anderen Bedingungen als gegenwärtig. Allen gemeinsam aber ist die Überzeugung, daß abendländisch-christliche Kultur-Anschauungen, soweit sie nicht auch konfuzianisch sind, niemals in China Fuß fassen dürfen.

(Es hat zuweilen etwas Rührendes, zu beobachten, wie das

[1]) Ich entnehme diese Schilderung dem Tagebuche des verstorbenen Marquis Tsêng, das teilweise von dem französischen Sinologen A. Vissière übersetzt ist. *(L'audience de congé du Marquis Tsêng à Pékin.* Revue d'histoire diplomatique von 1902.)

[2]) Diese Ansicht kann jetzt als ausgestorben gelten.

chinesische Denken sich müht, zwischen der konfuzianischen Kultur und der technischen Überlegenheit des Westens eine Brücke zu schlagen. Ich erinnere mich, wie einst der greise Wêng T'ung Ho, der Lehrer des Kaisers, der damals noch Mitglied des Staatsrates, Minister im Tsungli Yamen und einer der mächtigsten Männer des Reiches war, nach einer langen Unterhaltung sagte: „Es muß ja wohl etwas Seltsames in eurem Kultursystem liegen, daß es euch so stark und reich gemacht hat, aber ich bin zu alt geworden, um noch den Glauben daran zu gewinnen." Wêng hat später diesen Glauben doch noch gewonnen und durch seine Verbindung mit den Reformatoren im Jahre 1898 seinen Sturz herbeigeführt.)

Wir wollen uns nunmehr den Denkschriften K'ang You Weï's an den Thron über seine Reformpläne zuwenden. Ich habe diese Denkschriften — es sind ihrer sieben — teils im Auszuge, teils wörtlich übersetzt und gebe Ihnen einige Proben davon.

Die erste dieser Denkschriften entstammt bereits dem Jahre 1888 und ist ein glänzendes Zeugnis für den politischen Scharfblick des Verfassers, mit dem er schon damals, weit früher als die amtliche Meinung es zugeben wollte, die Schwäche seines Vaterlandes und die dadurch bedingten Gefahren der Zukunft erkannte. K'ang war damals lediglich Mitglied der literarischen Akademie in Peking, und als solches übergab er seine politische Abhandlung den Direktoren der Akademie, von denen einer der erwähnte Wêng T'ung Ho war. Sein Antrag, dieses Schriftstück an den Thron gelangen zu lassen, war bei seinem literarischen Range an sich zulässig, die Direktoren weigerten sich aber wegen der starken Ausdrücke und des ihnen ungeheuerlich scheinenden Inhalts, dem Antrage stattzugeben. Auch der Versuch, das Zensorat zur Weitergabe der Denkschrift zu veranlassen, scheiterte an dessen Widerstande. K'ang kehrte enttäuscht in seine Heimat Kanton zurück, sein Warnruf blieb ungehört und erst die sechs Jahre später (mit dem japanischen Kriege) einsetzende Erfüllung seiner Voraussagen rief ihn wieder auf die politische Bühne.

K'ang weist in dieser seiner ersten Denkschrift, die das Datum des 10. Dezember 1888 trägt,[1]) auf die Gefahren hin, die China rings umdrohen; und zwar im Osten von Japan, das heimliche Pläne mit Bezug auf Korea hegt und nach den benachbarten Gebieten von China schielt; im Norden von Rußland, das seine Eisenbahnen baut[2]) und die Mandschurei bedroht, im Westen von England, das sich Birma angeeignet hat und eines Tages in Yünnan, wo sich die reichsten Erzlager befinden, an der chinesischen Grenze erscheinen

[1]) Die Denkschrift ist zusammen mit den drei nächstfolgenden von K'ang You Weï's hervorragendstem Schüler, Liang K'i Tsch'ao, im Jahre 1895 zu Schanghai in Buchform herausgegeben. — Wörtliche Übersetzung ist im obigen durch „" angedeutet. Das übrige ist Auszug unter möglichster Beibehaltung bezeichnender Wendungen und Ausdrücke.

[2]) Es ist hier zunächst von der transkaspischen Bahn die Rede, die im Jahre 1886 den Amu darja und im Frühjahr 1888 Samarkand erreicht hatte. Über den Bau der sibirischen Bahn liefen damals in China nur unbestimmte Gerüchte um. Vergl. unten den Aufsatz *Zur Vorgeschichte der sibirischen Eisenbahn.*

wird, während es nach Tibet seine Augen schon seit dem Jahre 1839 gerichtet hat;[1]) im Süden endlich von Frankreich, das sich Tongking angeeignet hat, dort Eisenbahnen baut, um den Handel zu heben, und sich bemüht, die chinesische Bevölkerung in Yünnan und den Kuang-Provinzen aufzuhetzen und der einheimischen Regierung abwendig zu machen. Die auswärtigen Barbaren (d. h. die Europäer), heißt es dann weiter, die unsere Küstengebiete erforschen und mit ihren Schiffen in unsere großen Ströme einlaufen, können aufs schnellste ihre Truppen in unser Land werfen, während unsere Streitkräfte schwach, unsere Hilfsmittel spärlich sind. Angesichts der heimtückischen Anschläge der Barbaren gegen China ist es daher dringend nötig, uns stark zu machen durch gründliche Reform des Staatswesens. Die chinesiche Verwaltung ist jetzt von Mißständen erfüllt, die einzelnen Ämter sind geteilt zwischen mehreren Beamten, die Beamten aber wieder mit mehreren Ämtern überladen. Die Ämter selbst sind käuflich, es fehlt an eigentlichen Fachbeamten, die Behörden sind bestechlich, Gesetzgebung, Militär und Zollwesen vernachlässigt. Man soll nur wirklich zu den Einrichtungen der Alten und ihren Grundsätzen zurückkehren; „was man jetzt für die Einrichtungen der Alten hält, das sind in Wirklichkeit die Mißbräuche der sechs (kleineren) Dynastien, sowie der T'ang-, Sung-, Yuan- und Ming-Dynastie,[2]) die sich von Geschlecht zu Geschlecht fortgeerbt haben. Die Regierungs-Methoden sind nicht unveränderlich, wie man hieraus sieht, denn sie haben sich tatsächlich verändert, aber zum schlechteren. „Wer heute noch an den hergebrachten Methoden und Anschauungen festhält, der versteht nicht bloß die staatlichen Erfordernisse des Altertums und der Neuzeit nicht, sondern er hat sich auch von dem Boden der wirklichen Anschauungen der alten Weisen entfernt." „Man beseitige nur die Mißbräuche jener genannten Dynastien und halte sich wieder an die Einrichtungen der Tschou- und Han-Dynastie, dann wird man in der Tat die Auffassungen der alten Weisen wiedererlangen;" mit ihnen aber läßt sich durchaus in modernem Sinne regieren. „Wenn einsichtsvolle und sittenreine Männer die geeigneten Reformen im Staatswesen erwägen und sie der Reihe nach verwirklichen, wenn mit Ernst und Eifer das Werk der gesamten Umgestaltung unternommen wird, so daß sich im Laufe der Monate und Jahre ein neues System entwickelt, dann werden wir in zehn Jahren wieder angesehen und mächtig sein, in zwanzig Jahren aber wird sich die Umwandlung unserer alten Kultur vollzogen

[1]) Es ist nicht klar, warum K'ang gerade das Jahr 1839 nennt. Die wiederholten Streitigkeiten der Engländer in Indien mit den tibetischen Grenzstaaten Sikkim und Nepal führten im Jahre 1835 zum Erwerb von Darjiling, 1861 zur endgiltigen Einverleibung eines Teiles von Sikkim; 1885 war Birma annektiert worden, und gerade 1888 schwebten die Verhandlungen mit China über die Grenzregulierung zwichen Sikkim und Tibet. Vergl. unten den Aufsatz *Tibet*.

[2]) Gemeint ist der ganze Zeitraum vom Ende der Han-Dynastie im 3. Jahrh. n. Chr. bis zum Beginn der regierenden Dynastie im 17. Jahrhundert. K'ang macht seine Auffassung an einzelnen Beispielen alter Staatseinrichtungen deutlich, deren Erklärung hier zu weit führen würde.

haben; wir werden imstande sein, unsere Schutzgebiete wieder zu gewinnen, unsere Rache zu befriedigen und unsere Schande auszutilgen". Das kleine Inselreich der Japaner ist durch die Reform in etwas über zehn Jahren so stark geworden, daß es im Süden die Liukiu-Inseln,[1]) im Norden die Aino-Gebiete[2]) erobern konnte. Die Ursache von Chinas Schwäche liegt in seinem Beharren beim Altgewohnten. Nach oben hin herrscht allzuviel Ehrfurcht, nach unten zu wenig Verständnis. „Dem Fürsten gegenüber ziemt sich die Ehrfurcht, aber vom General-Gouverneur und Gouverneur durch die Reihe der Schatzmeister und Richter, der Taotais, Präfekten und Magistrate bis hinunter zum Volke ist es ein langer Weg, so lang wie der durch die verschiedenen Tore der Amtsgebäude, die den Beamten vom Volke trennen." Man muß sich mehr bemühen, die Stimmungen des Volkes kennen zu lernen und zu berücksichtigen. Tritt nicht bald eine Neuordnung der Dinge in China ein, so werden die Barbaren außerhalb und die zum Aufruhr getriebene Bevölkerung innerhalb das Reich zu Grunde richten. Kaiserin und Kaiser sollen ihre Verantwortung ihren Ahnen gegenüber bedenken, denen sie das Reich schuldig sind.

Diese Denkschrift ist, wie erwähnt, nicht an die Adresse gelangt, für die sie bestimmt war. Aber der Gang der Dinge sollte ihrem Verfasser bald Gehör verschaffen. Am 17. April 1895 wurde der Krieg mit Japan, der Chinas ganze hilflose Schwäche enthüllt hatte, durch den Vertrag von Schimonoseki beendet. In demselben Frühjahr fand in Peking die große Staatsprüfung statt; die dort versammelten nach Tausenden zählenden Literaten aus allen Teilen des Reiches wußte K'ang, der inzwischen wieder nach dem Norden gekommen war, dermaßen zu entflammen, daß sie einen gemeinsamen Einspruch gegen den schmachvollen Frieden beschlossen. Eine zu diesem Zwecke von ihm ausgearbeitete Eingabe an den Thron wurde von 1300 Literaten unterzeichnet; sie verlangte Verwerfung des Vertrages, Verlegung der Hauptstadt nach dem Innern des Reiches, Bildung einer neuen Armee und gänzliche Reformierung des Staates.[3]) Die Regierung geriet durch die starke Bewegung in den einflußreichen Kreisen in eine zeitweilig sehr bedenkliche Lage, und nur mit Mühe gelang es ihr, der Gefahren Herr zu werden, indem sie durch Verhandlungen Uneinigkeit in die Reihen der Literaten brachte. Nachdem die Bewegung, die übrigens neben K'ang You Weï's Scharfsinn auch seine politische Ungeschicklichkeit dargetan hatte, ergebnislos verlaufen

[1]) Die Liukiu- (japan. Riukiu-) Inseln, zwischen Japan und Formosa gelegen, waren China seit dem Ende des 14. Jahrhunderts tributpflichtig; Japan aber beanspruchte die Oberhoheit darüber mit dem Hinweise, daß im Jahre 1609 der König von Liukiu diese Oberhoheit dem japanischen Fürsten von Satsuma gegenüber anerkannt habe. Die Frage wurde im Jahre 1873 Gegenstand von Verhandlungen zwischen der japanischen und chinesischen Regierung. Mehrere Jahre danach wurden die Inseln trotz des Einspruchs der chineschen Regierung von Japan annektiert.

[2]) Die Ainos sind Ureinwohner der japanischen Inseln und heute nur noch auf der nördlichsten davon, auf Yezo, vorhanden.

[3]) Vergl. unten den Aufsatz *Japans asiatische Bestrebungen.*

war, verfaßte ihr Führer eine neue Denkschrift über die Notwendigkeit staatlicher Reformen und übergab sie am 29. Mai 1895 dem Zensorat, und dieses legte sie in der Tat am 3. Juni dem Throne vor, und zwar dem Kaiser sowohl, wie der Kaiserin-Mutter. In diesem Schriftstück wird von K'ang nicht mehr bloß Kritik an den bestehenden Staatseinrichtungen geübt, sondern auch bereits ein Programm für die Neuschaffungen aufgestellt. Die Ursachen der Schwäche und des Verfalls Chinas, so klagt er, liegen in der Unwissenheit und Unfähigkeit des Beamtentums, das sich zum großen Teil aus Scharen überflüssiger Schmarotzer zusammensetzt. Das chinesische Wissen besteht in toter Gelehrsamkeit, Handel, Handwerk und Fachwissenschaften aber werden vernachlässigt. „Man wendet nicht an, was man gelernt hat, und lernt, was man nicht anwenden kann." „Wenn man sagt, man dürfe die Wege der Vorfahren nicht verlassen, so frage ich: hat der Kaiser Schi Tsu Tschang (1643—1661) etwa die Wege seines Vorfahren T'ai Tsung Wên (1627—1643) nicht verlassen?[1]) Und ist es nicht besser, die Wege der Vorfahren zu verlassen, als ihr Gebiet zu verlieren?

Um das Wohl des Volkes zu heben, werden vier Mittel empfohlen: Förderung des Ackerbaus, der Gewerbe, des Handels und Fürsorge für die Armen. Mit Bezug auf den Ackerbau weist K'ang auf Italien und Frankreich hin, die die Seidenraupenzucht, auf Ceylon, das die Teekultur pflege als Konkurrenz gegen China; eine ähnliche Förderung seitens der Regierung sollten Tee und Seide auch in China erhalten. Die Förderung der Gewerbe, so führt er aus, hat in Europa die Dampfmaschinen, die elektrischen Apparate, Eisenbahnen und Waffen erzeugt. Fachschulen sind für alles, auch für Landwirtschaft und andere Gewerbe in allen Provinzen nötig. Im Handel reicht unser Export, der auch durch die Vernachlässigung leidet, nicht im entferntesten an den Import fremder Waren heran, trotz des Reichtums an Hilfsquellen in unserem Lande. Man gründe Handelsschulen, fördere die Bildung von Handelsgesellschaften, schaffe das Likin ab und setze die Ausfuhrzölle herunter. Auch sollten chinesische Konsuln die Bedürfnisse des Auslandes studieren. Überall muß in China eine starke Industrie geschaffen werden. Infolge der Übervölkerung und der mangelhaft ausgebildeten Industrie herrscht sehr viel Elend und Armut im Volke. Der Kaiser kennt den Umfang hiervon garnicht. Folgende Mittel zur Abhilfe dieser Mißstände werden genannt: Beförderung der Auswanderung nach den menschenarmen Gebieten von Turkistan sowie nach der Mongolei, der Mandschurei usw. Dort müssen Ansiedelungen durch die Regierung erfolgen, was nach dem Bau von Eisenbahnen viel leichter sein wird. Ferner: Erziehung zu Handwerk und Gewerbe. Es müssen derartige Erziehungs-Anstalten für Arbeitsscheue und Arbeitslose in den Städten errichtet werden. Endlich: Erbauung von Armen- und Waisenhäusern.

[1]) Erst Schi Tsu Tschang (Schun Tschi) wurde Kaiser von China, seine Vorfahren waren nur Fürsten der Mandschu-Stämme.

Von größter Wichtigkeit ist auch das Unterricht-System. Das Prüfungswesen und die literarischen Aufsätze in China sind veraltet. Fachschulen und Fachvereine müssen eingeführt werden, wenn auch eine grundlegende allgemeine Bildung bleiben kann. Wissen des Volkes bedeutet Macht für den Staat, und Wissen muß in China in viel weitere Kreise dringen, da bis jetzt unter 100 Menschen nur 20 zu lesen verstehen. Auch öffentliche Bibliotheken müssen errichtet werden wie in den Ländern Europas. Natürlich muß die Lehre des Konfuzius Grundlage unserer ganzen Kultur und Erziehung bleiben. „Die abweichenden Lehren des Auslandes haben sich jetzt hier eingenistet und erregen und verführen die Gemüter unseres Volkes. In den Provinzen stehen die fremden Mission-Stationen dicht beieinander, während in jeder Magistratur nur ein einziger Tempel des Konfuzius vorhanden ist. Soll man da nicht schmerzlich bewegt sein?“ Es muß für die Ausbreitung der konfuzianischen Lehren und ihre Erklärung im Volke weit mehr als bisher gesorgt werden, auch die allzu zahlreichen Ahnentempel auf dem Lande soll man in konfuzianische umwandeln. „Wenn hervorragende Männer den Konfuzianismus im Auslande verbreiten wollen, so sollen ihnen durch Kaiserliche Edikte Ermutigungen, Auszeichnungen und amtliche Titel beigelegt werden, der Staat soll ihnen mit Geldmitteln behilflich sein, und Gesandte und Konsuln sollen sich ihren Schutz angelegen sein lassen.“ Für Errichtung konfuzianischer Schulen und Anstalten im Auslande sollen je nach der Größe besondere Auszeichnungen verliehen werden. „Wenn man so die heilige Lehre den wilden Barbarenstämmen zu Teil werden läßt, so kann man in der Tat sagen: »mit der Kultur des heiligen China die Barbaren zivilisieren.«[1]) Durch Missionsreisen im Auslande lernt man dann auch die Art der Barbaren kennen.“ Auch auf den Inseln der Südsee, wo sich so viele Chinesen aufhalten, müssen konfuzianische Tempel gegründet und Erklärer der Lehre mit Beamtenstellung hingesandt werden. Hervorragende Hanlin-Gelehrte sollten auch im Auslande reisen oder als Konsuln oder Gesandte tätig sein, auch fremde Sprachen und Einrichtungen studieren. Peter der Große von Rußland reiste selbst in Verkleidung im Auslande umher, und reformierte dann sein Reich. Bildung einer starken Armee und Herstellung der Kriegsausrüstung im eigenen Lande ist das nächste Bedürfnis für China.

Diese Denkschrift tat ihre Wirkung. Mit Edikt vom 19. Juli 1895 wurde sie allen General-Gouverneuren und Gouverneuren des Reiches zugesandt, und diese selbst erhielten den Befehl, innerhalb eines Monats über die Einführung grundlegender Reformen in den Provinzen nach Maßgabe der Denkschrift zu berichten. Von dieser Zeit an begann K'ang You Weï in ein persönliches Verhältnis zum Kaiser zu treten, das dann so weitreichende Folgen haben sollte. Um K'ang in Peking zu halten, ernannte ihn der ganz unter dem Eindruck des Vernommenen stehende Monarch

[1]) Ein bekannter, in der chinesischen Literatur häufig erwähnter Satz.

zunächst zum Sekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Schon Ende Juni hatte K'ang eine vierte Denkschrift verfaßt, die ein eingehendes Reform-Programm für alle Zweige der Verwaltung aufstellte. Seinen Vorgesezten, den Präsidenten des Ministeriums, erschienen indessen diese Gedanken als etwas so abenteuerliches, daß sie es ablehnten, das Schriftstück weiter zu geben. Es hat aber den Anschein, als habe der Kaiser trotzdem von dem Inhalte Kenntnis erhalten und zwar durch seinen alten Lehrer Wêng T'ung Ho, der sich ebenfalls dem Einflusse K'ang's nicht hatte entziehen können und mit ihm mündlich ausführlich verhandelt hatte. Bemerkenswert ist diese Denkschrift besonders durch die in ihr hervortretende völlig veränderte Auffassung vom Wesen der abendländischen Staaten, mit der zugleich die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des chinesischen Staatsgedankens einhergeht.[1])

In unserem politischen System, so heißt es dort, sind wir aus der Übereinstimmung mit dem Geiste unserer alten Weisen herausgekommen, nur deshalb konnten wir keine Erneuerung unserer Regierung hervorbringen. Seit dem Altertum ist China immer von kleinen unzivilisierten Volkstämmen umgeben gewesen, so daß die Idee von auswärtigen Kämpfen und Verwicklungen garnicht aufkommen konnte. Man hatte immer nur mit Rebellionen oder Unruhen im Innern zu tun. So konnte sich unser literarisches Prüfung-System entwickeln, das unbrauchbare Beamte ohne Fachkenntnisse für ihr Amt liefert. Dann ist das System entstanden, einem Beamten mehrere Ämter zu geben, und für ein Amt mehrere Beamte zu ernennen, so daß sich alle Kräfte zersplittern, und kein Talent zur Geltung kommen kann. Wären die Europäer nicht zu uns gekommen, so hätten wir noch Jahrhunderte in unserm bisherigen Zustande bleiben können. Aber nun sind alle Länder der Erde in Verbindung mit einander getreten und wir sehen dabei, daß unsere Gebildeten wohl ihre klassische Literatur kennen, aber nichts von auswärtigen Beziehungen wissen, und daß daher aus ihrer Mitte nur unfähige Beamte hervorgehen. Dabei verarmt das Volk, weil wir die Hilfsquellen des Landes nicht zu benutzen gelernt haben, unsere Beamten stehlen und unterschlagen, weil kein Schamgefühl hiergegen besteht. Die schweren Folgen, die dadurch herbeigeführt wurden, und die unser jetziges Unglück sind, sollten uns darüber belehren, daß wir mit den alten Mitteln den Staat nicht mehr erhalten können, daß wir neuer Mittel bedürfen, um die Krankheit zu heilen, die uns zu vernichten droht. Wollen wir unsern Staat reformieren, so müssen wir zunächst die alte Vorstellung von der Herrschaft über die Welt aufgeben. Wir müssen einsehen lernen, daß die Welt aus mehreren Staaten nebeneinander besteht, und nicht ein einheitliches Ganzes bildet, das wir beherrschen. Dann müssen wir zu der Erkenntnis kommen, daß, wenn wir nicht unser ganzes Regierung-System von Grund aus ändern, alle einzelnen Neuerungen zwecklos sind. „So

[1]) Vergl. dazu den vorigen Aufsatz.

haben wir eine Kriegsflotte, aber wissen sie nicht zu führen, wir haben Gesandtschaften, aber keine brauchbaren Gesandten, nach fremder Art ausgebildete Truppen, aber die Soldaten haben keinen Mut, Arsenale und Schiffswerften, aber es sind keine moderne Maschinen darin, ein Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, aber es besitzt keinen Minister, der von fremden Ländern etwas weiß, eine Dampfergesellschaft, aber ihre Dampfer gehen nicht ins Ausland. Von den Mißbräuchen und Ungesetzlichkeiten, die alle diese Einrichtungen noch außerdem überwuchert haben, soll hier garnicht die Rede sein."

Der neue Geist, der durch K'ang You Weï und seine Anhänger heraufbeschworen wurde und in immer ungestümeren Formen sich äußerte, mußte notwendigerweise eine Gegenwirkung hervorrufen, und diese trat sehr bald in die Erscheinung. Das konservative Beamtentum sah sich in seinen Lebensinteressen bedroht und flüchtete schon damals unter den Schutz der Kaiserin, die allen Anlaß hatte, vor der neuen, auch ihre eigene Stellung berührenden Bewegung auf der Hut zu sein. Im August 1895 setzte es die aufgereizte Herrscherin durch, daß mehrere hochgestellte Wortführer der Reformpläne aus ihren Ämtern entlassen wurden, und daß sogar der bis dahin allmächtige Wêng T'ung Ho aus seiner Stellung in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers ausscheiden mußte und damit seines großen Einflusses auf ihn verlustig ging. K'ang hielt es unter diesen Umständen für geraten, seine Tätigkeit in Peking vorläufig einzustellen. Er gab seine Stellung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zeitweilig auf und kehrte nach dem Süden zurück, wo er für seine Ideen eine höchst wirksame Propaganda betrieb. Nicht nur in seiner Heimatprovinz Kuangtung, sondern auch in den unteren und mittleren Yangtsĕ-Provinzen, in Hupeï und Hunan, in Anhui, Kiangsi, Kiangsu und Tschekiang fand er zahlreichen Anhang. Die politische Entwicklung der folgenden Zeit war nicht dazu angetan, seine Agitation zu beschwichtigen, sondern lieferte zu seinen Schriften einen nachdrücklichen Kommentar. Im Jahre 1896 traten die weitgehenden Bestrebungen Rußlands und Frankreichs im Norden und Süden ans Licht, am 14. November 1897 wurde von Deutschland Kiautschou besetzt. Europa glaubte, die Teilung Chinas stehe bevor.[1]) Nunmehr eilte K'ang You Weï aufs Neue nach Peking und übergab dort den Ministern der öffentlichen Arbeiten ein neues umfangreiches Schriftstück, in dem er die Lage grell beleuchtete und dringend die völlige Umgestaltung des Staates verlangte. Als aber die Minister die Weitergabe abermals verweigerten, ließ er die Denkschrift drucken und überall verteilen. Angesichts der beständigen Übergriffe des Auslandes, so beginnt das Dokument, seit der Niederlage bei Pagoda Anchorage und der Wegnahme von Annam durch die Franzosen[2]) ist eine Reformierung unseres veralteten Staatswesens

[1]) Vergl. unten den Aufsatz *Zur Beurteilung der Pekinger Vorgänge von 1898.*

[2]) Pagoda Anchorage liegt am Min-Fluß, zwischen seiner Mündung und dem

eine dringende Notwendigkeit, wenn wir unser Reich erhalten wollen. Rußlands und Japans Pläne sind, wie ich schon angeführt, auf Korea gerichtet. „Nun haben die Deutschen Kiautschou besetzt und fordern noch andere Vergünstigungen. Die Außenstehenden haben zwar noch nichts Genaueres gehört, aber nach den übers Meer kommenden ausländischen Zeitungen verlangen sie Absetzung Li Ping Hêng's[1]) sowie Eisenbahn- und Bergbau-Konzessionen in Schantung. In den Parlamenten und in den Spalten der europäischen Zeitungen fließt es täglich über von Reden über eine Teilung Chinas." „Seit der Schmach des Ostens (der Japanische Krieg von 1894) sehen die Staaten Europas mit Verachtung auf uns wie auf die Wilden des Südens, sie behandeln uns, als seien wir blödsinnige Bauern. Früher galten wir immer als halbzivilisiertes Land, jetzt stellen sie uns mit den Negern Afrikas auf eine Stufe. Einst haßten sie uns als hochmütig und dünkelhaft, heute werden wir verlacht wie die Tauben, die Blinden und dummen Tölpel." Wie die europäischen Mächte Afrika untereinander geteilt haben, so wollen sie nun China teilen. Seit drei Jahren erörtern Zeitungsartikel in öffentlicher Weise die Teilung, bringen Karten-Skizzen, auf denen die Zerschneidung in große Teile bis ins einzelne angegeben ist, und legen sich nicht den geringsten Zwang auf, ihre Gedanken zu verheimlichen. Leere Worte können dies nicht sein, denn wozu sonst der kriegerische Apparat an Schiffen usw.? Schutz für Missionare und für den Handel lauten die Vorwände der europäischen Mächte. Das Vorgehen der Deutschen in Kiautschou ist, wie die englische Zeitung „Times" sagt, das erste Anbrennen einer Zündschnur in einer Mine, sie wird bald nach allen Richtungen hin auffliegen. Die Katastrophe von Annam (1884), dann 10 Jahre später der Krieg mit Japan und der Verlust Formosa's, dann Kiautschou, die Mandschurei, die Eisenbahn nach Lungtschou[2]), die Bergwerke in Yünnan und den Kuang-Provinzen sollten zu denken geben und uns zur Einsicht bringen. Mission-Stationen erheben sich überall, und keine Stunde vergeht, wo deshalb nicht Streitigkeiten entstehen. Bergwerks-Unternehmungen gibt es in allen Teilen des Landes, und kein Gebiet ist mehr vorhanden, wo man nicht irgendwelche Konzessionen beanspruchte. Nach Knochen und Fleisch verlangt man von unserm Körper ohne Ende, und man schneidet ab, bis nichts mehr übrig ist. Eisenbahn-Konzessionen übergibt man an Fremde, bis uns zwischen Nord und Süd die Kehle durchschnitten ist." Man sollte an das Geschick

---

Vertragshafen Futschou. Am 23. August 1884 griff der französische Admiral Courbet dort die aus zweiundzwanzig wertlosen kleinen Schiffen bestehende chinesische Flotte an und zerstörte sie ebenso, wie die Befestigungen des Min-Flusses, in den er mit seinen Schiffen im Friedenszustande eingelaufen war. Das ganze mag technisch eine tüchtige Leistung gewesen sein, moralisch war es das Gegenteil. — Annam war bereits 1882 von Frankreich annektiert worden, doch bildete dieser Umstand die eigentliche Ursache des bewaffneten Einschreitens von 1884.

[1]) Er war Gouverneur von Schantung, spielte dann während der Unruhen im Jahre 1900 eine wichtige Rolle und endete durch Selbstmord.

[2]) Vergl. unten den Aufsatz *Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China.*

der Türkei, an das von Korea, von Annam, Polen und Madagaskar denken, deren Selbständigkeit vernichtet ist. „Ich fürchte, daß einst die Zeit kommen wird, wo der Kaiser und seine hohen Räte, die nach Frieden um jeden Preis streben und von früh bis spät fröhlich sind bei Singen und Tanz oder beim Genuß der schönen Natur, alles das nicht mehr können werden. Ich fürchte, daß der Kaiser mit seinen hohen Räten, die nur nach ewigem Frieden verlangen und sich sorglos an ihren Kleidern erfreuen, auch das nicht mehr können werden." „Beamten und Volk, allen muß gezeigt werden, daß mit den alten Sitten aufgeräumt wird und neue an ihre Stelle treten. Die besten Talente im Reiche wähle man aus, daß sie genaue Pläne für das Reformwerk entwerfen. Unter den Gesetzsammlungen sämtlicher Staaten wähle man Vorbilder für öffentliches und privates Recht aus, man prüfe alle Beamte im Reiche, ob sie brauchbar sind oder nicht, die gebrechlichen, die alten und die unfähigen setze man zur Ruhe, die Prinzen, die Würdenträger und die geistig hervorragenden Männer aber sende man ins Ausland; solche, die nicht in fremden Ländern gereist sind, schließe man von der Beamtenlaufbahn aus. Man führe eine staatliche Kontrolle ein, die eine Statistik über die Erträge des Bodens und die Leistungen der Bevölkerung bearbeitet, damit man ein Jahres-Budget aufstellen kann. Man prüfe die Gewinne und Verluste aller Staaten, damit man danach seine Maßregeln treffen kann. Man sorge für gute Neuerungen und schaffe die alten Gebräuche ab, damit man den Erfordernissen der Zeit gerecht wird, Man wird eine große Anleihe im Auslande aufnehmen müssen, um diese Reform der Regierung durchführen zu können. Ein Kaiserliches Edikt muß erlassen werden, das wie ein Weckruf durchs Land geht, das die Geister der Gebildeten fortreißt und überall im Reiche Streben und Hoffen erweckt. Dann breche man mit den üblichen Formen der Beförderung, damit die Talente ermutigt werden. Man erhöhe die Gehälter der Beamten, damit sie ihrem Stande gemäß leben können und Selbstachtung bekommen; man schaffe den Ämterkauf ab und entferne die Scharen der beschäftigungslosen Beamten; man bilde Fachbeamte heran, damit diese ihre Posten auch ausfüllen können. Man reformiere das Prüfung-System, erweitere die Zweige des Wissens und übersetze europäische Bücher, damit die Fähigkeiten der einzelnen zur Geltung kommen. Man stifte Ordens-Dekorationen, um gute Leistungen in modernen Wissenschaften und moderner Technik zu belohnen. Man fördere Landwirtschaft und Handel, denn darauf beruht der Reichtum und der allgemeine Wohlstand. Man schaffe neue Landgesetze, schütze die Bevölkerung, regiere mit Menschlichkeit, fördere die Gesundheit, helfe den Armen, reinige und überwache die Gefängnisse, schaffe die grausamen Strafen ab, baue bessere Straßen und Wege, errichte eine Polizei, reguliere den Geldmarkt, führe ein Münz-System ein, schaffe eine Bergwissenschaft und gründe volkstümliche Versicherungsgesellschaften. Man erhöhe den Zoll auf Opium und schaffe das Likin ab; man sehe, daß Eisenbahnen überall hindringen und Kriegsschiffe zum Schutze da sind." Wenn solche

Reformen verkündet werden, so wird Freude und Dankbarkeit in die Herzen des gesamten Volkes einziehen, die Klassen der Gebildeten aber werden aus ihrer Lethargie aufgerüttelt, und Mut, Kraft und Energie neu geweckt werden. Dann muß in jeder Provinz ein Heer von 30000 Mann gehalten werden, und zwar auf neuer Grundlage mit Rekrutierung aus dem Volke und besserer Ausbildung als bisher. Ebenso müßte eine größere Anzahl neuer Kriegsschiffe beschafft und auch hier für eine gründliche nautische Ausbildung Sorge getragen werden.[1]) Wenn Kaiserliche Edikte diese Staatsreform der Welt verkünden, so werden, auch wenn die Reform selbst noch nicht ins Werk gesetzt ist, die Ausländer es für angezeigt halten, ihr weiteres Vorgehen zu unterlassen.[2])

Die Denkschrift machte in Peking ungeheures Aufsehen. Einer der Zensoren beantragte, daß K'ang vom Kaiser in Audienz empfangen werden solle, und nicht ohne Mühe gelang es dem alten Prinzen Kung, dem Oheim des Kaisers, einen solchen ungewöhnlichen Schritt (K'ang hatte einen zu niedrigen Rang) zu verhindern. Dagegen wurde der kühne Reformator auf kaiserlichen Befehl am 24. Januar 1898 von den Prinzen und Ministern im Tsungli Yamen (dem Auswärtigen Amt)[3]) empfangen und ausführlich über die allgemeinen Grundsätze bei einer zu erwägenden Umgestaltung des Reiches befragt. Der Kaiser, dem hierüber Bericht erstattet, und zugleich die gedruckte Denkschrift vorgelegt wurde, wies voll tiefer Bewegung auf die Stelle, an der gesagt war, daß er „nur nach ewigem Frieden verlange und sich sorglos an seinen Kleidern erfreue, aber dies einst nicht mehr können würde."[4]) Zugleich befahl er, daß K'ang nunmehr eingehende Pläne für eine allgemeine Staatsreform ausarbeiten solle.[5]) Diese Pläne sind später von K'ang's Freunden veröffentlicht worden; sie enthalten eine Fülle von klugen Gedanken und stellen eine gewaltige Arbeitsleistung dar, zugleich aber verraten sie auch die völlige Unfähigkeit des Reformators, mit gegebenen Verhältnissen zu rechnen, ein Mangel, der ihm und seiner ganzen Sache rasch zum Verderben werden mußte. Unschwer aber würden wir aus einer Betrachtung dieser Entwürfe erkennen, daß sie zum großen Teil, ob bewußt oder unbewußt, mag dahingestellt bleiben, dem heutigen Reformwerk der chinesischen Regierung zu Grunde gelegt sind.

Indessen mag es mit dem Gesagten genug sein. Was ich Ihnen bieten konnte, war ja außerordentlich wenig, aber ich hoffe, daß es genügt, um Ihnen zu zeigen, daß in China geistige Strömungen vorhanden sind, die in Europa beachtet und studiert werden sollten. Ich habe

---

[1]) Die meisten dieser Reformen sind jetzt, mit ungleichem Erfolge, ins Werk gesetzt worden.

[2]) Weitere Auszüge aus dieser Denkschrift finden sich in dem folgenden Vortrage.

[3]) Das heutige Wai wu pu.

[4]) Ich folge hier einem Berichte Liang K'i Tsch'ao's.

[5]) Über den weiteren Gang der Ereignisse s. den Aufsatz *Zur Beurteilung der Pekinger Vorgänge von 1898.*

versucht, Ihnen eine sachliche Darstellung davon zu geben, einer Kritik ihres Wertes oder Unwertes, des Richtigen oder Falschen darin aber habe ich mich grundsätzlich enthalten, ich überlasse sie Ihnen vielmehr selbst; nur vor dem einen glaube ich warnen zu sollen, nämlich vor dem schweren Fehler, die intellektuellen und sittlichen Kräfte in dem chinesischen Volke zu unterschätzen, weil wir sie nicht kennen. Unkenntnis und Nichtachtung auf beiden Seiten haben eine schlimme Rolle gespielt in den abendländisch-chinesischen Beziehungen, und nur sie haben den leidenschaftlichen Haß möglich gemacht, dessen Ausbrüche wir von Zeit zu Zeit beobachten. Der wenn irgend möglich friedliche Ausgleich der beiden mächtigsten Kultursysteme der Welt wird eine der großen Aufgaben dieses Jahrhunderts sein, und Deutschland, wenn anders es seine Weltmachtstellung nicht aufgeben will, wird nicht zuletzt berufen sein, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Eine glückliche Lösung davon kann aber nur erwartet werden, wenn jene beiden schlimmen Elemente, Unkenntnis und Nichtachtung dabei allmählich verschwinden. Tun wir in Europa, was an uns ist, um sie zu beseitigen.

Geistige Strömungen im heutigen China.

(Vortrag in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg. 18. Februar 1904.)

Im Winter vorigen Jahres hatte ich die Ehre, Ihnen in einem Vortrage über die Reformbewegung in China[1]) in grossen Zügen den Ideengang zu skizzieren, der dem in China hervortretenden Drange nach einer Umformung des Staatsorganismus zugrunde liegt. Ich durfte Ihre Aufmerksamkeit auf den großen, noch im Anfange seiner Entwicklung stehenden Gärungsprozeß hinlenken, der durch das Zusammentreffen zweier großer Kultursysteme, des abendländischen und des chinesischen, verursacht wird, und ich konnte Ihnen einige von den geistigen Niederschlägen zeigen, die in einem Teile des chinesischen Volkes, und zwar in dem begabtesten und einflußreichsten, durch die Berührung mit der westlichen Kultur hervorgerufen sind. Dieser Gärungsprozeß hat, wie zu erwarten war, seitdem immer mehr um sich gegriffen, immer größere Teile der bisher starren Massen geraten in Bewegung, in immer weitere Kreise der ungezählten Millionen dringt die Kunde von der wunderbaren, ungeahnten Welt des Westens, immer zahlreicher werden die Stimmen der Erwachten beim Morgenrot der anbrechenden neuen Zeit, immer lauter, immer leidenschaftlicher wird die Frage: was sind wir? was werden wir sein? Und diese Frage ist es in der Tat, die heute das gesamte geistige Leben in China beherrscht, die allen geistigen Strömungen die Richtung gibt. Stellen Sie sich vor, daß einem im Greisenalter stehenden Manne, der auf ein langes, an Arbeit und Erfolgen reiches Leben zurückblickt, durch unwiderlegliche Beweise dargetan wird, daß die Weltanschauung, die er sich in schwerem Ringen erworben, verkehrt war, daß die ethischen Auffassungen, nach denen er sein Leben gestaltete und mit denen er seine Erfolge errang, falsch sein müssen, daß die Ideale, die er vergötterte und denen er nachstrebte, nur die Erzeugnisse eben jener falschen Auffassungen waren; stellen Sie sich vor, was in der Seele eines

---

[1]) Siehe den vorigen Vortrag.

solchen Mannes vor sich gehen muß, und Sie werden ein Bild erhalten von den schweren Kämpfen, die heute das Geistesleben der Chinesen aufwühlen. (Ich möchte auch hier wieder die Bitte aussprechen: Glauben Sie nicht, daß dies subjektive Seelenmalerei ist, daß ich den Chinesen Gedanken und Empfindungen zuschreibe, die tatsächlich meine eigenen sind. Nichts derartiges ist der Fall. Ich werde Ihnen nachher Beweise bringen, daß ich nur das nachspreche, was aus chinesischem Munde gekommen ist und nicht für europäische Ohren bestimmt war.) Jene Kämpfe begannen naturgemäß zuerst in den Köpfen einiger Weniger, die den Gang der Weltgeschichte erkannten und das Schicksal voraussahen, dem ihr Land und ihr Volk zutrieben. Laut und leidenschaftlich erschallten ihre Warnungsrufe, und wie ernst es ihnen damit war, hat mehr als einer von ihnen dadurch bewiesen, daß er bereitwillig für seine Erkenntnis das Leben einsetzte.

Die Rufe jener ersten sogenannten Reformatoren Mitte und Ende der neunziger Jahre haben einen starken Widerhall geweckt. Unzählige Schriften und Reden verbreiteten in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis von der gefährlichen Lage, in der sich das Reich befand, und die Ereignisse lieferten einen nur zu deutlichen Kommentar dazu. So unklug und unpolitisch das Auftreten der ersten Reformatoren auch gewesen sein mag, so zeugt es doch von einem feinen Verständnis für die Empfindungen ihres Volkes, daß sie ihm nicht die von den Vorfahren übermittelten sittlichen Normen zerstörten, nicht die seit Generationen hochgehaltenen Ideale zertrümmerten, sondern im Gegenteil ihre Bewegung darstellten als ein Verlassen des neueren, falschen Weges und als ein Zurückgehen in die alte, richtige Bahn, die man vor mehr als zwei Jahrtausenden gewandelt war. Wie ich bereits in dem früheren Vortrage Ihnen zu zeigen die Ehre hatte, hieß ihre Losung: fort mit den starren, toten Formen unserer jetzigen politischen Auffassung und unseres jetzigen Staatsorganismus, und zurück zu dem Leben spendenden Quell der ursprünglichen konfuzianischen Staatslehre. Die großen politischen und sittlichen Grundsätze dieser letzteren sind im Laufe der Jahrhunderte völlig verwirrt und verdunkelt worden; ihre folgerichtige Verwirklichung ergibt ein Staatswesen, das den modernen Kulturstaaten des Westens weit ähnlicher ist als dem heutigen gänzlich unkonfuzianischen China. Es würde zu weit führen, wollten wir diese Schlußfolgerung auf ihre Richtigkeit hin untersuchen; sicher ist jedenfalls, daß dieses Argument der Reformatoren eine große Werbekraft besaß, und höchst einflußreiche Personen, wie z. B. der bekannte General-Gouverneur Tschang Tschi Tung, dann auch der Kaiser selbst und, wie ich ausdrücklich betonen möchte, anfänglich sogar die Kaiserin-Witwe, wurden dadurch auf ihre Seite gebracht. Je weiter aber die Bewegung um sich griff, um so radikaler, um so maßloser wurde sie. Und je maßloser sie wurde, um so stärker mußte naturgemäß der Widerstand werden, den sie in solchen Kreisen fand, wo große, durch eine lange Überlieferung geheiligte Interessen durch sie bedroht

wurden. So entstand der unheilvolle Gegensatz zwischen dem, was man in Europa als reaktionär oder „fremdenfeindlich“ und dem, was man als fortschrittlich oder „fremdenfreundlich“ bezeichnet hat. Es war eine eigentümliche Selbsttäuschung, der man sich in Europa bei diesen Bezeichnungen hingab. Das, was beiden Parteien gemeinsam war, war gerade der Haß gegen das Europäertum, ja auf dem Boden dieses Hasses war erst die ganze Reformbewegung erwachsen; getrennt wurden beide nur durch die Frage, wie man sich dieses Europäertums am wirksamsten erwehren sollte. Es mag hier unerörtert bleiben, inwieweit dieser Haß und die damit verbundenen politischen Befürchtungen Chinas berechtigt waren; unparteiische Kenner der Verhältnisse haben wiederholt gezeigt, daß die Verständnislosigkeit nicht bloß auf der chinesischen Seite eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Wie dem aber auch sei, der mit Furcht gepaarte Haß gegen das andrängende Europäertum bildet den Schlüssel für das Verständnis der geistigen Strömungen und innerpolitischen Vorgänge in China seit 1898. Und vielleicht nicht bloß in China. Noch ein anderes ostasiatisches Volk, die Japaner, glaubte allen Grund zu haben, vor Europa besorgt und auf der Hut sein zu müssen. Schon die Reformatoren hatten in ihren Schriften auf das nachdrücklichste einen Anschluß Chinas an Japan empfohlen, im Jahre 1899 war unter japanischer Leitung der sogenannte „ostasiatische Kulturbund“[1]) zur Abwehr des abendländischen Einflusses in Ost-Asien gegründet worden, und seitdem ist der japanische Geist im Chinesentum immer stärker hervorgetreten. Die Ereignisse von 1900 waren ein plötzlicher Ausbruch der bis dahin verborgenen, in sich nicht einmal einigen Kräfte, die von Fanatikern völlig mißbraucht und irregeleitet wurden. Seit jenem schlimmen Jahre ist die Abneigung gegen Europa nicht geringer geworden, und außerdem — darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben — die Achtung vor ihm nicht größer.

Nach der Wiederherstellung normaler Zustände ist die chinesische Regierung bestrebt gewesen, mit den fremden Mächten einen erträglichen modus vivendi zu finden. Von der Unhaltbarkeit ihrer staatlichen Einrichtungen überzeugt, hat sie auf verschiedenen Gebieten, vor allem auf dem des Unterrichts, Versuche gemacht, Neueinrichtungen zu schaffen, die, soweit möglich, den chinesischen Auffassungen und den modernen Erfordernissen gleichzeitig gerecht werden sollen. Wer das politische Programm der Reformatoren von 1898 überblickt, der wird sehen, daß es in diesen Neueinrichtungen zwar nicht völlig durchgeführt ist, daß aber diese letzteren in dem Programm sämtlich enthalten sind. Auch die Anlehnung an Japan ist aus dem Programm herübergenommen, und so sind denn japanische Unterweisung und japanische Hilfe bei der begonnenen Umformung des chinesischen

[1]) Chinesisch *T'ung wên hui*, japanisch *Tō-a dōbun kwai*, d. h. „Bund der gemeinsamen Literatur und Schrift (Ostasiens)“. Näheres darüber in dem Aufsatze *Japans asiatische Bestrebungen.*

Staatswesens weitaus überwiegend geworden.[1]) Die inneren Schwierigkeiten im eigenen Lande aber sind für die chinesische Regierung in diesen Jahren ganz gewaltig gewachsen. Zwar die Zahl und der Einfluß altkonservativer Fanatiker, die jede Neuerung kritiklos verdammen, sind geringer geworden, denn die Erkenntnis, daß irgend etwas geschehen müsse, um die Zukunft zu retten, hat sich nun doch beinahe allen aufgedrängt; dagegen sind die Meinungen darüber, was geschehen soll, so vielfältig gespalten und zum Teil mit so leidenschaftlichem Eifer erfüllt, daß es der Regierung, abgesehen von allen auswärtigen Bedrängungen, schwer genug gemacht wird, selbst im Innern des Landes einen gangbaren Weg zu finden.

Man kann die in Betracht kommenden Kreise ihren politischen Auffassungen nach in drei Klassen zergliedern, nämlich die Gemäßigten, die Radikalen und die Revolutionäre. Die Gemäßigten wollen in behutsamer Weise auf dem betretenen Wege der Modernisierung der Staatseinrichtungen fortschreiten und die westlichen Wissenschaften allmählich in den oberen Volkschichten verbreiten, von dem konfuzianischen Geiste aber nicht ein Teilchen geopfert sehen. Zu ihnen gehört die Mehrzahl der höheren Beamten und wohl auch der übrigen Personen, die im Interesse ihres gefestigten Besitzes jeder starken Erschütterung des Staatswesens abgeneigt sind. Die Radikalen sehen in der ganzen heutigen Staatsordnung nichts anderes als ein Konglomerat unentwickelter Formen, unkonfuzianischer Mißbräuche und haltloser Vorurteile. Sie wollen das ganze System von Anfang bis zu Ende beseitigen, und zwar im schnellsten Tempo. Vor allem soll modernes Wissen uneingeschränkt in allen Klassen der Bevölkerung verbreitet, und kein Beamter mehr ernannt werden, der nicht in diesem Wissen seine Ausbildung erhalten hat. Im großen und ganzen stellen die Radikalen die alte K'ang-You-Weï'sche Schule von 1898 dar, vielleicht mit etwas weniger Beimischung von Rassen-Fanatismus. Sie sind auch die Hauptträger der antirussischen Propaganda. Ihre Anhänger gehören meist jüngeren Generationen an, es sind Theoretiker ohne politische Erfahrung, stark beeinflußt durch die englische und japanische Presse in China, zum Teil auch durch anglo-amerikanische Missionare. Die Revolutionäre endlich haben gerade in der jüngsten Zeit besonders viel von sich reden gemacht. Es sind fanatische Köpfe, die meist durch den Aufenthalt in Japan oder in den englischen Kolonien von Hongkong und Singapore, sowie in den fremden Niederlassungen von Schanghai aus dem Gleichgewicht gebracht sind. Sie agitieren vor allem in leidenschaftlicher Weise gegen die regierende Mandschu-Dynastie, die sie ebenso wie alle alten Staatseinrichtungen beseitigen wollen, um dann auf dem Trümmerhaufen die allgemeine

[1]) Das hat sich heute infolge der Erfahrungen, die man mit den japanischen Unterrichts-Ergebnissen und mit der japanischen Politik, namentlich in der Mandschurei, gemacht hat, wesentlich geändert. Japans Rassebestrebungen sind an seinem unverhüllten Ehrgeiz, an der Größe seiner Ziele und an der falschen Beurteilung der chinesischen Eigenart gescheitert und für absehbare Zeit aufgeschoben. Vergl. unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.*

Freiheit zu proklamieren. Im übrigen sind bei ihnen die Ideen vom Zukunftstaat nicht klarer als anderswo.[1]) Diese revolutionäre Propaganda hat ihren Boden hauptsächlich unter den chinesischen Studenten in Japan und ist jetzt auch schon eingeschleppt in die modernen Hochschulen von China. Es sind moderne sozialistische Ideen, die, von Europa und Amerika nach Japan eingeführt, dort in unreife Köpfe verpflanzt werden. Diese Umstürzler bilden ein äußerst unruhiges und nicht ungefährliches Element unter der jüngeren chinesischen Generation, das der Regierung schon manche Verlegenheit bereitet hat. Nicht nur in den Schulen haben sie Aufsässigkeiten und Unruhen hervorgerufen, sondern sie sind auch schon zu ernsteren Dingen übergegangen. So wurde im August 1900 in Hankou eine Verschwörung entdeckt, die sich „Unabhängigkeits-Gesellschaft" nannte. Sie wollte die damaligen „Boxer"-Wirren dazu benutzen, die Dynastie oder jedenfalls die Kaiserin-Mutter nebst der gesamten Regierung zu beseitigen, und dann einen Pakt mit den Fremden schließen. Die neue Politik sollte zunächst damit eingeleitet werden, daß die drei Städte Hankou, Hanyang und Wutschang, der Sitz der Regierung Tschang Tschi Tung's, durch Feuer vertilgt würden. Die Untersuchung ergab, daß der Plan in Japan, und zwar unter dem Einfluß der im Jahre 1898 nach dort geflüchteten, politisch gänzlich entgleisten Reformatoren entstanden war. Tschang Tschi Tung, der sich später in einer ausführlichen Proklamation über die Angelegenheit ausgesprochen hat, ließ über zwanzig der Verschwörer kurzer Hand hinrichten. Einige davon waren junge Leute, die er selbst nach Japan zur Erziehung gesandt hatte. Merkwürdigerweise scheint Tschang Tschi Tung aber aus dieser Erfahrung nichts gelernt zu haben. Auch bei dem Fall der chinesischen Zeitung „*Su pao*" in Schanghai, der im letzten Sommer auch in der europäischen Presse mehrfach erörtert wurde, handelte es sich um maßlose Brandartikel einer noch radikaleren Schule, die ebenfalls in Japan ihren Ursprung hat.[2]) Einer der Beklagten, der ebenfalls zur Ausrottung der Mandschus aufgefordert hatte, stand Anfang Dezember vor Gericht in Schanghai: „Ich will den Sozialismus in China einführen", erklärte der neunzehnjährige Jüngling, „ich will das für China werden, was Rousseau für Frankreich war". Auf die Frage, woher er

[1]) Diese Einteilung trifft im ganzen auch heute noch zu. Es sind die nämlichen Parteien (soweit man von solchen in China überhaupt reden kann), die in dem vor zwei Jahren erschienenen Buche von Albert Maybon, *La Politique chinoise. Étude sur les Doctrines des Partis en Chine,* „réformistes gouvernementaux, l'école réformiste de K'ang You-Wei" und „révolutionnaires" genannt werden. Vergl. auch unten den Aufsatz *Zur Lage in China.*

[2]) Die „*Su pao*" war das Organ einer revolutionären Gesellschaft innerhalb der fremden Niederlassung von Schanghai. Der General-Gouverneur in Nanking war angewiesen worden, die Vorsteher dieser Gesellschaft zu verhaften. Da eine solche Maßregel ohne Zustimmung der fremden Konsuln nicht ausführbar war, diese aber teilweise Bedenken trugen, einer Auslieferung zuzustimmen, so wurden die Beschuldigten, soweit sie nicht entflohen waren, nach langen Verhandlungen durch Beschluß des diplomatischen Korps in Peking im Dezember 1903 schließlich vor das „Gemischte Gericht" der fremden Niederlassung gestellt und von ihm zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

die Ideen über die Ausrottung der Mandschus habe, erwiderte er: „Von meinem japanischen Lehrer".

Allen drei Klassen gemeinsam, allerdings in ungleichem Maße, ist das Mißtrauen gegen Europa. Und zwar ist dies um so stärker geworden, als von Japan aus der Zusammenschluß aller ostasiatischen Völker, mit einem Worte, die Rassenfrage mehr und mehr zum beherrschenden Moment der politischen Auffassung gemacht worden ist. Es scheint zwar, als ob durch dieses Moment auch in China ein dem Orientalen an sich fremdes Nationalgefühl geweckt worden wäre, wenigstens kann man auf diesen Gedanken kommen, wenn man die zahlreichen chinesischen Petitionen, Kundgebungen, Broschüren und Zeitungsartikel betrachtet, die allein durch die Mandschurei-Frage und den russisch-japanischen Konflikt hervorgerufen sind, und die der chinesischen Regierung ihre Stellung gewiß nicht leichter machen — indessen ist bei diesen Erzeugnissen schwer festzustellen, wieviel auf Rechnung der englischen und japanischen Preßagitation zu setzen ist, und außerdem ist das eigentliche Nationalgefühl in abendländischem Sinne ein zu modernes Element, als daß es für das Verhalten orientalischer Völker bereits eine nachhaltige Bedeutung gewonnen haben könnte. Als staatbildendes und staaterhaltendes Moment ist ja der Nationalismus auch in Europa erheblich jüngeren Datums, als wir heute anzunehmen geneigt sind.

So sehr nun, man kann sagen durchweg, in China die Achtung vor den europäischen Fachwissenschaften, insbesondere vor allen angewandten Wissenschaften, vor europäischen Staats- und Wohlfahrts-Einrichtungen, ja auch vor gewissen europäischen Lebensgewohnheiten während der letzten Jahre gestiegen ist, so wenig ist dies der Fall mit Bezug auf das, was man als den christlichen Geist der abendländischen Zivilisation zu bezeichnen pflegt. Und hier sind es gerade die gemäßigteren Elemente, denen als oberster Grundsatz gilt, daß von den durch Konfuzius zusammengestellten sittlichen Normen niemals irgend etwas geopfert werden dürfe, daß es ebenso wichtig sei, die „heilige Lehre" zu erhalten, wie das eigene Land. Es ist ein uralter Glaubenssatz des chinesischen Universalismus, daß das Menschengeschlecht dazu berufen sei, eine Einheit zu bilden einem einzigen einheitlichen göttlichen Willen gegenüber. Wenn diese Einheit vollzogen sein wird, sagt jener Glaubenssatz, so wird die dritte der großen Zeitperioden anbrechen, nämlich die des Weltfriedens. Dann werden die verschiedenen dogmatischen Religionen der Völker, die eine Hauptursache des Unfriedens bilden, verschwunden sein, an ihre Stelle treten wird die klare, mit der menschlichen Vernunft allein zu erfassende Erkenntnis jenes einheitlichen göttlichen Willens. Die bis jetzt deutlichste Form dieser Erkenntnis aber findet sich in dem dogmenlosen Konfuzianismus. Aus dieser Argumentation heraus läßt es sich begreifen, daß mit Bezug auf die grundlegenden sittlichen Normen das Chinesentum höher zu stehen glaubt, als das Europäertum, unbeschadet der größeren physischen Kraft und der höheren wirtschaftlichen Blüte des letzteren, und daß

unsere Zivilisation als ganzes nicht den überwältigenden Eindruck auf den Chinesen macht, den sie unserer nicht immer ganz unparteiischen Ansicht nach durchaus auf ihn machen sollte! Der ganzen Literatur zufolge scheint auch der Reform-Konfuzianismus (die revolutionären Fanatiker zählen hier natürlich nicht mit) in diesem Punkte zu keinen Konzessionen an das Europäertum geneigt zu sein.

Um Ihnen nun den Beweis zu liefern, daß ich mich in meinen Ausführungen von subjektiver Färbung frei gehalten habe, will ich, wie ich dies auch im vorigen Jahre getan, einige hervorragende Chinesen selbst über den Gegenstand sprechen lassen, der uns beschäftigt. Ich werde Ihnen zu dem Zwecke einige Übersetzungen aus modernen chinesischen staatswissenschaftlichen und ähnlichen Schriften vorlesen, die ich nach dem Urtexte angefertigt. Die Übersetzungen sind wörtlich; wo ein Inhaltsauszug gegeben wird, sind wenigstens die charakteristischen Ausdrücke beibehalten.

Ich wähle zunächst einen Teil aus der fünften großen Denkschrift des bekannten K'ang You Weï an den Thron, in der er die gefährliche Lage Chinas und die Rückständigkeit der chinesischen Zustände darlegt. Die Denkschrift ist im Dezember 1897, bald nach der Besetzung von Kiautschou, verfaßt;[1]) der Teil, den ich verlesen werde, nimmt als Thema ein Zitat aus dem *Schu-king*, einem der fünf kanonischen Bücher, dessen Inhalt weit in das vorkonfuzianische Altertum zurückreicht. Diese Behandlung des Stoffes zeigt Ihnen zugleich, wie auch heute noch das Denken selbst der modern gesinnten Chinesen im klassischen Altertume wurzelt.

Der Verfasser spricht zunächst von den Gefahren, die China infolge des aggressiven Verhaltens der fremden Mächte drohen, und fährt dann fort:

„Nun bitte ich, mir gestatten zu wollen, unsere Krankheit offen darzulegen und rücksichtslos anzugeben, wie diese Krankheit zu heilen ist, und zwar will ich dabei den Spruch von Tschung Hui[2]) zugrunde legen, der lautet: Die Schwachen sollen unterjocht, die Toren gestraft, den Zuchtlosen ihre Länder genommen, die hoffnungslos Verlorenen beseitigt werden." (*Schu-king*, IV, II, 2.)

(Es folgt nun eine Besprechung der einzelnen der 4 Punkte.)

1. „Die großen Staaten Europas haben ein jährliches Einkommen von vielen Milliarden, ihre geschulten Heere zählen nach Millionen, ihre Panzerschiffe nach Hunderten, sie besitzen moderne Wissenschaften, moderne Maschinen. Tausende von neuen Erfindungen, neuen Büchern bringt jedes Jahr; ungezählte Scharen von Bauern, Handwerkern, Kaufleuten, Soldaten, Gelehrten erlernen Jahr für Jahr ihre besonderen Fachwissenschaften; Frauen und Mädchen, Jünglinge und Kinder, alle verstehen zu lesen und zu schreiben. Und wir? Unsere jährlichen Einkünfte betragen 70

[1]) Näheres hierüber in dem vorigen Vortrage.

[2]) Minister unter Tsch'êng T'ang (Schang-Dynastie.) Mitte des 18. Jahrhunderts v. Chr.

Millionen, unsere Schulden 200 Millionen (das bezieht sich auf die an Japan nach dem Kriege von 1894/95 zu zahlende Kriegsentschädigung), das ist die Schwäche unserer Finanzen. Geschulte Truppen und Panzerschiffe besitzen wir überhaupt nicht, das ist unsere militärische Schwäche. Moderne Wissenschaften, moderne Maschinen kümmern uns nicht, das ist die Schwäche unseres Wissens. Unsere Militärs verstehen nichts von Bildung, unsere Gebildeten nichts vom Militär, unseren Kaufleuten fehlt die Schule, unseren Bauern die Ausbildung, das ist die Schwäche unserer Erziehung. Die Massen geben sich beschaulicher Ruhe hin, und den Gebildeten fehlt die Energie, das ist die Schwäche unseres Charakters. Das sind die Besorgnisse, die ich wegen Tschung Hui's Wort habe: Die Schwachen sollen unterjocht werden.

2. Seit 4000 Jahren haben wir uns um keine Neuerungen gekümmert. In den fremden Staaten herrscht frisches Leben, aber wir bleiben immer dieselben und lernen nichts Neues. Unsere hohen Beamten bleiben bei ihrem Grundsatz: „Ehret den Kaiser und haltet die Barbaren fern". Sie schleppen sich mit toter Gelehrsamkeit und veraltetem Zeremoniell, aber die Ausländer lachen über sie, denn ihr ganzes Wesen besteht in Redensarten, und innen sind sie hohl. Wir haben nicht gelernt, uns in die Zeit zu fügen, daher die Katastrophen in den Kriegen mit Frankreich und Japan; aber auch das hat uns nicht gebessert, darum erleben wir die Vorgänge von heute. (Besetzung von Kiautschou.) Die 400 Millionen Chinas werden von kaum 100 hohen Würdenträgern, General-Gouverneuren und Gouverneuren regiert, aber keiner von ihnen ist einmal im Auslande gereist, oder kennt moderne Schriften über europäische Verfassungen. Diese bejahrten, noch nach der alten Schule ausgebildeten Herren, deren Kräfte schon in der Abnahme sind, und deren Zeit ganz von Staatsgeschäften erfüllt wird, haben keine Muße, sich mit neuen Entdeckungen und modernen Ideen abzugeben oder die Verhältnisse in den fremden Staaten kennen zu lernen. Ihre Ohren und Augen sind noch an die alte Redens- und Denkweise gewöhnt, sie argumentieren alle in gleicher Art und sind vertraut nur mit dem üblichen, ruhigen Zustande. So bewegen sich bei den bedeutenderen von ihnen Empfindungen, Gedanken, Kenntnisse, Sorgen sämtlich in den alten Ideenkreisen, die unbedeutenderen aber, voll Anmaßung und Hochmut, denken an ihre Vergnügungen und Vorteile oder fördern die eigennützigen Pläne ihrer Verwandten. Dagegen gibt es Reisende und Missionare der fremden Staaten in China, die unsere Verhältnisse studieren; sie erörtern in nationalökonomischen Werken und Handelstabellen finanzielle und wirtschaftliche Fragen in Bezug auf China, schreiben Zeitungsartikel zur Belehrung des Volkes oder machen amtliche Berichte. Darum schaffe man die alten Mißbräuche gänzlich ab und regiere energisch nach neuen Ideen. Das ist die Furcht, die ich wegen Tschung Hui's Wort habe: Die Toren sollen gestraft werden.

3. Seit der Abtretung Formosas weiß jeder, daß unsere Regierung kein Vertrauen verdient, unser Volk keine Kraft besitzt. Ge-

sindel und Wilde machen uns in den Bergen und an den Grenzen zu schaffen, und die Zwistigkeiten zwischen dem Volk und den Christen in den Innenprovinzen. Das Gesindel gerät in Feindschaft mit den Christen, das ist für diese ein Grund, ihre verschiedenen Sekten und Genossenschaften zu vereinigen, und nun üben sie einen noch stärkeren Druck und Zwang aus; so entstehen Unruhen und Aufstände; an einer starken Autorität, diese niederzuwerfen fehlt es aber, und so nehmen die Europäer das zum Vorwande für militärische Maßregeln. So vertrieben auch die Russen die muhammedanischen Rebellen und besetzten die Provinz Ili.[1]) Das ist die Furcht, die ich wegen Tschung Hui's Wort habe: Den Zuchtlosen sollen ihre Länder genommen werden.

4. Was nun die Aufteilungspläne der Europäer anlangt, so sehen wir, wie Afrika seitens der verschiedenen Mächte, Polen von Rußland, Deutschland und Österreich zerteilt, Annam von Frankreich, Indien von England einverleibt wurden. Unser Beamtentum aber sitzt mit den Händen im Schoß und erwartet geduldig und mit stumpfem Gleichmut sein Schicksal. So war es i. J. 1884 und ebenso i. J. 1894. Da gab es niemand, der in edlem Zorne aufwallte und feierlich schwur, fest zu bleiben und sein Land zu retten. Seit dem Altertum wahrlich sah man solch Schauspiel nicht. Unsere Prinzen und Würdenträger, unsere Gelehrten und unsere Volksmassen klammern sich an das Leben und warten, daß sie die Knechte Europas werden, daß die Fremden sie abschlachten wie ihre Hunde und Schafe. Ach, nichts Schlimmeres gibt es als das Absterben des Charakters, kein schwereres Leiden als die Schwindsucht, die nur noch lose hängenden Blätter bricht sicher der tödliche Wind, nach den halbwelken Blumen braucht die Hand sich nicht mühend auszustrecken, sie sterben und ihre Gestalt verschwindet. Das ist der Schmerz, den ich fühle wegen Tschung Hui's Wort: Die hoffnungslos Verlorenen sollen beseitigt werden.

Nun hat man vielleicht die Absicht, einen starken Nachbarstaat zu Hilfe zu rufen und so die eigene Selbständigkeit zu bewahren. Aber der Grundsatz europäischer kriegerischer Unternehmungen ist zu siegen um jeden Preis und das Land des geschlagenen Gegners gänzlich zu vernichten. Rußlands und Deutschlands Streitkräfte sind gleich, wie sollten sie um unseretwillen ihre Heere gegeneinander ins Feld führen und ihre politische Existenz aufs Spiel setzen? Bei der Zerteilung Asiens durch Europa kann man an das Vorbild des alten türkischen Volkes denken: sein großes Gebiet wurde rasch zerschnitten, wenn es auch sein verfallenes Leben noch hinschleppt; oder an das von Persien: seine Machtstellung und sein Einfluß sind ihm genommen, wenn auch seine alten Gebiete noch erhalten blieben. China ist ein weit ausgedehntes Territorium, der Zerteilungsprozeß wird aber ohne Widerstand im Laufe der Jahre sich vollziehen. Die maßgebenden Staatsmänner Chinas sind alt und gebrechlich, sie er-

[1]) Es handelt sich um die Besetzung des Kuldscha-Gebietes durch Rußland im Jahre 1871. Durch den vom Marquis Tsêng in Petersburg abgeschlossenen Vertrag vom 12. Februar 1881 wurde der größte Teil an China wieder zurückgegeben.

warten nur noch den Tod, und ihre Hinterlassenschaft ist das Verderben der Zukunft. Die Religion des alten türkischen Volkes ist die muhammedanische, sie hat einen stürmischen, harten Charakter und zwingt auch die Europäer zur Furcht. Die Religion unseres Volkes aber ist sanft und nachgiebig, morsch und vertrocknet. Der Beherrscher von Persien reist überall in den Ländern Europas herum, unsere Prinzen und Staatsmänner aber sitzen bei verschlossenen Türen und entfalten in der Verborgenheit ihre Tugenden. Ein Gesandter Schwedens[1]) eilte hier durch und verkündete den Zeitungen aller Länder, die alten Staaten Asiens seien während der letzten Jahre in beständigen Verfall geraten, es habe der Anfang ihres Endes begonnen. Wir aber halten uns vor den Schritten des Verderbens die Ohren zu und sind solche Narren, daß wir zu dem Mittel des Selbstbetruges greifen. Wir gleichen dem Manne, in dessen Hause Feuer ausbricht, der aber weder Wasser herbeischafft noch um Hilfe ruft. In dem Augenblicke aber, bevor das Feuer sein Zimmer erreicht hat, eilt er hinein, um seine Kostbarkeiten zu retten, und dabei verliert er sein Leben samt all seiner Habe. Darum sage ich, unsere Minister sind nicht loyal ihrem Fürsten gegenüber und ohne Liebe zu ihrem Lande, sie denken nur an das Wohl ihrer Person. Der Kaiser möge an das Geschick der T'sin- und Sung-Dynastie im Altertum[2]) und an das der Türken und Perser in der Neuzeit denken. Die Kaiserin-Witwe aber kann nicht allein für das ganze Reich denken, sie möge sich der Kaiserin Sieh von der Sung-Dynastie erinnern.[3]) Die Minister werden, nachdem ihr Herrscher entehrt ist, durch ihren Tod den Fall des Reiches auch nicht mehr hindern. Jetzt sitzen sie mit gesenktem Haupte und gefalteten Händen den auswärtigen Ansprüchen gegenüber und harren ruhig der Schmach und dem Verderben entgegen. Die Katastrophe von Kiautschou ist nicht ein neues plötzliches Unglück von heute, sondern das Ergebnis der Schwäche und Energielosigkeit einer langen Vergangenheit. Ich will dem Beil des Henkers nicht entfliehen für das, was ich schon oftmals dargelegt habe. Ich wage es nicht, heute Pläne an-

---

[1]) Gemeint ist hier anscheinend der schwedische, auch in Japan beglaubigte Gesandte Gude, der im Jahre 1896 zeitweilig in Peking war. Für gewöhnlich unterhält Schweden keinen eigenen Gesandten in Peking, seit 1908 ist ein Geschäftsträger dort.

[2]) Die T'sin-Dynastie regierte von 265 bis 420. Unter ihr erfolgte die Teilung des Reiches in die (nicht-chinesischen) Nord- und die chinesischen Süd-Staaten. Die nun folgende Periode bis 589 wird auch „die Zeit der fünf Staaten" genannt. Die Sung-Dynastie regierte von 960 bis 1278. Unter ihr eroberten die Mongolen allmählich vom Norden aus das ganze Reich.

[3]) Die Kaiserin Sieh war die Gemahlin des Kaisers Li Tsung von der Sung-Dynastie (1225 bis 1264). Nach dessen Tode folgte ihm sein unfähiger Neffe Tu Tung (bis 1274) in der Regierung und diesem sein vierjähriger Sohn. Die alte Kaiserin Sieh übernahm deshalb für ihn die Regentschaft (der Vergleich mit der Kaiserin-Regentin lag also nahe). Im Jahre 1276 eroberten die Mongolen die Hauptstadt, und die Kaiserin mußte ihrem Heerführer als Zeichen der Unterwerfung das Kaiserliche Staatssiegel aushändigen. Sie selbst wurde samt dem Kaiser als Gefangene an den Hof Kublai Khan's geschickt. (S. Wieger, *Textes Historiques* S. 1959.)

zugeben, wie man das Reich schützt und erhält, das muß der ruhigen Arbeit des Friedens überlassen werden. Angesichts der Katastrophe von Kiautschou wolle Eure Majestät auffahren voll Kraft und Ihren Zorn die Welt sehen lassen. Durch Selbstanklage[1]) begeistere Eure Majestät zuerst die Herzen des Volkes, dann mache Sie unsere Schande offenbar, damit die Leidenschaft der Gebildeten erregt, die Kraft der Massen geschürt werde. Eure Majestät wolle das Volk um Rat fragen, damit das Wort des Herrschers überall hindringe; jeder im Reiche soll aufgefordert werden, Berichte zu senden, damit die Empfindung der Untertanen bekannt, das Reich befestigt, die Reform begonnen werde. Fragen des Reiches sollen dem Reiche zur Beratung übergeben werden".

Für die vorhin erwähnte chinesische Auffassung, daß man, um zur Schaffung eines modernen Staatswesens abendländischer Art zu gelangen, zunächst zu den alten, unverfälschten Lehren des Konfuzianismus zurückkehren müsse, möchte ich Ihnen als Belag eine Stelle aus einer Rede K'ang You Weï's mitteilen, die er bei der Gründung eines großen politischen Klubs in Peking im Jahre 1898 hielt.

„Die leitenden Motive der Politik in europäischen Ländern", heißt es dort, „sind Schutz des Volkes, Förderung des Volkes, Erziehung des Volkes. Durch das Parlament kommen der Wille und die Stimmung des Volkes zum Ausdruck. Der Fürst gilt nicht zu viel, und das Volk nicht zu wenig; das Wohl des Volkes wird allem vorangestellt. Alle diese Grundsätze stimmen mit der Tendenz unserer Klassiker überein, darum sind jene Länder stark. Bei uns wird in den wichtigsten Staatseinrichtungen auf das Wohl des Volkes keinerlei Rücksicht genommen, wir haben nicht die Grundsätze, das Volk zu schützen, zu fördern, zu belehren. Zwischen Thron und Volk besteht kein Zusammenhang, der eine ist alles, das andere nichts. Das steht im Gegensatz zu der Tendenz unserer Klassiker, darum sind wir schwach."

Auch die folgenden Stellen sind bezeichnend, die ich einem Berichte Liang K'i Tsch'ao's, des hervorragendsten Schülers von K'ang You Weï, entnehme, den er über die neue Hochschule für moderne Wissenchaften in der Provinz Hunan im Jahr 1898 erstattete.

„Wissen ist Macht. Je nachdem das Wissen eines Volkes enger oder weiter wird, sinkt oder steigt seine Macht. Beispiele hierfür sind die farbigen Rassen: die Inder haben sich durch ihr zunehmendes Wissen auch in ihrer politischen Abhängigkeit von England aus ihrer zuerst untergeordneten Stellung wieder emporgearbeitet, so daß sie hohe Stellungen im Lande einnehmen. Dagegen sind die Neger Afrikas, die Indianer Mexikos und die Eingeborenen der Südsee zu Sklaven herabgedrückt. Früher wollte man die Macht des Volkes niederdrücken, darum beschränkte man sein Wissen; jetzt will man diese Macht verstärken, darum erweitert man sein Wissen . . . Man muß also vor allem andern erst das Wissen erweitern und die Unwissenheit zerstreuen. Man muß be-

[1]) Vergl. oben S. 7.

greifen lernen, was einen Staat stark macht und was ihn schwächt, wie man das Wissen fördert, und wie die Unwissenheit beseitigt. Man muß verstehen, daß China, wenn es in seiner alten Ideenwelt verharrt, selbständig nicht weiter existieren kann. Dann müssen japanische und europäische Geschichtswerke gelesen werden, damit man einsieht, daß im Fortschritt das Leben besteht. Darauf müssen einheimische und ausländische Gesetzeswerke studiert werden, damit man den Wert allgemeiner Gesetzesnormen begreift. Dann wird man seine Aufmerksamkeit erst recht den alten Klassikern und alten Philosophen zuwenden.[1]) Auch das Selbstbewußtsein und der Patriotismus der Schüler müssen geweckt werden, damit sie für ihr Vaterland, für ihre Eigenart und für ihre Sittenlehre schützend eintreten . . . Wenn man den Einfluß des Volkes fördern will, so muß man zunächst den Einfluß der oberen Klassen (Notabeln) fördern und dies geschieht am besten durch wissenschaftliche Vereinigungen. In China hat man diesen Grundsatz vernachlässigt, indem man in den einzelnen Verwaltungsbezirken die Ämter grundsätzlich Beamten aus anderen Gegenden übergibt, denen das Wohl und Wehe der ihnen anvertrauten Bevölkerung gleichgültig ist. Unter den drei alten Dynastien (Hia, Schang und Tschou, 3. bis 1. Jahrtausend v. Chr.) und im früheren Altertume war dies nicht der Fall, und noch unter den Han-Dynastien (3. Jahrhundert v. Chr. bis 3. Jahrhundert n. Chr.) mußten die Leiter der Provinzen aus der ihnen unterstellten Provinz selbst sein. Die Europäer befolgen denselben Grundsatz, und wir müssen bei der Neuordnung der Dinge zu der alten Auffassung zurückkehren, daneben aber nach europäischem System die Machtbefugnisse der Gemeinden verstärken. Dazu muß man einerseits für Aufklärung der oberen Klassen sorgen und andrerseits die Machtbefugnisse genau abgrenzen . . . Wenn man nun auch für Aufklärung der Notabeln und des Volkes gesorgt hat, so kann man doch die Beamten nicht einfach abschaffen. Mit ihrer bisherigen Unwissenheit sie aber weiter verwenden, geht auch nicht an. Man muß daher auch auf Belehrung der Beamten bedacht sein. Um also für die Ausführung der Reformen die geeigneten Männer zu haben, bedarf man des Unterrichts und der Aufklärung, und zwar der Bevölkerung, der Notabeln und der Beamten. Das ist die Grundlage für alles weitere."

Die folgenden Ausführungen sind bei der gegenwärtigen politischen Konstellation im fernen Osten besonders interessant. Sie sind dem größeren Werke von Liang K'i Tsch'ao „Geschichte der Staatsreform

---

[1]) Das ist bis jetzt nicht eingetreten. Die Kenntnis der alten Literatur ist bei der jüngeren Generation bedenklich zurückgegangen. Erst in neuester Zeit ist man durch das erhöhte wissenschaftliche Interesse, das man in den Ländern Europas — Deutschland ausgenommen! vergl. unten den Aufsatz *Die sinologischen Studien in Deutschland* — den Geistesschätzen des alten China entgegenbringt, aufmerksam geworden auf die Gefahren eines Rückganges der einheimischen Bildung und beginnt, durch Schaffung von Bibliotheken, Neu-Ausgabe älterer Werke u. a. die wankende Wissenschaft zu stützen.

und ihrer Reaktion im Jahre 1898“[1]) entnommen und bilden dort Teile der Kapitel über „Das Verhältnis Chinas zu den fremden Staaten“ und über „Die englische und japanische Politik“.

„Ein Mensch, dem Tode nahe, liegt hingestreckt in einsamer Wildnis. Über ihm kreisen lauernd die Geier, und unten warten die Füchse mit gewetzten Zähnen. Selbst das kleinste Gewürm, die Fliegen und Motten, die Maden und Ameisen haben sich zu Haufen gesammelt und streben, ihren Anteil zu nagen. Das ist heute die Lage Chinas. Zwar wenn der Mensch plötzlich einmal aufspringt, so entflieht all das Getier um ihn, aber wenn alles in Ruhe liegt, dann geraten wohl Geier und Füchse an einander, streiten und hadern und zerren sich um die Beute. Chinas Bestehen oder Untergang ist für die gesamte Weltpolitik eine Frage von größter Bedeutung. Nun ist heute die Entscheidung dieser Frage nahe.

Es handelt sich um einen Kranken. Es gibt ein Heilmittel für ihn, trinkt er es, so wird er leben; trinkt er es nicht, so wird er sterben. Das weiß er selbst, darum verlangt er es zu nehmen. Er will es hinunterschlucken, aber ein harter Gegenstand sitzt ihm in der Kehle. Wird dieser Gegenstand entfernt, so kann der Kranke schlucken und er wird leben; wird der Gegenstand nicht entfernt, so kann er nicht schlucken und er wird sterben. Leben und sterben sind also um Haaresbreite voneinander getrennt. Das ist heute die Lage Chinas. Die Pläne Rußlands in bezug auf seine äußere Politik sind die gefährlichsten, aber auch die schlauesten von allen. Seine glatten Worte und schönen Reden sind der Köder, mit dem es die Staaten fängt. Seine früheren Herrscher haben ihm ein politisches Programm als ihr Vermächtnis hinterlassen, und unablässig ist es damit beschäftigt, dieses Programm zu verwirklichen. Im Osten aber endet dies erst mit dem Ende der Welt. In allen Staaten bestehen Absichten, die auf eine Teilung Chinas hinzielen, aber Rußland ist ganz von ihnen durchdrungen. Deshalb wünscht es auch nicht, daß China stark wird, und weil es dies nicht wünscht, muß es notwendigerweise seine Reformierung zu verhindern suchen. Die Russen erklärten der Mandschu-Partei: eine Reform bringt den Chinesen Vorteile, aber den Mandschus nur Schaden. Solche Reden kommen aber nur der den Mandschus innewohnenden natürlichen Abneigung gegen alle Reform entgegen; dies ist ein sehr wichtiger Faktor. Für alle Staaten gilt als ein leitender Gesichtspunkt das Prinzip des politischen Gleichgewichts. Die Folge eines russischen Zusammenschlusses mit der Mandschu-Regierung würde nun sein, daß die letztere nur eine Puppe der russischen sein würde. Dann würde die russische Regierung die wirklichen Vorteile des Verhältnisses genießen, die Mandschu-Regierung aber nur die Ehre! Letztere wäre in Wahrheit nur ein Anhängsel der ersteren. Bei solcher Konstellation würde Rußland im Osten der Herr im Hause sein, die übrigen Staaten aber wären

[1]) *Wu-sü tschêng pien ki,* 3 Bände. S. mein *Verzeichnis der wichtigsten chinesischen Reformschriften vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts* unter Nr. 19.

nur Fremdlinge. Der Fremdling kann aber gegen den Herrn in dessen eigenem Hause nicht aufkommen. Von einem politischen Gleichgewicht wäre also keine Rede mehr. Eine Reformierung ist nach einer Verbindung der Mandschu-Regierung mit Rußland unter solchen Umständen ausgeschlossen. Obwohl die Kaiserin geneigt ist, um Rußlands Schutz zu betteln, ist doch unter den Mandschus niemand, der von auswärtigen Dingen etwas verstände . . . . Wenn also aus dem Bündnis mit Rußland bisher nichts geworden ist, so liegt dies nicht an der Gewalttätigkeit Rußlands, sondern an ganz anderen Dingen.

Ob England eine Teilung Chinas wünscht oder nicht, darüber wird hin und her gestritten. Ich meine, daß es entschieden im Interesse Englands liegt, wenn eine solche Teilung nicht erfolgt. Die Engländer sind ein Handelsvolk, und ihr Staat bedarf zu seinem Gedeihen des Gedeihens des Handels, während Störungen des Welthandels ihm nicht gelegen sein können. Wenn nun China unverletzt bleibt, und in seinen Provinzen Wohlhabenheit herrscht, so wird natürlich auch der Handel blühen. Hiervon wird aber England 80 bis 90 % des Gewinnes ernten. Wird auf der anderen Seite das Reich in einzelne Sphären zerlegt,[1]) so bekommt England vielleicht ein Drittel davon. In diesem Drittel aber wird Englands Gewinn nicht viel größer sein, wenn es ihm gehört, als wenn es China gehört. Die beiden anderen Drittel aber werden anderen gehören, und hier wird England große Verluste haben. Ferner: die Russen haben ihr Interesse auf den Norden Chinas gerichtet, und diese Gebiete werden von den alten mongolischen Nomaden-Stämmen bewohnt. Es sind dies kriegerische Völker, deren wilde Horden oft genug in die südlichen Gebiete eingebrochen sind. Wenn die Russen diese Stämme zu einer ausgebildeten Armee umformen, so werden die Engländer am Yangtsĕ nicht zur Ruhe kommen. Ob hier der Vorteil oder Nachteil überwiegt, werden die Engländer selbst feststellen können. Darum liegt es in der Natur der Sache, daß die Engländer keine Teilung wünschen können.

Japan hat für den Fall, daß China geteilt würde, seine Augen auf die Provinz Fukien gerichtet, aber auch nur, wenn es sich durchaus beteiligen muß. Wenn die europäischen Mächte den Osten unterjochen, so wird Japan, das vereinzelt als asiatisches Reich dasteht, ebenfalls in die Gefahr hineingezogen werden. Daß ihm Liaotung einst entrissen wurde,[2]) daran lebt die Erinnerung noch tief in seinem Herzen. Wenn Japans Sinn heute wirklich auf eine Teilung Chinas gerichtet sein sollte, so wäre es von seinem richtigen politischen Gefühle verlassen. Wenn aber England und Japan eine Teilung Chinas nicht wünschen, vielmehr auf eine Reformierung des Landes hoffen,

---

[1]) Dieser Gedanke der „Einfluß-Sphären" war in der Tat damals der leitende Gesichtspunkt der europäischen Politik in China.

[2]) Im Jahre 1895 durch den Einspruch der drei Mächte Deutschland, Rußland, Frankreich.

so werden beide auch ein besonderes Interesse an der Durchführung der Reform haben.

England und Japan sind darin in Übereinstimmung, daß sie China zu stützen suchen. Das ist das Bestreben ihrer Politik. Warum setzt sich diese nun nicht in die Wirklichkeit um? Japan fürchtet, daß zur Zeit seine Armee und seine Flotte nicht stark genug sind, es mit Rußland und Frankreich aufzunehmen, es will daher noch einige Jahre warten, um dann die Dinge in Ostasien mit Energie nach seinem Willen zu gestalten. Aber Japan wird in seinen Rüstungen mit Rußland nicht gleichen Schritt halten können, und die Hilfsquellen des Landes können sich ebenfalls mit denen Rußlands nicht messen. Nach einigen Jahren wird also Rußland Japan entschieden überlegen sein.[1]) Will daher Japan überhaupt den Kampf mit Rußland aufnehmen, so muß es dies jetzt tun und nicht erst nach einigen Jahren. Und was hält England zurück? Man sagt wohl, seine militärische Kraft ist mehr als hinreichend, um Rußland zu besiegen. Aber so leicht es in einem autokratisch regierten Staate ist, ein bewaffnetes Vorgehen zu unternehmen, so schwer ist es in einem konstitutionell regierten. Und England fürchtet für seinen Reichtum. Das Sprichwort sagt: „Ein reicher Junge setzt sich nicht kreuzweis auf den Stuhl" (d. h. wer viel zu verlieren hat, riskiert nichts.) Darum ist das leitende Prinzip der englischen Politik: Frieden. Aber wenn England auch den Frieden in alle Ewigkeit nicht gestört wissen möchte, so lohnt sich doch vielleicht einmal die Frage: Gefallen ihm die Dinge, wie sie heute liegen? Will man heute den Kampf nicht, so wird man ihn in einigen Jahren bestimmt wollen müssen; vermeiden läßt er sich nicht. Später aber wird der ganze Erdkreis in seine Schrecken hineingezogen werden, ist es da nicht besser, man beginnt ihn sogleich und läßt nur dem Osten das Glück davon zuteilwerden? Außerdem ist es Rußland zurzeit schwer, den Kampf aufzunehmen, aus folgenden Gründen:

1. Die Sibirische Eisenbahn ist noch nicht vollendet.
2. Port Arthur und Ta-lien wan (Dalnij) sind noch nicht befestigt.
3. Der geheime Vertrag mit der Mandschu-Regierung ist nicht abgeschlossen.
4. Rußlands ganzer Organismus ist durch die diesjährige Hungersnot geschwächt, und ohne die Hilfe der Mandschus kann es in Ostasien nichts ausrichten.
5. Deutschlands Freundschaft ist ihm entfremdet.

Wenn Japan unter diesen Umständen Rußland jetzt ein entscheidendes Halt gebieten würde, so würde das letztere vermutlich nachgeben. Dazu kommt noch Englands und Amerikas Bundesgenossenschaft. Noch sind Rußlands Macht die Flügel nicht ausgewachsen. Aber Japan fürchtet sich, und England hockt ängstlich auf seinen Reichtümern und ist nicht leicht in Bewegung zu bringen.

---

[1]) Man sieht, es war nicht bloß der Westen, der Rußlands Fähigkeiten überschätzte.

Darum feuert es auch andere unablässig mit leeren Redensarten an, schnell und energisch ans Werk zu gehen, darum hetzt es ständig andere nach vorn, drängt es andere hinein. Ich meine, weder England noch Japan wird sich jetzt auf einen Kampf einlassen, darum ist es zwecklos, die Aussichten eines solchen zu erörtern. Wenn aber jene beiden Staaten weiter nachgeben, so wird Rußland im Osten nach Belieben in seiner gewalttätigen Weise schalten, wie Port Arthur und Ta-lien wan (Dalnij) zeigen. Damals haben die besten Kreise Chinas in stürmischer Weise Japan und England beschworen, diese Übergriffe nicht zuzulassen, aber außer pathetischen Versicherungen hat man nichts von ihnen gehört. Rußland hat dies auch längst vorausgesehen, darum wagt es, uns nach Belieben zu vergewaltigen. Aus der Vergangenheit aber wird es gute Lehren für die Zukunft ziehen und seine Arbeit im Osten fortsetzen. Wozu ist da die Politik des Friedens in Ostasien gut?"

Zum Schluß will ich Ihnen noch einige Sätze aus modernen politischen Schriften anführen, die den vorhin erwähnten chinesischen Universalismus kennzeichnen und den festen Glauben aussprechen an das Verschwinden aller religiösen Dogmen und an den endgiltigen Triumph des Konfuzianismus als des klarsten Ausdruckes für die einheitliche Gottes-Idee. So heißt es in einer Abhandlung über „Förderung des Wissens":[1])

„Das Dogma ist die Ordnung menschlicher Verhältnisse, die Religions-Idee ist ein Ausdruck der göttlichen Norm. Ihr Ursprung liegt bei Gott, ihre Vollendung in der Weltordnung, ihre Äußerungsform bei den Menschen. Darum gibt es eine vom göttlichen Willen eingegebene Religions-Idee und ein von Menschen aufgestelltes Dogma. Die vom göttlichen Willen eingegebene Religions-Idee ist der ganzen Welt gemeinsam, alle Menschen richten ihre Normen nach ihr, keine davon bleibt außerhalb ihres Bereichs. Die von den Menschen aufgestellten Dogmen wandeln sich im Laufe der Zeit, wie sich der Wechsel der natürlichen Dinge vollzieht, ihre Formen sind schwankend."

Ferner in den Satzungen für eine neue Hochschule in Hunan:

„Die Lehre des Konfuzius ist nicht bloß geeignet, einen einzelnen Staat zu lenken, sondern die ganze Erde zu regieren. Darum heißt es: ozeangleich ist sie über China hingeströmt, bis zu den Barbaren des Südens ist sie hingedrungen. Überall, wo menschliches Leben sich regt, ehrt und schätzt man sie. Einst wird der Tag kommen, da alle Lebenden der Weisheit teilhaftig werden, überall wird ihr gewaltiger Widerhall erklingen, und man wird sich bemühen, die Lehre des Konfuzius vom Weltfrieden und von der Welteinheit allen Ländern der Erde zu verkünden; denn das eben ist der Weisheit letzter Schluß."

Ähnlich in der Abhandlung eines Anonymus über Religions-Gemeinschaften:

„Auch unter den dogmatischen Systemen der Welt gibt es ein

[1]) Auch diese Angaben sind dem oben erwähnten *Huang-tsch'ao king-schi wên sin pien* entnommen.

Blühen und Verfallen, ein Gedeihen und Ersterben, sie folgen dem Schicksal aller menschlichen Dinge; im Wechsel der Zeiten verkümmern sie und wachsen neu. Nach einigen weiteren Jahrtausenden wird es keinen Katholizismus und keinen Protestantismus mehr geben, man wird nicht einmal ihren Begriff mehr kennen. Die Träger der Religions-Idee sind die Menschen, und die Menschen werden von der Religions-Idee erhalten. Solange es Menschen gibt, wird auch die Religions-Idee nicht verschwinden, außerhalb ihres Bereiches wird niemand stehen. Die Religions-Idee selbst aber ist eine geschlossene Einheit; nach Jahrhunderten oder Jahrtausenden werden alle dogmatischen Systeme zu einer Einheit verschmolzen sein, nämlich zu der Religions-Idee. Das wird die große Welteinheit sein."

Endlich in einem von T'sên Tschun Süan, dem General-Gouverneur von Kanton, verfaßten Aufsatze über den konfuzianischen Lehrbegriff:

„Konfuzius wurde geboren, um die Idee des Weltfriedens für alle Länder des Erdballs zu offenbaren, um zu zeigen, daß das Ferne und Nahe, das Große und Kleine eine große Einheit bilden sollen. Die ganze Menschheit wird sich in Konfuzius zusammenfinden, er wird der leitende Punkt ihrer Gedankenrichtung sein, beständig wird er vor ihren Augen stehen. Die ihm nicht folgen, werden einen Frevel gegen das Heilige begehen; wo immer das Leben sich regt, wird man ihn schätzen und ehren." —

Meine Ausführungen, so knapp sie notwendigerweise sein mußten, haben Ihnen gezeigt, daß in dem geistigen Leben des heutigen China neben der Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes das Bestreben stärker wird, im Interesse der Selbsterhaltung den Anforderungen der Neuzeit gerecht zu werden, ohne die Ideale des Altertums zu verleugnen, d. h. für den alten chinesischen Geist moderne Formen zu finden. Wir wollen hier die Frage nicht erörtern, inwieweit und ob überhaupt diese Aufgabe lösbar ist, in jedem Falle sind selbst die Versuche einer Lösung so schwierig, ihre Folgen so schwer zu übersehen, daß uns das unsichere Tasten des heutigen Chinesentums schon deshalb verständlicher sein sollte. Ein Volk, das der Sturm der Gegenwart allzu rücksichtslos von seiner Vergangenheit losreißen will, dem die alten Ideale zerschlagen werden, ehe die neuen lebensfähig sind, gerät in Gefahr, dem Chaos zuzutreiben und seine sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte zu verlieren. Vielleicht drängt sich Ihnen der Gedanke auf, daß es sich zwar hier um ein interessantes völkerpsychologisches Problem handeln mag, daß aber eine reale Bedeutung für uns dabei nicht ersichtlich ist. Ich glaube, daß eine solche doch auch vorhanden ist. Ein tiefer Spalt klafft zwischen der Welt des Westens und des Ostens; wirtschaftliche Fäden zieht der Handel hinüber und herüber, aber ihn geistig auszufüllen, haben die letzten Jahrzehnte wenig getan. Ein deutscher Gelehrter schrieb im vorigen Jahre in einer großer Zeitung: „Nie wird für uns, wie den Hindus gegenüber, irgend ein sympathisches Gefühl aufkommen, wenn es sich um eine persönliche Fühlung mit den Chinesen handelt. So wichtig und einträglich unsere

Handelsbeziehungen dort sein mögen, so manche Ausbeute uns speziell noch unsere dortigen Schutzgebiete verprechen, so fremdartig wird uns stets China, gleichsam als wissenschaftliches Studienobjekt, entgegentreten." Das ist eine traurige Prognose für die Zukunft. Ich glaube aber, daß wir unser Urteil doch nicht allzusehr unter den Einfluß des heutigen Tages stellen dürfen; für die Annäherung zweier seit Jahrtausenden getrennter Welten bedarf es eines ganz anderen Zeitraumes als einiger Jahrzehnte und eines erheblich größeren Maßes von Wissen und Verständnis auf beiden Seiten als heute vorhanden sind. Mit dieser Erkenntnis aber sehen wir uns zugleich der großen Aufgabe des Europäertums gegenübergestellt. Wir haben ein gewichtiges Interesse daran, daß der Spalt, von dem ich sprach, nicht breiter, sondern schmaler wird, die wirtschaftlichen Fäden, die ihn überspannen, könnten sonst reißen, denn — das sollten wir wohl bedenken — in China sind heute auf die Dauer die wirtschaftlichen Beziehungen von den geistigen nicht zu trennen. Diese Wahrheit ist in ihrer ganzen Bedeutung anfänglich nur von einem Volke erkannt worden, nämlich den Japanern. Wie ich vorhin schon erwähnte, haben die Japaner seit 1895 sich systematisch und mit großer Energie bemüht, Einfluß auf die Umformung des geistigen Lebens in China zu gewinnen, und mit allen Kräften sind sie bestrebt gewesen, sich zu diesem Zwecke vor allem des Unterrichts zu bemächtigen.[1]) Die Erfolge sind nicht ausgeblieben: in demselben Maße, wie das gebildete Chinesentum mit japanischen Ideen erfüllt, wie ihm die Welt, und das Europäertum insbesondere, in japanischem Lichte gezeigt wurde, in demselben Maße wuchsen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Daß dieses Verhältnis aber nicht dazu beigetragen hat, jenen klaffenden Spalt schmaler zu machen, brauche ich wohl kaum hervorzuheben. In zwölfter Stunde scheint man sich auf europäischer Seite der Gefahr bewußt zu werden. In Schanghai besteht unter dem Namen „Society for the Diffusion of Christian and General Knowledge among the Chinese" eine Gesellschaft zur Einführung westlichen Wissens in China. Sie wird in ausschließlich anglo-amerikanischem Sinne geleitet. Auf der jährlichen General-Versammlung im letzten Dezember sagte der Vorsitzende, ein englischer Bankdirektor, also doch ein Mann des praktischen Lebens, mit Bezug auf die japanischen Bestrebungen unter anderem folgendes: „Wir sehen uns jetzt einer Erscheinung gegenüber, die nichts Geringeres ist als ein japanischer Einbruch in China; nicht ein Einbruch mit dem Schwerte, sondern mit der Feder, wer aber will sagen, welches der bedeutungsvollere ist? China ist jetzt geistig so wenig wie physisch imstande, einen Angriff von außen abzuwehren; eine Eroberung auf geistigem Gebiete aber dürfte politische Folgen mit sich bringen, die ernster und weitreichender sind als irgend ein materieller Sieg. Der Kampf hat begonnen. In den Schulen und Universitäten Chinas, in der Armee und der Polizei, ja sogar in den Tempeln sind die Sendlinge Japans an der Arbeit usw." Eine

[1]) Vergl. unten den Aufsatz *Japans asiatische Bestrebungen.*

englisch-amerikanische Gegenbewegung ist also in China im Gange, aber dem Wesen derselben besondere Sympathien entgegenzubringen, haben wir Deutsche wenig Veranlassung. Wir alle wissen, wie man in England Geschichte schreibt, und diese „Geschichtschreibung" ist es, die man den Chinesen zu übermitteln sich bemüht. Das Kulturzentrum der abendländischen Welt ist danach England, Englisch die Sprache des Westens. Deutschland spielt in der chinesisch geschriebenen anglo-amerikanischen Literatur, soweit es als vorhanden angesehen wird, eine Rolle, die für uns wenig Schmeichelhaftes hat. Deutsche Wissenschaft existiert überhaupt nicht.

Deutschland ist nicht ohne Schuld an diesem Zustande. Unkenntnis und Gleichgültigheit haben uns wie andere bisher daran verhindert, auf die geistigen Strömungen des heutigen China einen bewußten Einfluß zu üben. Und doch ziemt es den Deutschen am wenigsten, bei dem großen kulturhistorischen Prozeß, von dem ich am Anfang sprach, teilnahmlos beiseite zu stehen. Es ist kein Zweifel, daß China heute von der Notwendigkeit überzeugt ist, vom Abendlande lernen zu müssen, um sich in die universale Kulturwelt einfügen zu können. Deutschland aber, dessen Sprache, wie vor wenig Wochen ein englisches Blatt — es war die „Morning Post" — schrieb, „den Schlüssel, und zwar den einzigen Schüssel zur Hälfte des Kulturlebens und der Gedankenwelt des modernen Europas bildet", Deutschland, das über einen unermeßlichen Schatz von geistigen und idealen Kräften verfügt, Deutschland hat am wenigsten ein Recht dazu, dem großen, orientalischen Volke, das, ratlos und unsicher, nach Belehrung sucht, gleichgültig den Rücken zu kehren oder gar sich zu weigern, ihm von seinen geistigen Reichtümern abzugeben. Ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung der Frage, die ich vorhin andeutete, abgesehen auch von der Notwendigkeit, alles zu tun, was an uns ist, um einer Vertiefung des unheilvollen Rassenhasses entgegenzuarbeiten, ist es für Deutschland auch eine nationale Pflicht, sich bei der Lösung der großen Kulturaufgabe nicht von anderen mit Recht als einen belanglosen Faktor hinstellen zu lassen. Bis in die Neuzeit hinein war das eigentliche Arbeitsfeld der deutschen Wissenschaft, soweit sie nicht in fremden Diensten stand, das Studierzimmer, das nötige Rohmaterial lieferten andere europäische Nationen, dafür wurden ihnen die wissenschaftlichen Ergebnisse zur Verbreitung und Nutzbarmachung überlassen. Diese Zeiten sind vorbei. Wir arbeiten jetzt für eigene Rechnung und brauchen keine Vermittlung mehr; wir sind stark genug, auch in einer fernen Welt unsern Weg allein zu finden. Um so mehr aber haben wir die Pflicht, uns mit der chinesischen Unterrichtsfrage in Zukunft in ganz anderer Weise zu befassen als bisher, wobei ich von einer religiösen Propaganda vollständig absehe. Und zwar werden wir einerseits für die Entsendung zahlreicher geeigneter deutscher Lehrkräfte nach China Sorge tragen müssen, andererseits aber die Heranziehung chinesischer Studenten nach Deutschland zu fördern haben, wo sie — und das ist besonders wichtig — unter

sorgfältiger Leitung in deutsches Wissen und deutsche Weltanschauung eingeführt werden. Eine solche Aufgabe legt uns keine großen finanziellen Opfer auf und wird außerdem vermutlich in China bald Unterstützung finden. Anfängliche Mißerfolge dürfen uns dabei nicht entmutigen. Lassen Sie uns also hoffen, daß unter den in China eingeführten deutschen Produkten bald zwei Dinge genannt werden, die unsere edelsten Erzeugnisse sind und die bisher gefehlt haben, nämlich deutsche Sprache und deutsche Gedanken.[1])

[1]) Wie man weiß, hat es noch mehrerer Jahre bedurft, bis man in Deutschland anfing, die Wichtigkeit der Unterrichtsfrage in China einzusehen. Vergl. unten den Aufsatz *Die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau.*

Was lehrt uns die ostasiatische Geschichte der letzten fünfzig Jahre?

(Vortrag in der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg. 23. Februar 1905.)

Die ostasiatische Geschichte der letzten fünfzig Jahre ist im wesentlichen die Geschichte der modernen Beziehungen zwischen dem Abendlande und Ostasien. Ich sage moderne Beziehungen, weil die Verbindungen allgemeiner Art mit dem fernen Osten, und zwar geistige wie wirtschaftliche, natürlich weit älter sind als fünfzig Jahre, während die Beziehungen, die heute zwischen den beiden Welten bestehen, ihrem Wesen nach verschieden davon sind. Jene älteren Verbindungen waren urwüchsiger, privater, unbestimmbarer Art, die modernen Beziehungen dagegen sind staatsrechtlich geregelt, amtlich kodifiziert und einseitiger Änderung entzogen. Sie beruhen auf Staatsverträgen und nehmen daher ihren Anfang mit dem Abschluß des ersten dieser Verträge, d. h. mit dem englisch-chinesischen Vertrage von 1842. Tatsächlich wirksam geworden sind die damit geschaffenen neuen Beziehungen freilich erst um mehr als ein Jahrzehnt später. Seit jener Zeit ist die Geschichte der ostasiatischen Völker, und zwar ihre innere Entwicklung sowohl, wie ihr Verhalten nach außen, fast ausschließlich bestimmt worden durch die Wirkung dieser neuen Beziehungen. Da die Ursachen, die geschichtsbildenden Faktoren für jene Völker gänzlich neu waren, so mußten auch die Wirkungen entsprechend sein und der historischen Entwicklung einen völlig anderen Charakter verleihen als den, den sie vorher gehabt hatte. Wenn wir heute, nach Verlauf eines halben Jahrhunderts, diese Entwicklung überblicken, so wird uns nicht zum wenigsten die außerordentliche Beschleunigung auffallen, mit der die Geschichte in diesem Zeitraum fortgeschritten ist, eine Beschleunigung, die selbst für uns Abendländer etwas Überraschendes, fast möchte ich sagen etwas Beängstigendes hat, geschweige denn für die beschaulichen Völker des Orients, an denen bis dahin die Jahrhunderte in gleich-

mäßigem Schritt vorbeigezogen waren. Frieden und Krieg, Glück und Unheil hatte zwar auch ihnen die Zeit in wechselnder Reihe gebracht, aber schließlich waren es doch immer dieselben leicht verständlichen Bilder, die sich vor ihnen abrollten, denn der Geist, der jene Bilder beseelte, war ihnen seit Jahrtausenden vertraut. Es war der Urväter Weisheit, die sie wirken sahen und deren Anfang für sie mit dem Beginn der Schöpfung zusammenfiel, ewige Gedanken, deren Träger wohl wechselten, die aber selbst unberührt blieben vom Lauf der Dinge, unabänderlich, unzerstörbar wie das Firmament des Himmels, dem sie entstammen sollten.

Da kam der Wendepunkt in der Geschichte auch für sie. Hinter den Bergen und Wüsten, hinter denen sie nur andere Berge und andere Wüsten vermutet hatten, lagen neue Welten, von deren Inhalt sie nichts geahnt, Welten mit vorwärtsdrängenden Völkern, die von ihrer Rasse-Energie getrieben wurden, den Erdball zu durchforschen und nutzbar zu machen. Diese Neulinge drangen auch ein in die Jahrtausende alte Gleichmäßigkeit des fernen Ostens; neue Gedanken, neue Kräfte brachten sie mit sich, alte Schranken rissen sie nieder und mit unerhörten Forderungen traten sie auf. So begann eine neue Zeit, für die man in der Vergangenheit vergeblich nach einem Vorbilde suchte. Wandlungen, die früher Jahrhunderte zu ihrer Entwicklung gebraucht hatten, schienen sich im Laufe weniger Jahre zu vollziehen, die Ereignisse drängten einander und immer rascher, immer stürmischer wurde der Gang der Geschichte, je mehr die Kräfte des Abendlandes sich entfalteten, je zahlreicher, je verschiedener, je feindseliger untereinander die Völker wurden, die es entsandte, und je mannigfaltiger die Bestrebungen waren, denen sie nachgingen.

Die Welt, in die das Abendland mit seinen Staatsverträgen und seinem politischen Ausdehnungsbedürfnis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eindrang, war die chinesische Kultur-Sphäre, mit Größenverhältnissen, denen gegenüber die westlichen Kultur-Gebiete, Hellas und Rom mit eingeschlossen, als winzige Gebilde erscheinen. Die Völker, die man allmählich näher kennen lernte, waren geistig alle, politisch fast alle abhängig von dem mächtigen Weltstaate, der sich mit Recht — von seinem Standpunkte — als „das Mittelreich", das Zentrum der Welt betrachten konnte. Es währte nicht lange, bis der kluge Fremdling herausfand, daß dieser gewaltige hierokratische Staat mit dem „Himmelssohn" an der Spitze, politisch keineswegs so fest gefügt war, daß man nicht einige äußere Bestandteile ohne große Schwierigkeit davon loslösen konnte. England und Frankreich waren infolge ihrer früheren Beziehungen zu Vorder- und Hinter-Indien die ersten, die diese Erkenntnis verwerteten: i. J. 1861 erklärte England von Indien aus sein Protektorat über Sikkim, nicht viel anders wurden bald nachher Nepal und Bhutan gestellt, 1885 ging Birma in englischen Besitz über. Frankreich, dem seine Missionare vorgearbeitet hatten, ergriff i. J. 1862 Besitz von Saigon, 1867 von Kambodja, 1874 von Tongking und

1882 von Annam. Siam, das trotz moderner Ableugnungen ein Tributstaat von China war, verdankt seine Selbständigkeit dem Verhältnis der beiden genannten europäischen Mächte unter einander. Rußland, das sich seinen Weg durch den asiatischen Kontinent gebahnt hatte, erwarb i. J. 1860 das Amur- und Küstengebiet, i. J. 1871 besetzte es Ili und Kuldscha. Europäische Vorbilder waren es wohl, die auf die Japaner einwirkten, als sie sich i. J. 1880 die Liukiu-Inseln aneigneten und 1895 Formosa. Das Schicksal von Korea, das ja seit 1895 nominell selbständig war, den drei mandschurischen Provinzen und Tibet harrt jetzt der Entscheidung und beschäftigt heute die Aufmerksamkeit der ganzen politischen Welt[1]). Die Vorgänge des Jahres 1900 sind noch in aller Gedächtnis. Wir haben somit auch bei rein äußerlicher Betrachtung eine ungewöhnlich große Zahl scharf hervortretender Ereignisse auf einen kleinen Zeitraum zusammengedrängt vor uns, und zwar scheinen die Pausen dazwischen immer kleiner zu werden, je näher man der Gegenwart kommt. Und doch sind diese Ereignisse nur die äusseren Kennzeichen, nur die sichtbaren Ergebnisse von verschiedenen Entwicklungs-Reihen: welch' triebkräftiges Wachstum neuer Gedanken und neuer Pläne ist ihnen vorangegangen, welche Kämpfe und Erregungen haben sie begleitet, und wie mannigfaltig ist der Einfluß gewesen, den sie auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiete ausgeübt haben! Von den blutigen Kämpfen der Gegenwart, über deren Wirkung uns heute kaum schon ein Urteil zusteht, sehen wir dabei noch ab, ebenso braucht hier nicht an das erinnert zu werden, was erst später hervortretende Mächte, vor allen Deutschland und Amerika, in der jüngsten Zeit geleistet und erfahren haben. Es ist also ein inhaltschweres halbes Jahrhundert, das wir überblicken, reich an äußeren Ereignissen und Wandlungen und reich durch eine kraftvolle und mannigfaltige Entwicklung zahlreicher neuer, zum Teil widerstrebender Kräfte. Eine solche Zeit kann unmöglich spurlos vorübergehen an den Geschlechtern, die ihr angehören, mögen die Einzelnen mittelbar oder unmittelbar oder auch gar nicht an diesen Ereignissen und Entwicklungen beteiligt gewesen sein. Schon die eine Tatsache: das Zusammentreffen zweier völlig verschiedener Kultur-Sphären, die bis dahin nichts oder fast nichts von einander gewußt hatten, ist ein geschichtliches Ereignis von kaum übersehbaren Folgen. In meinen früheren Vorträgen habe ich versucht, Ihnen die Wirkung dieses Zusammentreffens auf der ostasiatischen Seite zu schildern, prüfen wir heute einmal, was für uns dieser noch im Werden begriffene Prozeß bedeutet, welche Lehren wir aus diesem Kapitel der Weltgeschichte ziehen können. Auch dem flüchtigsten Blicke muß sich bei einer

[1]) Das Schicksal von Korea ist inzwischen entschieden, das der mandschurischen Provinzen vorläufig auch, solange das Abkommen zwischen Rußland und Japan vom 4. Juli 1910, in dem beide sich mit ihren Besitzansprüchen auseinandersetzen, als bindend angesehen wird. (Vergl. unten den Aufsatz *Neue Maßnahmen und Pläne in der chinesischen Verwaltung*). Unentschieden ist noch das Schicksal von Tibet. Vergl. unten die Aufsätze über Tibet und den englischen Tibet-Vertrag.

Betrachtung dieser fünfzigjährigen Geschichte eine Fülle von Fragen politischer, wirtschaftlicher, militärischer, technischer, sozialer, allgemein wissenschaftlicher, philosophischer Art entgegendrängen, von denen auch nur einige erschöpfend zu behandeln im Rahmen eines Vortrages natürlich unmöglich ist. Wir wollen daher alle diese Einzelfragen bei Seite lassen und vielmehr den Versuch machen, einige allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, von denen aus wir Klarheit über das gegenwärtige Verhältnis von West zu Ost erhalten können, und die vielleicht sogar einige Lichtstrahlen in die Zukunft fallen lassen.

Als die Mächte des Abendlandes um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Ostasien ihre Staatsverträge abschlossen, trafen sie dort, wie schon erwähnt. auf den chinesischen Universal-Staat. Zu diesem gehörte, im engeren Sinne, alles was zwischen dem Amur, dem Ozean und dem Himalaya lag; eine Ausnahme machte nur der japanische Inselstaat, der nur geistig, nicht aber politisch zu dieser Welt gehörte. Von dem Wesen dieser hierokratischen Universal-Monarchie verstanden die Abendländer genau so wenig wie die Chinesen von den nationalen Staaten des Westens. Wäre ein solches Verständnis vorhanden gewesen, so hätte man vielleicht den Chinesen Verträge in der Form nicht mit Waffengewalt aufgezwungen, ohne wenigstens den Versuch gemacht zu haben, die grundverschiedene Auffassung der beiden vertragschließenden Parteien festzustellen und eine Aufklärung herbeizuführen. China kannte nur den einen Staat der gleichbedeutend war mit der bewohnten Erde, sein Herrscher war der von Gott eingesetzte Statthalter des Himmels und daher zugleich der Hohepriester, sein Reich die Erde, sein Volk die Menschheit; die verschiedenen Völkerschaften lebten in diesem Welt-Staate unter ihren eigenen Oberhäuptern, die ihrerseits die Macht ausübten im schweigenden Auftrage des Universal-Herrschers. So hatten es die Weisen des Altertums gelehrt, und die Geschichte hatte bisher dazu gestimmt. Das Abendland dagegen bestand aus einer ganzen Anzahl gleichberechtigter, von einander unabhängiger nationaler Staaten; es sah also natürlicherweise auch in China einen begrenzten National-Staat, während es tatsächlich mit dem unbegrenzten Universal-Staat zu tun hatte. Da ihm der Begriff eines solchen unbekannt war oder vielmehr geworden war, so mußten die daraus hervorgehenden Auffassungen als unsinnige Anmaßungen erscheinen. Den Chinesen ihrerseits waren die Vorstellungen, daß es unabhängige Staaten mit Kultur und Bildung geben sollte, die außerhalb des großen ethisch-politischen Weltgefüges ständen, ebenso unfaßlich, die darauf gegründeten Ansprüche ebenso sinnlos. Es ist notwendig, sich dieses beiderseitige Mißverständnis vor Augen zu halten, denn es hat die ostasiatische Geschichte bis in die neueste Zeit stark beeinflußt, zum Teil bedingt.[1]) In einer solchen gründlichen Verkennung der Lage wurden die Verträge abgeschlossen, d. h. die

[1]) Vergl. oben den Aufsatz *Der chinesische Staatsgedanke und seine Bedeutung für die abendländisch-chinesischen Beziehungen.*

Chinesen wurden mit Waffengewalt gezwungen, sie zu unterzeichnen. Die Art, wie die Verträge bald nach ihrem Abschluß von China mißachtet wurden, und die Rücksichtslosigkeit, mit der das Abendland alle chinesischen Einwendungen zurückwies, können unter diesen Umständen nicht Wunder nehmen. Auch die Tatsache darf nicht überraschen, daß das Mißverständnis noch Jahrzehnte hindurch seine unheilvollen Wirkungen ausübte, Mißtrauen und Verachtung, Überhebung und Ungerechtigkeit, Erbitterung und Haß erzeugte, und fast ununterbrochene politische Verwicklungen auf allen Seiten hervorrief. So tiefgehende völkerpsychologische Wandlungen, wie sie hier notwendig waren, vollziehen sich nicht von heute auf morgen; wir vergessen aber nur zu leicht, wie kurze Zeit wir selbst erst auf der Höhe unserer heutigen politischen und wirtschaftlichen Auffassungen stehen. Ein geistvoller englischer Kenner des Chinesentums, ein ehemaliger Vertreter der „Times" in China, schrieb im Jahre 1892 über Chinas Verhalten dem Auslande gegenüber: „Die Nationen des Westens haben China nicht die Zeit gelassen, die ihm notwendig war zum Nachdenken (d. h. über die durch die Verträge geschaffene neue Lage), sie haben es vielmehr in eine Aktion hinein getrieben, auf die es nicht vorbereitet war, ja die es nicht einmal verstand. Und für diese Aktion soll es nun alle Folgen erleiden, die sich, mögen sie sein welche sie wollen, aus dem Handel ergeben, den es mit geschlossenen Augen einzugehen gezwungen worden ist."[1]) Die Meinung, die sich während dieser Periode der Verständnislosigkeit und der wachsenden Verbitterung der Westen vom Osten und der Osten vom Westen bildete, läßt sich mit wenigen Worten ausdrücken. China (Japan fand als ostasiatische Macht noch keine große Beachtung) war für das Abendland ein unfruchtbarer Klotz auf dem Wege des allgemeinen Fortschritts, der nur dazu gut war, zertrümmert und für Kulturzwecke verwendet zu werden; dieses Volk des Dünkels und der politischen Borniertheit hatte durch seinen Eigensinn und seine Abschließung alles Recht auf Schonung verwirkt. Eine der größten deutschen Zeitungen schrieb noch im Jahre 1900: „China ist als ein Kulturhindernis anzusehen. Es ist ein zum Teil hochkultiviertes Land, aber niemals ein Kulturland in unserem Sinne, nicht einmal eines im Sinne antiker Kultur gewesen. Es hat nicht befruchtet, wohlgetan, sondern stets die Rolle des Geizhalses, des Sonderlings, des geistig Hochmütigen und gesellschaftlich Exklusiven gespielt." Und weiter: „China ist das Land der Erstarrung, der Beraubung, der Ungerechtigkeit, der Verschmutzung, der Dummheit, des Hochmuts, des Egoismus, der Lüge, der Grausamkeit, der Feigheit — kurz des Verfalles in jeder Beziehung, aber man könnte auch — und das ist das merkwürdige — wieder viele Eigenschaften aufzählen, die ein glänzendes Kehrbild geben würden. Im Volke stecken sehr viele gute Eigenschaften; doch es ist eine ganz hoffnungslose Sache, zu glauben, daß diese hinreichen, aus sich heraus China zu einem Staatengebilde zu reformieren, mit

[1]) Alexander Michie, *China and Christianity*, S. 4.

dem ein modus vivendi für die Kultur-Staaten möglich wäre." China auf der anderen Seite glaubte sich sein Urteil über den Westen nach den Opfern bilden zu müssen, die es in seiner Wehrlosigkeit dem andrängenden Europäertum zu bringen hatte, und die vor allem in der Preisgabe fast seiner gesamten Außenländer bestanden: es hielt die Fremden für brutale Gewaltmenschen, denen die Begriffe Bildung und Gerechtigkeit unbekannt waren. „Die Schwierigkeiten in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten", schrieb der verstorbene Marquis Tsêng unter dem Jahre 1878 in sein Tagebuch, „liegt darin, daß die Fremden für Vernunftgründe unzugänglich sind."[1]) Schilderungen des Europäertums in erheblich grelleren Farben weist die moderne chinesische Literatur in großer Anzahl auf; einige Beispiele habe ich in meinen früheren Vorträgen mitgeteilt. Die Frage ist, besonders in jüngster Zeit, oft erörtert worden, auf welcher Seite das größere Maß von Schuld zu suchen sei für diese unheilvolle Verständnislosigkeit. Ich glaube, die Frage ist ziemlich müßig. An derartige geschichtliche Vorgänge, die in dem Geistesleben ganzer Völker ihren letzten Ursprung haben, später, wenn sie einen bestimmten Abschnitt in der Entwicklung erreicht haben, das gewöhnliche Maß von Recht und Unrecht anlegen zu wollen, muß immer ein mißliches Unternehmen sein. Nur soviel mag hier gesagt werden, daß es an Mahnungen, Warnungen, Belehrungen auf der westlichen wie auf der östlichen Seite nicht gefehlt hat; aber diese Stimmen sind Jahrzehnte hindurch meist ungehört verhallt, zum Teil haben sie sogar offene Feindseligkeit hervorgerufen. Die bessere Erkenntnis mußte allmählich emporwachsen wie ein gesunder Baum, der langsam durch wucherndes Unkraut hindurch zum Lichte strebt.

Und diese Erkenntnis ist jetzt sichtbar im Wachsen begriffen. In China setzte das Wachstum vor etwa zehn Jahren ein. Die Ereignisse des japanischen Krieges und was darauf folgte, rüttelten weite Kreise der Gebildeten auf. Das gewaltige Mißverhältnis zwischen dem Kräftezustande des beharrenden China und des europäisch umgeformten Japan zwang nun doch die Frage nach den Ursachen hiervon auf. Man fing jetzt ernstlich an, nach den Quellen zu suchen, aus denen die überlegene Stärke der Westmächte sich herleitete, man begann das Wesen dieser anspruchsvollen Völker genauer zu betrachten, man hörte auf, nur die barbarischen Gewaltmenschen in ihnen zu sehen, studierte ihre politischen Auffassungen und ihre staatliche Verfassung, verglich damit die Weisheit des Altertums und ihre Deutung und kam bald zu der Einsicht, daß zwischen Chinesentum und Europäertum ein wohl äußerlich beobachteter, aber seinem inneren Wesen nach unerfaßter Gegensatz bestand, dessen Schärfe in letzter Linie auf Unkenntnis beruhte, mit einem Worte: man fing an, den nationalen Staat zu begreifen, den Unterschied zwischen Universalismus und Individualismus zu verstehen. In einer der zahllosen politischen Abhandlungen,

[1]) Vergl. oben S. 24.

wie sie in jener Zeit in China entstanden,[1]) lesen wir: „Die Erde besteht nicht bloß aus einem Reiche, ein Reich nicht bloß aus einem Menschen. Von dem Menschen aber hat jeder seinen eigenen Geist, und jeder Geist seine eigenen Gedanken. Wenn man nicht die allgemeinen Verhältnisse der verschiedenen Staaten prüft, so kann man ihre Stärke und ihre Schwäche nicht erkennen; wenn man ihr Geistesleben nicht studiert, so kann man das edle oder verwerfliche ihrer Ziele nicht beurteilen; wenn man ihre Wissenschaften nicht durchforscht, so kann man ihre Leistungsfähigkeit nicht kennen lernen." Und ferner in einer ähnlichen Schrift: „Die Europäer sagen, die gesamte Menschheit hat durch göttlichen Willen das Recht der Persönlichkeit erhalten. Darum hat jeder Mensch und jeder Staat das Recht der Persönlichkeit, und niemand darf einem andern dies Recht beeinträchtigen. Wer dies tut, verstößt gegen die göttliche Rechtsordnung, verletzt die sittliche Norm der Menschheit. Wer also einen Menschen erschlägt oder verletzt, oder ihm sein Eigentum stiehlt, der beeinträchtigt das Recht der Persönlichkeit in besonders starker Weise. Darum ist selbst dem Fürsten eines Landes durch das Gesetz verboten, das Recht der Persönlichkeit zu beeinträchtigen. . . . . Der Unterschied zwischen China und dem Abendlande ist der, daß man in China mittels der religiös-ethischen Staatslehre regiert, im Abendlande aber mittels des Gesetzes. . . . In China hält man ein einziges gleichmäßiges Grundprinzip und gleiche Anschauungen für das beste, die Europäer aber lieben Parteiungen und teilen sich nach ihrer Art." Im Abendlande brachte man einer Erklärung dieses Gegensatzes zwischen Ost und West naturgemäß nicht annähernd dasselbe Interesse entgegen, denn hier handelte es sich bei dem Verhältnis zu Ostasien nicht um Fragen der politischen Existenz, sondern lediglich um solche der wirtschaftlichen Entwicklung, manchmal auch, zunächst in England, Frankreich und Rußland, um Fragen der kolonialen Ausdehnung und Eroberung. Im übrigen galten die Länder des chinesischen Kulturkreises für ein Gebiet, in dem man seine Waren mit Vorteil verkaufen, und von dem man jederzeit, wenn man wollte, Arbeitsklaven erhalten konnte. Das Geistesleben der Völker dort kannte man nicht, wünschte es auch nicht kennen zu lernen; die Völker selbst waren unzivilisiert und widerwärtig, man nahm an, daß man sich demnächst ebenso in ihre Länder teilen würde, wie man Afrika verteilt hatte. Diese Anschauungen erreichten ihren Höhepunkt nach dem japanischen Kriege von 1894, der den neu geschaffenen japanischen National-Staat für die europäische Auffassung aus dem ostasiatischen Völkergemisch als etwas Besonderes ausscheiden ließ. Die politische Aufmerksamkeit wurde während dieser Zeit in Europa zwar erheblich gesteigert, nicht aber das eigentliche Verständnis. Erst die Ereignisse des Jahres 1900, die natürlichen Folgen dessen, was vorhergegangen war, brachten nicht bloß den Regierungen, sondern auch einem Teile des gebildeten

[1]) Auch diese Angaben sind dem *Huang-tsch'ao king-schi wên sin pien* entnommen.

Publikums im Abendlande die Notwendigkeit, sich mit dem Wesen des Chinesentums näher bekannt machen zu müssen. Damit aber, d. h. nicht mit jenen Ereignissen, sondern nach ihnen, beginnt auch im Westen die neue Erkenntnis zu sprießen. Gar mancher, auch besonders in Deutschland, kam anderen Sinnes aus diesem seltsamen Kriege zurück als er hinausgezogen war. Generalfeldmarschall von Waldersee selbst sagte bei einem Festmahl in Hannover am 7. April 1902: „Ich habe auch mit diesem wunderbaren Volke der Chinesen amtlich und privatim verkehren können, und darum war ich auch nach Kräften bemüht, es zu studieren und kennen zu lernen. Aber ich bin mit der Überzeugung geschieden, daß ich darin nicht weit gekommen bin, und mit der ferneren Überzeugung, daß alle sogenannten Kenner Chinas China gar nicht kennen." (Dieses letztere Urteil kann ich aus meinen persönlichen Erfahrungen heraus nur bestätigen.) Der Vertreter eines bekannten Berliner Blattes während des Krieges in China schrieb nach seiner Rückkehr: „Dieses Ereignis (der Krieg von 1900) bleibt bei weitem das bedeutungsvollste für die zukünftige Entwicklung unseres Volkes, das wir seit 1870 erlebt haben. Es gehört zu denjenigen, deren Tragweite sich nicht verkleinert, sondern vergrößert, je höher und universaler die Warte ist, von der aus man es ansieht, und je mehr man es in seinem zeitgeschichtlichen Zusammenhange erfaßt. Wer es vermag, seine Augen nicht nur über die Grenzen des Vaterlandes, sondern auch über die Europas zu erheben, der erkennt staunend, daß die Völker des Erdballs gegenwärtig eine Epoche von höchster weltgeschichtlicher Bedeutung erleben. Bisher meinten wir Europäer, wenn wir den tönenden Namen „Weltgeschichte" brauchten, doch eigentlich nur die Geschichte der Völker des abendländischen Kulturkreises, der europäischen Nationen und der vorderasiatischen oder nordafrikanischen, die mit dem Mittelmeer in Beziehung standen. Von anderen großen Kulturkreisen wird nur gelegentlich und flüchtig der indische mit in die Betrachtung gezogen. . . . So gut wie ganz unberücksichtigt blieb aber in der allgemeinen Auffassung der Weltgeschichte der gewaltige ostasiatische Kulturkreis mit seiner eigentümlichen, Jahrtausende alten, in ihrer Art höchst bedeutenden Geschichte." Derartige Urteile aus europäischen Veröffentlichungen der letzten Jahre ließen sich in großer Zahl anführen. Sie stimmen alle darin überein, daß man der Entwicklung der Dinge in Ostasien entweder gedankenlos gegenüber gestanden habe, oder sich von irrigen Auffassungen habe leiten lassen. Europa begann das Gewissen zu schlagen. Man fing an zu bedenken, daß die zahlreichen Rechte, die man in China erwirkt hatte, doch auch gewisse Verpflichtungen auferlegten, die Verpflichtung vor allem, sich etwas sorgfältiger um die Schwierigkeiten zu kümmern, die der chinesischen Regierung dadurch erwachsen waren, daß man ihr so völlig einseitige Staatsverträge aufgezwungen hatte — Verträge, die, wie Sir Robert Hart in seinen Aufsehen erregenden Artikeln im Jahre 1901 schrieb, „das Resultat waren von einem mehr aufgenötigten als verlangten Verkehr, die nach einer Niederlage angenommen, aber

nicht eigentlich verhandelt wurden, die von China das erlangten, was die Fremden nötig zu haben glaubten, nicht aber was China zu bewilligen wünschte, Verträge, die ohne Gegenseitigkeit waren, deren Bestimmungen nur festsetzten, was China anderen Völkern zu gewähren hatte, in keiner Weise aber die anderen Völker verpflichteten, irgend etwas dem chinesischen Volke zu gewähren."[1]) Daß man China, auch gegen seinen Willen, Verträge aufzwang, war richtig und notwendig, aber man fühlte im Abendlande jetzt, daß man dem Lande, von dem man unzweifelhaft vieles erhalten hatte, auch zu Leistungen verpflichtet war, wenigstens aber zu einem ehrlichen Verständnis seiner Schwierigkeiten und zu etwas mehr Geduld bei seiner Einfügung in die neuen Verhältnisse.

Die neue Erkenntnis machte ihren Einfluß auch auf einem Gebiete fühlbar, das das chinesische Geistesleben ganz besonders nahe berührt, nämlich auf dem der christlichen Propaganda in China. Auf die oft und leidenschaftlich erörterte Missionarfrage hier näher einzugehen, ist nicht meine Absicht. Es genügt, hervorzuheben, daß die christliche Propaganda in China ihrem Wesen nach politisch ist und notwendigerweise politisch sein muß. Das zeigt, abgesehen von allem anderen, schon folgende höchst einfache Erwägung. Das Wort der chinesischen Sprache, das für „Religion" gebraucht wird, bedeutet zugleich „Staatslehre", d. h. in der chinesichen Gedankenwelt ist Religion Staatslehre. Und tatsächlich ist auch der chinesische Universal-Staat die Verkörperung der uralten religiösen Ideen, die zwar konfuzianisch genannt werden, in der Tat aber weit älter sind als Konfuzius. Der Staat ist also zugleich die Kirche, und er bedeutet sogar für die chinesische Religion noch weit mehr als die christliche Kirche für das Christentum: diese ist nur ein Teil des christlichen Dogmas, in China ist der Staat das ganze Dogma, die gestaltete Religion. Wer nun in diesem Kirchenstaate eine neue Religion lehrt, der lehrt ein neues Staatsrecht und strebt danach, den konfuzianischen Staat zu beseitigen, um an seine Stelle einen anderen zu setzen. Man mag ein solches Beginnen nun für richtig oder für unrichtig, für nötig oder für unnötig halten, immer wird man zugeben müssen, daß es nicht nur eine ungeheuer schwierige, sondern auch eine ungeheuer verantwortungsvolle Aufgabe ist. Für eine solche Aufgabe aber bedarf man der erleuchtetsten Geister, der kenntnisreichsten, der vorurteilsfreiesten und vorsichtigsten Männer. Gerade in dem Punkte aber haben die Missionen gefehlt. Sie haben oft, viel zu oft Männer verwandt, die bei aller Reinheit des Wollens für ihre Aufgabe gänzlich ungeeignet waren. Das zeigt schon die eine Tatsache, daß man, unbeschadet vieler hervorragender Leistungen, nirgends eine einseitigere, hartherzigere, gehässigere Verurteilung der Chinesen und ihrer Kultur findet, als in den Schriften zahlreicher Missionare. Aber auch hier macht sich ein Wandel zum besseren bemerkbar, und zwar kommen die Mahnungen auch aus dem Kreise der Missionare selbst.

[1]) *China, Reform and the Powers* in der „Fortnightly Review" Mai 1901 S. 772.

In einem Aufsatze der Missions-Zeitschrift „The Chinese Recorder" weist ein englischer Missionar darauf hin, daß „die Taktik der Provokation und des bloßen zerstörenden Angriffs gegen einheimische Überzeugungen und Einrichtungen durchaus nicht das wirksamste Mittel sei, sie umzuformen." So vertritt auch der letzte Jahresbericht des Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsvereins einen wesentlich versöhnlicheren Standpunkt mit Bezug auf die Bildung einer christlichen Kirche in China, die dem konfuzianischen Staatsrecht zunächst eben noch als Staat erscheinen muß. Es heißt dort: „Selbstverständlich müssen früher oder später Formen gefunden werden für das Zusammenleben und die Beziehungen der von Gottes Geist erfaßten Persönlichkeiten unter den Chinesen. Diese Formen werden dem chinesischen Wesen entspringen müssen und werden von den uns gewohnten Formen wohl ziemlich stark abweichen. Das kann aber nicht von Fremden gemacht werden, sondern muß, wenn die Zeit erfüllt ist, aus dem Chinesentum heraus geboren werden." Es wird eine von den neu erkannten Verpflichtungen der abendländischen Regierungen sein, zu helfen, daß dieser allen Erfahrungen nach allein mögliche Standpunkt praktisch wirksam gemacht werde.[1]) Im Jahre 1871, bald nach dem Blutbade von Tientsin, richtete die chinesische Regierung eine Denkschrift an die fremden Mächte, in der sie auf die schweren Gefahren hinwies, die durch die unkontrollierte Tätigkeit der Missionare und ihrer einheimischen Anhänger mit Notwendigkeit hervorgerufen werden müßten, und in der sie flehentlich um Hilfe zur Abwendung dieser Gefahren bat. „Was die Abendländer betrifft," so lesen wir dort — und diese Äußerungen sind auch bezeichnend für die Eindrücke, die man in China damals von der europäischen Politik hatte — „so streben sie nur danach, sich der Schwierigkeiten des Augenblicks zu entledigen; ob dadurch die Geister noch mehr erregt werden, darum kümmern sie sich nicht. Zwang anwenden, das ist alles, woran sie denken . . . Aber Sorge für die Zukunft gilt nichts in dieser kurzsichtigen Politik. Und wenn

[1]) In der Zuschrift eines englischen Missionars Warren an den in Schanghai erscheinenden „North China Herald" vom Jahre 1905 wird die Art, wie man die christliche Missionstätigkeit in China eingeführt und künstlich gefördert hat, bitter beklagt. Anstatt die Chinesen, so führt der Schreiber in seinen vortrefflichen Darlegungen aus, für die Lehren des Christentums dadurch zu gewinnen, daß man sie von ihrer Erhabenheit überzeugte, hat man das Missionswerk zu einer politischen Forderung gemacht und seine Duldung durch die Staatsverträge erzwungen. „Aus meines Herzens Tiefe wünschte ich, daß die Verträge niemals religiöse Dinge erwähnt hätten," so heißt es unter anderen. „Gern wollte ich die Hindernisse auf mich nehmen, die aus der Feindseligkeit der chinesischen Beamten entstehen würden, wenn wir nur frei wären von den Hindernissen, die uns durch die Freundlichkeit derer erwachsen sind, die die Verträge abgeschlossen haben." Auf einem ähnlichen Standpunkt steht Prediger D. Aug. Kind in seinem Aufsatze *Chinas Erwachen und die evangelische Mission* in der „Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft" XXII. Jahrgang Heft 1: „Die Gefahr liegt nahe, daß Chinesen, die sich taufen lassen, da das Christentum als Religion der Fremden gilt, als Fremde angesehen werden und, je eifriger sie zur christlichen Gemeinde halten, auch tatsächlich entnationalisiert werden." Der Allgemeine Evangelisch-Protestantische Missionsverein vollzieht deshalb auch bis auf weiteres grundsätzlich in China keine Taufen.

wir uns bemühen, gemeinsam mit den Abendländern durch wirksame Mittel ein wirklich dauerndes Einvernehmen sicher zu stellen, so finden wir bei ihnen keine Bereitwilligkeit, die Erörterung auf eine gerechte Grundlage zu bringen. Wenn die Erörterung beginnt, so werden unannehmbare Mittel angegeben, die uns mit Gewalt aufgezwungen werden sollen, damit man so in den Stand kommt, die Sache abzuschließen."[1]) Die Denkschrift ist mit derselben nichtachtenden Gleichgiltigkeit behandelt worden wie beinahe jede chinesische Anreguug in jener Zeit der Verständnislosigkeit. In die neuen während der letzten Jahre mit China abgeschlossenen Handelsverträge (Deutschland hat den seinigen noch nicht abgeschlossen) ist die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Missionsfrage eine internationale Regelung erfahren solle. Es wird abzuwarten sein, ob man sich in Europa auch fernerhin der Wichtigkeit des Gegenstandes verschließen wird. Darüber kann jedenfalls kein Zweifel sein, daß der Kern des unbefriedigenden Verhältnisses zwischen China und dem Westen die Missionsfrage ist. —

Wenn wir nun jetzt, ausgerüstet mit einer tieferen Erkenntnis der Dinge, die ostasiatische Geschichte der letzten fünfzig Jahre überblicken, so finden wir hier die neue Bestätigung einer geschichtlichen Wahrheit, deren bewußte Erkenntnis auch uns erst die Neuzeit gebracht hat: es ist die endgiltige Überlegenheit des begrenzten National-Staates über den nicht begrenzten Universal-Staat. Ein moderner Geschichtsphilosoph[2]) hat, ohne chinesische Verhältnisse zu kennen, in einem besonderen Kapitel seines Werkes ausführlich dargetan, wie die Idee des Universal-Staates neben der äußerlichen Unbegrenztheit die innerliche Begrenztheit zur notwendigen Voraussetzung hat, ebenso wie die des National-Staates neben der äußerlichen Begrenztheit die innerliche Unbegrenztheit, das heißt mit anderen Worten: der universale Weltstaat ist nur möglich, wenn die geistige Entwicklung des Individuums in bestimmten, von der Zentral-Idee vorgezeichneten, gleichmäßigen Grenzen gehalten wird, während in dem durch seine Landesgrenzen abgeschlossenen National-Staate die Möglichkeit der freien Entfaltung und Betätigung des Individuums gegeben ist. Diese Lehre findet in der ostasiatischen Geschichte ihre volle Bestätigung. Es waren nicht bloß die technische Überlegenheit, der unternehmungsfrohe Geist oder andere Rasse-Eigenschaften, die dem Abendlande den raschen und völligen Sieg über das Chinesentum verschafften; alle diese Dinge waren nur Wirkungen der tiefer liegenden Ursache. Gerade das neunzehnte Jahrhundert hatte dem Europäertum nach der Vernichtung der napoleonischen Weltherrschaft den modernen nationalen Staat gebracht, man wollte nicht mehr in einer kosmopolitischen Allgemeinheit aufgehen, sondern geschlossene Gruppen bilden, in denen man seine Eigenart sichergestellt sah und frei ent-

[1]) Eine englische Übersetzung dieser Denkschrift ist im Jahre 1892 in Tientsin veröffentlicht worden.

[2]) Chamberlain, *Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts.* IV. Aufl. Band II, Kapitel 8 S. 662 ff.

wickeln konnte. Man verlangte, wie es in der vorhin erwähnten chinesischen Schrift hieß, nach dem Rechte der Persönlichkeit, und hier strömt die Quelle aller nationalen Kraft. In dem unbegrenzten chinesischen Weltstaate dagegen hatte das konfuzianische System sein Werk der gleichmäßigen Ausgestaltung der Geister gründlich besorgt: eine Eigenart der chinesischen Kulturwelt war geschaffen, aber diese Kulturwelt war nicht mehr das lebensvolle Sammelbecken der vielgestalteten Leistungen einer unendlichen Zahl von frei entwickelten Individuen, sondern sie war eine einförmige, starre, leblose Masse — das Universum war gerettet, aber die Persönlichkeit war tot. Wir sehen jetzt auch, warum in dem konfuzianischen Universal-Staate für einen Patriotismus in unserem Sinne kein Raum war, und warum das begabte chinesische Volk in allen diesen Jahren nicht imstande gewesen ist, Männer hervorzubringen, die, hoch über die Massen emporragend, zu Führern ihres Volkes wurden, ihm neue Bahnen wiesen und der Begehrlichkeit des Europäertums ein Halt geboten. Die Fesseln, mit denen das Ritual des Konfuzius die Persönlichkeit eingeschnürt hatte, waren zu stark, als daß ein Einzelner sie hätte sprengen können; an Versuchen hat es nicht gefehlt, aber einen Erfolg wird erst die Zeit und die mit ihr reifende Erkenntnis aller bringen. Von welcher überlegenen Stärke die Erfassung des nationalen Gedankens gegenüber dem Universalismus ist, zeigt in Ostasien am deutlichsten die Neugründung des japanischen Staates. Infolge seiner insularen Lage hat Japan, wie schon erwähnt, politisch anscheinend niemals zu der chinesischen Welt gehört, und da die Verbindung mit China immer nur eine losere sein konnte, hat es sich auch geistig eine gewisse, wenn auch nur mäßige Unabhängigkeit bewahrt. Schon aus diesen Gründen wurde ihm das Ausscheiden aus der chinesischen Kulturwelt leichter, zugleich damit aber erwachte auch ihm das Bewußtsein der Persönlichkeit und ihrer Rechte, wenn auch zunächst lediglich als Rassenbewußtsein, ein wachsender Betätigungsdrang war die Folge, und von den Resultaten sind wir heute die Zeugen.

Die nähere Berührung mit dem ostasiatischen Kulturkreise zeigt uns also, wie verschieden die Entwicklungsgänge sind, die das menschliche Geistesleben genommen hat. Wir mögen uns zwar mit Recht dessen rühmen, daß das unsrige zur Zeit das am höchsten entwickelte ist, und zum Beweise auf seine ungeheuren Erfolge hinzeigen, aber das gibt uns keineswegs das Recht, auf alle anderen Kultur-Auffassungen an sich als minderwertige herabzusehen, sie von unserer Beachtung auszuschließen und ihnen jede selbständige Entwicklungsfähigkeit abzusprechen. Wir werden daher im Hinblick auf die Lehren, die sich aus unseren Beziehungen zu Ostasien ergeben, unsere geschichtlichen Anschauungen wenn nicht abändern, so jedenfalls erheblich erweitern müssen. Es war schon vorhin erwähnt worden, daß wir Europäer, wenn wir von „Weltgeschichte“ sprechen, eigentlich nur die Völker des abendländischen Kulturkreises meinen. Demselben Gedanken hat im vorigen Jahre ein japanischer Gelehrter Ausdruck gegeben. In einem Aufsatze der japanischen Zeitschrift *Kokumin-no-Tomo* über

das Studium der Geschichte vom Standpunkte des Orients führt Professor Ukita aus, daß man den Begriff Geschichte in Europa viel zu eng auffasse, denn bisher habe man sich dort eigentlich nur mit der Geschichte der europäischen Völker beschäftigt. Er gibt dann einen Überblick über die politisch-sozialen Entwicklungsphasen der Menschheit und kommt zu dem Schlusse, daß der nationale Individualismus der Staaten nicht das Endstadium der Menschheit sein könne. Die neueste Geschichte sei der Beginn einer Periode, in der alle Menschen als Mitglieder einer Rasse anerkannt werden.

Bei diesem letzten Gedanken wenden sich unsere Blicke fragend der Zukunft zu. Der chinesische Welt-Staat ist politisch aufgelöst, die Außenländer des Mittelreichs sind fast sämtlich in den Besitz nationaler Staaten übergegangen, das Mittelreich selbst hat erkannt, daß es, wenn es selbständig weiter bestehen will, sich ebenfalls in den geschlossenen National-Staat umwandeln muß. Diese Umwandlung hat bereits eingesetzt und schreitet in wachsendem Maße weiter. Die Lehren des Reform-Konfuzianismus, die ich in meinen früheren Vorträgen erwähnt habe, und ihr zunehmender Einfluß zeigen die Erkenntnis und ihre Wirkung deutlich an. Wie wird sich unter diesen Umständen das Verhältnis von West zu Ost gestalten? Werden sich dort wie hier nationale Staaten bilden, die, in bewußtem Gegensatz zu einander stehend, alle, jeder für sich, ihre Eigenart und ihre Interessen rücksichtslos gegeneinander zur Geltung zu bringen suchen? Wird dann der nationale Individualismus zum Chauvinismus auswachsen? und werden sich dann vielleicht, zur wirksameren Geltendmachung ihrer Eigenart, mehrere durch Abstammung verwandte oder geographisch zusammengehörige Individual-Staaten zusammenschließen und eine Rassengemeinschaft bilden? Werden sich so eine weiße und eine gelbe Rasse gegenüberstehen und einen erbitterten Kampf um die Herrschaft oder Nutzung der Erde führen, wie man es jetzt so lebhaft in Europa erörtert? Einer oft gehörten Auffassung nach scheint dies ja in der Tat der Entwicklungsgang der Weltgeschichte werden zu sollen: Kampf der beiden Rassen unter einander bis zur Unterdrückung oder Vernichtung der einen. Auch in Ostasien hat man bereits diesen Lauf der Dinge ins Auge gefaßt, das zeigen vor allem die Satzungen des von Japan ins Leben gerufenen „Ostasiatischen Kulturbundes“,[1]) das zeigen in China zahlreiche Schriften der modernen Literatur. So lesen wir in dem interessanten Aufsatze eines Anonymus über Rassenfragen, in dem die Darwinsche Theorie von der Entstehung der Arten auch auf die politische Entwicklung der Menschheit angewandt wird: „Im hohen Altertume kämpfte die Rasse der Menschen mit der Rasse der Tiere; der Mensch blieb Sieger, weil er sich mit seinesgleichen zusammentat, die Tiere aber allein blieben. Im Mittelalter kämpfte die chinesische Rasse mit den Rassen der Barbaren; die Chinesen blieben Sieger, weil sie Kultur besaßen, die Barbaren aber unwissend waren. Nun gibt es aber mehrere einander gleichstehende Rassen, darunter werden

[1]) S. unten den Aufsatz *Japans asiatische Bestrebungen.*

die europäische und die asiatische Rasse um die Herrschaft kämpfen." Das Recht des Stärkeren auf Fortbestand wird also auch hier gelten, die eine Rasse wird bleiben und herrschen, die sich als die zäheste und klügste erweist. Eine natürliche Lösung, und doch für den sittlichen Menschen unbefriedigend. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen, im Osten wie im Westen, die warnen vor dieser Lehre vom Rassenkampfe. Der Weg der Menschheit führt zum Lichte, so sagen sie, nur was sittlich verworfen ist, wird untergehen; was gut, was gerecht, was wahr ist, wird bleiben und herrschen ohne Rücksicht auf Rasse und Volk. Die am höchsten stehenden Völker aber haben am meisten die Pflicht, diese sittliche Weltordnung zu fördern, an dem Kulturausgleich der Rassen zu arbeiten und die ethische Einheit des Menschengeschlechts als letztes Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Daß die Lehre von der künftigen Welteinheit und dem Weltfrieden ein uralter Glaubenssatz des chinesischen Universalismus sei, habe ich bereits in meinem letzten Vortrage erwähnt, an ihr hält auch der Reform-Konfuzianismus fest, und sie klingt uns aus seinen Schriften bald als unerschütterliche Überzeugung, bald als wehmütige Sehnsucht, bald als bittere Anklage gegen das Abendland entgegen. Selbst in Japan, das zur Zeit der eigentliche Träger der Idee des Rassenkampfes ist, machen sich Anzeichen einer Strömung bemerkbar, die diese Idee verwirft. Die Ausführungen des Professors Ukita habe ich bereits erwähnt; ein anderer vorurteilsfreier Japaner, Uchimura Kanzo, ein Christ, schrieb im vorigen Jahre bald nach Ausbruch des Krieges, nachdem er seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben: „Der Krieg wird wenigstens den Vorteil haben, daß er die Aufmerksamkeit der Welt auf den Mangel an Achtung lenkt, den für gewöhnlich die sogenannten christlichen Nationen den nicht so genannten Völkern zeigen. . . . Eine große Lehre wird sich für die Zukunft daraus ergeben: dieser russisch-japanische Krieg wird nicht zu Ende kommen, ohne daß die Christenheit an Rußlands Erfahrung gelernt haben wird, daß der Allmächtige ein und dasselbe Gesetz gegeben hat für die ganze Menschheit, daß man jedem Menschen Achtung schuldet, weil er ein Mensch ist, und daß es äußerst gefährlich ist, dieses Gesetz zu übertreten."[1]) Auch im Abendlande sind in neuester Zeit die Stimmen zahlreicher und lauter geworden, die mahnen, die höchsten Güter der Menschheit, Wahrheit und Gerechtigkeit, auch im Verkehre der Völker mehr als bisher zur Geltung zu bringen. Ich brauche nur an das Wort aus Allerhöchstem Munde von „der Solidarität der Kulturvölker" zu erinnern, an die Reden des Präsidenten Rooseveldt, an die Schiedsverträge, an die Bemühungen, ein internationales Recht (auch Privatrecht) mit Rechtsprechung zu schaffen u. a. Jedes einzelne davon bedeutet nicht viel, aber, zusammengenommen, zeigt es, daß man sich auch hier an die „ethische Einheit" des Menschengeschlechts erinnert.

Im Hinblick auf diese wachsenden Regungen eines gewissen sitt-

[1]) „Kobe Chronicle" vom 14. Februar 1904.

lichen Einheitsgefühls scheint es mithin keine unbedingte Notwendigkeit zu sein, sich das künftige Verhältnis des Abendlandes zu Ostasien ausschließlich unter dem Zeichen des Kampfes vorzustellen. Dazu kommen Erwägungen höchst nüchterner Art. Wir sprechen von einer weißen Rasse oder einer abendländischen Rasse auch im politischen Sinne. Wo sind die Träger dieser Rasse-Einheit? In Rußland? Augenblicklich könnte es fast so scheinen, aber vor dem Kriege sprach man anders in Rußland — man braucht nur die Schriften des Fürsten Uchtomski zu lesen, der im Namen des Slawentums eine Verbindung mit dem germanischen Europa in ostasiatischen Dingen mit Entrüstung von sich wies. Oder in England? Der Engländer pflegt von sich mit einem gewissen Stolze zu sagen, er sei ein schlechter Europäer. England kennt nur eine privilegierte Rasse, die englische, alles andere steht auf gleichem Niveau — unter ihr. Oder etwa in Amerika? Die Erfahrungen von 1900 haben gezeigt, daß die Union in Ostasien ihre eigenen Wege zu wandeln wünscht. Unter solchen Umständen erscheint es kaum angebracht, wenn Deutschland sich zum eifrigen Träger einer Idee machen wollte, die anderswo weder beliebt noch aussichtsvoll ist, wenn es als unverlangter Anwalt einer Rasse-Einheit auftreten würde, die höchstens in ethnologischen Theorien vorhanden ist, politisch aber eine imaginäre Größe darstellt. Auch auf der ostasiatischen Seite ist die wirkliche Neigung zu einem Rassen-Zusammenschluß (beiläufig sei hier bemerkt, daß es sich ethnologisch um eine einheitliche Rasse dort garnicht handelt) vorläufig noch eine einseitige. Dem chinesischen Universal-Staate waren Rassenscheidung und Rassenhaß naturgemäß fremd, erst das Abendland hat diese Begriffe dort eingeführt, Japan hat sie aufgenommen und ist jetzt der ehrgeizige Vorkämpfer eines neuen Rassebundes. Noch steht China zögernd und unschlüssig diesen Werbungen gegenüber, unter dem Einflusse des konfuzianischen Systems war es niemals angriffslustig und von kriegerischem Ehrgeize erfüllt. Vielleicht hatte der japanische Staatsmann Suyematsu diese Eigenschaften im Sinne, als er vor kurzem schrieb: „Charakterzüge und Ideen in China und Japan sind im allgemeinen von so ausgeprägter Verschiedenheit, daß eine Amalgamierung der beiden Nationen eine Unmöglichkeit ist.[1]) Wesentlich von der Haltung des Abendlandes wird es abhängen, ob China künftig mit Japan und in japanischem Geiste seine geschichtliche Rolle spielen, oder ob es dereinst als geschlossener National-Staat selbständig, ohne Rassebeziehungen der Gemeinschaft der Völker angehören wird.

Unsere Betrachtungen werfen einen Lichtstrahl vor uns auf den Pfad, den wir wandeln sollen. Statt uns in eine unfruchtbare Feindseligkeit hineinzureden, sollen wir uns versöhnlichen Geistes bemühen, China zu uns heranzuziehen; bei dem erstrebten Kulturausgleich sollen wir ihm helfend die Hand reichen, anstatt es immer tiefer in den Rassengegensatz hineinzutreiben. Mit einem Wort: über den

[1]) A. Stead, *Japan by the Japanese* S. 578.

allzu eifrigen Erörterungen der „gelben Gefahr“ dürfen wir als großes Kulturvolk nicht jene höheren Aufgaben vergessen, die nicht im Rassenkampfe ihr Ende finden. Zwar die Welteinheit und der Weltfriede, wie der Konfuzianismus sie lehrt, werden noch für ungezählte Generationen ein schöner Traum bleiben, wir werden unsere starke Rüstung noch lange tragen und sie vielleicht in harten Kämpfen erproben müssen; auch bis zur Entwicklung der oft ersehnten einheitlichen Weltwirtschaft scheint es noch ein unabsehbarer Weg zu sein. Und doch, trotz alledem dürfen wir den Glauben an eine Entwicklung nach höheren, besseren Zielen nicht verlieren, denn ohne das wird unser Ringen zwecklos, hat die Weltgeschichte keinen Sinn. Es ist gut, wenn wir in der Kleinarbeit und Aufregung unserer kurzen Lebensspanne zuweilen innehalten, Atem schöpfen, um uns blicken. Dann werden wir sehen, daß der Gang der Geschichte uns rastlos weiter führt, und daß auch dort Bewegung vorhanden war, wo wir im Augenblick keine zu bemerken glaubten. Wir werden erkennen, daß die Weltgeschichte Zeit braucht für ihre Entwicklungen, und wir werden den richtigen Maßstab hierfür wiederfinden, der uns im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität nur zu leicht verloren geht. Solche Betrachtungen werden uns gerechter in der Beurteilung fremden Geisteslebens machen, uns Geduld bei unseren Plänen lehren, und uns verhindern, kleinmütig zu werden, wenn Mißerfolge uns aufhalten, so daß wir unverzagt und hoffnungsfreudig an unsere nationale Arbeit zurückkehren, weiter schaffend, weiter kämpfend, der Menschheit zum Heile, unserem Volke zur Ehre.

Zur Beurteilung der Pekinger Vorgänge von 1898.

(Marine-Rundschau 1905, 11. Heft.)

Die folgenden Schilderungen, die zum Teil auf persönlichen Erinnerungen, zum Teil auf chinesischen Aufzeichnungen beruhen, behandeln eine denkwürdige, aber in Europa mehr ihren äußerlichen Umrissen als ihrem inneren Zusammenhange nach bekannte Episode in der neueren innerchinesischen Entwicklung. Sie sollen diesen inneren Zusammenhang mit der Objektivität des Historikers darzustellen versuchen und dadurch an ihrem bescheidenen Teile helfen, das Verständnis für die nachfolgenden Ereignisse und für die heutige Lage in China zu fördern.

Die politische Lage zu Peking im Frühjahr 1898 war überreich an beunruhigenden Elementen. Für das abendländische Auge zwar war das innere Spiel der Kräfte damals nur bruchstückweise und undeutlich erkennbar, aber schon die späteren Ausbrüche und Katastrophen lassen ermessen, welche Gewalt den unterirdischen Vorgängen innewohnte, auch wenn uns nicht einige federgewandte Chinesen, Mitspieler in dem höchst verwickelten Drama, ausführliche Berichte über ihre Erfahrungen und Auffassungen überliefert hätten. Nach den demütigenden Vorgängen des japanischen Krieges und dem verlustreichen Frieden von Schimonoseki hatten Rußland im Norden und Frankreich im Süden mit verstärkter Energie begonnen, ihre Interessen vorzutreiben, und die diplomatischen Vertreter beider Staaten setzten in gemeinsamer Arbeit der eingeschüchterten Regierung in Peking unablässig zu. Am 20. Juni 1895 war das den Chinesen abgezwungene Übereinkommen unterzeichnet worden, durch das die Grenze von Tongking nach der Provinz Yünnan zu, den französischen Wünschen entsprechend, abgerundet wurde, eine Vergünstigung, für die China von England ausgesprochenermaßen mit dem Abkommen vom 4. Februar 1897 bestraft war, durch das nun auch die Grenze von Birma eine Berichtigung erhielt. Rußland aber hatte

im September 1896 den Abschluß des Vertrages durchgesetzt, der ihm unter anderem den Bau der mandschurischen Eisenbahnen gewährte. Im Frühjahr 1898 folgten die Verpachtungen von Kiautschou an Deutschland, von Port Arthur und Ta-lien wan (Dalnij) an Rußland, Weï-hai weï an England und Kuang-tschou wan (an der Küste von Kuangtung) an Frankreich. Aber diese Grenzregulierungen, Konzessionen und Verpachtungen waren nicht das einzige, was man von den Leitern des chinesischen Staatswesens erlangt hatte. Vielleicht noch bedeutungsvoller waren die schriftlichen Versicherungen, die sich einzelne Staaten über „die Nichtabtretung an andere Mächte" mit Bezug auf große Teile des chinesischen Reiches geben ließen. Schon im März 1897 hatte Frankreich eine solche Erklärung hinsichtlich der Insel Hainan verlangt, im Februar 1898 bekundete England in gleicher Weise sein besonderes Interesse am „Yangtsë-Tal" (ein verschwommener Begriff, der damals in die Politik eingeführt wurde und dessen tatsächliche Bedeutung bis heute niemand kennt), im April legte Frankreich schützend seine Hand auf „die an Tongking angrenzenden Provinzen" und Japan endlich die seinige auf Fukien. Eine solche Sicherung von „Einfluß-Sphären" hielt man in Europa vielfach für die Vorbereitung zu einer Teilung Chinas, und die Einzelheiten dieser Teilung wurden mehrfach in der Presse und den Parlamenten erörtert; eine englische Zeitung ging sogar so weit, eine Karte von der künftigen Territorialverteilung an die verschiedenen Mächte zu veröffentlichen, wobei England etwa vier Fünftel vom ganzen zufielen.[1])

Verängstigt, planlos und unfähig zu einem bestimmten Entschluß, wie die chinesische Staatsleitung infolge der durch den japanischen Krieg offenbarten Wehrlosigkeit geworden war, mußte doch diese Kette immer neuer Forderungen auch die furchtsamste aller Regierungen schließlich dem Punkte zutreiben, wo die Verzweiflung ihr den Mut zum Widerstande gab. Selbst das chinesische Volk, das unter dem Einflusse des konfuzianischen Systems seit vielen Jahrhunderten in seinen oberen Schichten zur politischen Verblendung, in seinen unteren zur Gleichgiltigkeit erzogen war, fing an, zornigen Empfindungen über diese Ereignisse zugänglich zu werden, deren Kunde ihm durch die zahlreichen neuentstandenen Zeitungen in ausgedehnterem Maße zugetragen wurde als bisher. Namentlich war es das Literatentum, das sich durch die Beredsamkeit einiger jugendlicher, warmherziger und modern denkender Personen zu starker und bald sogar leidenschaftlicher politischer Parteinahme hinreißen ließ. Daß der Weg, auf dem man jetzt ging oder vielmehr vom Auslande vorwärts gedrängt wurde, in kurzer Frist zum Abgrunde führte, daß man im Begriffe stand, nicht bloß die politische Selbständigkeit sondern auch das

[1]) Es erscheint heute angebracht, daran zu erinnern, daß der Gedanke einer Teilung Chinas in England entstanden und von seiner Presse am ersten und eifrigsten erörtert worden ist. Als später die Entwicklung der Dinge einen anderen Verlauf nahm, schob man in England die Vaterschaft der nunmehr unbequem gewordenen Erörterungen, bewährten Methoden gemäß, kurzer Hand den Deutschen zu.

nationale Dasein zu verlieren, darüber war man sich allenthalben, oben wie unten, völlig klar; über die Mittel aber, wie man dem fremden Drängen Einhalt tun und eine neue Richtung gewinnen sollte, herrschte eine große Zerfahrenheit der Auffassungen. Von unten her, aus den Kreisen des aufgewühlten Literatentums, erschollen leidenschaftliche Anklagen gegen die unfähige, verräterische Regierung, die das Land an die Fremden verschachere, und oben, in der vielköpfigen Regierung, beschuldigte ein Teil den andern, herrschte ein wütender Streit aller gegen alle. Außerstande, den gemeinsamen Haß gegen das Ausland in Taten umzusetzen, ließ man der verhaltenen Leidenschaft zunächst im Innern gegen einander die Zügel schießen. Man konnte, allgemein gesprochen, im Frühjahr 1898 drei Parteirichtungen in dem höchsten Beamtentume des Reiches, Pekings insbesondere, unterscheiden, die im einzelnen allerdings auch keine völlige Einheitlichkeit aufwiesen. Die Mehrzahl der Ministerialpräsidenten und Vizepräsidenten usw., von denen Kang Yi, Hü Ying K'ueï und Li Ping Hêng[1]) später am meisten genannt worden sind, war der Ansicht, daß nur in der strengeren Abschließung gegen das Ausland und seinen Einfluß die Rettung für das Chinesentum liege, daß dieses sich nur auf seine eigene innere Stärke zu besinnen brauche, um die brutalen Angriffe der augenblicklich besser bewaffneten Barbaren abzuwehren. Ihnen gegenüber standen diejenigen, die anfingen, das abendländische Geistesleben mit Aufmerksamkeit zu betrachten und die dabei zu dem Schlusse kamen, daß man vom Auslande lernen müsse, um es zu überwinden. Ihr höchstgestellter Vertreter in Peking war der gelehrte Minister Wêng T'ung Ho, der Lehrer und Vertraute des Kaisers; die größere Anzahl der Gesinnungsgenossen aber befand sich unter dem Beamtentume der Provinzen, die am meisten hervortretenden waren der General-Gouverneur Tschang Tschi Tung und der Gouverneur von Hunan, Tsch'en Pao Tschen. Zwischen beiden Richtungen und von beiden zugleich angefeindet, stand die Gruppe der Wortführer des Tsungli Yamen, Prinz K'ing, Li Hung Tschang, Tschang Yin Huan[2]) u. a. die die eigentliche und einzige Vermittlung zwischen dem amtlichen China und der fremden Diplomatie bildeten und somit in erster Linie das Odium aller Unglückschläge zu tragen hatten. Sie be-

[1]) Kang Yi war eine der leitenden Persönlichkeiten bei den Unruhen 1900, ebenso Li Ping Hêng, der zur Zeit der Besetzung Kiautschous Gouverneur von Schantung gewesen und auf Verlangen der deutschen Regierung aus dem Staatsdienste entlassen war. Beide begingen im Sommer 1900 Selbstmord, als sie ihre Sache verloren sahen. Hü Ying K'ueï schied als General-Gouverneur von Fukien und Tschekiang 1903 aus dem Dienst und starb nicht lange danach.

[2]) Tschang Yin Huan ein außerordentlich liebenswürdiger, mit europäischen Sitten vertrauter Diplomat, war 1885 Gesandter in Washington und 1897 Sonderbotschafter in England gewesen. Ein tragisches Schicksal hat ihn ereilt: im September 1898 wurde er nach Turkistan verbannt und 1900 dort auf Befehl der Kaiserin hingerichtet. Er und Wêng T'ung Ho führten die Verhandlungen, betreffend Überlassung von Kiautschou (der Vertrag selbst wurde aber von Wêng und Li Hung Tschang gezeichnet.) Der neu ernannte chinesische Gesandte in Berlin Liang Tsch'êng begann seine Laufbahn als Privatsekretär Tschang Yin Huan's.

saßen naturgemäß die meiste Einsicht in die Verhältnisse der internationalen Politik, waren aber den chaotisch einander entgegenwirkenden Kräften gegenüber hilflos und suchten sich durch Kompromisse nach allen Seiten über Wasser zu halten. Das Literatentum auf der anderen Seite, das sich zunächst in voller Einmütigkeit gegen die Regierung erhoben und nach dem Abschluß des Friedens von Schimonoseki eine zornige Protestbewegung ins Werk gesetzt hatte, war um jene Zeit ebenfalls bereits in zwei feindliche Lager gespalten.[1]) K'ang You Weï, der bekannte Urheber und Führer der politischen Literatenbewegung, der in seinen flammenden Denkschriften die innere Unhaltkarkeit des chinesischen Staatswesens den Verhältnissen der modernen Zeit gegenüber dargetan hatte und in seinen gelehrten Abhandlungen (nicht als erster!) zu dem Schlusse gekommen war, daß das konfuzianische System, die Grundlage dieses Staatswesens, gar nicht der Lehre des Konfuzius entspreche und nur durch unerhörte Fälschungen der klassischen Exegese zustande gekommen sei.[2]) K'ang You Weï hatte durch diese in mehr als einer Hinsicht revolutionären Schriften bereits im Jahre 1895 die Aufmerksamkeit sowohl der Regierung als auch des Kaisers und der Kaiserin-Mutter erregt, und niemand konnte sich des Ernstes und der Wahrheit seiner Darlegungen verschließen. Namentlich Wêng T'ung Ho, damals der mächtigste Mann im Reiche, wurde so völlig von ihnen erfaßt, daß er, seinen eigenen Äußerungen zufolge, trotz seiner 70 Jahre noch eine Umwandlung seiner gesamten politischen Auffassung durchlebte, und wenn man den Angaben eines chinesischen Autors Glauben schenken darf[3]) hatte er im August 1895 mit dem Kaiser den Erlaß von „Zwölf Edikten zur Verbreitung neuer Ideen" vereinbart. Nachdem die oben erwähnten Ereignisse zu K'ang You Weï's Denkschriften einen so erschreckenden Kommentar geliefert hatten, stieg der Einfluß dieses inoffiziellen Ratgebers in Peking in ungeahnter Weise. Prinz Kung, damals das älteste Mitglied der kaiserlichen Familie, konnte den Kaiser nur mit Mühe davon abhalten, K'ang in besonderer Audienz zu empfangen; indessen wurde letzterer auf Allerhöchsten Befehl am 24. Januar 1898 von den Prinzen und Ministern auf das Tsungli Yamen geladen, damit er dort die allgemeinen Grundzüge seiner Reorganisation des Reiches darlege. Wêng T'ung Ho erklärte bald nachher, der obigen Quelle zufolge, dem Kaiser, daß „die Fähigkeiten dieses Mannes seine eigenen hundertfach überträfen." So war K'ang im Frühjahr 1898 auf dem Wege, den ausschlaggebenden Einfluß auf die Zentral-Regierung zu gewinnen, während seine Anhänger in den Provinzen entsprechende Rollen spielten, so namentlich der hochbegabte Liang K'i Tsch'ao in Hunan bei dem Gouverneur Tsch'en Pao Tschen. Bis dahin war die Bewegung unter den Literaten im Hinblick auf

[1]) S. oben S. 27.
[2]) S. oben S. 16.
[3]) *Wu-sü tschêng pien ki* von Liang K'i Tsch'ao (s. oben S. 48 Anm.) Kap. 1 fol. 2 r°.

die allen gemeinsam drohenden Gefahren des Auslandes eine im ganzen einheitliche gewesen; sie teilte sich aber in dem Augenblicke, wo die verschiedenen eigenen Interessen in Frage kamen. Das geschah in besonders deutlicher Weise im April 1898 gelegentlich der großen dreijährigen Staatsprüfung, zu der sich Tausende von Literaten aus allen Teilen des Reiches in Peking eingefunden hatten. Liang K'i Tsch'ao und einige Gesinnungsgenossen hielten diese Gelegenheit für geeignet, um einen Sturm gegen das literarische Prüfungsystem, insbesondere gegen den seit dem 12. Jahrhundert üblichen „achtteiligen Aufsatz“ [1]), zu unternehmen, und bemühten sich, Unterschriften zu einer Massen-Eingabe für seine Beseitigung zu sammeln. Der Erfolg hätte sich bei einiger Überlegung unschwer voraussehen lassen. Kaum hundert unter all den Tausenden wurden für den Plan gewonnen, während die große Masse, die ihre besten Interessen, die Frucht ihrer Jahrzehnte langen Arbeit, bedroht sah, in wildem Zorn auffuhr, Gegenkundgebungen veranstaltete und stürmische Szenen mit den „Verrätern“ herbeiführte, die zum Teil sogar in Schlägereien ausarteten. Die Einigkeit in dem Literatentum und seine Bundesgenossenschaft bei der Neuordnung waren unwiederbringlich verloren. Unter den vielen Torheiten, die die „Reformatoren“ begangen haben, war dieser jähe Eingriff in alteingewurzelte, erst allmählich abtragbare Interessen, eine der ersten und größten.[2])

Von dieser Zeit an nahm der Gegensatz zwischen den „Alten“ und den „Neuen“ sowohl im Kreise der Regierenden wie der Regierten immer schärfere Formen an. Um dieselbe Zeit, wo die verhängnisvolle Eingabe vorbereitet wurde, gründeten K'ang You Weï und seine Anhänger in Peking einen Klub „Reichschutz“ *(Pao-kuo hui)*, dem mehrere hundert, meist jüngere Mitglieder angehörten. Nach den Statuten (Art. 3 bis 7) sollte der Zweck des Klubs sein, „die Souveränität und das Gebiet des Staates, die selbständige, durch den Charakter der Rasse bedingte Entwicklung des Volkes und die Erhaltung der heiligen Lehre (des Konfuzianismus) zu schützen; ferner die Notwendigkeit geeigneter Reformen im Innern und die bestimmenden Momente in dem Verhältnisse zum Auslande klarzulegen.“ Die Vereinigung sollte sich über das ganze Reich erstrecken, je eine Zentralstelle aber in Peking und Schanghai bestehen (Art. 11). Vorbereitet worden war diese große politsche Organisation bereits in den Jahren vorher durch Gründung von „Wissenschaftlichen Vereinigungen“ in den Provinzen Kuangtung, Ssëtschuan, Fukien, Hunan, Kiangsu und Schensi. Der „Reichschutz“ wurde nunmehr die Zentrale für „die Neue Lehre“ und der Rahmen für das zu unter-

[1]) Es handelt sich um einen nach bestimmter Schablone anzufertigenden Aufsatz, der eigentlich nur aus Zitaten und Phrasen bestand, ähnlich der lateinischen „Chrie,“ die nach dem Rezept „Quis? Quid? Cur? Contra, Simile et Contraria, Testes“ anzufertigen war.

[2]) Erst im September 1905 ist das Prüfungsystem gefallen, und heute steht man im Begriff, es in anderer Form wieder einzuführen. S. unten den Aufsatz *Die Beseitigung des staatlichen Prüfungsystems.*

nehmende Reformwerk. Die in Peking hervorgerufene Scheidung im Literatentum aber pflanzte sich mit der Rückkehr der Kandidaten in ihre Heimat durch die Provinzen fort, und sehr bald begannen die Anklagen gegen den Klub wegen hochverräterischer Absichten von allen Seiten einzugehen. Auch in der Hauptstadt wurde die Gegnerschaft um so lauter und nachdrücklicher, je mehr der Riß der Anschauungen, der die Literaten teilte, auch durch die Zentralregierung hindurch sich fortsetzte und vertiefte: die Stellung zur Reform war der einzige Maßstab der feindlichen Parteien geworden, selbst der Haß gegen das Ausland verstummte zeitweilig auf beiden Seiten. Außer mehreren Zensoren waren es namentlich Kang Yi und Hü Ying K'ueï, die Auflösung des Klubs und Untersuchung gegen seine Mitglieder beim Throne beantragten. Den nachhaltigsten Einfluß scheint die Denkschrift des Zensors Wên Ti ausgeübt zu haben. Er führte ein Moment in die Lage ein oder brachte es jedenfalls stark zur Geltung, das später schwerwiegende Folgen gehabt hat: den Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschus. „Das allgemeine Bestreben des Vereins «Reichschutz»", so schrieb er, „besteht in dem Schutze Chinas, nicht aber in dem Schutze der Ts'ing- (d. h. mandschurischen) Dynastie." Die Reformatoren haben sich wiederholt und nachdrücklich gegen den Vorwurf antidynastischer Bestrebungen gewahrt und in eigentlich staatsrechtlichem Sinne wird man ihn auch gegen die Führer der damaligen Zeit nicht erheben können; darüber aber kann kein Zweifel sein, daß sie den nur noch in gewissen Kreisen des Südens, vor allem Kuangtungs (der Heimat K'ang You Weï's, Liang K'i Tsch'ao's u. a.), und auch dort nur schwach vertretenen Gegensatz zu den Mandschus systematisch neu belebt und agitatorisch geschürt haben. Eine urteilslose, von falschen Gesichtspunkten geleitete fremde Presse in China aber hat ihnen darin Beistand geleistet, sie hat sich bemüht, den Chinesen den ihnen völlig fremden Gedanken aufzureden, daß sie eine von fremden Eroberern geknechtete Nation seien, und hat so zur Verschärfung des späteren Unheils beigetragen. Die maßlosen Ausfälle gegen die Mandschus, die namentlich die späteren Schriften der kantonesischen Reformatoren auszeichnen, lassen jedenfalls ihre behauptete dynastische Loyalität in zweifelhaftem Lichte erscheinen.[1])

Im Frühjahr 1898 wäre allerdings ein solches Hervorkehren eines „nationalen" Gegensatzes höchst unzeitgemäß gewesen. Denn was den Bestrebungen K'ang You Weï's und seiner Genossen in Peking die starke, wachsende Bedeutung verlieh, war gerade die Gunst, die ihnen der unter dem Einfluß Wêng T'ung Ho's stehende

[1]) Die, denen die chinesischen Quellen nicht zugänglich sind, finden hierfür einige Beispiele unter anderem im 4. Kapitel des im Jahre 1901 in London unter dem Titel *The Chinese Crisis from within* erschienenen Werkes. Der chinesische Verfasser, der sich unter dem Namen W e n C h i n g verbirgt, gibt lediglich eine für Europäer zurecht gemachte und daher weder mit literarischer, noch mit geschichtlicher Gewissenhaftigkeit ausgeführte Bearbeitung von Liang K'i Tsch'ao's *Wu-sü tschêng pien ki.*

Kaiser in immer rückhaltloserer Weise zuwandte. Am 29. Mai starb Prinz Kung, und damit fiel für den Monarchen die Rücksicht fort, die ihn, wie vorhin erwähnt, bisher davon abgehalten hatte, zu K'ang in persönliche Beziehungen zu treten. Am 13. Juni wurde der Reformator zur Audienz befohlen, und am 16. Juni fand die letztere im Sommerpalast Wan-schou schan statt. Nach dem Berichte, den Liang K'i Tsch'ao über diese 2¼ Stunden währende Audienz veröffentlicht hat, legte K'ang hier seinen Plan einer Neubildung der staatlichen Verfassung ausführlich dar: er wollte zunächst die altüberkommenen Einrichtungen, Behörden und Würdenträger nicht beseitigen, sondern sie bedeutungslos machen, indem den letzteren Stellung, Gehalt und Titel belassen, die wirklichen Staatsgeschäfte aber anderen, jüngeren und von moderneren Anschauungen erfüllten Beamten übertragen würden. Der Amtscharakter dieser neuen Regierungsorgane sollte nicht erhöht werden, dagegen sollten sie das Recht erhalten, unmittelbar an den Thron zu berichten. Als Vorbild für seine Reform schwebte K'ang ausgesprochenermaßen die Neuordnung des japanischen Staatswesens vor, insbesondere die Beseitigung des Feudalismus und die Mediatisierung der Daimios im Jahre 1871. Auch damals hatte man diese rückständigen und unfähigen Großen des Reiches durch ein kaiserliches Edikt gezwungen, ihrer Herrschaft zu entsagen, und sie unter Belassung ihrer Titel und Gewährung einer Abfindungssumme mit der neuen Ordnung versöhnt. Organe der Regierung wurden jüngere Männer von niederem Range, die auch bisher schon unter den Daimios tatsächlich die Geschäfte geführt hatten. — Dieser Hinweis auf das Beispiel von Japan und daneben, auf das von Rußland unter Peter dem Großen findet sich in K'ang's Schriften immer und immer wieder, wie sich denn auch eine „Betrachtung der Reorganisation Japans" *(Ji-pên pien tschêng k'ao)*, eine „Betrachtung der Reorganisation Rußlands durch Peter den Großen" *(Ngo Pi-tê pien tschêng k'ao)* und eine „Lebensbeschreibung Peters des Großen" *(Ngo huang ta Pi-tê tschuan)* unter den Werken von ihm befanden, die im Februar 1898 dem Kaiser vorgelegt wurden. Daß ein Vergleich mit Japan durch die Erfahrungen des Krieges außerordentlich nahe gelegt wurde, ist leicht einzusehen, indessen scheinen auch schon damals von Japan aus systematische Einwirkungen auf die hier in Betracht kommenden chinesischen Kreise ausgeübt worden zu sein, in der Absicht, das besiegte China zu versöhnen und den von Japan zu vertretenden politischen Bestrebungen zugänglich zu machen. Von welcher Stelle diese Einwirkungen zuerst ausgingen und in welcher Weise sie übermittelt wurden, entzieht sich bei der großen Geheimhaltung der japanischen Tätigkeit vorläufig unserer Kenntnis, daß aber damals bereits Beziehungen der Reformatoren auch zu dem amtlichen Japan bestanden, zeigen die im folgenden beschriebenen Ereignisse. Hier ist jedenfalls der Punkt, wo die japanische Beeinflussung des chinesischen Geisteslebens zuerst eingesetzt hat, und zwar in viel geschickterer, zielbewußterer Weise als es von Europa aus jemals geschehen ist.

K'ang You Weï war der erste, an dem sein System, eine neue

Regierung zu bilden, verwirklicht wurde: unmittelbar nach der Audienz wurde er zum Sekretär im Tsungli Yamen ernannt, mit der Ermächtigung, jederzeit unmittelbar an den Thron berichten zu dürfen. Wer seine künftigen Kollegen sein sollten, zeigt das gleiche Edikt vom 13. Juni, das ihn zur Audienz berief. Der Taotai Huang Tsun Hien,[1]) ferner ein junger Literat namens T'an Ssĕ T'ung, der Sohn des Gouverneurs von Hupeï, K'ang's vertrautester Freund und — nach seinen Schriften zu schließen — ein Mann mit glänzenden Gaben, und endlich Liang K'i Tsch'ao wurden den betreffenden Ministerien überwiesen, die sie demnächst in Audienz vorstellen sollten. Wenn aber K'ang geglaubt hatte, daß sich die zahllosen konservativen Würdenträger ebenso widerstandslos von der Leitung des Staates würden entfernen lassen wie einst die japanischen Daimios, so ist dies ein weiterer Beweis für seine mangelhafte politische Voraussicht. Und zwar ist hier seine Selbsttäuschung um so weniger entschuldbar, als er aus den drohenden Wetterzeichen der Gegenwart und Vergangenheit unschwer auf die starken Stürme hätte schließen können, denen sein Reformwerk in der Zukunft ausgesetzt sein würde. Hatte er durch die unzeitgemäße Eingabe Liang K'i Tsch'ao's die Freundschaft des Literatentums verloren, so zog er sich durch die schonungslose Art, mit der er in seinen Denkschriften pietätvoll gehegte Auffassungen und Einrichtungen, sowie festgewurzelte Interessen materieller Art angriff, die bitterste Feindschaft der Betroffenen, insbesondere des Beamtentums, zu. Dazu kam eine höchst unvorsichtige Kritik der Kaiserin-Mutter und ihrer „rechtswidrigen" Ausübung von Regierungshandlungen. Es ist hier nicht der Ort, in eine Erörterung des persönlichen Charakters dieser Fürstin einzutreten, oder eine Untersuchung der verfassungsrechtlichen Stellung zu unternehmen, die ihr in dem chinesischen Staatsorganismus zukommt; es genügt, zu betonen, daß sie infolge ihrer Persönlichkeit einen bedeutungsvollen politischen Faktor in den gegebenen Verhältnissen darstellte, und mit diesem Faktor, mochte er zu Recht oder zu Unrecht bestehen, mußte jeder Staatsmann rechnen, besonders wenn es sich um solche Pläne handelte, wie die Reformatoren sie im Auge hatten. Merkwürdigerweise sind alle Opfer, die einem Irrtum in diesem Punkte anheimfielen, anscheinend ohne belehrende Wirkung geblieben. Daß die Kaiserin-Mutter auch nach der nominellen Übernahme der Regierung durch den Kaiser am 4. März 1889 einen starken Einfluß auf die Staatsleitung behielt, war deutlich zu erkennen und bei den dynastischen Verhältnissen auch kaum zu verwundern. Für den Widerspruch, der sich hiergegen zuweilen bei Hofe geltend machte, war die herrschgewohnte Frau außerordentlich empfindlich. Die Gerüchte über die Art, wie die Tätigkeit des Kaisers und seiner Ratgeber überwacht wurde, entziehen sich der Beurteilung, sicher ist nur, daß sich bald ein unersprießliches Verhältnis zwischen beiden Herrschern herausbildete, das nur von dem

[1]) Huang Tsun Hien wurde im November 1896 zum Gesandten in Deutschland ernannt, aber wegen seines niederen Ranges von diesem abgelehnt.

Prinzen Kung noch notdürftig überbrückt wurde. Würdenträger, die Vertraute des Kaisers waren, erregten alsbald das Mißtrauen der Kaiserin, weil sie annahm, daß solche Personen ihrem Einflusse entgegenwirkten, und mancher von ihnen hat den Mut seiner Ansichten schwer büßen müssen. Nachdem bereits verschiedene dii minores hierüber zu Falle gekommen waren, wurden auch der mächtige Wêng T'ung Ho und die, die zu ihm hielten, Gegenstand jenes Mißtrauens. Zunächst setzte die Kaiserin im August 1895 durch, daß Wêng seines Dienstes als Lehrer und persönlicher Berater des Monarchen enthoben wurde; im Dezember darauf wurden die beiden Minister Wang Ming Luan und Tsch'ang Lin, ersterer Mitglied des Tsungli Yamen, die ihrer Ansicht über die weibliche Oberregierung allzu lauten Ausdruck gegeben hatten, plötzlich in schimpflichster Weise für immer aus dem Staatsdienst entlassen. Wêng's Stellung wurde immer bedenklicher, je rückhaltloser er sich zum Vertreter von K'ang You Weï's Plänen beim Kaiser machte, und so traf auch ihn eines Tages der Bannstrahl, der seine ganze Größe zerschmetterte. Am 15. Juni 1898, also am Tage vor K'ang's Audienz, erschien ein Edikt, das Wêng T'ung Ho aller seiner Ämter entsetzte und ihn anwies, in seine Heimat zurückzukehren. (Im Dezember wurde sein Schicksal noch verschlimmert, indem die Form der Entlassung verschärft, und er selbst unter Polizeiaufsicht gestellt wurde)[1]). Noch zwei andere Erlasse brachte der gleiche Tag, die beide den Entwicklungsgang der Dinge erkennen ließen: durch den einen wurden alle höchsten Beamten angewiesen, sich bei Beförderungen bei der Kaiserin zur Audienz zu melden; der andere aber ernannte den durch die Boxer-Wirren bekannter gewordenen Jung Lu[2]), einen Günstling und Verwandten der Kaiserin, zum General-Gouverneur in Tientsin. Diese drei Edikte, über deren Zustandekommen man sich keinem Zweifel hingeben kann, bewiesen schlagend, daß die Macht des Kaisers nur eine schattenhafte sein konnte, daß in Peking zwei einander entgegengesetzte Regierungen bestanden, und daß es schier übermenschlicher Geschicklichkeit bedurft hätte, um beide zu einer nutzbringenden Einheitlichkeit zu verschmelzen. Weder K'ang You Weï noch irgend ein anderer der Reformatoren besaß diese Geschicklichkeit oder — nach Wêng's Abgang — auch nur die erforderliche maßgebende Stellung. Ja, die neu geschaffenen Staatsmänner und mit ihnen der Kaiser selbst scheinen trotz aller Erfahrungen nicht einmal voll ermessen zu haben, auf welchem gefährlichen Boden sie standen. Wie die Dinge lagen, flüchtete bald alles, was seine Interessen durch die Reformpläne bedroht sah, unter den Schutz der Kaiserin, während der Kaiser sich von seinen jugendlichen Ratgebern auf dem betretenen Pfade immer weiter treiben ließ. Daß das Reformwerk ohne die Hilfe der Kaiserin oder gar im feindlichen Gegensatz zu ihr niemals durchgeführt werden konnte, mußte spätestens nach dem Sturze Wêng T'ung Ho's jedem klar sein; erstes Erforder-

[1]) Er starb im Juli 1904.
[2]) S. den folgenden Aufsatz.

nis für einen praktischen Staatsmann wäre es daher gewesen, die Zustimmung der allgewaltigen Herrscherin zu gewinnen, sei es auch zunächst unter Preisgabe des größten Teiles der Reformpläne, denen übrigens eine weise Mäßigung nur hätte dienlich sein können. Eine solche Aufgabe, für deren Lösung allerdings im Juni wohl bereits die Zeit verpaßt war, würde früher schwierig, aber kaum hoffnungslos gewesen sein. Liang K'i Tsch'ao selbst, der von der Kaiserin ein geradezu ungeheuerliches Bild entwirft, und dessen Angaben daher immer zu ihren Ungunsten sprechen, läßt doch an zwei Stellen seines Werkes durchblicken, daß der Kaiser ihr von den Reformplänen Kenntnis gegeben und sogar die Denkschrift K'angs vom 29. Mai 1895 überreicht habe, ohne daß sie ihr Mißfallen darüber ausgesprochen habe.[1]) Dazu kommt, daß das Eingreifen der Kaiserin in Fragen der internationalen Beziehungen wohl oft den Eindruck einer schlecht unterrichteten, aber niemals den einer reaktionären Herrscherin hervorgerufen hat, wie denn während der letzten Jahre tatsächlich eine ganze Reihe der von K'ang vorgeschlagenen Reformen unter Zustimmung der Kaiserin ins Werk gesetzt worden sind, obwohl ihre Urheber von 1898 geächtet sind und bleiben. Anstatt also durch unkluge Angriffe auf ihre verfassungsrechtliche Stellung die Kaiserin in einen feindlichen Gegensatz zu dem Reformwerk zu bringen, würde man dem Interesse des letzteren weit besser gedient haben, wenn man bei ihr den wirksamen Schutz gesucht hätte, den der Kaiser bei allen edlen Absichten seiner ganzen Persönlichkeit nach niemals zu geben imstande war. Die ungeübten Hände, die jetzt trotz aller Warnungen das Ruder im Staate ergriffen, mußten beim ersten Windstoß hilflos niedersinken.

Mit der Audienz K'ang You Wei's am 16. Juni begann eine Episode, für die sich in der Geschichte schwer ein Seitenstück finden lassen wird. Der Kaiser setzte das von dem Reformator vorgeschlagene System in die Wirklichkeit um. Aus jungen untergeordneten Beamten bildete er sich eine Kabinetts-Regierung, die hohen Minister und Würdenträger ließ er zwar in ihren Stellungen, übersah sie aber gänzlich und begann, das Staats- und Gesellschaftsgebäude seines Reiches unverzagten Sinnes abzubrechen, um statt dessen unter Preisgabe eines Teils seiner absoluten Gewalt einen Neubau nach fremdem Muster aufzuführen. Bald nach K'ang's erster Audienz nahmen die Anklagen gegen ihn und den Klub „Reichschutz" an Heftigkeit zu, und da der Kaiser sie teils unbeachtet ließ, teils die hochgestellten Ankläger, z. B. Hü Ying K'ueï, sogar mit einem Verweis bedachte, so nahm die Stimmung unter dem Beamtentum gegen K'ang bald einen so erregten Charakter an, daß der Kaiser den persönlichen Verkehr mit ihm mehr und mehr einschränken und seine Vorträge schriftlich entgegennehmen mußte. Dafür umgab er sich von Mitte August ab mit einem aus vier Mitgliedern bestehenden geheimen Kabinett, das seine Weisungen von K'ang erhielt und die Vermittelung zwischen

[1]) *Wu-sü tschêng pien ki,* Kap. 1, fol. 1 v° und 23 v°. Vergl. oben S. 28.

diesem und seinem kaiserlichen Herrn bildete. Diese vier waren: Yang Jui, Liu Kuang Ti, Lin Hü und der bereits erwähnte T'an Ssĕ T'ung. Die beiden Erstgenannten gehörten dem Vorstande des Klubs „Reichschutz" an, und Lin Hü war ein Schüler von K'ang; alle vier hatten den Rang und die Stellung von Ministerial-Sekretären. Diese vier jugendlichen Dilettanten mit K'ang als geistigem Leiter und dem Kaiser als verfassungsmäßigem Exekutivorgan bildeten im Sommer 1898 die tatsächliche Regierung des Reiches; die Mitglieder des Staatsrates und der „sechs Ministerien" waren Zuschauer und Dulder. „Alle Berichte, die an den Thron eingingen", sagt Liang K'i Tscha'o hierüber, „wurden von jenen vier durchgesehen, und für alle Edikte, die erlassen wurden, arbeiteten die vier die Entwürfe aus." So entstanden in der Zeit vom 11. Juni bis 19. September jene bekannten Reform-Edikte,[1]) die Staunen in der ganzen Welt hervorriefen, die Träger der bisherigen Ordnung in China aber vor Schreck erstarren ließen. Die in ihren Folgen kaum zu ermessenden Neuerungen folgten einander so rasch, daß das Beamtentum in der Hauptstadt wie in den Provinzen gar nicht Zeit fand, sich in die neuen Situationen hineinzuleben. Die Frage: „neue" oder „alte Regierung" beherrschte das gesamte politische Denken, niemand wußte, was der nächste Tag bringen würde, aber jeder fühlte, daß, wie die Dinge sich jetzt entwickelten, eine Krisis sehr bald eintreten müsse.

Und in der Tat schwoll die Zahl der durch die Reformen erbitterten und in ihrer Stellung bedrohten Würdenträger immer bedenklicher an. Maßregeln, wie die am 5. Septemher über die Präsidenten und Vizepräsidenten des Ministeriums des Kultus verhängte Rangentziehung, weil sie die Eingabe eines jüngeren reformatorischen Sekretärs (dem Kaiser wurde darin die Bereisung Japans anempfohlen) zurückgehalten hatten, veranlaßten immer lautere Beschwerden im anderen Lager bei der Kaiserin und ihren Vertrauten. Zu den letzteren zählte in erster Linie Jung Lu, ein energischer Mann, der bis zum Juni Kommandant von Peking und Minister im Tsungli Yamen gewesen war und sich modernen Ideen durchaus nicht unzugänglich gezeigt hatte. Am 15. Juni war er, wie oben erwähnt, zum General-Gouverneur von Tientsin ernannt worden, zugleich damit aber erhielt er den Oberbefehl über die drei Armeen des Peï-yang (d. h. der Nord-Provinzen), nämlich die Kansu-Truppen des Generals Tung Fu Siang, die Provinzialarmee des Generals Nieh[2]) und die sogenannte „Neue Armee" Yuan Schi K'ai's. Liang K'i Tsch'ao bringt diese Maßregel mit einem angeblichen, seit lange erwogenen Plane der

---

[1]) Diese Edikte sowie die späteren Gegenerlasse sind von dem Jesuiten Tobar in das Französiche übersetzt und unter dem Titel *Décrets Impériaux 1898* als Nr. 4 der „Série d'Orient" von J. Em. Lemière 1900 in Schanghai herausgegeben worden.

[2]) Beide haben während der Unruhen von 1900 eine Rolle gespielt. Tung Fu Siang gehörte mit zu denen, deren Leben die fremden Mächte als Sühne verlangten. Er entzog sich seinem Schicksal durch die Flucht und ist Ende 1903 in einem entlegenen Gebiete der Provinz Kansu gestorben. Auch General Nieh Schi Tsch'êng, der sich nicht verdächtig gemacht hatte, ist tot.

Kaiserin in Verbindung, der die Entthronung des Kaisers und die Erhebung eines anderen ihr bequemeren Prinzen auf den Thron zum Ziele gehabt habe. Und zwar hätte diese Entthronung bei Gelegenheit einer in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin abzuhaltenden Parade über die genannten Truppen in Tientsin erfolgen sollen, die durch ein erst am 24. August veröffentlichtes Edikt für den 19. Oktober verfügt war. Irgend einen Beweis hat indessen Liang für diese Behauptungen nicht beigebracht. Jedenfalls stieg aber die Erbitterung in beiden Lagern zusehends; offenbar begann man auf beiden Seiten, sich auf eine Vergewaltigung durch den Gegner einzurichten. Darauf deutet einerseits die Verleihung der Militärdiktatur an Jung Lu durch die Kaiserin, anderseits der etwas verworrene Vorschlag K'ang You Weï's, der Kaiser solle sich nach „dem Muster des japanischen *Sambō hombu*" (Generalstab) mit einer von ihm unmittelbar befehligten Truppe als Leibwache umgeben. Die Schnelligkeit der Entwicklung hat diesen Vorschlag nicht zur Reife kommen lassen, und ehe der Kaiser ihn ausführen konnte, war der Würfel bereits gefallen. Am 12. September hatte das Reformkabinett beschlossen, die hervorragendsten Männer des Reiches, deren fortschrittliche Gesinnung man kannte, nach Peking zu berufen und mit ihnen, sowie mit einer Anzahl von Fachvertretern aus Japan und dem Abendlande eine neue Regierung zu bilden und dann das gesamte chinesische Staatswesen umzugestalten. Tags darauf unternahm der Kaiser in Wan-schou schan persönlich einen, nun wohl stark verspäteten Versuch, die Zustimmung der Kaiserin zu diesem Plane zu gewinnen. Die Eindrücke, die er von diesem Versuche zurückbrachte, waren derartige, daß er am 14. September Yang Jui erklärte, seine Macht sei zu Ende, er sei außerstande, seine Anhänger zu schützen, und könne ihnen nur noch den Rat erteilen, sich selbst ohne Verzug in Sicherheit zu bringen. T'an Ssĕ T'ung und K'ang You Weï aber gaben das Spiel noch nicht verloren: sie wollten den zerschmetternden Schlag abwehren, indem sie ihm zuvorkamen. Hierzu aber bedurften sie eines kühnen Mannes, der über die nötigen realen Machtmittel gebot, und diesen Mann glaubten sie in Yuan Schi K'ai, dem jetzigen General-Gouverneur von Tschili,[1]) zu sehen. Er stand damals an der Spitze der etwa 7000 Mann zählenden, von deutschen Offizieren ausgebildeten sogenannten „Neuen Armee", die 30 km von Tientsin in Baracken lag und jedenfalls die beste Truppe war, über die China verfügte. Yuan, eine energische Persönlichkeit, war zwar Jung Lu unterstellt, sollte ihm aber wenig zugetan sein und wegen seiner fortschrittlichen Ansichten dem Kaiser eine loyale Gesinnung bewahrt haben. Zeit war nicht zu verlieren, und Yuan wurde unverzüglich nach Peking zur Audienz berufen. Am 16. September wurde er empfangen, und am

[1]) S. unten den Aufsatz *Yuan Schi K'ai*. Die hier berichteten Ereignisse sind von Wichtigkeit für die im vorigen Jahre erfolgte Entlassung Yuan Schi K'ai's durch den Prinzregenten, den jüngeren Bruder des damaligen Kaisers.

gleichen Tage[1]) erschien ein Edikt, das ihm den Rang eines Ministerial-Vizepräsidenten verlieh und seine Stellung zu einer ausschließlich militärischen, von Jung Lu unabhängigen machte. Diese Gunstbezeugung sollte aber Yuan offenbar nur gefügig machen, für später war ihm etwas weit Höheres zugedacht. Am 17., 19., und 20. September fanden weitere Audienzen statt, und am 18. hatte T'an Ssĕ T'ung eine lange Unterredung mit ihm. Was bei diesen Verhandlungen besprochen und vereinbart wurde oder werden sollte, läßt sich nur mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuten. Liang K'i Tsch'ao der mit T'an Ssĕ T'ung die letzten Tage vor seinem Tode in Peking zusammen verlebte, hat seinem Werke eine Aufzeichnung über jene Unterredung vom 18. September eingefügt. Daraus geht hervor, daß T'an Yuan Schi K'ai zu bestimmen suchte, den Schutz des Kaisers gegenüber den Plänen der Kaiserin und Jung Lu's, insbesondere bei der geplanten Parade in Tientsin, zu übernehmen. Seine „Neue Armee" würde die Truppen Tung Fu Siang's und des Generals Nieh ohne Schwierigkeiten überwältigen, „er solle sich dann auf die Seite der rechtmäßigen Majestät stellen und dem Kaiser die volle Macht zurückgeben". Bindende Versprechungen hat Yuan hierauf nicht gegeben, sondern, beständig ausweichend, nur erklärt: „Wenn der Kaiser bei der Truppenbesichtigung sich in mein Lager flüchtet und mir den ausdrücklichen Befehl gibt, die Verräter zu vertilgen, so werde ich natürlich handeln, wie jeder ehrliche Mann es tun würde; ich werde meine Kraft bis zum Tode einsetzen, den Kaiser zu retten." Es ist anzunehmen, daß bei den Audienzen im Stadtpalast (die Kaiserin war in Wan-schou schan) die nämlichen Fragen in der nämlichen Weise verhandelt wurden. Es ist aber auch ferner sehr naheliegend, anzunehmen, daß man in Wirklichkeit gar nicht geneigt war, erst bei der Parade im Oktober den Schutz des Kaisers wirksam durchzuführen, sondern daß man wünschte, aus der Verteidigung-Stellung zum Angriff überzugehen, und zwar dies sogleich, indem man die Kaiserin und Jung Lu gewaltsam beseitigte. Die von letzterem geführte Reaktion hat die Reformatoren ausdrücklich dieser Anschläge bezichtigt und in erster Linie durch sie die blutigen Maßregeln der Kaiserin gerechtfertigt. Die überlebenden Mitglieder der Reformpartei haben allerdings jene Gewaltakte in Abrede gestellt, aber man man müßte sie für noch schlechtere und weniger radikale Politiker halten als sie waren, wollte man ihnen zutrauen, sie hätten diese von ihrem Standpunkte als notwendig erscheinenden Maßregeln außer Betracht gelassen. Ein Edikt vom 22. September ordnete an, daß sämtliche Zugänge zu den Palastgründen von Wan-schou schan durch reichliche Truppen der mandschurischen Garde zum Schutze der Kaiserin zu besetzen seien, und niemand eingelassen werden dürfe; und in dem Edikt vom 29. September, das das Vorgehen gegen die Reformatoren begründet, wird

[1]) Bei Tobar am 15. September. Wenn Cordier, *Histoire des relations de la Chine avec les puissances occidentales*, Bd. III, S. 407, meint, diese Auszeichnung sei Yuan „nach dem Staatstreich" zuteil geworden, so ist dies eine von den zahlreichen Unrichtigkeiten des Werkes.

besonders hervorgehoben, daß die „Verschwörer den Palast hätten besetzen und sich der Kaiserin mit Gewalt bemächtigen wollen". Die damals in Tientsin erscheinende reformfreundliche chinesische Zeitung *Kuo-wên pao* brachte am 5. November eine lange Erklärung, in der K'ang You Weï gegen diese Anschuldigung des Aufruhrs verteidigt wurde. Die Behauptung sei unwahr, daß er dem Kaiser geraten habe, Yuan Schi K'ai Befehl zu geben, mit der „Neuen Armee" nach Peking zu rücken, Wan-schou schan zu umzingeln und sich der Kaiserin zu bemächtigen. Aber die Argumentation in dieser Erklärung ist von bedenklicher Art. Sie verlangt zum Beweise der erhobenen Beschuldigung den Text von K'ang's Vorschlag und von dem kaiserlichen Erlasse, sowie die Aussagen von Yuan Schi K'ai und von den Mitverschworenen Yang Jui, Liu Kuang Ti, Lin Hü und T'an Ssĕ, T'ung. Aber die Mitverschworenen waren damals schon sämtlich tot, schriftlich wird weder K'ang seinen Vorschlag, noch der Kaiser seinen Erlaß formuliert haben, und die Aussagen Yuan Schi K'ai's waren, wie wir sogleich sehen werden, offenbar höchst kompromittierender Art. Nicht minder schwach ist Liang K'i Tsch'ao's Beweisführung in diesem wichtigen Punkte. Er erzählt (Kap. 2, fol. 9 v°), daß in jenen kritischen Septembertagen (13. bis 20.) der Kaiser drei geheime Weisungen an seine Vertrauten und an Yuan habe gelangen lassen, in denen man Befehle, betreffend Beseitigung der Kaiserin vermutet habe. K'ang You Weï habe zwei davon veröffentlicht, sie enthielten lediglich die Aufforderung an die Genannten, sich und den Kaiser in Sicherheit zu bringen,[1]) folglich könne man auch von der dritten annehmen, daß sie sich nicht auf eine Beseitigung der Kaiserin bezogen habe. Durch derartige Argumente wird die an sich so wahrscheinliche Beschuldigung nicht entkräftet. Die späteren Veröffentlichungen der Reformatoren haben denn auch jene Ableugnung nicht mehr aufrecht erhalten; sie wurde wohl nur im Anfang für notwendig erachtet, weil man die Sympathien einflußreicher und loyaler Kreise nicht verlieren wollte. So gibt der Verfasser von *The Chinese Crisis from within* (S. 125) ohne Umschweife zu, daß die Reformatoren beschlossen hatten, durch Yuan den Palast der Kaiserin militärisch zu besetzen und sie selbst zur Gefangenen machen zu lassen. Der bekannte amerikanische Parlamentarier und Industrielle Pierpont Morgan aber, der sich damals in China aufhielt, erzählt, daß Yuan Schi K'ai vom Kaiser mit der Hinrichtung Jung Lu's beauftragt gewesen sei.[2]) Die Zuverlässigkeit der Quellen, aus denen Herr Morgan geschöpft hat, ist zwar nicht nachzuprüfen, indessen unwahrscheinlich klingt die Angabe nicht.

Soviel ist also sicher, daß Yuan dazu ausersehen war, einen entscheidenden Schlag gegen die Partei der Kaiserin zu führen. Nach seinen Äußerungen zu T'an Ssĕ T'ung kann man annehmen, daß er eine Weile geschwankt hat, ob er den verantwortungsvollen Auftrag

[1]) Sie sind übersetzt im „North China Herald" vom 17. Oktober 1898.
[2]) Bei Cordier, a. a. O. S. 407.

übernehmen solle. Aber Yuan hat während seiner glänzenden Laufbahn mehr als einmal gezeigt, daß er nicht bloß ein energischer Mann, sondern auch ein guter Rechner ist. Bei der Abschätznng der Wahrscheinlichkeiten kam er bald zu dem Ergebnis, daß es allzu gewagt sein würde, sein Glück auf die Karten so unerfahrener Spieler zu setzen wie der Kaiser und seine Ratgeber es waren. Liang K'i Tsch'ao erzählt, Yuan habe nach seiner letzten Audienz geäußert: „Wenn mich der Kaiser mit der Ausbildung der Truppen beauftragt, so werde ich nicht wagen, seine Befehle nicht entgegenzunehmen, aber von anderen Dingen verstehe ich nichts". Nach einer französischen Lesart[1]) soll er Jung Lu den Befehl zu seiner Hinrichtung gezeigt und ihm erklärt haben, daß er übermorgen wiederkommen würde, ihn auszuführen! Der Verfasser von *The Chinese Crisis from within* bemerkt nur allgemein, Yuan Schi K'ai „habe sich als Verräter entpuppt, indem er hingegangen sei und alles aufgedeckt habe" (S. 125 und 178). Einen ausführlicheren Bericht über die äußeren Vorgänge jener folgenschweren Stunden gibt Liang K'i Tsch'ao, und aus ihm läßt sich am sichersten ein Schluß auf den inneren Zusammenhang ziehen. Jung Lu hatte, im Hinblick auf kommende Ereignisse, vielleicht auch argwöhnisch wegen Yuan's unsicherer Haltung, schon in der zweiten Septemberwoche die Truppen des Generals Nieh, etwa 5000 Mann, nach Tientsin beordert, Tung Fu Siang aber mit seinen übelberüchtigten, 10000 Mann zählenden Kansu-Truppen südlich und westlich von Peking stationiert.[2]) Yuan's Berufung nach Peking am 15. September machte den General-Gouverneur vollens mißtrauisch; er sandte am 17. zwei Vertraute zum Prinzen K'ing und zur Kaiserin, vermutlich, um sie auf Yuan's Tätigkeit aufmerksam zu machen. Am 18. telegraphierte er nach Peking, daß der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen England und Rußland zu besorgen sei, und daß Yuan daher unverzüglich nach Tientsien zurückgesandt werden möge, damit er die Sicherung der Küste übernähme. Noch am Abend des 20. kehrte Yuan nach Tientsien zurück, offenbar — wie eben gezeigt wurde — schon halb entschlossen über die Richtung, die er einschlagen wollte. Unmittelbar nach seiner Ankunft traf er mit Jung Lu in dem Amtsgebäude des letzteren zusammen. Was zwischen den beiden Männern verhandelt wurde, wird außer ihnen kaum jemand wissen; es läßt sich aber aus dem, was noch während dieser Nacht und am folgenden Tage geschah, unschwer erraten. Jung Lu ließ Yuan Schi K'ai nicht zu seinen Truppen zurückkehren, sondern hielt ihn in seinem Amtsgebäude fest mit dem Auftrage, das Archiv zu bewachen. Er selbst aber nahm die großen Amtssiegel des General-Gouverneurs und Handels-Superintendenten an sich und eilte nach Peking. Und nun begann am 21. das blutige Strafgericht für die

[1]) Cordier, a. a. O. S. 408.

[2]) Im Oktober und November erhoben die fremden Gesandten in Peking wegen der Ausschreitungen dieser Truppen wiederholt, aber erfolglos Einspruch gegen ihre Anwesenheit in der Nähe der Hauptstadt. Sie haben dann im Sommer 1900 bei der Belagerung der Gesandtschaften an erster Stelle mitgewirkt.

Reform-Regierung, die hatte schlagen wollen, ohne daß ihr Arm gewaffnet war.

Über das, was zunächst im Palaste vor sich ging, verbreiten zwar zahlreiche Gerüchte ausführliche Darstellungen, aber zur Feststellung dessen, was daran richtig ist, fehlen die Grundlagen. Schon am 21. September[1]) erschien ein Edikt, wonach die Kaiserin, „den wiederholten inständigen Bitten des Kaisers entsprechend, endlich eingewilligt habe, wieder bei der Regierung ihre Ratschläge zu erteilen". Dieses Dokument, das mit den eigenen Worten des Kaisers zu sprechen vorgibt und ihn dabei zugleich der Regierungsgewalt beraubt, ist selbst für asiatische Phraseologie und Scheinpolitik eine ungewöhnliche Leistung. Dem unglücklichen Monarchen mag in dieser Zeit ein schlimmer Lohn geworden sein für den Versuch, den altersgrauen Riesenbau seines Reiches in modernem Stile herzurichten. Die ergrimmte Kaiserin, die wohl vor allem ihre persönliche Rache für die „Verschwörung" befriedigen wollte, ließ ihn auf der kleinen Insel Ying t'ai in einem See der inneren Palastgründe einschließen und von jedem Verkehr absperren. Vielleicht wird einst die Zukunft lehren, ob ihm unter dieser Kette von Demütigungen der Mut geblieben ist für einen erneuten Versuch, die zähe Kraft geschichtlicher Überlieferungen in geeigneterer Weise zu brechen.

Das nächste, was Jung Lu im Auftrage seiner Herrscherin unternahm, war die Ergreifung der Reformatoren in Peking, insbesondere der vier „Kabinettsmitglieder" und ihrer Anhänger. Das Haupt der ganzen Bewegung, K'ang You Weï, entging dem Verderben durch eine Kette ungemein glücklicher Zufälle. Schon im August hatten die Mitglieder des Staatsrates in der Absicht, den Kaiser von dem Einflusse K'ang's frei zu machen, den Antrag gestellt, den federgewandten Reformator als Redakteur der neu zu gründenden Regierungszeitung nach Schanghai zu entsenden. Der Kaiser, offenbar im Hinblick auf die gefährliche Lage, in der sich sein Vertrauter in der Hauptstadt befand, wies den Antrag nicht ab, verzögerte aber seine Ausführung, zumal K'ang selbst in der Nähe des Herrschers zu bleiben wünschte. Als aber der Kaiser an dem verhängnisvollen 13. September zu der Erkenntnis kam, daß seine Macht zu Ende sei, forderte er K'ang auf, unverzüglich abzureisen, und wiederholte diesen Wunsch sogar in Form eines offenen Edikts unter dem Datum des 17. September.[2]) Aber erst, nachdem K'ang am 18. noch eine dringende Warnung von seinem kaiserlichen Freunde erhalten hatte, reiste er am 20. morgens von Peking ab. Als Jung Lu in der Nacht zum 21. nach der Hauptstadt eilte, konnte er nicht ahnen, daß der erste seiner Proskribierten gerade in seiner Residenz Tientsin war, und als er am 21. K'ang's Wohnung in Peking umstellen ließ, befand sich der Gesuchte an Bord eines englischen Dampfers auf dem Wege nach Schanghai, nachdem er einen chinesischen Dampfer wegen Platzmangels wieder verlassen

[1]) Bei Tobar am 20. September.
[2]) Bei Tobar am 16. September.

hatte. Jung Lu ließ an die Behörden von Tschifu und Schanghai telegraphieren und außerdem das Torpedoboot „Feï Ying“ [1]) dem Schiffe nachsenden. Auf der Reede von Wusung vor Schanghai erfuhr der ahnungslose K'ang durch einen Abgesandten des englischen General-Konsuls, der wohl eine eventuelle Vergewaltigung der englischen Flagge verhindern wollte, zuerst von der ihm drohenden Gefahr und ließ sich daher nur zu willig sogleich an Bord des englischen Postdampfers übersetzen, der ihn unter der Bedeckung des Kanonenboots „Esk“ nach Hongkong brachte. K'ang You Weï hat sich seitdem in Singapore aufgehalten und Japan, Amerika und Europa [2]) bereist. Durch seine späteren maßlosen Schmähschriften hat er einen großen Teil des Ruhmes eingebüßt, den er namentlich bei den Engländern durch eine ihn verhimmelnde Presse erhalten hatte.

Das Schicksal der übrigen Reformatoren gestaltete sich härter. Jung Lu scheint so völlig von dem Verlangen beseelt gewesen zu sein, K'ang You Weï's habhaft zu werden, daß er die Maßregeln gegen dessen Mitverschworene zunächst ganz vergaß. Er hielt die Gerüchte über K'ang's Abreise für eine List und suchte ihn noch bis zum 25. September in Peking, indem er alle Stadttore schließen, die Eisenbahnzüge durchsuchen und überall in der Stadt Nachforschungen anstellen ließ. Die Reformatoren hätten diese vier Tage unzweifelhaft zur Flucht benutzen können, und doch hat es auffallenderweise nur einer von ihnen, Liang K'i Tsch'ao, getan. Vielleicht ist ein gewisser orientalischer Fatalismus die Ursache hiervon, wie wir ihn in der unten erzählten Episode beobachten können. Erst als Jung Lu die endgiltige Meldung erhielt, daß ihm sein Hauptwidersacher entronnen sei, wandte er sich am 25. den anderen Opfern zu. Die vier „Kabinettsmitglieder“: Yang Jui, Liu Kuang Ti, Lin Hü und T'an Ssĕ T'ung, sowie verschiedene andere, die in den gleichen Spuren gewandelt waren, darunter ein Bruder K'ang's, wurden verhaftet und durch Edikt vom 26. September einem besonderen Gerichtshofe überwiesen. Ein neuer Befehl vom 28. bestimmte indessen, daß weitere Vernehmungen unnötig und die Angeschuldigten sofort zu enthaupten seien. Noch an demselben Tage wurde der Spruch erfüllt.[3]) Ein Edikt vom 29. rechtfertigte die eilige Justiz damit, daß bei einer Verzögerung weitere Verwicklungen zu befürchten gewesen wären, und daß „bei den Vernehmungen nur Worte gemacht würden, durch die höchstens noch andere Personen in die Angelegenheit hineingezogen werden könnten“. In demselben Edikt werden die General-Gouverneure und Gouverneure sämtlicher Provinzen angewiesen, „im geheimen eifrigste Nachforschungen anzustellen“ nach K'ang You Weï, „dem Haupte der Revolution“, dessen Ideen im Gegensatz ständen zu dem

[1]) Jetzt das deutsche Torpedoboot „Taku“.

[2]) Im Sommer 1904 hat er auch Deutschland einen kurzen Besuch abgestattet.

[3]) Die Hinrichtungen fanden auf dem öffentlichen Richtplatze statt, nicht, wie Cordier (a. a. O. S. 411) will, „in dem Teile des kaiserlichen Palastes, der sich am Ende der Gesandtschaft-Straße befindet“, „zwei Schritte von den Wohnungen der fremden Diplomaten“.

Geiste der kanonischen Lehren, „dessen Verhalten der natürlichen Vernunft zuwiderliefe, und der sich daher den Haß von Göttern und Menschen zugezogen habe. Alle Menschen sollten sich vereinigen, um ihn zu verfolgen und zu ergreifen, wie wenn es sich um die Verfolgung und Ergreifung eines Raubtieres handelte". Und alles das wird dem Kaiser als eigene Willensäußerung in den Mund gelegt! Auch Liang K'i Tsch'ao erscheint in diesem Edikte als einer der Hauptverräter, und zwar als „der unzertrennliche Genosse von K'ang You Weï", der „ebenso gesucht, ergriffen, verurteilt und bestraft werden soll wie dieser".

Liang war indessen ebenso wie sein Freund und Lehrer K'ang für die Rache der Kaiserin nicht mehr erreichbar. Die Schilderung, die er von seinen letzten mit T'an Ssĕ T'ung in Peking verlebten Stunden in seinem Werke (Kap. 6, fol. 14 v° bis 15 r°) gibt, sind in mehreren Beziehungen interessant, so daß sich eine Übersetzung verlohnen dürfte. „Als am 21. September die Reaktion eintrat," so erzählt er, „ging ich zu T'an. Wir saßen in seiner Wohnung auf dem Divan bei einander und sprachen darüber, daß man K'ang You Weï's Haus aufgebrochen und durchsucht habe. Da kam plötzlich die Nachricht, daß die Kaiserin die Regierung wieder übernommen habe. T'an sagte ruhig und gefaßt: «Einst habe ich den Kaiser retten wollen und habe es nicht vermocht; jetzt wollte ich unsern Meister (K'ang) retten und habe es auch nicht vermocht; nun bleibt mir nichts zu tun übrig, als den Tod zu erwarten. Zwar weiß ich, was dem Reiche not tut, aber vollbringen kann ich es nicht. Versuche du, in die japanische Gesandtschaft zu gelangen und Jto[1]) zu sehen, und bitte ihn, an den japanischen Konsul nach Schanghai zu telegraphieren, daß er unsern Meister rettet.» Ich verbrachte darauf die Nacht in der japanischen Gesandtschaft, T'an aber verließ den ganzen Tag sein Haus nicht, sondern wartete auf seine Festnahme. Niemand erschien jedoch, um ihn zu verhaften. Infolgedessen kam er am nächsten Tage ebenfalls in die japanische Gesandtschaft, wo wir uns trafen. Er redete mir zu, nach Japan zu gehen, und bat mich, eine Kiste an mich zu nehmen, die von ihm verfaßte Schriften, Gedichte, wissenschaftliche Abhandlungen und mehrere Hefte voll Aufzeichnungen, sowie seine Familienpapiere enthielt. Als er sie mir übergab, sagte er: «Wenn niemand fliehen will, so kann man keine Pläne für die Zukunft machen; und wenn niemand sterben will, so hat unser Kaiserlicher Herr keinen, der ihm Gefährte sei. Daß der Meister von Nan-hai (d. h. K'ang, der aus Nan-hai hien in Kanton stammte) früher sterben würde (beide nahmen an, daß K'ang tot sei), konnten wir nicht voraussehen. Nun sind wir wie Tsch'êng Ying und Tsch'u Kiu: wenn der Mond das westliche Gefild bescheint,

[1]) Der bekannte japanische Staatsmann Marquis Jto hielt sich damals vorübergehend in Peking auf und sollte am 22. September vom Kaiser in Audienz empfangen werden. Die Audienz fand unter den Umständen nicht statt.

scheiden sich unsere Aufgaben.[1])» Wir umarmten uns noch einmal und trennten uns. Noch an den drei Tagen vom 22. bis 24 September entwarf er mit einigen kühnen Genossen Pläne zur Rettung des Kaisers, aber sie kamen nicht mehr zur Ausführung. Am 25. wurde er verhaftet. Noch am Tage vorher hatten ihn mehrere Japaner inständigst gemahnt, nach Japan zu gehen, aber er wollte davon nichts hören. Als sie wieder und wieder drängten, sagte er: «Noch in keinem Lande ist die politische Umformung ohne Blutvergießen zustande gekommen, ich habe aber nicht gehört, daß in China wegen der Reform schon Blut geflossen sei, daher kann diesem Lande kein Gedeihen kommen.»

Mit T'an Ssĕ T'ung sank, wie seine zahlreichen Schriften zeigen, ein trotz seiner Jugend ungemein vielseitiges, reiches Wissen und ein edler, feuriger Charakter ins Grab. Liang K'i Tsch'ao hat später allen Märtyrern jener blutigen Septembertage Nachrufe geschrieben, der für T'an aber ist der ausführlichste und am wärmsten empfundene.

Liang selbst verließ Peking nach seinem Abschied von T'an, in Tientsin geleitete ihn der japanische Konsul nach Taku, von wo er ungefährdet nach Japan gelangte. Dort war er literarisch tätig, gab eine Zeitung heraus, in der er seine politischen Jdeen verarbeitete und trieb unter den Scharen chinesischer Studenten, die nach Beilegung der „Boxer"-Wirren nach Japan hinüberströmten, eine starke regierungsfeindliche Agitation. Der Geist der Aufsässigkeit, der diese völlig unreifen, mit einem halbverstandenen politischen Doktrinarismus anglo-amerikanischen Ursprungs angefüllten jugendlichen Köpfe beherrschte und oft zu stürmischen Szenen führte, dürfte nicht zum wenigsten seinem Einflusse zuzuschreiben sein. Sein fanatischer Haß gegen die Kaiserin, Jung Lu und alle Mandschus beherrscht seine Schriften in solchem Grade, daß sein Urteil dadurch oft jede Objektivität verliert. Auch er hat später Amerika bereist.

K'ang und Liang gelten auch heute noch für das amtliche China als Ausgestoßene und vogelfreie Verbrecher. Abgesehen von der Persönlichkeit der Kaiserin, müßten sich in China sehr tiefgehende Wandlungen vollziehen, ehe jene beiden hoffen könnten, in ihrem Vaterlande noch einmal zu Einfluß zu gelangen.

Die Opfer des 28. September waren nicht die einzigen, die die Unterdrückung der Reformbewegung verlangte. Nachdem der Zorn der heißblütigen Kaiserin einmal wachgerufen war, wütete er gegen

---

[1]) Es ist dies eine Anspielung auf eine Episode, die der Geschichtschreiber Ssĕ-ma Ts'ien erzählt. Im Jahre 597 v. Chr. wurde die fürstliche Familie Tschao durch einen Vasallen des Fürsten von Tsin durch Mord beseitigt, bis auf einen Säugling, der eben geboren war und versteckt gehalten wurde. Tsch'êng Ying und Tsch'u Kiu (genauer Kung-sun T'schu Kiu), zwei Freunde von Tschao, verabredeten eine List, bei der einer sein Leben opfern, der andere das Kind retten sollte. Tsch'u Kiu ließ sich mit einem untergeschobenen Kinde töten und Tsch'êng Ying verbarg sich mit dem echten Erben von Tschao. (S. Chavannes, *Mémoires Historiques de Se-ma Ts'ien* Bd. V. S. 18 f.) Die Ähnlichkeit der Lage hier mit jener im Altertum ist nicht eben groß.

alle, die zu ihren Feinden in Beziehungen gestanden oder ihre Übereinstimmung mit deren Ansichten, wenn auch in maßvollster Weise, bekundet hatten. Eine Anzahl hoher und niederer Beamten der Hauptstadt wie der Provinzen wanderte in das Gefängnis oder die Verbannung, darunter auch Tschang Yin Huan (S. oben S. 74 Anm. 2), andere verloren ihre Ämter und Würden für immer, wie z. B. der Gouverneur von Hunan, Tsch'en Pao Tschen. Der Verein „Reichschutz" und die zahlreichen ähnlichen Reformvereine in den Provinzen verschwanden natürlich sämtlich, und manches hochgestellte Mitglied mußte sorgsam bedacht sein, daß ihm seine ehemaligen Verbindungen nicht nachgerufen wurden. So hatten sich Tschang Tschi Tung und Tuan Fang,[1]) die beide K'ang's Pläne warm unterstützt hatten, bei Zeiten zurückgezogen, und Yuan Schi K'ai, der selbst Mitglied eines Reformvereins gewesen war, hatte, wie oben gezeigt, bei der Entscheidung die richtige Seite gewählt. —

Ein Zeitraum von sieben Jahren trennt uns jetzt von den oben geschilderten Vorgängen, und die geschichtliche Entwicklung während dieses Zeitraums setzt uns in den Stand, das Wesen und die Bedeutung der Reformperiode innerhalb der politischen Gesamtlage objektiver und richtiger würdigen zu können, als es bisher bei der Leidenschaftlichkeit der Parteinahme in der Regel geschehen ist. Zwei Momente sind es vor allem, die bei einer solchen Würdigung scharf hervortreten und in denen wir unschwer die Keime erkennen, aus denen sich die Ereignisse der Folgezeit in ihrer gestaltenden Bedeutung entwickelt haben: es ist einmal das vorsichtige, aber klug berechnende und erfolgreiche Eingreifen Japans in das chinesische Geistesleben und dann die Reaktion des Chinesentums gegen das Bedrängen seitens des Auslandes. Wir wissen heute, daß beides psychologisch miteinander verbunden ist. Mehr als einmal haben wir zu sehen Gelegenheit gehabt, wie die Reformbewegung, die zunächst aus dem Hasse gegen das Ausland erwuchs, allmählich und vielleicht anfangs unbewußt unter japanischen Einfluß geriet, wie sie einen großen Teil ihrer Vorbilder und ihrer leitenden Ideen von Japan bezog, und wie ihre verfolgten Vertreter dort auch ein Asyl fanden. Sich damals schon weiter festzulegen, war die japanische Politik zu klug: ihre Stunde war noch nicht gekommen. Ruhig ließ sie den Sturm vorüberbrausen, denn sie sah voraus, daß, wenn die Leidenschaften ausgetobt, die Bewegung doch wieder einsetzen würde, und zwar unter geeigneterer und geschickterer Leitung. Diese Voraussicht hat nicht getäuscht, wenngleich die Raserei in Peking länger währte, als man auch in Japan angenommen hatte. Aber seit 1901 ist man in China ruhigeren Sinnes zu den nämlichen reformatorischen Maßregeln zurückgekehrt, über die man 1898, allerdings weit mehr aus persönlichen als aus sachlichen Gründen, in Wut geraten war. Die Träger der modernen Gedanken aber sind diesmal nicht vor-

[1]) Tuan Fang war 1905 als Mitglied der chinesischen Studien-Kommission in Deutschland und ist im vorigen Jahre (1909) aus dem Staatsdienste entlassen.

witzige Jünglinge, sondern die höchsten und einflußreichsten Würdenträger des Reiches, Männer wie Tschang Tschi Tung, Tuan Fang, Yuan Schi K'ai; alle oder jedenfalls die meisten von ihnen aber sind völlig vom japanischen Einflusse beherrscht. Das gilt insbesondere von Yuan Schi K'ai, der Jung Lu's politischer Erbe geworden ist und im Begriffe steht, die gesamten Machtmittel des Nordens in seiner Hand zu vereinigen.[1]) Von den hohen Vertretern des starren, abgeschlossenen Chinesentums aber, zu deren Schutz sich zeitweilig die übelberatene Kaiserin hergegeben hatte, sind die meisten nicht mehr am Leben; die Kaiserin selbst ist inzwischen 70 Jahre alt und um manche Erfahrung reicher geworden. Das andere Moment, die Reaktion des Chinesentums gegen das Andrängen des Auslandes, hatte, wie wir gesehen, auch vor der Reformperiode bereits bestanden, aber in anderen Formen, der Zerfahrenheit innerhalb der regierenden Kreise entsprechend. Während des akuten Gegensatzes zwischen den „Alten" und den „Neuen" war es naturgemäß weniger in die Erscheinung getreten; nachdem aber dieser Gegensatz durch Ausschaltung der „Neuen" beseitigt war, nahm die Abwehr gegen die Bestrebungen der Fremden wieder einen bedeutend größeren Raum in der politischen Gedankenwelt ein. Und zwar hatte der Haß gegen das Ausland während seines zeitweiligen Schlummers nur an Stärke gewonnen. Die Pläne der Reformatoren waren so völlig verquickt mit fremden Ideen, ihre Bestrebungen hatten sich eines so lauten, herausfordernden Beifalls der Fremden, vor allem in der englischen Presse, zu erfreuen gehabt, und die entflohenen „Verräter" waren so wirksam durch die Ausländer unterstützt worden, daß Reform und fremdländisches Wesen für die konservativen Gegner nahezu gleiche Begriffe geworden waren. Der Erfolg aber hatte Mut gemacht: war man mit den Reformatoren fertig geworden, so würde man auch mit den Fremden fertig werden, wenn man nur beherzt zugriff. Gewisse Tatsachen, die zu schildern hier nicht der Ort ist, kamen fördernd hinzu, und alsbald nahm der Haß der führenden Alt-Chinesen jene alt-chinesischen Erscheinungsformen an, die wir während der „Boxer-" Wirren von 1900 beobachtet haben. Auch diese letzteren werden aber, ehe sie ihrem Wesen nach richtig gewürdigt werden können, noch vielfach historischer Aufklärung bedürfen.

Leidenschaftlich wie in seinen Lobeserhebungen gegenüber den Reformatoren ist ein Teil des Auslandes, namentlich die Engländer, in seiner Verurteilung des „Staatstreiches", der „Reaktion", der „Mandschu-Partei" usw. gewesen. Aus den obigen Darlegungen geht hervor, daß es sich bei den Vorgängen von 1898 nicht in erster Linie um einen Kampf verschiedener politischer Systeme, sondern um einen solchen persönlicher Interessen gehandelt hat. Die Katastrophe war unvermeidlich geworden, denn schlagen wollten beide Gegner, der

[1]) Bis kurz vor seiner Berufung in den Staatsrat nach Peking im September 1907 stand Yuan auf dem Höhepunkte seiner Macht; von da an fing sein Stern rasch an zu erblassen.

eine aber war geschickter und stärker, darum traf er zuerst und tödlich. Die Frage, ob der „Staatstreich" nicht weniger grausam hätte vollführt werden können, läßt sich gerecht nur aus chinesischen Anschauungen heraus beurteilen. Man braucht zur Erläuterung nur die Gegenfrage zu stellen: Würden die Reformatoren, wenn sie die Sieger gewesen wären, mit ihren Gegnern viel anders verfahren sein? Wer asiatisches Wesen kennt, wird diese Frage kaum mit einem unbedingten Ja beantworten. Die Theorie von der reaktionären, tyrannischen „Mandschu-Partei" und dem aufgeklärteren, geknechteten und nach Freiheit dürstenden Chinesentum hat sich als eine Erinnerung an die Reformperiode in der Presse und Literatur des Auslandes erhalten. Wie oben gezeigt wurde, ist dieser Gegensatz künstlich von den Kantonesen neu belebt worden, und die ausländische Presse, namentlich die anglo-amerikanische und japanische, hat den Agitatoren teils aus Unwissenheit, teils vielleicht aus politischen Motiven, unter reichlichem Phrasenaufwand dabei Hilfe geleistet oder sie gar dazu angestiftet. Es gibt keine „Mandschu-Partei" in politischem Sinne, und die Annahme, die Mandschus seien reaktionär, die Chinesen aber aufgeklärt, widerlegt sich durch die Tatsache, daß unter den Reformatoren und unter ihren Gegnern zugleich Mandschus und Chinesen in richtigem Verhältnis vorhanden waren: auch der Reform-Kaiser selbst ist Mandschu. Ganz unberechtigt aber ist die Behauptung, daß die „fremde" Mandschu-Dynastie China in der Entwicklung hemme. Wer die chinesische Geschichte überblickt, wird finden, daß von den größten Herrschern, die das Mittelreich besessen, nur die wenigsten Chinesen waren, und er wird sich erinnern, daß die Zustände unter der letzten chinesischen Dynastie (Ming) so schmachvolle waren, daß das Reich dem ersten fremden Eroberer aufs neue zufiel. Ob allerdings fremde Politik ein Interesse daran hat, jenen Gegensatz zu schaffen und zu stärken, um ihn gegebenenfalls praktisch verwerten zu können, ist eine Frage, die sich zunächst der Erörterung entzieht.

Seit der Niederschrift dieser Zeilen sind weitere fünf Jahre vergangen, und in China ist inzwischen manches geschehen, was die Erinnerung an die Ereignisse von 1898 wohl hätte auslöschen können, es aber doch nur teilweise getan hat. Das Edikt vom Juni 1904, durch das eine allgemeine Amnestie für alle gewährt wurde, die in jenen Tagen für schuldig erklärt waren, hatte ausdrücklich K'ang You Weï und Liang K'i Tsch'ao von jeder Gnade ausgeschlossen. Aber auch der gemeinsame Tod des Kaisers und der Kaiserin-Mutter am 14. und 15. November 1908 (die Kaiserin starb erst, als der Kaiser tot war; die Eigenartigkeit dieses Zusammentreffens wird der künftige Geschichtschreiber zu beleuchten haben) hat bisher nicht

die Ausdehnung der Amnestie veranlaßt. K'ang You Weï lebt für gewöhnlich als Gast seiner wohlhabenden Landsleute in Singapore oder Penang; Liang K'i Tsch'ao genießt noch immer die Gastfreundschaft Japans. Während von einer politischen Tätigkeit K'ang's in den letzten Jahren wenig vernommen wurde, hat Liang in Tokyo als Journalist und Redner eifrig unter der dort studierenden Jugend Chinas gewirkt. Auch an ihm sind die Jahre nicht spurlos vorüber gegangen. Der leidenschaftliche Ankläger der Mandschus und der Kaiserin-Mutter insbesondere ist ruhiger, abgeklärter geworden. Vielleicht hat der Umstand hierzu beigetragen, daß die von ihm anfänglich geförderte Bewegung unter den unreifen „Studenten" in Bahnen geriet, wohin er nicht mehr folgen konnte. Seine politischen Auffassungen gingen diesen kindischen Menschheitsbeglückern nicht weit genug, mehr und mehr gewann der Einfluß fanatischer Revolutionäre die Oberhand, und schließlich mußte Liang es erleben, daß man ihn in einer Versammlung, als er vor Übertreibungen warnte, als Verräter brandmarkte und zwang, sich vor tätlichen Angriffen in Sicherheit zu bringen. Seitdem sind die Wege der ehemaligen Reformatoren und der heutigen Umstürzler scharf geschieden. Was K'ang und Liang mit ihrem Anhange einst erstrebten, das bildet heute tatsächlich die Politik der Regierung und ihre Ziele. In erbitterter Feindschaft hiergegen steht die *Ko-ming tang,* d. h. die Partei der Revolution. Ihr Führer ist der Kantonese Sun Yi Sien oder, in kantonesischer Aussprache, Sun Yat Sen, ein in Honolulu und Hongkong erzogener Fanatiker, der der mittelbare Urheber der zahlreichen Unruhen im Süden und in den Yangtsĕ-Provinzen ist und wohl auch die Verantwortung für die anarchistischen Greueltaten der letzten Jahre trägt. Im Januar 1907 entwickelte er vor einer nach Tausenden zählenden Versammlung in Tokyo sein Programm, das unter drei Gesichtspunkten geordnet war: Rassenkampf, d. h. Kampf gegen die Mandschus (als ob die Chinesen im übrigen eine einheitliche Rasse darstellten!), Selbstbestimmungsrecht des Volkes, d. h. die Republik, und die soziale Frage, die — wie er selbst zugeben mußte — in China noch nicht verhanden ist.[1]) Sun wurde infolge dieses Vortrages aus Japan ausgewiesen, und in China steht heute auf seinen Kopf ein hoher Preis. Die *Ko-ming tang,* deren Organisation immer weiter um sich zu greifen scheint, wird in den kritischen Zeiten, die China bevorstehen, ein nicht unwichtiger Faktor sein. Sun Yi Sien verdankt sein Dasein lediglich dem englischen Schutze. Im Herbst 1896 war er von der chinesischen Gesandtschaft in London festgenommen worden, mußte aber aber auf Verlangen der englischen Regierung wieder in Freiheit gesetzt werden, und heute hat er sein Haupt-

[1]) Eine Darstellung dieses Vortrages, sowie der revolutionären Literatur (auch die früher, S. 40, erwähnte Zeitung *Su pao* gehört dazu) findet sich in dem zu Hanoi erscheinenden „Bulletin de l'École française de'Extrême-Orient" Bd. VII S. 442 ff. Vergl. auch Bd. III S. 759.

quartier in den englischen Kolonien von Hongkong und Singapore, zuweilen auch in der internationalen Niederlassung von Schanghai oder in den Städten von Französisch-Indo-China. Liang K'i Tsch'ao ist ein ausgesprochener Gegner dieser Bewegung, und es erscheint heute nicht mehr aussichtslos, daß der hochbegabte und kenntnisreiche Literat doch wieder Zutritt zu seinem Vaterlande erhält und ihm von Nutzen sein kann.

Die beiden Staatsmänner Jung Lu und Yuan Schi K'ai, die bei den Ereignissen von 1898 und später eine so hervorragende Rolle gespielt haben, finden in den beiden folgenden Aufsätzen eine ausführlichere Würdigung.

Jung Lu.

(Kölnische Zeitung vom 15. April 1903).

Mit Jung Lu, dessen Tod am 11. April (1903) in Peking erfolgte, ist in China eine von den verhältnismäßig wenigen Persönlichkeiten vom Schauplatz abgetreten, die die politische Entwicklung in Ostasien zwar nicht mit ruhiger Hand gelenkt, aber durch ihre Individualität stark beeinflußt haben. Einer vornehmen mandschurischen Familie entstammend, und ein entfernter Verwandter der späteren Kaiserin-Mutter, enthoben ihn mächtiger Einfluß und die Verdienste seiner Vorfahren der Notwendigkeit, den Eintritt in die amtliche Laufbahn auf dem üblichen Wege des literarischen Studiums zu erlangen. Er begann diese Laufbahn als junger „Lizentiat der Akademie“[1]) und sah sich im Alter von dreißig Jahren zum Vizepräsidenten im Finanzministerium ernannt. Daneben bekleidete er noch mehrere andere hohe Ämter in der Hauptstadt, scheint dann aber ein Opfer seiner eigenen ehrgeizigen Ränke geworden zu sein. Jedenfalls wurde er im Jahre 1880 von der damals noch lebenden „östlichen“ Kaiserin-Regentin[2]) seiner Ämter entsetzt und erhielt eine einflußlose Stellung militärischen Charakters in der sogenannten Banner-Armee.[3]) Diesen Posten und ähnliche hat er etwa zehn Jahre innegehabt, bis er im Dezember 1891 zum Banner-General von Si-ngan fu, das durch die Flucht des Hofes im Jahre 1900 bekannt geworden ist, ernannt wurde, und dadurch in eine Stellung gelangte, die an Rang der eines General-Gouverneurs voransteht. Drei Jahre später, während des japanischen Krieges, ging Jung Lu's sehnsüchtiger Wunsch, wieder auf seine ehemalige Höhe nach Peking zurückzukehren, in Erfüllung, indem er im

[1]) Chinesisch *Yin schêng,* ein Ehrentitel, der in den Staatsdienst eintretenden Söhnen verdienter Väter verliehen wird.

[2]) D. h. die Witwe des Kaisers Hien-Fêng, „östlich“ genannt wegen der Lage ihres Palastes, im Gegensatz zur „westlichen“ Kaiserin-Regentin, der 1908 verstorbenen Herrscherin, die nur Nebenfrau des Kaisers Hien-Fêng, aber Mutter des Kaisers T'ung-Tschi gewesen war.

[3]) D. h. die Nachkommen der Truppen, die unter Führung der Mandschus im 17. Jahrhundert China eroberten.

November 1894 zum Militär-Gouverneur der Hauptstadt und gleich danach auch zum Minister im Tsungli Yamen ernannt wurde. Von nun ab stieg er in rascher Stufenfolge zu der gewaltigen Machtstellung empor, die er bis zu seinem Tode inne gehabt hat: 1895 erhielt er außer seinen bisherigen Ämtern das eines Präsidenten im Kriegsministerium, 1896 ward er zum Großsekretär, 1898 zum Oberleiter des Finanzministeriums und im Juni desselben Jahres, angeblich auf seinen Wunsch, um seinen Widersachern in Peking aus dem Wege zu gehen, zum General-Gouverneur von Tschili ernannt. Aber schon wenige Monate später, im September, als seine mächtige Gönnerin die Zügel der Regierung aufs neue ergriff und der Reformbewegung ihr blutiges Ende bereitete, kehrte er nach der Hauptstadt zurück, ward dort wieder in das Tsungli Yamen und den Staatsrat berufen und gleichzeitig zum „Oberstkommandierenden der gesamten Streitkräfte des Nordens" ernannt. Diese Ernennung erfolgte offenbar bereits in der Absicht der chinesischen Regierung, dem europäischen Andrängen gegenüber künftig eine andere, festere Haltung einzunehmen als bisher und dies auch bei der ersten Gelegenheit zu offenbaren. Daß Jung Lu dann bei den Greueltaten von Peking und im Sommer 1900 eine gewichtige Rolle gespielt hat, weiß jeder, niemand aber weiß genau — auch gut unterrichtete Chinesen nicht —, welcher Art diese Rolle war. Jedenfalls folgte er dem Hofe auf seiner Flucht nach Si-ngan fu und kehrte auch, wohl seines Schicksals kaum ganz sicher, mit seiner Herrin nach Peking zurück. Hier blieb er in seiner ganzen Machtfülle an der Seite der Kaiserin deren erster Ratgeber und tatsächlich der erste Mann des Reiches. Seine Gesundheit ließ seit Jahren zu wünschen übrig, er litt an schweren gichtischen Anfällen, die ihn oft wochenlang an sein Schmerzenslager fesselten, in letzter Zeit bat er wiederholt um Entlassung aus seinen Ämtern, ob ernstlich oder nur zum Schein, mag dahingestellt bleiben, aber die Kaiserin erklärte ihn jedesmal mit ehrenden Worten für unentbehrlich. Jung Lu kann nicht viel über 60 Jahre alt geworden sein.

Ein abschließendes Urteil über den Charakter und die Gesinnung des Verstorbenen fällen zu wollen, würde bei den großen Schwierigkeiten, die sich derartigen Fragen nach den inneren treibenden Kräften in China stets in den Weg stellen, ein gewagtes Unternehmen sein. Wollte man den Schriften der Reformatoren glauben, so müßte Jung Lu ein Satan in Menschengestalt gewesen sein. Es gibt keine Schurkerei, die sie ihm nicht vorwürfen, und in den spätern Agitationsschriften wird offen zu seiner Ermordung wie zur Beseitigung eines wilden Tieres aufgefordert. Aber diese redegewandten Schüler K'ang You Weï's sind viel zu leidenschaftliche Parteimänner, als daß man ihren Angaben über ihre Gegner irgend welches Vertrauen schenken könnte. Und Jung Lu war vielleicht der gefährlichste Feind der Reformatoren von 1898, wie er denn auch nebst der Kaiserin damals obenan auf der Liste der Proskribierten stand und vermutlich als erstes Opfer der neuen Regierung hätte fallen müssen, wenn er nicht mit dem Gegenstoß zuvorgekommen wäre. Daß er entschlossen war,

den Kampf mit dem Europäertum früher oder später aufzunehmen und Rache zu üben für die von China erlittenen Demütigungen, könnte man getrost seinem Patriotismus zugute halten, soweit er dabei innerhalb der Grenzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit geblieben ist. Wie weit er aber für die Taten des Wahnsinns und der Barbarei von 1900 mit verantwortlich ist, darüber herrscht, wie bereits erwähnt, heute noch keinerlei Klarheit. Die fremden Gesandten taten durchaus recht daran, sich von dem leidenschaftlichen Geschrei der Tagespresse in China nicht beeinflussen zu lassen, mit Bezug auf Jung Lu's Schuld nach dem Grundsatze „in dubio pro reo" zu handeln und ihn auch nach der Rückkehr des Hofes in seiner Stellung zu lassen; neue schwere Verwicklungen sind auf diese Weise vermieden worden. Wer Jung Lu für einen blinden Fanatiker hält, der die Fremden in die See treiben, oder für einen bornierten Konservativen, der jede moderne Neuerung fernhalten wollte, beurteilt ihn ganz falsch, denn für beides war er zu klug. Vernünftigen Reformen war er so wenig abhold wie die Kaiserin, wie denn z. B. der Eisenbahnbau in ihm immer einen warmen Befürworter gehabt hat. Für sein großes staatsmännisches Geschick aber spricht es in jedem Falle, daß er, allein von allen hervorragenden Führern, die ganze Katastrophe von Anfang dieses Jahrhunderts unbeschadet seiner Stellung überdauert hat. Nach der Rückkehr des Hofes ist er in stetem, auch gesellschaftlichem Verkehr mit den fremden Diplomaten gewesen, er hat die Folgen aller falschen Berechnungen für sein dem Untergange nahe gebrachtes Vaterland zu mildern versucht, soweit er es vermochte, und an einer Wiederaufrichtung des letztern gearbeitet, wie es ihm am besten schien. Sein nächstes Ziel nach dieser Richtung hin war die Verstärkung der Zentral-Gewalt, insbesondere durch Schaffung einer Reichsarmee,[1]) und in dieser Politik scheint er mit dem energischen General-Gouverneur von Tschili, Yuan Schi K'ai, seinem ehemaligen Gegner, eines Sinnes gewesen zu sein.

Persönlich war Jung Lu eine durchaus sympathische Erscheinung. Schlank und hoch gewachsen, mit dem noch kaum ergrauten Schnurrbart, mit eleganten und elastischen Bewegungen, war er zur Zeit des japanischen Krieges ein schöner Mann und der Typus des vornehmen Mandschus. Er galt für einen gewandten Athleten und für einen verwegenen Reiter, obwohl ihm bereits damals seine Gichtanfälle zu schaffen machten. Im Tsungli Yamen erschien er selten, so lange Li Hung Tschang, Wêng T'ung Ho und Tschang Yin Huan dort das Wort führten, und wenn er kam, beteiligte er sich kaum an der Erörterung, hörte aber sehr aufmerksam zu. Die wenigen Worte, die er sprach, klangen immer ruhig und versöhnlich. Im vorigen Jahre (1902) wußte man viel von dem Glanze zu erzählen, mit dem die Hochzeit seiner Tochter und des vor zwei Jahren in Berlin anwesenden Prinzen Tsch'un gefeiert wurde, des Sohnes des sogenannten „siebenten Prinzen", dessen gewichtiger Fürsprache Jung Lu so viel in seiner

[1]) S. unten den Aufsatz *Chinesische Zentralisierungs-Bestrebungen.*

Laufbahn zu danken hatte.[1]) Der Tod Jung Lu's reißt unzweifelhaft eine große Lücke in Peking. Wie seine zahlreichen Feinde über seinen Heimgang frohlocken werden, so wird seine kaiserliche Herrin ihn aufrichtig beklagen.

---

[1]) Prinz Tsch'un ist der heutige Prinz-Regent; dessen Sohn, der Kaiser von China, ist also ein Enkel Jung Lu's. Der „siebente Prinz" führte diese Bezeichnung, weil er der siebente Sohn seines Vaters, des Kaisers Tao-Kuang (1821—1850) war.

Yuan Schi K'ai.

(Kölnische Zeitung vom 31. März 1903).

Unter den Machthabern des heutigen China, mit denen die fremden Mächte für die nächste Zukunft besonders zu rechnen haben werden, steht Yuan Schi K'ai, der General-Gouverneur von Tschili und Handels-Superintendent der nördlichen Häfen, in erster Linie. Ehrgeizig und mutig, aber dabei klug und verschlagen, energisch bis zur Rücksichtslosigkeit, hat dieser Schützling und Schüler Li Hung Tschang's, der vor zehn Jahren noch Taotai des ganz bedeutungslosen Vertragshafens Wên-tschou und Agent seines Gönners in Korea war, eine beispiellos glänzende Laufbahn zurückgelegt. Er verdankt dies vor allem seinem klugen Opportunismus während der kritischen Reform-Periode im Jahre 1898 und seinem rechtzeitigen Abschwenken unmittelbar vor der blutigen Katastrophe im September jenes Jahres. Über die Rolle, die Yuan Schi K'ai bei den folgenschweren Ereignissen jener denkwürdigen Tage gespielt hat, haben wir allerdings bis jetzt nur die verworrenen Berichte der Reformatoren. Danach sollte erst bei der für Ende Oktober festgesetzten Truppenschau in Tientsin der Staatstreich erfolgen, und die Person des Kaisers beseitigt werden. Jung Lu, der Vielgenannte, war zu diesem Zwecke zum General-Gouverneur in Tientsin und zum Oberbefehlshaber aller Truppen in Tschili ernannt worden; Yuan aber stand an der Spitze des besten Teiles dieser Truppen, er war dem Kaiser treu ergeben und soll bei einer Unterredung mit einem Vertrauten des letztern am 18. September in Peking, als er auf die Anschläge aufmerksam gemacht wurde, erklärt haben: „Wenn der Kaiser Hilfe suchend in mein Lager kommt, werde ich Jung Lu abtun wie einen Hund". Während der entscheidenden Vorgänge der folgenden Tage soll er dann durch eine List in Jung Lu's Amtsgebäude festgehalten worden sein.[1]) Wie dem auch sei, soviel scheint sicher, daß Yuan als Günstling des Kaisers in den Staatstreich eintrat, als der der Kaiserin und anscheinend auch Jung Lu's herauskam. Seitdem aber ist sein Stern rasch und

[1]) S. oben S. 83 f.

ohne Unterbrechung emporgestiegen. Während der Wirren von 1900 war er Gouverneur von Schantung, seine Truppen standen Gewehr bei Fuß, und mit lauernder Vorsicht folgte er der Entwicklung des gefährlichen Spieles im Norden; seine Verbindung mit Peking hat auch während der schlimmsten Zeit nie eine Unterbrechung erlitten. Der verstorbene Gouverneur Jaeschke von Tsingtau befand sich damals in einer höchst kritischen Lage diesem unberechenbaren Satrapen gegenüber, in einer Lage, die die ganze Ruhe und Besonnenheit des hervorragenden Mannes erforderte. Seit November 1901 bekleidet Yuan Schi K'ai seine jetzige hohe Stellung und ist unzweifelhaft einer der tatkräftigsten und am klarsten blickenden Vertreter der Bestrebungen, die China durch moderne Mittel politisch und wirtschaftlich stark und vom Auslande unabhängig machen wollen. Er und sein großer Amtsgenosse im Süden, Tschang Tschi Tung, sind es vor allen gewesen, die — aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können — einen nähern Anschluß an Japan gefördert haben. Als General-Gouverneur von Tschili hat Yuan seine ganze Tatkraft eingesetzt, um der Provinz nach den Ereignissen von 1900—01 die Ruhe wiederzugeben, als „Superintendent der nördlichen Häfen" aber und als „General-Kommissar für den Handel", wozu er durch Edikt vom 27. Oktober vorigen Jahres (1902) ernannt wurde, hat er sich bemüht, die leitenden Fäden der militärischen und wirtschaftlichen Einrichtungen mehr und mehr in seiner Hand zu vereinigen, wie er denn überhaupt offenbar einer von den wenigen in China ist, die eine straffere Zentralisierung der Kräfte für die Wiedererstarkung des Reiches als notwendig erkannt haben. So scheint der Gedanke einer engern, besonders auch militärischen Angliederung von Schantung an Tschili von ihm ausgegangen zu sein. Seine Vorschläge, das Regierung-System Chinas insofern neu zu ordnen, als die Einnahmen der Beamten genau kontrolliert, und die Erpressungen dadurch beseitigt werden sollten, daß einheitlich geregelte auf Grund der jetzigen Einnahme berechnete Gehälter eingeführt würden, sind durch Edikt vom 12. September sämtlichen Provinzial-Regierungen zur Beachtung überwiesen worden. Eine straffere Leitung der großen chinesischen Dampfer-Gesellschaft der „China Merchants Steam Navigation Company" hat Yuan vor kurzem als eine seiner Obliegenheiten angekündigt, und sein jüngstes Unternehmen ist jetzt die Gründung einer Reichsbank, zunächst in Tientsin, die er in einer ausführlichen Denkschrift erörtert. Danach soll diese Gründung in ausdrücklicher Übereinstimmung mit Jung Lu und dem Präsidenten des Finanzministeriums, Lu Tsch'uan Lin erfolgen, und zwar nicht als ein bloßes Provinzial-Institut, sondern — und das ist sehr wichtig — als eine Zentral-Stelle des Finanzministeriums, in der die Steuern und Zölle eingenommen, und allgemein gültige Noten ausgegeben werden.[1]) Auch bei der geplanten

[1]) Die Gründung der Reichsbank mit Haupt-Niederlassungen in Peking, Tientsin und Schanghai ist inzwischen erfolgt, aber die „allgemeine Gültigkeit" der ausgegebenen Noten ließ vor kurzem jedenfalls noch manches zu wünschen übrig. Das

Verstaatlichung der Telegraphen dürfte Yuan sehr stark die Hand im Spiele haben, wenigstens paßt dieser Gedanke in sein politisches System durchaus hinein. Was übrigens die letztere Maßregel selbst anlangt, so liefert ein bisher merkwürdigerweise gar nicht beachteter Erlaß des General-Direktors Schêng Süan Huai an sämtliche Telegraphenämter einen Beitrag zu deren Erklärung. Danach sind die Telegraphen-Beamten sehr häufig Mitbesitzer der in den Häfen während der letzten Jahre begründeten zahllosen Zeitungen geworden und haben die letztern aus Geschäftsinteressen oft mit wichtigen Nachrichten versehen, die ihnen in ihrer ersten Eigenschaft bekannt geworden sind, die aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Wenn man bedenkt, daß die nominellen Eigentümer der chinesischen Zeitungen häufig Ausländer sind, die durch ihre Exterritorialität vor jeder amtlichen Verfolgung Schutz genießen sollen, so begreift man jedenfalls — von anderen Rücksichten abgesehen — schon hieraus die neuerdings geplante Maßregel.[1]) Sofern gewisse Anzeichen nicht trügen, wird Yuan Schi K'ai sein Bestreben darauf richten, den Weg von der Küste nach Peking allmählich wieder frei von der fremden Kontrolle zu machen. Dies Beginnen mag vorläufig aussichtslos erscheinen, jedenfalls wird aber die Verschiedenheit der Auffassung der chinesischen Frage bei den Mächten ein wirksamer Bundesgenosse für ihn sein.[2]) Die politischen Bestrebungen in China gruppieren sich immer deutlicher um einzelne hervorragende Persönlichkeiten; Yuan Schi K'ai ist sicherlich nicht die unbedeutendste von ihnen.

Yuan Schi K'ai ist in der Tat der eigentliche Mittelpunkt der chinesischen Politik bis zum Jahre 1907 geblieben. Das Jahr 1906 sah ihn als General-Gouverneur von Tschili auf dem Höhepunkte seiner Macht. In seiner Hand lag der Oberbefehl über die sechs von ihm gebildeten Divisionen, d. h. etwa 60 000 Mann, eine Truppenmacht, die im übrigen China nicht entfernt ihresgleichen hatte. Außerdem war er durch die Edikte vom 27. August und 2. September 1906 als einziger Provinzial-Gouverneur zum Mitgliede der Kommission für die Ausarbeitung der neuen Verfassung ernannt worden,[3]) und hier beherrschte er mit seinem Anhange, zu dem unter anderen auch der Herzog Tsai Tsê,[4]) ein Mitglied der Kaiserlichen

---

hängt indessen mit den trostlosen Währungs-Verhältnissen in China überhaupt zusammen, an denen die Banken, die fremden eingeschlossen, einen Hauptteil der Schuld tragen. Vergl. unten den Aufsatz *Chinesische Währungs- und Finanz-Fragen.*

[1]) Die Verstaatlichung ist inzwischen erfolgt, und zwar unter lauten Protesten der chinesischen, zum Teil auch der englischen Presse, was nach dem obigen erklärlich ist.

[2]) Die fremden Besatzungen zwischen Peking und der Küste sind in der Tat seit 1909, und zwar mit Recht, eingezogen.

[3]) Vergl. unten S. 124.

[4]) Dieser jetzt oft genannte eifrige Politiker ist ein Urenkel des Kaisers Kia-K'ing (1796—1820) und vermählt mit einer Nichte der verstorbenen Kaiserin-Mutter.

Familie, gehörte, zunächst das Feld vollkommen. Aber gerade diese Tätigkeit untergrub schließlich seine Stellung. Die in der Kommission durchgesetzten weitgehenden Reformpläne wühlten dieselben alt ererbten Anschauungen und Interessen auf wie einst die Pläne K'ang You Wei's, und wie damals, im Jahre 1898, so flüchteten sich auch diesmal die bedrohten Gegner einer allzu tief greifenden Neuordnung unter den Schutz der Kaiserin. Die Führer dieser Bewegung waren vor allem T'ieh Liang (der im April 1910 durch den Berliner Gesandten Yin Tsch'ang abgelöste Kriegsminister,[1]) Lu Tsch'uan Lin,[2]) das älteste Mitglied des Staatsrates, und Sü Schi Tsch'ang, der später als General-Gouverneur der Mandschurei bekannt geworden ist. Namentlich war es T'ieh Liang, der sich bemühte, die Kaiserin nicht nur von der Gefährlichkeit dieser überstürzten Neuerungs-Politik überhaupt, sondern auch von den ehrgeizigen und hochverräterischen Plänen Yuan's im besonderen zu überzeugen. Anlaß zum Verdacht nach dieser Richtung hin gab die gewaltige militärische Macht, die in Yuan's Hand vereinigt war und auf die er sich als ihr eigentlicher Schöpfer und Erhalter unbedingt verlassen konnte. In diesem Bewußtsein war vielleicht die diktatorische Selbstherrlichkeit begründet, die Yuan's Auftreten in Tientsin und Peking damals kennzeichnete, und es mag in der Tat bei den Provinzial-Regierungen, wie in der Umgebung des Hofes manchen gegeben haben, dem die Machtfülle dieses Satrapen größer schien, als für die Dynastie in ihrem gegenwärtigen Zustande gut war. Abendländische Zeitungs-Berichterstatter haben jedenfalls von Hoffnungen und Plänen Yuan Schi K'ai's erzählt, die dieser vermutlich nie gehabt hat, und zuträglich sind ihm solche Berichte sicher nicht gewesen.

Die Kaiserin hatte zu viel Veranlassung, Yuan dankbar zu sein für das, was er einst für sie getan, als daß sie den Anklagen gegen ihn ohne weiteres hätte Gehör geben sollen. Aber schließlich müssen doch die Hinweise T'ieh Liang's auf die sehr leicht mißtrauische Herrscherin Eindruck gemacht haben, zumal auch sie sich auf dem Wege in die dunkle Zukunft des Verfassung-Staates nicht beständig weiter drängen lassen wollte. Und so wußten es die Gegner schließlich durchzusetzen, daß Yuan zwar nicht, wie T'ieh Liang gewünscht haben mochte, als des Aufruhrs verdächtig vor ein Gericht gestellt, wohl aber daß ihm in ehrenvoller Weise das Schwert aus der Hand genommen wurde. Am 4. September 1907 berief ihn ein Edikt nach Peking und ernannte ihn zum Mitgliede des Staatsrats und Präsidenten des Auswärtigen Amts. Von da ab sank sein Einfluß unter dem beständigen Gegendrucke der zahlreichen Widersacher seiner vorwärts drängenden Politik, zu denen sich unter anderen auch der greise Tschang Tschi Tung[3]) gesellt hatte, der ebenfalls nach Peking

[1]) Yin Tsch'ang war mit Yuan Schi K'ai gut befreundet und ist zugleich Vertrauensperson des Prinz-Regenten, was für das Folgende nicht unwichtig ist. T'ieh Liang ist aus dem Dienst geschieden.

[2]) Er ist im Jahre 1910 gestorben.

[3]) Man sieht auch aus diesen Verfassungskämpfen im Schoße der Regierung wiederum, wie verkehrt es ist, von einer politischen „Mandschu-Partei" zu reden.

berufen war. Wohl schützte ihn das Vertrauen seiner dankbaren hohen Gönnerin vor weiteren Anklagen T'ieh Liang's wegen Verschwendung amtlicher Gelder u. a., zeitweilig war dieser entschieden in den Hintergrund gedrängt und einmal sogar in Gefahr, in eine entlegene Provinz abgeschoben zu werden, aber Yuan's selbständige Tätigkeit war gelähmt, trotz des äußeren Glanzes seiner Stellung und trotz des hohen Ansehens, das er bei den fremden Gesandten genoß. Als dann im folgenden Jahre die Kaiserin starb, mußte Yuan Schi K'ai sich selbst sagen, daß er vor einer kritischen Wendung stand. Die Schatten der Vergangenheit stiegen empor. Der Prinz-Regent Tsch'un, der mit ihm in der Verfassungs-Kommission gesessen hatte und durchaus fortschrittlich gesinnt war, hegte schwerlich eine persönliche Feindschaft gegen ihn, aber wie von chinesischer Seite versichert wird, lag eine testamentarische Verfügung seines unglücklichen älteren Bruders, des verstorbenen Kaisers Kuang-Sü, vor, wonach Yuan Schi K'ai büßen sollte für das, was er ihm einst im Jahre 1898 angetan. Am 2. Januar 1909 entließ ihn ein Edikt aus dem Staatsdienste wegen seines leidenden Zustandes und wies ihn an, in seine Heimat zurückzukehren.[1]) Seitdem lebt er in völliger Zurückgezogenheit in Weï-hui fu in Honan an der großen Bahnlinie Peking-Hankou. Das Edikt ist zwar nicht in ehrenvoller, aber in milder Form und vor allen Dingen so abgefaßt, daß eine spätere Wiederberufung möglich ist ohne Bloßstellung des Herrschers. Für absehbare Zeit ist eine solche allerdings ausgeschlossen.

Die Entlassung Yuan Schi K'ai's hat in abendländischen Kreisen die wunderlichste Auslegung erfahren: der Prinz-Regent sollte reaktionär gesinnt sein und deshalb das Haupt der „Fortschritts-Partei" beseitigt haben, um nun eine völlig neue Politik der „Fremdenfeindlichkeit" einzuleiten.[2]) Die europäische Presse, die englische als tonangebend voran, pflegt mit Bezug auf China noch mehr als sonst aus der Hand in den Mund zu leben und heute zu vergessen, was sie gestern gedacht hat. Derselbe Mann, den sie im September 1898 als hinterlistigen Verräter gebrandmarkt hatte, an dessen Händen das Blut der Unschuldigen klebe, und der deshalb tausendfachen Tod verdient

---

Die wichtigsten Anhänger des Chinesen Yuan in der Kommission waren die Mandschus Tuan Fang und Tsai Tsê, die des Mandschu T'ieh Liang aber die Chinesen Lu Tsch'uan Lin, Sü Schi Tsch'ang und in gewissem Sinne Tschang Tschi Tung.

[1]) Das „Bulletin de l'École française d'Extrême-Orient" Bd. IX, S. 194 ff. weiß genaue Einzelheiten über die Verkündigung des Edikts im Staatsrat zu erzählen, ohne eine Quelle dafür anzugeben. Auch die Darstellung der politischen Lage in der Hauptstadt, wonach Tschang Tschi Tung der Hauptgegner Yuan's gewesen sei, und zwar eigentlich nur aus Eifersucht, ist kaum ganz zutreffend.

[2]) Diese Auffassung findet sich auch in einem unter der Ägide des früheren General-Gouverneurs von Indo-China, Herrn Doumer, am 10. Februar 1909 von Herrn Jean Rodes, Redakteur des „Temps" in Paris gehaltenen Vortrage: „Il est donc incotestable, et la nouvelle disgrâce de Yuan Chi Kaï en est aussi un indice certain (!), que la réaction triomphe une fois de plus". *(Les Questions actuelles de Politique étrangère en Asie,* Paris 1910, S. 121.) Es scheint mir auch kaum ganz zutreffend, wenn Herr Rodes (S. 120) die Berufung Yuan's nach Peking „un retour en faveur" nennt.

habe, derselbe Mann wurde 1909 von ihr als Märtyrer der guten Sache gefeiert, als genialer Staatsmann, der allein imstande gewesen wäre, China vor dem sicheren Untergange zu retten! Es ist ein anscheinend unausrottbarer Fehler des Europäertums, daß es im politischen Leben Chinas immer nur dieselben Kräfte als wirksam annimmt, die im Westen bestimmend sind, und daß es die chinesische Politik nur danach bewertet, wie sie den jeweiligen abendländischen Interessen nützt. Daß eine chinesische Regierung daneben noch ganz andere Faktoren zu berücksichtigen hat, erfaßt man im Abendlande nicht, weil man die chinesische Kultur nicht kennt. Das Schicksal Yuan Schi K'ai's und seine Beurteilung ist nur eins von vielen Beispielen dafür. Die chinesischen Zeitungen, auch die fortschrittlichsten, sahen denn in der Entlassung Yuan's auch gar nichts ungewöhnliches, sondern etwas vollkommen natürliches, eine Pflicht der Pietät, der sich der jüngere Bruder nicht entziehen durfte; einige wenige haben auch ausdrücklich auf diesen Punkt hingewiesen. Alle Befürchtungen, die man in Europa daran knüpfte, waren falsch und sind durch die Ereignisse widerlegt.

Bilder aus der innerpolitischen Entwicklung in China nach 1900 stellen die folgenden Aufsätze dar.

Chinesische Zentralisierungs-Bestrebungen.

(Kölnische Zeitung vom 8. März 1903.)

Die Umformung oder Neubildung des Heerwesens ist seit langen Jahren eine von den wenigen Fragen gewesen, von deren Wichtigkeit die chinesischen Staatsmänner wohl ehrlich überzeugt waren, deren Lösung aber ihnen selbst über die Kräfte zu gehen schien. Nur so wenigstens kann man sich die tastenden, halbherzigen Versuche einer Heeres-Reform erklären, die hier und da in einzelnen Provinzen von fortschrittlichen General-Gouverneuren unternommen wurden, denen aber die Zentral-Regierung in Peking anscheinend gänzlich teilnahmlos gegenüberstand. Die jämmerlichen Mißerfolge, die man mit diesen Versuchen nicht bloß ausländischen Heeren gegenüber, sondern sogar bei der Bekämpfung von Aufständen im eigenen Lande erzielt hat, haben denn auch den Wert all der kostspieligen Neuerungen hinreichend dargetan. China besitzt, wie bekannt sein dürfte, kein eigentliches Reichsheer, vielmehr ist es den Provinzial-Gouverneuren überlassen, die notwendigen militärischen Maßregeln zum Schutze der ihnen unterstellten Gebiete zu treffen. Die sogenannten „Banner-Truppen", d. h. die Nachkommen der mandschurisch-mongolisch-chinesischen Armee, die im 17. Jahrhundert China eroberte, die jetzt in Peking, der Provinz Tschili und einzelnen Provinzial-Städten garnisonieren, könnte man vielleicht noch am ehesten als ein Reichsheer auffassen, allein sie sind es ihrer ganzen Geschichte und ihrem Wesen nach ebensowenig im eigentlichen Sinne. Die Wichtigkeit einer zentralen kaiserlichen Armee ist den Machthabern in Peking niemals unklar gewesen, aber ebensowenig war ihnen zweifelhaft, daß die Schaffung einer solchen bei den eigenartigen Verfassungs- und Verwaltungs-Verhältnissen Chinas nicht bloß ein außerordentlich schwieriges, sondern auch ein

gefährliches Unternehmen sei.[1]) Man hat daher auch die in dieser Richtung angestellten Versuche vorsichtigerweise immer nur als eine Reform der hauptstädtischen Bannertruppen bezeichnet. Der erste dieser Versuche wurde bald nach dem japanischen Kriege unternommen, und zwar war es damals der jetzt in Berlin beglaubigte chinesische Gesandte Yin Tsch'ang,[2]) der mit der Bildung eines neuen mandschurischen Offizierkorps beauftragt wurde. Im Herbst 1898 ward dann Jung Lu zum Oberstkommandierenden aller Truppen im Norden und Leiter des gesamten Kriegswesens ernannt, wie es scheint, zum Zwecke eines einheitlichen Gegenstoßes gegen das andrängende Abendland. Jung Lu ist denn auch offenbar einer der Hauptträger des Gedankens einer Reichsarmee geblieben, und wenn eine Meldung der japanisch-chinesischen Zeitung *T'ung wên Hu pao* Glauben verdient, so haben seine hierbei verfolgten Zwecke in seinen Berichten an den Thron ziemlich unverhüllten Ausdruck gefunden. Seinen bereits vor längerer Zeit gestellten Antrag, eine neue Armee von zunächst 30000 Mann „zum Schutze der Krone" zu bilden, hat die Kaiserin genehmigt, und in einem neuen Berichte macht er nunmehr weitere Vorschläge mit Bezug auf Zweck und Organisation dieses Kontingents. Danach soll die vornehmste Aufgabe des letzteren sein: Schutz der beiden Herrscher und ihrer Residenzen. Die Truppen sollen ganz in moderner Art ausgebildet, von besonders ausgewählten, durchaus zuverlässigen Offizieren befehligt, und aller Sold und sonstige Einrichtungen von einer besonderen Behörde bezahlt werden. Bei der Verwendung ausländischer Instruktoren soll man sich nicht an einen einzelnen Staat wenden, sondern am besten je zwei russische, japanische und deutsche Offiziere annehmen. Endlich — und das ist das wichtigste — soll die neue Armee allgemein nutzbar gemacht werden, d. h., sie soll nach jeder Provinz, wo immer Unruhen ausbrechen, auf Antrag des betreffenden General-Gouverneurs oder Gouverneurs zur Wiederherstellung der Ordnung entsandt werden können.

Dieser Gedanke ist völlig neu, er widerspricht allen chinesischen Überlieferungen, und die Folgen, die seine Verwirklichung haben würde, könnten von der größten Wichtigkeit für die gesamte innere Entwicklung Chinas werden. Übrigens entspricht er genau dem, was kein geringerer als Fürst Bismarck im Jahre 1896 dem als Gast bei ihm weilenden Li Hung Tschang anriet.[3])

Diese militärische Neuorganisation ist aber nicht das einzige Moment in China, das ein Bestreben, eine stärkere Zentral-Gewalt zu schaffen, deutlich erkennen läßt. So hat man bereits die ersten Schritte zur Bildung eines Reichs-Handels-Ministeriums getan, indem man drei hohe Würdenträger zu „General-Direktoren des

---

[1]) Das hat auch das Schicksal Yuan Schi K'ai's gezeigt. (Vergl. den vorigen Aufsatz.)

[2]) Er ist jetzt Präsident des neuen Kriegsministeriums *(Lu-kün pu)*.

[3]) Vergl. unten S. 111. Über den weiteren Fortschritt in der Zentralisierung des Kriegswesens siehe unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.*

Handels“ ernannt hat und in Peking eine fest organisierte Behörde für Erledigung von Handelsfragen bildet.[1]) Angeblich soll man sich auch mit dem Plan der Errichtung eines Unterrichts-Ministeriums[2]) — ein General-Direktor des Unterrichts ist ebenfalls bereits ernannt — und sogar eines Gesamt-Ministeriums des Innern tragen.[1]) Ferner ist durch Erlaß vom 14. Dezember v. J. die Verstaatlichung des Telegraphen-Wesens angeordnet und nach einem Bericht Yuan Schi Kai's über die Neuregelung der schon halbamtlichen „China Merchants Steam Navigation Company“ zu schließen, steht dieser großen Schifffahrts-Gesellschaft vielleicht das gleiche Los bevor.[3]) Ein Erlaß von demselben Tage ordnet auch die einheitliche Ausbildung aller Provinzial-Truppen und deren regelmäßige Besichtigung durch kaiserliche Kommissare an. Auch finanziell wird die Zentral-Gewalt eine bedeutende Stärkung erfahren, wenn wirklich der Grundsatz des neuen englischen Handelsvertrages allgemein angenommen, d. h. ein wichtiger Teil der Provinzial-Zölle, das Likin, durch einen Reichs-Einfuhrzoll ersetzt werden sollte.[4]) Durch alle diese Maßnahmen werden die großen Machtbefugnisse der Provinzial-Regierungen mehr und mehr eingeschränkt werden, und die innerpolitische Entwicklung Chinas gelangt so in eine völlig neue Bahn, von der noch niemand sagen kann, wohin sie führen wird.[5]) Daß die chinesischen Staatsmänner sich der großen Schwierigkeiten und Gefahren bewußt sind, die dieses Verlassen einer altersgrauen Tradition mit sich bringen muß, kann man an der außerordentlichen Vorsicht erkennen, mit der sie bei ihren Neuerungen zu Werke gehen.

---

[1]) Das Handels-Ministerium *(Nung-kung-schang pu)* ist durch Edikt vom 7. September 1903 errichtet und durch Edikt vom 6. November 1906 durch Aufnahme des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und Hinzutreten des Ackerbaus erweitert worden. Durch das gleiche Edikt wurde das Ministerium des Innern (*Mintschêng pu*) geschaffen.

[2]) Das Unterrichts-Ministerium *(Hüe pu)* ist durch Edikt vom 6. Dezember 1905 errichtet.

[3]) Vergl. oben S. 101 f.

[4]) S. unten den Aufsatz *Das Likin und die englisch-chinesische Vertrags-Revision.*

[5]) Dieses Verhältnis zwischen Zentrale und Provinzen bildet noch heute einen der Kernpunkte des chinesischen Reformwerkes.

Ein Tagebuch Li Hung Tschang's.[1]

Im Jahre 1896 war Li Hung Tschang als Sonder-Botschafter nach Rußland entsandt, um China bei der Krönung des Zaren in Moskau zu vertreten, nachdem kurz vorher der Vertrag mit Rußland über den Bau der „ostchinesischen" Bahn, d. h. der mandschurischen Abzweigung der sibirischen Linie abgeschlossen war.[2] Li benutzte diese Gelegenheit, um auch den übrigen großen Vertrag-Staaten einen Besuch abzustatten, einesteils um gewisse politische Fragen zu erörtern, anderesteils um Europa auch durch eigene Anschauung kennen zu lernen.

Über diese Reise erschien im Jahre 1897 in Schanghai ein aus zwei Heften bestehendes kleines Werk in chinesischer Sprache, das den Titel führte: *„Tagebuch über die Reise des Groß-Sekretärs Li durch die Vertrag-Staaten."*[3]

Das erste Heft gibt eine kurze Darstellung des Verlaufs der Reise nach Tagen geordnet, das zweite eine Sammlung von Artikeln europäischer Zeitungen in Übersetzung. Das Werk hat zwei Verfasser, die sich hinter anonymen Bezeichnungen versteckt halten, indessen läßt sich mit ziemlicher Sicherheit daraus entnehmen, daß es sich um Lo Fêng Lu, den späteren chinesischen Gesandten in England handelt, der inzwischen verstorben ist, und um Lien Fang, der später die Stelle eines Vizepräsidenten im Auswärtigen Amt inne hatte. Beide haben Li auf seiner Reise als Sekretäre und Dolmetscher begleitet und kennen Europa aus langjährigem Aufenthalte. Lo ist des Englischen, Lien des Französischen mächtig. Augenzeugen müssen die Verfasser des Werkes gewesen sein, und von der Umgebung Li Hung Tschang's waren die genannten allein imstande, die langen englischen und französischen Zeitungs-Artikel über chinesische Zoll-

[1]) Dieses Dokument gehört zwar nur lose in den Zusammenhang der obigen Aufsätze, immerhin ist es nicht ohne Bedeutung, weil es zeigt, wie auch Li Hung Tschang damals von dem Gedanken einer Reform des Staatswesens durchdrungen war.

[2]) Vergl. unten den Aufsatz *Der erste russisch-chinesische Vertrag.*

[3]) Chinesisch *Fu-siang you-li ko kuo ji ki.*

und Eisenbahn-Fragen usw. so meisterhaft in das Chinesische zu übersetzen, wie es im zweiten Teile geschehen ist.

Die Darstellung der Reise im ersten Teil ist sehr kurz gehalten, und zwar merkwürdigerweise der Bericht über die Krönung in Moskau ganz besonders kurz; amtliche Verhandlungen werden garnicht berührt. Der Aufenthalt in Deutschland ist ausführlicher behandelt als der in Rußland; am eingehendsten von allem aber wird der Besuch beim Fürsten Bismarck geschildert, der einen tiefen Eindruck auf Li Hung Tschang gemacht haben muß.[1]) Die Sprache ist hier sehr feierlich und die Eigenart Li's so meisterhaft wiedergegeben, daß man schon um dieser Stelle willen den Verfasser in Lo Fêng Lu suchen muß, vielleicht dem genialsten Dolmetscher, der je die chinesische Sprache gehandhabt hat. Das Zusammentreffen in Friedrichsruh wird folgendermaßen beschrieben: „Da Fürst Bismarck bereits vernommen hatte, daß der Groß-Sekretär ihn besuchen wollte, so erwartete er ihn in großer Uniform an dem Eingang seines Hauses und verbeugte sich bei seinem Herannahen. Wie er so dastand, die mächtige Gestalt, in edler Haltung, ein Lächeln auf dem Gesicht, bot er einen erhabenen Anblick. Als der Botschafter herangekommen war, drückten sich beide die Hände und sprachen im Stehen. Der Dolmetscher stand zur Seite und übersetzte Rede und Gegenrede. Fürst Bismarck: Wie freue ich mich, daß Sie, mit dem weltberühmten Namen und in so hoher Stellung in einem großen Reiche, uns die Ehre Ihres Besuches erweisen. Der Groß-Sekretär sah den Fürsten eine Weile sinnend an, dann sagte er: Wohl habe ich immer vernommen von den gewaltigen Taten Eurer Durchlaucht[2]), aber ich verstand nicht, wie man solches vollbringen konnte. Die Werke von Geistern scheinen sie mir, nicht aber von Menschen, die im irdischen Leben wandeln. Nun aber, wo ich Eurer Durchlaucht Augen gesehen, ist es mir, als hätte ich Ihr Herz geschaut. Der Fürst erwiderte: Die Verdienste, die Eure Exzellenz[3]) sich erworben, sind doch auch ganz außerordentliche. Li: Aber von dem, was Eure Durchlaucht geleistet, sind sie doch sehr weit entfernt. Der Fürst: Das ist sehr schmeichelhaft für mich. Im Grunde haben wir beide doch nur unsere Schuldigkeit getan. — Bei diesen Worten war man noch immer nicht in das Zimmer eingetreten. Da man sah, daß der Groß-Sekretär etwas ermüdet war, so trat man langsam ein, beide setzten

---

[1]) Bei einer Vorbesprechung in Peking über die Reise nach Deutschland, äußerte Li sofort und mit großer Lebhaftigkeit den Wunsch, unter allen Umständen den Fürsten Bismarck sehen zu wollen.

[2]) Im chinesischen Text ist der Ausdruck „Serenity" gebraucht, mit chinesischen Lauten wiedergegeben. Dazu wird erklärend bemerkt: „Der Ausdruck lautet in der Übersetzung: erhaben und zugleich ruhig, wie die feierliche Stille, die hoch oben im wolkigen Äther wohnt; es ist eine ehrende Bezeichnung."

[3]) Im Text ist „Loftiness" lautlich angegeben. Dazu wird erklärt: „Der Ausdruck bedeutet in der Übersetzung: erhaben, geehrt, an Wesen und Art andere Menschen übertreffend; es ist ebenfalls eine ehrende Bezeichnung." Die Unterhaltung scheint hiernach englisch geführt zu sein. Als Anrede kommt aber der Ausdruck „Loftiness" meines Wissens nicht vor.

sich und plauderten, Ehrfurcht gebietende Greise. Der Groß-Sekretär fragte: Wie geht es mit Eurer Durchlaucht Gesundheit? Der Fürst: Ich kann nachts nicht ordentlich schlafen und leide darunter sehr. Li: Auch ich leide oft an heftigen Schmerzen. Der Fürst: Schmerzen habe ich glücklicherweise nicht, aber der Schlaf fehlt mir während der Nacht. Der Groß-Sekretär deutete auf seine Wunde am Backenknochen.[1]) Der Fürst: Besonders heftig leide ich auch an der Neuralgie. — Inzwischen setzte man sich zu einem Inbiß nieder, ebenso die Begleitung. Der Groß-Sekretär begann: Ich bin hergekommen, um Eurer Durchlaucht Rat in einer Frage zu erbitten. Der Fürst: Was ist das für eine Frage? Li: Welch ein Mittel gibt es, um China wieder zum Gedeihen zu verhelfen? Der Fürst: Der Gegenstand liegt mir fern; ich habe mich leider um die politischen Verhältnisse Ihres Landes für gewöhnlich nicht kümmern können und wage daher nicht, hierüber zu urteilen. Li: Aber gibt es keinen allgemeinen politischen Grundsatz? Der Fürst: Eine Armee bilden und damit die Staatsgewalt herstellen, ein anderes Mittel außer diesem gibt es nicht. Es braucht nicht eine besonders zahlreiche Armee zu sein, ihre Anzahl braucht 50000 Mann nicht zu übersteigen. Aber die Leute müssen jung sein und Mut und Disziplin haben, dann wird es, denke ich, keinen Widerstand mehr geben. Li: Mangel an Menschen drückt China nicht, auch nicht Mangel an Lehrern oder an militärischen Wissenschaften. Dreißig Jahre hindurch habe ich mich gemüht, die schwachen stark zu machen, und nun stehe ich in tiefer Beschämung. In den fünf Erdteilen gleicht keine Armee der deutschen. Wenn ich dereinst nach China zurückkehre, so soll die neue Armee nach deutschem Muster gebildet werden, und was ihre Lehrmeister betrifft, so müssen wir uns auf Deutschland verlassen. Der Fürst: Nach Bildung einer Armee wird sich der Fortschritt schon zeigen. Eine solche Reichsarmee braucht nicht an verschiedenen Orten zerstreut zu sein, sie soll vielmehr in der Zentrale, dem wichtigsten Punkte, bleiben. Sie kann dann jederzeit und überall, wo die Entfaltung militärischer Kraft nötig ist, zur Verwendung kommen. Nur muß man vorher auf Straßen bedacht sein, auf denen Truppen fortbewegt werden können. — Der Fürst äußerte ferner noch: Mit dem jetzigen Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe habe ich dreißig Jahre lang zusammen gearbeitet. Er ist ein sehr tüchtiger Mann, und versteht es, nach Innen Ordnung und nach Außen Freundschaft zu halten. Das gute Einvernehmen zwischen China und Deutschland ist beständiger Art, ich habe schon im Jahre 1884 mit dem Marquis Tsêng in diesem Sinne, der uns beide beseelte, verhandelt. — Nach Tisch wurden Geschenke ausgetauscht, und mehrere nahmen mit dem photographischen Apparat und mit dem Stift von beiden Herren Bilder auf. Darauf brachte der Fürst ein Album, in welchem sich alle berühmten Männer der

[1]) Diese Wunde hatte er das Jahr zuvor bei den Friedensverhandlungen in Schimonoseki durch den Schuß eines japanischen Fanatikers erhalten.

Erde eingetragen hatten, und bat den Groß-Sekretär, ebenfalls etwas einzuschreiben. Der letztere schrieb hocherfreut folgendes: Mehr als dreißig Jahre hindurch, wenn ich den ruhmbedeckten Namen des Fürsten nennen hörte, war er mir nur ein hohler Klang, ein leerer Ton wie das Echo; jetzt aber, wo ich den Träger selbst geschaut, ist er wie leuchtender Glanz, wie ein strahlendes Juwel, und ich wage nicht, meine Augen zu ihm zu wenden. — Als der Dolmetscher die Worte übersetzte, lehnte der Fürst bescheiden ab. Beim Abschied verbeugte er sich wieder, und man nahm lange und herzlich von einander Abschied. Der Groß-Sekretär trug bei dieser Gelegenheit die gelbe Reitjacke. In Deutschland hat die Kleidung für gewöhnlich keine Rang-Abzeichen. Fürst Bismarck hatte den Schwarzen-Adler-Orden angelegt und trug einen ihm vom Kaiser verliehenen Helm mit Edelsteinen (?); an der Hand hatte er ein von dem früheren Kaiser geschenktes Juwel (?) und um die Hüfte einen kostbaren Ehrensäbel. Die drei Gegenstände sind ihm von dem früheren Kaiser Wilhelm I. in lebenslänglicher Dankbarkeit verliehen worden; nachdem hat sie nie wieder jemand zusammen erhalten. Fürst Bismarck trägt sie gleichzeitig auch nur bei großen Feierlichkeiten und Hoffesten. Dadurch, daß er sie beim Empfange des Groß-Sekretärs angelegt hatte, ehrte er daher den letzteren sehr."

Die übrigen Aufzeichnungen des Tagebuches haben heute kaum noch Bedeutung.

Die Beseitigung des staatlichen Prüfung-Systems in China.

(Kölnische Zeitung vom 12. November 1905.)

Die Bedeutung des kaiserlichen Edikts vom 2. September 1905, das die Beseitigung des staatlichen Prüfung-Systems in China verfügt, hat im Abendlande kaum die volle Würdigung gefunden, die sie verdient. Diese Maßregel ist — darüber kann kein Zweifel sein — die wichtigste Tat, die die chinesische Regierung seit dem Abschluß der Verträge mit dem Auslande, also seit einem halben Jahrhundert, unternommen hat. Sie bedeutet einen grundstürzenden Wandel in der Verfassung des chinesischen Staates und läßt sich daher auch nicht mit einer Erziehungsreform in abendländischen Verhältnissen vergleichen, sondern nur mit einer durchgreifenden Verfassungsänderung.

Das Prüfung-System in China, dessen Umrisse hier als bekannt vorausgesetzt werden müssen, geht in seiner Grund-Idee zurück bis in die Mitte des 2. Jahrhunderts v. Chr. Es waren die klugen Kaiser der Han-Dynastie, die das eben überwundene Feudalwesen nicht wieder aufkommen lassen wollten und darum den Standesvorrechten des Geburtsadels allmählich den Boden abgruben. Zu diesem Zwecke demokratisierten sie den Staatsdienst und wählten aus den geistig hervorragendsten Personen des Reiches ohne Rücksicht auf Abstammung die geeigneten Träger der Regierungs-Funktionen aus. Statt der Feudal- und Standesherren wollte man als bevorrechtigte Klasse eine Geistes-Aristokratie schaffen, zu der die persönliche Tüchtigkeit jedem den Zutritt eröffnete. Der Maßstab für diese Tüchtigkeit wurde mehr und mehr die Kenntnis der konfuzianischen Schriften und ihrer dogmatischen Auslegung, sowie der im konfuzianischen Geiste geschriebenen Geschichte. Dem im Dogma erstarrenden Chinesentum wurde diese Kenntnis schließlich der Inbegriff aller ethisch-politischen Weisheit; das Studium der konfuzianischen Literatur galt als der universale, ja als der einzig mögliche Bildungsgang, durch den sich

der künftige Beamte die Fähigkeit zur Ausübung sämtlicher Regierungs-Funktionen erwerben konnte.

Die Form, in der diese Anschauungen ihren sichtbaren Ausdruck fanden, war das Prüfung-System, das im Laufe der Zeit eine immer größere Ausdehnung gewann und sich zu einer höchst verzwickten Einrichtung entwickelte. Unter der T'ang-Dynastie, im 8. Jahrhundert, erreichte der Ausbau des Systems seine Vollendung; ungezählte Millionen von Beamten haben die Prüfungen seitdem dem Staate geliefert, und nur mit unwesentlichen Zusätzen und Veränderungen hat sich ihr System bis zur Gegenwart erhalten. Theoretisch betrachtet, sind die chinesischen Prüfungen die vollendetste Staatseinrichtung, die sich ersinnen läßt: durch eine Reihe von Prüfungen, die jedermann im Reiche zugänglich sind, bei denen aber das Bestehen der vorhergehenden immer die Vorbedingung zum Ablegen der folgenden bildet, die größten Talente des Volkes an die Oberfläche zu bringen und dann für das Wohl der Gesamtheit nutzbar zu machen, ist ein so berückender Gedanke, daß jeder, der ihm näher tritt, sich von ihm angezogen fühlen muß. Der in China wohlbekannte amerikanische Schulmann und Gelehrte Dr. Martin empfahl in seinen Schriften die chinesischen Prüfungen, „dieses Meisterwerk in dem kunstvollen Mechanismus des chinesischen Staatswesens, dieses Steigrad, das den Gang des wunderbaren Uhrwerks reguliert",[1]) in warmen Worten der nordamerikanischen Union zur Nachahmung. Aber die Wirklichkeit hat sich auch hier immer weiter vom Ideal der Theorie entfernt. Abgesehen davon, daß sich wie in alle chinesische Staatseinrichtungen, so auch in das Prüfung-System Bestechung und Unredlichkeit einschlichen, daß infolge des legalisierten Ämterverkaufs die finanzielle Leistungsfähigkeit als ebenbürtig oder gar überlegen neben die geistige trat, und daß gewisse Familien-Koterien ein herkömmliches Vorrecht bei Besetzung hoher Beamtenstellen erlangten — abgesehen von allen diesen Fehlern, haftete auch dem Wesen des Systems an sich eine Schwäche an, die nur so lange verborgen bleiben konnte, wie China eine Welt für sich bildete. Diese Schwäche war die Einseitigkeit des Bildungsganges, den die Prüfungen verlangten, und der schließlich versteinernd auf das gesamte geistige Leben des Volkes wirken mußte. Statt weiser, sittlich hochstehender Träger der Regierungs-Gewalt lieferte das System unfähige, weltfremde Beamte, statt der Geistes-Aristokratie ein hochmütiges, borniertes Literatentum. Diese Ergebnisse des Prüfung-Systems mußten in wachsendem Maße zutage treten, je mehr man in China die Grundbedingungen des modernen abendländischen Staates, die nie rastende Entwicklung des europäischen Geisteslebens und die damit verbundene Bedeutung der Fachwissenschaften erkannte.

Allmählich begann man, dieser Erkenntnis Zugeständnisse zu machen, indem man, seit Anfang der siebziger Jahre, junge Leute zu Studienzwecken ins Ausland sandte und einige Schulen für fremde Wissenschaften errichtete. Aber zögernd und widerwillig, wie diese

[1]) *Hanlin Papers* S. 53.

Zugeständnisse gemacht wurden, waren sie nicht imstande, der neuen Bildung zu Einfluß und Ansehen zu verhelfen: was an geistigem Gut vom Abendlande eingeführt wurde, galt im besten Falle für ein nützliches, aber geistig wertloses Handwerk gegenüber der die Welt regierenden Weisheit des konfuzianischen Dogmas, und die Literaten sahen mit Verachtung herab auf die chinesischen Träger barbarischer Künste. Indessen die Geschichte ist eine unerbittliche Lehrmeisterin: das immer tiefer sinkende Ansehen des Chinesentums auf der einen Seite und das Emporblühen der fremden Staaten, Japans insbesondere, auf der andern, brachten immer weitere Kreise zu der Überzeugung, daß mit jener Universal-Weisheit in der neuen Weltlage nicht mehr auszukommen war. Daß richtige Erziehung und Bildung die Grundlagen aller staatlichen Ordnung seien, war ein Leitsatz der konfuzianischen Politik, und so begann man, die Erziehung der chinesischen Jugend zu reformieren oder, richtiger gesagt, ihr die Möglichkeit einer Reformierung zu eröffnen, indem man, vom Jahre 1895 ab, in größerem Maßstabe moderne Schulen gründete, fremde Bücher übersetzte und Studenten ins Ausland, besonders nach Japan, schickte. Indessen bei allem guten Willen blieb das Ganze Stückwerk, es waren mit halbem Herzen unternommene Maßregeln, die überall mit den Vorrechten und Vorurteilen des zünftigen Konfuzianertums zusammenstießen, fremde Blumen, die in dem Schatten des konfuzianischen „Schriftenwaldes“[1]) nicht zur Entfaltung gelangten. Unter den Reform-Edikten von 1898 befand sich eine große Anzahl von solchen, die eine Umwandlung des Erziehungswesens zum Gegenstande hatten. Nicht nur moderne Schulen aller Grade sollten überall in den Provinzen errichtet werden, sondern, was wichtiger war, es sollten auch fremde Lehrgegenstände und Fachwissenschaften in das Programm der staatlichen Prüfungen aufgenommen werden. So verordnete besonders ein Edikt vom 19. Juli 1898, und zwar hauptsächlich auf die Vorschläge des strengen Konfuzianers Tschang Tschi Tung hin, eine völlige Neuregelung des Prüfung-Systems unter Berücksichtigung der modernen Wissenschaften. Aber all die zahllosen Hoch-, Mittel- und Elementar-Schulen, sowie die Fachschulen für Handel, Landwirtschaft, Medizin, die im Laufe der Jahre entstanden und besonders seit 1900, nach dem Vorüberbrausen des reaktionären Sturmes, unter japanischer Pflege ins Kraut schossen, fristeten doch nur ein künstliches, mehr oder weniger kümmerliches Dasein. Weite Kreise des Literatentums hielten sich entweder ganz fern von ihnen, oder betrachteten die Aneignung modernen Wissens als einen untergeordneten Teil ihrer Tätigkeit. Der orthodoxe Bildungsgang, der durch die Pforten der staatlichen Prüfungen hindurch führte, galt nach wie vor als der eigentliche Weg zu Ansehen und Einfluß, zu Ämtern und Reichtum. Es handelte sich eben bei dem weiteren Ausbau des neuen Schulwesens nicht um eine gewöhnliche Unterrichtsfrage, sondern um Sein

[1]) Die Übersetzung des Wortes *Han-lin*, des Namens der großen konfuzianischen Akademie.

oder Nichtsein für einen der Grundpfeiler von Staat und Gesellschaft, darum zeigten sich Herkommen und konfuzianischer Erbstolz stärker als alle kaiserlichen Verordnungen.

Diese Erfahrungen während der letzten Jahre reiften in den einsichtsvollsten chinesischen Staatsmännern die Überzeugung, daß, wenn man dem Staatswesen und dem gesamten Geistesleben Chinas eine neue Form geben wolle, die bisherigen Maßregeln nicht zum Ziele führen würden. Der Ernst der Zeit, den man während des eben beendeten Krieges und im Hinblick auf das Anwachsen der japanischen Macht besonders tief empfunden hatte, verlangte ganze Arbeit. Das konfuzianische Prüfung-System, an dessen Umgestaltung man bisher zaghaft und erfolglos experimentiert hatte, mußte fallen, und zwar völlig, sofort und für immer. Die sechs Männer, die, gewiß mit schwerem Herzen und nach reiflichem Überlegen, den Mut hatten, für diesen ernsten, in seinen Folgen auch von ihnen kaum zu übersehenden Schritt einzutreten, verdienen besonders genannt zu werden. Es waren: der General-Gouverneur von Tschili, Yuan Schi K'ai, der oberste Statthalter der Mandschurei, Tschao Ör Sün,[1]) der General-Gouverneur der Hu-Provinzen, Tschang Tschi Tung, der General-Gouverneur der Kiang-Provinzen, Tschou Fu, der General-Gouverneur der Kuang-Provinzen, T'sên Tsch'un Hüan und der Gouverneur von Hunan, Tuan Fang (der demnächst nach Deutschland kommt.[2]) Chinesischen Mitteilungen zufolge soll Yuan Schi K'ai der eigentliche Leiter des gemeinsamen Vorgehens gewesen sein, während Tschang Tschi Tung zuletzt und erst nach langem Zögern seine Einwilligung gegeben hat. Die ausführliche Denkschrift dieser sechs, die für alle Zeiten ein wichtiges geschichtliches Dokument bleiben wird, legt den oben geschilderten Gedankengang, der zu der Notwendigkeit der beantragten Maßregel hinführt, in klarer, ernster Weise dar. „Das Prüfung-System", heißt es dort, „steht den neuen Schulen im Wege, und verhindert die Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten." Seine schon früher beabsichtigte, allmähliche Beseitigung hat sich als wirkungslose Maßnahme erwiesen. „So lange nicht die Prüfungen sämtlich und völlig abgeschafft sind, wird den Literaten die Neigung bleiben, in den Prüfungen zu glänzen, sie werden ihre Kräfte teilen zwischen literarischen Verfeinerungen und der Erwerbung wirklichen Wissens; in den breiten Schichten des Volkes aber wird einer sich nach dem andern richten, und man wird der Errichtung neuer Schulen zögernd und untätig gegenüberstehen." Das Edikt vom 2. September hat sich diese Erwägungen zu eigen gemacht und bestimmt, daß die unteren Grade der Prüfungen sofort, die oberen vom Anfang des nächsten Jahres ab aufgehoben werden.

Noch vor wenigen Jahren wäre ein solcher Schritt unmöglich gewesen; das zeigten die Folgen, die ein weit milderer Vorschlag während der Reform-Periode von 1898 hatte.[3]) Inzwischen aber hat

[1]) S. unten S. 127.

[2]) S. unten den Aufsatz *Die chinesische Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen.*

[3]) S. oben S. 76.

die Schulbewegung — und den Erfolg muß man ihr wenigstens zuerkennen — den Boden vorbereitet für diesen Sturz der konfuzianischen Orthodoxie. Eine tiefe Erregung hat das Edikt zwar hervorgerufen, soweit man nach den einheimischen Zeitungen urteilen kann, aber von der früheren Leidenschaftlichkeit des Literatentums ist kaum noch etwas zu spüren, und in weiten, nicht bloß radikal fortschrittlichen Kreisen findet die Maßregel als eine durch die neue Zeit gebotene Notwendigkeit unbedingte Zustimmung. Nicht zum wenigsten hat dies seinen Grund in der weisen Schonung, mit der die Interessen der Graduierten aus der alten Schule in dem Edikt behandelt sind: sie sollen ihrer erworbenen Ansprüche auf Verwendung im Staatsdienste nicht verlustig gehen, außerdem sollen die geeigneten von ihnen als Lehrer für altchinesische Wissenschaft an den neuen Schulen werden. Denn darüber spricht sich die Denkschrift aufs nachdrücklichste aus — und in Europa wird man gut tun, dies nicht zu übersehen — daß die Grundlage der neuen chinesischen Bildung nach wie vor die Lehre der kanonischen Schriften des Konfuzianismus bleibt; in den Schulen aller Grade, „und in den Hochschulen ganz besonders, sollen sämtliche Fächer der alten einheimischen Wissenschaft, wie Geschichte, Literatur, Philosophie u. a. unverkürzt erhalten und aufs eingehendste gepflegt werden, damit die Eigenart des Staatslebens gewahrt bleibt." Auf der andern Seite weist aber das Edikt die Provinzial-Regierungen an, den Ausbau des neuen Schulwesens nunmehr, wo die Bahn frei ist, mit allem Nachdruck zu fördern. Die Oberaufsicht über das Provinzial-Schulwesen soll, wie ein weiteres Edikt vom 11. September bestimmt, nicht den bisherigen Studien-Direktoren und damit dem alten Ministerium des Kultus, sondern dem erst in neuerer Zeit ernannten Minister für das Unterrichtswesen zustehen. Späteren Meldungen aus Peking zufolge trägt man sich dort mit dem Plane, entweder das alte Kultusministerium auf eine moderne Basis zu stellen oder aber ein ganz neues „Ministerium der Wissenschaften und Unterrichts-Angelegenheiten" zu schaffen.[1])

Notwendig wie die Beseitigung des Prüfung-Systems infolge der Zeitumstände geworden war, bildet sie trotzdem, wie die Dinge in China liegen, einen Sprung ins Dunkle. Nachdem man den altgewohnten, mit den chinesischen Anschauungen eng verwachsenen Weg, das Beamtentum zu ergänzen, verlassen hat, wird man in eine pfadlose Übergangs-Periode hineingeraten, deren Schwierigkeiten erst im Laufe der Zeit zutage treten werden. Ob die chinesische Staatsleitung imstande sein wird, die Richtung auf das gesteckte Ziel, d. h. die Modernisierung des Beamtentums und damit des Staatswesens auf streng konfuzianischer Grundlage, unverrückbar inne zu halten, und ob sie die Einsicht besitzen wird, gefährliche Irrwege zu ver-

[1]) Das ist auch im Dezember des gleichen Jahres geschehen. (S. oben S. 108 Anm. 2.)

meiden, diese Frage wird kaum jemand unbedingt bejahen wollen.[1]) Auf zwei Gefahren hat bereits ein Zensor bald nach dem Erlaß des Edikts vom 2. September hingewiesen: Ämterkauf und Protektionswesen, fürchtet er, werden nach Wegfall der Prüfungen noch üppiger wuchern können, wenn man hiergegen nicht zeitig Vorsichtsmaßregeln ergreift. Eine lange Denkschrift des Finanzministeriums aber, die infolge der schlechten Finanzlage eine Ausdehnung und Neuordnung des Titel- und Ämter-Kaufs als notwendig beantragt, ist ein übles Vorzeichen nach dieser Richtung hin. In jedem Falle sollte indessen die Entschlossenheit, mit der die chinesische Regierung jetzt für wesentliche Reformen die Bahn frei gemacht hat, im Abendlande verständnisvolle Teilnahme und Unterstützung finden. Die Gründe hierfür liegen heute so klar zutage, daß sie keiner Erwähnung mehr bedürfen. Deutschland erscheint nicht zum wenigsten berufen, für eine Überleitung des chinesischen Geisteslebens geeignete Führer und Helfer darzubieten. Der bevorstehende Besuch der chinesischen Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen wird vielleicht Gelegenheit dazu geben.

[1]) Heute wird man dies noch weniger können. Die Folgen der Beseitigung des Prüfung-Systems sind bis jetzt kein ungemischter Segen für China gewesen. Die alte Bildung hat in der neuen bisher noch keinen vollwertigen Ersatz gefunden. Vergl. unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.*

Die chinesische Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen.

(Kölnische Zeitung vom 25. Februar 1906.)

Einer Nachricht aus New York zufolge ist die chinesische Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen am 15. Februar (1906) von dort nach Hamburg abgereist. Bevor sie ihre Arbeiten in Deutschland beginnt, dürfte es angezeigt sein, noch einmal an das Wesen und die Aufgaben dieser Kulturmission im eigentlichen Sinne zu erinnern. Am 16. Juli 1905 erschien mit einer Plötzlichkeit, die in neuerer Zeit öfter an den Entschließungen der Zentral-Regierung von Peking überrascht hat, ein kaiserlicher Erlaß, der im Hinblick auf die Notwendigkeit durchgreifender Reformen im chinesischen Staatsorganismus eine Kommission von vier hohen Würdenträgern ernannte und sie mit der Bereisung der fremden Staaten „im Osten und Westen" beauftragte. Die Mitglieder dieser Kommission waren der Prinz Tsai Tsê, ein Urenkel des Kaisers Kia-K'ing (1796 bis 1820), der jetzt den Titel Herzog von Tsê führt, und mit einer Nichte der gegenwärtigen[1]) Kaiserin-Mutter vermählt ist; Tai Hung T'sĕ, Vizepräsident im Finanzministerium; Sü Schi Tsch'ang, Mitglied des Staatsrats, und Tuan Fang, damals Gouverneur von Hunan, im vorigen Monat aber zum General-Gouverneur der Provinzen Fukien und Tschekiang befördert. Diesen vier hohen Kommissaren sollte sich eine größere Anzahl von Beamten anschließen, und alle sollten in zwei, oder wenn nötig, mehr Gruppen geteilt, in Japan, Amerika und den wichtigsten Staaten Europas die Verfassungen, politischen Einrichtungen und wirtschaftlichen Systeme eingehend studieren, und zwar insbesondere auf die Möglichkeit, sie in chinesische Verhältnisse zu übertragen. Aus dem gesammelten Material sollte das für China geeignete ausgewählt, und dieses später eventuell von Sonderkommissionen weiter im einzelnen untersucht und bestimmten leitenden Ideen angepaßt werden. Die Kommission machte sich unverzüglich ans Werk, ihr Beamtenpersonal zusammenzustellen und war Mitte September reisefertig. Da ereignete sich am 24. September der bekannte geheimnisvolle Zwischenfall, der dem ganzen Unternehmen vorläufig ein Ende bereitete. Als die Kommissare mit ihrem Gefolge auf dem Bahnhofe von Peking den Zug bestiegen, warf ein unbekanntes Individuum eine Bombe unter sie, die von der Begleitung mehrere Personen tötete, während

[1]) D. h. der i. J. 1908 verstorbenen. Vergl. oben S. 102 Anm. 4.

die Kommissare selbst, von einigen unbedeutenden Verletzungen abgesehen, der beabsichtigten Katastrophe entgingen. Es ist überflüssig, auf das Attentat und seine Beweggründe, die auch bis heute noch nicht völlig aufgeklärt sind, hier näher einzugehen; der hinterlistige Anschlag hatte jedenfalls insofern seinen Zwek erreicht, als er in den Kreisen der Regierung einen ungeheuren Schrecken hervorrief, und man unter dem Eindruck der unheimlichen Tat die Ausführung des Planes vorläufig aufgab. Die chinesische Regierung ließ zwar unmittelbar danach aufs bestimmteste erklären, daß die Kommission ihre Reise ohne Programm-Änderung durchführen würde, indessen scheint es doch erst des ermutigenden Zuredens der fremden Gesandten bedurft zu haben, ehe man die Vorbereitungen wieder aufnahm.

Am 25. November erschien ein kaiserlicher Erlaß, aus dem man ersah, daß in der Zwischenzeit das bedeutungsvolle Unternehmen sogar noch weiter ausgedehnt worden war und eine festere Organisation erhalten hatte. Der Erlaß ordnete nämlich die Bildung einer besonderen Behörde an, in der das von den Kommissaren einzusendende Material gesichtet, durchberaten, auf seine Anpassungsfähigkeit untersucht und dann für eine große Denkschrift an den Thron verarbeitet werden sollte.[1]) Zugleich erhielten die Kommissare eigene neue Amtsiegel und den Charakter als kaiserliche Botschafter in besonderer Mission. Wenige Tage später traten sie, diesmal ohne die geräuschvollen Feierlichkeiten des ersten Abschieds, in aller Stille die Reise nach Osten und Westen an, Tai Hung T'sĕ und Tuan Fang, die Amerika, Deutschland, Österreich, Italien und Rußland bereisen sollten, zuerst; der Herzog von Tsê und Sü Schi Tsch'ang, die sich zuerst nach Japan, dann nach England und Frankreich begeben, kurze Zeit später. Tai Hung T'sĕ und Tuan Fang haben in Amerika ihre Studien rasch beendet und kommen jetzt über London und Paris nach Berlin, wo sie in der ersten Woche des März eintreffen dürften, während ihre Begleitung, etwa zwanzig Personen, demnächst in Hamburg landen wird. Sie betrachten Deutschland als das wichtigste der zu bereisenden Länder und werden sich hier am längsten aufhalten.

Tuan Fang ist für die deutsche Regierung kein Unbekannter. Bei aller Bewunderung für Japan hat er sich doch immer auch in engen Beziehungen zu dem europäischen Wissensquell gehalten, und gerade die Deutschen haben keinen Grund, über Zurücksetzung von seiner Seite zu klagen. Ein großer Teil der hier weilenden chinesischen Offiziere und Studenten ist von ihm während der Zeit, als er den General-Gouverneur Tschang Tschi Tung in Wutschang vertrat, nach Deutschland entsandt worden. Er ist trotz mancher Schwächen ein durchaus modern gesinnter Mann mit frischer Initiative und wird in seinem künftigen großen Wirkungskreise als General-Gouverneur in Futschou

[1]) Diese Behörde, die auch in der Folgezeit noch eine wichtige Rolle gespielt hat, erhielt die Bezeichnung *Hien-tschêng pien-tsch'a kuan*, d. h. „Behörde für die Bearbeitung der neuen Staatsverfassung".

reichliche Gelegenheit finden, das, was er in Deutschland als nützlich erkennt, in der Verwaltung zu verwerten.[1]) Von Tai Hung T'sĕ ist bisher in Europa wenig bekannt geworden. Englische Zeitungen in Ostasien behaupten, er sei ein Reaktionär, aber derartige Urteile sind erfahrungsgemäß mit großer Vorsicht aufzunehmen: chinesische Beamte, die nicht blind auf alles Anglo-Amerikanische schwören, gelten sogleich für rückständig.[2]) Die beiden anderen Kommissare sind zwar nicht für Deutschland bestimmt, es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, daß sie sich ebenfalls, wenn auch für kürzere Zeit, hier aufhalten werden, zumal die Absicht besteht, daß die Gesamt-Kommission im Sommer sich in der Schweiz vereinigt, um dort in gegenseitigen Gedankenaustausch zu treten.

Daß von der Reichsregierung alles geschehen wird, um den Aufenthalt der Kommissare in Deutschland nicht bloß angenehm, sondern auch so lehrreich wie möglich zu machen, darf als selbstverständlich angenommen werden; es kann nur dem allgemeinen Interesse dienen, wenn die großen Aufgaben der chinesischen Kommission überall verständnisvolle Unterstützung finden.

Auf einen Punkt muß übrigens hier noch hingewiesen werden. Die Kommission ist ins Ausland entsandt, um, wie oben bemerkt, fremde Verfassungen und staatliche Einrichtungen zu studieren, nicht aber, wie mehrfach angenommen zu werden scheint, industrielle Anlagen zu besichtigen und große Lieferungs-Kontrakte abzuschließen. Als Li Hung Tschang 1896 sich in einer rein politischen Mission in Deutschland aufhielt,[3]) wurden ihm, zuweilen in recht aufdringlicher Weise, alle erdenklichen Waren zum Kauf angeboten; und als er sich außer Stande erklärte, solche Offerten anzunehmen, überhäufte ihn eine Anzahl deutscher Zeitungen, in völliger Verkennung der Situation, mit Schmähartikeln, weil man die Gastfreundschaft vergeblich an ihn verschwendet habe.[4]) Diese nicht gerade vornehme Art hat anderwärts berechtigten Spott hervorgerufen. Man wird in den beteiligten Kreisen gut tun, sich bei dieser Gelegenheit nicht abermals solchen selbstverschuldeten Enttäuschungen auszusetzen. Die Kommissare wird es gewiß interessieren, einzelnen industriellen Werken einen Besuch abzustatten, aber Kontrakte abzuschließen, liegt weder in ihrer Absicht, noch sind sie dazu ermächtigt.

---

[1]) Tuan Fang hat diesen Posten nicht angetreten. Nach seiner Rückkehr ging er als General-Gouverneur nach Nanking, von dort wurde er 1909 als General-Gouverneur von Tschili (Yuan Schi K'ai's ehemalige Stellung) nach Tientsin versetzt. Wegen seines wenig taktvollen Verhaltens bei der Bestattung der Kaiserin-Mutter wurde er durch Edikt vom 23. November 1909 seines Amtes enthoben.

[2]) Tai Hung Ts'ĕ ist inzwischen als Präsident des Justizministeriums gestorben.

[3]) Vergl. oben S. 109.

[4]) Mit Recht sagt Cordier (*Histoire des relations de la Chine avec les Puissances occidentales* Bd. III S. 341) von diesem unwürdigen Gebahren, an dem sich übrigens seine Landsleute eifrig beteiligt haben: „Jamais l' Européen ne montra devant le Chinois une telle absence de dignité et une telle bassesse dans son âpreté au gain."

China auf dem Wege zur Verfassung.

(Kölnische Zeitung vom 2. November 1906.)

Die im Jahre 1905 unternommene und kürzlich beendigte Studienreise einer chinesischen Kommission nach dem Auslande zur Prüfung der staatlichen Einrichtungen hat dahin geführt, daß die Frage einer staatlichen Reform für das chinesische Reich allgemein erörtert wird. Unter den Mitgliedern der Kommisson selbst scheint ein Widerstreit der Meinungen zu herrschen. Während der Herzog Tsai Tsê, ein jugendlicher Herr, der als Kommissar in Japan, England und Frankreich war, der baldigen Einführung einer Verfassung auf parlamentarischer Grundlage das Wort redet, sind Tai Hung T'sĕ und Tuan Fang, die in Amerika, Deutschland usw. waren, zu der Überzeugung gelangt, daß die Zeit für ein derartiges Werk in China noch nicht gekommen sei, daß man vielmehr hierfür erst schrittweise den Boden bereiten müsse. Und zwar sollen nach einer japanischen Meldung aus Peking diese beiden Würdenträger bei den in dieser Richtung zu unternehmenden Maßnahmen Anlehnung an deutsche, besonders preußische Vorbilder empfohlen haben; in Einzelfragen sollte dann auch die japanische Verfassung zu Rate gezogen werden, die ja der preußischen nachgebildet ist. Diese Auffassung hat nun im höchsten Rate zu Peking die Oberhand behalten, und aus ihr heraus ist am 1. September (1906) ein kaiserliches Edikt ergangen, das endgültig die Richtung angibt, in der sich die innerpolitische Entwicklung Chinas während der nächsten Jahre bewegen soll.

Der Gedankengang dieser wichtigen Kundgebung, die auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin-Mutter erfolgt ist, sei hier in kurzem wiedergegeben. „Die Kaiser der regierenden Dynastie sind immer bemüht gewesen, dem Staate das zuteil werden zu lassen, was die Erfordernisse der Zeit verlangten. So machen es jetzt die politische Weltlage und die gefährliche Stellung, in der sich China mit seinen veralteten Einrichtungen den modernen Staaten gegenüber befindet, zu einer dringenden Notwendigkeit, die politische Erkenntnis zu erweitern und die Grundgesetze des Staates umzugestalten. Die ins Ausland entsandten Kommissare sind in ihren Berichten einig, daß

das Reich nicht gedeiht, weil dem Volke und seinen Führern in ihren verschiedenen Teilen das Gefühl der Zusammengehörigkeit fehlt, weil das Beamtentum kein Interesse für das Volk, und das Volk kein Verständnis für den Staat besitzt. Der Wohlstand und die Macht der fremden Staaten beruhen in letzter Linie auf dem Grundsatze, die Kräfte von Fürst und Volk gemeinsam in den Dienst der Gesamtheit zu stellen, jedem seinen abgegrenzten Wirkungsbereich zuzuweisen und die Entwiklung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte wieder unter der Aufsicht der Gesamtheit sich vollziehen zu lassen. Auf Grund dieser Erfahrung wird es notwendig sein, auch China eine solche den modernen Verhältnissen entsprechende Verfassung zu verleihen, nach der die höchste Gewalt beim Throne liegt, die Regierung der Gesamtheit aber in den Beratungen des Volkes zum Ausdruck kommt. Nun ist aber bisher weder der Rahmen einer solchen Verfassung für China hergestellt, noch die Bildung des Volkes vorhanden, die von der Verfassung vorausgesetzt wird. Unter solchen Umständen würde eine überstürzte moderne Verfassung ein totes Schriftstück bleiben. Man wird also zunächst die Grundlagen schaffen müssen, auf denen sich die Verfassung einst aufbauen soll. Und zwar wird man hierzu das Gefüge des Beamtentums neu regeln und einteilen müssen, man wird ferner das gesamte geschriebene Recht sorgsam neu anzuordnen haben, man wird die Volksbildung ausdehnen, die Finanz-Verwaltung umformen, das Heerwesen neu bilden und eine Landespolizei schaffen müssen. Wenn man diese Arbeit geleistet hat, wird man nach einigen Jahren imstande sein, den Zeitpunkt für die Einführung einer wirklichen Verfassung zu bestimmen und dem Reiche feierlich zu verkünden. Inzwischen sollen die Gouverneure der Provinzen mit Ernst und Eifer an der Vorbereitung des Volkes für die Verfassung arbeiten. Sie sollen für Bildung und Aufklärung der Massen sorgen, überall Treue gegen den Fürsten und Liebe zum Vaterlande wecken und Frieden und Eintracht unter der Bevölkerung schützen."

Dieses Schriftstück zeugt, wenn sich auch noch manches daran aussetzen läßt, jedenfalls von wesentlich größerer staatsmännischer Einsicht, als die Tiraden der Reform-Fanatiker in Ostasien wie in Europa, die China alles Ernstes mit einer parlamentarischen Regierung beglücken wollen. Das Programm ist dem erstrebten Zwecke, die Möglichkeit der Einführung einer Verfassung zu schaffen, durchaus angemessen. Die Frage ist nur, ob und wie dieses Programm verwirklicht werden wird. In Angriff genommen hat man ja sämtliche darin aufgestellte Punkte schon, aber dem guten Willen haben Einsicht und Geschicklichkeit leider nicht immer entsprochen. Jetzt will man sich nun, wie es scheint, an die Bewältigung der notwendigsten, aber auch schwierigsten und gefährlichsten Aufgabe machen, nämlich an die Neuregelung des Beamtentums. Ein Edikt vom 2. September ernennt eine Kommission, die einen Entwurf hierfür ausarbeiten soll; sie erhält die Weisung, „unter Berücksichtigung des Alten das Neue festzusetzen, die Eigenart des Staats-Organismus der

regierenden Dynastie als grundlegend zu behandeln, das Gute in den Verwaltungs-Einrichtungen der verschiedenen fremden Staaten aber ergänzend heranzuziehen." Zu dieser aus drei Vorsitzenden und vierzehn Mitgliedern bestehenden Kommission gehören von den in Europa bekannteren Persönlichkeiten Prinz K'ing, sein Sohn Prinz Tsai Tschen, Herzog Tsai Tsê, Tai Hung T'sĕ, der im Frühjahr in Deutschland war, T'ieh Liang, der eine der beiden neuen Zolldirektoren,[1]) Yuan Schi K'ai u. a. Da die Kommission ihre Arbeiten in Peking ausführen wird, so können die Gouverneure der Provinzen (das benachbarte Tschili ausgenommen) nicht persönlich daran teilnehmen. Auf ihre Mitwirkung will man indessen natürlich nicht verzichten, und so sind die General-Gouverneure in Nanking (Tuan Fang) in Wutschang (Tschang Tschi Tung), von den Provinzen Schensi und Kansu, von Ssĕ-tschuan, von Fukien und Tschekiang (Tschou Fu) und von den Kuang-Provinzen angewiesen worden, durch ständige, von ihnen entsandte Vertreter in der Hauptstadt bei den Beratungen ihre Ansichten zur Geltung zu bringen. Eine solche Maßregel war durchaus notwendig, denn einer der leitenden Gesichtspunkte bei der Neubildung ist die Schaffung oder Stärkung der Zentral-Gewalt auf Kosten der Befugnisse der Provinzial-Regierungen. Diese Zentral-Gewalt, die bisher ihren Vertreter allein in der Person des Monarchen hatte, soll ihren Ausdruck in einem neu zu bildenden „Kabinett" nach fremdem Muster mit den Fachministern als Mitgliedern und einem Ersten Minister als Präsidenten finden. Die Provinzial-Gouverneure werden, ähnlich wie in Preußen, hohe Verwaltungsbeamte, und die ihnen bisher zustehenden fast uneingeschränkten territorialen Machtbefugnisse sollen zum Teil stark verkürzt, zum Teil völlig aufgehoben werden. Und zwar sollen, unter Beseitigung der bisherigen höheren Provinzial-Beamten, in jeder Provinz besondere Ämter für Justiz, Finanz-Verwaltung, Handel, Unterricht, Polizei und Militär geschaffen werden, die einheitlich von den Fachministern in Peking ihre Weisungen erhalten, während die Gouverneure nur eine Oberaufsicht innerhalb dieser Weisungen ausüben. Dieser Entwurf, dessen Einzelheiten hier nicht weiter verfolgt werden können, ist nominell das Werk Tuan Fang's. Daß seine erfolgreiche Verwirklichung nur dann möglich ist, wenn die großen Provinzial-Satrapen bereit sind, und zwar aus Überzeugung, einen so bedeutenden Teil ihrer Machtstellung zum Besten der neu erkannten nationalen Geschlossenheit zu opfern, ist selbstverständlich. Ob und inwieweit sich ein Einverständnis hierüber erzielen lassen wird, und ob nicht etwa auch die jetzt stärker erwachte Eifersucht zwischen Süd-Chinesen und Mandschus ein weiteres Hindernis dabei werden kann, muß die Zukunft lehren. Und wie wird es mit der Wurzel alles Übels im Staate, mit der Grundursache für die Unzulänglichkeit der chinesischen Beamten-Hierarchie, der Kor-

[1]) S. unten den Aufsatz *Zur Frage des chinesischen Seezollwesens.* T'ieh Liang war später Kriegsminister. Vergl. oben S. 103.

ruption? Die Edikte und Entwürfe sagen nichts über diesen Punkt, und doch weiß jeder, daß von seiner Beseitigung in letzter Linie alles Gelingen abhängt.[1])

Einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer Verfassung, der nicht in den Edikten erwähnt ist, unternehmen einige Provinzen jetzt selbständig. Man hat nämlich in Tientsin und nach den letzten Nachrichten auch in Tsi-nan fu (Schantung) und Mukden, den Versuch gemacht, eine Art Kreistag *(Yi schi hui)* zu bilden und zwar durch Wahl angesehener Männer aus den Eingesessenen des Präfektur-Bezirks der drei Provinzial-Hauptstädte. In Tientsin, wo der Plan mit Genehmigung, d. h. wohl auf Anregung Yuan Schi K'ai's entstanden ist, hat sich schon unter dem Namen „Amt für lokale Selbstverwaltung" *(Ti-fang tsĕ-tschi kü)* in dem Gebäude der Präfektur eine solche „Volksvertretung" gebildet. Nach den Satzungen soll dieses Amt sich mit der Beratung aller Fragen von örtlichem Interesse, wie Unterricht, Handels- und Verkehrs-Verbesserungen und ähnlichem beschäftigen und etwaige Anträge dem General-Gouverneur unterbreiten. Die entsprechenden Einrichtungen anderer Staaten sollen dabei möglichst zum Vergleich herangezogen werden. Diesen „Kreistag" hofft man allmählich zu einer Art Provinzial-Landtag mit dem Rechte der Budget-Bewilligung entwickeln zu können, und so will man schließlich versuchen, die höheren Klassen des Volkes für parlamentarische Einrichtungen zu erziehen.[1])

Man mag über die Aussichten dieser neuesten chinesischen Bestrebungen denken wie man will, lebhaften Interesses werden sie überall gewiß sein. Gerade die bestmeinenden Freunde aber werden den Wunsch daran knüpfen, daß die bisherige weltbürgerliche Gleichgültigkeit der Chinesen nicht in einen nationalen Fanatismus umschlagen möge. Selbst in den aufgeklärten Kreisen, die jetzt die Führung haben, macht sich vielfach eine politische und wirtschaftliche Selbstüberschätzung geltend, die man im Interesse des Landes nur bedauern kann. Hand in Hand damit aber geht neuerdings wieder ein System brüskierender Verneinung dem Auslande gegenüber, das nach allem, was geschehen, menschlich erklärlich sein mag, aber nichts weniger als staatsmännisch klug ist. Man wird in China am besten fahren, wenn man Vergangenes vergangen sein läßt und die abendländische Hilfe bei den großen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben einfach aus dem Grunde annimmt, weil man sie noch auf Jahrzehnte hinaus für ein gesundes Weiterkommen nicht entbehren kann. Der Westen wird sich allerdings bei Gewährung dieser Hilfe aller Hintergedanken entschlagen müssen.

---

[1]) Über das weitere siehe unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.*

Neue Maßnahmen und Pläne in der chinesischen Verwaltung.

(Kölnische Zeitung vom 10. Mai 1907.)

Durch Edikt vom 20. April d. Js. (1907) sind Sü Schi Tsch'ang, bisher Präsident im Ministerium des Innern, zum General-Gouverneur der Mandschurei,[1]) und T'ang Schao Yi, Vizepräsident im Ministerium des Post- und Verkehrswesens, zum Gouverneur in Mukden ernannt worden. Damit verwirklicht sich eine seit geraumer Zeit geplante neue Maßnahme in der chinesischen Verwaltung. Sü Schi Tsch'ang war in vorigem Jahre gemeinsam mit dem Prinzen Tsai Tschen, dem rührigen Präsidenten des Handelsministeriums,[2]) in die Mandschurei entsandt worden, um dort die Verhältnisse zu studieren und darauf Vorschläge zu einer Neuordnung der Dinge zu machen. Diese Vorschläge, die im Herbst in einer ausführlichen Denkschrift begründet wurden, verlangten unter anderm auch die Einführung einer neuen Zivil-Verwaltung nach dem Muster der Innen-Provinzen an Stelle der bisherigen Militär-Verwaltung durch mandschurische Banner-Generale. Der gegenwärtige Zeitpunkt, wo Russen und Japaner bis auf die vertragsmäßigen Eisenbahn-Wachen ihre Truppen aus der Mandschurei zurückgezogen und die Landes-Verwaltung wieder in die Hände der Chinesen gelegt haben, ist in Peking offenbar als der geeignete erschienen, den vom Staatsrate gebilligten Vorschlag der beiden Sendboten auszuführen. Über die Einzelheiten der Neuordnung fehlen vorläufig noch die Nachrichten. Die Mandschurei besteht aus drei Provinzen Heï-lung kiang im Norden (von den Russen gewöhnlich mit dem tungusischen Namen Zizikar bezeichnet), Kirin in der Mitte und Fêng-t'ien oder Mukden im Süden. Vorgeschlagen waren je ein Gouverneur in Heï-lung kiang und Fêng-t'ien und ein General-Gouverneur in Kirin, der, ebenso wie die General-Gouverneure der

---

[1]) Sü Schi Tsch'ang ist jetzt Mitglied des Staatsrates in Peking. T'ang Schao Yi war im letzten Jahre einige Tage in Deutschland, „um das Finanzwesen zu studieren," und ist jetzt Präsident des Ministeriums für Post- und Verkehrswesen *(You-tschuan pu)*.

[2]) Vergl. den folgenden Aufsatz.

Innen-Provinzen, eine gewisse Aufsicht über das Gesamtgebiet haben sollte. Daß Sü Schi Tsch'ang seinen Sitz in der Mitte, in Kirin nehmen wird, ist anzunehmen, obwohl Mukden die alte Hauptstadt des Landes ist; für Heï-lung kiang scheint man von einem eigenen Gouverneur abgesehen zu haben, weil dort die amtlich vertretenen russischen „Interessen" auch jetzt noch stärker sein dürften als man in Europa weiß, und Zwistigkeiten vermieden werden sollen. Ob etwa das übrigens zum Teil aus Wildnis bestehende Nord-Gebiet der Provinz Kirin angegliedert ist, bleibt abzuwarten[1]), ebenso die Beantwortung der Frage, was mit dem bisherigen, sehr geschickten, einstweiligen Statthalter Tschao Ör Sün[2]) geworden ist. Auf Rosen gebettet werden die beiden neuen Satrapen kaum sein. Die russische wie die japanische Macht dürfte auch in Zukunft trotz aller Vereinbarungen noch in unbequemer Weise fühlbar werden,[3]) und die Verwaltung wird viel Gewandtheit und Geduld verlangen. Die Denkschrift der Sendboten hatte als wichtigste Aufgabe hervorgehoben: Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Eisenbahnbau, Zollwesen, Schaffung einer Militärmacht, Beseitigung des Räuberunwesens. Die Möglichkeit zu Meinungsverschiedenheiten mit den beiden fremden Mitbewohnern des Hauses ist also reichlich gegeben, und gerüchtweise heißt es denn auch, die beiden hohen Beamten, die in dem intriguenvollen Peking einflußreiche Feinde haben, seien nur das Opfer von deren Ränken geworden, indem man ihre Ernennung lediglich in der Voraussicht durchgesetzt habe, daß sie in der Mandschurei sehr bald amtlichen Schiffbruch leiden müßten. Wie dem auch sei, geeignet für ihre Posten erscheinen Sü wie T'ang durchaus. Der erstere war, wie bemerkt, einer der beiden Sendboten zum Studium der mandschurischen Frage, und T'ang, früher Vizepräsident im Auswärtigen Amte und einer der beiden im Mai 1906 ernannten vielbesprochenen Zolldirektoren,[4]) hat bis jetzt mit dem russischen Gesandten Herrn Pokotilow[5]) über den neuen Mandschurei-Vertrag ver-

---

[1]) Das ist nicht geschehen. Die Provinz Heï-lung kiang besteht auch heute noch. Die in der Süd-Provinz Fêng-t'ien seit längerer Zeit bestehende halbe Zivil-Verwaltung ist aber nunmehr zu einer ganzen ausgebaut und wird weiter nach Kirin vorgeschoben. Einige derartige Maßnahmen hat A. Vissière behandelt in einem Aufsatz *Nouveaux Centres administratifs chinois sur la Sungari* im „Bulletin de géographie historique et descriptive" 1907 S. 37—46.

[2]) Er ist inzwischen General-Gouverneur von Ssětschuan geworden. Sein Bruder ist Tschao Ör Fêng, Kaiserlicher Statthalter in dem benachbarten Tibet. Beide, Männer von hoher Intelligenz und zäher Energie, bemühen sich jetzt, Tibet vor der „uneigennützigen" Politik Englands zu retten.

[3]) In Betracht kommt hier vor allem außer dem russisch-japanischen Friedensvertrage von Portsmouth vom 23. August/5. September 1905 der chinesisch-japanische Vertrag vom 22. Dezember 1905. Ein weiteres Abkommen ist dann zwischen Rußland und Japan am 17./ 0. Juli 1907 geschlossen, in dem sich beide ihre Rechte in der Mandschurei gewährleisten, und ein drittes endlich am 21. Juni/4. Juli 1910, in dem sich die Vertragschließenden bis auf weiteres zu noch festerem Zusammenstehen auf Kosten Chinas und mit Ausschluß anderer unbequemer Dritter verpflichten. England, ohne Hintergedanken wie immer, erteilt dem Bunde seinen Segen.

[4]) S. unten den Aufsatz *Zur Frage des chinesischen Seezollwesens.*

[5]) Er starb im Winter 1907.

handelt, ohne allerdings bisher zu einem Abschluß gelangt zu sein. Auffallend ist, daß beide Würdenträger nicht, wie man erwarten sollte, Mandschus, sondern Chinesen sind. — Deutschland, das für die Mandschurei ein Berufskonsulat mit wechselndem Amtssitz in Mukden und in Niutschuang errichtet hat, dürfte sich, falls der General-Gouverneur seinen Sitz nach Kirin verlegt, bald in der Lage sehen, auch dort, wie die übrigen Mächte, für amtliche Vertretung Sorge tragen zu müssen.[1])

Ähnlich wie die Neuregelung der mandschurischen Verwaltung hat man auch die der Mongolei seit längerer Zeit erörtert. Zur Prüfung der dortigen Verhältnisse wurde Anfang 1906 Prinz Su[2]) entsandt, und seine Berichte ziehen, den einheimischen Zeitungen zufolge, ebenfalls eine Umgestaltung der bisherigen recht lockern Verwaltung in Betracht. Daneben macht der Prinz aber auch auf einige allgemeine Gesichtspunkte wirtschaftlicher und politischer Art bei Behandlung der angeblich stark von Rußland umworbenen mongolischen Bevölkerung aufmerksam. Durch Gründung chinesischer Schulen soll die allgemeine Bildung gehoben, und der Anschluß an das Chinesentum verstärkt werden; der Lamaismus, das stärkste Moment im mongolischen Volkstum und früher schon ein wichtiges politisches Instrument in der Hand der chinesischen Regierung, soll staatliche Förderung erhalten und so zur Hebung des nationalen Bewußtseins helfen; das Militärwesen soll neu organisiert und die Bevölkerung möglichst zum Ackerbau angehalten werden, und schließlich soll eine planmäßige chinesische Einwanderung in die weiten Steppengebiete einsetzen (die schwierigste Frage von allen). Die Einteilung des Landes in Provinzen soll für diese neue Politik die Grundlage schaffen.[3]) Daß man über kurz oder lang mit den unmittelbar an die Große Mauer anstoßenden Gebieten, der sogenannten innern Mongolei, die jetzt schon zum Teil den Provinzen Tschili und Schansi angegliedert sind, einen Anfang machen wird, ist sehr wahrscheinlich, zumal hier bedeutende bergbauliche Interessen im Spiel sind, um die sich Russen, Engländer und Franzosen (im Jehol-Gebiet auch Deutsche) lebhaft bemühen.

Daß man sich schließlich auch mit dem Gedanken trägt, in Turkistan und dem Ili-Gebiet, sowie in Tibet etwas tun zu müssen, um die chinesische Staatshoheit mehr als bisher zur Geltung zu bringen, läßt sich aus den wiederholten Zeitungs-Erörterungen entnehmen und erscheint auch nach den letzten Vorgängen in Tibet leicht verständlich. An Plänen fehlt es nicht, aber an irgendein ernstliches Unternehmen ist vorläufig nicht zu denken. Den Gedanken an eine Durchführung der chinesischen Provinzial-Verwaltung in den weiten Länderstrecken hat man der unerschwinglichen Kosten wegen

---

[1]) Deutsche Berufskonsulate bestehen jetzt in Niutschuang, Mukden und Harbin.

[2]) Schan K'i, Prinz von Su, gehört nicht zur regierenden Familie.

[3]) S. unten den Aufsatz *Über die wirtschaftliche Lage und Bedeutung der östlichen Mongolei.*

endgültig aufgegeben; ebenso verschwimmen die großen Eisenbahnpläne in Kansu und Turkistan in nebelhafter Ferne.[1])

Der kritischen Lage mit Bezug auf die Außenländer ist man sich in Peking vollkommen bewußt, dafür sorgen schon die Warnungsrufe der japanischen Zeitungen; es fehlt den Chinesen weder das richtige Verständnis für die politischen Gefahren, noch die Erkenntnis dessen, was notwendig ist, um sie abzuwehren, aber wenn es an Taten gehen soll, so vermißt man die Kraft, die Einigkeit und schließlich auch den ernsten Willen.[2]) Vielleicht wird der Versuch, den man jetzt in der Mandschurei macht, wenn er gut ausschlägt, Mut geben zu weiteren Schritten.

In der Neuordnung der mandschurischen Verwaltung hat man anscheinend einen wenn auch recht schwachen Versuch zu sehen, die große Frage der Unterordnung der Provinzial-Gewalten unter die Zentrale einer Lösung näher zu bringen. Die neuen Gouverneure haben nämlich nicht annähernd die Machtbefugnisse erhalten wie ihre Amtsgenossen in den Innen-Provinzen. Das Zentrum der gesamten Verwaltung aller Provinzen liegt beim General-Gouverneur; ihm unterstehen zunächst zwei Staatssekretäre, denen die Oberleitung über die verschiedenen Abteilungen — fünf an der Zahl, nämlich Finanzen, Justiz, Unterricht, Polizei und Zölle — zusteht. Das Militär, und zwar die mandschurischen Bannertruppen sowohl, wie die neu zu bildende Armee, ist einem kommandierenden General unterstellt, der wieder seine Befehle unmittelbar vom General-Gouverneur empfängt. Die Gouverneure erscheinen hiernach nur noch als Aufsichtsbeamte für die Präfekten und Unterpräfekten, die die einzelnen Distrikte verwalten. So haben sie auch nicht mehr das Recht, selbständig an den Thron zu berichten, sondern müssen sich dabei der Vermittlung oder wenigstens der Mitwirkung des General-Gouverneurs bedienen. In Bezug auf Versetzungen und Ernennungen von Beamten haben sie nur das Recht des Vorschlags beim General-Gouverneur, und in militärischen Dingen überhaupt keine Befugnisse. — Die Zentrale aus der Provinz nach Peking zu verlegen, hat man allerdings auch hier noch nicht den Mut gehabt, aber vielleicht erscheint es leichter, diesen Schritt einmal unter der neuen Ordnung zu tun als unter der alten der Innen-Provinzen.

Der Festigung des russischen und japanischen Machtbereichs in der Mandschurei entgegenzuwirken, haben natürlich alle diese Maßregeln nicht vermocht. Wenn man es jetzt, nach dem jüngsten russisch-japanischen Abkommen, mit einer verstärkten chinesischen Besiedelung der mandschurischen Gebiete versuchen will, so mag

[1]) Gemeint ist das englische Vorgehen gegen Tibet, der Zug nach Lha-sa und die sich daran knüpfenden Verhandlungen (1903 bis 1906). Vergl. unten die Aufsätze über Tibet und *Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China.*

[2]) Vergl. unten den Aufsatz *Rußland und die chinesischen Außenländer.*

dies hier und da gewisse wirtschaftliche Wirkungen zur Folge haben, die den Eindringlingen unbequem sind, aber einen Ersatz für die mangelnde politische, d. h. militärische Macht wird man dadurch ebenso wenig schaffen. Est wenn China einmal imstande sein sollte, ohne Sorge um die Folgen Drohung mit Drohung zu erwidern, erst dann wird es die Möglichkeit haben, den Gang der Entwicklung in der Mandschurei nach seinem Willen zu bestimmen. Heute sieht es noch nicht danach aus.

Um die mongolischen Gebiete vor dem Schicksal der Mandschurei zu bewahren, hat man, neueren Nachrichten zufolge (vergl. den Brief Dr. Krieger's in der „Täglichen Rundschau" vom 26. Juli 1910), in Peking jetzt zwei Gesellschaften gebildet, von denen die eine Handels-Interessen nachgeht, die andere politische Ziele verfolgt. Die erste will den Handel mit mongolischen Landes-Erzeugnissen, vor allem mit Pelzen, Häuten, Hörnern und Knochen betreiben, eine Verbesserung der Viehzucht, sowie der Filz- und Wolle-Bereitung herbeiführen, sowie eine Ausbeutung der mineralischen Schätze unternehmen; dadurch soll das gewerbliche Leben und der Wohlstand der Bevölkerung gehoben werden. Die andere, die sich *Pao-Mêng hui* d. h. „Gesellschaft zum Schutze der Mongolei" nennt, will dem auch hier immer fühlbarer werdenden russisch-japanischen Einflusse entgegenwirken und zu diesem Zwecke im Lande Schulen gründen, für Erziehung vornehmer Mongolen in China sorgen und die Ansiedelung chinesischer Bauern fördern. An der Spitze der Gesellschaft stehen mehrere chinesische und mongolische Prinzen, darunter der aufgeklärte Fürst der Karatschin-Mongolen, der seine Ausbildung in Japan erhalten hat (vergl. unten den Aufsatz *Japans asiatische Bestrebungen*), sowie eine Anzahl hoher chinesischer Würdenträger. Fraglich bleibt aber, welche Stellung die Stämme der Mongolen selbst einmal zu der politischen Entwicklung in China einnehmen werden.

Zur Lage in China.

(Kölnische Zeitung vom 22. Mai 1907.)

Aus China, und Peking insbesondere, kommen in jüngster Zeit wieder einmal in verdächtig rascher Aufeinanderfolge Nachrichten über verschiedene Strömungen und Gegenströmungen, Personenwechsel in den höchsten Staatsämtern, Inangriffnahme und Wiederzurückziehung neuer Maßnahmen und ähnliches. Erfahrungsmäßig bedeutet ein solches Übermaß von Neuigkeiten selten etwas Gutes; in der Regel ist es ein Zeichen dafür, daß sich das Gleichgewicht der Kräfte zum Schaden des Allgemeinwohls zu verschieben droht. Soweit sich die höchst verwickelte Lage in China von hier aus übersehen läßt, täuscht die Erfahrung auch jetzt nicht. Aber die Ursachen für die Unruhen der verborgenen Gewalten in Peking scheinen diesmal weniger sachlicher als persönlicher Art zu sein. Es handelt sich nicht sowohl um große Grundfragen der innern oder äußern Politik, als vielmehr um eifersüchtiges Hadern der Großen des Reiches unter einander, um eigensüchtiges Streben nach Einfluß und Macht. Der Druck von außen hat seit dem russisch-japanischen Kriege entschieden nachgelassen, aber dafür ist die Spannung im Innern um so stärker geworden. Die letzte Ursache hierfür liegt in der Schwäche des Urquells der chinesischen Staatsgewalt, d. h. des regierenden Herrschers, in dem Mangel an einem folgerichtigen Willen und in der Unmöglichkeit, einen solchen Willen zur Geltung zu bringen. Der Erlaß vom 1. September 1906, der die Umformung der gesamten Staatsverfassung anordnete,[1]) hat unter diesen Umständen nur zu einem ganz kleinen Teile durchgeführt werden können; durch Erlaß vom 6. November hat die Regierungs-Zentrale in der Hauptstadt eine Neuordnung der Ministerien und somit eine veränderte Form erhalten, und auch diese Schöpfung besteht mehr in einem Wandel der Namen als in einer Umgestaltung des Wesens:[2]) eine Mißgeburt nannten die chinesischen

---

[1]) S. oben Seite 122 ff.

[2]) Das nähere über diese Reform s. unten in dem Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.* Eine ausführlichere Darlegung dieser Reform der Zentral-Regierung hat Dr. Hauer gegeben in den „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin" Jahrg. XII., S. 1 ff.

Zeitungen sie, „mit dem Kopfe eines Drachen und dem Schwänzchen einer Schlange“. An der Hauptsache aber, an der Reform der Provinzial-Regierungen, an der Neuregelung ihres Verhältnisses zur Regierung in Peking, d. h. an ihrer unbedingten Unterordnung unter eine einheitliche Zentral-Gewalt und, was die greifbare Folge davon wird, an der Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung, an der Begründung eines modernen Finanzwesens und an der Schaffung einer kaiserlichen Reichsarmee mit Garnisonen im ganzen Staatsgebiete: an dieser eigentlichen Staatsreform ist vielleicht weniger die Einsicht, wohl aber die Selbstverleugnung, der Gemeinsinn der hohen Gewalthaber, jämmerlich zuschanden geworden.

Bis zum März dieses Jahres (1907) hat die Kommission der hohen Würdenträger in Peking beraten und gestritten, schließlich hat man die Verhandlungen sine die vertagt, die Vertreter der Gouverneure sind in die Provinzen zurückgekehrt; Berge von Entwürfen und Denkschriften in den Archiven bezeichnen die Tätigkeit der Kommission, im übrigen bleibt vorläufig alles beim alten. Eine Wirkung allerdings hat diese sonst so unfruchtbare Komödie hinterlassen: sie hat eine Feindschaft und ein Intrigantentum unter den Beteiligten hervorgerufen, deren Folgen in den eingangs erwähnten zahlreichen Meldungen sichtbar werden. Der einzige Mann, der während dieser ganzen Zeit einen starken, auf große Gesichtspunkte gerichteten Willen gezeigt hat, ist Yuan Schi K'ai, der General-Gouverneur von Tschili. Er war bereit, im Interesse der Gründung eines neuen gefestigten Staatswesens auf einen großen Teil der Unabhängigkeit des Provinzial-Herrschers zu verzichten, und er hat diese Bereitschaft auch durch eine Art von kommunaler Selbstverwaltung in seiner Provinz dargetan; wahrscheinlich war er sogar der Vater des Gedankens von der Schaffung der neuen Zentral-Gewalt. Ob noch ein anderer unter den Großen wirklich zu ihm gehalten hat, izt zweifelhaft; vielleicht Tschou Fu, der General-Gouverneur in Kanton, und Tuan Fang, der General-Gouverneur in Nanking; indessen ist der erstere ein alter Herr ohne Entschlußfähigkeit, der letztere ein jovialer Lebemann, für den die Befriedigung persönlicher Eitelkeit zum wenigsten ebenso ausschlaggebend ist wie das Wohl des Staates. Die übrigen Gouverneure blieben teils äußerlich gleichgültig, teils traten sie offen und leidenschaftlich als Gegner des ganzen Reformplanes auf; nicht zum wenigsten unter ihnen Tschang Tschi Tung, der General-Gouverneur in Wutschang, den bei aller Lauterkeit der Absichten der ganze unbelehrbare Eigensinn eines gelehrten Greises daran verhindert, die Erfordernisse einer veränderten Zeit zu erkennen und zu würdigen. Aber auch von Yuan Schi K'ai hat man gesagt, daß seine anscheinende Opferwilligkeit ihren Ursprung in höher gehenden persönlichen Plänen gehabt habe, und die Machtfülle, die er im vorigen Jahre in seiner Hand vereinigte, vor allem sein Oberbefehl über die Truppen der nördlichen Provinzen, gab diesen Vermutungen den Rückhalt. Aus dem Argwohn gegen den allmächtigen Chinesen und Günstling der Kaiserin erwuchs dann die grimmige Feindschaft des mandschurischen Ministers

T'ieh Liang, eines ehemaligen Schützlings und Freundes von Yuan. Diese Feindschaft beherrscht jetzt die ganze politische Lage in Peking. T'ieh Liang hat es offenbar verstanden, auch die Kaiserin in ihrem Vertrauen schwankend zu machen: er hat es durchgesetzt, daß der Oberbefehl über das Heer an das neu geschaffene Kriegsministerium überging, an dessen Spitze er selbst steht; er hat es verhindert, daß die mandschurischen Provinzen, wie es beabsichtigt war, Yuan Schi K'ai unterstellt wurden, und statt dessen veranlaßt, daß man zwei Anhänger Yuan's als Gouverneure dorthin sandte, in der Voraussicht, daß beide dort Schiffbruch leiden würden. Einer von ihnen, T'ang Schao Yi, soll nach einem neueren Telegramm schon seinen Abschied erbeten haben; und er hat schließlich Yuan in so unablässiger Weise wegen seiner amtlichen Rechnungsführung verdächtigt, daß vor kurzem Gerüchte umgingen, der gekränkte General-Gouverneur wolle endgültig das Feld räumen.[1]) In den letzten Wochen ist nun eine neue Figur auf der Bühne erschienen, die das übrige Spiel durcheinander zu werfen droht. Es ist der frühere General-Gouverneur der Kuang-Provinzen, Ts'ên Tsch'un Hüan, erhalten zu haben, der den Engländern in Hongkong durch seinen Widerstand gegen ihre Eisenbahnpläne höchst unbequem geworden war und jetzt zum Präsidenten des Eisenbahn- und Verkehrs-Ministeriums ernannt worden ist. Er entstammt einer verdienstvollen Beamtenfamilie und hat sich im Jahre 1900 bei der Flucht des Hofes, als er Gouverneur von Schansi war, durch seine tatkräftige Hilfe die Dankbarkeit der Kaiserin erworben. Ts'ên hat den Telegrammen zufolge seine neue Tätigkeit damit begonnen, daß er durch einen Zensor Anklagen gegen T'ieh Liang, Tschang Tschi Tung, Tschou Fu, T'ang Schao Yi u. a. und schließlich sogar gegen den erkrankten Prinzen K'ing und dessen Sohn, den Handelsminister Tsai Tschen, wegen Bestechlichkeit u. ä. hat erheben lassen.[2])

Das unerfreuliche Bild, das die Hauptstadt bietet, findet in den Provinzen seine Ergänzung. Von den verschiedenen Ursachen, die hier weite Schichten des Volkes, und zwar die obersten, in Gärung halten, ist vielleicht die bedenklichste die seit etwa zehn Jahren, besonders aber seit 1900 immer schärfer hervortretende Feindschaft der Chinesen gegen die Mandschus. Diese Feindschaft ist ein früher nicht gekanntes, von außen hereingetragenes Element, und zwar hat es seinen Ursprung vor allem in Japan, wo man den Chinesen klar gemacht hat, daß sie ein von einem fremden, tiefer stehenden Stamme geknechtetes Volk seien. Ob man in Japan glaubte, daß diese Aufklärung höheren politischen Zielen förderlich sein würde, kann hier unerörtert bleiben; es genügt zu sagen, daß der ausgestreute Same der Zwietracht, von einer urteilslosen englischen Presse emsig weiter-

---

[1]) Vergl. oben S. 103 u. 126.

[2]) Prinz Tsai Tschen, ein eleganter Lebemann und in baccho et venere wohl erfahren, hat infolge dieser Anklagen, die höchst pikante Seiten hatten, seine sämtlichen Ämter niedergelegt und lebt noch heute in Zurückgezogenheit. Auch T'sên Tsch'un Hüan ist heute Privatmann und lebt in Schanghai.

getragen, aufgegangen ist. Die Frucht ist ein blinder Haß gegen die „unfähige mandschurische Regierung." (Die Geschichte der einheimischen Dynastien widerlegt zur Genüge die Annahme, daß eine chinesische besser sein müßte.) Und dieser Haß findet seinen Ausdruck nicht bloß in der allgemeinen Gesinnung der Gebildeten, besonders im Süden, sondern auch in Geheimbünden verschiedener Schattierungen bis hinunter zu den tollen Revolutionären des jetzt auch aus Japan ausgewiesenen Sun Yat Sen, die an die Stelle der „mandschurischen Tyrannei" die freie chinesische Republik setzen wollen.[1]) Sie alle halten, jeder auf seine Art, die Regierung wie die Bevölkerung in Atem und sorgen mit dafür, daß fruchtbare politische Arbeit nicht gedeiht. Eine große Anzahl dieser unruhigen Geister besteht aus den sogenannten „Studenten", d. h. den jungen Leuten, die sich eine Zeit lang im Auslande, meist in Japan, aufgehalten haben und nun, beladen mit Schlagworten und voll maßloser Selbstüberschätzung, in ihrem Vaterlande die Reformatoren spielen. Sie sind ganz an die Stelle der zurückgedrängten ehemaligen „Literaten" getreten und bilden einen ebenso wichtigen und hochmütigen, aber weit geräuschvolleren, unfähigeren und gefährlicheren Bevölkerungsteil als diese.[2]) Es ist bezeichnend für die Schwäche der uneinigen Regierung, daß diese nicht einmal fest organisierte Schar halbwüchsiger Schreier durch ihren Lärm das gesamte Beamtentum eingeschüchtert hat und auf alle und jede politische Maßnahme ihren Einfluß geltend zu machen sucht und auch oft geltend macht. Vor allem sind diese hoffnungsvollen Jünglinge — und hier kommt ihnen allerdings die Regierung auf halbem Wege entgegen — auch die Träger der neuen unvernünftigen Ausschließungspolitik den Ausländern gegenüber. Hätte eine gesunde Entwicklung aus eigener Kraft in China eingesetzt, ja wäre sie jetzt überhaupt möglich, so könnte eine solche Politik gerechtfertigt sein; im Hinblick darauf aber, daß das Land bei seiner inneren Zerfahrenheit sich immer mehr zu politischer und wirtschaftlicher Unfruchtbarkeit verdammt, muß ein solches Fernhalten fremden Kapitals und fremder Bildung schließlich zu einer Gefahr für den Staat werden. Obwohl man bisher nicht imstande gewesen ist, eine einzige Eisenbahn,[3]) ein einziges Bergwerk oder sonst ein größeres neuzeitliches Unternehmen mit eigenen Mitteln zu schaffen und in Betrieb zu setzen, erfolgt auf jedes fremde Konzessions-Gesuch, selbst wenn die Leitung nur halb ausländisch sein sollte, ein stetes „Nein, China wird dies selbst ausführen". Sogar seit Jahren erteilte Konzessionen bemüht man sich, hauptsächlich unter dem Drucke der „Studenten", durch Rückkauf, durch Nichtanerkennung der Verträge oder durch gewaltsame Ob-

[1]) S. oben Seite 94.

[2]) Vergl. unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.*

[3]) Das trifft jetzt nicht mehr zu. Die Bahnen von Peking nach Kalgan und von Sutschou nach Hangtschou sind in der Tat von den Chinesen allein gebaut worden. Ebenso bauen sie jetzt selbständig an der Bahn von Hankou nach Tsch'êng-tu fu in Ssëtschuan.

struktion nichtig werden zu lassen. So hat man die amerikanisch-belgische Konzession für die Kanton-Hankou-Bahn zurückgekauft, um nun vor Hader und Mißtrauen in den ersten Vorarbeiten stecken zu bleiben. Die Tätigkeit des großen englisch-italienischen „Peking-Syndikats" in Schansi und Schensi, sowie das neuere Bergwerks-Unternehmen des Engländers Little in Ssětschuan werden durch die aufgehetzte Bevölkerung lahmgelegt, und für die im Jahre 1899 erteilte deutsch-englische Konzession der Tientsin-Tschinkiang-Bahn wird der Vertrag nicht mehr anerkannt. Für dieses letztere Unternehmen, für das seit acht Jahren von dem deutschen Syndikat mit mehr Eifer als Geschick gekämpft worden ist, besteht trotz gegenteiliger Meldungen kaum irgend welche Aussicht auf Verwirklichung.[1])

Daß dieses alle fremden Mächte brüskierende Verhalten nicht von Dauer sein kann, ist klar. Es könnte die Chinesen eines Tages ihres wirksamsten Bundesgenossen berauben, nämlich der Uneinigkeit des Auslandes, das vielleicht, dem Zwange der Lage gehorchend, noch einmal seine Eifersüchteleien zeitweilig unterdrückt und, zum Nachteil Chinas, geschlossen auftritt. Es scheint sogar, als mache sich eine solche Wirkung bereits an einem Punkte geltend. Wenn nämlich in der Tat Japan sich dazu bereit gefunden hat, Frankreich seine asiatischen Besitztitel abzustempeln,[2]) so deutet dies darauf hin, daß auch der Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes Ostasiens vorläufig die Hoffnung aufgegeben hat, China zu einem brauchbaren Bundesgenossen zu erziehen, und daß daher seine großasiatischen Pläne bis auf weiteres zurückgestellt sind.[3]) Es bleibt abzuwarten, wie diese neue Wendung auf China wirken wird.

Alles in allem bietet also die Lage im Mittelreiche ein wenig erfreuliches Bild. Völlige Zerfahrenheit, kleinliche Selbstsucht, Unfähigkeit zu ernster Arbeit und Mangel an erreichbaren festen Zielen sind die Merkmale. Was dem Lande nottut, ist ein Mann! Ein Mann, dem das Wohl des Ganzen über dem des Einzelnen steht, der die Schreier zum Schweigen bringt und der dem neuen Geschlecht zwei Dinge zurückgibt, die ihm abhanden gekommen sind, nämlich Unterordnung und Pflichtgefühl. Möchte er nicht zu spät erscheinen![4])

---

[1]) Der Vertrag über den Bau dieser Bahn, die nicht in Tschinkiang, sondern auf dem anderen (linken) Ufer des Yangtsě, in Pu-kou, gegenüber von Nanking, enden wird, ist im Januar 1908 mit dem deutsch-englischen Syndikat abgeschlossen worden. S. unten den Aufsatz *Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China.*

[2]) Nach dem am 17. Juni 1907 der Kammer vorgelegtem Texte des französisch-japanischen Abkommens vom 10. Juni 1907 verpflichten sich beide Mächte, „sich gegenseitig zu unterstützen (s'appuyer), um den Frieden und die Sicherheit in den Gebieten Chinas aufrecht zu erhalten, (die ihren eigenen Besitzungen, in denen sie Hoheitsrechte ausüben, benachbart sind), und zwar mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der entsprechenden Gesamtlage (situation respektive) und der territorialen Rechte beider Vertragsmächte auf dem asiatischen Kontinent."

[3]) Vergl. auch oben S. 39 Anm.

[4]) Er ist auch heute noch nicht erschienen, und anscheinend wird ihn auch nur eine Katastrophe oder wenigstens eine schwere Krisis hervorbringen können.

Die folgenden Aufsätze beschäftigen sich zunächst mit den vom Auslande, besonders von Japan aus versuchten Einwirkungen auf das chinesische Geistesleben und danach mit den hierdurch verursachten Neugestaltungen.

Japans asiatische Bestrebungen.

(Deutsche Rundschau, August 1903.)

Die Gefühle, von denen das japanische Volk am Schlusse des Krieges gegen China im Jahre 1895 bewegt wurde, waren sehr gemischter Art. Wohl hatte man das erhebende Bewußtsein, nicht nur dem hochmütigen Lehrmeister auf dem Festlande die physische wie moralische Überlegenheit des emanzipierten Schülers bewiesen, sondern auch dem kulturstolzen Europa gezeigt zu haben, daß man von nun ab ernst genommen sein wolle. Aber wenn in den Freudenbecher des Siegers auch ein Tropfen Wermuts gefallen war: der Einspruch der drei europäischen Mächte nach dem Frieden von Schimonoseki, so hatte doch der Krieg Kräfte geweckt, die bis dahin geschlummert, und vor allem war es das Rassebewußtsein, das sich jetzt zum erstenmal geltend machte. An die Stelle des Hasses gegen China trat die Abneigung gegen „den weißen Mann".

Das neue Rassegefühl erhielt für seine Äußerungen bald eine feste Form und ein bestimmtes System. Im Jahre 1899 gründeten die Führer der Bewegung in Tokyo die *Tō-A dōbun kwai,* den „ostasiatischen Kulturbund". Die Entstehung und der Zweck dieser Gesellschaft wurden im August jenes Jahres in der zu Tientsin erscheinenden chinesischen Zeitung *Kuo-wên pao,* offenbar von Japan aus, mit folgenden Worten verkündet:

„Der gesamte Erdkreis zerfällt in die Teile Asien, Europa, Afrika und Australien (Amerika scheint als Europa rasseverwandt in diesen Erdteil mit eingeschlossen zu sein). In neuerer Zeit sind die Europäer allmählich immer stärker, die Asiaten immer schwächer geworden. In dem Kriege von 1894 haben Chinesen und Japaner die Waffen gekreuzt, Nationen, die zusammen wohnen, sind über einander hergefallen und haben sich gegenseitig behandelt wie Unkraut (wörtlich:

wie Fisch-Fleisch). Europa aber hat infolgedessen eine noch größere Nichtachtung an den Tag gelegt. China, Japan und Korea sind die drei einander benachbarten Reiche in Ostasien; sie sind auf einander angewiesen wie Zähne und Lippen und sollten sich gegenseitig helfen wie Karre und Deichsel-Stütze [1]). Wenn sie sich jetzt nicht zusammentun und verbinden, so werden sie in nicht ferner Zeit die Sklaven von anderen sein. In Japan sind die gebildeten Klassen voll Bekümmernis über diesen Ausblick, und in ihrer Sorge haben sie den ostasiatischen Kulturbund (chinesisch *Tung-Ya t'ung wên hui*, japanisch *Tō-A dōbun kwai*, wörtlich: Bund der gemeinsamen Kultur Ostasiens) gegründet. Die Zwecke dieses Bundes sind die folgenden: 1. Unverletzte Aufrechterhaltung des status quo in Ostasien[2]); 2. Hebung des Bildungstandes der Bevölkerung und Förderung aller Talente und Fähigkeiten; 3. Stärkung der nationalen Kräfte. Man ist übereingekommen, einen Präsidenten des Bundes und sieben Vorstandsmitglieder zu erwählen, sowie einen Geschäftsführer und sieben Sekretäre. Der Bundespräsident ist Prinz Konoye, der Hauptsitz des Bundes in Tokyo. Außerdem werden in Hankou, Peking, Schanghai, Futschou, Kanton und Korea nacheinander Zweig-Gesellschaften gegründet, von denen jede wieder einen Präsidenten für sich hat."

Das Leitmotiv, das aus diesem Gründungs-Dokumente herausklingt, herrscht heute mit verstärkter Kraft im ostasiatischen Konzert, trotz Boxerwirren und englischem Bündnis. Sehen wir aber zunächst einmal, wie sich die Tätigkeit des neuen „Kulturbundes" gestaltete.

Was Korea anlangt, dessen Loslösung von der chinesischen Oberherrschaft den Gegenstand von Art. 1 des Vertrages von Schimonoseki bildet, so wird auch den Japanern niemals unklar gewesen sein, daß dieses Land für ihre Rassen-Verbrüderung das am wenigsten aussichtsvolle Feld bot. Als die japanischen Truppen im Juli und August 1894 in Korea zur „Befreiung" des Vasallen-Staates von der chinesischen Herrschaft landeten, mögen sie von der Bevölkerung mit ähnlichen Empfindungen aufgenommen worden sein, wie sie im Jahre 1592 die Horden des Hideyoschi hinterlassen haben, von deren Greueltaten der koreanische Bauer und Ginseng-Sucher noch heute zu erzählen weiß. Die Versuche der Sieger, während des Krieges ihre Schützlinge zu „reformieren" und zu modernisieren, waren ziemlich belanglos, aber sie haben dem japanischen Volke nicht mehr Kredit in Korea verschaft als der Rückfall des Herrn Miura in alte Samurai-Gewohnheiten, unter deren Einfluß er am 8. Oktober 1895 durch seine Soldaten die Königin als einen unbequemen politischen Faktor in barbarischer Weise ermorden ließ. Überhaupt hat das herrische Auftreten der Japaner in Korea und nicht zum wenigsten die Roheit der japanischen Kulis,

[1]) Ein beliebtes Bild in China. Die Deichsel der zweirädrigen chinesischen Karre ruht, wenn das Zugtier ausgespannt ist, auf einer Stütze, wodurch die Karre in horizontaler Lage gehalten wird.

[2]) Heute weiß man, was man von diesem Zwecke zu halten hat. Von den großen Unwahrheiten, aus denen sich die Politik in Ostasien zusammensetzt, ist die „Aufrechterhaltung des status quo" die gangbarste.

gesetzloser Banden, die eine wahre Schreckensherrschaft in den Hafenplätzen führen, kaum dazu beigetragen, die Reste geschichtlicher Erinnerungen auf der Halbinsel zu verwischen, und in der Bevölkerung weit mehr Furcht vor den europäisierten Stammesgenossen als Liebe zu ihnen erweckt. Aber abgesehen davon hat Korea durch seine jahrhundertelange Anlehnung an ein übergeordnetes Staatswesen nicht bloß die Fähigkeit, sondern auch das Bedürfnis verloren, allein zu stehen: das Land ist politisch tot, und die Japaner werden es nicht wieder zum Leben erwecken. Man hat denn wohl auch das neugeschaffene Kaiserreich hinsichtlich einer selbständigen Eingliederung in den ostasiatischen Rassebund als hoffnungslos aufgegeben, und Japan arbeitet hier mit ähnlichen Methoden wie Europa in China, d. h. es betrachtet das Land als halb unterworfen und zwingt ihm die Gewährung seiner Wünsche auf.[1]) Diese Methoden würden vermutlich schon ganz andere Ergebnisse gezeitigt haben, wenn der große Nebenbuhler vom Norden nicht gleichfalls seine Ziele dort verfolgte. Indesssen ist die *Tō-A dōbun kwai* auch in Korea nicht untätig gewesen, und die *Nippon schimbun* führt in ihrem Bericht über die Gesellschaft jetzt fünf Schulen auf, die die letztere dort teils gegründet, teils übernommen und umgestaltet hat, teils unterstützt. Sie sind über das ganze Reich verstreut und befinden sich in Söul, in Pyöng-yang, der alten Hauptstadt des Nordens, in Syang-jin (Provinz Ham-kyöng to), in Kong-jin (Provinz Tschyung-tschyöng to) und in Tai-ku (Provinz Kyöng-syang to). Ferner ist vor kurzem mit Unterstützung der Gesellschaft eine Schule in Kobe (Japan) gegründet worden, auf der Koreaner, wohl großenteils Söhne von Verbannten, die in Japan ein Asyl gefunden haben, unterrichtet werden. Diese Schulen sollen Beamte, Offiziere und Kaufleute für Korea liefern, die ganz in japanischem Geiste tätig sind und japanischen Zwecken dienen. Ein weiterer Einfluß wird geübt durch die Aufnahme politischer Flüchtlinge, denen das Asylrecht um so lieber gewährt wird, wenn sie reformatorische Neigungen und antirussische Gesinnung haben. Man hofft, auf diese Weise eine japanische Partei im Lande zu bilden, die der diplomatischen und kommerziellen Arbeit den Boden ebnen, dem russischen Einfluß entgegenwirken und die Hereinziehung des Landes, wenn nicht als selbständiges, dann als abhängiges, aber darum vielleicht noch nützlicheres Glied in die auch politisch geschlossene Rassegemeinschaft ermöglichen soll. Wie sich freilich das schließliche Schicksal Koreas gestalten wird, das dürfte in erster Linie davon abhängen, nach welcher Seite einmal das Schwergewicht der jetzt noch sorgsam in der Schwebe gehaltenen russischen und japanischen Bestrebungen sinken wird. Dadurch wird denn auch die Richtung der gesamten ostasiatischen Entwicklung stark beeinflußt werden.

Wesentlich anders liegen nun aber die Verhältnisse mit Bezug auf China, und hier bot sich der Tätigkeit der *Tō-A dōbun kwai* oder, wie sie von den Chinesen kurz genannt wird, der *Tʻung wên hui*, eine große

[1]) Diese Methode ist heute allerdings in China weniger handlich geworden.

und dankbare Aufgabe. Als der Friede von Schimonoseki geschlossen war, und die Bedingungen desselben bekannt wurden, ging durch die Kreise des chinesischen Literatentums, soweit sie an der Zeitgeschichte teilnahmen, ein Sturm der Entrüstung. Dreizehnhundert in Peking versammelte Literaten reichten im Frühjahr 1895 unter Führung der beiden Reformatoren K'ang You Weï und Liang K'i Tsch'ao beim Zensorat einen schriftlichen Protest ein, in dem sie Verlegung der Hauptstadt nach dem Innern, Bildung einer neuen Armee und Fortsetzung des Krieges forderten.[1]) Die Bewegung ist in Europa kaum bekannt, jedenfalls nicht der geringsten Beachtung gewürdigt worden, und doch flößte sie bei dem Anhange und dem Einflusse der Literaten der chinesischen Regierung die größten Besorgnisse ein, ja sie drohte sogar eine Zeit lang die ganze politische Situation zu gefährden. Der Friedensvertrag wurde allerdings unterzeichnet und ratifiziert, aber keine Schmach hätte in China bitterer empfunden werden können als die Demütigung gerade seitens der verachteten „Barbaren des Ostens", die in der geschichtlichen Überlieferung als plündernde Strandräuber lebten, denen China die Kultur geschenkt hatte, und die zum Dank dafür nun den Fremden nachliefen. Während man in den europäischen Nationen und ihrer Kultur immerhin etwas Großes und Achtung gebietendes sah, dem man auch die erlittenen Niederlagen auf Rechnung setzte, hatte man für dieses seit dem Altertum bekannte „gleisnerische Pygmäen-Volk" nur Haß und Verachtung. Das waren also die Empfindungen, die die Japaner nach dem Kriege in China vorfanden, und wenn man bedenkt, in wie kurzer Zeit sie dieselben in ihr Gegenteil verwandelt haben, wie sie, in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse, gerade bei den Literaten ihr politisches Bekehrungswerk begannen und ihre schlimmsten Feinde von ehemals zu ihren eifrigsten Anhängern machten, so wird man dem klugen Volke seine Bewunderung nicht versagen können. Allerdings würden alle Geschicklichkeit und aller Fleiß die Japaner nicht so rasch zum Ziele geführt haben, hätten ihnen nicht die Gleichgiltigkeit und Verständnislosigkeit Europas — mit Ausnahme von Rußland — in die Hände gearbeitet.

Gleich nach dem Abschluß des neuen Handelsvertrages im September 1896 begann die japanische Regierung ihre Handelsbeziehungen zu China in großartigem Stile zu erweitern. Von dem in einem Zusatz-Protokoll vereinbarten Rechte auf national-japanische Niederlassungen (Konzessionen) in allen geöffneten Häfen, insbesondere aber in Schanghai, Tientsin, Amoy und Hankou, wurde sogleich (mit Ausnahme von Schanghai) Gebrauch gemacht, neue japanische Dampferlinien an den chinesischen und koreanischen Küsten, sowie auf dem Yangtsĕ traten mit Hilfe staatlicher Subventionen ins Leben, eine Menge kleiner Gewerbetreibender und Handwerker, aber unter Fernhaltung des Kuli-Elements, flutete in die Hafenplätze, und die Einfuhr japanischer Waren wurde durch Gründung eigener Banken in China, durch Bildung von Handelsgesellschaften und Handels-

[1]) Vergl. oben S. 27.

kammern, sowie durch Verbilligung der Frachtsätze überall gefördert. Der wesentlichste Anteil an dieser Bewegung aber fiel, neben dem tüchtigen, sprachlich geschulten und mit den Anschauungen des Landes vertrauten Beamtenpersonal der Gesandtschaft und der Konsulate,[1]) dem oben genannten Bunde der *T'ung wên hui* zu. Die gemeinsame Schriftsprache (*wên* bedeutet wörtlich „Schriftsprache", „Literatur") machte hierbei den ersten Vermittler. Aus den Schriften der chinesischen Reform-Partei wissen wir, einen wie großen Einfluß die Lektüre japanischer politischer, nationalökonomischer und geschichtlicher Werke, zum Teil Übersetzungen aus europäischen Sprachen, schon auf die Ideen und Pläne der Leiter der Bewegung von 1898 gehabt hat. Gerade bei K'ang You Weï, Liang K'i Tsch'ao und ihren Anhängern, also bei denen, die wenige Jahre früher den Entrüstungsturm gegen Japan entfacht hatten, begann denn auch das Werk der Versöhnung erfolgreich einzusetzen. Ihr Hinweis auf Japan, auf seine moderne Umformung und seine dadurch möglich gemachte, von der chinesischen so gänzlich verschiedene Stellung Europa gegenüber mußte in China viel zu denken geben. Die Reformatoren hatten daher an einflußreichen Kreisen Japans, sowie an seinen Vertretern in China einen Rückhalt, der ihnen in der Stunde der Gefahr von großem Nutzen wurde und dies auch heute noch ist. Liang K'i Tsch'ao erzählt in seinem interessanten Werke „Geschichte der Staatsreform und ihrer Reaktion im Jahre 1898", wie er selbst sich vor dem Pekinger Blutbade im September 1898 mit den Dokumenten und Büchern der Partei in die japanische Gesandtschaft und von da nach Japan flüchtete, wie aber sein politischer Freund, der begabte T'an Ssë T'ung, einer der Vertrauten des Kaisers, dem Drängen der Japaner, die ihm dasselbe Asyl boten, nicht nachgab, sondern vorzog, den Märtyrertod zu sterben.[2]) (Er wurde am 25. September ergriffen und am 28. enthauptet.) Auch die anderen Führer der Reform-Ausschüsse, die sich nach Japan gerettet hatten, fanden dort bereitwillige Aufnahme und konnten von da aus ihre im Lande gedruckten Schriften, die zum Teil einen fanatischen Haß gegen Europa predigten, unschwer in China verbreiten. So fanden sich also auf dem Boden der gemeinsamen Schrift und der gemeinsamen Abneigung gegen das Abendland die Gegner von ehemals wieder, und es ist ein naheliegender Gedanke, daß aus dieser Gemeinsamkeit der Interessen heraus, unter Mitwirkung der chinesischen Reformatoren, der ostasiatische Kulturbund entstand. In dem Prinzen Konoye, Präsidenten des japanischen Oberhauses, einem Politiker von extrem panasiatischer Richtung, und dem Baron Nagaoka fanden sich die geeigneten Persönlichkeiten für die Ämter eines Präsidenten und Vizepräsidenten.

[1]) Diese Eigenschaften finden sich im deutschen Dienst leider nur bei den wenigen Konsuln, die ehemals Dolmetscher waren, und bei diesen selbst. Kenntnis der Landessprache gilt bei der Bureaukratie des Auswärtigen Amts immer noch als etwas Überflüssiges für höhere Beamte.

[2]) S. oben S. 89f.

Unter Beachtung des in den Schriften der Reformatoren immer und immer wieder ausgesprochenen Grundsatzes, daß die Macht eines Volkes in letzter Linie auf seiner Bildung und seinem Wissen beruhe, begann die *T'ung wên hui* ihre Arbeit damit, auch in China das Niveau der allgemeinen Erziehung und Aufklärung zu erhöhen oder richtiger in modernem Sinne umzuformen. Zu diesem Zwecke gründete sie, ebenso wie in Korea, neue Schulen oder übernahm solche, die bereits bestanden; ferner schuf sie eine Anzahl chinesischer Zeitungen, ließ japanische Werke in chinesischer Form verbreiten und lieferte Hilfskräfte für Übersetzungsanstalten, die mehrfach von den Provinzial-Regierungen eingerichtet waren, und in denen europäische Wissenschaften den Chinesen zugänglich gemacht werden sollten; auch schickte sie zahlreiche Japaner zu Studienzwecken nach China und zog chinesische Studenten nach Japan, stets darauf bedacht, den Geist der Versöhnung, zugleich aber auch das Rassebewußtsein und die nationale Selbstachtung zu wecken. So entstanden außer der großen *Dōbun schoin* (d. h. „Schule der gemeinsamen Literatur" oder „Kultur") in Tokyo, wo chinesische Schüler für die höheren technischen Lehranstalten vorbereitet werden, Schulen in Nanking, Futschou, Amoy, Swatow, später auch in Pao-ting fu und vielleicht noch an anderen Orten. Von den Zeitungen der Gesellschaft ist an erster Stelle ihr Schanghai-Organ, die *T'ung wên Hu pao,* zu nennen, die in rein chinesischer Sprache täglich erscheint, sich aber ganz als japanisches Blatt gebärdet, neben wertvollen Informationen viel törichten Klatsch bringt und vor allem die Russen und Deutschen bei den Chinesen verhaßt zu machen sucht.[1]) Im Mai 1901 wurde in Schanghai das große *Tung-Ya t'ung wên schu-yuan* („Studien-Anstalt der gemeinsamen Kultur Ostasiens"), in dem etwa 170 Japaner für kaufmännische und politische Berufe in China ausgebildet werden, in einem eigenen neuen Gebäude feierlich eröffnet. Zu der Einweihung waren nicht nur die chinesischen Provinzial-Regierungen eingeladen, sondern auch die europäischen Konsuln und andere angesehene Persönlichkeiten wohnten ihr bei. Die großen Provinzial-Satrapen waren zwar nicht persönlich erschienen, ließen sich aber durch Beamte vertreten und hatten außerdem besondere Glückwunsch-Schreiben übersandt. Mit den bei solchen Gelegenheiten gebrauchten Redewendungen darf man es zwar im Orient vielleicht noch weniger genau nehmen als im Okzident, indessen scheinen diese immerhin wohlüberlegten Schriftstücke nicht ohne Bedeutung zu sein. So schreibt der inzwischen verstorbene Liu K'un Yi, damals General-Gouverneur in Nanking, nachdem er auf die Bedeutung des Unterrichts und der Aufklärung für Japan seit seiner politischen Umformung hingewiesen:

„Darum zeigt sich in den Regierungs-Methoden Ihres Landes ein unablässiger Fortschritt. Und wenn Sie sich in Güte zu unserem Lande herniederneigen, wie eine Mutter zum Kinde, so können wir in dankbarer Achtung Ihnen versichern, daß es unser eifrigster

[1]) Die Zeitung ist seit etwa drei Jahren eingegangen.

Wunsch ist, Ihnen nachzustreben. Schon vor Jahren habe ich beim Throne beantragt, junge und energische Chinesen, die entschiedene und aussichtsvolle Fähigkeiten haben, auszuwählen und zu Studienzwecken nach Japan zu entsenden". Ferner Tschang Tschi Tung, General-Gouverneur in Wutschang: „Möge die Eröffnung dieser Lehranstalt die Förderung der Wissenschaft und die Stärkung des ostasiatischen Zusammenschlusses zur Folge haben. Mögen gründliche und gewissenhafte Erziehungs-Grundsätze darin walten, daß Wissen und Charakter zu schöner Einheit sich zusammenfügen. Dann werden nicht nur die Fähigkeiten der einzelnen beständig wachsen, sondern es wird auch die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern immer inniger sich gestalten; das aber wird in Wahrheit Segen für den Osten bedeuten". Deutlicher noch ist Yü Lien Yuan, Gouverneur von Tschekiang: „Möge diese Schule dazu beitragen," so schreibt er, „daß der tüchtigen Männer beständig mehr werden, wie die Sonne sich erneut und der Mond sich verjüngt, daß die Entschlossenheit und das Selbstbewußtsein Ostasiens wachsen, der Begehrlichkeit und dem Andrängen Europas aber ein Halt geboten werde."

Aber auch in anderer Gestalt begann die Saat zu sprießen. Nachdem man die Chinesen zu der Erkenntnis gebracht hatte, daß ihnen die europäischen Wissenschaften in der japanischen Form viel leichter zugänglich seien als in der fremden, war es nur natürlich, daß bei der in China versuchten Neuformung des Unterrichtswesens diese Erkenntnis einen starken Einfluß übte. Das Edikt vom 10. Juli 1898, das außer der Universität in Peking[1]) auch die Errichtung neuer Schulen verschiedener Grade in den Provinzial-Städten anordnete, ist eine von den wenigen Maßregeln des Kaisers, die die Reaktion überlebt haben, und seinem wesentlichen Inhalte nach die folgenden Jahre hindurch in Kraft geblieben. Die Provinzial-Regierungen, die für die Beschaffung geeigneter Lehrkräfte Sorge tragen mußten, wandten sich teilweise an europäische und amerikanische Missionare, größtenteils aber an Japan durch Vermittlung der *T'ung wên hui*. Mit den Missionaren machte man vielfach ähnliche üble Erfahrungen wie mit anderen Europäern auf anderen Gebieten; sonstige sprach- und landeskundige Ausländer waren nicht vorhanden, und so kam denn ein ernstlicher Wettbewerb für Japan auch gar nicht in Frage. Vor allem waren es die General-Gouverneure Liu K'un Yi, Tschang Tschi Tung und Yuan Schi K'ai, die die Anlehnung an Japan auf diesem wie auf manchem anderen Gebiete befürworteten, und zunächst japanische Lehrer für ihre Schulen engagierten. (Yuan Schi K'ai, den General-Gouverneur von Tschili, für sich zu gewinnen, mag für die Japaner ein besonderer Triumph gewesen sein; denn er war vor dem Ausbruch des Krieges als diplomatischer Agent Li Hu Tschang's in Korea ihr erbittertster Gegner und ist jetzt vielleicht ihr einflußreichster Freund.) So wurden

[1]) Diese Gründung war ein gänzlicher Mißerfolg. Aus dieser „Vor-Universität" heraus wird jetzt die „Reichs-Universität" entwickelt.

außer einer größeren Anzahl anderer Lehrer im Herbst vorigen Jahres die Professoren Hattori, Watanabe, Morimoto und Tono zur Neuordnung des Unterrichtswesens in den Provinzen Tschili, Hupeï, Hunan und Ssĕtschuan nach China berufen. Auch China seinerseits entsandte einen Vertreter der Pekinger „Universität" nach Tokyo, der das japanische Unterrichtswesen studieren sollte. Wieviel japanische Lehrer in China wirken mögen, entzieht sich der europäischen Beurteilung; die oben erwähnte Zeitung *T'ung wên Hu pao* veröffentlichte am 20. Juli 1902 den Bericht eines Japaners über eine Reise von Tschungking nach Tschêngtu in Ssĕtschuan, worin der Verfasser erwähnt, daß er selbst dort im fernen Westen in mehreren Städten Landsleute von ihm als Lehrer angetroffen habe. Ähnlich haben sich die Verhältnisse im Militärwesen gestaltet. An die Stelle der deutschen Instruktoren, die früher in China mit ungleichem Erfolge tätig waren, sind fast ausschließlich japanische Offiziere getreten; auch hier waren es in erster Linie Tschang Tschi Tung und Yuan Schi K'ai, die sich der japanischen Hilfe bedienten. Im Herbst 1901 bereiste der auch in Berlin nicht unbekannte General Fukuschima den Yangtsĕ, anscheinend um die dortigen General-Gouverneure zu einer Armee-Reorganisation in größerem Stile durch die Japaner zu veranlassen. Einen direkten Erfolg nach dieser Richtung hin scheint die Reise allerdings nicht gehabt zu haben, wie denn eine solche Reorganisation auch vom Norden ausgehen dürfte, wo sich jetzt die ersten Anfänge zur Bildung einer zentralen Reichsarmee vorbereiten.[1]) Ob diese Armee mit dem Geiste erfüllt werden wird, den die Japaner für ihre Zwecke wünschen, läßt sich bei dem Spiel entgegengesetzter Kräfte in der Hauptstadt schwer beurteilen. Dagegen hat Fukuschima mit seinem zweiten Auftrage, den General-Gouverneuren und Gouverneuren der Yangtsĕ-Provinzen eine Einladung des Mikado zu den japanischen Manövern zu überbringen, mehr Glück gehabt. Von Wutschang, Nanking und Nganking (Anhui) wurde eine große Anzahl chinesischer Offiziere nach Japan entsandt, und der Eindruck, den die militärischen Schaustellungen, denen übrigens auch der koreanische Premier-Minister beigewohnt haben soll, auf die Gäste gemacht, kann jedenfalls kein ungünstiger gewesen sein; darauf deutet wenigstens die Tatsache, daß seitdem die Entsendung chinesischer Offiziers-Aspiranten auf die japanischen Kriegschulen, mit der Liu K'un Yi und Tschang Tschi Tung bereits im Jahre 1899 begannen, bedeutend ausgedehnt worden ist. Schon vor längerer Zeit wurde die Zahl dieser Zöglinge auf über 200 angegeben. So ist der japanische Einfluß auf allen Gebieten in China hervorgetreten: nicht nur auf dem kommerziellen und maritimen, sondern auch auf dem industriellen — z. B. in den großen Eisenwerken und Geschützfabriken Tschang Tschi Tung's zu Hanyang —, sowie auf dem der Verwaltung — z. B. in Peking, wo die Polizei von einem japanischen Beamten aus Tokyo organisiert wird — und auf dem

[1]) Diese Bildung ist jetzt erheblich weiter fortgeschritten. Vergl. oben S. 106 f.

der Finanz, — das große, von Yuan Schi K'ai vor kurzem angeregte Unternehmen, die Gründung einer Reichsbank und Einführung einer neuen Währung, soll ausgesprochenermaßen in Anlehnung an die Vorbilder Japans ins Werk gesetzt werden.[1])

Eine besonders wichtige Rolle spielt in den chinesisch-japanischen Beziehungen ein Moment, das vielleicht das bedeutungsvollste in dem ganzen Kultur-Ausgleich ist, an dem aber die japanischen Rassebestrebungen noch einmal ernstlich zu Schaden kommen können.[2]) Es ist dies das massenhafte Hinüberströmen chinesischer „Studenten" nach Japan. Schon oben war erwähnt worden, daß die Reformatoren der K'ang-You-Weï'schen Schule für eine Neugestaltung und Kräftigung des chinesischen Staatswesens besonders auf Japan als Vorbild hingewiesen hatten; sie waren es auch, die in Reden und Schriften unablässig zu Reisen ins Ausland, vornehmlich nach Japan, ermahnten, und schon damals, im Jahre 1897, begann infolgedessen eine Anzahl Anhänger der „neuen Lehre" in dem benachbarten Inselreiche die „westlichen Wissenschaften" zu studieren. Der Gedanke wurde von den Gouverneuren der Yangtsĕ-Provinzen aufgenommen, und wie wir gesehen, erwähnte Liu K'un Yi in seinem Glückwunsch-Schreiben ausdrücklich, daß er bereits vor langer Zeit die Entsendung chinesischer Studenten nach Japan auf amtliche Kosten beim Throne beantragt habe. Auch diese Anregung der verfemten Reformatoren hat die chinesische Regierung nie wieder fallen lassen, und fast sämtliche Provinzial-Regierungen, hauptsächlich die der Yangtsĕ-Provinzen, sowie die von Fukien, Tschekiang und Tschili, haben seitdem, besonders aber seit der „Boxer"-Periode, in immer größerem Maßstabe teilweise auf ihre Kosten Zivil- und Militärbeamte, sowie junge Aspiranten nach Japan entsandt, teilweise haben sie zu unabhängigen Studienreisen aufgefordert oder sie unterstützt. Im Juni vorigen Jahres hat sich eine besondere „Gesellschaft zur Beförderung von Studienreisen im Auslande" mit dem Sitze in Schanghai und Tokyo gebildet, die, wie aus ihren Statuten hervorgeht, lediglich Reisen nach Japan im Auge hat und sich der „Studenten" auf Wunsch bei ihrer Abreise von Schanghai wie bei ihrer Ankunft in den japanischen Häfen annimmt. Auch die *Tō-A dōbun kwai* ist natürlich eine stets bereite Vermittlerin für die nach neuem Wissen suchenden Chinesen und unterhält in Tokyo einen großen Klub mit Wohnräumen für ihre Schützlinge. Ende vorigen Jahres wurde die Zahl allein der in den Schulen von Tokyo befindlichen Chinesen auf über 700 angegeben; da auch in Kyoto sich viele aufhalten, so mag ihre Gesamtheit jetzt weit über 1000 betragen.[3]) Die Gründe für diese zunehmende Bevorzugung Japans als Bildungstätte Chinas sind nicht schwer zu sehen. Es sind einerseits die größere Nähe des Landes.

[1]) Es hat noch geraume Zeit gedauert, ehe mit der Ausführung dieses Unternehmens begonnen worden ist, und auch heute ist es noch zu einem großen Teile Theorie.

[2]) Das ist in der Tat auch später geschehen.

[3]) Die Zahl hat sich später auf über 10 000 erhöht.

die geringeren Reisekosten und die billigere Lebensführung in den dortigen Städten, anderseits aber auch die größere Ähnlichkeit der Lebensauffassung und das bessere Verständnis des chinesischen Geistes.

„Japan ist uns räumlich nahe," wird in der Denkschrift K'ang You Wei's vom Dezember 1897 [1]) ausgeführt; „die Gebräuche in seiner Regierung gleichen den unseren, seine politischen Normen sind für uns am verständlichsten, am brauchbarsten und am leichtesten einzuführen." Und ähnlich in der Denkschrift vom 29. Januar 1898: „Japans Religion und Sitten sind den unseren verwandt, Wohnung und Kleidung der Bevölkerung in Zuschnitt und Maß der unseren ähnlich, seine nützlichen Bücher können wir leicht kopieren usw."

Europa hat nichts getan, um dieser Tendenz entgegenzuarbeiten: eine im Jahre 1896 erfolgte Ankündigung Chinas, nach den großen Staaten des Westens eine Anzahl jüngerer Chinesen zur Ausbildung schicken zu wollen, wurde mit Gleichgültigkeit aufgenommen, und da man in China sah, daß von der Seite Hilfe oder auch nur Interesse für Kultur-Bestrebungen nicht zu erwarten sei, überwand man die seit Jahrhunderten überlieferte Abneigung gegen das Inselvolk und wandte sich Japan zu, das den Chinesen freilich — in jeder Bedeutung dieses Ausdrucks — näher lag.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß die Anschauungen, mit denen Tausende von intelligenten Chinesen im Laufe der Jahre in Japan erfüllt werden, die Form, in der man sie mit modernen Wissenschaften dort bekannt macht, und die Art, wie man sie lehrt, auf die weiße Rasse einerseits, auf das Land und Volk ihrer Lehrer anderseits hinzublicken, nicht ohne großen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in China, ja in ganz Ostasien bleiben können. Hier aber liegt auch die Klippe verborgen, an der, wie oben angedeutet, die chinesisch-japanischen Beziehungen bei mangelnder Vorsicht einmal einen gefährlichen Riß bekommen könnten. Was die chinesischen „Studenten" in Japan lernen, das sind nicht nur die neuen technischen Wissenschaften, es sind auch die politischen und sozialen Ideen eines gerade in diesen beiden Punkten noch völlig unreifen, aber sehr altklugen Volkes. Ein solcher politischer Doktrinarismus, wie er in den jugendlichen Köpfen hier gedeiht, und der von Volksvertretung, Partei-Ministerien und ähnlichen west-europäischen Begriffen phantasiert, ist mit dem chinesischen Staatswesen seiner ganzen Natur nach schlechterdings unvereinbar. Denn als notwendige Ergänzung gesellt sich zu ihm eine Verwerfung und Verachtung aller althergebrachten chinesischen Staatseinrichtungen, und es hängt nur von dem Temperament der einzelnen ab, daß dieses Gefühl zum gewalttätigen Umsturz-Fanatismus ausartet.[2]) Die Träger dieser Ideen können nach ihrer Rückkehr in die Heimat, wenn sie zahlreich genug sind, ein höchst gefährliches Element bilden: mit vorwitzigen Händen lösen sie die sittlichen Bande, die in China das Individuum fest an die Rechtsordnung der Familie und damit an die

[1]) Vergl. oben S. 31 ff.
[2]) Vergl. oben S. 94.

Rechtsordnung des Staates knüpfen, Bande, die durch Jahrtausende geheiligt sind, und die allein das feste Gefüge des chinesischen Staates ausmachen. Diese sittlichen Grundgesetze mögen veraltet und mit dem modernen Fortschritt nicht vereinbar sein, aber es ist ein gefährliches Unternehmen, sie heute plötzlich abschaffen und den europäischen Rechtstaat an ihre Stelle setzen zu wollen; zu ihrer Umformung und ihrem Ersatz gehören weise Vorsicht und eine zeitlich unbeschränkte Entwicklung. Der ungestüme Dränger wird Kräfte entfesseln, von deren Gewalt er vorher nichts geahnt hat, und die ihn selbst samt seinem Werke verschlingen können. Ein solch unbedachtes Vorgehen hat die Reform-Bewegung von 1898 zuschanden werden lassen und ihren hochbegabten Führern das Leben oder die Heimat gekostet; ein ähnlicher Versuch, in fanatischer Weise unternommen und vielleicht von einer fremden Regierung unterstützt, könnte unabsehbare Folgen haben. Es sind aber nicht bloß Japaner, die den Vertretern „Jung-Chinas" Unterricht in den Rechten des modernen Staatsbürgers erteilen, — auch die eigenen Landsleute der letzteren helfen dabei. Schon oben war erwähnt worden, daß mehrere Mitglieder der K'ang You Wei'schen Reform-Partei, vor allen Liang K'i Tsch'ao, sich nach Japan gerettet hatten; auch K'ang You Wei selbst ist später, jedenfalls zeitweilig, dort gewesen. Diese unruhigen Geister haben durch ihr Schicksal auch den letzten Rest von Objektivität verloren und predigen in Zeitungen und Flugschriften nicht bloß modernes Staatsrecht, sondern vor allem auch einen wilden Haß gegen die Kaiserin-Mutter und ihre Berater, gegen das reaktionäre und korrumpierte Beamtentum im allgemeinen und gegen die Mandschus im besonderen. Es sind dieselben Gedanken, die man täglich in der englischen Presse Chinas und ebenso in den Schriften derjenigen findet, die ohne eigenes Urteil aus dieser Presse abschreiben. Das Hauptorgan der Reformatoren in Japan ist die von Liang K'i Tsch'ao herausgegebene, in Tokyo erscheinende Zeitung *Ts'ing yi pao* (d. h. „Klare Ratschläge" oder „Ratschläge für die T'sing-Dynastie") oder, wie sie jetzt heißt, *Sin min ts'ung-lu* („Blätter für nationale Reform" [1]). Es ist klar, daß diese beständige Agitation, verbunden mit den sonstigen Einflüssen, auf die chinesischen Studenten ihre Wirkung ausüben muß, und die Beschreibung einer Versammlung der letzteren, die ein Augenzeuge gibt, gewährt ein bezeichnendes Bild: „Zum Teil in europäischer Tracht, den Zopf abgeschnitten, mit der Zigarette im Munde und einem blasierten Gesichtsausdruck," so wetterten diese Jünglinge in den maßlosesten Ausdrücken gegen die Einrichtungen ihres Landes.

In China ist man diesen Gefahren gegenüber nicht blind geblieben. Im Frühjahr 1902 hielt es der chinesische Gesandte in Tokyo, Ts'ai Kün, für notwendig, seine Regierung darauf aufmerksam

[1]) Es gibt jetzt eine ganze Anzahl von Zeitungen von und für Chinesen in Japan. Zu den am meisten gelesenen von ihnen dürfte die revolutionäre Zeitschrift *Min pao* von Tschang Ping Lin sein. Näheres über die literarische Tätigkeit der Chinesen in Japan findet man in den Berichten des „Bulletin de l'École française d'Extrême-Orient" Bd. VII, S. 455; Bd. VIII, S. 302 und 609.

zu machen und ihr zu empfehlen, von einer weiteren Entsendung chinesischer Studenten nach Japan abzusehen oder wenigstens bei der Auswahl vorsichtiger zu sein. Der Inhalt dieses an das Ministerium des Äußern in Peking und angeblich auch an die General-Gouverneure in Nanking, Wutschang und Kanton gesandten Berichts gelangte, mehr oder weniger entstellt, in die japanische Presse und rief hier leidenschaftlichen Widerspruch hervor. Es ist nicht uninteressant, die Anschauungen der besonnenen, nicht fanatisch-konservativen chinesischen Kreise kennen zu lernen, wie sie bei dieser Gelegenheit in der sehr angesehenen Zeitung *Schên pao*[1]) zum Ausdruck kamen. Das Blatt schrieb am 11. Mai 1902 in einem längeren Aufsatze unter anderem:

„Gerade jetzt, wo China von Unglück und Niederlagen heimgesucht wird, wünscht es besonders, Aufklärung zu verbreiten und die Regierung zu reformieren. Vorbedingung hierzu ist die Heranbildung tüchtiger Männer. Im Hinblick darauf nun, daß Japan mit uns dem gleichen Erdteil angehört, die gleiche Schriftsprache besitzt, und wir daher die Methoden für jene Reform von ihm weit leichter entlehnen können, hat man die Studierenden zu ihrer Ausbildung dorthin gesandt. Man gab sich dabei der Hoffnung hin, daß der lebendige Anblick zahlreicher guter Vorbilder solche Fähigkeiten heranbilden würde, deren die Regierung zur künftigen Verwendung bedarf. Nun erfährt man aber, daß die Reste der K'ang'schen und Liang'schen Clique sich in Japan verkrochen haben und dort beständig neue Anhänger-Scharen sammeln. Ihre Lehren bestehen in dem törichten Geschwätz von einer Gleichberechtigung der Volkshoheit und in dem wahnsinnigen Gerede von freier Selbstbestimmung und Aufhebung der Regierungsgewalt. Die Studenten mögen ursprünglich von zuverlässigem und festem Charakter, von ehrenhafter und gerader Gesinnung sein, sie werden der Regierung auch Dank wissen für die Wohltaten der Ausbildung, die sie ihnen zu teil werden läßt, und nach Beendigung ihrer Studien werden sie ihre Kenntnisse auch anzuwenden Gelegenheit erhalten. Wird diese Empfindung der Loyalität gegen den Herrscher und der Dankbarkeit gegen den Staat aber erst einmal beseitigt, so werden sie zwar vielleicht jene verworrenen Reden noch immer nicht in die Tat umsetzen, aber es ist zu befürchten, daß sie, die an Jahren noch jung und an Temperament noch unfertig sind, den Aufreizungen gegenüber nicht den nötigen Halt in sich finden und ihre anfängliche Gesinnung nicht unverändert bewahren. Wenn der Gesandte, mit diesen Dingen vor Augen und in der Besorgnis, die ganze Klasse der Studenten könnte von den verderblichen Lehren angesteckt und ihre ererbte Sorge um Herrscher und Staat über den Haufen geworfen werden, wenn er da in die Heimat berichtet, damit man das weitere Hinübergehen von Studenten verhindert, so hat er damit nur getan, was seine Pflicht war, und wie könnten wir wagen, ihm deshalb Vorhaltungen zu machen?"

[1]) Das Blatt hat seit 1905 seine konservative Richtung völlig geändert. S. unten den folgenden Aufsatz.

Wenige Tage nachdem diese Zeilen geschrieben waren, erhielt man in China ein kleines, aber sehr lehrreiches Beispiel von den Wirkungen der japanischen Erziehung. In der großen Stadt Hangtschou war, wie in vielen anderen Provinzial-Städten, eine „moderne" Schule eröffnet worden. Einige Senioren der Schüler hatten bereits in japanischen Schulen fremde Sprachen gelernt und verkündeten nun unter ihren Kommilitonen die Lehre „von der freien Selbstbestimmung", verlästerten ihre Vorgesetzten als „altmodische Bande" und höhnten ihre Unfähigkeit. Einer der Direktoren, der zur Ruhe mahnte, ward aufs gröbste beleidigt, und als einige Haupt-Unruhestifter ausgewiesen wurden, streikte die ganze Schar, verließ die Schule und zog beschwerdeführend zum Präfekten. Ähnliche Vorgänge spielten sich im Laufe des Jahres noch in mehreren anderen chinesischen Lehranstalten ab, so auch in Schanghai, wo die sogenannte Nan-yang-Schule, an der mehrere japanische Lehrer wirkten, infolge eines allgemeinen Schülerstreiks geschlossen worden ist. Aber auch in Japan selbst fand bald der Geist der Unbotmäßigkeit und Auflehnung unter den chinesischen Studenten einen stürmischen Ausdruck. Der Gesandte Ts'ai Kün, dessen Bericht übrigens, wohl infolge der von Japan erhobenen Einsprache, keinerlei sichtbare Wirkung gehabt hat, weigerte sich, mehreren seiner Landsleute die zur Aufnahme in eine bestimmte Schule in Tokyo notwendige Empfehlung zu geben. Infolgedessen drang am 28. Juli 1902 ein Haufe chinesischer Studenten in die Gesandtschaft ein, stellte den Vertreter ihres Landes in lärmender Weise zur Rede und brachte ihn schließlich in solche Bedrängnis, daß die japanische Polizei zu Hilfe gerufen werden mußte. Die Vorgänge wiederholten sich am folgenden Tage, und der Gesandte soll tatsächlich eine Zeitlang nicht gewagt haben, seine Wohnung zu verlassen. Als bald darauf der Vertreter Chinas bei den englischen Krönungs-Feierlichkeiten, Prinz Tsai Tschen,[1]) Japan auf der Rückreise passierte, wurde er von den Studenten in zudringlicher Weise gebeten, die Abberufung des Gesandten in Peking zu veranlassen. Inzwischen mochte aber der chinesischen Regierung bange geworden sein bei diesen immer deutlicher zu Tage tretenden japanischen Erziehungs-Ergebnissen, und unter dem 5. Oktober erschien ein Edikt der Kaiserin-Mutter, das in sehr vorsichtiger Sprache den Besuch Japans durch zahlreiche Studenten erwähnte und die General-Gouverneure und Gouverneure anwies, „intelligente und charakterfeste Kandidaten auszuwählen und unter Gewährung der nötigen Kosten nach den Ländern Europas zu schicken".[2]) Dies Edikt würde in Japan als eine Gefahr für seinen Einfluß vielleicht Beunruhigung hervorgerufen haben, wäre man nicht der völligen

[1]) Der Sohn des bekannten Prinzen K'ing (S. oben S. 126).

[2]) Zeitungsnachrichten zufolge sind vor kurzem acht chinesische Zöglinge der Militärschule zu Nanking mit ihrem Instrukteur in Deutschland eingetroffen. Sie sollen zunächst ihre Sprachkenntnisse vervollständigen und dann auf mehrere Jahre in die deutsche Armee eintreten. Man wird in dieser Maßregel eine Wirkung des obigen Edikts zu sehen haben. (Sie sind in Kassel ausgebildet worden und i. J. 1907 nach China zurückgekehrt. Vergl. unten den Aufsatz *Die politische Entwicklung in China usw.*

Gleichgültigkeit Europas, das jeder bewußten Einwirkung auf die Kultur-Entwicklung in China entsagt zu haben scheint, sicher gewesen; auch war jener Einfluß bereits so erstarkt, daß in der Tat in China eine japanische Partei entstanden war, die sich, wie die Wirkungslosigkeit des erwähnten gesandtschaftlichen Berichts und des Edikts vom 5. Oktober zeigte, nicht mehr beiseite schieben ließ. Aber eine Änderung in den Ärgernis erregenden Zuständen schien auch der japanischen Regierung wünschenswert; sie regte deswegen bei dem Prinzen Tsai Tschen eine schärfere Beaufsichtigung der chinesischen Studenten durch die Regierung in Peking an. Der Prinz schlug dem Throne vor, einen höheren Sonderbeamten nach Tokyo zu entsenden, der dort die Studenten unter seine Aufsicht nähme. Das Ministerium des Äußern, und zwar, wie es in seinem Berichte ausdrücklich sagt, im Einverständnis mit dem japanischen Gesandten, befürwortete diesen Vorschlag, und durch Edikt vom 31. Oktober ward ein solcher Studien-Direktor ernannt, „damit dem Streben eine Leitung zu teil werde und die Erziehung eine Förderung erfahre".

Die weittragende Wichtigkeit dieser ganzen Erziehungsfrage, die den Staaten des Abendlandes vollkommen verborgen zu sein scheint,[1]) ist Japanern wie Chinesen klar zum Bewußtsein gekommen, das zeigen schon die besorgten und warnenden Stimmen in China, die sich dort immer wieder vernehmen lassen, und die die Erziehung in Europa als die bessere empfehlen, während von Japan aus ebenso oft eine Widerlegung versucht wird. So heißt es in einer chinesischen Betrachtung des Edikts vom 31. Oktober:

„Dem geistigen Leben Europas entströmen beständig ohne Unterlaß neue Ideen, neue Methoden; wenn China nun immer erst warten will, bis Japan sich diese angeeignet, so gleichen wir einem Manne, der bei allem, was er tut, einen anderen bittet, voranzugehen, so daß er selbst niemals in die vorderste Reihe kommt."

Auch die Gefahren, die von den Umsturz-Ideen der Reformatoren und ihrer Propaganda in Japan drohen, werden immer aufs neue hervorgehoben. Dagegen schrieb vor wenigen Monaten die japanische *T'ung wên Hu pao:*

„Auf der Erde gibt es gar viele Länder, man kann aber nicht die Kultur des einen Landes als ein fertiges Ganzes auf ein anderes übertragen. Die Kultur der europäischen Länder ist gewiß gut, aber der Abstand von ihr ist zu groß, der Charakter der Bewohner völlig verschieden, die Sitten und Gebräuche sind anders gestaltet. Die Verpflanzung dieser Kultur kann keine harmonische Einheit geben. Wir Japaner haben zwar seit der Umformung unseres Staates unser Kultur-System den europäischen Ländern entnommen, aber wie viel haben wir nicht davon ausgeschieden, wie viel nicht verändert, bevor wir es brauchen konnten! Reformen für China sind in ausführlicher Weise erörtert worden, aber man wird niemals Europa übereilt und

[1]) Heute ist man auch in Amerika und Europa, schließlich sogar in Deutschland, zu einer Erkenntnis von der Wichtigkeit dieser Frage gelangt. (Vergl. oben S. 55).

in Bausch und Bogen kopieren können; dagegen gehört Japan mit China demselben Erdteile an, beide sind gleicher Rasse, Charakter der Bewohner wie Sitten und Gebräuche unterscheiden sich nicht sehr von einander.[1]) Nachdem Japan bereits die westliche Kultur durch Ausscheidungen und Veränderungen zum Gebrauch zugestutzt hat, kann China zunächst hier lernen und erproben, ein Vorteil, der keiner Erwähnung bedarf. Ferner aber werden durch die Studienreisen die Bewohner beider Länder zusammengebracht, sie fassen in ihrer Gesinnung Vertrauen zu einander, und so entsteht ein Verhältnis der Freundschaft zwischen beiden Staaten, dessen Vorteile zwar außerhalb der Fragen des Unterrichts liegen, die aber an sich ganz unermeßlich sind."

In etwas schärferer Tonart aber ließ sich das Organ der *Tō-A dōbun kwai* am 26. Juli 1902 vernehmen, d. h. zu der Zeit, wo die bedenklichen Ausschreitungen unter den Studenten schon im Gange waren und die skandalösen Auftritte in der Gesandtschaft sich vorbereiteten.

„Gegenwärtig sind die in China von privater Seite errichteten Schulen," so heißt es dort unter anderem, „noch ganz unvollkommen, und die von der Regierung errichteten stehen nur auf dem Papier. Man vertröstet sich damit, was heute keimt und sproßt, im anderen Jahre Blüten treiben zu sehen. Aber die Scharen der in Japan Studierenden hemmt man durch unberechtigtes Mißtrauen, verfolgt man mit falschen Anklagen, verleumdet man durch lügnerische Gerüchte. Was sollen diese Männer, denen man so die Füße bindet, einst ihrem Staate, was ihrem Volke sein? Darum soll man sie jetzt mit der größten Rücksicht behandeln, damit sie ermuntert werden, hierher zu kommen; und zwar soll dies nicht geschehen, weil die Studenten darauf hoffen, sondern einfach, weil es die Pflicht der Regierung ist. Und warum diese Rücksichtnahme? In China trennt eine tiefe Kluft die höher Stehenden von den tiefer Stehenden. Seit alter Zeit genießen dort die oberen Beamten eine Verehrung wie Götter, die unteren aber liegen im Staube wie Ungeziefer. Wenn man nun im Inlande den Rang-Gegensatz, im Auslande aber beständige Beaufsichtigung hat, so besteht nur ein sehr geringer Unterschied zwischen beiden; und wenn man die Studenten bindet mit der Schnur der amtlichen Aufsicht, so nimmt man ihnen alle Zuversicht" usw. Am Schluß aber heißt es: „Wie kann man uns entgegenhalten, daß wir einseitig Partei nehmen für die Studenten? In Wahrheit handelt es sich um das Eindringen des östlichen Einflusses (in China); hundert Aufgaben kann man hier mit einem Mittel lösen; die Unterrichtsfrage ist ihrer Bedeutung nach ein Haar, an dem tausend Gewichte hängen. Man sagt wohl, man will den Unterricht in China selbst organisieren, aber der Plan hat keine Aussicht auf Verwirklichung; oder man will die Studenten nach Europa und Amerika schicken, aber hierbei

[1]) Vergl. damit die oben (S. 70) erwähnte Äußerung des japanischen Staatsmannes Suyematsu.

sind die Kosten zu groß und die Schwierigkeiten zu zahlreich. Zum Glück ist nun Japan da, dessen Lehranstalten man besuchen kann, und abermals zum Glück hat sich die Sitte, in Japan zu studieren, bereits eingebürgert, so daß man nicht mehr aufzufordern und anzupreisen braucht. Da wir nun die günstige Gelegenheit haben, so wollen wir sie mit Vorteil benutzen. Wir fürchten aber, daß die eben sprossenden Sträucher von Kühen und Schafen abgefressen, die treibenden Blüten von Wind und Regen zerstört werden. Wie wir im Kriege niemals auf etwas zu hoffen haben,[1]) so werden wir wohl auch in dem Kampfe um den Unterricht schließlich nichts erreichen!"

Man sieht, wie die Wichtigkeit der Frage in Japan in ganz anderer Weise erfaßt worden ist als in Europa. Daß die chinesischen Staats-Einrichtungen in ihrer jetzigen Form nicht mehr bestehen bleiben können, weiß jeder, im Westen wie im Osten. Ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß die moderne Umformung dieser Einrichtungen nur möglich ist, wenn es gelingt, die heranwachsenden Generationen zu modernem Denken zu erziehen. Dieser Aufgabe nun, von deren Lösung so ungeheuer viel abhängt, hat man bei uns in politischem Sinne überhaupt keine Beachtung geschenkt; man hat vielmehr, unberührt durch die in muhammedanischen Kulturländern gemachten Erfahrungen, stillschweigend zugegeben, daß sie mit der religiösen Propaganda nicht bloß verknüpft, sondern verschmolzen wurde, d. h. man hat die Arbeit ausschließlich den christlichen Missionaren überlassen, die, wie nicht anders zu erwarten war, im allgemeinen sich als vollkommen ungeeignet dafür erwiesen haben. Es ist hier nicht der Ort, auf die Missionstätigkeit des näheren einzugehen; nur soviel mag gesagt sein, daß der Missionar, der den Chinesen nicht bloß das christliche Dogma, sondern auch „die Kultur" bringen wollte, in dem eigenartigen religiös-politischen Staatswesen Chinas sehr bald zu einem politischen Faktor werden mußte und geworden ist. Seine Tätigkeit erscheint den Chinesen als eine wesentlich politische, und zwar als eine solche, deren Ziel die Zerstörung der Grundfesten ihres Staatswesens ist.[2]) Es war ein verhängnisvoller Fehler der europäischen Regierungen — Rußland abermals ausgenommen —, diese Bedeutung der Missionstätigkeit nicht zu erkennen oder aber, wo sie erkannt war, sie zu benutzen, demgemäß den Missionaren eine privilegierte Ausnahmestellung zu erzwingen und sie einen politischen Einfluß ausüben zu lassen, über dessen Art und Umfang keinerlei Kontrolle besteht.[3]) Auf diese Weise hat man den europafeindlichen Rasse-Bestrebungen der Japaner in China den Boden

[1]) Das bezieht sich auf den europäischen Einspruch nach dem Frieden von Schimonoseki.

[2]) Vergl. oben S. 9 und 64 ff.

[3]) Gerade für Deutschland, das in die Missionsfrage vielleicht noch am wenigsten verwickelt ist, würde sich bei der Unterrichtsreform in China ein reiches Feld der Wirksamkeit geboten haben, wenn man den Eifer, mit dem man einst die Lieferung von Militär-Instruktoren betrieb, deren Erfolge doch nur ganz vorübergehende sein konnten, später auf die Entsendung geeigneter wissenschaftlicher — aber nicht missionierender — Lehrer verwandt hätte. (Das ist während der letzten Jahre auch geschehen.)

geebnet, man hat dem Lernbedürfnis der Chinesen den Weg nach Westen versperrt und es gezwungen, sich trotz seiner Abneigung nach Osten zu wenden, wo allein ihm Belehrung ohne Bekehrung zu teil wird. Man kann ermessen, wie groß diese Abneigung gewesen sein muß, wenn man bedenkt, daß die Chinesen trotz allem gesagten einige christliche Missionare als Lehrer an die neuen staatlichen Schulen beriefen. Die Undurchführbarkeit dieses Schrittes wurde freilich sehr bald offenbar. Für sämtliche Schulen besteht die Verordnung, daß an gewissen Tagen von den (chinesischen) Lehrern und Schülern vor der Gedenktafel des Konfuzius rituale Zeremonien zu vollbringen sind. Diese Zeremonien, die für den chinesischen Literaten etwas ganz Selbstverständliches sind und durchaus nur dem nationalen, nicht etwa religiös-dogmatischen Charakter der Schule entsprechen, wurden von den Missionaren — ob mit Recht oder Unrecht, darüber herrscht unter ihnen selbst keine einheitliche Ansicht — für Götzendienst erklärt; sie verlangten für ihre christlichen Konvertiten, die die Schulen besuchten, Befreiung von den ritualen Handlungen und machten die Gewährung dieses Verlangens zur Bedingung für ihr eigenes ferneres Verbleiben an den Schulen. Die chinesische Regierung hat sich, bei aller sonstigen Inkonsequenz, auf ein Paktieren über diesen Punkt nicht eingelassen: sie stellte den christlichen Chinesen die Wahl, entweder an den nationalen Zeremonien teilzunehmen oder die Schulen zu verlassen. Daraufhin legten die Missionare — es waren ihrer nur wenige — ihr Lehramt nieder. Japan hielt mit seiner Ansicht über diese Frage nicht zurück. Gelegentlich eines Spezialfalles in Tsi-nan fu, der Hauptstadt von Schantung, schrieb das Organ des „Ostasiatischen Kulturbundes“ am 25. September 1902:

„Sind etwa die, welche die Lehren des Katholizismus oder Protestantismus angenommen haben, keine chinesischen Untertanen mehr? Wenn auch jene Lehren anderen Staaten angehören, so bleiben ihre Bekenner doch unter allen Umständen Angehörige Chinas. China aber hat sein eigenes angestammtes Lehr-System, und dieses angestammte Lehr-System ist das des Konfuzius. Würden denn nun wohl die abendländischen Staaten, so fragen wir diese, die doch auch ihr eigenes angestammtes (religiöses) Lehr-System haben, würden sie geneigt sein, dieses zu beseitigen und eine andere Lehre dafür verbreiten und verehren zu lassen?“ Und ferner: „Katholische und protestantische Chinesen sollen zwar der übrigen Bevölkerung durchaus gleichstehen, aber wenn sie sich weigern, Konfuzius Verehrung darzubringen, so stehen sie ihr eben in Wahrheit nicht mehr gleich. Handelt es sich nun um chinesische Schulen oder um europäische? Und die Männer, die in den Schulen herangebildet werden, sollen die später in China verwendet werden oder in Europa? In dieser Frage der Verehrung des Konfuzius war also ein ängstliches Nachgeben des Gouverneurs Tschou Fu (von Schantung) gänzlich ausgeschlossen. Diese Verehrung des Konfuzius braucht nicht immer eine persönliche Liebe und Hochschätzung auszudrücken, aber sie ist das Sinnbild für Loyalität und Vaterlandsliebe; darum halte man fest an dem angestammten Lehr-

System, denn dieses nur kann den nationalen Grundcharakter vor dem Untergange bewahren."

Diese Auffassungen sind denn auch in den chinesischen Schulen der *T'ung wên hui* praktisch zur Geltung gekommen; so hat z. B. das Reglement der Schule von Swatow in seinem dritten Teile einen besonderen Artikel über die von den Schülern zu beobachtenden ritualen Zeremonien vor der Tafel des Konfuzius.

Aus allen diesen Mitteilungen ersieht man, wie schnell in der japanischen Seele China gegenüber das Gefühl des Siegers dem der Rasse-Gemeinschaft Platz gemacht hat. Ungemischt kommt freilich das letztere in der japanischen Politik auch nicht zur Geltung, aber das liegt an der Macht der Verhältnisse. Allein den abendländischen Ansturm abzuwehren und Ostasien für die Asiaten zu retten, vermag das kleine Land natürlich nicht; seine Rassegenossen auf dem Festlande sind für absehbare Zeit noch militärisch wertlos. Aber in seiner Doppelstellung, in der Japan teils die Politik des gelben, teils des weißen Mannes zu befolgen genötigt ist, hat man sich nach den Grundsätzen der letzteren, ähnlich wie gewisse Westmächte, eine japanische „Einfluß-Sphäre" in der Provinz Fukien,[1]) Formosa gegenüber, gesichert und, da Japan an kapitalkräftigen Handelsunternehmungen noch arm ist, sich künstliche „Interessen" geschaffen, teils durch subventionierte Dampferlinien, teils durch Ansiedlung einer Menge kleiner Gewerbetreibender, Krämer usw. Diese kleinen japanischen Ladenbesitzer finden sich übrigens — und das gilt auch für andere Provinzen als Fukien — nicht nur in den Vertragshäfen, sondern auch in den Städten des Inlandes, wo sie gar keine vertragsrechtliche Existenzberechtigung haben. Da sie aber völlig unter und mit den Chinesen leben, zuweilen auch chinesische Kleidung tragen, so nehmen die Provinzial-Regierungen im allgemeinen keinen Anstoß an ihnen; sie dürften jedoch nicht die unwirksamsten Träger japanischen Einflusses sein. Auf Grund des Art. IV des Handels- und Schiffahrts-Vertrages vom 21. Juli 1896, der den Japanern das Recht gibt, Kirchen usw. in China zu bauen, sind aber auch seit mehreren Jahren buddhistische Missionare aus Japan in der Provinz Fukien tätig.[2]) Man könnte sich hier zu der Annahme veranlaßt fühlen, daß man in Japan eine „Missionar-Frage" in China zu den Erfordernissen einer modernen Politik rechne, oder daß man beabsichtige, eine Satire zu der christlichen Missionstätigkeit aufzuführen. Die Antwort, die ein „neubekehrter" Chinese auf die Frage gab, warum er sich der japanisch-buddhistischen Kirche angeschlossen habe, enthält die nahe liegende Lösung: „Die französische Religion (Katholizismus)," so sagte der Mann, „verbietet uns den Ahnenkultus, ebenso die englische (Protestantismus); die japanische aber gestattet ihn uns und gewährt uns doch denselben Schutz." So sind es also die Verhältnisse, die Japan seine Doppelpolitik aufnötigen, und niemals mag das Mißliche

[1]) Vergl. oben S. 73.

[2]) Vergl. unten den Aufsatz *Die Propaganda des japanischen Buddhismus in China.*

davon deutlicher von ihm empfunden worden sein als während der Ereignisse von 1900. Als moderner Kulturstaat konnte Japan sich von dem Vorgehen der abendländischen Mächte nicht ausschließen, aber als asiatischem Volke muß es ihm schmerzlich gewesen sein, gerade bei einem solchen Rassenkampfe auf der weißen Seite zu stehen. Die Begeisterung für die Bekämpfung der „Boxer" ist denn auch in Japan niemals groß gewesen, und am 19. Dezember 1902 wurde im japanischen Parlamente der Antrag gestellt, die von China gezahlten Entschädigungs-Summen zur Stärkung des japanischen Einflusses auf dem asiatischen Kontinent zu verwenden.

In dem Maße nun, wie Japans asiatische Bestrebungen von Erfolg gekrönt wurden, hat sich auch der Kreis ihrer Wirksamkeit erweitert. Wirtschaftliche und, wenn möglich, auch politische Aufsaugung Koreas und Erfüllung des als Absatzgebiet so unendlich wichtigen Chinas mit japanischem Geiste mögen die ersten Programmpunkte jener Bestrebungen gewesen sein; seitdem hat man aber auch andere asiatische Länder in den Kreis der Berechnungen miteinbezogen. Dazu gehört in erster Linie Siam, doch fehlt es nicht an Anzeichen, daß die japanischen Hoffnungen auch auf die in abendländischem Besitz befindlichen indischen Staaten gerichtet sind. Nähere Beziehungen zwischen Japan und Siam scheinen schon im Jahre 1901 seitens japanischer Politiker vom Schlage des Prinzen Konoye, des Grafen Okuma u. a. ins Auge gefaßt worden sein. Unter Führung des genannten Präsidenten des „Ostasiatischen Kulturbundes", dem die Bestrebungen des letzteren wohl noch nicht weit genug gehen, hat sich in jenem Jahre in Tokyo die *Kokumin dōmei kwai*, d. h. „Nationaler Bund", gebildet, ein alljapanischer Verband, der seine Tendenzen in einer vierzehntägig in japanischer und englischer Sprache erscheinenden Zeitschrift, *Tōyō* („Der Osten"), verbreitet. Die Ergüsse dieses Organs, das „die Harpyen" Frankreich, Deutschland und Rußland warnt, Japans Geduld nicht zu erschöpfen, und für Japans Pflicht erklärt, die Leitung von ganz Ostasien im Kampfe gegen Europa zu übernehmen, verraten allerdings ein derartiges Stadium des politischen Größenwahns, daß man die Bestrebungen, die es vertritt, kaum noch ernst nehmen kann. Indessen ist der Hinweis dieser „Alljapaner" auf die Notwendigkeit eines näheren Anschlusses an Siam doch nicht ohne Wirkung geblieben; insbesondere scheint der Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses vom 30. Januar 1902 dem Gedanken förderlich gewesen zu sein. Nicht nur die französische Presse, sondern auch der Korrespondent des „Ostasiatischen Lloyd" in Bangkok berichten, daß die japanischen Bestrebungen in Siam, vielleicht auch in Annam und Kambodja von England unterstützt werden, schwerlich zur Freude der französischen Kolonial-Regierung von Indo-China.[1])

Im Juni 1902 erwarb ein japanisches Konsortium eine große

[1]) Die weitere „Entente"-Politik Englands und das französisch-japanische Abkommen vom 10. Juni 1907, in dem beide Parteien sich gegenseitige Achtung ihrer „Interessen" versprechen und die Integrität Chinas verbürgen, dienen vielleicht bis auf weiteres zur Zurückstellung mancher japanischer Bestrebungen. Vergl. oben S. 135.

Landkonzession bei Bangkok zur Entwicklung der Seidenzucht; Verhandlungen über den Eintritt japanischer Offiziere in die siamesische Marine wurden geführt, und für den Winter vereinbarte man einen Besuch des von England über Amerika zurückkehrenden siamesischen Kronprinzen[1]) in Japan. Im August berichteten japanische Zeitungen von dem Engagement eines hohen Justizbeamten aus Osaka als Beraters der siamesischen Regierung, und angeblich sollen diesem noch weitere japanische Beamte folgen. Der geplante Besuch des Kronprinzen hat in der Tat Ende Dezember 1902 und Anfang Januar 1903 stattgefunden und ist offenbar der Anlaß zu einer weiteren Befestigung der neuangebahnten Beziehungen geworden. Daß der Thronfolger überall im Mikado-Reiche die wärmste Aufnahme fand, bedarf kaum der Erwähnung; man hat aber auch seinen Aufenthalt benutzt, um eine neue japanisch-siamesische Gesellschaft zu gründen, die, wenn sie in die *Tō-A dōbun kwai* nicht direkt eingegliedert ist, sich zum wenigsten vollkommen an sie anlehnt. Die Gründer, unter denen sich eine Anzahl von Parlaments-Mitgliedern befindet, weisen in ihrem Aufrufe auf die gleiche Religion und die gleichen Überlieferungen beider Länder hin und geben als Zwecke der Gesellschaft, die ihren Sitz in Tokyo und Bangkok hat, folgende Punkte an: nähere gegenseitige Bekanntschaft zwischen Japan und Siam, Förderung des gegenseitigen Verständnisses für die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse beider Länder, gegenseitige geschäftliche Auskünfte über dritte Länder. Man sieht, es sind im wesentlichen dieselben Ziele wie die des „Ostasiatischen Kulturbundes"; nur ist ihre Fassung vorsichtiger; auch hat man es wohl aus naheliegenden Gründen für ratsamer gehalten, den Prinzen Konoye hierbei im Hintergrunde zu lassen. Eine weitere Folge des kronprinzlichen Besuches soll Zeitungsmeldungen nach eine bedeutende Verstärkung der siamesischen Kriegsmarine sein, die im Laufe von fünf Jahren nicht weniger als fünfundzwanzig Fahrzeuge verschiedener Gattung erhalten und ihre Ausbildung wohl unter der Leitung japanischer Offiziere vornehmen soll.[2])

Es hat nicht an gewichtigen Stimmen in Ostasien gefehlt, die vor den Gefahren eines maßlos gesteigerten japanischen Selbstbewußtseins warnten, aber bisher haben die verantwortlichen japanischen Staatsmänner noch immer zu kühles Blut gezeigt, als daß sie sich durch den Chauvinismus der Rasse dazu hinreißen lassen sollten, die ihnen zugedachte Rolle als „Retter Asiens" wirklich zu spielen. Dagegen entfalten japanische Reisende in neuester Zeit auch in anderen asiatischen Ländern, in der Mandschurei, der Mongolei, in Tibet, ja, sogar unter den halbwilden Völkerschaften an den Grenzen von Yünnan und Ssĕtschuan eine Tätigkeit, deren Spuren mannigfach erkennbar sind. Der Fürst der Karatschin-Mongolen (an der mandschurischen Grenze) hat in seinem Gebiete eine Schule nach japanischer Anleitung eingerichtet und befindet sich augenblick-

[1]) Er ist inzwischen im Oktober 1910 zur Regierung gelangt.
[2]) Diese Pläne sind in dem Maße nicht zur Ausführung gelangt.

lich in Japan zum Besuche der Ausstellung von Osaka.[1]) Das Organ des „Ostasiatischen Kulturbundes“ für China, die *T'ung wên Hu pao*, hat ihren Angaben zufolge Korrespondenten in allen Teilen des chinesischen Reiches bis weit nach Zentral-Asien hinein, und das russische Amtsblatt von Port Arthur, „Nowy Krai“, behauptete erst vor kurzem, daß japanische Agenten in der Mandschurei bestrebt seien, unter der Bevölkerung eine neue Bewegung gegen das Europäertum hervorzurufen. Es ist an sich nicht unwahrscheinlich, daß auch in anderen Gebieten japanische Einflüsse sich nach der Richtung hin betätigen.

„Die Pflichten“, schreibt die *T'ung wên Hu pao* am 15. Juli 1902, „die uns die Gemeinsamkeit der Rasse auferlegt, sind jetzt unzweifelhaft die wichtigsten für Japan. Unser Bestreben ist, die Integrität Chinas zu schützen und China mit Hilfe der Aufklärung stark zu machen.“

Zwei Wochen früher hatte ein anderes japanisches Blatt den Hoffnungen der neuen Großmacht erheblich deutlicheren Ausdruck gegeben:

„Gegenwärtig,“ heißt es da, „sind wir der Lehrer, und China ist unser Schüler; als unser Schüler aber kann es sich ruhigen Herzens und vorurteilsfreien Sinnes uns anvertrauen. Man hat sich nicht geschämt, von den Weisen des Altertums Belehrung zu empfangen, und in früheren Zeiten stieg auch in unserem Lande unter den verschiedenen Herrschern die Bildung des Volkes um so höher, je mehr das Verständnis für die Lehren jener Weisen sich ausbreitete, so daß eine sittlich hochstehende Kultur alles durchdrang. Es wird der Tag kommen, da die Welt sich wandelt, indem aus Ostasien heraus *ein* gewaltiges Reich mit neuer Kraft und glänzender Kultur hervorgeht. Und sollte dieser Tag noch fern sein? Wenn wir, die beiden mächtigsten Reiche des Ostens, die uns die Gleichheit der Kultur und die Gemeinsamkeit der Rasse verbindet, wenn wir uns überall helfen und fördern, wenn wir einen Bund schließen, daß wir uns in jeder Not einander beistehen, an Glück und Unglück gegenseitig teilnehmen wollen, dann werden wir imstande sein, den Vergewaltigungen Europas Widerstand zu leisten und kraftvoll alle Beleidigungen abzuwehren. In fernen Ländern freilich mag man darüber keine große Freude empfinden!“

Das vorstehend geschilderte Bestreben Japans, die alten Kulturstaaten Ost- und Süd-Asiens unter seiner Leitung zusammenzuschließen, sie in moderner Weise umzuformen und dann mit ihnen das Europäertum in jenem Weltteile wirtschaftlich und politisch zu vernichten, dieses Bestreben wurzelt in dem neuerwachten Rasse-Bewußtsein, und dieser Umstand bürgt für seine Stärke wie für seine Dauer. Wer die Vorgänge im fernen Osten auch nur oberflächlich verfolgt hat, muß sofort erkennen, daß die japanische Bewegung einen Gegenstrom hat in dem Vordringen des Slawentums vom Westen und Norden her. Seitdem diesem die Erkenntnis gekommen ist, daß sein

[1]) Auch der Fürst der Torgut-Mongolen (am mittleren Altai-Gebirge) hat von 1906 bis 1909 in Japan militärische Studien betrieben.

Weg zur Weltherrschaft zunächst nicht über Konstantinopel, sondern über die Gestade des Stillen Ozeans führt, scheint es seiner innerlichen Verwandtschaft mit dem Asiatentum wie einem natürlichen Drange zu folgen. Neues Leben in die alten Formen des letzteren zu gießen, die gewaltigen latenten Kräfte auf seine Art zu entwickeln und seinen Zwecken dienstbar zu machen, das scheint das letzte Ziel des russischen Genius zu sein. Man braucht nur die Aufsätze des Fürsten Uchtomski, des russischen Konoye, zu lesen, und man wird erstaunt sein über die Verwandtschaft seiner Ideen mit denen des „Ostasiatischen Kulturbundes". Früher oder später, auf die eine oder andere Weise, muß ein Ausgleich zwischen dem japanischen Strome und dem russischen Gegenstrome stattfinden; dieser Ausgleich kann erfolgen, indem eine der beiden Kräfte gelähmt und ausgeschaltet oder indem die eine von der anderen aufgenommen wird und so eine Verstärkung nach der einheitlichen Richtung bewirkt. Mehr als einmal hat die russische Presse Japan den Rat erteilt, „vernünftig zu sein", den Beruf Rußlands als Vor- und Schutzmacht Ostasiens anzuerkennen, und so wenig wie in China fehlt es in Japan an Stimmen, die diesen Gedanken weitertragen; noch tönen sie freilich kaum vernehmlich.[1])

Als eine schrille Dissonanz erscheint nun aber das Bündnis mit England, ein glänzender Beweis dafür (wenn es eines solchen noch bedürfte), daß mit Theorien keine Politik gemacht wird. Der Boden, auf dem sich die ungleichartigen Bundesgenossen zusammengefunden haben, ist nach allem Vorhergehenden leicht zu erkennen; es erhellt aber auch daraus, daß dieser Boden außerordentlich eng ist, daß sich das Bündnis darstellt als ein temporäres Notprodukt, lebensfähig bis zu dem Augenblick, wo der eben erwähnte Ausgleich erfolgt oder bis England seine Abfindung erhalten hat.[2]) Der ehemalige „Times"-Korrespondent in Ostasien, Valentine Chirol, schreibt vorahnend in seinem 1896 erschienenen Buche *The Far Eastern Question* (S. 151):

„Von keinem Volke kann man erwarten, daß es auf alle Träume von künftiger Vergrößerung ein für allemal verzichten soll, und der Tag mag kommen, wo Englands und Japans Wege im fernen Osten sich scheiden müssen. Aber die Besorgnis vor fernen Eventualitäten darf nicht die Möglichkeiten einer gegenwärtigen Zweckmäßigkeit verdunkeln. Für eine Zeitlang ist es zum mindesten wahrscheinlich, daß England und Japan parallele Straßen zu gehen haben werden."

Das Weitere bleibt abzuwarten.

---

[1]) Weder in China noch in Japan hat man vor 1904 die russische Macht in Ostasien für das hohle Gebilde gehalten, als das sie sich herausgestellt hat, (vergl. oben S. 50), und Japan hat es nicht an Bemühungen fehlen lassen, mit Rußland zu einer Verständigung über die Vorherrschaft in Ostasien zu gelangen. Vielleicht bedeuten die Abmachungen über die nördlichen Grenzgebiete vom 17. Juli 1907 und vom 4. Juli 1910 zwischen beiden Mächten ein Wiederaufnehmen jener älteren japanischen Gedanken, allerdings unter wesentlich veränderten, für Rußland ungünstigeren Verhältnissen.

[2]) Dieser Augenblick ist jetzt vermutlich nicht mehr fern, es sei denn, daß in England der Haß gegen Deutschland auch über die Bedenken gegen das japanische Bündnis hinweg hilft.

Die Propaganda des japanischen Buddhismus in China.

(Kölnische Zeitung vom 2. Juni 1905.)

Anfang März (1905) meldete die Petersburger Telegraphen-Agentur aus Peking, daß die chinesische Regierung durch das Eindringen zahlreicher japanischer Mönche in China sehr beunruhigt sei, die unter dem Vorwande religiöser Propaganda kämen, dabei aber den geheimen Zweck verfolgten, zu spionieren und die Bevölkerung gegen die Dynastie aufzureizen. Die Regierung von Peking habe den Ortsbehörden befohlen, an die japanischen Mönche keine Pässe auszugeben, unter dem Vorwande, daß japanische Propaganda in China vertraglich nicht vorgesehen sei. Die Nachricht scheint in Europa kaum ernstere Beachtung gefunden zu haben, und doch ist sie so wichtig, daß sie eine solche sogar in hohem Maße verdient. Wenn die seit Jahren nicht bloß in China, sondern auch in anderen Ländern Asiens betriebene Propaganda des japanischen Buddhismus bisher in Europa nicht in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt worden ist, so erklärt sich dies nur aus dem noch immer sehr mangelhaften Verständnis, das man hier dem innern Zusammenhange der politischen Vorgänge und Entwicklungen in Ostasien entgegenbringt.

Japan begann sehr bald nach dem Kriege von 1894/95 seine buddhistischen Glaubensboten nach China zu senden, und zwar zunächst nach der der neu erworbenen Insel Formosa gegenüberliegenden Provinz Fukien, die damals, zur Zeit der „Sphären-Politik", sein Anteil sein oder werden sollte.[1]) Die Motive, die diesem auffallenden religiösen Eifer zugrunde lagen, scheinen anfangs nur die gleichen Erwägungen gewesen zu sein, die für das Interesse der westlichen Mächte an der Tätigkeit ihrer christlichen Missionare in China mitbestimmend waren: man wollte sich, besonders innerhalb seiner „Einfluß-Sphäre", möglichst umfangreiche „Interessen" schaffen, um auf diesen fußend im gegebenen Augenblicke seine Ansprüche

[1]) Vergl. oben S. 49 und 73.

geltend machen zu können. Für diesen Zweck aber erschien die religiöse Propaganda als ein durchaus geeignetes Mittel, man hatte ihre Nützlichkeit an der Politik europäischer Mächte hinreichend zu beobachten Gelegenheit gehabt. Von jeher, jedenfalls aber seit dem Abschluß des englischen und französischen Vertrages von 1858, die beide die religiöse Toleranz zum Gegenstande einer politischen Forderung gemacht haben — eine Maßregel, über deren Weisheit man heute wesentlich anders denkt als damals —[1]) jedenfalls also seit 1858 hat man die christlichen Missionare mit oder ohne ihr Wissen und Einverständnis geeignetenfalls als Werkzeuge für politische Bestrebungen benutzt. Diese Politik mag zwar — und das bezieht sich nicht bloß auf China — zuweilen der Erreichung besonderer Ziele förderlich gewesen sein, sie hat aber das Christentum in Asien in nahezu hoffnungsloser Weise in Verruf gebracht. Japan fand sehr bald eine Gelegenheit, die neu eingeleitete Propaganda auf ihre politische Verwendbarkeit hin zu prüfen. Im Herbst 1900 wurde in Amoy (zur Provinz Fukien gehörig) auf bisher nicht völlig aufgeklärte Weise ein japanischer buddhistischer „Tempel", d. h. eine Lehm-Baracke von etwa 20 Quadratmeter Flächeninhalt, durch Feuer zerstört. Wenige Stunden später hatten die bereit liegenden japanischen Kriegsschiffe ihre Landungskorps ausgeschifft und den Vertragshafen besetzt. Erst den nachhaltigen Vorstellungen der europäischen Mächte, insbesondere Englands, gelang es, Japan zu bewegen, von der weiteren Ausnutzung dieses seines ersten „Missionar-Falles" abzustehen und seine Truppen zurückzuziehen. —

Inzwischen nahmen die Bestrebungen des im Jahre 1899 gegründeten „Ostasiatischen Kulturbundes" festere Formen an, und Japan, die Vormacht dieses Bundes, fing an, sich erheblich weitere Ziele zu stecken als die Schaffung einer „Einfluß-Sphäre" in einer einzelnen chinesischen Provinz.[2]) Unter diesen Umständen erhielt auch die buddhistische Propaganda eine etwas veränderte Bedeutung. Entsprechend den Grund-Ideen des „Kulturbundes", der in seinen Satzungen ausdrücklich „die Stärkung der national-asiatischen Kräfte" vorsieht, wollte man die buddhistischen Missionare nicht mehr in erster Linie als Erreger nutzbarer Zwischenfälle gebrauchen, sondern vielmehr als Träger der neuen Gemeinsamkeits-Momente; man wollte den Buddhismus, und zwar den Buddhismus national-japanischer Färbung, zu einem weiteren Bindegliede für die asiatischen Völker machen. Eine große allgemeine buddhistische Kirche auf der Grundlage einer erneuerten, der modernen Gegenwart Rechnung tragenden Bildung sollte diese Völker in sich aufnehmen und so als wesentlich asiatischer Kulturbau der sogenannten christlichen Kultur des Westens gegenüber gestellt werden. Zu diesem Zwecke fanden sowohl in Tokyo Zusammenkünfte buddhistischer Würdenträger aus Japan, China, Indien und Siam statt, als auch bereisten japanische Buddhisten Ost-,

[1]) Vergl. oben S. 9 und 65 Anm.
[2]) Vergl. oben S. 73 und 153.

Süd- und Mittel-Asien, um ihren Bestrebungen den Boden zu bereiten. In Indien scheinen dabei nähere Beziehungen zu der dort bestehenden „Mahâbodhi-Society", die verwandte Anschauungen vertritt, mit Erfolg angeknüpft worden zu sein. Einer dieser Agitatoren, Dr. Inouye Enryo, hat im vorigen Jahre (1904) nach seiner Rückkehr aus Indien in der japanischen Zeitschrift „Taiyo" seine Erfahrungen und Hoffnungen dargestellt. Er will Japan zum Mittelpunkte einer großen ethischen und religiösen Bewegung in Asien machen; nicht nur die politische, sondern auch die geistige Vorherrschaft soll das Reich des Mikado im Osten erlangen. Er schlägt deshalb vor, in Japan eine große konfuzianisch-buddhistische Universität zu gründen, und in Verbindung damit eine Akademie, die der Sammelpunkt der ganzen buddhistischen Welt werden und Zweig-Institute in Korea, China und der Mongolei unterhalten soll. Es ist natürlich von hier aus nicht zu beurteilen, ob und wie weit diese Auffassungen und Pläne in den maßgebenden politischen Kreisen Japans geteilt werden; daß sie aber in den Rahmen der allgemeinen nationalen Bestrebungen hineinpassen, unterliegt keinem Zweifel.

In China hat die Propaganda jedenfalls an Nachdrücklichkeit und anscheinend auch an Erfolg erheblich zugenommen. Und zwar ist ihr hier ein besonderer Umstand sehr zustatten gekommen. Im Jahre 1898, zu der Zeit, als die Reformatoren in Peking die Regierungsgewalt in ihren Händen hielten, verordnete ein Kaiserliches Edikt, daß der oft bedeutende Grundbesitz der buddhistischen Klöster ganz oder teilweise eingezogen und zur Errichtung moderner Schulen verwendet werden sollte. Dieses Edikt ist eins von den wenigen, die nach der Reaktion nicht wieder aufgehoben wurden, es ist sogar nach Beendigung der „Boxer"-Wirren im Jahre 1902 erneuert worden. Die Maßregel, so hart sie auch erscheint, ist keineswegs ohne Vorgang in der innerchinesischen Geschichte, und ihre formale Berechtigung läßt sich außerdem aus dem Staatsgesetz herleiten. Die ausgedehnten Ländereien der „Toten Hand" und das darauf schmarotzende Mönchstum sind den konfuzianischen Literaten und Beamten schon aus volkswirtschaftlichen Gründen immer ein Dorn im Auge gewesen, und sie haben ihrer Abneigung dagegen praktische Wirkung verliehen, wann immer sie eine Gelegenheit dazu hatten.[1]) Wie schon oft, so würde sich auch jetzt die buddhistische Kirche in das Unvermeidliche gefügt haben und jammernd mit dem zufrieden gewesen sein, was man ihr gelassen hätte, wenn ihr nicht diesmal ein Rettungsanker in Gestalt der japanischen Glaubensgenossen geboten worden wäre. Während sich die Einziehung des Kirchengutes anfangs im allgemeinen ohne ernste Schwierigkeiten vollzog, stieß sie Ende 1904 in der Provinz Tschekiang, der Nachbar-Provinz von Fukien, auf entschlossenen Widerstand. Hier hatten sich fünfunddreißig große Klöster zusammengetan und die

[1]) Reichen Stoff hierüber findet man in dem zweibändigen Werke von De Groot, *Sectarianism and Religious Persecution in China.*

japanischen Missionare um Hilfe gebeten. Offenbar auf den Rat der letzteren entsandten sie Vertreter nach Tokyo mit der Weisung, das Eigentum der Klöster unter den Schutz der großen und einflußreichen Kirche der Hongwanji zu stellen. Diese ging bereitwillig auf den Antrag ein, sie entsandte weitere Mönche nach Tschekiang, die wiederholt auf die chinesischen Behörden einzuwirken versuchten, und erklärte schließlich, bei Gelegenheit der Errichtung einer Gewerbeschule auf einem Teile der Tempel-Grundstücke eines Klosters in der Provinzial-Hauptstadt Hangtschou, daß dieses Kloster unter ihrem, d. h. japanischem Schutze stände. Ähnlich einer Flaggenhissung wurde diese Erklärung mit einer großen Feierlichkeit umkleidet, indem am 10. Januar 1905 unter Abbrennung von Feuerwerk eine mächtige Holztafel mit der Inschrift: „Allgemeine Kultus-Stätte der Kaiserlich Japanischen Schin-schū (d. h. „Wahre Schule") — Hongwanji-Gemeinschaft" über dem Eingang des Klosters angebracht wurde. Eine ungeheure Aufregung unter den Literaten und Beamten der ganzen Provinz war die Folge dieses Schrittes. Der japanische Konsul, mit dem sich der Gouverneur zunächst in Verbindung setzte, lehnte jedes Einschreiten ab, die japanischen Priester beriefen sich auf ihre von den chinesischen Behörden ausgestellten Pässe, und von Peking, wohin man sich beschwerdeführend gewandt, kamen ausweichende Antworten, die zwar eine derartige Einmischung in die Hoheitsrechte Chinas als unzulässig bezeichneten, anderseits aber Rücksicht auf die Mönche zu nehmen empfahlen. Alles was man durch diese Verhandlungen erreichte, war die Entfernung der Holztafel, das Schutzverhältnis selbst blieb bestehen. Die Vorgänge von Hangtschou wurden in den südlichen Provinzen das Signal für einen allgemeinen Widerstand des buddhistischen Klerus gegen die Maßregeln der Behörden. Nicht bloß in den Städten von Tschekiang widersetzten sich die Mönche der Hergabe ihres Grundbesitzes zu Schulzwecken, sondern auch in Fukien und Kuangtung, wo schon seit langem die japanische Propaganda tätig gewesen war, begannen die Klöster sich unter japanischen Schutz zu stellen, und die bereits bestehenden japanisch-buddhistischen Gemeinden erhielten eine bedeutende Vermehrung und Vergrößerung. In Kanton war der Geist der Widersetzlichkeit bereits so erstarkt, daß am 26. Februar 1905 eine auf Klosterland errichtete Schule von den ergrimmten Buddhisten vollkommen zerstört wurde.

Angesichts dieser bedrohlichen japanischen Einmischung machte schon am 10. Dezember 1904 die Zeitung *Schên pao*, das angesehene Organ des gemäßigt-fortschrittlichen Literatentums, auf die damit verbundenen schweren Gefahren für die Staatshoheit Chinas aufmerksam. Das streng konfuzianische Blatt führt aus, daß buddhistische und taoistische Klöster in China seit Generationen nicht bloß die Stätten sinnlosen Aberglaubens und frivoler Betrügereien, sondern auch Höhlen des Lasters und der Unzucht gewesen seien. Nur dem Einfluß der Mönche und ihrer albernen Erzählungen auf die weiblichen Familien-Mitglieder der Beamten und Notabeln hätten

die Klöster ihre Erhaltung und ihrer Reichtum zu verdanken. Sei es schon schlimm genug, wenn die buddhistischen Priester auf diese Weise sich im Inlande Schutz für ihr unsauberes Gewerbe verschaffen könnten, so müsse man es als eine unerhörte Frechheit betrachten, wenn sie sich an das Ausland um Hilfe gegen die Gesetze des eigenen Landes wendeten. Den Japanern könne man zwar nicht verwehren, „nach China zu kommen und hier die Religion ihres Landes zur Blüte zu bringen," aber an der Einziehung der Klostergüter könne das China selbstverständlich nicht hindern. Im übrigen sei zu befürchten, daß das japanische Vorgehen, wenn man es dulden wolle, einen großen Einfluß auf die Missionar-Fragen überhaupt ausüben würde. Es sei Schuld der Behörden, daß ein solcher Schritt wie der der Mönche von Tschekiang überhaupt möglich geworden wäre: hätten sie sofort die Anordnungen der kaiserlichen Edikte ausgeführt und nicht Monate und Jahre mit der Einziehung des Klosterlandes gezögert, so würden die Dinge niemals so weit gekommen sein. Auf diesen Artikel antwortete die *T'ung wên Hu pao*, das japanische Organ des „Kulturbundes", am 22. Dezember in sehr charakteristischer Weise. „Wenn China, so führt das Blatt aus, das Klostergut dazu heranziehen will, um Schulen zu gründen und Bildung zu verbreiten, so ist dies ein berechtigtes Unternehmen, gegen das sich nichts einwenden läßt. Und wenn Chinesen in die japanische Hongwanji-Kirche eintreten, um dort für ihr Eigentum Schutz zu erlangen, so würde das Verhalten dieser Kirche, selbst wenn das Mißtrauen, das man dagegen hegt, gerechtfertigt wäre, nur dem anderer unehrlicher und gewissenloser Religions-Gemeinschaften (d. h. der christlichen Missionen) entsprechen. Nun ist aber Japan mit China durch eine Freundschaft verbunden, die von keinem anderen Lande erreicht wird. Auch den Buddhismus hat Japan von China erhalten, es hat im Altertum zahlreiche Mönche nach China gesandt, um die buddhistische Lehre dort zu studieren. Wir Japaner haben dann alle unsere Kraft auf das Durchdringen dieser Lehre verwandt und haben ihr die edelsten unserer Eigenschaften zu danken. Die Hongwanji-Kirche erfüllt nur das Gebot Buddhas, wenn sie jetzt ihrerseits von den Früchten der Lehre an China abgibt. Wie einst die japanischen Priester in die chinesische Kirche eintraten, um die Lehre zu erfassen, so treten jetzt die chinesischen Priester in die japanische Kirche ein zu dem gleichen Zweck. Das ist ein Wandel der Dinge, wie die Geschichte ihn oft verzeichnet. Dazu kommt, daß der Buddhismus gegenwärtig in China am Boden liegt, und niemand da ist, der ihm Führer und Helfer sein könnte. Darum ist es Japans Pflicht, ihm ein Führer zu werden und Buddhas Gesetz wieder zu Ehren zu bringen, zum Vorteil der Kirchen beider Länder. Wo liegt hier ein Grund zum Mißtrauen, zur Verdächtigung? Hier handelt es sich um eine rein religiöse Frage. Wenn China dagegen Klostergut einziehen und für Schulzwecke verwenden will, so ist dies eine wirtschaftliche, eine innerpolitische Frage, die mit der religiösen nichts zu schaffen hat. Das aber können wir versichern: japanische Buddhisten werden

niemals das Beispiel anderer unehrlicher und gewissenloser Religions-Gemeinschaften nachahmen und sich unter dem Deckmantel der Religion in die Angelegenheiten der Regierung mischen. Wenn chinesische Mönche in die japanische Hongwanji-Kirche eintreten, so hat diese wahrlich bei der Aufnahme keine Hintergedanken. Beabsichtigen jene Mönche, im Vertrauen auf den Schutz der Hongwanji eine Maßregel der chinesischen Regierung zu vereiteln, so ist dies die Schuld der chinesischen Mönche, die japanische Kirche wird dadurch nicht berührt. Es ist eine Frage der Regierungsgewalt, die China nach chinesischem Gesetze regeln mag, die Hongwanji aber wird darum keinem Mönche die Aufnahme verweigern. Wenn man endlich geltend machen will, daß eine Missions-Tätigkeit, der Ankauf von Land und die Errichtung von Kultus-Stätten im Inlande durch japanische Buddhisten in dem japanisch-chinesischen Vertrage nicht vorgesehen sei, so ist dieser Einwand hinfällig, da die Meistbegünstigungs-Klausel Japan auch in dieser Beziehung dieselben Vorteile sichert, die andere Staaten genießen." — Man wird dem japanischen Journalisten das Zeugnis nicht verweigern können, daß er in Kasuistik das mögliche leistet. Die unbequeme *Schên pao* aber hat man mundtot gemacht, indem man sie — aufkaufte: seit Anfang Februar 1905 segelt das alte Literatenblatt unter neuer Führung im japanischen Fahrwasser, und seitdem schreibt es über die buddhistische Propaganda in wesentlich verändertem Stile. Nebenbei gesagt, hilft die Zeitung auch eifrig mit, die englischen und japanischen Hetzereien gegen das Deutschtum unter den Chinesen zu verbreiten.

Um die Bedeutung der japanischen Propaganda richtig würdigen zu können, muß man sich das Wesen und die Stellung der Hongwanji-Kirche in Japan vergegenwärtigen. Der Name Hongwanji d. h. „Tempel des ursprünglichen Gelübdes", bedeutet eigentlich nur die Kultus-Stätten der buddhistischen *Schin-schū*, d. h. der „wahren Schule oder Kirche." Die Kirche selbst wurde in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts von Schinran Schōnin gegründet, der ein Sohn des Prinzen Fujiwara war, und seitdem hat sich die Würde des Oberhauptes und Kirchenfürsten in gerader Linie bis heute fortgeerbt. Im Gegensatz zu allen anderen buddhistischen Schulen erlaubt nämlich die *Schin-schū* ihren Anhängern zu heiraten, und so geht in streng monarchischer Weise die oberste Würde unmittelbar vom Vater auf den Sohn über. Die Kirche ist jetzt in eine „östliche" und eine „westliche" geteilt, an der Spitze der ersteren steht Gen-nio Schōnin, ein Nachkomme des Gründers in der 23. Generation, an der der letzteren seit 1903 der Graf Otani Kozui, ein Nachkomme in der 26. Generation und ebenfalls ein Verwandter des kaiserlichen Hauses. Beide haben ausgedehnte Reisen in Indien, Kaschmir, Turkistan, Graf Otani auch in Europa gemacht. Die Kirchenfürsten erhalten vom Kaiser den Titel „Primas der Religion."[1]) Die nahen Beziehungen der Hon-

[1]) Eine kurze Geschichte der *Schin-schū*-Schule hat Hans Haas nach einem japanischen Werke gegeben in *Amida Buddha unsere Zuflucht* („Religions-Urkunden der Völker" Abt. II Bd. I) S. 15 ff. Auch das Lehr-System dieser Schule ist nach

gwanji zur Staatsregierung zeigen sich in charakteristischer Weise in ihrem Glaubensbekenntnis, wie es im Jahre 1876 neu herausgegeben ist,[1]) insbesondere in dem 10. Abschnitt, der den Titel „System des Laientums" führt. Man liest dort: „Wenn unsere Kirche auch keine Verbote und keine Ordensregeln aufstellt, so lenkt sie doch das Verhalten des einzelnen entsprechend den sozialen Beziehungen im Leben. Daher sind treue (Staats-)Diener, pietätvolle Kinder, pflichttreue Gattinnen und aufrichtige Freunde zahlreich in ihr." Und: „In die Schlacht ziehen und sterben durch Hieb oder Schuß heißt Treue. Sterben, um im Reiche des Heils wiedergeboren zu werden, heißt Glaube. Eine verdienstliche Tat also und zwei Belohnungen. Solange die Völker nicht schweigen von ihren Heeren, solange können wir unsere Sicherheit nicht erhalten, ohne zu kämpfen. Wer jetzt schon den Glauben erlangt, mit dem wird es auch in der Schlacht gut stehen. Denn für den Mann, der Glauben hat, bedeutet Tod in der Schlacht Wiedergeburt usw." Ferner: „Die Patriarchen haben gesagt: alle Menschen innerhalb der vier Ozeane sind Brüder. Nun nennen die Chinesen alle Ausländer Barbaren, und die Ausländer nennen China unzivilisiert. Beide haben unrecht. Die, die nicht die sozialen Beziehungen im Leben beachten, sind die Barbaren, ohne Rücksicht auf Heimat und Herkunft." Man sieht auf den ersten Blick, wie die Hongwanji bestrebt ist, einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Buddhismus, den Grundlehren des konfuzianischen Systems und den nationalen Eigenheiten des Japanertums. Die „sozialen Beziehungen" sind die, die Konfuzius gelehrt hat, und was „die Patriarchen" gesagt haben, ist ein Zitat aus den kanonischen Schriften der Konfuzianer,[2]) die Wiedergeburt durch Tod in der Schlacht aber entstammt dem nationalen Ehrenkodex des *Buschido*.[3]) Dieser neugeschaffene Buddhismus, den man allerdings kaum noch so nennen kann, verdankt seine Entstehung unzweifelhaft einem politischen Opportunismus. Denn nur in dieser Form kann er hoffen, in den kriegerischen, d. h. einflußreichen Kreisen des japanischen Volkes neuen, festeren Halt zu gewinnen und außerdem das konfuzianische China zu gewinnen. Wenn irgend etwas, so kann man die Hongwanji als die japanische Staatskirche ansehen, und wie der Gedanke der Gründung einer konfuzianisch-buddhistischen Akademie zeigt, ist ihr Ziel, die Rassenkirche der ostasiatischen Völker zu werden.

Original-Urkunden hier dargestellt. Vergl. auch James Troup, *The Gobunsho or Ofumi of Kenuyo Shönin* in den „Transactions of the Asiatic Society of Japan" Bd. XVII S. 101 ff.

[1]) Näheres hierüber in der Abhandlung von James Troup, *On the Tenets of the Shinshiu or „True Sect" of Buddhists* in den „Transactions of the Asiatic Society of Japan" Bd. XIV S. 1 ff. Troup meint, daß dieses Glaubensbekenntnis bereits mit Rücksicht auf eine Propaganda in dem konfuzianischen China verfaßt sei.

[2]) Aus *Lun-yü* XII, 5. Vergl. R. Wilhelm, *Kung-Futse, Gespräche* S. 121.

[3]) *Buschido*, d. h. „Pfad(Vorschriften) des Kriegers" ist ursprünglich die zuerst i. J. 1232 verfaßte Kodifikation der Pflichten und Rechten der Samurai (Lehensleute). Im Laufe der modernen (kriegerischen) Entwicklung in Japan ist der Begriff in erweiterter Form zu neuen Ehren gekommen. Vergl. L. Riess *Der Volksgeist Japans und der Buschido*, in der Zeitschrift „Asien" Jahrg. VI (1907) Heft 5—7.

Die Umstände haben es mit sich gebracht, daß die japanische Propaganda, indem sie die Mönche gegen eine von dem Literatentum ausgegangene Maßregel in Schutz nahm, sich zunächst in einen Gegensatz zu diesem gestellt hat. Indessen wird es ihr vermutlich, ebenso wie bei einer früheren Gelegenheit bald nach dem Frieden von Schimonoseki, nach einiger Zeit gelingen, diesen Gegensatz zu überwinden, sobald sie die Konfuzianer überzeugt haben wird, daß das neue Dogma ihren Anschauungen vollkommen Rechnung trägt, und daß die beiden Hauptärgernisse des Buddhismus, das wirtschaftlich unproduktive Zölibat und die Verneinung des ethisch-sozialen Grundprinzips der Pietät, aus diesem Dogma entfernt sind. Glückt es ihr, auf diese Weise und durch eine geschickte Benutzung der Abneigung gegen das christliche Missionswesen das Literatentum an sich zu ziehen, so wird ihr Einfluß und damit der des Japanertums überhaupt ein gewaltiges Stück vorwärts gebracht sein.[1])

Was die vertragsrechtliche Stellung der japanischen Propaganda betrifft, so ist die Frage, ob ihr die Vorteile, die die christlichen Missionen genießen, ohne weiteres kraft der Meistbegünstigungs-Klausel zukommen, keineswegs so über allen Zweifel erhaben, wie der Artikel der *T'ung wên Hu pao* annimmt. Übrigens haben sich früher die japanischen Vertreter den chinesischen Behörden gegenüber auch auf Artikel IV des Handelsvertrages vom 21. Juli 1896 berufen, wonach den Japanern in den geöffneten Häfen erlaubt ist, „Kirchen zu bauen, sowie Friedhöfe und Hospitäler anzulegen." Wie aber die „Tsingtauer Neuesten Nachrichten" jetzt aus Peking melden, hat der Gesandte Utschida von der Regierung alle dieselben Rechte für die japanische buddhistische Propaganda verlangt, die die christlichen Missionen genießen, und die Regierung hat diesem Verlangen stattgegeben.

Inwieweit die Tätigkeit der japanischen Missionare in China antidynastisch ist, wie es die Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur andeutet, läßt sich nur im Rahmen der japanischen Gesamtpolitik und im Hinblick auf ihre letzten Ziele in China beurteilen.

---

[1]) Bis jetzt ist der japanische Buddhismus diesem Ziele noch nicht viel näher gekommen, aber aussichtslos erscheint das Bestreben nicht. In neuerer Zeit hat man die Gewinnung des in Unwissenheit verkommenen und völlig einflußlosen buddhistischen Klerus in China aufgegeben und sich statt dessen dem gebildeten Laien-Element zugewandt. Die von Japan ausgehende Wiederbelebung und Neuorganisation des Buddhismus macht jedenfalls bei den asiatischen Völkern zusehends Fortschritte. Christliche Missionare, die den Buddhismus seit Jahren tot gesagt haben, leben unter einer großen Selbsttäuschung. Vergl. den Aufsatz *Ein buddhistischer Reformversuch in China* in „T'oung Pao" Bd. X S. 567 ff.

Die christliche Propaganda in China und einige ihrer Folgen.

(Kölnische Zeitung vom 10. November 1902.)

Aus China kommen seit mehreren Monaten fortgesetzt Berichte über die Stimmung der Bevölkerung im Inlande, die ernste Sorgen für die Zukunft erwecken müssen. Nicht nur zwischen den christlichen Konvertiten und ihren „heidnischen" Landsleuten, sondern auch zwischen den Anhängern der protestantischen und der katholischen Missionen hat sich die Gegnerschaft in einer Weise verschärft, daß an manchen Orten ein förmlicher Kriegszustand zu herrschen scheint, und überall eine Erbitterung erzeugt wird, die nichts Gutes für die Zukunft verheißt. Es besteht hier nicht die Absicht, in eine Erörterung des Wertes oder Unwertes christlicher Missionstätigkeit in China einzutreten, die Arbeitsmethoden der Missionare zu kritisieren, oder Betrachtungen über die Aussichten des Christentums in alten asiatischen Kulturländern anzustellen, wir wollen nur die Aufmerksamkeit auf gewisse Zustände lenken, die eine unmittelbare Folge der christlichen Propaganda sind, und durch die die Interessen des Kaufmannes wie des Politikers in sehr fühlbarer Weise berührt werden. Daß sich der Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus auf dem Felde der Missionstätigkeit verwischen sollte, ist nicht zu erwarten, es ist aber schlimm für die gemeinsame Sache, wenn er eine solche Schärfe annimmt, wie er es seit längerer Zeit in China getan hat. Die Beschuldigungen, ja Beschimpfungen, die von Missionaren beider Bekenntnisse in ihren Veröffentlichungen auf chinesischem Boden gegeneinander gerichtet werden — von mündlichen und sonstigen Unfreundlichkeiten ganz abgesehen — haben an Heftigkeit beständig zugenommen und bieten dem nicht beteiligten Europäer ein sehr unerfreuliches Bild. Während die Protestanten, meistens Engländer und Amerikaner, sich vor allem der in China erscheinenden englischen Zeitungen bedienen, um die Wirksamkeit ihrer katholischen Kollegen anzufeinden, zahlen ihnen die letzteren in den Druckschriften ihrer Missionen heim. So erschien

im vergangenen Jahre (1901) von dem inzwischen verstorbenen Jesuiten Gaillard in Schanghai ein Werk unter dem Titel *Nankin Port Ouvert*, das bei aller Fülle nützlicher Angaben sich als eine Schmähschrift leidenschaftlichster Art gegen den Protestantismus im allgemeinen und gegen die protestantischen Missionare im besonderen darstellt. „Wir wollen", so heißt es dort (S. 389), „den Schandfleck bei Seite lassen, der dem Ursprung des Protestantismus anhaftet; beständige Bemühungen haben es nicht vermocht, dieses schimpfliche Brandmal zu verdecken, dessen Kenntnis den Chinesen zu verschleiern man sich vergeblich bemüht hat", und drei Seiten weiter mit Bezug auf den protestantischen Missionar: „Welcher Widerwille, welche Ernüchterung, welche Züchtigung vielleicht, wenn er bekennen wird — und dieser Tag wird für jeden einst anbrechen —, daß er sich geirrt, daß er, mit Eifer zuweilen und um den Preis kostspieliger Mühen, daran gearbeitet hat, die Kirche zu zerstören, die von Jesus Christus gegründet ist, ihrer Ausbreitung entgegenzuwirken und die Chinesen zu Tausenden daraus zu vertreiben!" Wer protestantische Gegenleistungen kennen lernen will, der braucht nur die Spalten des in Schanghai erscheinenden „North China Herald" durchzusehen, wo er Material in Fülle findet. Erst in der Nummer vom 17. September 1902 legte der Prokureur des Missions Etrangères in Schanghai Verwahrung ein gegen Angriffe auf die katholische Mission in Ssětschuan. Oder man lese die bereits i. J. 1877 erschienene Broschüre von dem englischen Missionar Ross: *Chinese Foreign Policy*,[1]) in der der Verfasser den katholischen Priester in China der politischen Anmaßung beschuldigt, ihn verantwortlich macht für die Vergewaltigungen und Erpressungen, die mittelbar und unmittelbar von ihm verübt werden (S. 47), und ihn auffordert, „Titel abzulegen, die eine Lüge sind, und eine Macht, die auf Betrug beruht". (S. 49.) Nach solchen Äußerungen kann man sich eine Vorstellung von dem machen, was den Chinesen in der einen Mission über die Anhänger der andern gelehrt werden mag. Die Herde aber gibt dem Hirten an Eifer nichts nach, und so herrscht denn zwischen den einheimischen christlichen Gemeinden verschiedenen Bekenntnisses selten ein freundschaftliches Verhältnis, oftmals aber Mißtrauen und Eifersucht, und zuweilen sogar offene blutige Fehde. Vorgänge, wie die in der Präfektur T'ai-tschou fu bei Ningpo vor einigen Jahren, wo die Christen, zum Teil unter Anführung ihrer eigenen Missionare, eine Reihe offener Gewalttaten gegeneinander vollbrachten, so daß die „heidnischen" Behörden Frieden stiften mußten, oder Klagen wegen religiöser Verfolgung zwischen protestantischen und katholischen Parteien vor dem einheimischen Magistrat, wie im letzten Sommer bei Itschang in Hupeï, sind leider keine Seltenheiten mehr.

Während diese Zustände das Christentum als Religion in China

[1]) Ein Ergänzung dazu ist in der „Contemporary Review" vom Dezember 1900 erschienen.

auf das empfindlichste bloßstellen müssen, ist seit Niederschlagung der „Boxer"-Unruhen noch ein anderer Umstand in Verbindung mit der christlichen Propaganda in die Erscheinung getreten, der auch die Politik der Mächte, soweit diese der Missionstätigkeit ihren Schutz gewähren, unmittelbar angeht. Es ist dies das Verhalten der einheimischen Christen ihren nichtchristlichen Landsleuten gegenüber. Nachdem die Greueltaten der „Boxer", unter denen die Christen naturgemäß besonders zu leiden hatten, ihre schwere Strafe gefunden hatten, und ein anderes Regiment Platz gegriffen hatte, begannen die bis dahin Verfolgten „den Spieß umzukehren" und sich auf echt orientalische Art an ihren Verfolgern zu rächen. Die Beutezüge christlicher Chinesen unter der Leitung des Bischofs Favier[1]) und des amerikanischen Missionars Ament nach der Einnahme von Peking haben sich an zahlreichen Orten in größerem oder kleinerem Maßstabe wiederholt. Die Christen hielten sich für ihr geraubtes und zerstörtes Eigentum auf ihre Weise schadlos, indem sie schwere Kontributionen von ihren eingeschüchterten Dorf- oder Stadtgenossen eintrieben und diesen gegenüber, mit dem europäischen Schutz im Rücken, in herrischer und oft gewalttätiger Weise auftraten. Diese Tyrannei ist unzweifelhaft eine der Hauptursachen gewesen, die schließlich zu der Gründung des *Lien-tschuang hui* des „Dorf-Verbandes" geführt hat, der den Bedrückungen mit Gewalt Widerstand leistete und die Beruhigung der Provinz Tschili noch jetzt nicht hat zu einer vollkommenen werden lassen.

Jeder Orientale hat die größte Achtung vor der wirklichen Macht, und wo er diese in genügendem Maße besitzt, da benutzt er sie stets zur Vergewaltigung der Schwächern; um aber in diesen ersehnten Besitz zu gelangen, ist es auch in China ein bekanntes Mittel, sich in den Schutz eines Starken zu begeben. Die christliche Mission in China ist seit Niederwerfung der „Boxer"-Bewegung durch europäische Armeen im realen Sinne „stärker" als je, es kann mithin nicht wundernehmen, wenn sich Scharen von Chinesen in ihren Schutz drängen, mit oder ohne „Bekehrung." Daß sich darunter viele schutzbedürftige Persönlichkeiten befinden, die in einen bedenklichen Rechtstreit verwickelt sind, einem einflußreichen Nachbar zu Leibe gehen wollen oder aus andern Gründen den Einfluß des zwar nicht geachteten, aber gefürchteten Ausländertums zu ihren Gunsten zu verwenden wünschen, ja, daß es sogar an Verbrechern dabei nicht fehlt, die unter Einschüchterung der Beamten im Namen der Mission unter ihren Landsleuten unerhörte Erpressungen systematisch betreiben, alles das ersehen wir nicht bloß aus den beständigen Klagen der chinesischen Beamten und Zeitungen, sondern auch aus gewissen Vorkommnissen in den Vertragshäfen und vor allem aus

[1]) Dieser übrigens auch sonst bezeugte Beutezug des Bischofs Favier bildete den Gegenstand eines Berichts des französischen Generals Voyron, der von der Regierung in Paris geheim gehalten wurde, nachdem ein in der Kammer gestellter Antrag auf Mitteilung abgelehnt war. Der damalige Deputierte Clémenceau war aber in der Lage, einige Stellen daraus im „Bloc" zu veröffentlichen.

den Zeugnissen der besorgt gewordenen Missionare selbst. Erst im Juni d. J. erließ die katholische Mission in Kiukiang am Yangtsĕ eine Proklamation, in der sie eindringlich warnte vor „gesinnungslosen Leuten, die unter Mißbrauch des Namens der Mission Aufregung und Vergewaltigungen hervorrufen", und der englische Bischof Moule in Hangtschou schreibt im Frühjahr 1902 in dem Jahresbericht über seine Mission: „Eine genaue Beobachtung (der angeblichen Christen) scheint eine befriedigende Ansicht über den gegenwärtigen Stand unserer Tätigkeit nicht zu rechtfertigen"; und: „Kaum irgendwelche unserer Katechumenen sind Frauen; sehr oft meldet sich ein männliches Mitglied einer Familie für die Taufe; Eltern und Brüder bleiben Heiden, und doch rufen diese keinerlei Verfolgung hervor! Mein Freund fürchtet, daß solche Kandidaten aus Gründen sehr gemischter Art kommen." Die große und angesehene chinesische Zeitung *Schĕn pao* schreibt am 3. September 1902 in einem sehr ruhigen Leitartikel: „Wenn die christlichen Chinesen ihre nichtchristlichen Landsleute mit Verachtung behandeln, so lehnt sich die Stimmung der letztern dagegen auf; aus solchem Auflehnen aber entsteht Zorn und bitterer Haß, und damit ist der Boden für Gewalttaten gegeben." Dieser Haß aber, der durch die starken Steuervermehrungen zur Befriedigung der fremden Kriegs-Entschädigung und „der Ansprüche der Missionen", wie der Bevölkerung von törichten Beamten eingeredet wird, noch neue Nahrung erhält, scheint jetzt einen Umfang anzunehmen, die eine Gefahr für die gesunde Entwicklung von Chinas Gesamt-Beziehungen zum Auslande wird. Ist es im Hinblick auf solche Zustände der chinesischen Regierung zu verargen, wenn sie die an sich wenig geeignete Gelegenheit des Abschlusses neuer Handelsverträge ergreift, um auf Regelung der „Missionar-Frage" zu drängen, „damit man, wenn möglich, Mittel findet, einen dauernden Frieden zwischen Christen und Nicht-Christen herzustellen"? [1]) Und werden die Mächte in Zukunft der Frage dieselbe kühle Gleichgültigkeit entgegenbringen wie bisher? Es ist nicht das erste Mal, daß China sich in der Angelegenheit an die fremden Mächte wendet: im Jahre 1869 wurde die Aufmerksamkeit des englischen Gesandten amtlich auf die weitreichende Bedeutung der Missionar-Frage gelenkt, und im Jahre 1871 übergab das Tsungli Yamen allen fremden Regierungen eine ausführliche Denkschrift über denselben Gegenstand und zugleich den Entwurf eines Reglements für die christliche Propaganda.[2]) Die englische, französische und amerikanische Regierung antworteten mit nicht viel mehr als einigen Gemeinplätzen, und die deutsche ließ, dem englischen Blaubuch von 1872 zufolge, dem Earl of Granville erklären, daß ihre Ansichten mit den seinigen übereinstimmten. Weitere gelegentliche Anregungen Chinas sind meist unbeachtet und immer erfolglos geblieben. Ein Erlaß vom 3. Juli 1902,

[1]) In Art. XIII des neuen englisch-chinesischen Handels-Vertrages vom 5. September 1902 (noch nicht in Kraft). Vergl. unten den Aufsatz *Der amerikanisch-chinesische Handels-Vertrag.*

[2]) Vergl. oben S. 65 f.

der das Ministerium des Auswärtigen anweist, mit dem englischen Missionar Timothy Richard[1]) als „dem General-Direktor der protestantischen Missionen“ (!) Bestimmungen zur Sicherung des Friedens zwischen Christen und Nicht-Christen zu vereinbaren, ist — wie zu erwarten war — belächelt worden. Die Bedeutung der Missionar-Frage für das ganze Verhältnis zu China wird von den Regierungen in Europa nicht annähernd genug gewürdigt, zudem lassen sich einige derselben von politischen Auffassungen dabei leiten, die man nicht billigen kann.

[1]) Vergl. den nächsten Aufsatz.

Die Missionar-Frage in China.

(Kölnische Zeitung vom 7. November 1906.)

Die Frage der christlichen Missionstätigkeit in China, die für die Entwicklung der gesamten Beziehungen zwischen Ostasien und dem Westen von so tiefgreifender Bedeutung geworden ist und unendlich oft in beiden Weltteilen Anlaß zu ausführlichen, zum Teil sehr erregten Erörterungen gegeben hat, spielt jetzt, bei der begonnenen Umgestaltung des politischen Lebens in China, naturgemäß wieder eine besonders wichtige Rolle. Wem die Geschichte der abendländisch-chinesischen Beziehungen nicht fremd ist, der weiß, daß die chinesische Regierung wiederholt den Versuch gemacht hat, die Missionar-Frage auf eine andere vertragsrechtliche Grundlage zu stellen, daß sie aber, aus Gründen, die hier unerörtert bleiben müssen, mit diesen Versuchen im Abendlande immer taube Ohren gefunden hat. Trotz, oder vielleicht wegen dieser Mißerfolge hat sie bei Abschluß des neuen Handelsvertrages mit England vor vier Jahren auf Einschiebung eines besonderen Artikels bestanden, der die Neuregelung der Missionar-Frage durch eine internationale Kommission vorsieht.[1]) Außerhalb Chinas wird man diese Bestimmung kaum besonders ernst genommen haben; dagegen deuten gewisse vor kurzem erfolgte Maßnahmen der Regierung in Peking darauf hin, daß man sich diesmal nicht so kurzer Hand abspeisen lassen will, und die ganze neuere politische Entwicklung in China drängt in der Tat darauf hin, daß in der Frage bald etwas geschehen muß und wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mit dem gesteigerten nationalen Selbstbewußtsein des modernen China und mit seinem andauernden Bestreben, die Rechte im eigenen Hause sich von niemand einschränken zu lassen, die bisherige Art der Missionstätigkeit und die bevorrechtigte Stellung der Missionare, man mag über den Zweck und den Wert ihrer Leistungen denken wie man will, schlechterdings unvereinbar sind. Selbst unter den einheimischen Christen scheint vielfach das Nationalgefühl über den

[1]) Vergl. oben S. 169.

Geist der religiösen Zusammengehörigkeit die Oberhand zu gewinnen. Aus den zahlreichen Aufsätzen christlicher Missionar-Zöglinge — von ihren nicht bekehrten Landsleuten ganz zu schweigen — in der gewaltig emporgeschossenen chinesischen Presse ersieht man deutlich, wie auch in diesen Kreisen die Überzeugung wächst, daß der Zusammenschluß aller zu einem nationalen Staate heute zuerst notwendig ist, und daß andere Rücksichten dem gegenüber zurückstehen müssen. Aus dieser Überzeugung aber entspringt mit Naturnotwendigkeit zum wenigsten eine gewisse Gegensätzlichkeit zu dem fremden Lehrer, der, wie die Dinge nun einmal liegen, immer als der Träger einer fremden Gewalt im eigenen Staate erscheint. Ganz besonders bezeichnend in dieser Beziehung war der Aufruf eines chinesischen Christen aus San Francisco, den dieser zu Anfang des Jahres (1906) an seine Landsleute in China richtete, und der in mehreren Massenversammlungen in Kanton und Schanghai erörtert wurde. Das Ziel dieses Aufrufs war die Gründung einer unabhängigen chinesischen christlichen Kirche ohne fremde Missionare und ohne fremde Hilfe oder Einmischung. Man würde dann, so hieß es dort, nicht mehr das beschämende Schauspiel erleben, daß chinesische Christen unter einander und mit ihren nichtchristlichen Landsleuten im Kampfe stünden, so daß, wie es im Jahre 1900 der Fall gewesen, fremde Truppen die einen vor den andern beschützen müßten. Einen greifbaren Erfolg scheint der Aufruf nicht gehabt zu haben, aber es ist nicht anzunehmen, daß dieser Versuch, die einheimischen Christen aus ihrer Abhängigkeit und ihrem „sklavischen Kleinmut" (wie es in dem Aufruf hieß) heraus und in eine selbständige nationale Gemeinsamkeit hinüberzuführen, der einzige bleiben wird, und die Wirkung dürfte um so stärker werden, je geschickter und je energischer die Regierung eine solche Bewegung unterstützt und leitet. Die jüngsten blutigen Ausschreitungen gegen mehrere Mission-Stationen, vor allem die bekannten Vorgänge in Nan-tsch'ang[1]) aber sind für die Machthaber in und bei Peking ein neuer Ansporn geworden, für das Missionswesen eine andere Regelung herbeizuführen. Daß man sich dabei nicht lediglich von feindseligen Gesinnungen gegen die Ausländer, sondern vor allem auch von dem Bedürfnis leiten läßt, endlich einmal ein dauerndes friedliches Einvernehmen zwischen Christen und Nichtchristen im Lande herzustellen, geht aus der Tat-

[1]) In Nan-tsch'ang, der Hauptstadt der Provinz Kiangsi, hatten seit langer Zeit Streitigkeiten zwischen der katholischen Mission und den Lokal-Behörden geschwebt. Der chinesische Magistrat, des beständigen Haders müde, begab sich im Februar 1906 in das Missions-Gebäude, um dem Streit durch ein Gewaltmittel ein Ende zu machen. Man fand ihn in einem Zimmer der Mission mit durchschnittener Kehle sterbend vor. Offenbar hatte er Selbstmord begangen, um so in echt chinesischer Weise die Mission der Rache seiner Landsleute preiszugeben. Sein Zweck wurde erreicht, denn die Volksmenge, überzeugt, daß der Beamte ermordet sei, erschlug den Priester und mehrere andere Franzosen, deren sie habhaft werden konnte. Es ist dies der schlimmste, aber nicht der einzige Fall, daß einheimische Beamte durch die unaufhörlichen Quälereien von Seiten der Missionare und ihres Anhangs zur Verzweiflung getrieben werden.

sache hervor, daß die Regierung im August den englischen Missionar Timothy Richard nach Peking berufen hat, um seinen Rat bei den geplanten Maßregeln einzuholen. Herr Richard ist seit etwa dreißig Jahren in China und erhebt sich durch sein reiches Wissen, sein versöhnliches, gerecht urteilendes Wesen und durch seine vornehme Duldsamkeit weit über den Durchschnitt der Missionare. Wie seine Berufung zeigt, besitzt er auch das Vertrauen des chinesischen Beamtentums in hohem Maße. Die Vereinbarungen, die man mit ihm treffen wird, können natürlich nur Material für Vorschläge an die fremden Regierungen darstellen, denn gültige Abmachungen zu treffen ist Herr Richard, soweit bekannt, nicht einmal von den protestantischen Missions-Gesellschaften beauftragt, von den katholischen ganz abgesehen. Des weitern hat nun aber die Regierung in Peking auch die sämtlichen Gouverneure zu Gutachten und Vorschlägen über die Frage aufgefordert. Bekanntgegeben ist bisher nur die Antwort des General-Gouverneurs von Kanton, der die Propaganda der Missionare auf die dem Handel geöffneten Orte, sowie auf die Plätze des Inlandes beschränkt wissen will, an denen sich genügende Garnisonen befinden, um den unbedingten Schutz der Mission-Stationen verbürgen zu können. Missionare, die sich in chinesische Rechtstreitigkeiten einmischen — eine sehr oft gehörte Klage —, verbrecherische Personen unter ihren Schutz nehmen usw., sind durch das zuständige Konsulat aus dem betreffenden Bezirke zu entfernen; andernfalls übernimmt die chinesische Regierung keinerlei Verantwortung mehr für ihre Sicherheit. Andere Provinzial-Regierungen werden vermutlich eine noch schärfere Überwachung der Missionstätigkeit im Inlande verlangen.[1])

Welche Wichtigkeit man gerade jetzt wieder allgemein der Frage beilegt, zeigt sich auch darin, daß die sehr rührige Provinzial-Inspektion für das Unterrichtswesen in Tschili auf Veranlassung von Yuan Schi K'ai, oder wenigstens mit seinem Einverständnis, eine „Friede zwischen Nichtchristen und Christen" betitelte Schrift hat verfassen lassen, in der die ganze Missionar-Frage historisch, politisch und moralisch dem gebildeten Publikum vor Augen geführt wird. Der Text dieses in Tausenden von Exemplaren verbreiteten Werkes liegt leider hier noch nicht vollständig vor, so daß vielleicht später darauf zurückzukommen sein wird; indessen geht schon aus der interessanten Einleitung soviel hervor, daß das ganze eine Warnung an das chinesische Volk sein soll, sich die nationale Einheit nicht durch einen von außen hereingetragenen religiösen Zwiespalt zerstören zu lassen. „China solle lernen von dem unsagbaren Elend, das religiöse Beschränktheit und Unduldsamkeit in den Ländern Europas verursacht habe, es solle bedenken, wie durch die verschiedenen Religionen im Abendlande die Völker entfremdet und die Staaten zerrissen seien, und es solle nicht vergessen, daß die dogmenlose

[1]) Solche Bestimmungen würden natürlich den heute bestehenden Verträgen, die den Missionaren freies Reisen im Lande und den Missions-Gesellschaften sogar Grunderwerb im Inlande gewähren, zuwider laufen und bedürften daher internationaler Regelung.

Ethik des Konfuzianismus Raum lasse für jeden besonderen Kultus. Die Feindschaft der Bevölkerung, so führt die Schrift weiter aus, gelte auch nicht dem Christentum als Religion, sondern den Missionaren und einheimischen Chisten wegen ihrer durch die Verträge erzwungenen und durch die fremden Mächte geschützten bevorrechtigten Stellung, die oft zur Bedrückung der Nichtchristen führe.[1]) Hier berührt sich also das halbamtliche Werk mit dem vorhin erwähnten Aufrufe des christlichen Chinesen aus San Francisco, und hier ruht in der Tat auch der Schwerpunkt der ganzen Frage. In diesem Moment liegt nach der immer wiederholten Versicherung der chinesischen Presse die Hauptursache der Gewalttätigkeiten gegen die Missionare und ihre Anhänger, und hier soll die Reform einsetzen. Besonders deutlich sprach sich hierüber im letzten Frühjahr ein Aufsatz in der dem Beamtentum sehr nahe stehenden *Sin-wên pao* aus. Gelegentlich der Greueltaten in Nan-tsch'ang betonte der Verfasser eindringlich, man solle nunmehr endlich mit bestimmten Vorschlägen über wirksamere Überwachung der Missionare an die fremden Regierungen herantreten und zu diesem Zwecke auch einen Sondergesandten zum Papst schicken. (Die Errichtung einer päpstlichen Nunziatur in Peking wurde bereits im Jahre 1887 von China aus angeregt und scheiterte nur an dem Widerspruche Frankreichs.)[2]) Gleichzeitig solle man einen hohen Beamten in Peking mit der Leitung des gesamten christlichen Religionswesens im Reiche betrauen; den Chinesen sei dann volle Freiheit der Religionsübung, Bildung von Gemeinden und Errichtung von Kirchen ausdrücklich zu gewährleisten, aber ohne Mitwirkung ausländischer Missionare. Unter allen Umständen solle man die wegen der kirchenpolitischen Vorgänge zwischen Frankreich und dem Papst bestehende Spannung benutzen, um mit dem letzteren unmittelbar zu einem günstigen Einvernehmen zu gelangen.

Man sieht aus allen diesen Erörterungen, wie sehr die Neuregelung des Missionswesens in China die Gemüter beschäftigt, und nach welcher Richtung hin die modernen Auffassungen und Bestrebungen sich bewegen. Was schließlich der Erfolg sein wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Daß die fremden Regierungen etwaigen chinesischen Anregungen besonderes Entgegenkommen zeigen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen kaum anzunehmen. Die Missionar-

[1]) Der chinesische Titel der Schrift ist *Min kiao siang ngan.* Eine englische Übersetzung ist im „North China Herald" vom 3., 10., 17., 24., 31. August und vom 7., 14., 21. September 1906 erschienen.

[2]) Näheres darüber erzählt M. von Brandt, *Dreiunddreißig Jahre in Ostasien,* Bd. III, S. 99. Heute würde man in Frankreich vielleicht keinen Widerspruch mehr erheben. Der Wert der französischen Schutzherrschaft über die katholische Propaganda in Ostasien wird jetzt erheblich niedriger eingeschätzt als früher. Man hat erkannt, daß diese Schutzherrschaft, der übrigens die nichtfranzösischen Missionen bereits fast sämtlich entzogen sind, vor allem eine Quelle endloser Verstimmungen und Schwierigkeiten ist, und daß die damit verbundenen Vorteile nicht entfernt mehr ausreichen, um entsprechende Gegenwerte zu schaffen. Vergl. Paul Boell, *Le Protectorat des Missions Catholiques en Chine et la Politique de la France en Extrême-Orient.*

Frage ist an den amtlichen Stellen in Europa mit einer Gleichgültigkeit behandelt worden, die zu ihrer Wichtigkeit in einem starken Mißverhältnis steht, und die nur erklärlich ist durch die mangelhafte Kenntnis der Grundlagen und des Charakters des chinesischen Staatswesens. Es ist der größte, hartnäckigste und folgenschwerste Fehler gewesen, den die abendländische Diplomatie China gegenüber begangen hat, und zwar ein Fehler, dessen sich die Großmächte trotz aller pathetischen Erklärungen vom Gegenteil allesamt schuldig gemacht haben, daß man die Missionare als Werkzeuge für politische Bestrebungen und als Träger politischen Einflusses gebraucht hat. Ein solches System mag in anderen Erdteilen von Nutzen gewesen sein, in China hat es sich als verderblich erwiesen: es ist zu einer Quelle des Mißtrauens, des Hasses und unzähliger Greueltaten geworden, der Ausbreitung der christlichen Lehre aber hat es eine Wunde geschlagen, von der sie nicht wieder genesen wird. Und das schlimmste ist, daß man diese Verderblichkeit auch heute noch sehr unvollkommen begreift.[1])

Die Frage einer künftigen national-chinesischen christlichen Kirche ohne abendländische Missionare und Priester ist seitdem wiederholt erörtert worden; am ausführlichsten und erregtesten auf dem großen protestantischen Missionar-Kongreß zu Schanghai im April 1907, wo sogar der Gedanke laut wurde, daß man im Interesse dieser künftigen Kirche und ihrer Eigenart niemandem in China das Apostolicum aufzwingen dürfe[2]). Denn wenn das Christentum überhaupt noch einmal eine Rolle in China zu spielen berufen ist, so wird es sicher kein europäisches oder amerikanisches, sondern ein chinesiches Christentum sein, ebenso wie in Japan nur das japanische Christentum Aussicht auf Durchsetzung hat, das sich jetzt dort bildet. „Wie der Fluß von dem Boden, über den er fließt, seine Färbung", so schreibt Hans Haas (*Japans Zukunftsreligion*, S. 126), „so nimmt das Christentum, die anpassungsfähigste von allen Religionen, bei den verschiedenen Völkern seine eigene Art. Wir wissen nicht, wie das japanische Christentum aussehen wird; wir wissen nur, es wird nicht genau so aussehen wie das europäische Christentum, das ja selbst wieder verschiedene Züge trägt." Je weiter die Nationalisierung in China fortschreitet, um so lauter wird die Frage einer einheimischen Kirche werden.

---

[1]) Vergl. oben S. 64 ff.

[2]) Vergl. besonders die Rede des Missionars W. Nelson Bitton, der am Schlusse sagte: „Es ist die Freiheit der jungen Kirche Christi in China, für die ich eintrete, und ich meine, wir sollten keinen Versuch unternehmen, diese Kirche an das Nicaenum, das Apostolicum, oder an irgend ein anderes Glaubensbekenntnis zu binden, so wertvoll oder so verehrungswürdig diese auch in vergangenen Zeiten einmal gewesen sein mögen." (*Records China Centenary Missionary Conference*, Schanghai 1907 S. 421.)

Die politische Entwicklung in China seit dem russisch-japanischen Kriege.

(Marine-Rundschau 1908, 2. Heft.)

Von den zahlreichen Lehrmitteln der Weltgeschichte, mit denen den Chinesen während der letzten Jahrzehnte die Rückständigkeit ihrer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Abendlande veranschaulicht worden ist, war der russisch-japanische Krieg vorläufig das letzte und das wirksamste. Während von den Ereignissen der Jahre 1900 und 1901 als Gesamtergebnis ein verstärkter Haß gegen die Anmaßungen des Auslandes bei den einen, eine staunende Enttäuschung über die Enthüllungen der vielgerühmten westlichen Kultur bei den anderen, ein niederdrückendes Gefühl der Hilflosigkeit bei allen zurückgeblieben war, brachte die Besiegung einer Vormacht des Europäertums durch ein modernisiertes asiatisches Volk in den Köpfen der chinesischen Beobachter eine wesentlich veränderte Auffassung von der eigenen Lage, ja ein völlig neues Bild vom Gesetz der politischen Kräfte hervor. Die Überlegenheit des Abendlandes war danach keine unbedingte, jedenfalls keine unausgleichbare. Was Japan den Sieg verschafft hatte, war Auslösung der im Volke vorhandenen latenten Kräfte, ihre Zusammenziehung, Regelung und Nutzbarmachung für bestimmte Ziele der staatlichen Gemeinschaft, mit einem Worte der Nationalismus, die Erziehung zur individuellen Betätigung im Rahmen der Gesamtheit. Dieses Lebensprinzip des modernen Staates, das erkannte man deutlich, fehlte in China; daraus erklärte sich die politische Gleichgültigkeit auch der gebildeten Klassen, die Zerfahrenheit der geistigen Kräfte, das Fehlen eines erkennbaren nationalen Mittelpunktes, Mängel, die sich durch keine ethische oder kulturelle Einheitlichkeit ausgleichen ließen. Der organisierte Nationalismus war es also, der die Stärke der abendländischen Staaten bedingte; der besser organisierte Nationalismus Japans, so schloß man, hatte diesem die Überlegenheit über den schlechter organisierten Rußlands verschafft. Die Kräfte des Nationalismus nach abendländischem und japanischem Muster

auch in China zu entwickeln, wurde somit das Ziel der leitenden Staatsmänner, und dieses Ziel bestimmte hinfort ihr politisches Programm. Verbunden mit dieser Erkenntnis war die Überzeugung, daß die gegenwärtigen Formen des chinesischen Staates für die erstrebte Entwicklung keinen Raum ließen, und daß man diese Formen daher zweckentsprechend umgestalten müsse. Über die Art einer solchen Erneuerung schien nach den Beobachtungen, die man im Abendlande und in Japan gemacht hatte, kein Zweifel möglich: wollte man das Volk zur Arbeit für den Staat organisieren, so mußte man in ihm das Interesse an dem Bestande und an dem Gedeihen des Staates erwecken, man mußte es unmittelbar an dem Betriebe des Ganzen, an der Regierung, beteiligen. So trat neben den Nationalismus als notwendige Ergänzung der Begriff Verfassung, ein politisches Element, für das die chinesische Sprache noch gar kein Wort hatte und für das daher erst ein besonderer Ausdruck gebildet werden mußte. Mit dieser Argumentation glaubte man den Schlüssel zum Verständnis der staatlichen Machtentwicklung gefunden zu haben. Das berühmte Edikt vom 1. September 1906 (über das später noch mehr zu sagen sein wird) spricht diesen Gedankengang deutlich aus. „Daß die staatliche Macht nicht gefördert wird", heißt es dort, „hat seine Ursache darin, daß zwischen den oberen und den unteren Schichten des Volkes eine trennende Kluft besteht, und daß zwischen dem staatlichen Mittelpunkte und den einzelnen Reichsteilen der Zusammenhang fehlt. Das Beamtentum weiß nicht, wie es das Volk schützen und das staatliche Interesse wahren soll. Die Quelle des Wohlstandes und der Macht bei den Staaten des Abendlandes dagegen ist die konstitutionelle Verfassung. Hier gilt die Meinung der Gesamtheit als Norm der Entscheidung; militärische wie bürgerliche Kreise beseelt der gleiche Drang, er stellt die Verbindung her zwischen beiden. Was immer hervorragt unter den Massen an mannigfacher Fähigkeit, wird ausgewählt und für jeden der Kreis der Betätigung danach bestimmt; so schafft man die materiellen Mittel für den Bedarf des Staates und erhält die leitenden Gedanken für die Maßnahmen der Regierung. Das ganze Getriebe des Staates beruht auf den Leistungen der Gesamtheit. Das systematische Ineinandergreifen der Kräfte ist es, das in den abendländisch organisierten Staaten die größtmöglichen Vorteile schafft, die Regierung zum Gemeingut macht und die Zufriedenheit des Volkes bewirkt."

Wie immer in China, wenn eine politische oder ethische Maxime zur Erörterung steht, mag ihre Bedeutung klein oder groß sein, so suchte man auch jetzt für die als notwendig erkannte Umformung des Staatswesens zunächst Rat und Weisung bei der Vergangenheit. Gleichsam um für die geplanten Änderungen die Legitimation zu erhalten, forschte man nach ähnlichen Vorgängen in der Geschichte der hervorragenden Dynastien des Altertums. Schon die Reformatoren hatten zehn Jahre früher den Nachweis versucht, daß unter den Kaisern der Tschou- und Han-Dynastie, also mehr als ein Jahr-

tausend hindurch bis in das dritte nachchristliche Jahrhundert, Anfänge einer Selbstverwaltung und einer Volksvertretung vorhanden gewesen wären, und daß man diese Einrichtungen wie manches andere Werk der alten Staatskunst habe verkümmern lassen. Die beiden Staatsmänner, die gegenwärtig die einflußreichsten Führer bei der Verfassungsbewegung sind, Tschang Tschi Tung und Yuan Schi K'ai[1]), haben dieses Argument mit Eifer wieder aufgenommen, und noch ihre letzten großen Denkschriften vom Sommer 1907 gründen ihre Verfassungs-Entwürfe auf die Staatseinrichtungen der beiden genannten Dynastien, Tschang Tschi Tung die seinigen außerdem auf das politische System des Kuan Tschung, eines berühmten Philosophen der Staatskunst aus dem siebenten vorchristlichen Jahrhundert.[2]) Es mag hier unerörtert bleiben, inwieweit diese Herleitungen aufrichtig waren und inwieweit sie etwa den bekannten Denkgewohnheiten des älteren Literatentums Rechnung tragen sollten; jedenfalls hielt man sich in Wirklichkeit bei den Vorbereitungen der neuen Ordnung mehr an die Vorbilder des Abendlandes und Japans als an die zweifelhaften Ergebnisse der Geschichtstudien. Schon am 16. Juli 1905, also noch vor dem Abschluß des Friedens von Portsmouth, erschien ein kaiserliches Edikt, das die bekannte, aus vier hohen Würdenträgern bestehende Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen ernannte, die dann im folgenden Jahre die großen Staaten Europas, Nordamerika und Japan bereiste. Durch Erlaß vom 25. November 1905 erhielt dieses Unternehmen, das jedenfalls ein überraschendes Eingeständnis des chinesischen Kulturdünkels darstellt, festere Organisation dadurch, daß die Bildung einer besonderen Behörde angeordnet wurde, in der das von den Kommissaren einzusendende Material gesichtet, durchberaten und auf seine Anpassungsfähigkeit untersucht werden sollte. Man kann heute auch bei milder Beurteilung behaupten, daß die tatsächlichen Ergebnisse dieser Sendung in keinem günstigen Verhältnis stehen zu dem Aufwande an Kraft und Geld, den sie erfordert hat. Die erste sichtbare Folge von den Berichten der zurückgekehrten Kommissare war das bereits erwähnte Edikt vom 1. September 1906, das ein in allgemeinen Umrissen gegebenes Programm für die künftige innerpolitische Tätigkeit bildet. Unter Hinweis auf die modernen Staaten des Abendlandes spricht es die Notwendigkeit aus, auch in China einen verfassungsmäßig geregelten Staatsorganismus moderner Art zu schaffen, in dem „die höchste Gewalt beim Throne liegt, die einzelnen Regierungshandlungen aber in den Beratungen der Gesamtheit zum Ausdruck kommen" (die Wendungen des chinesischen Textes sind hier höchst vorsichtig und unbestimmt gehalten). Nun sei aber bisher weder der Rahmen einer solchen Verfassung für China hergestellt, noch die Bildung des Volkes vorhanden, die von der Verfassung vorausgesetzt wird. Unter solchen

[1]) Tschang Tschi Tung ist inzwischen am 5. Oktober 1909 gestorben. Über Yuan Schi K'ai s. oben S. 102 ff.

[2]) Näheres über Kuan Tschung und sein System findet man bei Grube, *Geschichte der chinesischen Literatur,* S. 113 ff.

Umständen würde eine überstürzte moderne Verfassung ein toter Buchstabe bleiben. Man müsse also zunächst die Grundlagen schaffen, auf denen sich die Verfassung einst aufbauen soll. „Und zwar wird man hierzu das Gefüge des Beamtentums neu regeln und einteilen müssen, man wird ferner das gesamte Recht sorgsam in ein neues System zu ordnen haben, man wird die Volksbildung heben, die Finanzverwaltung umformen, das Heerwesen neu bilden und eine Landespolizei schaffen müssen." Wenn man diese Arbeit geleistet hat, „wird man nach einigen Jahren imstande sein, unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und unter Benutzung der in fremden Staaten vorhandenen Vorbilder einen Zeitpunkt für die Einführung einer wirklichen Verfassung zu bestimmen und diese dem Reiche feierlich zu verkünden". Schon der nächste Tag, der 2. September, brachte einen neuen Erlaß, der für einen Punkt dieses inhaltschweren Programms, nämlich die Neuregelung des Beamtentums, weitere Anordnungen traf. Er ernannte eine aus drei Vorsitzenden und vierzehn Mitgliedern, den höchsten Beamten der Hauptstadt und ihrer Umgebung, bestehende Kommission, die einen Entwurf hierfür ausarbeiten sollte. Sie erhielt die Weisung, „unter Berücksichtigung des Alten das Neue festzusetzen, die Eigenart des Staatsorganismus der regierenden Dynastie als grundlegend zu behandeln, das Gute in den Verwaltungs-Einrichtungen der verschiedenen fremden Staaten aber ergänzend heranzuziehen". Zugleich erhielten die General-Gouverneure der Provinzen Befehl, Vertreter nach der Hauptstadt zu entsenden, die dort an den Beratungen der Kommission teilzunehmen und die Ansichten ihrer Auftraggeber zu vertreten hätten.[1]) Diese Maßregel war durchaus notwendig: sie war bedingt durch ein staatsrechtliches Moment, das in dem amtlichen politischen Programm niemals ausgesprochen ist und das doch mit seiner tiefgreifenden Bedeutung dieses gesamte Programm beherrscht. Dies Moment ist das Verhältnis der staatlichen Zentrale zu den Provinzen. In fast allen Erörterungen, die man in Europa über die politische Entwicklung in China angestellt hat, ist dieses Verhältnis gar nicht oder viel zu wenig berücksichtigt worden.[2]) Und doch gibt es allein den Schlüssel zum Verständnis dieser Entwicklung, kennzeichnet die Schwierigkeiten, die sich der Verfassungs-Bewegung entgegenstellen, und ermöglicht deren richtige Abschätzung. Die Wichtigkeit der Frage erfordert es daher, ihr an der Hand der chinesischen Verfassungs-Geschichte eine kurze Betrachtung zu widmen.

Unter der Dynastie, die den Chinesen auch heute noch als die erhabene Verkörperung ihrer politisch-religiösen Ideale gilt, unter der Konfuzius lebte und der der große Weise selbst mit unbedingter Loyalität anhing, d. h. unter der Tschou-Dynastie (1122 bis 255 v. Chr.), war China ein Feudalstaat mit einer genau ausgearbeiteten Verfassung, deren Grundgedanken ihre Autorität bis in die Gegen-

[1]) Vergl. oben S. 123f.

[2]) Heute ist man in Europa über diesen Punkt besser unterrichtet.

wart erhalten haben. Der Kaiser als bevollmächtigter Vertreter der göttlichen Gewalt, lenkte den Weltstaat nach ewigen, vom Himmel stammenden sittlichen Gesetzen. Die einzelnen Staaten in diesem Ganzen wurden von den Fürsten regiert, deren jeder ein Lehensherr des Kaisers war. Sie erhielten die allgemeinen Grundsätze für ihre Regierung von ihm, wie dieser von Gott. Die Verwirklichung dieser Grundsätze, also die tatsächliche Regierung, blieb ihnen völlig überlassen; sie unterstanden nur einer (wohl lediglich theoretischen) Aufsicht des höchsten Herrschers und lieferten ihm den regelmäßigen Tribut. Das war die gottgewollte Ordnung, und sie hat Konfuzius seiner unveränderlich geltenden Lehre vom Staat zugrunde gelegt.[1]) Im dritten Jahrhundert v. Chr. aber riß der mächtige Lehensfürst des Staates Ts'in die Herrschaft an sich: er vertrieb und tötete die übrigen Fürsten, stürzte die Dynastie der Tschou und vereinigte das ganze Reich unter seinem Szepter. So entstand aus dem konfuzianischen Lehen-Staate der Einheit-Staat, ein Vorgang, der zu den gewaltigsten und folgenschwersten der Weltgeschichte gehört, denn ohne ihn wäre das Chinesentum kulturell und politisch in ungleichartige Teile zerfallen und stände uns heute nicht als die größte geschlossene Einheit der Welt gegenüber. Die Chinesen selbst aber sind blind gegen diese geschichtliche Erkenntnis geblieben: durch alle folgenden Jahrhunderte hindurch bis zu diesem Tage ist ihnen der machtvolle Herrscher von Ts'in das verworfenste Geschöpf ihrer Geschichte gewesen, der Frevler am Heiligsten, der verruchte Zerstörer der göttlichen Ordnung, und erst die großen Kaiser der im zweiten Jahrhundert nachfolgenden Han-Dynastie haben seine Schandtaten nach Ansicht der chinesischen Geschichtschreiber notdürftig verwischt. Und was taten diese großen Kaiser, diese Meister der Staatskunst? Sie hatten die Gefahren des Lehen-Staates für die Zentral-Gewalt erkannt und führten ihn daher nicht wieder ein, sondern sie trieben mit bewundernswertem Geschick eine Politik des Kompromisses, die äußerlich dem allgemeinen ethisch-religiösen Empfinden Rechnung trug und doch das Emporwachsen übermächtiger Territorial-Herren verhinderte: die alten Lehen-Staaten wurden an Mitglieder der eigenen Familie des Kaisers verteilt, ferner erhielten verdiente Minister große Landgebiete überwiesen, aber Erblichkeit wurde nicht geduldet, und wer der kaiserlichen Zentrale gefährlich erschien, wurde beseitigt. So verflüchtigte sich der fürstliche Schimmer im Laufe der Jahrzehnte, bis aus den regierenden Staatsoberhäuptern schließlich kaiserliche Beamte wurden. Die Staaten wandelten sich in Provinzen, die Fürsten in Gouverneure, und so ist es, namentlich nach Überwindung der verschiedenen Reichsteilungen im 3. bis 7. Jahrhundert, bis heute geblieben. Indessen hat sich ein bedeutungsvolles Moment aus dem alten Tschou-Staate in allem Wandel der Zeiten behauptet, das ist die für ein abendländisches Staatswesen undenkbare Selbständigkeit der Gouverneure. Zwar sind sie Beamte, die nach Be-

[1]) S. oben S. 1 ff.

lieben ernannt, abberufen und versetzt werden können, aber wie im Altertume die Fürsten, so erhalten auch sie nur Weisungen in Form allgemeiner Grundsätze, und zwar allein vom Kaiser unmittelbar, denn eine andere zentrale Regierung über ihnen gibt es staatsrechtlich nicht. Im übrigen führen sie die Verwaltung ihrer Provinzen völlig selbständig, insbesondere haben sie im Finanz- und Steuerwesen, in der Rechtsprechung, im Militärwesen, in den öffentlichen Einrichtungen u. a. freie Hand; statt des Tributes der Lehensfürsten führen sie die festgestezte Steuerquote ab, eine sonstige Kontrolle der Verwaltung steht den Behörden der Zentrale nicht zu.[1])

Es ist selbstverständlich, daß dieser Zustand, der bei den altertümlichen Verkehrsverhältnissen in dem Riesenreiche nur natürlich erscheint, in einem modernen Verfassungstaate nicht bestehen bleiben kann. Nicht minder selbstverständlich ist es aber auch, daß eine Änderung nur nach einer voraufgegangenen Neuordnung auf sämtlichen Gebieten der staatlichen Betätigung möglich ist, ganz abgesehen davon, daß es nicht leicht sein kann, eine uralte, mit den ethisch-politischen Empfindungen des Volkes eng verwachsene Anschauung kurzer Hand zu beseitigen. Hier liegt der Kern und zugleich die größte Schwierigkeit der gegenwärtigen Verfassungs-Bewegung in China, und an dieser Schwierigkeit ist die Reform bisher gescheitert. Die am 2. September 1906 eingesetzte Kommission hatte kaum ihre Arbeiten begonnen, als ihr die bis dahin in ihrer vollen Bedeutung wohl kaum gewürdigte historische Kluft zwischen der Zentrale und den Provinzen deutlich vor Augen trat. Der in Deutschland bekannt gewordene General-Gouverneur Tuan Fang brachte anscheinend bereits einen fertigen Entwurf für die gesamte neue Verfassung mit und legte ihn seinen Kollegen zuversichtlich vor. Jedenfalls war die chinesische Zeitung *Sin wên pao* bereits am 1. September in der Lage, den Entwurf unter Tuan Fang's Namen zu veröffentlichen. Danach sollte eine moderne Zentral-Regierung geschaffen werden, bestehend aus den verschiedenen Ressort-Ministern, mit einem Präsidenten (Reichskanzler) und einem Vizepräsidenten an der Spitze, oder aber aus dem Großsekretariat als dem eigentlichen Kabinett mit Präsidenten und Vizepräsidenten und den verschiedenen Fachministerien unter ihm. An die Spitze einer jeden Provinz sollte ein General-Gouverneur als höchster Verwaltungsbeamter treten, und zwar mit bedeutend eingeschränkten Befugnissen, indem Militär, Finanzwesen und Rechtsprechung der Zentrale direkt unterstellt wurden. Ebenso sollte die territoriale Einteilung der Provinzen eine bedeutende Vereinfachung unter Zugrundelegung getrennter Funktionen erfahren. Der gesamte Verkehr mit dem Monarchen sollte durch die Ressort-Minister, den Reichskanzler oder durch das neue Großsekretariat vermittelt werden. Es bedurfte in der Tat keiner außergewöhnlichen Kenntnis der Verhältnisse, um einzusehen, daß die Verwirklichung

[1]) Das hat sich inzwischen nicht unwesentlich verändert: die Befugnisse der Ministerien in Peking gegenüber der Provinzial-Verwaltung sind bedeutend erweitert worden.

dieses Entwurfes in China noch für geraume Zeit unmöglich war. Sowohl in der Kommission wie im Reiche erhob sich denn auch ein stürmischer Widerspruch gegen derartige Pläne. Die Provinzial-Gouverneure, nicht zum wenigsten Tschang Tschi Tung, legten Verwahrung dagegen ein, zahlreiche Denkschriften an den Thron wiesen auf die schweren Gefahren hin, die durch das Einschieben einer zentralen Gewalt zwischen Monarch, Beamtentum und Volk hervorgerufen würden, und selbst ein Teil der Zeitungen konnte sich an den Gedanken einer so weitgehenden Beschränkung der Provinzial-Gewalt nicht gewöhnen.[1]) Daß unter solchen Umständen die Beratungen der Kommission eine durchgreifende Neuregelung des Beamtentums erzielen würden, war kaum zu erhoffen, indessen sind die tatsächlichen Ergebnisse auch hinter bescheidenen Erwartungen zurückgeblieben. In einer sehr interessanten Denkschrift mit 24 Anlagen sind die Ergebnisse niedergelegt, und am 6. November 1906 verkündete ein Edikt ihren wesentlichen Inhalt. Danach sollte die Stellung der beiden höchtsen Behörden in der Nähe des Monarchen, des älteren Großsekretariats und des neueren Staatsrats, unverändert bleiben, die Präsidenten der Ressort-Ministerien aber sollten zugleich „beratende Minister in Regierungs-Angelegenheiten" sein. Im übrigen wurden aus den sechs Ministerien der älteren Zeit und verschiedenen andern Ämtern zwölf Ressort-Ministerien gebildet, die größtenteils neue Namen, aber keine neuen Funktionen erhielten. Von der Provinzial-Verfassung und von dem Verhältnis der Ministerien zu den Provinzen war in dem Edikt keine Rede, d. h. die Hauptaufgabe der ganzen Reform war ungelöst geblieben. Allerdings ganz vorübergehen konnte man an der letzteren doch nicht, vielleicht schon um dem Spotte zu begegnen, der allenthalben in den Zeitungen über dies mangelhafte Ergebnis der großen Aktion, „den Drachenkopf mit dem Schlangen-Schwänzchen", wie man es nannte, laut wurde. So tagte die Kommission weiter und beriet über die Neuordnung in den Provinzen. Die Schwierigkeiten, mit denen man bei den früheren Beratungen zu kämpfen gehabt hatte, stellten sich hierbei in verstärktem Maße ein. Namentlich war es wieder Tschang Tschi Tung, der im Hinblick auf die besorgniserregenden Verhältnisse in den Yangtsĕ-Provinzen dringend vor überstürzten Änderungen warnte. So wurde Monate hindurch das Für und Wider erörtert, und im Frühjahr 1907 hatte es zeitweilig den Anschein, als wollte man die gestellte Aufgabe als unlösbar aufgeben. Endlich einigte man sich auf einer mittleren, im allgemeinen recht verschwommenen Linie, die in dem wieder ungemein interessanten Berichte der Kommission dargelegt wurde. In dem Edikt vom 7. Juli 1907, das die Vorschläge des Berichts in ungewöhnlich knapper Form veröffentlichte, erschien das Ganze noch weiter abgeschwächt. Danach sollten unter den

[1]) Eine der wichtigsten dieser Denkschriften, die des Zensors Tschao Ping Lin, ist im „Ostasiatischen Lloyd" vom 30. November 1906 übersetzt worden. Sie ist sehr bezeichnend für chinesische Auffassungen und auf kaiserlichen Befehl auch einer eingehenden amtlichen Kritik unterzogen worden.

Gouverneuren drei Haupt-Departements gebildet werden, und zwar für Finanzwesen, Unterricht und Rechtsprechung. Außerdem wurden mehrere neue Ämter für Polizeiwesen, Handel und Industrie errichtet, andere dafür eingezogen. Ferner sollten die Gouverneure eine Art von Verwaltungsrat bilden, der aus dem höheren Beamtentum und, wenn angängig und zweckmäßig, aus einzelnen Notabeln der Gegend zu bestehen hätte. Über das Verhältnis der Gouverneure zu den Ministerien, über das der Bericht gewisse Vorschläge allgemeiner Art gemacht hatte, ging das Edikt auch diesmal mit ängstlichem Stillschweigen hinweg. Und selbst die Reformen, die die kaiserliche Genehmigung erhalten hatten, sollten zunächst nur in den drei mandschurischen Provinzen, die ohnehin eine neue Zivil-Verfassung erhalten mußten,[1]) und in den Provinzen Tschili und Kiangsu, die die aufgeklärteste Bevölkerung besaßen, versuchsweise eingeführt werden. Die Gouverneure dieser Gebiete wurden angewiesen, die Neuerungen vorsichtig und allmählich ins Werk zu setzen und, sobald die lokalen Verhältnisse es wünschenswert machten, entsprechende Abänderungen zu beantragen. Die anderen Provinzen sollten je nach Lage der Dinge in der Annahme der Reformen nachfolgen, und zwar so, daß nach fünfzehn Jahren, also im Jahre 1922, die Neuordnung im ganzen Reiche durchgeführt sein würde. Während dieser Zeit sollte die Reform nicht als endgültig, sondern als im Flusse befindlich und abänderungsfähig betrachtet werden. Die Staatsleitung hofft auf diese Weise die Gefahren des Überganges zu verringern und die Lösung des großen Problems so heranwachsen zu sehen, wie es die verwickelten und ganz verschiedenartigen Verhältnisse der Provinzen bedingen.

Wie in dem Berichte der Kommission ausdrücklich hervorgehoben wird, befinden sich in dem Reform-Entwurfe die Samenkörner für zwei wichtige Bestandteile einer modernen Verfassung: die Bildung eines besonderen Departements für Rechtsprechung und die damit verbundene Schaffung von wirklichen Gerichtshöfen soll die Loslösung der richterlichen Gewalt von der Territorial-Verwaltung, mit der sie bisher verbunden war, anbahnen und schließlich die völlige Unabhängigkeit der Rechtsprechung herbeiführen.[2]) Aus dem Verwaltungsrate aber, oder, wie der Bericht sich ausdrückt, aus der „Einsetzung der Regierungs-Gehilfen", soll sich allmählich die lokale Selbstverwaltung entwickeln. Was die Unabhängigkeit der Rechtsprechung angeht, so ist eine weitere Vorbedingung hierfür natürlich ein festes und womöglich kodifiziertes Rechtsystem. Abgesehen von dem völlig versteinerten Strafrecht ist aber ein solches System in China bisher nicht einmal in seinen Umrissen vorhanden, wie denn auch das Edikt vom 1. September 1906 diesen Punkt mit in sein Programm aufgenommen hat. In der Erkenntnis dieses Mangels,

[1]) S. oben S. 129.

[2]) Eine Darstellung der neuen Justizverwaltung hat Dr. Betz in den „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen in Berlin", Jahrg. XII. S. 32 ff. gegeben.

hauptsächlich aber von dem Streben beseelt, sich der ausländischen Exterritorialität zu entledigen, das ja auch in den neuen Handels-Verträgen bereits zum Ausdruck gekommen ist,[1]) hatte man schon vor dem Kriege eine besondere Kommission zur Ausarbeitung eines Systems für die gesamte Rechts-Materie (der auch der bekannte, in England erzogene Wu Ting Fang als leitende Kraft angehört) ernannt. Bisher hat diese Kommission ein im Jahre 1904 veröffentlichtes Handelsrecht und im Jahre 1905 ein Konkursrecht geliefert. Strafrecht und Strafprozeß, sowie ein Preßgesetz sollen in Arbeit sein.[2]) Die lokale Selbstverwaltung aber als Vorschule für die anzustrebende parlamentarische Volksvertretung hat Yuan Schi K'ai, der treibende Geist in der ganzen Verfassungsfrage, in seiner Stellung als General-Gouverneur von Tschili bereits im Sommer 1906 in kleinem Maßstabe in Tientsin praktisch zu erproben versucht. Ein Jahr später, fast gleichzeitig mit dem Erscheinen des Edikts vom 7. Juli, wurde dieser Versuch dahin erweitert, daß in Tientsin eine Art Kreistag von 30 Mitgliedern gebildet wurde, die von 135 aus Urwahlen hervorgegangenen Wahlmännern gewählt waren.[3]) Die Einrichtung lehnt sich an japanische Vorbilder an, wie Yuan Schi K'ai in seinem Berichte vom August 1906 ausdrücklich hervorhebt. Welche Erfahrungen man mit dieser neuen Körperschaft macht, läßt sich von hier aus noch nicht beurteilen.[4]) Die Regierung in Peking hat sich indessen auch gar nicht die Zeit gelassen, diese Erfahrungen abzuwarten. Durch den in neuester Zeit immer stärker anschwellenden politischen Sturm und Drang im Reiche, namentlich in den Kreisen des jüngeren Literatentums, hat sie sich mehr und mehr einschüchtern und über den Rahmen des Edikts vom 7. Juli hinausdrängen lassen. Schon am 21. September wurde durch ein besonderes Edikt ein neues Regierungsorgan, das jetzt oft genannte *Tsĕ tschêng yuan*, d. h. „Beratungshof für Regierungs-Angelegenheiten", geschaffen, bestehend aus zwei Vorsitzenden und 15 Mitgliedern, meist Vizepräsidenten und andere höhere Beamte der Ministerien. Dieses Kollegium, so sagte das Edikt, „sollte die Grundlage darstellen für das zu errichtende

[1]) Vergl. unten die Aufsätze über die neuen Handels-Verträge.

[2]) Eine englische Übersetzung des Konkursrechts ist im November 1907 in Schanghai erschienen; dieses sowie das Handelsrecht sind bisher wegen des Widerstandes der Kaufmannschaft Entwürfe geblieben. Auch die neuen Strafrechts-Entwürfe sind von den Provinzial-Regierungen für unannehmbar erklärt worden. Dagegen sind Abschaffung der Folter im Strafprozeß, sowie Einschränkung und Milderung der Todes-Strafe durch kaiserliche Edikte verfügt worden. Das Preß-Gesetz ist i. J. 1909 erschienen. Eine englische Übersetzung findet sich im „North China Herald" vom 21. August 1909. In der *Tschêng tschi kuan pao* vom 19. Februar 1910 ist das neue durch Edikt vom 7. Februar 1910 genehmigte Gerichtsverfassungs-Gesetz veröffentlicht. Eine Inhalts-Angabe hat der „Ostasiatische Lloyd" vom 1. Juli 1910.

[3]) Eine Studie über dieses Lokal-Parlament nebst einer Übersetzung seines Statuts hat Archibald Mac Lean unter dem Titel *Die Entwicklung der Selbstverwaltungsreform in der Provinz Tschili* in „den Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen" Jahrg. XII. (1909) S. 61 ff. veröffentlicht. Vergl. oben S. 125.

[4]) Nach MacLean hat das Ergebnis der ersten Sitzungs-Periode lediglich im Erlaß der Geschäfts-, Haus- und Bureau-Ordnung, sowie in der Erledigung einiger anderer nebensächlicher Angelegenheiten bestanden. Mit der Versetzung Yuan Schi K'ai's nach Peking trat völliger Stillstand in den Arbeiten der Selbstverwaltung ein.

Parlament", da man ein eigentliches Ober- und Unterhaus in China zur Zeit noch nicht bilden könne." Aber auch das genügte noch nicht. Am 19. Oktober verkündete ein weiteres Edikt eine Ausdehnung der Grundlage des Parlaments. In sämtlichen Provinzen, und zwar nicht bloß in der Hauptstadt, sondern auch in jeder Präfektur und jeder Magistratur, soll danach ein Provinzial-Landtag, ein Kreistag usw. durch auszuwählende Beamte und Notabeln gebildet werden.[1]) Diese Versammlungen sollen das Recht haben, Vorschläge über Verwaltungsmaßregeln aller Art an die Gouverneure zu richten; ihre Beschlüsse unterliegen zwar der Entscheidung des Gouverneurs, des Präfekten usw., aber sie werden gleichzeitig auch dem *Tsĕ tschêng yuan* in Peking direkt übermittelt. Die Mitglieder der Provinzial-Landtage usw. sollen auch je nach Bedarf in das hauptstädtische Kollegium gewählt werden.

Man sieht, ein wie großer Teil der Vorsicht und Ängstlichkeit zwischen Juli und Oktober abgelegt ist und wie man sich bemüht, dem stürmischen Verlangen nach parlamentarischer Vertretung soweit wie möglich entgegenzukommen. Wie manche andere Kundgebung, so machen auch diese letzten Edikte durchaus den Eindruck des erschreckten Notbehelfs. Sie sind Produkte der bedrohlichen politischen Lage, die während dieser Zeit deutlicher in die Erscheinung getreten ist und auf die nachher noch näher einzugehen sein wird. Als Beruhigungsmittel haben sich indessen diese Zugeständnisse nicht bewährt, die andrängenden Gewalten wirken auch heute noch fort, und so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß auf den geschaffenen Grundlagen mit größerer Hast weitergebaut wird, als für die Festigkeit des Ganzen dienlich ist.[2])

---

[1]) Die Provinzial-Landtage sind am 14. Oktober 1909 eröffnet worden. Die Bestimmungen über die Kreistage usw. in den Präfekturen und Magistraturen sind ebenfalls im Sommer 1910 erlassen.

[2]) Ein im Dezember 1909 unternommener Versuch — man hatte aus verschiedenen Teilen des Reiches, namentlich aus Mittel-China, Vertreter nach Peking geschickt — die Regierung zu einer früheren Einberufung einer Volksvertretung zu veranlassen, ist in Peking abgewiesen worden. Der Zeitpunkt für die Einberufung eines Reichs-Parlaments soll, wie in dem durch Edikt vom 27. August 1908 festgesetzten Reform-Programm bestimmt war, das Jahr 1916 bleiben. (Vielleicht hängt das jetzt wieder gewachsene Selbstvertrauen der Zentral-Regierung mit den inzwischen größer gewordenen militärischen Machtmitteln zusammen.) Dagegen ist, entsprechend dem Programm, am 2. Oktober 1910 das Vorparlament (*Tsĕ tschêng yuan*) eröffnet worden. Es ist dies eine Erweiterung des bisherigen „Beratungshofes" und eine Körperschaft, deren Mitglieder, zweihundert an der Zahl, zur Hälfte vom Throne ernannt und zur Hälfte aus den Mitgliedern der Provinzial-Landtage von diesen selbst gewählt werden. Dieses Vorparlament soll, wie es in der Denkschrift des bisherigen kleineren *Tsĕ tschêng yuan* wiederum heißt, die Grundlage bilden für das künftige aus Ober- und Unterhaus bestehende Reichsparlament. Das durch Edikt vom 8. Juli und vom 23. August 1909 genehmigte Statut dieser neuen großen Körperschaft ist übersetzt im „Ostasiatischen Lloyd" vom 25. März und vom 1. April 1910.

[Neuere telegraphische Meldungen aus Peking besagen, daß das *Tsĕ tschêng yuan* beschlossen hat, der Regierung die frühere Einberufung des Parlaments zu empfehlen und daß in der Tat am 4. November 1910 ein Edikt erlassen ist, wonach diese Einberufung bereits nach drei Jahren erfolgen soll.]

Wie steht es aber mit den übrigen Punkten des Programms vom 1. September 1906, die als Vorbereitungen für die neue Verfassung aufgestellt waren, d. h. mit der Umformung der Finanz-Verwaltung, der Hebung der Volksbildung und der Neubildung des Heerwesens? Eine chinesische Zeitung legte zur Zeit der Kommissions-Verhandlungen im Herbst 1906 zwei hohen Würdenträgern folgende Worte in den Mund: „Eine parlamentarische Verfassung hat zur Vorbedingung für ihr wirkliches Bestehen die Schaffung einer Zentral-Regierung. Eine Zentral-Regierung auf fester Grundlage aber kann nur geschaffen werden, wenn den Provinzial-Gouverneuren die Militärgewalt und die Finanz-Verwaltung genommen und der Zentrale übertragen werden. Von dieser Wahrheit läßt sich nichts hinwegdeuten." Die Richtigkeit dieser Argumentation wird niemand bestreiten können; die Gouverneure aber haben, derselben Quelle zufolge, ihre Nutzanwendung daraus gezogen. Da eine solche Übertragung, erklärten sie, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in China „wohl theoretisch erörtert, aber nicht praktisch durchgeführt werden kann", so wird man die parlamentarische Verfassung eben vorläufig aufschieben müssen. Die weitere Entwicklung hat dieses Urteil vollauf bestätigt. An eine Umgestaltung des Finanzwesens, von der in letzter Linie alles weitere abhängt, hat sich bisher kein Edikt und keine Kommission gewagt. Mit einem solchen Unternehmen würde man eine unabsehbare Reihe von Fragen aufrollen, die nicht bloß in uralte Anschauungen und Gewohnheiten eingreifen, sondern auch die eigentlichen Lebensinteressen des gesamten Beamtentums berühren.[1]) Zudem bietet das Problem wegen der chaotischen Währungs-Verhältnisse derartig verwickelte Schwierigkeiten, daß weder eine abendländische, noch eine chinesische Finanzkraft allein ihm gewachsen ist und nur von der vereinten Arbeit beider eine brauchbare Lösung zu erhoffen sein würde.[2]) Mehr als einmal ist der Gedanke auch erwogen worden, aber bisher hat man sich in Peking wie in den Provinzen

[1]) Ende 1908 und Anfang 1909 hat man in der Tat den Versuch einer Finanz-Reform gemacht. Die oberste Reform-Behörde *(Tschéng-wu tsch'u)* hat gemeinsam mit dem Finanz-Ministerium einen entsprechenden Plan ausgearbeitet, der durch Edikt vom 24. Mai 1909 die kaiserliche Genehmigung erhalten hat. Trotz seines großen Umfanges und seiner lobenswerten zentralistischen Theorien stellt aber auch dieser Plan nur einen sehr vorsichtigen Schritt dar auf dem Wege zur Beseitigung der provinziellen Finanz-Hoheit. Die kleineren Provinzial-Kassen sollen geschlossen werden, und die Provinzial-Schatzmeister einen ausgedehnteren und einheitlicheren Tätigkeitskreis erhalten. Im übrigen sollen die General-Gouverneure und Gouverneure das Finanz-System ihrer Provinzen von Grund auf neu ordnen, und alljährlich dem Finanz-Ministerium einen gegliederten Etats-Entwurf vorlegen. Alles in allem sind die Finanz-Verhältnisse eher schlimmer als besser geworden. Den Provinzen werden wichtige Einnahmequellen, wie z. B. Likin und Opium-Steuer, durch Maßregeln der Zentrale versperrt und keine anderen dafür eröffnet. Statt dessen werden durch die kostspieligen Reformen und den steigenden Geldbedarf der Zentrale immer höhere Anforderungen an ihre Kassen gestellt, und so bildet sich anscheinend ein ähnlicher gefährlicher Zustand heraus, wie er in der Türkei zur Katastrophe geführt hat: Verarmung der Provinzen durch systemloses Wirtschaften in der Hauptstadt und wachsende Erbitterung gegen die unkontrollierbare und unverantwortliche Zentrale.

[2]) S. unten den Aufsatz *Chinesische Währungs- und Finanzfragen.*

noch nicht an den Gedanken gewöhnen können, einem fremden Auge den rückhaltlosen Einblick in die chinesischen Finanzverhältnisse zu gewähren. An guten Absichten und weitreichenden Plänen, um wenigstens in der Währungsfrage eine Einheitlichkeit herbeizuführen, hat es nicht gefehlt. Ein auf Yuan Schi K'ai's Veranlassung unter dem 22. April 1903 erlassenes Edikt hatte hierfür bereits die Wege gewiesen, aber an der chinesischen Abneigung gegen unverrückbare Rechnungsverhältnisse sind alle wirklich durchgreifenden Maßnahmen zuschanden geworden. Zwei Abendländer haben sich danach der Finanzfrage in eingehender Weise anzunehmen versucht: der Amerikaner Jenks und der General-Zollinspektor Sir Robert Hart; der erstere, ein Währungstechniker, wollte zunächst ein festes Verhältnis der Einheit-Silbermünze zum Golde herstellen und so die Goldwährung vorbereiten; der letztere hatte einen umfangreichen Plan zur Umformung des Steuerwesens und Einführung eines Budgets entworfen, bei dem er die Einzelheiten der Organisation klugerweise den chinesischen Beamten selbst überließ.[1]) Beide Entwürfe sind in erster Linie an dem Widerstande Tschang Tschi Tung's gescheitert. Seitdem sind neue Reformversuche nicht unternommen worden, jedenfalls glaubt man, fremde Hilfe dabei entbehren zu können.

Bessere Erfolge scheinen auf militärischem Gebiete erzielt zu sein. Hier sind die Schrecken der Wehrlosigkeit ein scharfer Ansporn gewesen. Im Jahre 1904, also während des Krieges wurde die Neubildung des Heeres in großem Maßstabe durch kaiserliches Edikt angeordnet. Danach sollten innerhalb einer bestimmten Anzahl von Jahren 36 Divisionen neu aufgestellt werden. Im letzten Sommer (1907) wurde auf Antrag des Kriegsministeriums die Frist hierfür auf fünf Jahre (also bis 1912) festgesetzt, eine Maßregel, gegen die jedoch die Provinzen wegen Geldmangels Einspruch erhoben haben. Die Division soll bestehen aus zwei Infanterie-Brigaden zu je zwei Regimentern, das Regiment zu drei Bataillonen, ferner aus einem Kavallerie-Regiment zu drei Schwadronen, einem Artillerie-Regiment zu drei Abteilungen, die Abteilung zu drei Batterien mit je vier bis sechs Geschützen, einem Pionier-Bataillon und einem Train-Bataillon. Die Kopfstärke soll rund 10000 Mann für die Division betragen. Gebildet sind bisher sechs Divisionen im Norden (Peïyang-Armee), vor allem durch das tatkräftige Betreiben Yuan Schi K'ai's; im Süden, d. h. in den Provinzen Kiangsu, Anhui, Kiangsi, Hupeï, Hunan, Tschekiang, Fukien und Kuangtung, befinden sich eine vollzählige Division und Teile von vier weiteren.[2]) Das ausbildende Personal, soweit es noch aus Ausländern besteht, ist im Norden ganz japanisch. Zahl-

[1]) S. unten den Aufsatz *Sir Robert Hart's Finanzplan.*

[2]) Die Aufstellung hat seitdem weitere Fortschritte gemacht; außer den sechs Divisionen in und bei Peking, in der Mandschurei und Schantung befindet sich je eine Division in Hupeï, in Nanking, in Fukien, in Ssětschuan (davon ist eine Brigade zur Zeit in Tibet), in Yünnan, in Tschekiang und der Mandschurei; ferner je eine halbe fertige Division in Tschinkiang, in Hupeï, in Hunan, in Honan, in Sutschou, in Anhui, in Schansi, in Kirin und in Turkistan. Die volle etatsmäßige Stärke soll jedoch nur die sechste Division in Pao-ting fu mit 11187 Mann haben.

reiche Offizier-Anwärter befinden sich zu ihrer Ausbildung in Japan, Deutschland und Frankreich. Auf guten Offizier-Ersatz, wie überhaupt auf Hebung des militärischen Standes, hatte Yuan Schi K'ai, solange er Befehlshaber der Nord-Armee war, besonderes Gewicht gelegt; indessen scheint in dieser Beziehung, jedenfalls im Süden, bereits wieder ein Rückgang eingetreten zu sein. Die zahlreichen Offiziere (ungefähr 40), die bei preußischen Truppenteilen eingestellt sind, kommen nahezu alle aus den Yangtsĕ-Provinzen. Die Bewaffnung ist noch nicht völlig einheitlich, sie befindet sich aber, wenigstens was die Infanterie angeht, auf dem Wege, es zu werden; das deutsche Mauser-Gewehr Modell 88 ist die fast durchweg eingeführte Handfeuerwaffe. Sanitäts- und Verpflegungswesen befinden sich noch in den ersten Anfängen der Entwicklung, die theoretische Ausbildung liegt noch vielfach in den Händen fremder Lehrer (darunter einige deutsche). Das Edikt vom 1. September 1906 bestimmte, daß „ein Generalstab der Armee errichtet werden müsse, und daß, so lange dies nicht geschehen, seine Funktionen von dem Kriegsministerium wahrzunehmen seien".[1]) Die Zentral-Behörde in Peking hat in bezug auf Organisation und Ausbildung (nicht auf Verwaltung) der neuen Armee in der Tat ihre Befugnisse den Provinzial-Regierungen gegenüber auch weit stärker betont als je vorher. Zunächst wurde die Bestimmung getroffen, daß das Kriegsministerium von Zeit zu Zeit einen Kommissar zur Besichtigung der Truppenteile in die Provinzen entsenden solle, der vor allem auch die Einheitlichkeit der Ausbildung und Bewaffnung zu überwachen hat. (Augenblicklich befindet sich der frühere Gesandte in Berlin und jetzige Vizepräsident des Kriegsministeriums, Yin Tsch'ang[2]) auf einer solchen Inspektionsreise.) Ferner wurde im Frühjahr 1907 angeordnet, daß die Divisions-Kommandeure hinfort vom Kaiser unmittelbar, nach Anhörung des Ministeriums, die Brigade- und Regiments-Kommandeure aber vom Ministerium nach Zustimmung des Monarchen ernannt werden sollten; die Ernennung der übrigen Offiziere vom Regiments-Kommandeur abwärts soll zwar den Gouverneuren verbleiben, doch bedarf sie in jedem Falle der Bestätigung durch das Ministerium, bevor sie endgültig wird.[3]) Erschwert wird die militärische Neubildung durch das Fortbestehen der alten Banner-Organisation mit ihren über das Reich verstreuten Standorten und ihren großen, aus den Zeiten der mandschurischen Eroberung überkommenen Vorrechten. Diese Truppen

[1]) In den „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen" Jahrgang X, S. 175 bis 217 hat Dr. Hauer eine Übersetzung der „Verordnung betreffend die Dienstverhältnisse und Gebührnisse der Armee" nach dem Berichte der militärischen Kommission *(Lien-ping tsch'u)* gegeben.

[2]) Yin Tsch'ang ist jetzt Kriegsminister.

[3]) Durch Edikt vom 26. September 1910 sind ferner die sechs Divisionen des Nordens, die bisher dem General-Gouverneur von Tschili und dem Gouverneur von Schantung unterstanden, unmittelbar dem Kriegsministerium unterstellt worden. Den Provinzial-Regierungen ist es freigestellt, im Bedarfsfalle die Dienste einzelner Teile dieser Divisionen für ihre Gebiete beim Throne zu erbitten. Im Sommer 1910 hat eine militärische Studien-Kommission unter dem Prinzen Tsai T'ao Europa bereist. Vermutlich haben die Lorbeeren der Marine-Studien-Kommission (s. unten) sie nicht schlafen lassen.

sind völlig wertlos, ihre Beseitigung ist jedoch in erster Linie eine wirtschaftliche Frage und daher mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, ein Versuch, der unten näher erwähnt werden wird, ist indessen jetzt gemacht worden.

Die Neuschaffung einer Seemacht ist zwar wiederholt, namentlich von Yuan Schi K'ai, als eine notwendige Aufgabe betont und in Erwägung gezogen worden, aber hier ist die Geldfrage ein bisher unüberwindliches Hindernis für irgend welche Unternehmungen gewesen. Was seit der Vernichtung der Flotte im japanischen Kriege geschehen ist, beschränkt sich auf den Bau der wenigen Kreuzer in Deutschland und England von 1896 bis 1899 und einiger Kanonenboote in Japan 1905 bis 1907. Im übrigen ist es bei papiernen Plänen geblieben. Das Edikt vom 1. September 1906 übertrug die Funktionen des später zu errichtenden Marine-Amts vorläufig dem Kriegsministerium. Sir Robert Hart hatte in seinem großen Finanzplane auch einen Entwurf für die neue Marine gegeben, nach dem in etwa zehn Jahren drei Geschwader zu je 10 Linienschiffen, 10 Kreuzern und 60 Torpedobooten, ferner drei Marine-Schulen und vier Arsenale gebildet werden sollten. Ein zweiter Entwurf von 1905 hatte den jetzt öfter genannten Prinzen Pu Lun zum nominellen Urheber und war in Japan entstanden. Er sah eine einheitliche, unter japanischer Anleitung auszubauende Flotte vor, mit Tientsin als Hauptstation und Tschifu, Schanghai, Nanking, dem Tschusan-Archipel und der Mirs-Bai als Nebenstationen. Neuere japanische Meldungen nennen jetzt vier andere Punkte als künftige Flottenstationen: eine Inselgruppe im Golf von Liao-tung,[1]) die Bucht von Jung-tschêng am Vorgebirge von Schantung, den Tschusan-Archipel und Pakhoi im Süden. Von den Chinesen selbst sind noch verschiedene andere Plätze namhaft gemacht worden, so Hai-tschou an der Küste von Schantung, San-mên zwischen Ningpo und Wêntschou, und in jüngster Zeit auch Siang schan südlich von Ningpo und San-tu ngao bei Futschou. Abgesehen von der Geldfrage, steht indessen auch die Schwierigkeit, geeignetes Personal für die Flotte heranzubilden, allen Neubildungs-Plänen dauernd im Wege. Angeblich soll im Jahre 1905 der General-Gouverneur Tuan Fang sechs Zöglinge der Marineschule in Nanking dem Admiral des englischen Geschwaders in Ostasien als Kadetten zur Ausbildung an Bord der englischen Kriegschiffe für zwei Jahre überwiesen haben. Etwas weiteres ist über diesen Versuch nicht bekannt geworden.[2]) Als Seemacht wird China jedenfalls noch für Jahrzehnte nicht in Betracht kommen, es sei denn, daß es sich rückhaltlos fremder Leitung anvertraute.[3])

---

[1]) Die Inseln werden Tschao schan lie tao genannt, ein Name, der weder den chinesischen, noch den europäischen Karten bekannt ist.

[2]) Zeitungsnachrichten zufolge soll der Versuch im November 1907 wiederholt sein.

[3]) Auch heute ist die Marine-Frage noch nicht viel weiter gerückt. Verständigerweise hat man aber nicht wiederum, wie ehemals, kostspielige Panzerschiffe gekauft, für deren Verwendung dann die kundigen Hände fehlten, sondern man hat sich darauf beschränkt, das Ausbildungswesen zu verbessern und die Marine-Schulen auszubauen. Es gibt deren jetzt vier: je eine in Tschifu, Nanking, Futschou und Kanton. An Fahrzeugen sind nur kleine Kreuzer, Kanonenboote und Torpedoboote in Aussicht

Der Teil des großen Programms, dessen man sich am frühesten, am eifrigsten und am allgemeinsten angenommen hat, ist, wie nicht überraschen kann, die Hebung, oder besser die Erneuerung der Volksbildung. Von sämtlichen Vertretern der Reformrichtung vom Ende des japanischen Krieges an ist unablässig auf die Grundwahrheit hingewiesen worden, daß keine Umformung des chinesischen Staatswesens möglich sei ohne vorherige Umformung des Unterrichts und die Einführung moderner Wissenschaften nach abendländischer Art. Ernstlicher Widerspruch gegen diesen Satz ist auch, wenigstens seit 1895, nicht mehr laut geworden, selbst in den Schichten des orthodoxen Literatentums. Daß richtige Erziehung und Bildung die Grundlagen aller staatlichen Ordnung seien, war eine der wichtigsten Lehren der politischen Ethik des Konfuzius. Wollte man also den abendländischen Verfassungstaat, so bedurfte man zunächst der abendländischen Bildung; dieses Erfordernis leuchtete allen ein, und dem Literaten, der inzwischen zum fortschrittlichsten Dränger geworden war, am meisten. So hatte die Regierung, die sich diese Erkenntnis in vollem Umfange freilich erst später zu eigen gemacht, auf diesem Gebiete mit den Zentralisierungs-Bestrebungen wenig Schwierigkeiten, zumal das Bildungswesen, soweit es sich dem staatlichen Prüfung-System einfügte, immer zentralisiert gewesen war. Es hatte dem Ministerium des Kultus unterstanden und war von diesem durch seine in die Provinzen entsandten Studiendirektoren überwacht worden. Schon ein Edikt vom 19. Juli 1898 hatte in Anbetracht der veränderten Weltauffassung eine Neuregelung des orthodoxen Prüfung-Systems unter Berücksichtigung der modernen Wissenschaften angeordnet, nachdem vorher schon zahlreiche Schulen für „das neue Wissen" entstanden waren. Aber der Bildungshunger wuchs und fand im eigenen Lande keine hinreichende Befriedigung. Tausende von jungen Leuten strömten in das Ausland zum Studium, namentlich nach Japan, und kehrten als stürmische Neuerer zurück. So konnte sich die Regierung, ohne Widerstand befürchten zu müssen, zu dem folgenschweren Schritte entschließen, den sie im Interesse der Einheitlichkeit des Unterrichtswesens für notwendig hielt, nämlich der Beseitigung des über zwei Jahrtausende alten konfuzianischen Prüfung-Systems.[1]) Das Edikt vom 2. September 1905 ordnete diese Beseitigung an, weil, wie es darin heißt, „das Prüfung-System den neuen Schulen im Wege steht und die Entwicklung der allgemeinen Fähigkeiten verhindert". Gleichzeitig aber wurden die Provinzial-Regierungen darin angewiesen, nunmehr, wo die Bahn frei gemacht sei, als Ersatz den Ausbau des neuen Schulwesens mit allem Nachdruck zu fördern. Die Beseitigung des Prüfung-Systems ist von allen Reform-Maßnahmen,

---

genommen. Im Winter 1909/10 hat eine Marine-Studien-Kommission unter dem Prinzen Tsai Sün Europa besucht und augenblicklich befindet sie sich unter derselben Führung in Amerika. Wenn sie ihre „Studien" überall so wie in Deutschland betrieben hat, wird von ihren Arbeiten nicht viel zu erhoffen sein. Prinz Tsai Sün ist ebenso wie Prinz Tsai T'ao (s. oben) ein Bruder des Prinz-Regenten.

[1]) Vergl. oben S. 113ff.

die in China bisher getroffen sind, unzweifelhaft die wichtigste. Sie ist nicht eine einfache Unterrichts- oder Verwaltungs-Reform, sondern bedeutet einen grundstürzenden Wandel in der Organisation des chinesischen Geisteslebens, dessen Folgen erst nach längerer Zeit zu übersehen sein werden. Bisher hatte, wenigstens dem Grundsatze nach, ausschließlich die orthodox-konfuzianische Bildung, die in den Prüfungen ihre staatliche Stempelung erhielt, zu Ämtern und Würden, zu Reichtum und Ansehen geführt, und dieses lockende Ziel hatte die gesamte Denkrichtung der Massen in fest begrenzten Bahnen gehalten. Durch die Wegnahme und Umstellung des Zieles wurde die Intelligenz aus diesen Bahnen hinaus und in die unbegrenzten Weiten der freien geistigen Betätigung hineingezogen. Ein solcher Wandel war an sich gut und im Hinblick auf die allgemeine Lage sogar durchaus notwendig. Nur mußte, wenn man nicht einer gefährlichen Wirrnis zutreiben wollte, Vorsorge dafür getroffen werden, daß sogleich nach Verlassen der alten Richtwege neue Organisations-Formen die freiwerdenden geistigen Kräfte aufnahmen. Die Staatsleitung war sich dieses Erfordernisses auch bewußt, wie dies schon aus der Anordnung über den Ausbau des neuen Schulwesens hervorgeht. Die Frage, ob der sicherlich nicht leichte Übergang vom alten zum neuen sachgemäß geleitet ist und sich ohne Gefahren für den Staat vollzieht, läßt sich heute noch nicht endgültig entscheiden, indessen einen besonders günstigen Ausblick eröffnen die Erfahrungen der inzwischen vergangenen beiden Jahre nicht. Immerhin ist sich die Regierung der großen Bedeutung der Aufgabe dauernd bewußt und seit der großen Entscheidung auch nicht untätig geblieben. Schon am 6. Dezember 1905 ordnete ein Edikt die Errichtung eines zentralen Unterrichts-Ministeriums an und unterstellte ihm die sämtlichen Unterrichts-Anstalten im Reiche, die amtlich oder von privater Seite unter amtlicher Aufsicht ins Leben gerufen seien oder würden. Ein weiteres Edikt vom 25. April 1906 bestimmte, daß das Unterrichtswesen in jeder Provinz in seinen Einzelheiten den Gouverneuren unterstellt, die allgemeine Leitung nach einheitlichen Gesichtspunkten aber dem Ministerium vorbehalten sein solle. Diesem Grundsatze gemäß wurden auch die alten Studiendirektoren beseitigt und neue „Provinzial-Schulräte“ ernannt, die zwar dem Gouverneur der Provinz unterstellt, zugleich aber überwachende Kommissare des Ministeriums sind. Das Schulwesen selbst ist völlig einheitlich geregelt: in den Magistraturen sollen Unterschulen, in den Präfekturen zwei Arten von Mittelschulen und in den Provinzial-Hauptstädten auch Oberschulen errichtet werden; in Peking besteht eine große Hochschule.[1]) Die Abgangsprüfungen sind ihrem Range nach entsprechend, so daß also Peking auch jetzt wieder den literarischen Gipfelpunkt für das ganze Reich bildet. Man sieht deutlich, wie die uralten Gewohnheiten des ehemaligen Prüfung-Systems die neue Einrichtung beeinflußt haben. Auf die Dauer ist natürlich eine derartige Pyramidenform mit der einen hauptstädtischen

[1]) Sie wird jetzt zu einer Reichs-Universität ausgebaut.

Spitze unhaltbar. Das wird sich spätestens dann zeigen, wenn die Fachschulen, mit denen man bereits zahlreiche Versuche gemacht hat, eine stärkere Bedeutung erhalten; man wird dann einsehen, daß sich die Vielseitigkeit des modernen Bildungsganges, von dem man bis jetzt in China nur sehr undeutliche Vorstellungen hat, mit einem so mechanisch-einförmigen Aufbau nicht verträgt. Lehrplan und Unterrichtsziele für die verschiedenen Schulen sind ebenfalls ausführlich vorgeschrieben: fremden Sprachen und abendländischen Wissenschaften wird zwar der größte Teil des Raumes darin zugewiesen, immerhin soll, was nur natürlich ist, die Grundlage auch der neuen Bildung nach wie vor die Lehre der kanonischen Schriften des Konfuzianismus bleiben. In den Schulen aller Grade „und in den Hochschulen ganz besonders", so heißt es in einer Denkschrift über die Beseitigung des Prüfung-Systems, „sollen sämtliche Fächer der alten einheimischen Wissenschaft wie Geschichte, Literatur und Philosophie unverkürzt erhalten und auf das eingehendste gepflegt werden, damit die Eigenart des Staatslebens gewahrt bleibt." Dieser Satz klingt wie eine Entschuldigung an die Vergangenheit; man wollte damit die Besorgnisse zerstreuen, die wohl vielfach wegen des Abbiegens vom altgewohnten Wege in ein unbekanntes Gebiet gehegt wurden. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die kurze, seitdem vergangene Zeit bereits gezeigt, daß von einer unverkürzten Erhaltung der einheimischen Wissenschaft und der Eigenart des Staatslebens nicht mehr die Rede sein kann. Wenn man bedenkt, daß es in China bisher zwar ein sorgfältig ausgebautes Prüfung-System, nicht aber ein staatlich geordnetes Unterrichtswesen gegeben hatte, so wird man anerkennen müssen, daß sich die Zentral-Regierung auf diesem Gebiete, das bis auf die Lehrbücher und das Schulgeld einheitlich geregelt ist, eine sehr weitgehende Herrschaft gesichert hat. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß das neue System zum großen Teile auch wieder nur aus theoretischen Formen besteht, und daß die wirkliche Ausführung, soweit sie überhaupt unternommen ist, noch viel zu wünschen übrig läßt. Es fehlte nicht nur an jeglicher Erfahrung auf dem Gebiete, sondern vor allem auch an hinreichenden Lehrkräften, außerdem aber auch an Geldmitteln in den viel heimgesuchten Provinzen und leider auch vielfach an gutem Willen. Die Erfolge, die man auf den neuen Schulen, soweit nicht gute fremde Lehrer dort tätig sind, bisher erzielt hat, sind meist kläglich. Enttäuschung und Ernüchterung konnten dabei nicht ausbleiben, und da nicht alle Schüler, die auf den höheren Schulen die Abgangsprüfung bestanden, im Staatsdienste Verwendung finden konnten, so griffen auch hier bald Unzufriedenheit und Erbitterung gegenüber der Regierung um sich. Dazu kam die beständig wachsende Abneigung gegen ausländische Hilfe: anstatt die Organisation der Schulen erprobten fremden Kräften anzuvertrauen, behalf man sich in halsstarrigem Unverstande mit gänzlich unfähigen, einheimischen oder billig bezahlten, aber ebenso unbrauchbaren japanischen Lehrern. Eine kaum noch unterbrochene

Flut von umständlichen Einzelvorschriften aber sollte den Mangel an Verständnis bei den Schulleitungen ersetzen.

Diese Verhältnisse trugen nicht wenig dazu bei, den Strom der Bildung suchenden Jugend nach dem Auslande zu verstärken. Und zwar war es nicht mehr bloß das nahe Japan, wohin die Scharen strebten, sondern auch Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Amerika nahmen viele Hunderte von „Studenten" auf. Die Kosten dieser immer auf eine Reihe von Jahren berechneten Studienreisen werden fast ausschließlich vom Staate, d. h. von den Provinzial-Regierungen, und in wenigen Fällen von dem Unterrichts-Ministerium bestritten; Reisen mit eigenen Mitteln werden, von Japan abgesehen, nur ganz vereinzelt unternommen. Diese Art des Bildungs-Erwerbes für eine verhältnismäßig beschränkte Anzahl von Personen erfordert einen jährlichen Aufwand von vielen Millionen, und man sollte daher erwarten, daß auf eine möglichst zweckmäßige und geordnete Verwendung dieser Summen Bedacht genommen würde. Leider ist das indessen nicht der Fall. Das Aussenden der jungen Leute geschieht völlig planlos; irgend welche Organisation ist nicht vorhanden, ihr Verhalten und ihr Studiengang im Auslande entbehren jeder Aufsicht und Leitung. Dazu kommt, daß die meisten von ihnen ohne fremde Sprachkenntnisse und sonstige Vorbildung eintreffen, und so stehen sie den neuen Verhältnissen rat- und haltlos gegenüber, jedem Einflusse preisgegeben, der sich ihrer zu bemächtigen sucht. Zwar haben sich mehrere Gouverneure zu wiederholten Malen entschlossen, gemeinschaftlich sogenannte „Inspektoren" zu entsenden, die die „Studenten" in zwei bis drei Staaten zugleich überwachen sollen, indessen beschränkt sich deren Tätigkeit darauf, die monatlichen Unterhaltskosten auszuzahlen, im übrigen sind sie in ausländischen Dingen ebenso unerfahren wie ihre Schutzbefohlenen. Auch die chinesischen Gesandten sind zwar — in der Theorie — zu einer gewissen Überwachung befugt, jedoch zeigen sie erfahrungsmäßig eine große Zurückhaltung in der Frage. Einzelne Versuche, in die stark verbesserungsbedürftigen Verhältnisse einzugreifen, haben zum Teil einen überraschenden Ausgang genommen, der nicht geeignet war, zu weiteren Schritten zu ermutigen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse dieses Auslandstudiums stehen denn auch im allgemeinen in einem unerfreulichen Mißverhältnis zu den aufgewandten Kosten. Die Kenntnisse der Zurückgekehrten, die bei den Prüfungen in Peking zutage kamen, waren bisher im Durchschnitt keine derartigen, daß sie die großen Hoffnungen, die man in China auf diese ersten Verteter der neuen Bildung setzt, berechtigt erscheinen lassen. Und dabei ist bereits jetzt, nach so kurzer Zeit, der Stand des einheimischen Wissens, d. h. die Kenntnis der Literatur und Geschichte, in einem Maße zurückgegangen, daß vor einigen Monaten durch das Zensorat dem Throne ein eingehender Bericht zuging, in dem die Wiedereinführung des alten Prüfung-Systems neben dem neuen Unterricht empfohlen wurde. Das Unterrichts-Ministerium hat in seinem Gutachten den Antrag natürlich als unausführbar zurückgewiesen. Die Regierung ist in der Tat auch jetzt

über den Punkt hinaus, wo sie noch die Möglichkeit hatte, die Richtung oder selbst das Schrittmaß ihrer Politik frei zu bestimmen. „Das neue Wissen" hat ihr diese Möglichkeit genommen.

Um diesen Zusammenhang zu verstehen, muß man sich die Stellung vergegenwärtigen, die das Literatentum in China seit alter Zeit eingenommen hat. Hervorgegangen aus dem staatlichen Prüfung-System, war es dadurch nicht bloß der Träger der Bildung und Gelehrsamkeit, sondern auch der Überlieferung, des Staatsgedankens, der Politik. Es war Vertreter und Führer des Volkes, und das Beamtentum anderseits, das seinen eigenen Reihen entstammte, hielt zu ihm, stützte sich darauf und regierte durch seinen Einfluß. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Literaten als die eigentlichen Beherrscher des Chinesentums bezeichnet. Diese Oberschicht des Volkes nun war bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts streng konservativ gewesen; von da ab aber begannen neue Kräfte in ihr lebendig zu werden, die durch einzelne geistig hoch hervorragende Mitglieder ihrer Kreise von außen hineingetragen waren. Diese Kräfte waren geboren aus der Erfassung der abendländischen Kultur, zunächst unter japanischer Vermittlung. Sie wuchsen und nahmen rasch an Stärke zu; die politischen Ereignisse verschafften ihnen die beste Nahrung, und so kam dem Chinesentum zum ersten Male das Bewußtsein seiner Stellung im Rahmen der modernen weltgeschichtlichen Entwicklung, seiner Rückständigkeit gegenüber dem Abendlande und der Reformbedürftigkeit seiner gesamten Kulturformen. Das Literatentum wurde aus einer konservativen eine fortschrittliche Kraft. Freilich vollzog sich dieser Wandel nicht sogleich durchweg, er wurde gehemmt und zeitweilig sogar zum Stillstand gebracht durch die Anhänger des Alten, die ihre altüberkommenen Interessen in Gefahr sahen; aber zu bannen war der neue Geist nicht mehr, unaufhaltsam schritt die Entwicklung weiter, und die Beseitigung des Prüfung-Systems war nur das erste große Ziel auf ihrem Wege. Das alte Literatentum war politisch tot, aber das neue trat sofort seine Erbschaft an, übernahm seine Ansprüche und seinen Einfluß. Und dieses neue Literatentum studiert jetzt im Auslande, füllt und beherrscht die neuen Schulen in China, überschüttet die Regierung mit politischen Ratschlägen und verlangt drohend nach Parlament und Verfassung-Staat.

Es ist klar, daß es unter den geschilderten Verhältnissen für den chinesischen Staat eine Frage von ausschlaggebender Wichtigkeit ist, ob der Einfluß des Literatentums richtig geleitet und richtig verwendet wird. Für die Lösung einer solchen Aufgabe hätte es eines großen Herrschers oder wenigstens eines großen Staatsmannes bedurft. China ist beides versagt geblieben, zudem ist ihm auch der Lauf der Dinge wenig günstig gewesen. Wie oben erwähnt, strömten die ersten Scharen der neuen „Studenten" nach Japan. Dort gerieten sie unter den Einfluß einer politischen Clique, die zum Teil aus den im Jahre 1898 entflohenen, mit einer maßlosen Erbitterung gegen die herrschende Regierung erfüllten Reformatoren und ihrem Anhange,[1])

[1]) Vergl. oben S. 39 u. 90.

zum Teil aus japanischen politischen Kannegießern radikalster Richtung bestand. Hier nahmen sie als erste Bestandteile der neuen Bildung Schlagworte wie „Menschenrechte", „freie Persönlichkeit", „Selbstbestimmungsrecht der Völker", „parlamentarische Regierung", usw. in sich auf, Begriffe, für die sie in der Sprache ihres Landes nicht einmal Ausdrücke fanden. Diese Samenkörner der politischen Weisheit brachten sie dann hinüber in die neuen Schulen der Heimat, wo sie aufgingen und Früchte trugen. Aufsässige Anmaßung und allgemeine Zügellosigkeit rissen ein und wurden bald der Schrecken der Lehrer und der Behörden. Zugleich damit begannen die Bande der altbewährten gesellschaftlichen Ordnung sich zu lockern, und selbst die Pietät vor dem Alter wie die Loyalität gegenüber dem Fürsten, die Grundlehren der konfuzianischen Moral, gerieten entsprechend dem Sinken der heimischen Bildungswerte vielfach ins Wanken. Dieser bedenkliche Geist, der jetzt denselben Fanatismus dem Neuen entgegenbringt, mit dem er einst das Alte verteidigt hatte, wirkt noch heute ungeschwächt fort. Seine Hauptnahrung zieht er noch immer aus Japan, obwohl die Bedeutung dieses Landes als Lehrmeister Chinas infolge des wachsenden Mißtrauens gegen seine politische Haltung ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Aber auch in Europa und Amerika sind die chinesischen „Studenten" gleichen Sinnes wie ihre Genossen in Japan, wenn auch der Ausdruck davon schon der geringeren Anzahl wegen hier nicht in so lärmender Weise zutage treten kann.

Diese von Anfang an schlecht geleitete Bewegung des neuen Literatentums, die natürlich über die Kreise der eigentlichen „Studenten" weit hinausgegriffen hat, ist längst zu einem politischen Machtfaktor geworden, und zwar, wie es bei der vorhin erwähnten altüberlieferten Stellung ihrer Träger nur natürlich ist, zu einem ganz bedeutenden. Er ist es gewesen, der die Regierung in der Verfassungsfrage immer weiter gedrängt hat; er hat sie gezwungen, Edikte über Edikte zu erlassen, immer neue Maßnahmen einzuleiten und einen großen Entwurf an den anderen zu reihen, alles nur mit der Wirkung, daß Unsicherheit und Verwirrung überall einreißen, da man sich nicht die Zeit läßt, dem neuen System durch ernste Arbeit den Boden zu bereiten. Es gehört in der Tat kein großes Maß von Einsicht dazu, um zu verstehen, daß eine auch nur annähernd genügende Volksbildung, die doch in China selbst immer als erste Vorbedingung einer parlamentarischen Verfassung hingestellt wird, nur nach Jahrzehnten stetigen Wirkens zu erreichen ist. Gerade an einem solchen stetigen Wirken aber fehlt es. Kaum mit einigen äußeren Erscheinungsformen der abendländischen Kultur oberflächlich bekannt geworden, glaubt das junge China bereits ihr Wesen meistern zu können. In unreifer Überschätzung der eigenen Fähigkeiten hat es das richtige Augenmaß für die Verhältnisse der Heimat verloren und meint, den modernen parlamentarischen Verfassung-Staat, das Ergebnis schwerer Kämpfe und Krisen des westlichen Geisteslebens, der völlig anders gearteten politischen und sozialen Entwicklung des Chinesentums ohne weiteres

aufpfropfen zu dürfen. Die Regierung aber, die nur zaudernd und mit Widerstreben diesem Drängen nachgibt, wird in Wort und Schrift als unfähig und reaktionär oder gar als böswillig und tyrannisch gebrandmarkt. Diese von Überhebung und Halbbildung getragene Feindseligkeit gegen die Staatsleitung hat von Anbeginn an zum Teil eine besondere Färbung erhalten, die in neuerer Zeit stärker hervorgetreten ist. Ein Teil des Literatentums, namentlich in Süd- und Mittel-China (den Yangtsĕ-Provinzen), wütet gegen die Regierung nicht bloß, weil sie reaktionär, sondern auch weil sie nicht national, d. h. nicht chinesisch, sondern mandschurisch ist. Dieser Gedanke ist an sich völlig unchinesisch, er widerspricht sowohl der konfuzianischen Lehre vom ethischen Universal-Staat als auch der gesamten geschichtlichen Entwicklung Chinas, das vielleicht mehr fremde als einheimische Dynastien gesehen hat — sicher nicht zum Schaden des Reiches. Die Gegensätzlichkeit zwischen Chinesen und Mandschus ist denn auch ein durchaus modernes, vom Auslande eingeführtes Erzeugnis. Sie entstammt dem Jahre 1898, wo die vertriebenen Reformatoren — Südchinesen — von interessierten Kreisen in Japan darauf aufmerksam gemacht wurden, daß die ihnen verhaßte Regierung der Kaiserin-Mutter eine mandschurische, also fremde Usurpation des chinesischen Thrones darstelle. Die japanische Presse und mit ihr die anglo-chinesische, erstere aus System, letztere aus Unwissenheit, haben sich dann bemüht, in den Chinesen die Vorstellung zu erwecken, daß sie ein von fremden Herrschern unterdrücktes, mißhandeltes Volk seien, und daß nur die reaktionären Mandschus die Schuld trügen, wenn in China der Fortschritt gehemmt würde und dem Staate das parlamentarische Regierung-System, die Quelle aller irdischen Glückseligkeit, vorenthalten würde. Diese Vorstellung hat sich unter japanischer Nachhilfe in demselben Maße verdichtet wie das neu entstandene Nationalgefühl der Chinesen. Sie hat schließlich zu einer systematischen und organisierten Bewegung gegen die Dynastie und gegen alle Mandschus geführt, deren radikalster Flügel die „fremde" Monarchie stürzen und eine Republik an ihre Stelle setzen will. In dem aufsässigen Literatentum, soweit es seine Bildung aus Japan bezog, fand die Agitation einen günstigen Boden, indem sie ihren Haß gegen die Mandschus geschickt mit dem Drange nach nationaler Unabhängigkeit und politischer „Freiheit" zu vereinigen wußte. So ist die antidynastische Bewegung im Laufe des letzten Jahres zu einer Macht herangewachsen, der die Regierung mit großer Sorge gegenübersteht. Mehr und mehr ist sie zu einer Partei des gewaltsamen Umsturzes geworden und hat durch die Ermordung des Gouverneurs von Anhui, eines Mandschu, im Jahre 1907 sowie durch mehrere vereitelte Anschläge gezeigt, daß sie vor keiner Tat mehr zurückschreckt.[1])

Dynastie wie Regierung haben sich durch diese Umtriebe zeitweilig einschüchtern lassen. Eine Anzahl von Maßnahmen, die

[1]) Vergl. oben S. 94.

während des letzten Jahres, namentlich seit dem Juli (1907) erfolgt sind, bekunden eine so grundsätzliche Bevorzugung des chinesischen Elements gegenüber dem mandschurischen, daß sie nur durch das Bestreben zu erklären sind, dem gefährlichen Zwiste im Reiche den Boden abzugraben. Als im April 1907 die seit längerer Zeit geplante Neuordnung der Verwaltung in den drei mandschurischen Provinzen durchgeführt wurde,[1]) ernannte man zum General-Gouverneur des Gesamtgebietes wie zu Gouverneuren der Einzelprovinzen in diesem Stammlande der Dynastie Chinesen. Ferner wurden im September Yuan Schi K'ai und Tschang Tschi Tung, beides Chinesen, als Mitglieder des Staatsrats nach Peking berufen und die General-Gouvernements von Tientsin und Wutschang an nahe Freunde Yuan Schi K'ai's geben. Yuan Schi K'ai beherrscht in der Tat auch heute die politische Lage in China.[2]) Eine deutlichere Sprache noch redet ein Edikt vom 10. August 1907, in dem bestimmt wurde, daß hinfort alle Unterschiede zwischen Mandschus und Chinesen beseitigt werden sollten, und das die Behörden der Zentrale und der Provinzen anwies, Vorschläge für die wirksame Ausführung dieser Bestimmung zu machen. Solche Vorschläge sind danach auch in großer Zahl eingegangen. Sie sind fast alle einig in der Beseitigung der über das Reich zerstreuten, in der Umgebung der Hauptstadt besonders zahlreichen Mandschu-Garnisonen, in der Abschaffung der Banner-Organisation,[3]) der Freigabe von Ackerbau und Handel für die Mandschus und der Erlaubnis zur Heirat zwischen Mandschus und Chinesen. Die Ausführung dieses Programms ist zu einem großen Teile seitdem auch angeordnet worden: die oben erwähnten Mandschu-Garnisonen, die militärisch längst wertlos geworden sind, werden aufgehoben; den Mitgliedern und ihren Familien soll Ödland zur Bebauung überwiesen werden, auch soll ihnen jeglicher Handelsbetrieb gestattet sein. (Eine ähnliche Anordnung wurde bereits einmal während der Reform-Periode im September 1898 getroffen.) Die Abschaffung der gesamten Banner-Organisation wird sich nur schwer bewerkstelligen lassen, da die Mitglieder bestimmte staatliche Zuwendungen erhalten und diese ihnen nicht ohne Ersatz genommen werden können. Es würde also hier eine Abfindung in großem Maßstabe notwendig werden; für eine solche aber sind bei der gegenwärtigen Finanzwirtschaft die Mittel nicht zu beschaffen.[4]) Und doch bildet die Beseitigung des Bannerwesens die Vorbedingung für eine völlige Lösung

[1]) S. oben S. 126 f.

[2]) Vergl. oben S. 102 ff.

[3]) Die Banner-Organisation umfaßt die Nachkömmlinge der mandschurisch-mongolisch-chinesischen Armee, die im 17. Jahrhundert China eroberte. Die Mitglieder, etwa 220 000 Familien, leben auf Kosten des Staates, die Männer sind dafür ursprünglich zum Heeresdienst verpflichtet. Die Kosten belaufen sich für Peking allein jährlich auf etwa 8 Millonen Taels, dazu kommen Rationen in Reis.

[4]) In einer umfangreichen Denkschrift vom November 1907 wird unter anderem der Antrag gestellt, die Bezüge der Banner-Organisation jedes Jahr um 10 v. H. zu kürzen, so daß sie nach zehn Jahren gänzlich wegfallen; dafür sollen die Bannerleute Freiheit des Gewerbes und Wohnsitzes ebenso genießen wie die sonstige Bevölkerung.

der Mandschu-Frage. Es kann nicht überraschen, daß die Mandschus ihrerseits auf die ihnen seit alter Zeit verbrieften Rechte nicht ohne weiteres verzichten wollen. Eine wachsende Unruhe scheint sich nach den letzten Meldungen der Bannerleute zu bemächtigen, und es wird bei künftigen Maßnahmen großer Vorsicht bedürfen, wenn die Dynastie nicht Gefahr laufen will, den Halt in ihren Stammesgenossen zu verlieren, ohne ihn in den fanatisierten Chinesen zurückzugewinnen. Ethnologisch hat sich der Ausgleich zwischen den beiden Völkern längst vollzogen; die Mandschus sind im Chinesentum vollkommen aufgegangen, und die Behauptung, daß sie reaktionär, auslandfeindlich usw. seien, ist durchaus willkürlich und durch nichts zu begründen.[1]) Es handelt sich nur darum, die noch vorhandene politische Sonderstellung der Mandschus, die in der Tat heute keine Berechtigung mehr hat, zu beseitigen. Diese Aufgabe hat, wie erwähnt, eine wirtschaftliche Seite und ist daher nicht leicht; indessen sind die aufgeklärten Angehörigen beider Volkstämme bis zum Monarchen hinauf davon überzeugt, daß eine solche Beseitigung erfolgen muß und wird, und darum erscheint die Frage als sehr wohl friedlich lösbar — vorausgesetzt, daß der Dynastie die nötige Zeit gelassen wird.[2])

Mit der revolutionären Bewegung in Mittel- und Süd-China sollte allerdings, sofern die Regierung sich nicht selbst preisgeben will, ein Paktieren ausgeschlossen sein. Verblendeter Fanatismus mag dem gegenwärtigen Zustande ein schnelleres Ende bereiten, aber nur, um einen schlimmeren herbeizuführen. Denn in ebenso unsinniger Weise wie gegen die „fremde" Dynastie tobt der neue Nationalismus gegen das Ausland. Jung-China glaubt sich nach kurzer Lehrzeit bereits mündig geworden. Zu dem wenigen, was es gelernt hat, gehört die Erkenntnis, daß China unter den modernen Kulturstaaten noch keine gleichberechtigte Stellung zugestanden ist, und daß die Ausländer in China Sonderrechte genießen, die mit der neu entdeckten nationalen Ehre unvereinbar sind. Das Bestreben, diesem Zustande abzuhelfen, ist berechtigt und an sich rühmlich, aber leider wird es nicht von dem Bewußtsein geleitet, daß nur ernste, stetige Arbeit dieses Ziel allmählich, aber sicher zu erreichen vermag; es betätigt sich vielmehr bis jetzt nur in einem lärmenden Phrasentum und in Verunglimpfungen der eigenen Regierung. Die letztere aber läßt sich wie in der inneren Politik, so auch in den Beziehungen zum Auslande durch dieses Treiben mehr beeinflussen, als dem Lande gut ist. Sie hat sich in eine Politik unfruchtbarer Verneinung den Fremden gegenüber hineindrängen lassen, die gerade jetzt bei der Umformung aller Staatseinrichtungen doppelt verhängnisvoll ist. Das zeigt sich besonders deutlich bei den gegenwärtig schwebenden Eisenbahn- und

[1]) Vergl. oben S. 93.

[2]) Das Selbstbewußtsein der Mandschus und, wohl als eine Reaktion gegen die stärker werdende antidynastische Bewegung, das Absonderungsbestreben in manchen Kreisen davon, haben in letzter Zeit leider wieder zugenommen. Die Ernennung der beiden jungen und ganz unerfahrenen Brüder des Prinz-Regenten zu Leitern des gesamten Kriegswesens, die Gründung einer mandschurischen Adel-Schule in Peking u. a. lassen jedenfalls darauf schließen und sind unter den gegebenen Verhältnissen Maßregeln von zweischneidiger Bedeutung.

Industrie-Fragen: ohne fremde finanzielle und technische Hilfe kann weder das Land die ihm so dringend nötigen Eisenbahnen erhalten, noch eine industrielle Entwicklung in größerem Maßstabe einsetzen; das Gelärme der „Patrioten" aber verhindert jede ruhige Behandlung dieser rein wirtschaftlichen Angelegenheiten. Unter dem gleichen Übel leiden, wie oben gezeigt wurde, die Unterrichts- und die Finanz-Reform.

Zu der Eifersucht auf die nationale Ehre kommt das leider durch die Vergangenheit begründete und jetzt nicht mehr zu beschwichtigende Mißtrauen gegen die politischen Endabsichten des Auslandes. Ein sehr düster gehaltener chinesischer Zeitungsartikel schilderte im letzten Sommer (1907) die Lage mit folgenden Worten: „Außen umdrohen uns Gefahren und innen die Sorgen; wie Sturm und Wogen wachsen sie von Tag zu Tag." Und zwar lägen die äußeren Gefahren vor allem in den kürzlich zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan abgeschlossenen Garantie-Verträgen über die Integrität Chinas und die besonderen Interessen der vertragschließenden Teile auf chinesischem Gebiete. Abgesehen von diesen Verträgen, gegen die die Regierung in Peking teilweise förmlichen Einspruch erhoben hat, ist das Mißtrauen gegen Japan noch besonders durch die bekannten Vorgänge in Korea und der Mandschurei verstärkt worden, so daß die Pläne einer ostasiatischen Verbrüderung gegen das Abendland heute als undurchführbar erkannt sind. Daran werden auch die zwischen Amerika einserseits und Japan und China anderseits schwebenden wirtschaftlichen Fragen nichts ändern.[1])

Faßt man die in Vorstehendem dargestellten Einzelmomente zusammen, so ergibt sich kein sonniges Bild von der heutigen Lage in China. Dem Übergang von der alten zur neuen Staatsordnung stellt sich eine lange geschichtliche Entwicklung mit ihrem Gegensatz zwischen Zentrale und Provinzen hemmend entgegen; ein von den alten Formen losgelöstes, von nationalem Übereifer erfaßtes Literatentum, das ebenfalls die Wurzeln seiner Kraft in der Geschichte hat, drängt die in sich selbst nicht einheitliche Regierung auf Wege, von denen niemand weiß, wohin sie führen; daneben droht ein bisher unbekanntes Element, das Nationalitäts-Prinzip, das durch uralte Kultureinheit zusammengehaltene Volk auseinanderzureißen. Die Dynastie aber, die Trägerin der politischen Einheit, scheint in ihrem Bestande nicht unbedingt gesichert, und gelingt es nicht, die Gegensätze rechtzeitig auszugleichen, so wird die Spaltung auf Mandschus und Chinesen kaum beschränkt bleiben. Fast scheint es heute, als ob infolge des russisch-japanischen Krieges alle großen asiatischen Staaten von dem Drange nach politischer Weiterentwicklung erfaßt seien, und zwar in einer Richtung, die sie in einen Gegensatz zu ihrer ganzen langen geschichtlichen Überlieferung bringt. Hat also schon im Abendlande der Weg zur Verfassung meist durch blutige Krisen hindurchgeführt, so ist in Asien der Boden für politische Katastrophen noch geeigneter. In China sind jedenfalls die Elemente dafür reichlich gegeben.

[1]) Vergl. oben S. 39 Anm.

Die deutsch-chinesische Hochschule in Tsingtau, ihre Vorgeschichte, ihre Einrichtung und ihre Aufgaben.

(Marine-Rundschau 1909, 12. Heft.)

Am 25. Oktober (1909) ist in Tsingtau die deutsch-chinesische Hochschule feierlich eröffnet worden. Damit ist ein Werk zum Abschluß gebracht, das sorgsamer Studien, eingehender Verhandlungen und mühevoller Vorarbeiten zu seinem Gelingen bedurft hat. Nun, da die Hochschule ihre Tätigkeit begonnen hat, erscheint es angebracht, in großen Zügen ein Bild davon zu geben, wie die neue Bildung-Stätte entstand, was sie ist, und was sie soll.

Der große Umformungsprozeß, der jetzt in China vor sich geht, hatte bereits vor mehreren Jahren sowohl die diplomatische Vertretung des Reiches wie die Verwaltung des Schutzgebietes Kiautschou zu der Überzeugung gebracht, daß Deutschland bei dieser Entwicklung, deren Gang und Folgen heute noch unabsehbar sind, nicht länger untätig beiseite stehen dürfe. Das ganze politische, soziale und wirtschaftliche System des chinesischen Weltreiches, sein gesamtes, seit sechs Jahrhunderten erstarrtes Geistesleben war in Bewegung geraten, die gärenden Kräfte suchten nach neuen Gestaltungen, nach zeitgemäßen Formen. Daß der hauptsächlichste Träger der Entwicklung das heranwachsende Geschlecht sein mußte, und daß die kulturellen Neubildungen, wenn sie gesund und von Dauer sein sollten, in einem neu zu schaffenden, zweckentsprechenden Unterricht-System ihre Grundlage und ihre Leitung zu erhalten hatten, ist selbstverständlich und war den Chinesen von Anbeginn klar. Ebenso klar jedoch war es oder wurde es sehr bald durch leicht zu beobachtende Tatsachen, daß China nicht imstande war, diese Neuschaffung ohne fremde Hilfe durchzuführen. Hilfe gewähren bei einem solchen Werke, bei der Umbildung des Geisteslebens eines Volkes, hat aber eine tiefgreifende Bedeutung. Es bedeutet, diesem Geistesleben die Charakterzüge des eigenen beimischen, ihm die eigene Sprache übermitteln, es mit ei-

genen Ideen befruchten, es an die eigene Lebens- und Weltanschauung gewöhnen. Von hier bis zur politischen und wirtschaftlichen Hinneigung ist nur ein kleiner Schritt, so klein, daß er immer getan wird, sogar ungewollt und unbewußt. Dieser Zusammenhang war von allen in Betracht kommenden großen Kulturstaaten des Abendlandes, von England, Frankreich, Amerika sowie von Japan allmählich erkannt und zu einem bestimmenden Faktor ihres Verhaltens gemacht worden. Die Regierungen, mit Ausnahme der japanischen, hatten es zwar zunächst nicht für notwendig gehalten, dabei besonders in den Vordergrund zu treten, aber sie konnten sich diese Zurückhaltung auch durchaus gestatten, da sie in den weitverzweigten, kapitalkräftigen Missions-Gesellschaften seit Jahrzehnten eifrige Agenten ihres Einflusses besaßen, Agenten, die dank ihren Erfahrungen sowie ihren Sprach- und Landeskenntnissen eine wirksame Tätigkeit als Kulturvermittler entfalten konnten, zumal da sie auf diesem Gebiete bis dahin die unbestrittene Alleinherrschaft hatten. In richtiger Erkenntnis der Sachlage suchten sie sich frühzeitig des Unterrichts zu bemächtigen, und sie würden auch in den zahllosen von ihnen gegründeten und erhaltenen Lehranstalten ungeschmälerte Erfolge erzielt haben, wenn sie die erzieherische Tätigkeit nicht allzu eng mit der religiösen Propaganda verknüpft hätten, ein Fehler, den die Missionare jetzt selbst, aber zu spät eingesehen haben. Deutschland besaß solche Kulturvermittler nicht oder so gut wie nicht; die wenigen deutschen Missionare arbeiteten mit ungenügenden Mitteln.

Wenn also in der Unterrichtsfrage von deutscher Seite überhaupt etwas geschehen sollte, so konnte es nur von der Regierung ausgehen. Daß aber ein größeres Bildungsunternehmen, wenn man sich überhaupt zu einem solchen entschloß, in erster Linie in dem deutschen Schutzgebiete Kiautschou Aussicht auf Erfolg bot, konnte schon um deswillen keinen Augenblick zweifelhaft sein, weil man dort und nur dort in den vorhandenen technischen und administrativen Einrichtungen ein gutes und verhältnismäßig vollständiges Lehrmaterial hatte. Es ist erheblich leichter, der chinesischen Jugend dort ein getreues Abbild deutscher Kultur in wirksamer Weise vor Augen zu führen, als in irgend einem Vertragshafen, wo das Engländertum überwiegt.

So war also das Reichs-Marine-Amt als oberste Verwaltungs-Behörde des Schutzgebietes die Stelle, die in der wichtigen Frage die Führung übernehmen mußte. Im Frühjahr 1908 war der Staatssekretär bereits in der Lage, dem Reichstage eine sorgfältig ausgearbeitete Vorlage zu unterbreiten, in der „für die Errichtung einer größeren Bildungsanstalt für Chinesen in Tsingtau“ ein Betrag von 300 000 Mk. für einmalige und von 75 000 Mk. für laufende Ausgaben gefordert wurde. In der Begründung wies die Vorlage auf die Reformbestrebungen im chinesischen Unterrichtswesen hin, auf die vergeblichen Bemühungen der Chinesen, diese Reform selbständig durchzuführen, sowie auf die von anderen Staaten unternommenen Schritte, um den Chinesen in ihren Schwierigkeiten zu Hilfe zu kommen. Es wurde dann hervorgehoben, wie Deutschland sich bei diesen Kulturbestre-

bungen bisher zurückgehalten habe, ein Verhalten, das um so weniger berechtigt sei, als gerade die Vorzüge des deutschen Unterrichtswesens von der chinesischen Studien-Kommission, die im Jahre 1906 Europa bereiste, wiederholt besonders betont worden seien. Die Vorlage enthielt ferner bereits einen fertigen Entwurf für die Gestaltung und Einrichtung der Anstalt, soweit sich ein solcher bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hatte ausarbeiten lassen. Dem Reichstage kam der Plan offenbar etwas überraschend, trotzdem sprachen sich nahezu alle Parteien mit großem Wohlwollen darüber aus und erkannten den leitenden Gedanken darin rückhaltlos als richtig an. Indessen schien die ganze Sache doch noch zu neu und zu ungeklärt, als daß man sich auf das bisher vorgelegte Material hin verpflichten wollte. Die Budget-Kommission beschloß daher, die Angelegenheit zu vertagen, bis ein mehr in das einzelne gehender Plan des Unternehmens vorhanden sei, und bis man insbesondere wisse, wie die chinesische Regierung dazu stehe und in welcher Weise sie sich etwa an dem Unternehmen zu beteiligen geneigt sei. Um dies festzustellen, sollte das Reichs-Marine-Amt einen besonderen Beamten nach China entsenden, der die Frage an Ort und Stelle zu studieren und ihre Regelung zu betreiben hätte. Für die weiteren nötigen Vorarbeiten bewilligte der Reichstag eine Pauschalsumme von 50 000 Mk.

Es ist notwendig, auf diese durchaus sachgemäße Haltung des Reichstages hinzuweisen im Hinblick auf die entstellenden Berichte, die alsbald in der fremden Presse Ostasiens erschienen. Reuter hatte mit der Genauigkeit, die man an seinen Meldungen gewohnt ist, sobald es sich um deutsche Angelegenheiten handelt, nach China telegraphiert, daß der Reichstag die Vorlage des Reichs-Marine-Amts abgelehnt und statt der geforderten 300 000 Mk. nur 50 000 Mk. für Errichtung einer Schule für Chinesen bewilligt habe. Während man in den deutschen Kreisen Chinas über die vermeintliche Verständnislosigkeit des Reichstages bitterlich enttäuscht war, triumphierten einige auswärtige Zeitungen und versäumten es nicht, die chinesische Regierung nachdrücklich vor solchen und ähnlichen deutschen Anschlägen zu warnen. Die Folgezeit hat, wie wir sehen werden, dieser sittlichen Entrüstung ein eigenartiges Relief gegeben. Zur Ehre der politischen Einsicht der Regierung in Peking muß übrigens gesagt werden, daß die freundschaftlichen Ratschläge, deren Wert sie wohl aus früheren Erfahrungen kannte, nicht den geringsten Eindruck auf sie gemacht haben. Wenn irgendwo, so war in der Tat bei dieser Frage kein Raum für politische Hintergedanken vorhanden. Daß das deutsche Unternehmen nicht uneigennützige Nächstenliebe als Motiv hatte, sondern materielle deutsche Interessen verfolgte, ist so selbstverständlich, daß es nicht bloß heuchlerisch, sondern dumm wäre, es leugnen zu wollen. Man müßte die Chinesen für politische Kinder halten, wollte man ihnen einzureden suchen, daß man ihnen nur aus Mitgefühl mit ihren Schwierigkeiten die Erziehung ihrer Jugend abnehmen wolle. Während der folgenden Verhandlungen ist denn auch dieser Punkt niemals verschleiert worden; mit rückhaltloser Offenheit

ist den Chinesen dargelegt worden, welche Verzinsung man in Deutschland von dem angelegten Kapital erwarte: man wünsche, daß die Chinesen künftig auch die Welt einmal in deutscher Auffassung sehen könnten, daß sie Zutritt erhielten zu den von ihnen nicht geahnten Reichtümern deutscher Kultur, daß sie das Deutschtum durch sich selber und nicht bloß immer in fremder Darstellung kennen lernten, und daß auf Grund dieser neuen Kenntnisse das chinesische Volk auch seine materiellen Bedürfnisse in wachsendem Maße auf dem deutschen Markte decke. Diese Erklärungen, das mag gleich hier vorweg bemerkt werden, haben bei den Chinesen volles Verständnis gefunden, vielleicht haben sie sogar dazu beigetragen, die Verhandlungen zu erleichtern. Eine Unredlichkeit in solchen Bestrebungen zu sehen aber vermag nur der, der entweder selbst von Hintergedanken erfüllt ist, oder aber ein ausschließliches Recht auf Ausbreitung seines Volkstumes zu besitzen glaubt und darum jeden fremden Erfolg als eine Beleidigung oder wenigstens als eine Ordnungswidrigkeit ansieht.

Nachdem der Reichstag seine Wünsche geäußert hatte, verlor das Reichs-Marine-Amt keine Zeit, sie auszuführen. Wenige Wochen später schon entsandte der Staatssekretär einen besonderen Kommissar nach China mit dem Auftrage, an der Seite des Kaiserlichen Gesandten mit der Zentral-Regierung in Peking in Verhandlungen zu treten. Schon die „Denkschrift betreffend die Entwicklung des Kiautschou-Gebiets“ von 1908 hatte hervorgehoben, daß man den kulturellen Bestrebungen in Tsingtau in freundschaftlichem Einvernehmen mit den Landesbehörden nachgehen wolle, und daß daher auch bei der Errichtung der geplanten Anstalt die chinesischen Wünsche das weitestgehende Entgegenkommen finden sollten. In der Tat war man sich darüber vom ersten Augenblick an klar gewesen, daß, wenn man mit einem großen Schulunternehmen entsprechende Erfolge erzielen wollte, man in engem Einvernehmen mit der chinesischen Regierung handeln müsse. Schon wegen des ungeheuren Vorsprunges, den die Verbreitung der englischen Sprache in Ostasien den anglo-amerikanischen Kulturarbeiten verschafft hatte, war die Bundesgenossenschaft nicht zu entbehren: gegen den Willen der Landesregierung oder auch nur ohne ihre Unterstützung und mit mehr oder weniger versteckten, stark entwickelten Gegnerschaften Einfluß auf das chinesische Bildungswesen gewinnen zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen gewesen. Dazu kam noch eine andere Erwägung. Die chinesische Regierung hat sich fremden Schulunternehmungen auf chinesischem Boden bisher keineswegs freundlich gegenübergestellt, und zwar aus folgenden Gründen. Bei weitem die meisten dieser Schulen standen und stehen noch jetzt unter der Leitung christlicher Missions-Gesellschaften. Die Regierung aber, sowie das gebildete Chinesentum verhalten sich, aus Gründen, die hier unerörtert bleiben können, der christlichen Propaganda gegenüber grundsätzlich ablehnend, heute so sehr wie je. Sie hegen die Besorgnis, ob mit Recht oder Unrecht, kommt hier nicht in Betracht, daß die Zöglinge dieser Mission-Schulen ihrer heimischen Kultur, vor allem dem ethisch-sozialen System ihres Vaterlandes ent-

fremdet würden. Einen solchen Preis aber wollen die Chinesen für die Erwerbung abendländischen Wissens nicht zahlen. Diesen Rücksichten sind die bekannten Bestimmungen des Unterrichts-Ministeriums von 1906 zuzuschreiben, wonach keine von Ausländern in China errichtete Schule staatlich anerkannt wird, und keine aus einer solchen Schule hervorgehenden Zöglinge zu staatlichen Prüfungen zugelassen werden. Damit war den Schülern der christlichen Mission-Schulen der Weg in die Beamten-Laufbahn versperrt, und wir werden noch Gelegenheit haben zu sehen, wie schwer die Missionare von diesem Schlage getroffen wurden, so schwer in der Tat, daß viele von ihnen es vorziehen, die Propaganda aufzugeben, um die Schulen zu retten. Die französische Regierung hat nicht gesäumt, aus dieser verfehlten Tätigkeit der Mission-Schulen ihre Folgerungen zu ziehen. Durch Erlaß vom 8. Mai 1906 wurde für die indo-chinesischen Besitzungen ein „Conseil de Perfectionnement de l'Enseignement indigène" geschaffen, der das gesamte Unterrichtswesen dort neu ordnen und im Hinblick auf ein „friedliches Eindringen" in die benachbarten chinesischen Provinzen im Gegensatz zu der bisherigen Übung auf eine missionsfreie Grundlage stellen sollte. Ein hervorragendes Mitglied dieser neuen Körperschaft machte in einem Vortrage zu Marseille am 24. September 1906 zu der Frage folgende Ausführungen: Das französische Schulwesen in Indo-China und besonders in Annam habe bisher unter der von den Missionen übernommenen traditionellen Auffassung gelitten, daß die Zöglinge von der ethischen Eigenart ihres Volkstums frei gemacht und den Kultur-Systemen des christlichen Abendlandes angeglichen werden müßten. Die Ergebnisse dieses Erziehungs-Systems seien charakterlose Zwitterwesen, bemitleidenswerte junge Leute, die von ihren Familien ausgestoßen, von ihren Volksgenossen verachtet, von den Franzosen als Parias behandelt würden, ohne Einfluß im Lande, wertlos für französische Zwecke.[1]) Eine der ersten Handlungen der Unterrichts-Reformatoren war die Gründung einer Hochschule für einheimische und Chinesen zu Hanoi im Jahre 1907 unter Mitteilung davon an die Regierungen der benachbarten chinesischen Provinzen.

Das erste, was hiernach zu geschehen hatte, um das Vertrauen der chinesischen Regierung zu der neuen deutschen Gründung zu gewinnen, war, sie über den Charakter dieser Gründung aufzuklären und zu beruhigen. Es mußte ihr zugesichert werden, daß in der Schule die Chinesen nicht etwa in Deutsche verwandelt werden sollten, daß es im Gegenteil die Anstalt als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten würde, in ihren Schülern neben dem Verständnis für deutsches Wesen auch die Achtung vor ihrer eigenen Kultur, ihrer eigenen Wissenschaft und ihren eigenen Staatseinrichtungen zu pflegen, mit einem Worte, sie zu vaterlandsliebenden Chinesen mit moderner Bildung zu erziehen. Als Bürgschaft für diese Grundsätze mußte einerseits die Zusicherung gegeben werden, daß jede religiöse Propaganda von der Anstalt bestimmungsgemäß ausgeschlossen sei, ander-

[1]) Vergl. „Bulletin de l'Ecole française d'Extrême-Orient", Bd. VI, S. 457.

seits das Versprechen, daß auch der chinesische Unterricht durchaus zu seinem Rechte kommen und seine Regelung daher den Chinesen selbst vorbehalten bleiben solle. Auf diesen Grundlagen begannen im Mai 1908 die Verhandlungen in Peking. Die chinesische Regierung wurde dabei durch keinen Geringeren vertreten als den ehrwürdigen Tschang Tschi Tung selbst, der Mitglied des Staatsrats und General-Inspektor des gesamten Unterrichtswesens im Reiche und als solcher mithin auch dem Unterrichts-Ministerium vorgesetzt war. Er erklärte sogleich, daß für ihn die Frage eine derartige Bedeutung habe, daß er ihre Erledigung selbst in der Hand zu behalten wünsche, und daß er sich von ihrer zufriedenstellenden Lösung den besten Einfluß für die gesamten deutsch-chinesichen Beziehungen verspreche. Die Verhandlungen über Einzelheiten des Unternehmens zogen sich bis zum August hin. In ihrem Verlaufe ergab sich, daß den Chinesen vor allem daran lag, eine deutsche Musteranstalt für den höheren wissenschaftlichen Unterricht zu erhalten, nach der sie später selbst das noch in den Anfängen stehende höhere Unterrichtswesen in ihrem Lande umformen könnten. Der Plan, wie er im Reichs-Marine-Amt ausgearbeitet war, hatte diesem Gedanken bereits Rechnung getragen und die Pflege der höheren Wissenschaften nach Maßgabe ihrer praktischen Anwendbarkeit unter chinesischen Verhältnissen besonders ins Auge gefaßt. Zugleich hatte man aber Rücksicht genommen auf die geringe Wahrscheinlichkeit, genügend vorgebildetes Schülermaterial zu erhalten, und daher auch die Schaffung einer Anstalt vorgesehen, in der Knaben für das Studium höherer Fachwissenschaften vorbereitet werden sollten. Dieser Grundplan fand sogleich die Zustimmung der Chinesen, längere Auseinandersetzungen wurden nur durch Fragen der Organisation im einzelnen verursacht; dagegen wurde die finanzielle Unterstützung durch die chinesische Regierung auch sofort bereitwillig zugesagt. Das Ergebnis der Verhandlungen war schließlich ein Gründung-Statut, das zwischen dem Kaiserlichen Gesandten und dem Auswärtigen Amte in Peking vereinbart und von den beiderseitigen Regierungen — in China durch Kaiserliches Edikt — genehmigt wurde. Der Inhalt dieses Statuts ist im wesentlichen der folgende.

Die in Tsingtau zu errichtende Anstalt wird von der deutschen und der chinesischen Regierung gemeinsam betrieben. Zu den Einrichtungskosten trägt China die Summe von 40000 Mk. bei, zu den laufenden Ausgaben jährlich ebenfalls 40000 Mk., und zwar zunächst für einen Zeitraum von zehn Jahren. Die Anstalt gliedert sich in zwei Teile: eine Unterstufe, in der die allgemeine Vorbildung vermittelt wird, und in eine Oberstufe, die in die höheren Fachwissenschaften einführt. Neben dem abendländischen Bildungsgange läuft in beiden Stufen parallel der chinesische. Die Regelung des letzteren bleibt den Chinesen überlassen. Die Unterstufe hat einen sechsjährigen Lehrgang.[1]) Lehrfächer sind: Deutsch, allgemeine Geschichte und

[1]) Nach einem in der „Kiautschou-Post" vom 16. Juli 1910 erschienenen Berichte über das erste Unterrichtsjahr der Deutsch-Chinesischen Hochschule soll der sechsjährige Lehrgang der Unterstufe im Hinblick auf gewisse Neuerungen im chinesischen Unterrichtswesen in einen vier- oder fünfjährigen umgewandelt werden.

Geographie, Mathematik, Botanik, Zoologie, Physik, Chemie. Die Oberstufe besteht aus vier Abteilungen: einer staatswissenschaftlichen, einer medizinischen, einer technischen und einer forst- und landwirtschaftlichen. Der Unterricht dauert in jeder der vier Abteilungen drei bis vier Jahre, in der medizinischen schließt sich noch ein Jahr praktischer Ausbildung daran. Lehrfächer in der staatswissenschaftlichen Abteilung sind: Völkerrecht, allgemeines Staats- und Verwaltungsrecht, Etatsrecht, Eisenbahnrecht, Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft; in der technischen Abteilung: Maschinenbau, Hochbau, Eisenbahnbau, Bergbau und Elektrotechnik; die vorhandenen Werkstätten werden als Anschauungsmaterial benutzt; in der forst- und landwirtschaftlichen Abteilung: Waldwirtschaft, Viehzucht, Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und ähnliches; zu Übungen der medizinischen Abteilung dient das Faber-Hospital in Tsingtau. Sowohl die Unterstufe wie jede Abteilung der Oberstufe schließt mit einer Prüfung ab. Die in die unterste Klasse der Unterstufe Aufzunehmenden sollen wenigstens dreizehn und höchstens fünfzehn Jahre alt sein. Vorkenntnisse in fremden Sprachen und Wissenschaften werden von ihnen nicht verlangt. Die Abgangsprüfung in der Unterstufe berechtigt zum Eintritt in eine beliebige Abteilung der Oberstufe. Die Zöglinge, die die Abgangsprüfung in einer Abteilung der Oberstufe bestanden haben, können in Peking in die Reichs-Universität eintreten und sich um die literarischen Grade bewerben, es steht jedoch, wenn sie dies nicht wollen, auch ohne dies ihrer Verwendung im Staatsdienste nichts im Wege. Zur Teilnahme an den Prüfungen entsendet das Unterrichts-Ministerium in Peking einen Vertreter; die Abgangszeugnisse werden dann von ihm mit unterzeichnet. Die Anstalt ist ein Internat, alle Schüler müssen also auch darin wohnen. Der Direktor der Anstalt wird von der deutschen Regierung ernannt; er führt die Oberleitung über die gesamte Anstalt. Ferner befindet sich an dieser dauernd ein Studien-Inspektor, den die chinesische Regierung ernennt. Er soll darauf achten, daß der Betrieb der Anstalt dem vereinbarten Statut entspricht, und der chinesischen Unterrichtsbehörde darüber Bericht erstatten. Ferner soll er die Lehrer des chinesischen Unterrichts überwachen, auch den Fleiß, die Leistungen und das Betragen der Schüler beobachten und auf diese Weise den Direktor unterstützen. Die Lehrer, die den chinesischen Unterricht erteilen, sollen von der Unterrichtsbehörde von Schantung ausgewählt und zur Anstellung vorgeschlagen werden. Falls den deutschen Behörden besonders tüchtige chinesische Lehrkräfte bekannt sind, können auch diese sie vorschlagen. Die Unterrichtsbehörde von Schantung soll aber vor ihrer Anstellung ihre Qualifikation feststellen. Die Schüler werden durch die Unterrichtsbehörde von Schantung der Anstalt zugewiesen. Falls die deutschen Behörden Schüler überweisen wollen, muß zunächst die Unterrichtsbehörde von Schantung feststellen, ob ihre Kenntnisse im Chinesischen den Anforderungen genügen. Die Anstalt wird von der chinesischen Regierung ausdrücklich als solche amtlich anerkannt. Gelegentlich soll sie von sachverständigen Vertretern der Provinzial-Regierung von Schantung oder des Unterrichts-Ministeriums in Peking besichtigt werden.

Einzelne Bestimmungen dieses Statuts bedürfen einer näheren Erklärung. Es ist mehrfach aufgefallen, daß alle Schüler, auch die aus dem Schutzgebiet stammenden, der Anstalt durch die Unterrichtsbehörde von Schantung zugewiesen werden sollen. Diese Einrichtung hat zunächst ihren Grund in der chinesischen Verwaltungs-Technik. Die Errrichtung der Anstalt ist, und zwar auf deutschen Wunsch, allen Provinzial-Regierungen des Reiches mitgeteilt und ihre Benutzung ihnen empfohlen worden. Tsingtau liegt, zwar nicht mehr politisch, aber geographisch, in der Provinz Schantung. Nun ist es ein chinesischer Verwaltungs-Grundsatz, daß Verhandlungen zwischen nachgeordneten Behörden verschiedener Provinzen in der Regel durch die beiderseitigen Zentralen gehen sollen. Dazu kommt hier noch, daß die Behörden anderer Provinzen nicht befugt sind, mit dem Gouvernement von Tsingtau unmittelbar dienstlich zu verkehren, geschweige denn mit der fremden Schuldirektion. So war es nur natürlich, daß für alle Schüler-Zuweisungen aus dem Reiche der Weg nach Tsingtau über die Zentral-Behörde von Tsi-nan fu führte. Was aber die Zuweisung der aus dem Schutzgebiete stammenden Schüler anlangt, so wäre eine Ausnahmestellung für sie leicht zu erreichen gewesen, aber nur zu ihrem eigenen Schaden. Die chinesische Regierung stellte sich auf den nicht unberechtigten Standpunkt, daß jeder, der an den Vorrechten der Schule teilnehmen wolle, sich auch den Anforderungen fügen müsse; wollten die Schüler des Schutzgebietes bei der Abgangsprüfung die Berechtigung erlangen, in den chinesischen Staatsdienst übernommen zu werden, so müßten sie sich auch dem Organ dieses Dienstes, d. h. der chinesischen Unterrichtsbehörde zur Verfügung stellen. Bei Nichterfüllung dieses Verlangens könnten sie zwar die Schule besuchen, aber die chinesische Regierung würde sie als nicht vorhanden betrachten. Den Schutzgenossen wäre also mit einer Ausnahmestellung übel gedient gewesen. Gänzlich verfehlt sind die Einwände, die in manchen deutschen Kreisen gegen die Ernennung eines chinesischen Studien-Inspektors und gegen den darin zum Ausdruck kommenden „gemeinsamen Betrieb“ erhoben worden sind. Wenn man von der chinesischen Regierung verlangt, daß sie zu den Kosten der Anstalt beitragen und sie hinsichtlich der Berechtigungen wie eine der ihrigen ansehen soll, so kann man es ihr billigerweise nicht verargen, wenn sie den Betrieb darin durch einen von ihr ernannten und von ihr besoldeten Vertreter beobachten läßt, um so weniger als die eigentliche Leitung der Anstalt ausschließlich deutsch ist. Außerdem liegt kein Grund vor, von vornherein anzunehmen, daß der Studien-Inspektor seine Aufgabe darin sehen wird, die Leitung der Anstalt möglichst zu behindern und den Betrieb zu erschweren. Der Beamte, der im letzten Sommer für die Stellung ernannt worden ist, hat den Ruf eines aufgeklärten und kenntnisreichen Mannes und hat sich nach deutschen Meldungen bei den Vorarbeiten ausgezeichet bewährt. Man kann sogar getrost behaupten, daß das Nichtvorhandensein eines solchen Studien-Inspektors zeitweilg geradezu verhängnisvoll werden könnte. Eine wirksame Kontrolle über das einheimische Lehrer- und

Schülermaterial kann er besser ausüben als selbst der erfahrenste Deutsche, und bei den Schwierigkeiten im inneren Betriebe, wie sie erfahrungsmäßig in chinesischen Lehranstalten nur zu häufig vorkommen und wie sie auch in Tsingtau sicher nicht ausbleiben werden, kann seine Vermittlung von unschätzbarem Werte sein. Daß das enge Zusammenarbeiten mit den Landesbehörden die deutsche Leitung zuweilen in ihrer Bewegungsfreiheit hindern mag, ist nicht zu leugnen, dieser Nachteil wird jedoch reichlich aufgewogen durch den viel stärkeren Rückhalt, den die Anstalt dadurch der gesamten chinesischen Bevölkerung, insbesondere dem Beamtentum gegenüber erhalten hat. Die Schule ist nicht bloß, ja nicht einmal in erster Linie für die Bewohner des Schutzgebietes geschaffen, sondern sie soll ihre Tätigkeit möglichst über das ganze Reich erstrecken und zu dem Zwecke Schüler aus allen Provinzen aufnehmen. Schon aus diesem Grunde ist die Hilfe der Landesbehörden nicht zu entbehren, ganz abgesehen davon, daß das deutsche Unternehmen, wie früher bereits erwähnt, ohne chinesische Bundesgenossenschaft angesichts der starken gegnerischen Einflüsse auf nennenswerte Erfolge überhaupt nicht rechnen könnte. Eine ausführliche Erklärung verlangt die Frage, warum der Anstalt nicht die Berechtigung erteilt worden ist, literarische Grade zu erteilen. Die Frage ist vom abendländischen Standpunkte aus sehr naheliegend, wer aber das eigenartige chinesische Unterricht-System oder besser Studien-System und seine Geschichte kennt, wird sie überhaupt nicht stellen. Bis zum Jahre 1905 gab es, wie man weiß, in China ein staatliches Schulwesen überhaupt nicht, sondern nur ein staatliches Prüfung-System, das aus einer Reihe von Prüfungen bestand, die vor besonderen Regierungs-Kommissaren abzulegen waren. Die Erwerbung der hierzu erforderlichen Kenntnisse blieb dem Belieben des Kandidaten überlassen. Jeder, der eine von den übrigens sehr zahlreichen Prüfungen bestand, erhielt einen literarischen „Grad". Das Charakteristische dieses Systems war seine Pyramidenform: die Prüfungen begannen in den einzelnen Unterpräfekturen der Provinzen, die erfolgreichen Kandidaten durften sich dann um den ersten wirklichen „Grad" in der Präfektur bewerben, der nächste „Grad" konnte in der Provinzial-Hauptstadt erlangt werden und der höchste schließlich nur in der Reichs-Hauptstadt Peking, wohin sich also sämtliche Kandidaten des Reiches zu begeben hatten. Verliehen wurden die Grade immer nur von besonderen Vertretern der Zentral-Regierung in Peking, der höchste sogar vom Kaiser selbst. Durch das berühmte Edikt vom 2. September 1905 wurde dies System beseitigt, zugleich damit verschwanden die Grade bis auf die beiden höchsten, die in Peking zu erwerben sind. Trotz dieser Maßnahmen haftet die Erinnerung an das alte System noch fest in den Vorstellungen der chinesischen Unterrichtsverwaltung, und ganz besonders war der verstorbene Tschang Tschi Tung unter ihrem Banne. Dieser Umstand hat denn auch das ganze neue Unterricht-System — sehr zu seinem Nachteil! — beeinflußt; er hat es vor allem wieder in die unter heutigen Verhältnissen unhaltbare Pyramidenform mit der Spitze in Peking gezwängt.

indem dort allein eine „Universität“ geschaffen worden ist, die die höchste Bildung-Stätte für das ganze Riesenreich sein und bleiben soll, also eine Konzentration des Unterrichts, die auf die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen muß. Die beiden literarischen Grade nun können nicht etwa — wie ein weit verbreiteter Irrtum dies immer annimmt — von den Unterrichts-Anstalten in den Provinzen, auch nicht von der Reichs-Universität in Peking, verliehen werden, sondern, wie auch früher schon, nur von besonderen Regierungs-Kommissaren, und zwar nur an Kandidaten, die den Kursus der Universität beendet und die besondere Prüfung bestanden haben. Eine Ausnahme bilden nur die Studenten, die auf einer abendländischen Universität studiert haben und in ihre Heimat zurückgekehrt sind; sie können sich unmittelbar der Prüfung für die Grade unterziehen. Was etwa von fremden, namentlich amerikanischen, Mission-Schulen, die sich zum Teil auch den Namen „Universität“ beilegen, an „Graden“ verliehen wird, hat natürlich hiermit nichts zu tun und ist ohne jede Bedeutung. Auch der Name, der am besten durch „Universität“ wiedergegeben wird, ist der Zentral-Anstalt in Peking vorbehalten, während die Provinzial-Hauptstädte sich mit sogenannten „Hochschulen“ begnügen müssen. Unter solchen Umständen nun von der chinesischen Regierung für eine immerhin ausländische Schule die Berechtigung zu verlangen, selbständig literarische Grade zu verleihen, wäre ein gänzlich aussichtsloses Unterfangen gewesen; in der Tat ist auch eine solche Forderung von deutscher Seite nie erhoben worden. Dagegen ist lange über die Frage verhandelt worden, ob nicht die Zöglinge der Antalt in Tsingtau mit den von ausländischen Universitäten zurückgekehrten Studenten gleichzustellen wären, so daß sie sich unmittelbar in Peking um die Grade bewerben könnten. Es hat sich dies indessen nicht durchsetzen lassen, da sich die Chinesen an die durch kaiserliches Edikt genehmigten Bestimmungen halten mußten, die vorderhand nicht abzuändern sind. Daß man aber in Peking vollkommen von der Überzeugung durchdrungen ist, daß die Zöglinge, die die Anstalt in Tsingtau beendet haben, auf der „Universität“ in Peking nichts Neues mehr lernen können, spricht sich in dem Zugeständnisse aus, daß solche Zöglinge ohne weiteres in den Staatsdienst übernommen werden können. Wie gewöhnlich haben sich auch hier die Chinesen in der Sache eher zu einem Einlenken herbeigelassen, als in der Form, auf deren Wahrung sie so ängstlich bedacht sind. Die obigen Ausführungen enthalten auch die Gründe für die Wahl des Namens der Schule („Hochschule für Spezial-Wissenschaften mit besonderem Charakter“), der für deutsche Anschauungen etwas Auffallendes hat. Daß die Anstalt in Anbetracht der Sonderstellung der Pekinger Zentrale nicht denselben Namen wie diese führen durfte, war für die Chinesen selbstverständlich. Sie wurde deshalb der nächsten Rangklasse, den Provinzial-Hochschulen, gleichgestellt, erhielt dann aber von Tschang Tschi Tung selbst in der Erkenntnis, daß sie tatsächlich auf einer ganz anderen Stufe steht, als diese, die ehrenvolle Zusatzbezeichnung „mit besonderem Charakter“ (im Chinesischen

heißt sie wörtlich: „für sich abgesondert"). Übrigens dürfte weder diese Stellung der Anstalt noch die Frage der Gradverleihung hiermit endgültig geregelt sein: sobald der Aufbau des chinesischen Unterrichtswesens einmal dezentralisiert wird und man sich dazu entschließt, die unglückliche Idee der „Reichs-Universität" aufzugeben, wird auch die Stellung der Anstalt in Tsingtau eine andere werden, vorausgesetzt, daß ihre Leistungen höhere Ansprüche rechtfertigen. In diesem Falle wird man vielleicht auch die Gradverleihung nicht mehr der Zentrale allein vorbehalten, sofern nicht etwa bis dahin dieser letzte Rest der alten Einrichtungen überhaupt verschwunden sein wird. Die allgemeine Wertschätzung der literarischen Grade ist seit 1905 so rasch und stark gesunken, daß ihre gänzliche Beseitigung durchaus nicht unwahrscheinlich ist.

Zweifel sind endlich auch darüber entstanden, welche Bedeutung der amtlichen Anerkennung der Anstalt durch die chinesische Regierung beizumessen sei, und ob dies überhaupt als ein materieller Vorteil angesehen werden müsse. Vielleicht ist es nützlich für die Beurteilung der Frage, einmal die Ansichten kennen zu lernen, die von einigen erfahrenen englischen und amerikanischen Schulmännern auf dem großen protestantischen Missionar-Kongresse zu Schanghai im Jahre 1907 darüber ausgesprochen wurden. Entsprechend der großen Wichtigkeit der chinesischen Unterrichtsfrage nahmen die Erörterungen darüber einen breiten Raum ein und bildeten sogar den Gegenstand einer besonderen Sektion. Der Referent dieser Sektion, Dr. Hawks Pott, Direktor des großen „St. John's College" bei Schanghai, erklärte in seinem Berichte unter anderem folgendes: „Die (anglo-amerikanische) »Educational Association of China« hat sich durch Vermittlung des englischen und amerikanischen Gesandten mit einer Eingabe an die Regierung gewandt und beantragt, daß die von Missionaren geleiteten Schulen und Lehranstalten anerkannt werden möchten. Die Eingabe erklärte, daß hinsichtlich des Unterrichtsganges die Missionare durchaus bereit wären, sich allen von dem Unterrichts-Ministerium erlassenen Bestimmungen anzupassen und sich auch der Inspektion durch die Regierung zu unterwerfen. Dafür wurde gebeten, daß die abgehenden Zöglinge von Mission-Schulen und Lehranstalten Anspruch auf alle Rechte und Berechtigungen haben sollten, die den Zöglingen der Regierungs-Anstalten zugebilligt wären. Diese Anträge sind bisher nicht genehmigt worden (auch heute sind sie es noch nicht!) und viele sind durch die kürzlich erlassene Erklärung des Unterrichts-Ministeriums erschreckt worden, wonach Schulen und Lehranstalten unter fremder Leitung nicht anerkannt werden könnten." Der Redner empfahl dann den Bau einer großen Hochschule, deren gute Leistungen der Regierung die Anerkennung abnötigen müßten. Ferner äußerte der Referent: „Zweifellos ist nach der Ansicht vieler zur Zeit der Kern der ganzen Frage die Möglichkeit, für unsere Unterrichtstätigkeit die staatliche Anerkennung zu erlangen. Einige sind so pessimistisch, daß sie glauben, wenn wir diese Anerkennung nicht erlangten, sei das Schicksal unserer

Tätigkeit besiegelt und die Zeit unserer großen Nützlichkeit vorbei. Wir erkennen durchaus den großen Vorteil, der unserer Tätigkeit zufallen würde, wenn sie amtlich anerkannt werden könnte, hoffen aber, daß wir auch so nicht völlig beiseite geschoben werden usw." Endlich heißt es bei Erwähnung derselben Schwierigkeit, die sich auch der Gründung einer neuen Hochschule entgegenstellt: „Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die chinesische Regierung uns den Boden unter den Füßen wegziehen würde, indem sie bestimmte, daß nur diejenigen im Staatsdienste Verwendung finden dürften, die auf staatlichen Anstalten erzogen sind." — Dr. Cochrane, der Direktor des „Union Medical College" in Peking, damals der einzigen staatlich anerkannten unter fremder Leitung stehenden Lehranstalt, warnte dringend vor der Gründung einer Hochschule, ehe die staatliche Anerkennung gesichert sei. „Was soll geschehen", fragte er, „wenn die Regierung z. B. zu den Zöglingen einer medizinischen Abteilung sagen würde: wir werden euch nicht die Erlaubnis geben, eine Praxis auszuüben? Was dann? Die Anstalt würde völlig zwecklos werden. Dasselbe aber könnte die Regierung mit Bezug auf das Recht-Studium oder jeden anderen Zweig tun."[1]) — Diese Äußerungen berufener Persönlichkeiten zeigen zur Genüge, welchen Wert man der amtlichen Anerkennung beilegt: diese großen anglo-amerikanischen Anstalten erhalten nicht die geringste Unterstützung von China und erheben auch von ihren Schülern teils nur ein ganz geringes Kost- oder Schulgeld, teils überhaupt keins, und trotzdem sind sie bereit, sich völlig den Bestimmungen des Unterrichts-Ministeriums zu unterwerfen (was bei der deutschen Anstalt nur hinsichtlich des chinesichen Unterrichts der Fall ist), sofern sie nur staatlich anerkannt werden. Schon hieraus geht hervor, wie aussichtslos es für Deutschland gewesen wäre, ohne ein enges Zusammengehen mit der chinesischen Regierung, selbst wenn man dafür größere Opfer hätte bringen müssen, mit der neuen Anstalt Erfolge erzielen zu wollen, die zu den aufzuwendenden Kosten in einem richtigen Verhältnis gestanden hätten. Bis jetzt ist in der Tat die deutsche Anstalt die einzige ihrer Art, die die staatliche Anerkennung erhalten hat; denn das „Union Medical College", von dem eben die Rede war, ist lediglich eine medizinische Fachschule und gilt nach der eigenen Erklärung ihres Direktors, Dr. Cochrane,[2]) als die „medizinische Abteilung der Kaiserlichen Universität zu Peking." Sie ist also eine rein chinesische Regierungs-Anstalt mit fremder technischer Leitung. Die Stellung einer anderen großen, von Engländern gegründeten Bildungs-Anstalt, die sich ebenfalls staatlicher Anerkennung erfreut, ist noch bezeichnender. Es handelt sich um die von englischen Missionaren gegründete Hochschule in T'ai-yuan fu in der Provinz Schansi. Nach den „Boxer"-Wirren von 1900 verpflichtete sich die chinesische Regierung, an Stelle einer Entschädigung für die Ermordung protestantischer (meist englischer) Missionare in Schansi

[1]) *Records China Centenary Missionary Conference*, S. 74f., 77 und 501.
[2]) A. a. O. S. 500.

jährlich die Summe von 50000 Taels zehn Jahre hindurch zu zahlen, von der in T'ai-yuan fu eine unter fremder Leitung stehende höhere Lehranstalt gebaut und unterhalten werden sollte. Diese Anstalt wurde staatlich nicht anerkannt, sie hatte beständig mit dem Übelwollen der Landesbehörden zu kämpfen und war schließlich in Gefahr, von der neu gegründeten staatlichen Provinzial-Hochschule erdrückt zu werden. Infolgedessen entschlossen sich im Jahre 1902 die Missionare, die fremde Leitung und den christlichen Charakter der Anstalt zu opfern, und nun wurde diese als besondere Abteilung der Provinzial-Hochschule angegliedert und erhielt einen chinesischen Direktor, der ihr auch allein die Schüler zuweist. Unter den Zöglingen befindet sich nicht ein einziger Christ, und Religions-Unterricht ist verboten. Eine andere von Ausländern errichtete Schule mit staatlicher Anerkennung gibt es nicht. — Diese ausführlichen Erörterungen waren notwendig, um die vielfach hervorgetretenen irrigen Auffassungen über die Bedeutung des mit der chinesischen Regierung getroffenen Abkommens und über die darin gebrachten vermeintlichen Opfer richtig zu stellen.

Auf Grund des Materials, das nach dem Abschluß der Verhandlungen und nach dem Studium der in Betracht kommenden Verhältnisse in China vorlag, konnte nunmehr vom Reichs-Marine-Amt ein neuer, ausführlicherer Plan für die Anstalt ausgearbeitet und im Frühjahr 1909 dem Reichstage vorgelegt werden. Im Laufe der weiteren Vorarbeiten für das Unternehmen war man aber auch zu der Erkenntnis gekommen, daß die in dem ersten Entwurfe vorgesehenen Mittel nicht entfernt ausreichten, um etwas Nennenswertes zu schaffen. Daß man mit den Summen, die den anglo-amerikanischen Missions-Gesellschaften zur Verfügung stehen (für eine in Schantung zu errichtende Hochschule allein sind 3 Millionen Mk. einmalige und 600000 Mk. laufende Ausgaben vorgesehen), nicht in Wettbewerb treten konnte, war selbstverständlich; man mußte aber wenigstens soviel aufzuwenden haben, daß eine Lehranstalt in größerem Stile mit mustergültigen Lehrmitteln geschaffen werden konnte, wie sie den Chinesen in Aussicht gestellt war. Ein mit unzureichenden Mitteln unternommenes Werk würde hiernach, wenn nicht Spott, so jedenfalls arge Enttäuschung hervorgerufen haben, und von einer Vorbildlichkeit, wie sie schon im deutschen Interesse angestrebt werden muß, hätte keine Rede sein können. So wies denn der neue Entwurf an einmaligen Kosten für die Anlage mehr als das Doppelte gegenüber dem alten auf, nämlich 640000 Mk., und entsprechend waren die fortdauernden Ausgaben auf jährlich 200000 Mk. veranschlagt gegen 75000 Mk. in dem alten Plane. In dieser Summe waren allerdings der Beitrag der chinesischen Regierung mit 40000 Mk. und das Schulgeld mit 30000 Mk. unter Zugrundelegung von 250 Schülern eingeschlossen, so daß vom Reiche jährlich 130000 Mk. zu tragen sind. Die Kosten für Wohnung und Verpflegung der Schüler — nach dem Statut ist die Anstalt ein Internat — müssen durch besondere Beiträge der letzteren gedeckt werden. An deutschem Personal

wies der Entwurf zwölf Arbeitskräfte auf, nämlich einen Direktor, drei Dozenten für die Hochschule im Hauptamt, drei akademisch gebildete Lehrer und drei Elementarlehrer für die Unterstufe. Im Anschluß an die eigentliche Schule war zugleich noch eine besondere Abteilung vorgesehen, deren Errichtung sich nach den in China gesammelten Erfahrungen als notwendig herausgestellt hatte, nämlich eine Übersetzungs-Anstalt. Hier sollen zunächst deutsche Lehrbücher für den Unterricht in das Chinesische übersetzt oder besser umgearbeitet werden.[1]) Einiges ist auf diesem Gebiete zwar schon durch deutsche Missionare und Lehrer in China geschehen, aber kaum hinreichend, um auch nur die ersten Bedürfnisse zu decken. Engländer und Amerikaner, von Japanern nicht zu reden, haben hier in jahrzehntelanger Arbeit bereits eine große Literatur geschaffen, und die „Society for the Diffusion of Christian and General Knowledge among the Chinese" hat viele Hunderttausende von Exemplaren übersetzter englischer und amerikanischer Werke, nicht zum wenigsten Unterrichtsbücher, im Reiche verbreitet. Man kann sich leicht vorstellen, was eine solche Kultur-Propaganda, bei der Deutschland bisher als selbständiger Faktor nicht mitzählte, für die allgemeine Anschauung über die verschiedenen Länder bedeutet. Eine deutsche Übersetzungs-Anstalt wird also ein ebenso großes wie wichtiges Feld der Tätigkeit in China finden; sie braucht ihre Wirksamkeit durchaus nicht auf die Schule in Tsingtau zu beschränken, sondern kann deutsche Literatur in zweckmäßiger Form über alle Provinzen verbreiten; Bildungs- und Lesedrang ist in China genug vorhanden. Für die Übersetzungs-Anstalt, die in den Räumen der Schule selbst mit untergebracht wird, sah der Entwurf außer dem chinesischen Personal einen wissenschaftlichen Leiter und einen Hilfsarbeiter vor.

Die neue Vorlage fand im Reichstage bei allen Parteien, von den Sozialdemokraten abgesehen, volles Verständnis und allgemeines Wohlwollen. Ohne erhebliche Debatte wurden die Forderungen bewilligt, und nun konnte ungesäumt vom Reichs-Marine-Amt ans Werk gegangen werden. Zum Organisator und Direktor der Anstalt wurde Professor Georg Keiper berufen, ein Geologe von Beruf, der mehrere Jahre an der Kaiserlichen Universität in Peking als Dozent gewirkt und dort sehr wertvolle Erfahrungen im Verkehr mit chinesischen Unterrichtsbehörden sowohl, wie mit chinesischen Schülern gesammelt hatte. Auch das übrige Personal wurde soweit wie möglich aus deutschen an chinesischen Schulen bereits tätigen Lehrern zusammengestellt; nur wo dies nicht angängig war, wurden Dozenten hinausgesandt. So besteht das Lehrpersonal jetzt zunächst außer dem Direktor aus einem Dozenten für Rechts- und Staatswissenschaften,

[1]) Einem Berichte im „Ostasiatischen Lloyd" vom 5. August 1910 zufolge hat die Übersetzungs-Anstalt im ersten Jahre ihres Bestehens bereits eine rege Tätigkeit entfaltet: außer einem im Erscheinen begriffenen Lehrbuche des Chinesischen für Deutsche hat sie eine Darstellung der preußischen, japanischen und chinesischen Verfassung, sowie eine Übersetzung des Entwurfs zum neuen deutschen Strafgesetz veröffentlicht.

einem Dozenten für Maschinenbaufach und damit zusammenhängende Lehrgegenstände, einem Lehrer für Forst- und Landwirtschaft, sowie für Zoologie und Botanik, zwei akademisch gebildeten Lehrern und zwei Elementarlehrern. Außer diesen werden noch mehrere Beamte des Schutzgebietes als Lehrer im Nebenamte tätig sein. Für die chinesischen Lehrgegenstände sind einheimische Lehrer vorhanden. Rühmend muß hier der Opferwilligkeit deutscher Industrieller gedacht werden, die, zum Teil in freigebigster Weise die Anstalt mit Lehrmitteln ausgestattet und so mittelbar zu den Kosten der Einrichtung beigetragen haben. Die neuen Gebäude der Anstalt werden vor dem Jahre 1912 nicht fertigzustellen sein; einstweilen hat deshalb eine ehemalige besonders hergerichtete Kaserne die Schule aufnehmen müssen. Die Anzahl der Schüler betrug bei der Eröffnung am 25. Oktober 110, vermutlich die größte Anzahl, die in dem provisorischen Gebäude untergebracht werden konnte. Am gleichen Tage wie die Eröffnung hat die Grundsteinlegung zu dem neuen Gebäude stattgefunden.

Das große Kulturwerk, das Deutschland nunmehr im fernen Osten begonnen, ist vielleicht das eigenartigste und schwierigste Unternehmen seiner Art, woran das Reich jemals die Hand gelegt hat. Aber nicht aus politischem Ehrgeiz ist dieses an die Aufgabe herangetreten, sondern das Gebot der Selbsterhaltung hat sie ihm auferlegt, und erst in zwölfter Stunde hat es sich dazu entschlossen, sie zu übernehmen. Die Stellung, die Deutschland der ganzen gewaltigen Kultur-Bewegung in China gegenüber bisher eingenommen hat, war von einer beschämenden Einflußlosigkeit. Nur die politischen Ereignisse, die Bedeutung gewisser Industrie-Zweige und einige Zufälligkeiten haben Deutschland zeitweilig in Ostasien in den Vordergrund geschoben, als selbständig wirkender Faktor im Geistesleben des Abendlandes ist es den Chinesen so gut wie unbekannt geblieben. In der umfangreichen chinesischen Reform-Literatur finden sich zahllose Werke über anglo-amerikanische, französische und japanische Geschichte, Staatseinrichtungen usw., Deutschland, soweit es überhaupt als vorhanden angesehen wird, erscheint darin für gewöhnlich als bedeutungsloses Kultur-Anhängsel Englands. In einem im Jahre 1904 zu Schanghai von einem amerikanischen Missionare gehaltenen öffentlichen Vortrage in chinesischer Sprache über abendländische Kultur und Sprachen, der später in fast allen chinesischen Zeitungen erschien, konnte man folgenden bemerkenswerten Ausspruch finden: „Unter Deutschlands vereinigten Staaten nimmt Preußen die erste Stelle ein. Preußens ältere Schriftsteller aber kann man an den Fingern herzählen, das Land hat daher in neuerer Zeit auch die englische Sprache und Schrift angenommen."

Angesichts solcher Zustände handelt es sich um die Frage: Soll bei der Neubildung des chinesischen Weltreiches, bei der Umformung des chinesischen Kultur-Systems, vielleicht dem folgenschwersten Vorgange des zwanzigsten Jahrhunderts, deutscher Geist als bauende Kraft mitwirken, oder soll dieses ganze Feld anderen überlassen bleiben,

damit ihre Sprache und ihre Art siegreich über einen weiteren großen Teil des Erdballs getragen werden, während Deutschland in Ostasien kulturell zur Bedeutungslosigkeit herunter sinkt, mit Folgen für Handel und Wirtschaft, die sich der Fabrikant in der Heimat selbst ausmalen mag?

Es ist die große Aufgabe der neuen Hochschule in Tsingtau — und wir haben gar keinen Anlaß, hierüber einen Schleier zu ziehen — dieser Entwicklung Einhalt zu tun, die Unkenntnis deutscher Verhältnisse bei den Chinesen zu beseitigen und dem Deutschtum zu dem Einfluß im chinesischen Geistesleben zu verhelfen, der ihm bisher vorenthalten war. Für die Erlangung dieses Einflusses ist jetzt die Bahn geöffnet. Bei den Verhandlungen hat Tschang Tschi Tung, wie schon oben gesagt war, unumwunden erklärt, daß, wenn die deutsche Anstalt, an die er große Erwartungen knüpfte, sich als erfolgreiches Erziehungs-Institut bewähre, das ganze höhere Unterricht-System Chinas danach eingerichtet werden solle. Das deutet bereits auf eine Erkenntnis von der Unhaltbarkeit dieses Systems hin, das, wie früher ausgeführt, auf den Grundmauern des alten Prüfung-Systems aufgebaut ist und früher oder später fallen muß. Geschieht dies, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo eine erfolgreiche deutsche Hochschule von entscheidendem Einflusse für das ganze Bildungswesen werden kann. Nicht zum wenigsten wird dieser Einfluß davon abhängig sein, wie man auf der Hochschule in Tsingtau die abendländischen Studien mit den chinesischen zu vereinigen wissen wird. Den Männern wird einst in China die Zukunft gehören, die in der Geschichte, der Literatur und der Ethik ihres Landes gründlich bewandert sind und außerdem die wissenschaftlichen Methoden und beruflichen Fachkenntnisse des Abendlandes in sich aufgenommen haben. Die Heranbildung solcher Männer aber ist heute, wenn nicht unmöglich, so jedenfalls nur in ganz vereinzelten Fällen zu erreichen. Eine Änderung hierin kann erst dann eintreten, wenn man sich entschließt, die zeitraubende, geisttötende Art, chinesische Wissenschaft zu treiben, durch moderne, den Verhältnissen angepaßte abendländische Methoden zu ersetzen. Dann und nicht früher wird es möglich sein, einheimisches und „westliches" Wissen organisch zu verbinden, ein Ziel, das den Chinesen in den amtlichen Berichten und Erlassen immer als ein verschwommenes Etwas vorschwebt, dem sie sich aber bisher noch nicht um einen Schritt genähert haben. Noch sind selbst aufgeklärte Beamte unbelehrbar darüber, daß die Art des einheimischen Studiums trotz ihres Alters verfehlt und eine Versündigung an der Kraft und Zeit der Jugend ist; aber die Erkenntnis wird auch hier einst kommen, wie sie in anderen orientalischen Kulturländern gekommen ist. Die neue Hochschule in Tsingtau wird eine Lösung dieses Problems nicht als ihre Aufgabe anzusehen haben, sie wird sich im Gegenteil vor einer voreiligen Einmischung in die Frage sorgsam hüten müssen, selbst wenn ihr eine solche durch das Statut nicht verboten wäre. Gerade das Vertrauen Tschang Tschi Tung's zu der deutschen Regierung, daß

sie sich an den chinesischen Kulturgütern nicht vergreifen würde, ein Vertrauen, das er nach seinen wiederholten Äußerungen keiner privaten fremden Lehranstalt entgegenbrächte, hat die Verhandlungen wesentlich beeinflußt. Dies Vertrauen darf auch jetzt, nach seinem Tode, nicht enttäuscht werden; die Anstalt muß den chinesischen Lehrern ihre gewohnten Methoden belassen und sich möglichst ohne Schaden für den fremden Unterricht damit abfinden. Änderungen können erst erfolgen, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Einen erfreulichen Erfolg hat übrigens das deutsche Unternehmen schon jetzt durch sein bloßes Bekanntwerden in China gehabt: eine höhere Wertschätzung der deutschen Sprache bei der Unterrichts-Verwaltung. Noch zu Anfang 1908 bestand die Gefahr, daß auf den chinesischen Staatsschulen dem Englischen endgültig die erstrebte Monopol-Stellung zugesprochen, d. h. daß das Englische als einzige fremde Sprache obligatorisch gemacht werden würde. Am 21. Mai 1909 aber brachte der amtliche Regierungs-Anzeiger von Peking (*Tschêng-tschi kuan-pao*) ein genehmigendes kaiserliches Edikt auf einen Bericht des Unterrichts-Ministeriums, wonach „für den Unterricht in fremden Sprachen auf allen mittleren (und natürlich auch den höheren!) Schulen des Reiches Englisch und Deutsch als die wichtigsten Sprachen angesehen werden sollen". „Im Hinblick darauf", heißt es dann weiter, „daß die Verhältnisse nicht in allen Provinzen gleich sind, können von den Provinzial-Schulbehörden auch andere Sprachen für den Unterricht bestimmt werden."[1]) Durch dieses Gesetz, das nicht zuletzt der Gründung der Hochschule in Tsingtau seine Entstehung verdankt, ist für den gesamten deutschen Unterricht in China eine entscheidende Wendung herbeigeführt worden. Diese Tatsache wird sofort klar, wenn man sich den bisherigen Zustand dieses Unterrichts vergegenwärtigt. Auf Anregung der amtlichen Vertreter des Reiches und mit Unterstützung der deutschen Regierung waren schon während der letzten Jahre mehrere deutsche Schulen, und zwar in Kanton, Hankou, Nanking, Schanghai, Tientsin und Peking, ins Leben gerufen worden. Diese Anstalten waren natürlich Unternehmungen bescheidenster Art und litten sämtlich unter der nicht wegzuleugnenden Tatsache, daß für die Schüler das Erlernen der deutschen Sprache zu wenig gewinnbringend war. Denn in China selbst durch Kenntnis des Deutschen später höhere Fachkenntnisse zu erwerben, war nicht möglich, und im Auslande zu studieren, konnte natürlich nur wenigen vergönnt sein. Das ist jetzt anders geworden: diese kleinen Schulen werden einen weit höheren Wert erhalten, nachdem ihren Zöglingen in Tsingtau die Möglichkeit eröffnet worden ist, ein abschließendes deutsches Fachstudium zu betreiben. Diese Aussicht muß, wenn die Lehrer

[1]) Leider hat diese allgemeine Bestimmung inzwischen wieder eine Einschränkung erfahren. Durch Edikt vom 3. Juni 1910 ist, einem Vorschlage des Unterrichts-Ministeriums entsprechend, angeordnet worden, daß in allen Landwirtschaft-, Gewerbe- und Handel-Schulen ausschließlich das Englische als fremde Sprache zu lehren ist und englische Lehrbücher gebraucht werden müssen. Nur in den höheren Klassen der Landwirtschaft-Schulen soll Deutsch als Nebenfach hinzugenommen werden.

sie geschickt verwerten, ein ausgezeichnetes Werbemittel für die Schulen werden, und eine Aufgabe der Hochschule wird es sein, das Sammelbecken zu bilden für die nach deutscher Art dort vorgebildeten Kräfte. Mit Recht betonte die Kiautschou-Denkschrift von 1909, daß „die bisher von Deutschland (meist von privater Seite) für Unterrichtszwecke in Ostasien aufgewendeten Mittel als verloren gelten können, wenn nicht eine Organisation geschaffen wird, die planmäßig, unter Verfolgung bestimmter Ziele und in engem Einvernehmen mit der chinesischen Regierung dem entstehenden neuen China das deutsche Geistesleben in größerem Maße nahebringt und verständlich macht, als es bis jetzt der Fall gewesen ist."

Die Organisation ist jetzt geschaffen und das Einvernehmen hergestellt. Die gegnerischen Preßstimmen aber, die so eifrig bemüht waren, die Chinesen vor der drohenden Vergewaltigung durch die Hochschule in Tsingtau zu retten, sind verstummt. Dem deutschen Unternehmen ist statt dessen gerade von Seiten Englands eine unerwartete Anerkennung zuteil geworden, eine Anerkennung, die sich darin ausdrückt, daß man beschlossen hat, es nachzuahmen. Die deutschen Verhandlungen in China waren noch nicht zu Ende, als man in englischen Kreisen den Plan faßte, nunmehr auch in Hongkong eine Hochschule für Chinesen zu errichten. Die notwendigen Kapitalien sind bereits zum großen Teile gezeichnet, und es ist kein Grund vorhanden, an der baldigen Verwirklichung des Planes zu zweifeln. Ob die englische Regierung ebenfalls nach deutschem Vorbilde sich bemühen wird, die staatliche Anerkennung Chinas für die Hochschule zu erhalten und welche Bedingungen die chinesische Regierung hieran knüpfen wird, bleibt abzuwarten.[1])

[1]) Den Grund zu dem Stiftungskapital der englisch-chinesischen Universität hat ein reicher indischer Kaufmann in Hongkong gelegt, indem er 285 000 Dollar für die Errichtung des Gebäudes zur Verfügung stellte. Sammlungen unter Engländern und Chinesen in den englischen Kolonien sowie in Kanton ergaben ein weiteres Kapital von 1 384 484 Dollar. Auch der General-Gouverneur der Kuang-Provinzen hatte einen Beitrag dazu geleistet. Am 16. März 1910 ist nunmehr der Grundstein der neuen Hochschule gelegt worden. Zeitungsmeldungen zufolge beabsichtigen die Universitäts-Kuratorien von Oxford und Cambridge außerdem eine Hochschule für Chinesen in Hankou am Yangtsĕ zu errichten. Gegen den letzteren Plan, der bereits im Jahre 1908 von Lord William Gascoyne-Cecil als besonderem Vertreter der beiden englischen Universitäten in höchst ungeschickter, religiös-salbungsvoller Form in Peking zur Verhandlung gebracht wurde, hat sich die chinesische Regierung durchaus ablehnend verhalten. Vor kurzem hat der Genannte betreffs der beiden Universitäts-Gründungen an die „Times" ein Schreiben gerichtet, in dem er nach dem „London and China Express" vom 23. September 1910 unter anderem erklärt: „Die Universität in Hankou stellt eine uneigennützige Bemühung dar, die von den Studenten unserer Universitäten in Verbindung mit amerikanischen und kanadischen Universitäten unternommen wird, um China das zu geben, dessen es bedarf, nämlich den edleren Teil der westlichen Gedankenwelt, und um es zu bewahren vor dem entsetzlichen Gift des festländischen Materialismus." Nach dieser Probe unverfälschten englischen Pharisäertums kann man ermessen, welcher Geist an dieser Bildung-Stätte herrschen würde, wenn ihre Gründung je zustande kommen sollte. Auch im Süden haben sich mit dem Wechsel des General-Gouverneurs in Kanton die Verhältnisse neuerdings ungünstiger gestaltet. Der General-Gouverneur Yuan Schu Hün hat im Anfang 1910 in einem Berichte an den Thron die Unmöglichkeit

An einem der schönsten Punkte von Tsingtau, an sanft aufsteigendem, grünem Hange, hart an dem felsigen Meeresufer, wo in ewigem Rauschen die Brandung schäumt und wo der Blick weit hinüberschweift über die vielgewundene Bucht und die freundlichen Häuser der deutschen Stadt, dort werden sich bald die neuen Bauten der Hochschule erheben. Möchte es ihr beschieden sein, eine segensvolle Stätte deutscher Bildung zu werden, die ihren Samen weit hinausstreut über ein großes Land, wo man auf neue Frucht und neue Ernte hofft. An mühevoller Arbeit, an ernsten Hindernissen, an bitteren Enttäuschungen wird es ihr nicht fehlen; möchte aber ein siegreiches Gelingen das frohe Ende sein!

Die nächsten Aufsätze führen in die Geschichte der russischen Bestrebungen in Ostasien ein.

---

hervorgehoben, auf die Dauer mit einer „Reichs-Universität" auszukommen, und danach die Gründung einer zweiten Universität in Kanton beantragt, und zwar ausgesprochenermaßen, um gegen die englischen Bestrebungen in Hongkong ein Gegengewicht zu schaffen. Wird dieser Plan von der Zentral-Regierung aufgenommen, so dürfte die englische Hochschule einen schweren Stand haben, und die etwa beabsichtigte „religiöse Beeinflussung" der Schüler, die manche deutsche Missionare auch der Tsingtauer Anstalt nicht müde werden zu empfehlen, wird die Lage nicht verbessern.

Der erste russisch-chinesische Vertrag.

(Kölnische Zeitung vom 31. Juli 1903.)

Die kühnen russischen Abenteurer, die die unermeßlichen Länderstrecken jenseits des Ural dem Zaren unterworfen hatten, waren um die Mitte des 17. Jahrhunderts zum Amur gelangt. Hier trafen sie zum ersten Male wieder auf das Machtgebiet eines geordneten Staatswesens, die verschiedenen daurischen und tungusischen Stämme, die an den Ufern des mächtigen Stromes wohnten, erzählten den von Jakutsk kommenden Kosaken-Häuptlingen, daß sie dem „Schamscha Khan", wohl einem Gouverneur der Nord-Mandschurei, Tribut zahlten, und daß dieser wieder dem Boghde Khan untertan sei.[1]) Dieser Boghde Khan aber war damals Schun-Tschi, der Begründer der neuen Dynastie, und nach ihm K'ang-Hi, der größte der Mandschu-Kaiser auf dem Throne von Peking, der seit 1662 über die gewaltige Machtfülle des chinesischen Weltreiches gebot. Die Russen waren angenehm überrascht, als sie bei ihren Streifzügen den Sungari und Ussuri hinauf nicht bloß Häuser mit großen Fenstern, sondern auch bebaute Felder mit Gerste, Hirse, Buchweizen und Erbsen fanden; dafür aber machten sie auch die Erfahrung, daß die Bewohner des Landes nicht so bereit waren, sich in das Joch des Zaren zu beugen wie die harmlosen Wald- und Steppen-Völker Sibiriens. Der „Schamscha Khan" hatte feste Plätze mit Kanonen und Gewehren, und seine Truppen zählten nach weit mehr Tausenden als die Russen nach Hunderten. Eine Zeit lang duldete man das Treiben der Fremdlinge

[1]) Die Angaben über Namen und Stellung dieser Fürsten sind sehr verworren. Ravenstein, *The Russians on the Amur* (S. 16) macht den „Bogdoi" zum Statthalter der Mandschurei, und Plath, *Die Völker der Mandschurei*, Bd. I, S. 65 zu einem Fürsten der Dauren, „der aber vom Chan der Mandschuren wieder abhängig war". Der Name „Schamscha Khan," den Vladimir, *Russia on the Pacific and the Siberian Railway* (S. 114) erwähnt, dürfte auch kaum richtig sein. Vielleicht ist er mißverstanden aus dem chinesisch-mandschurischen *schangsi* „oberster Herr". Jedenfalls ist aber mit dem Boghde Khan der Kaiser von China gemeint. *Boghde etsen* bedeutet im Mongolischen „der heilige Herr" d. h. der Kaiser. Falsch ist es natürlich, wenn Vladimir, a. a. O. S. 120 „Bogdoi" einfach durch „Chinesen" wiedergibt, *Khan* oder *han* ist ein türkisches Lehnwort und bedeutet im Mandschurischen „Fürst".

des lieben Friedens wegen, als aber die Raubzüge südlich vom Amur kein Ende nahmen, entschlossen sich die mandschurischen Statthalter zu Gegenmaßregeln. Eine Armee von 10000 Mann erschien 1655 vor Kumarska, einem von den Russen am Amur angelegten Fort, und eroberte zwar die Feste nicht, zwang aber die Verteidiger durch Aushungern zum Abzuge; drei Jahre später wurde fast die gesamte Kosaken-Macht an der Mündung des Sungari von den Chinesen aufgerieben, und die berühmte Festung Albasin[1]) unterhalb der Schilka-Mündung, die im Jahre 1651 von Chabarow angelegt war, geräumt und verbrannt. Die Russen waren vom Amur verjagt — aber nur für kurze Zeit. Schon 1665 wurde Albasin von verbannten Verbrechern und Abenteurern wieder aufgebaut, und die Raubzüge in die Mandschurei begannen aufs neue. K'ang-Hi, empört über die frechen Eindringlinge, entsandte 1685 ein Heer von 15000 Mann mit 200 Geschützen, um das Raubnest am Amur zur zerstören. Albasin wurde nach heftigen Kämpfen von den Russen geräumt und von den Chinesen abermals verbrannt. Kaum aber hatte der kaiserliche Feldherr den Rücken gewandt, als die tollkühne Kosaken-Schar unter Tolbuzin zurückkehrte und das Fort noch im August desselben Jahres wieder aufbaute. Im folgenden Sommer begann die Belagerung aufs neue und währte bis zum nächsten Jahre. Die Besatzung aber hielt den Platz unter beständigen Kämpfen und furchtbaren Leiden mit zäher Ausdauer, bis das Häuflein Verteidiger auf 66 Mann zusammengeschmolzen war und die Chinesen schließlich abzogen.

So lagen die Dinge als man in Moskau zu der Überzeugung kam, daß man sich auf die eine oder andere Weise mit China über die Grenz-Regelung im Amur-Gebiete einigen müsse. Schon im Jahre 1685 war zu dem Zwecke ein russischer Präliminar-Gesandter nach Peking geschickt worden, und dieser brachte ein Schreiben an den Zaren mit, in dem K'ang-Hi sich heftig über die Gewalttätigkeit der Kosaken am Amur beklagte. Die lateinische Übersetzung dieses Schreibens war von den katholischen Missionaren in Peking angefertigt worden. Der eigentliche Gesandte, Fedor Alexewitsch Golowin, verließ Moskau im Januar 1686; ein Attaché wurde nach Peking vorausgesandt, der mit der chinesischen Regierung einen geeigneten Platz an der Grenze vereinbaren sollte, wo die Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Länder stattfinden könnten. Als solcher Platz wurde zunächst Selenginsk bestimmt, dann aber, wegen der Kämpfe mit den benachbarten mongolischen Stämmen, das im Jahre 1654 von den Russen gegründete Nertschinsk unweit des Zusammenflusses von Nertscha und Schilka.

---

[1]) Albasin wurde von den Chinesen Yaksa *(Ya-k'o-sa)* genannt. Nach den Berichten der Jesuiten-Missionare (s. unten), die in dem großen 1736 herausgegebenen Werke von Du Halde, *Description de l'Empire de la Chine et de la Tartarie Chinoise* Aufnahme gefunden haben, leitete sich der Name von einem kleinem Flusse her, der dort in den Amur mündet (s. Bd. IV, S. 103). Die Festung lag am Nord-Ufer des Amur; der Fluß, der vom Südwesten her dort mündet, wird auf den europäischen Karten Albasicha, auf den chinesischen aber *Ngo-mu'rh* (nicht Amur!) genannt. Der Name Yaksa dürfte also einen anderen Ursprung haben. Etwa 150 km stromaufwärts von Albasin befinden sich die berühmten Gold-Minen von Mo-ho.

Die chinesische Gesandtschaft, die für die Verhandlungen abgeordnet wurde, war in einem Stile zusammengesetzt, der deutlich zeigte, daß der Mandschu-Herrscher einem solchen, ihm völlig neuen diplomatischen Vorgange mit großem Mißtrauen gegenüberstand, und daß sie auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein wollte. Von den beiden Gesandten hatte der eine allein für seine Person 100 Diener, über 300 Kamele und 500 Pferde, der andere 80 Diener, 130 Kamele und 300 Pferde; dazu kamen die Leibgarde beider, eine Schar von unteren Beamten mit ihrer Dienerschaft und ein Geleit von 1400 Mann. Ferner sollte noch eine größere Truppen-Abteilung auf den mandschurischen Flüssen zum Amur befördert werden und bei Nertschinsk zu der Gesandtschaft stoßen. Als Ratgeber waren der letzteren auf persönlichen Befehl des Kaisers zwei Jesuiten-Missionare beigegeben worden, nämlich der Portugiese Pereira und der Franzose Gerbillon. Der zuletzt Genannte, der das Vertrauen des Herrschers in hohem Maße besessen haben muß und später noch lange Jahre hindurch zu dessen unmittelbarer Umgebung gehörte, hat uns in seinem sehr interessanten Tagebuche eine ausführliche Beschreibung der Expedition hinterlassen.[1]) Danach verließ die Gesandtschaft Peking am 13. Juni 1689, reiste auf der bekannten Straße über Mi-yün hien und den Paß von Ku peï k'ou durch das damals noch mit Wäldern bedeckte Jehol-Gebiet,[2]) zog dann durch die endlosen Grassteppen der östlichen Mongolei auf der Westseite der Hingan-Kette entlang und überschritt am 16. Juli den Steppenfluß Keruleng wenig westlich von dem großen See Dalai nor. Von hier ab hatte die Expedition mit großen Terrain-Hindernissen zu kämpfen. Zunächst waren mehrere vom Regen angeschwollene Flüsse zu passieren, in deren schlammigen Ufern die belasteten Kamele stecken blieben, während die reißenden Fluten Opfer an Menschen und Pferden forderten. Die eigentlichen Schwierigkeiten aber begannen, als man am 25. Juli die Steppen verließ und das Gebirge betrat. Um den Süden des jetzigen sibirischen Gouvernements Transbaikalien herum zieht sich eine Berglandschaft von mäßiger Höhe, die meist mit Birken, Erlen und dichtem Unterholz bedeckt ist. In dem Waldesdickicht aber rinnen unzählige Bäche und Flüßchen hinunter zu den größeren Wasserläufen des Onon, der Unda, Ingoda und Schilka und verwandeln die ganze Landschaft in einen kaum unterbrochenen Morast, der sich oft bis hoch in die Berghänge hinaufzieht. Ist es schon schwierig, in trockenen Sommern einen festen Pfad durch dieses Sumpfgebirge zu finden, so wird nach einigen schweren Regengüssen die Passage selbst für den einzelnen Fußgänger oft gefährlich. Für die russische Poststraße von Nertschinsk hat man später das Tal der Unda benutzt, ist dann über die Höhenzüge am Argun hinweggegangen, um den Fluß bei Nertschinsk Zavod zu erreichen und so, indem man seinem Laufe folgte, in weitem Bogen zu dem Grenzplatze Staro Tsuruchaitu zu gelangen. Die sibirische

[1]) Bei Du Halde, a. a. O. Bd. IV, S. 196 bis 241.
[2]) Vergl. meine *Beschreibung des Jehol-Gebietes,* (Leipzig 1902) S. 10.

Bahn, die unweit Tschita abzweigt, um von dort, nach Südosten führend, auf dem nächsten Wege unweit Chailar die Mandschurei zu erreichen, hat in diesem Waldgebirge die größten Hindernisse zu überwinden gehabt und wird vermutlich in den Sümpfen noch ebenso oft versinken, wie die primitive Poststraße mit ihren Holzknüppeln und Baumzweigen.[1])

Man kann sich hiernach eine Vorstellung machen von den Schwierigkeiten, die der gewaltige Troß der Gesandtschaft dort finden mußte, zumal nach den Aufzeichnungen Gerbillons meist regnerisches Wetter herrschte. Fünf- bis sechshundert Menschen wurden dazu verwandt, um aus Baumzweigen, Laub und Gras einen Weg zu bauen. Trotzdem blieben die großen Tiere massenhaft im Schlamm stecken, und bei einem einzigen Fluß-Übergange am 26. Juli verlor man 30 Pferde, 7 oder 8 Kamele und 4 Menschen. Um etwa 95 km in dem Sumpfgebirge zurückzulegen, brauchte man sechs Tage voll unsäglicher Anstrengungen. Am 31. Juli endlich erreichte die Gesandtschaft die Schilka, oder wie Gerbillon den Fluß nennt, den Saghalien Ula,[2]) und schlug gegenüber von Nertschinsk oder richtiger von Niptschu, wie der Name des alten russischen Forts lautete, am linken Ufer der Nertscha ihr Lager auf.[3]) Die auf Booten aus der Mandschurei gesandten Truppen und Proviant-Kolonnen waren bereits eingetroffen und hatten ebenfalls am Fluß-Ufer ihre Zelte errichtet. Einschließlich der Scharen von Beamten, Dienern und Troßknechten waren nunmehr nach Gerbillons Angaben insgesamt 9—10000 Menschen mit 3—4000 Kamelen und wenigstens 15000 Pferden dort versammelt, für eine diplomatische Mission eine bedenklich reiche Ausstattung! Die Russen waren denn auch keineswegs angenehm berührt von diesen Heerscharen: zunächst beklagte sich der Gouverneur von Niptschu, daß die zu Wasser angelangten Truppen „sich benommen hätten, nicht als ob sie gekommen seien, um Frieden zu schließen, sondern um Krieg zu führen und das Land zu plündern". (S. 220). Golowin selbst, der russische Bevollmächtigte, war noch nicht eingetroffen, statt dessen erschien am 2. August ein Abgesandter von ihm im chinesischen Lager, ein junger

---

[1]) Diese Beschreibung gründet sich auf persönliche Erfahrungen während einer Reise in jenen Gegenden um die nämliche Jahreszeit bei Regen. Die Eisenbahn hat die schlimmsten Teile vermieden und ist westlich abgebogen.

[2]) D. h. „Schwarzer Fluß", von mandschurisch *sahaliyan* „schwarz" und *ula* „Fluß". Der Name Schilka, aus dem tungusischen *Silkar,* scheint zu Gerbillons Zeit noch nicht bekannt gewesen zu sein; der Missionar erzählt, „von den Moskowitern werde der Fluß Onon Amour genannt". (A. a. O. S. 230). Hier scheint eine Verwechslung mit dem Onon, der mit der Ingoda die Schilka bildet, vorzuliegen. Der Name Mamur für den Unterlauf des Amur wurde den russischen Kosaken zuerst von den daurischen Stämmen mitgeteilt. Die Chinesen, die früher den Sungari als den Hauptstrom ansahen, nennen den Amur *Heï lung kiang* d. h. „Strom des schwarzen Drachen". Heute wird der Name Amur auf den Strom vom Zusammenflusse des Argun und der Schilka ab angewendet.

[3]) Die alte Stadt, die jetzt nur noch aus einer Kirche und einigen elenden Holzbuden besteht, liegt vier Werst unterhalb des heutigen Nertschinsk. Der Lagerplatz der chinesischen Gesandtschft war vermutlich gegenüber der heutigen Stadt in der ebenen Talsohle, die sich hier zwischen Fluß und Berge schiebt.

Mann von 23 Jahren, der durch sein ruhiges und selbstbewußtes Auftreten sowohl die Chinesen wie die beiden Missionare in Erstaunen setzte. „Man ließ ihm Tee auf tartarische Art reichen und veranlaßte einen jungen Mandarin, sich neben ihn zu setzen. Dann ließ man diesem ebenfalls Tee reichen, offenbar zu dem Zwecke, daß der moskowitische Gesandte dem jungen Mandarin, der seinen Tee knieend trank und erst, nachdem er sich der tartarischen Sitte gemäß zur Erde geworfen hatte, nachahmen und dasselbe tun sollte. Aber er begnügte sich damit, kalten Blickes zuzusehen, wie der Mandarin jene Zeremonie ausführte und dann trank: er selbst trank seinen Tee ohne die geringste Geste zu machen". Im übrigen bemerkte der selbstbewußte junge Mann, „es sei ihm nicht wahrscheinlich, daß man eine so große Zahl Soldaten mitbringe, wenn man in der aufrichtigen Absicht käme, über den Frieden zu verhandeln. Die Bevollmächtigten des Zaren seien nur von 500 Mann begleitet; während der Verhandlungen würde eine gleiche Anzahl Soldaten auf beiden Seiten sein müssen". (S. 223 f.) Die Gesandten gaben indessen die beruhigendsten Versicherungen über ihre friedlichen Absichten, und so endete die Zusammenkunft schließlich weniger frostig, als sie begonnen hatte.

Am 18. August traf Golowin in Niptschu ein, und am 22. fand die erste Zusammenkunft der Bevollmächtigten statt. Die Vorbereitungen hierzu waren sehr heikler Art. Nachdem der Platz für die Verhandlungen auf dem rechten Ufer zwischen Fluß und Festung bestimmt war, wurde vereinbart, daß die chinesischen Bevollmächtigten von 760 Soldaten begleitet sein sollten, von denen 500 am Ufer bleiben, 260 aber sich in der Nähe der Gesandten halten würden. Ebenso sollten 500 Mann russischer Truppen vor der Festung stehen und 260 bei den Bevollmächtigten. Die kleineren Abteilungen sollten nur mit Schwertern bewaffnet sein, „keinerlei Hinterlist solle geübt und keine versteckte Waffe getragen werden". Die beiden Patres hatten die größte Mühe, den chinesischen Gesandten ihre Besorgnisse und ihr Mißtrauen auszureden, denn da diese „noch niemals Friedensverhandlungen mit einer andern Nation geführt hatten und keine Kenntnis vom Völkerrecht besaßen, so trauten sie den Moskowitern nicht allzusehr und fürchteten, daß man ihnen eine Falle stellen würde." (S. 227 f.) Nur den endlosen Vermittlungen der Missionare war es schließlich zu danken, daß in letzter Stunde nicht durch die Ängstlichkeit der Chinesen, die sich nicht von ihren Soldaten trennen wollten, noch alles verdorben wurde, und die Verhandlung zustande kam. Die Bevollmächtigten — Golowin hatte den Gouverneur von Niptschu, Wlasow, zum Kollegen erhalten — saßen, jede Partei in ihren Zelten, einander gegenüber; die Zelte waren, „eins gegen das andere gestellt, wie wenn beide eins bildeten, ohne irgend einen Vorrang auf der einen oder andern Seite." (S. 227). Als Dolmetscher fungierten ein polnischer Aristokrat für die Russen, die beiden Jesuiten-Patres für die Chinesen, die Verhandlung-Sprache war Lateinisch; indessen bediente man sich nachher auch mongolischer Dolmetscher, da die chinesischen Gesandten mongolisch sprachen.

Bei der Zusammenkunft am 22. August wurde zunächst vereinbart, daß vor allen anderen Punkten über die künftige Grenze beider Reiche als die einzige Frage von Wichtigkeit verhandelt werden solle, und zwar schlugen die Russen als Grenzlinie den Amur bezw. die Schilka vor, ein Gedanke, der von den Chinesen mit der Begründung zurückgewiesen wurde, daß auf der Nordseite des Stromes tartarische Stämme,[1]) oder Stämme, die den Tartaren tributpflichtig seien, ihre Wohnsitze hätten, und daß die Tartaren jetzt die Herren des chinesischen Reiches seien; auch sei jenseits des Amur das eigentliche Jagdgebiet für die Zobel, die als Tribut nach Peking geliefert werden müßten. Der chinesische Gegenvorschlag lautete danach, daß die Russen sich bis jenseits von Selenginsk zurückziehen und alles, was östlich davon war, an China als diesem von jeher gehörend überlassen sollten. Dieser kaum ernst gemeinte Vorschlag wurde Tags darauf dahin abgeändert, daß die Russen auch Nertschinsk behalten, aber nicht darüber hinausgehen sollten. Beide Anträge wurden von den Russen lachend zurückgewiesen, und die Verhandlungen schienen hiermit auf einen toten Punkt gelangt zu sein. Inzwischen wurde Golowin durch die beiden Missionare verständigt, daß die Aufgabe von Albasin oder Yaksa, wie Gerbillon es nennt, vom Kaiser K'ang-Hi als unerläßliche Forderung hingestellt sei, und daß ohne diese weiteres Verhandeln zwecklos sei. Am 26. August erschien ein russischer Abgesandter im chinesischen Lager, und ihm wurde von den chinesischen Gesandten auf einer Karte die Grenzlinie bezeichnet, über die hinaus sie nicht zurückweichen könnten. Da diese Grenzlinie im Westen vom Argun, dem südlichen Arme des Amur gebildet wurde, die Russen aber auf dem rechten Ufer Ansiedlungen hatten, die sie nicht aufgeben wollten, und da außerdem die Übergabe von Albasin aufs neue verweigert wurde, so entstand abermals eine kritische Lage, die sich am 27. zu gefährlicher Schärfe zuspitzte. Die Missionare hatten trotz zahlreicher Botengänge zwischen beiden Lagern keine Einigung erzielen können, und die Chinesen beschlossen in der Tat, die Verhandlungen abzubrechen, die Festung Niptschu zu umstellen, Albasin mit Gewalt zu nehmen und die tartarischen Stämme gegen die Russen aufzurufen. Noch am Abend baten die letzteren um Wiederaufnahme der Verhandlungen, aber die Chinesen, mißtrauisch gemacht, lehnten alles ab und begannen noch in der Nacht über den Fluß zu setzen. Neue wesentliche Zugeständnisse der Russen am Morgen des 28. wurden gleichfalls zurückgewiesen, und statt dessen, mit einer Entschlossenheit, die den heutigen Chinesen längst abhanden gekommen ist, die kriegerischen Vorbereitungen fortgesetzt. Nunmehr erklärten die russischen Vertreter, die offenbar von einem Wiederausbruch der Feindseligkeiten nichts Gutes erwarteten, daß sie zur Annahme der chinesischen Forderungen bereit seien; nur mit großer Mühe aber gelang es selbst jetzt dem

[1]) Unter diesem bei Gerbillon sehr beliebten Ausdrucke sind sowohl tungusische wie mongolische Völkerschaften zu verstehen.

Pater Gerbillon, die Erlaubnis zu erhalten, allein in die Festung zu gehen und das Nähere mit den Russen zu vereinbaren.

Die nächsten Tage vergingen mit Verhandlungen über Einzelheiten, mit Fertigstellung, Übersetzung und Abschreiben des Vertragstextes, wobei die Missionare unausgesetzt in angestrengter Tätigkeit waren. Das Dokument bestand aus sechs Artikeln, von denen der erste die Grenzfrage behandelte: dem kleinen Flüßchen Kerbetschi oder Gorbitsa, das halbwegs zwischen Stretensk und Ust Strelka in die Schilka mündet, folgte die neue Grenze bis zur Quelle, um dann auf dem Rücken der Wasserscheide des Stanowoi-Gebirges entlang zu führen, das in nordöstlicher Richtung zum Ochotskischen Meere läuft; im Osten sollte das Land zwischen dem Gebirge und dem Flusse Ud vorläufig neutrales Gebiet bleiben. Von der Mündung des Gorbitsa an bildeten die Schilka und der Argun die Grenze. Art. 2 bestimmte, daß Albasin zerstört und seine russische Bevölkerung auf russisches Gebiet überführt werden würde. Die übrigen Artikel enthielten Einzelheiten von geringerer Bedeutung; unbeschränkter Handels- und Reise-Verkehr mit Pässen nach beiden Seiten der Grenze war das Wichtigste davon. Der Vertragstext sollte in mandschurischer, chinesischer, russischer und lateinischer Sprache auf den Grenzsteinen der beiden Reiche eingemeißelt werden.[1])

Am 7. September fand unter großer Feierlichkeit die Unterzeichnung und Auswechslung der Vertrags-Urkunden statt. K'ang-Hi hatte ausdrücklich befohlen, daß der Friede „bei dem Gotte der Christen" beschworen werden sollte, in der Annahme, daß der Vertrag dadurch auch für die Russen unverletzlich gemacht würde. Die chinesischen Bevollmächtigten schlugen daher vor, die Schwurformel knieend „vor dem Bilde des christlichen Gottes" zu sprechen und sich dann zur Erde zu werfen, die Russen aber meinten, daß jeder auf seine eigene Art schwören solle. Nach Beendigung der Feierlichkeiten wurden Friedens- und Freundschafts-Versicherungen ausgetauscht, und erst nach Mitternacht traf die chinesische Gesandtschaft wieder in ihrem Lager ein. „Wir waren außerordentlich müde und abgespannt", schreibt Gerbillon unter dem Tage, „ich besonders, der ich den ganzen Tag noch nichts genossen und seit acht bis zehn Tagen nicht die Zeit gehabt hatte, mich auszuruhen oder zu essen, es sei

[1]) Der Text des Vertrages findet sich französisch bei Du Halde, a. a. O. S. 242 f., lateinisch bei Vladimir a. a. O. S. 343 ff. Der Handels-Verkehr an der russisch-mandschurischen Grenze ist seitdem bis in die neueste Zeit auch ein ganz unbeschränkter und durch keine Zoll-Schwierigkeiten behinderter geblieben. Noch durch den Vertrag von 1881 wurden dem russischen Landhandel sehr günstige Bedingungen gewährleistet. Ein Gebiet von 50 Werst auf beiden Seiten der Grenze ist Zoll-Frei-Gebiet (Art. 1); im übrigen beträgt der Zoll zwei Drittel vom gewöhnlichen Zolltarif des chinesischen Fremdhandels. (Art. 5). Der Handelsweg Nertschinsk-Staro Tsuruchaitu nach Süden sollte nach Art. 3 ebenfalls wie der von Kiachta über Kalgan führen. Tatsächlich vollzog sich ein nicht unbedeutender Teil des Waren-Umschlags in den Steppen, und zwar bis zum Bau der Eisenbahn ohne jede wirksame Beaufsichtigung. Heute ist die neu angelegte Eisenbahn-Station Mandschuria südwestlich von Tsuruchaitu Grenz- und Zoll-Amt. Vergl. unten den Aufsatz *Ueber die wirtschaftliche Lage und Bedeutung der östlichen Mongolei usw.*

denn in Eile und gleichsam heimlich.“ Der Pater wird kaum übertreiben, wenn er hinzufügt, „daß es niemand gab, von den Gesandten bis zu den letzten Soldaten, der nicht laut verkündet hätte, daß der Erfolg uns zu danken wäre, und daß ohne uns dieser Friede niemals geschlossen sein würde“. (S. 246 f.) Am 8. September nahm man Abschied von einander und tauschte Geschenke aus, am 9. wurde die Rückreise nach Peking angetreten.

Der Vertrag von Nertschinsk war der erste und der beste, den die Chinesen mit einer fremden Macht geschlossen haben. Für die Russen hat man ihn für unrühmlich und in hohem Maße nachteilig bezeichnet, tatsächlich ist ihnen auch dadurch nicht bloß ein ausgedehntes Territorium verloren gegangen, das ein Häuflein tollkühner Abenteurer erobert hatte, sondern auch die Möglichkeit, auf einem gewaltigen Wasserwege zum Ozean zu gelangen, war für absehbare Zeit zerstört, ja, die ganze, seit 200 Jahren mit unerhörtem Wagemut betriebene Ausdehnung nach Osten zum Stillstand gebracht. Indessen ist es doch sehr fraglich, ob Rußland, das damals mit Polen und Schweden um seine Existenz rang, im Stande gewesen wäre, die Vorteile der Verbindung mit dem Meere irgendwie auszunutzen, und ob es nicht im Gegenteil eine Angriffsfläche für stärkere Gegner erlangt hätte, ohne die Mittel zur Verteidigung zu besitzen. Wie dem aber auch sei „die mandschurische Frage“, die von Chabarow, dem verwegenen Kosaken-Führer und Entdecker des Amur, im Jahre 1650 ins Leben gerufen war, erhielt durch den Vertrag von Nertschinsk den Todesstreich. Genau zweihundert Jahre später aber, im Jahre 1850, fand sie einen neuen Erwecker in dem General Murawiew, einem würdigen Nachfolger der heldenhaften Eroberer Sibiriens. Und diesmal griff das im Westen gefestigte Rußland zwar zagend aber doch fester zu als das erste Mal: 1850 wurde Nikolajewsk an der Amur-Mündung gegründet, acht Jahre später, im Vertrage von Aigun, fiel das Nord-Ufer des Amur und 1860 auch das Küstengebiet bis zum Ussuri an Rußland.[1]) Die Ereignisse von 1896, 1898 und 1900 sind bekannt: die Torheit der Chinesen hat den Russen den Eintritt in das nächste Stadium der mandschurischen Eroberung außerordentlich erleichtert, die mandschurische Frage naht sich ihrem Ende.

Am 27. August 1896 wurde in Peking unter starkem Druck das sogenannte „Cassini-Abkommen“ (von dem damaligen russischen Gesandten Cassini) geschlossen, durch das Rußland die Genehmigung Chinas erhielt, die Sibirische Bahn quer durch die Mandschurei nach Wladiwostok zu verlängern.[2]) 1898 folgte der Vertrag über die

[1]) Vergl. den nächsten Aufsatz.

[2]) Das Abkommen ist formell mit der Russisch-Chinesischen Bank abgeschlossen, aber diese ist nichts anderes als ein Regierungs-Institut. Einen Auszug aus dem nicht veröffentlichten Abkommen brachte der „North China Herald“ vom 30. Oktober 1896.

Verpachtung von Port Arthur und Ta-lien wan (Dalnij). Die Wirren von 1900 führten zu einer zeitweiligen militärischen Besetzung der Mandschurei durch Rußland. Durch den Vertrag mit China von 1902 wurde diese zwar in großem Umfange eingeschränkt, aber die Russen behielten weitgehende Rechte hinsichtlich des Baues von weiteren Eisenbahnen, sowie der militärischen Verhältnisse. Dann aber, kurz vor ihrem Ende, erhielt die mandschurische Frage eine andere Wendung durch den Krieg von 1904/05. Dem Vordringen Rußlands ist dadurch ein Halt geboten: durch die Verträge mit Japan von 1907 und 1910 (vergl. oben S. 157 Anm. 1) hat es den Besitz oder wenigstens die Erwerbsmöglichkeit der Mandschurei mit diesem teilen müssen; Rußland hatte im Anfang des 20. Jahrhunderts keinen Chabarow und keinen Murawiew. Gelöst aber ist die mandschurische Frage auch heute noch nicht.

Zur Vorgeschichte der sibirischen Eisenbahn.

(Kölnische Zeitung vom 19. Oktober 1903.)

Der Bau der gewaltigen transasiatischen Eisenbahnlinie, den Rußland soeben beendet hat, schien dem großen Publikum in West-Europa einerseits ein so naheliegender Gedanke zu sein, daß man erstaunt war, warum Rußland seine Ausführung nicht längst begonnen hatte, anderseits aber kam das fertige Projekt wieder so unerwartet, daß man sich über die Plötzlichkeit wunderte, mit der man in Rußland so große Entschlüsse faßte. Und doch hat man Jahrzehnte hindurch dort die Notwendigkeit erwogen, eine bessere Verbindung mit und in Sibirien zu schaffen, und zahllos sind die Pläne, die man während der Zeit entworfen, beraten, verändert und schließlich wieder verworfen hat. Das Interesse für Sibirien war in Europa (Rußland *nicht* ausgeschlossen) zu schwach, die Kenntnis davon zu gering, als daß man diesen Fragen viel Aufmerksamkeit geschenkt hätte, aber eine ganze Anzahl hervorragender Köpfe hat sich eingehend mit ihnen beschäftigt. Die sibirische Eisenbahn hat eine lange Vorgeschichte.

Als Jermak, der Entdecker und Eroberer West-Sibiriens, der tollkühne Piratenführer von der Wolga, dessen Name heute der große Eisbrecher an der baltischen Küste führt, im Jahre 1581 mit seiner Schar auszog, um die unbekannten Länder jenseit des Ural zu erforschen, fuhr er mit einer Boot-Flottille zunächst die Kama und dann ihren linken Nebenfluß, die Tschusowaja hinauf, um darauf in die Serebrianka, einen kleinen Nebenfluß der letzteren, einzulaufen. Damit erreichte er die Berge des Ural, aber hier wurde das Gelände immer steiler, der Strom immer stärker und das Wasser immer flacher. So nahm man denn die Boote heraus und schleppte sie über die niedrige Wasserscheide auf die asiatische Seite, bis man an das Flüßchen Jaravli und damit zum Stromgebiet des Ob gelangte. Vom Strom getrieben kam die Flottille nun in den Tagil, die Tura, den Tobol, den Irtysch und segelte schließlich den Ob hinunter. Genau auf dieselbe Weise, indem man die rechten Nebenflüsse des Ob hinauffuhr und die Boote hinüberschleppte, gelangten die ersten Kosaken um 1607 in das Gebiet des Jenissei, von da um 1630 an die Lena, und

schließlich, im Jahre 1644, fand Pojarkow, nachdem er von Jakutsk aus durch den Aldan und seine Nebenflüsse an die Berge der Jablonoi-Kette gekommen war, diese letztere auf Schlitten gekreuzt hatte und auf neu gezimmerten Booten die Seja hinuntergefahren war, den Strom des Südens, den stolzen Amur, auf dessen breiter Flut er sich hinuntertreiben ließ bis zur Küste des Stillen Ozeans. Ein seltsames Zusammentreffen: genau in dem Jahre, wo die Mandschus den Thron Chinas bestiegen, entdeckten die Russen den Amur und hielten ihren ersten Einzug in die Mandschurei.

Es ist nur natürlich, daß die Art, wie die Kosaken die gewaltigen Länderstrecken Sibiriens durchquerten, von großem Einfluß blieb auf die spätern Auffassungen über Schaffung neuer Verbindungswege in und mit Sibirien. Je weiter die russischen Abenteurer ihre Entdeckungsfahrten ausdehnten, je genauer sie die großartigen Strom-Systeme Sibiriens kennen lernten, um so bessere und kürzere Verbindungen fanden sie auf den zahlreichen Wasserwegen. So blieb denn der Gedanke: möglichst ausgedehnte Benutzung der natürlichen Wasserstraßen und Verbindung der letzteren durch Kanäle oder Wege bis in die neueste Zeit ein leitender Gesichtspunkt bei der Aufschließung des neuen Landes. Für einen Verkehr in größerm Stile standen hierbei allerdings zwei starke Hindernisse im Wege: einmal sind die sibirischen Flüsse einen beträchtlichen Teil des Jahres zu Eis erstarrt, und dann münden die großen Ströme, nachdem sie in ihrem Unterlaufe nur noch dünn bevölkerte und kaum kulturfähige Gebiete durchmessen haben, in den unwirtlichen Arktischen Ozean, wo eine regelmäßige Schiffahrt schwer möglich ist; selbst der Südstrom, der Amur, dessen Hauptrichtung zwar von West nach Ost ist, wendet sich 560 km vor seiner Mündung nach Norden und ergießt sich in die entlegene See von Ochotsk. In dem Maße daher, wie die russischen Ansiedlungen in Sibirien zunahmen, und wie für die Staatsgewalt die Notwendigkeit einer wirksamen Betätigung stärker wurde, machte sich auch der Mangel an einer ununterbrochenen und schnelleren Verbindung immer fühlbarer, um so mehr, als die meisten und größten Ansiedlungen im Süden entstanden, wo zwar Klima und Bodenbeschaffenheit günstiger waren, aber die Strom-Gebiete weiter auseinander lagen als im Norden. So entstand bereits am Ende des 17. und im Anfang des 18. Jahrhunderts die erste breite Poststraße in West-Sibirien, die von Tjumen ausging und schließlich auf direktem Wege Irkutsk erreichte, indem man die Flüsse auf sogenannten „fliegenden Fähren“ passierte. Andere Straßen nach Tobolsk, Nertschinsk, Jakutsk und Ochotsk schlossen sich an, und nachdem Murawiew die russische Grenze nach Süden bis zum Amur und zum Ussuri vorgeschoben hatte (s. oben S. 226), wurde die Poststraße an den beiden Strömen entlang bis Wladiwostok fortgesetzt. Aber für die fortschreitende Entwicklung des sibirischen Handels genügte diese Verbindung durch Postpferde und Tarantaß nicht, und als in der Mitte des 19. Jahrhunderts der Dampf in den Dienst des Verkehrs gestellt wurde, waren es zunächst wiederum die alten Wasserwege, die für die Einführung der neuen Transportmittel in Betracht kamen. Und zwar folgte das Dampfschiff genau dem Wege, den einst Jermak mit seiner

Schar gezogen war. Im Jahre 1842 erschien der erste Dampfer auf der Wolga, 1843 auf dem Ob, aber erst 1846 wurde die erste Reise von Tomsk den Tom und Ob hinunter, den Irtysch und die Tura hinauf nach Tjumen zurückgelegt. Von 1860 ab erreichten die Dampfer nacheinander Berezow, am untern Ob, Semipalatinsk am obern Irtysch und Atschinsk am Tschulym. Die wichtigste Linie war und blieb die alte Route Jermak's von Tjumen nach Tomsk in einer Länge von 2178 Werst. Da, wo Jermak einst seine Boote über die Wasserscheide geschleppt hatte, d. h. nicht weit von Jekaterinburg, blieb der Land-Verbindungsweg zwischen den Stromgebieten des Ob und der Wolga, bis in den Jahren 1875 bis 1884 unweit davon die Eisenbahn von Tjumen nach Perm an der Kama gebaut wurde. Die Schiffahrt wird nun aber durch das Klima dieses rauhen Landes ganz außerordentlich eingeschränkt, das zeigen die Fahrpläne der Dampfer-Gesellschaften, wonach die regelmäßige Verbindung kaum vier Monate im Jahre währt; während der übrigen Zeit sind die Flüsse vereist oder ist der Wasserstand ungenügend. Der zweite große sibirische Strom, der Jenissei, leidet noch mehr unter der Ungunst der natürlichen Verhältnisse. Sein großer Nebenfluß, die Angara, die dem Baikal entströmt, ihn durch diesen mit der Selenga und der Mongolei verbindet und den Gebieten der Lena und des Amur nahe bringt, ist leider nur 600 Werst von ihrem Ausfluß bis Bratski-Ostrog für Dampfer schiffbar, der ganze Unterlauf in einer Länge von über 1000 Werst wird durch eine Anzahl Stromschnellen unpassierbar gemacht, die man bisher nicht hat beseitigen können. Auf dem von den Haupt-Handelstraßen nach Osten abgeschnittenen Strome sind daher nur einige kurze Verbindungen von Minussinsk nach Krasnojarsk und Jenisseisk vorhanden, sowie auf der obern Angara bis Balagansk. Der dritte große Strom, die Lena, erscheint ganz isoliert, auch ist das Gebiet, das er durchströmt, das Gouvernement von Jakutsk, ein unwirtliches, zukunftsarmes Land mit einer sehr dünnen Bevölkerung. Indessen gibt es eine unregelmäßige Dampferverbindung zwischen Tarasowskaja und Jakutsk. Bei weitem am meisten begünstigt ist natürlich der Amur, einmal weil er in südlicheren Breiten fließt, dann weil seine Hauptrichtung nach Osten führt und schließlich weil er in ein Meer mündet, das immerhin verkehrsreicher ist als der Arktische Ozean. In die Amur-Mündung lief denn auch bereits im Jahre 1846 ein russischer Regierungsdampfer ein, während im Jahre 1854 Murawiew mit einem an der Schilka gebauten Dampfer den Strom hinunterfuhr. Auf dem Amur bestehen seit langem mehrere regelmäßige Linien, deren Schiffe den Strom von Stretensk bis zu seiner Mündung bei Nikolajewsk befahren, aber auch zuweilen Nertschinsk an der Nertscha, einem Nebenfluß der Schilka, aufsuchen, sowie den Ussuri, die Bureja und Seja, in neuester Zeit auch den Sungari hinauffahren.[1]) Die

[1]) Noch in dem Vertrage mit China von 1881 (Art. 18) haben sich die Russen das Handels- und Schiffahrts-Recht für Amur, Sungari und Ussuri besonders bestätigen lassen. Neue Zoll- und Verkehrs-Bestimmungen für den Sungari sind nach Übereinkunft mit Rußland am 29. August 1910 in Kraft gesetzt worden. Sie sind veröffentlicht im „North China Herald" vom 16. September 1910.

verschiedenen teils mehr, teils weniger erfolgreichen Versuche, Sibirien von der See aus, durch das Karische Meer und die Flüsse Ob und Jenissei, zu erreichen, sind vom geographischen wie vom nautischen Standpunkte interessante Unternehmungen gewesen, aber eine zuverlässige Handelstraße haben sie nicht zu schaffen vermocht. Als das nächstliegende Mittel nun, eine große einheitliche Verbindung von West nach Ost zu erlangen, empfahl es sich, die großartigen, parallelen Stromsysteme nordsüdlicher Richtung aneinander zu schließen. Zwischen Wolga und Ob, das heißt zwischen dem europäischen Rußland und West-Sibirien, geschah dies, wie wir gesehen, durch die Eisenbahn von Perm nach Tjumen über den Ural. Den Gedanken, den Ob mit dem Jenissei durch einen Kanal zu verbinden, faßte man bereits am Ende des 18. Jahrhunderts, und eine ganze Reihe von Plänen wurde in der Folgezeit für seine Ausführung entworfen. Aber erst im Jahre 1875 kam man zu einer endgültigen Entscheidung, indem man die Vorschläge eines sibirischen Kaufmanns annahm, zwischen dem Ket, einem Nebenfluß des Ob, und dem Kas, der unweit der Mündung der Angara in den Jenissei fließt, einen Kanal zu bauen. Dieser $7^1/_2$ Werst lange und 42 Fuß breite künstliche Wasserweg wurde ungefähr zehn Jahre später vollendet. Nun handelte es sich darum, die untere Angara für den Dampferverkehr brauchbar zu machen. Gelang es, die Stromschnellen zu beseitigen, so hatte man einen bedeutenden Schritt weiter nach Osten, d. h. bis zu der schiffbaren Selenga nach Transbaikalien hinein gemacht. Auf diesem Gedanken beruhte der große Entwurf des Ingenieurs Sidensner, der an der Erbauung des Ob-Jenissei-Kanals mitgearbeitet hatte. Er beabsichtigte, durch Benutzung der Schilka und ihres nördlichen Armes, der Ingoda, sowie durch Vertiefung kleinerer Nebenflüsse der letzteren und der Selenga die Verbindung mit dem Amur und dadurch mit dem Stillen Ozean herzustellen, und berechnete den noch übrig bleibenden Landweg über die Wasserscheide der Jablonoi-Kette auf 18 Werst, für die dann eine Eisenbahn gebaut werden sollte. Dieser Plan wurde von der Regierung sehr beifällig aufgenommen, und es war nur der Mangel an Geldmitteln, der seine sofortige Ausführung verhinderte. Andernfalls würde dadurch der Bau der sibirischen Bahn höchstwahrscheinlich verhindert oder jedenfalls noch lange hinausgeschoben worden sein. So aber behielten schließlich andere Erwägungen die Oberhand, vor allem waren es die Bedenken wegen der Unzuverlässigkeit des Wasserstandes und der langen Unterbrechung der Schiffahrt, die sich, wie schon in der alten Zeit, wo sie die Anlegung der Poststraße veranlaßt hatten, auch jetzt immer wieder von neuem geltend machten.

Murawiew, der weitblickende, rastlose Erwerber des Amur-Gebietes,[1]) der Mann, dessen schlimmste Feinde die Gleichgültigkeit

[1]) Durch den Vertrag von Aigun wurde i. J. 1858 das Land nördlich vom Amur für russisches, das Küsten-Gebiet zwischen dem Ussuri und dem Meere aber für gemeinsamen russisch-chinesischen Besitz erklärt. Zwei Jahre später wurde auch das letztere in dem von General Jgnatiew abgeschlossenen Vertrage Rußland allein zugesprochen.

und Unbelehrbarkeit der Petersburger Regierung waren, dem Kaiser Nikolaus I. bei einer Beratung am 22. April 1853 sagte: „Murawiew, Sie werden noch verrückt werden über Ihrem Amur!", derselbe Murawiew Amurski, dem Rußland seine ganze jetzige Stellung in Ostasien verdankt, er war auch der erste Staatsmann, der schon damals die Notwendigkeit erkannte, in Sibirien Eisenbahnen zu bauen. Die großen Schwierigkeiten, die die Amur-Mündung im Tartarischen Golf der Schiffahrt bietet, hatten in dem General-Gouverneur den Gedanken angeregt, die weit günstigere Bucht von De Kastri zum Seehafen zu machen, die nur durch einen schmalen Landstreifen von dem See Kidsi getrennt ist, der seinerseits wieder mit dem Amur in Verbindung steht. Schon 1857 legte Oberst Romanow einen Plan vor, wonach von De Kastri nach Sofiisk am Amur eine Fahrstraße und später eine Eisenbahn gebaut werden sollte. Geldmangel verhinderte die Ausführung dieses Entwurfs, aber Murawiew betonte auch im folgenden Jahre seine Überzeugung, daß die Häfen an der Amur-Mündung nur durch Eisenbahnen eine ausreichende Verbindung erhalten könnten. Diese Gedanken zeitigten damals noch eine ganze Reihe anderer Pläne, die jedenfalls an Kühnheit nichts zu wünschen übrig ließen. So schlug der englische Ingenieur Dull im Jahre 1857 vor, eine Riesen-Pferdebahn von Nischni-Nowgorod über Kasan und Perm nach einem Hafen am Stillen Ozean zu bauen. Im folgenden Jahre machten sich drei Engländer, Morrison, Horn und Sleigh, anheischig, Moskau mit dem Tartarischen Golf durch eine Eisenbahn auf eigene Kosten zu verbinden, sofern ihnen das Monopol des sibirischen Handels für einen bestimmten Zeitraum überlassen würde. Zu gleicher Zeit erschien ein anderer Entwurf von dem Russen Sofronow, der eine Eisenbahn von Saratow an der Wolga durch die Kirgisischen Steppen über Semipalatinsk, Minussinsk, Selenginsk zum Amur und nach Peking bauen wollte. Etwas bescheidener war der Amerikaner Collins, der eine Eisenbahn-Verbindung zwischen Irkutsk und Tschita an der Ingoda herzustellen vorschlug. Die russische Regierung erklärte mit Recht alle diese Pläne für viel zu ausgedehnt und verfrüht und verhielt sich vollkommen ablehnend dagegen. Man sieht auch unschwer, daß es sich hier lediglich um theoretische Gestaltungen ohne Kenntnisse der wirklichen Verhältnisse handelt. In dem Maße, wie die letztere zunahm, kam man von dem phantastischen Plane, das europäische Rußland mit dem Stillen Ozean zu verbinden, mehr und mehr zurück und hielt sich statt dessen zunächst an wirtschaftliche Bedürfnisse und Aussichten lokaler Art. Am schärfsten traten diese Bedürfnisse am Ural hervor, wo die große Bergwerk-, Metall- und Stein-Industrie bestand. Ein mit den dortigen Verhältnissen genau vertrauter Berg-Ingenieur namens Rashet trat Anfang der 60er Jahre mit dem Entwurfe einer Verbindung zwischen den Stromgebieten der Wolga und des Ob hervor, die er durch eine Eisenbahn von Perm über Nischni-Tagil nach Irbit und Tjumen in einer Länge von 691 Werst herstellen wollte. Die Firma Kokorew & Co. erklärte sich im Jahre 1862 bereit, diese Linie zu bauen, und fand lebhafte Unterstützung

bei den Bergwerks-Gesellschaften im Ural. Trotzdem wurde der Plan bald wieder zugunsten eines anderen aufgegeben. Im Jahre 1864 war im Gouvernement Wjatka eine große Hungersnot ausgebrochen. Um gegen die weiteren Folgen davon geeignete Maßregeln zu treffen, entsandte die Regierung im Jahre 1866 den Oberst Bogdanowitsch in die betreffenden Distrikte. Schon am 23. März jenes Jahres berichtete er u. a.: „Nach Prüfung der lokalen Verhältnisse in den Gouvernements Perm und Wjatka bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß das einzige sichere Mittel, in den Ural-Gebieten für die Zukunft eine Hungersnot zu verhinden, der Bau einer Eisenbahn ist, die von den innern Gouvernements nach Jekaterinburg und von da nach Tjumen führt. Eine solche Linie, die später weiter durch Sibirien zur chinesischen Grenze fortgesetzt werden müßte, würde von strategischen und von kommerziellen Gesichtspunkten aus eine große Bedeutung erhalten." Dieser Bericht machte immerhin so viel Eindruck in Petersburg, daß im Jahre 1868 der Beginn der Vorarbeiten für die Linie angeordnet wurde. Inzwischen war das Interesse für die Frage in Sibirien allgemein geworden, und im Jahre 1869 erschien noch ein dritter Entwurf von dem Kaufmann Ljubimow, der eine Linie von Perm über Kungur, Jekaterinburg, Schadrinsk nach einem Punkte 49 Werst nördlich von Kurgan am Tobol in Vorschlag brachte. Die Regierung, bei der damals noch sehr wenig Interesse und noch weniger Verständnis für Sibirien und die großen ostasiatischen Fragen vorhanden war, würde wahrscheinlich nie über die Vorarbeiten zu diesen Plänen hinausgekommen sein, wenn nicht der General-Adjutant Kruschow, General-Gouverneur von West-Sibirien, Ende 1869 in einer an den Kaiser direkt gerichteten Denkschrift die Notwendigkeit einer schleunigen Lösung dieser wichtigen Eisenbahnfrage betont hätte. Er ging gleichzeitig über die drei Entwürfe hinaus und befürwortete den Anschluß der neuen Ural-Linie an das inner-russische Eisenbahn-System durch eine Linie Nischni-Nowgorod, Kasan, Jekaterinburg, Tjumen. Dieser Gesichtspunkt einer Eisenbahn-Verbindung Sibiriens und Mittel-Asiens mit Rußland kam nun noch in einer ganzen Anzahl anderer Entwürfe zum Ausdruck, aber die amtliche Auffassung in Petersburg war für solche Fragen noch nicht reif, und so beschloß denn nach endlosen Erwägungen und Untersuchungen schließlich im Jahre 1875 ein besonderer Ministerial-Ausschuß, von dem Gedanken an eine etwaige spätere sibirische Durchgangs-Linie vorläufig abzusehen, sich vielmehr in erster Linie durch die Rücksichten auf die Bergwerks-Industrie im Ural leiten zu lassen und eine Eisenbahn vom Perm nach Jekaterinburg zu bauen, d. h. also einen Teil des alten Bogdanowitsch'schen Planes auszuführen. Im Jahre 1878 wurde diese Linie vollendet und im Jahre 1884 bis Tjumen weiter geführt.

Nachdem nun einmal die Anschauung, daß nur kürzere Eisenbahnen für lokale Bedürfnisse in Sibirien in Betracht kommen könnten, die amtlich herrschende geworden war, regten sich Ende der 70er Jahre

auch in Ost-Sibirien und dem Amur-Gebiet entsprechende Wünsche. So wurde bereits im Jahre 1875 der Bau einer Linie von Wladiwostok zum See Khanka und dem Ussuri angeregt, und die Regierung scheint in der Tat damals, wohl beeinflußt durch die allmählich einsetzende Entwicklung in China und Japan, der Ansicht zugeneigt zu haben, daß im Ussuri-Gebiet Eisenbahnen eher nötig sein würden als im Westen. Der verhältnismäßig frühe Bau der Linie Wladiwostok-Chabarowsk ist denn wohl auch eine Folge dieser Erwägungen gewesen. Indessen fehlte es für alle weiteren Unternehmungen, wenn nicht an Interesse, so jedenfalls an Geld. Die herrschende Auffassung kam am deutlichsten zum Ausdruck in den beiden größten Entwürfen für die Erschließung Sibiriens aus jener Zeit, nämlich dem von Sidensner, der bereits oben besprochen ist, und dem des Ingenieurs Ostrowski, der im Jahre 1880 vorgelegt wurde. Dieser letztere beruhte auf dem Gedanken, daß zuerst durch Schaffung von Verkehrswegen im Innern Sibiriens der Handel und die Hilfsquellen dieses Landes gehoben werden müßten, bevor man auf eine Ausdehnung des russischen Eisenbahn-Systems über den Ural hinaus Bedacht zu nehmen brauche. Eine fortlaufende Eisenbahn-Linie aber durch Sibirien sei für diesen Zweck vorläufig nicht notwendig, vielmehr genüge es — und hier begegnet sich der Entwurf mit dem Grundgedanken von Sidensner — die sibirischen Flußsysteme wirksam miteinander zu verbinden. Für die Herstellung dieser Verbindung aber sah Ostrowski die Eisenbahn in viel ausgedehnterem Maße vor als Sidensner, nämlich die drei folgenden Linien: 1. eine Linie Perm-Tobolsk (die Ural-Bahn war damals erst bis Jekaterinburg vollendet) von 800 Werst, die die Kama mit dem Irtysch verbinden sollte; 2. eine Linie Tomsk-Krasnojarsk von 560 Werst zwischen Ob und Jenissei; und 3. eine Linie Omsk-Barnaul, die den Irtysch mit dem Ob verbinden und so den Erzeugnissen aus den reichen Bergwerken des Altai einen kürzeren Weg nach Tobolsk schaffen sollte. Diese dritte Linie mochte dann später bis zur chinesischen Grenze verlängert werden. Auf solche Weise würde — nach Regulierung der Angara — eine billige Verbindung zwischen den beiden Zentren Moskau und Irkutsk hergestellt werden, während eine fortlaufende transsibirische Bahn der Zukunft überlassen bleiben könne, wenn Sibiriens Handel und Zivilisation auf einer höhern Stufe ständen als jetzt. Für alle Fälle aber deutete Ostrowski auch für jene künftige Linie bereits die Richtung an, nämlich: Moskau-Rjäsan-Ufa-Slatoust-Tscheljabinsk-Petropawlowsk-Omsk-Kainsk-Tomsk-Mariinsk-Atschinsk-Krasnojarsk-Kansk-Nischni — Udinsk-Balagansk-Irkutsk, also derselbe Weg, den die sibirische Bahn nun tatsächlich genommen hat — mit wenigen Abweichungen, und diese sind sicherlich keine Verbesserungen des Entwurfs.

Es muß als ein außerordentliches Glück für die russische Ausdehnung in Asien angesehen werden, daß man jenen Standpunkt der achtziger Jahre rechtzeitig aufgegeben hat. Man konnte auch in Rußland damals noch nicht ahnen, daß die Entwicklung im Fernen Osten sich so überstürzen würde, wie es der Fall gewesen ist, aber

man konnte aus Umständen, die näher zu untersuchen hier nicht der Ort ist, vermuten, daß eine ähnliche Entwicklung einmal erfolgen mußte. Dazu kam, daß man auch Sibirien gegenüber sich eine etwas weniger kleinliche Auffassung aneignete und nicht mehr einen bloßen Abladeplatz für russische Waren und russische Verbrecher in dem Lande sah, kurzum, als im Jahre 1890 das russische Eisenbahnnetz an drei Punkten den Ural erreicht hatte, drängte sich der Regierung die Frage der Durchquerung Sibiriens durch eine einheitliche Eisenbahn-Linie mit verstärkter Kraft auf, und diesmal fand sie mehr Interesse und besseres Verständnis. Die Frage war jetzt nur: mit welcher von den drei Linien des europäischen Rußland sollte die Riesenbahn verbunden werden? Die erste, nördlichste, war die Ural-Bahn Perm-Tjumen. Sie hatte den Nachteil, daß sie eine isolierte Verbindungsbahn zwischen Kama und Tura war und einer Fortsetzung von etwa 1000 Werst bis Nischni-Nowgorod bedurft hätte; außerdem war es aus technischen Gründen schwierig, auf diesem Wege die Städte Omsk und Tomsk zu erreichen. Die zweite Linie war die mittlere über Slatoust nach Mias; die Entfernung von hier bis Irkutsk war 791 Werst weniger als von Tjumen, zudem lagen an diesem Wege die fruchtbarsten Gegenden West-Sibiriens. Die dritte Linie endete in Orenburg. Abgesehen davon, daß die Entfernung von dort bis Irkutsk ebenfalls weiter war, bot sich hier auch ein besonders ungünstiges Terrain dar: im Westen wasserlose, sturmreiche Steppen, im Osten schwer zugängliche Gebirge. Unter solchen Umständen konnte eine Wahl rasch getroffen werden. Am 21. Februar 1891 wurde beschlossen, die Linie Slatoust-Mias bis Tscheljabinsk zu verlängern und diesen Ort zum Anschlußpunkt der zu bauenden sibirischen Bahn zu machen. Der Bau der letzteren selbst wurde durch kaiserliches Reskript vom 17. März 1891 befohlen und am anderen Ende in Wladiwostok am 12. Mai feierlich verkündet. Eine Woche später tat der Cäsarewitsch, der jetztige Kaiser Nikolaus II., im Fernen Osten den ersten Spatenstich. Ostrowski mag kaum auf eine so frühzeitige Ausführung seines für eine fernere Zukunft berechneten Planes gefaßt gewesen sein. Aber wie einst die Wasserwege der alten Kosaken-Führer von Flußgebiet zu Flußgebiet als unzureichend aufgegeben und durch eine direkte Poststraße ersetzt wurden, so hat man auch in den selbst verbesserten Dampfschiff-Verbindungen bald das Unzulängliche erkannt, und an die Stelle der Poststraße ist die Eisenbahn getreten. Die Folgen haben gezeigt, daß das Unternehmen nicht verfrüht war.

Über die wirtschaftliche Lage und Bedeutung der östlichen Mongolei und westlichen Mandschurei, insbesondere in ihrem Verhältnis zu Rußland.[1])

(Beilage zur Münchener Allgemeinen Zeitung vom 24. Januar 1898.)

I.

Physikalische Beschaffenheit der östlichen Mongolei.

a. Geographische Lage. Bodengestaltung.

Was in den folgenden Ausführungen unter der Bezeichnung „östliche Mongolei" verstanden wird, ist im wesentlichen das Grenzgebiet der weiten, baumlosen Hochebenen zwischen China und dem asiatischen Rußland nach den berg- und waldreichen Provinzen der Mandschurei zu. Es sind die östlichsten Ausläufer jener endlosen Gras-Steppen, die sich im Westen fast bis an den Fuß des Himmels-Gebirges und die Grenzen von Turkistan erstrecken, und die im Osten noch über den breitrückigen Höhenzug, der die steilen Bergmassen von Nord-China mit denen des Amur-Gebietes verbindet, hinausreichen und erst durch die Gebirge der Mandschurei ihren Abschluß erhalten. Die Grenzen des hier in Betracht kommenden Gebietes sind im Osten die Kamm-Linie des auf den Karten Hingan genannten eben erwähnten Höhenzuges,[2]) im Norden die russische

[1]) Der obige Aufsatz beruht auf Beobachtungen, die auf einer Reise durch jene damals noch sehr wenig bekannten mongolisch-mandschurischen Grenzgebiete zur russischen Grenze am Argun *i. J. 1896* unternommen wurde. Nachdem den russischen Bestrebungen in der Mandschurei ein Halt geboten ist, scheinen sie sich in stärkerem Maße der östlichen Mongolei zuzuwenden, und da ihnen diese durch die sibirische Bahn jetzt erheblich näher gebracht ist, wird sie in der künftigen politischen Entwicklung vielleicht noch einmal eine Rolle spielen.

[2]) Der Name erscheint auf europäischen Karten auch zuweilen als Chingan, Chin-gan (z. B. im neuen Stieler), Khingan, Kingan u. a. Alle diese Lesarten sind falsch. Der Name ist rein chinesisch und lautet *Hing-an ling*, d. h. „Bergkette des Gedeihens und Friedens"; er ist vielleicht die Übersetzung einer älteren mandschu-

Grenze, im Westen etwa der 84. Längengrad, im Süden der mongolische Grenzfluß Schira muren und das Randgebirge des extramuralen China. Der natürliche Charakter der östlichen Mongolei gleicht nur teilweise dem der zentralen und westlichen Gebiete. Der ganze Südosten wird von den vielverschlungenen Ketten des nordchinesischen Randgebirges eingenommen. Die Höhen sind hier noch zum Teil mit Wald bedeckt, zahlreiche Täler durchschneiden das Bergland und bilden fruchtbare Niederungen mit verhältnismäßig guten Verbindungswegen. So sind besonders die breiten Täler des Tsaghan muren und Oertsche muren, die beide zum Stromgebiet des Schira muren gehören, wichtige von Norden nach Süden führende Gebirgs-Übergänge. Wenn man auf einem dieser Pässe die 1400 m hohe, von Südwest nach Nordost streichende steile Kette überschritten hat, so steigt man hinunter in das weite, hügeldurchzogene Grasplateau, das sich nach Westen zu in die sandigen Flächen der Gobi verliert, hier im Süden noch eine Meereshöhe von durchschnittlich 1100 m hat, allmählich aber nach der russischen Grenze zu sich bis 600 m senkt und schließlich im Norden von den niedrigen Gebirgen Transbaikaliens begrenzt wird. Die westlichen Ausläufer der Hing-an-Kette reichen weit in diese endlosen Prairien hinein und geben ihnen ein welliges, abwechslungsvolles Aussehen. Weiter im Norden findet man die eigenartigen Steppen-Plateaux, die sich plötzlich und mit großer Regelmäßigkeit kaum 60 m über das Durchschnitts-Niveau erheben und steil, als seien sie mit dem Spaten abgestochen, nach den Flußtälern zu abfallen. Durch die ebenen Zwischenräume winden sich zahlreiche Flüßchen, die allerdings zum Teil nur während der Regenzeit Wasser führen. Sie fließen faßt ausnahmslos nach Nordwest und West und verlieren sich in sumpfigen Niederungen, in denen sich oft auch jene bekannten, abflußlosen Steppen-Seen befinden, die den Mongolen und Chinesen ihre Salzvorräte liefern. Die größten dieser Flüsse sind der 80 m breite Chalcha gol, der sich in den großen See Puir nor (unter dem 48. Breitengrade) ergießt, und der 150 m

---

rischen Bezeichnung, oder man hat ihn den Bergen, ursprünglich nur an einer bestimmten Stelle, aus einem besonderen Anlaß verliehen. Jedenfalls ist es lediglich ein Buch-Name, die Bevölkerung kennt ihn nicht. Auf den älteren chinesischen Karten hat der Name Hing-an ling einen viel kleineren Geltungsbereich als jetzt in der abendländischen Geographie. Die große chinesische Reichs-Geographie *(Ta Ts'ing yi t'ung tschi)* bezeichnet mit dem Namen nur das Berg-System im Osten (und Nordosten) der Stadt Tsitsihar, das auf den europäischen Karten „Kleiner Hingan" genannt wird, und ferner die Kette, die sich etwa 70—80 km westlich und nordwestlich von der Stadt innerhalb der Provinz Hei-lung kiang, nördlich von dem bei Stieler Jak-schan genannten Höhenzuge erhebt, und zwar nennt sie das erstere „Äußerer Hing-an ling", das letztere „Innerer Hing an ling". (Kap. 48 fol. 1 v°). Heute aber heißt das gesamte Berg-System vom Südrande der mongolischen Steppen bis zum Zusammenflusse von Argun und Schilka „Großer Hingan". Die modernen chinesischen Karten, d. h. die i. J. 1890 auf Veranlassung der chinesischen Gesandtschaft in Petersburg hergestellte große Karte der russisch-chinesischen Grenzgebiete, sowie die i. J. 1903 ebenda in amtlichem chinesischem Auftrage angefertigte Karte der mandschurischen Eisenbahnen, haben nunmehr die neue Bezeichnung in ihrem ganzen Umfange angenommen.

breite Chailar gol, der zusammen mit dem Ausfluß des Kulun nor[1]) (des größten der Steppen-Seen) den Grenzfluß Argun bildet.

b. Klima. Natürliche Hilfsquellen.

Das Klima dieses hochgelegenen Steppenlandes ist ein gemäßigt kontinentales von großer Regelmäßigkeit, die Durchschnitts-Temperatur aber bedeutend niedriger, als die der gleichen Breiten Europas. Der Frühling beginnt im April, die größte Wärme bringen die Monate Juli und August, wo die mittlere Temperatur 18° C beträgt, während die stärkste Hitze am Mittag in den Niederungen 30° nicht oder nur ausnahmsweise übersteigt. Der Winter beginnt früh, schon Anfang Oktober setzt die Kälte ein und beginnen die Schneestürme, und während der folgenden Monate herrscht dann fast ununterbrochen eine strenge Kälte, die zuweilen bei den eisigen Nordwinden bis zu —30° C steigt. Abgesehen von der Regenzeit, von Ende Juli bis Ende August, ist die Atmosphäre klar und trocken, jedoch ist der Taufall während der Nacht meist so stark, daß selbst im heißesten Sommer nur stellenweise das Gras von der Trockenheit zu leiden hat. Fast den ganzen Sommer hindurch wehen über die Steppen kühlende Nord- und Nordwest-Winde, die die Luft immer frisch und rein erhalten, so daß das Klima ungemein anregend und gesund ist.

Noch günstiger als mit den klimatischen Verhältnissen ist es mit den natürlichen Hilfsquellen des Landes bestellt. Was Fruchtbarkeit des Bodens anlangt, so wird sich in der ganzen Mongolei, vielleicht im ganzen Nordosten des asiatischen Kontinents, kein Landstrich finden, der die östliche Mongolei übertrifft. Wenn man von den zahlreichen, aber nicht sehr großen sogenannten „Sandgruben" oder „Sandnestern" absieht, d. h. den mit tiefem Flugsand bedeckten Stellen, die oft ganz plötzlich die grüne Steppe unterbrechen, und in denen nur Disteln und Dorngestrüpp wuchern, sowie von den mit Büscheln von Schwertgras bedeckten Morästen in den Niederungen, die, meist Reste ehemaliger Seen, zum Teil aus einem klebrigen, weißlichen Ton bestehen, so gibt es in jenen weiten Gegenden keine Strecke, die als absolut steril bezeichnet werden könnte. Wohl aber finden sich weite Landstriche, deren jungfräulicher Boden in reichster Fruchtbarkeit prangt. So bilden besonders die Täler des Tsaghan muren und Oertsche muren, die hügeligen Prairien südlich des Clalcha gol und die Steppen-Plateaux nördlich davon bis zum Argun im Sommer Bilder üppigster Vegetation. Fast bis an die Kniee der Pferde reicht hier das dichte, saftige Gras, und die stark duftende Artemisia, die selbst in den fruchtbarsten Teilen der Pekinger Ebene nicht über 50 cm hinaus wächst, erreicht hier eine Höhe von 75 cm und mehr. Der rasche Wechsel in der Beschaffenheit des Bodens ist oft auffallend; so haben die Gegend nördlich vom Schira muren genau bis zum Talrande des Tsaghan muren, sowie die niedrigen

[1]) Auch Dalai nor d. h. „ozean(gleicher) See" (mongolisch).

Plateaux unmittelbar nördlich vom Chalcha gol, scharf bis zum Fuße der eigentlichen Steppen-Plateaux, fast den Charakter gewisser märkischer Landschaften: sandige Hügelreihen mit Buschwerk und spärlichem Grase bedeckt, wechseln mit dünnen, melancholischen Kiefern-Beständen. Aber auch an besserem Nutzholz hat die östliche Mongolei, wenigstens im Süden, keinen Mangel. Die hohen Bergrücken im Quellgebiet des Tsaghan muren sind mit dichten Wäldern bedeckt und ebenso sieht man oft von höheren Punkten der Steppe aus an den West-Abhängen der Hing-an-Kette, besonders zwischen dem 45. und 47. Breitengrade, die dunklen Massen der Nadelholz-Waldungen. Kiefernstämme von 90 und 100 cm Durchmesser sind hier keine Seltenheit. Ob die südlichen Teile des Hing-an mit demselben Mineral-Reichtum gesegnet sind, wie die Randgebirge der Provinz Tschili, in denen diese Kette ihre Wurzel hat, ist noch nicht zu sagen; wenn man aber den begeisterten Schilderungen der chinesischen Kolonisten vom Schira muren glauben darf, so müssen die Berge auf dem rechten Ufer des Tsaghan muren ein wahres Dorado sein. Nicht nur Silber, Eisen und Kohle sollen in Massen vorhanden sein, sondern auch Edelsteine mannigfacher Art, von denen der Achat besonders genannt wird. Ich selbst habe von allen Schätzen nur einige Proben eines weichen, aber glänzend weißen Marmors gesehen.

II.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

a. Die Bewohner des Landes, ihr Charakter und ihre Lebensweise.

Bewohnt wird dieses in obigen Zeilen geschilderte Land von mehreren Mongolen-Stämmen, die von ihren einheimischen Fürsten und Adeligen unter Oberhoheit des chinesischen Kaisers regiert werden; nur im äußersten Norden, zwischen dem Chailar gol und der sibirischen Grenze wohnt ein mandschurischer Stamm, der gleich nach der Eroberung Chinas durch die Mandschus in der Mitte des 17. Jahrhunderts als eine Art Grenzwacht gegen die Russen und gegen feindliche Mongolen-Stämme im Westen hier angesiedelt wurde. Dieser Teil des Landes ist daher der Verwaltung der mandschurischen Provinz Heï-lung kiang unterstellt worden, während alles übrige zu den tributpflichtigen mongolischen Außenländern gehört. Der Charakter dieser Völkerschaften ist in seinen Grundzügen der nämliche; auch die Mandschus im Norden haben sich den Mongolen so vollkommen angeglichen, daß sie sogar ihre heimische Sprache vergessen und die ihrer Nachbarn dafür angenommen haben. Wenn man bedenkt, daß wir es hier mit den Nachkommen jener wilden Horden zu tun haben, von deren verheerenden Einfällen in die

Kultur-Gebiete des „Mittelreichs“ uns bereits die ältesten geschichtlichen Annalen der Chinesen berichten, jener gefürchteten Hunnen-Völker, die einst die ganze westliche Kulturwelt zu bedrohen schienen, und die dann bis in das 14. Jahrhundert hinein unter ihren großen Khanen ein asiatisches Weltreich beherrschten, so wird man mit Staunen das verwandelte Bild betrachten, das die Mongolen-Stämme uns heute bieten. Es ist hier nicht der Ort, in die verwickelte und noch vielfach dunkle Geschichte dieses Volkes einzutreten, oder die Ursachen zu erörtern, die jenen Wandel vollzogen haben. Die Mongolen von heute, mit denen die interessierten Mächte, d. h. ihre Nachbarn im Norden und Süden, allein zu rechnen haben, sind harmlose, friedfertige Steppen-Bewohner, deren hauptsächlichste Eigenschaften kindliche Naivität, religiöser Aberglaube und ein starkes Unterordnungs-Bedürfnis sind. Es sind wettergebräunte, kräftige Gestalten (soweit die das vom Süden heraufkommende Opium noch nicht angegriffen hat), von erstaunlicher Anspruchslosigkeit, dabei gastfrei und hilfsbereit, friedliebend und gutmütig, ohne doch eigentlich feige zu sein, zugleich aber schmutzig, unaufrichtig, diebisch und für alle Ausdauer erfordernde Arbeit unbrauchbar. Die Chinesen sehen auf sie herab als „Barbaren“ und treten selbst in ihrem eigenen Lande hochfahrend gegen sie auf; im Süden, an der Grenze, wo beide Völker am meisten mit einander in Berührung kommen, sind die Mongolen daher sehr verschüchtert und scheu bis zur Unnahbarkeit. Diese Eigenheit verschwindet, je weiter man nach Norden kommt, statt dessen nimmt aber das Mißtrauen gegen den Fremden zu, je mehr man sich der sibirischen Grenze nähert. Der nordische Nachbar, die Orossi, wie die Russen in jenen Gegenden genannt werden, ist der einzige Europäer, von dem der gewöhnliche Mongole gehört hat; man hat eine dunkle Vorstellung von einem zahlreichen gewalttätigen Stamme an der Nordgrenze, dessen wilde, waldbedeckte Gebiete sich weithin ausdehnen, und dessen Häuptling sein Zeltlager fern im Westen nahe der Grenze seines Landes, hat. Man lebt in beständiger Furcht, daß er einst kommen und die Weideplätze wegnehmen wird, und darum betrachtet man den Fremden mit mißtrauischer Scheu, und überall, wo die Angst nicht größer ist als das Mißtrauen, findet er einen passiven Widerstand, der ihm oft große Schwierigkeiten bereitet. In dieser Furcht vor den Russen hängen die Mongolen um so loyaler dem Kaiser von China an, der ihnen wegen seiner mandschurischen Herkunft nicht als Chinese, sondern als einer der ihrigen erscheint; in ihm sehen sie noch heute den „Sohn des Himmels“, den legitimen Beherrscher der Erde, der sie auch gegen die „rebellischen“ Russen schützen wird.[1])

[1]) Die chinesische Regierung ist sich dieser Anschauung auch sehr wohl bewußt und pflegt sie nach Kräften. Alle Beamte, die in die Mongolei, sei es als ständige Residenten, sei es zur Erledigung bestimmter Aufträge entsandt werden, sind ausnahmslos Mongolen oder Mandschus, nie Chinesen. Vielleicht soll es auch zur Beruhigung der Mongolen dienen, wenn in bestimmten Zeitabschnitten ein hoher Beamter abgeschickt wird, um die Grenze zu bereisen und zu sehen ob die russischen

Als ein eigentlich seßhaftes Volk kann man die Mongolen nicht bezeichnen, ebensowenig allerdings auch ohne weiteres als Nomaden. Sie leben streng nach Stämmen, und diese wieder nach „Bannern" geschieden, jeder Teil auf seinen bestimmten Gebieten; niemand geht ohne einen bestimmten Zweck aus seinem Bezirk auch nur vorübergehend in einen andern. Da jeder Mongole in erster Linie von dem Ertrage seiner Herden lebt, so ist er um der Tiere willen auf Gegenden angewiesen, in denen sich neben guten Weideplätzen auch genügendes Trinkwasser findet. Dort schlägt er seine feststehenden (nicht beweglichen) Jurten oder Zelte auf und bricht sie nur wieder ab, wenn bei langer Dürre das Gras vertrocknet oder das Wasser versiegt. Sonst verlebt er bedürfnislos und dem Nichtstun ergeben gleichmäßig seine Tage. Sein Vermögen (von den Fürsten und Vornehmen abgesehen) besteht in seinen Pferde-, Kuh- und Schafherden, die die Steppe im Sommer und Winter ernähren muß; sie liefern ihm Fleisch, Milch, Butter und Käse als Nahrung, Pelze für die Kleidung, Mist zum Brennmaterial. Was sonst gebraucht wird, Tuch für die Sommer-Kleidung, Stiefel, Mützen, auch wohl Seide für die Reichen, silberne Haarspangen für die Frauen, Sättel, Tabak, Hirse und als Leckerbissen Reis usw. wird von den Chinesen in Dolonor[1]) oder in der Steppe gekauft oder eingetauscht. Ackerbau ist dem Mongolen seinem ganzen Wesen nach zuwider. Vom Tal des Tsaghan muren ab bis zur russischen Grenze findet sich in der ganzen östlichen Mongolei, selbst in den fruchtbarsten Landstrichen, nicht eine Scholle, wo man der Erde außer dem Grase irgendwelche Erzeugnisse abgewänne. Und dabei wird jede eßbare Kornart von dem Mongolen aufs höchste geschätzt. Am Nordufer des Schira muren hat man, verlockt durch das Beispiel der chinesischen Ansiedler südlich davon, einige schüchterne Versuche gemacht, Buchweizen und Hirse zu bauen, aber die Felder befinden sich in einem Zustande, daß sie den Spott und das Lachen der Chinesen herausfordern. Schon die großen Mandschu-Kaiser des 17. und 18. Jahrhunderts haben sich erfolglos bemüht, die Mongolen zum Ackerbau zu erziehen, es scheint indessen ebensowenig aussichtsvoll, sie hieran zu gewöhnen, wie sie zur Bildung von Dörfern und Städten zu veranlassen.[2]) Bei der eben erwähnten Notwendigkeit, die Wohnplätze mit Rücksicht auf das Wasser auszusuchen, kann es nicht wundernehmen, wenn weite Landstrecken trotz üppigster Fruchtbarkeit unbewohnt bleiben, weil offenes Wasser sich nicht findet, das Anlegen eines Brunnens aber Arbeit erforden würde. Eine Schätzung der Gesamtzahl der Bewohner für

„Stämme" sich ruhig verhalten. Vergl. oben S. 219 f. Noch im letzten Jahre (1897) war man in Peking unbefangen genug, den Bericht eines solchen Beamten in der „Peking-Zeitung" zu veröffentlichen. (Heute geschieht dies nicht mehr.) An der Grenze am Argun verkehren übrigens Kosaken und mandschurische Bannertruppen in freundschaftlichster Weise.

[1]) Chinesisch Lama miao. Ein wichtiger Handelsplatz am Südrande der Steppen.

[2]) Heute sind diese Bemühungen in verstärktem Maße aufgenommen. Vergl. oben S. 130.

die in Rede stehenden Ländergebiete unternehmen zu wollen, würde hier zu weit führen, es genüge zu sagen, daß die ganze östliche Mongolei bei all ihrem Bodenreichtum nur sehr dünn bevölkert ist; nur die Flußtäler und einige Niederungen kann man als eigentlich bewohnt bezeichnen, dazwischen kann man oft tagelang in dem dichten Steppen-Gras wandern, ohne die Spur einer menschlichen Wohnung anzutreffen. Die (mandschurische) Bevölkerung des Landes zwischen dem Chalcha gol und der russischen Grenze soll 60 000 bis 70 000 Seelen betragen.

b. Das chinesische Element. Der chinesische Handel in der östlichen Mongolei.

Nach dem bisher Gesagten muß es begreiflich erscheinen, wenn ein dem Handel und Ackerbau mit gleicher Liebe ergebenes und dabei so ausdehnungsbedürftiges Volk wie die Chinesen das reiche Land mit um so begehrlicheren Blicken betrachtet, je hartnäckiger man ihm den Eintritt verwehrt. Die mongolischen Stämme südlich vom Schira muren sind längst nicht mehr Herren ihrer schönen einst mit Wäldern bedeckten Berggebiete: die an Intelligenz und Arbeitslust weit überlegenen chinesischen Ansiedler haben ihnen ihre Ländereien abgekauft oder abgepfändet, die Wälder sind ausgerodet, die wildreichen Jagdgebiete verödet, die Flußtäler entlang und die steilen Berghänge hinauf ziehen sich die Ackerfelder der immer tiefer eindringenden Bauern, Dörfer und Städte sind entstanden, in denen chinesische Kramläden Opium und Samshu (Branntwein) feilhalten, und wo einst der mongolische Jäger den Antilopen und Hirschen nachspürte, begegnet man heute den Warenzügen der reichen Kaufleute aus Tschili und Schansi. Die Mongolen aber, soweit sie, mit Chinesen vermischt, nicht selbst mittelmäßige Ackerbauer geworden sind, stehen finster und scheu beiseite, in Müßiggang den kümmerlichen Pachtzins verzehrend, den ihnen der eingewanderte Bauer entrichtet, verachtete Knechte, wo sie einst als Besitzer geherrscht. Ihren Volksgenossen nördlich vom Schira muren ist dies Schicksal ihrer Brüder im Süden eine warnende Lehre geworden: kein Chinese hat bislang noch gewagt, jenseit des Flußes den Pflug durch die Prairie zu führen, einen Baum zu fällen oder in den Wäldern oben im Gebirge ein Stück Wild zu erlegen; er würde auch, wie die ansässigen Kolonisten selbst versichern, solchen Versuch unzweifelhaft mit dem Tode zu büßen haben. Die chinesische Einwanderung ist daher für die gesamte östliche Mongolei streng verboten, und selbst im Chailar-Gebiet im Norden, das zu der der Einwanderung geöffneten mandschurischen Provinz Heï-lung kiang gehört, ist Ackerbau nicht gestattet.[1]) Abgesehen von der kleinen Kolonie Chailar, von der weiter unten die Rede sein wird, gibt es in den weiten Gebieten keinen chinesischen Bewohner, wohl aber eine nicht unbedeutende Anzahl vorübergehend im Lande weilender

[1]) Das hat sich heute geändert. S. oben S. 130.

Söhne des „Mittelreichs." Es sind teilweise Viehhändler, teilweise Krämer, die alle Arten von Bedarfsartikeln verkaufen, und teils Agenten chinesischer Kaufhäuser, die sich mit der Ausfuhr von Landes-Erzeugnissen befassen. Die Viehhändler kommen aus den angrenzenden Gebieten südlich vom Schira muren und aus den intramuralen Teilen der Provinz Tschili. Sie kaufen in erster Linie Schafe und Pferde, von denen erstere im Herbst in großen Herden nach Peking getrieben werden, um dort als eins der Hauptnahrungsmittel für alle Klassen der Bevölkerung zu dienen. An diesem Viehhandel beteiligen sich auch, nach dem Maße ihrer Mittel, die Ansiedler im Süden, und so lebendig ist der Handelssinn in jedem Chinesen, daß selbst diese urwüchsigen Bauern selten die Grenze überschreiten, ohne einen Vorrat an Tuch, Korn oder kleinen Bedarfsartikeln mitzunehmen, die sie den Mongolen zu teuren Preisen verkaufen. Während die Viehhändler kaum über die Gegenden am oberen Tsaghan muren hinausgehen, dringen die eigentlichen Krämer und Kaufleute bis zum äußersten Norden vor. Sie sind meist in Peking, Kalgan, Dolonor und den mandschurischen Städten ansässig, ziehen mit ihren Zelten im Lande herum und verweilen da, wo sie am meisten Gelegenheit haben, mit den Eingeborenen zusammenzukommen. Sie bringen Reis, Hirse, Tabak nebst Pfeifen, Opium,[1]) Tee, Zucker, Tuch, Seide, Mützen, daneben für die Wohlhabenderen auch einige wenige europäische Artikel, wie Lampen, Uhren, Gläser, Petroleum, Streichhölzer, Kerzen, Knöpfe, Tuch usw., die über Tientsin oder Niutschuang eingeführt werden und größtenteils japanische Erzeugnisse sind. Als Rückfracht nehmen die Händler gewöhnlich Salz mit, das aus den erwähnten abflußlosen Steppen-Seen gewonnen wird und einen Hauptausfuhrartikel der südlichen Gegenden bildet. Die Agenten der chinesischen Kaufhäuser endlich haben ihre Hauptfirmen fast ausnahmslos in Dolonor, dem großen, sieben Tagereisen nördlich von Peking gelegenen Handels-Zentrum der südlichen Mongolei, und in Tsitsihar in der Mandschurei. Es sind meist wohlhabende, aus der Provinz Schansi stammende Kaufleute, die Schaffelle, Rindshäute, sowie Schaf- und Ziegenwolle in großen Mengen aufkaufen und an ihre Auftraggeber zum weiteren Versand (auch in das Ausland) abliefern. Ihre großen Karawanen, denen man besonders im August und September auf den nach Dolonor führenden Straßen begegnet, zählen oft bis siebzig und achtzig Wagen. Alle diese Karawanen bringen im Frühjahr Tee von Kalgan und Dolonor nach Chailar, von wo er weiter nach Ost-Sibirien geht; die Kaufleute haben in der Regel Agenturen in Chailar, schlagen aber auch an anderen Orten in der Steppe für kürzere oder längere Zeit ihre Zelte auf, um Wolle u. a. einzukaufen Der lange und strenge Winter setzt natürlich diesem Verkehr ziemlich enge Grenzen. Im April und Mai beginnen die Händler und Karawanen nach dem Norden zu ziehen, und Ende September ist der Markt geschlossen. Die Mongolen ver-

[1]) Opium dürfte heute ausgeschlossen sein.

halten sich diesen herumziehenden chinesischen Kaufleuten gegenüber niemals feindlich, zumal sich in den weiter nach Norden gelegenen Gebieten, wo das eingeborene Element selbstbewußter ist als im Süden, die Chinesen wohlweislich bescheidener und vorsichtiger benehmen als in der Nähe der Grenze. In den Gegenden südlich vom Chalcha gol sollen allerdings den chinesischen Händlern gewisse Beschränkungen mit Bezug auf ihre Aufenthaltszeit gesetzt sein, doch werden sich ernste Einwendungen nur gegen die Absicht einer dauernden Niederlassung erheben. Ackerbau und Städtebildung sind es nun einmal, die von den Mongolen wie zwei finstere Mächte gefürchtet werden. Untrennbar damit verbunden scheint ihnen Verlust der Weideplätze, Armut und schließlicher Untergang.

Nur ein Moment gibt es, das von einer zusammenfassenden Bedeutung für den Handel und Verkehr in der Mongolei ist und vielleicht immer mehr werden wird, und das liegt seltsamerweise in der Religion des Landes. Über die weiten Steppen hin verstreut liegen zahlreiche lamaistische Klöster, große massive Steingebäude, um die herum viele Hunderte von kleinen Häusern und Jurten gebaut sind. Die Bewohner solcher religiösen Niederlassungen zählen oft nach Tausenden, und von weitem gesehen nehmen sich die letzteren fast wie Miniatur-Städte aus. Die Lamaserien sind die einzigen festen Punkte in dem großen Lande der Zeltbewohner. Ihre Gebäude sind für die Dauer berechnet, ihre Namen sind weit in den Steppen bekannt, bei ihnen treffen sich die Straßen, die die Klöster unter einander und mit den chinesischen Grenzstädten im Süden verbinden, und hier geht der größte Austausch von Waren vor sich. Alljährlich im Frühjahr und Herbst, gelegentlich der religiösen Feste, finden hier große Märkte statt, zu denen die Mongolen von weit her gezogen kommen, teilweise um ihren religiösen Bedürfnissen zu genügen, teilweise um ihr Vieh, ihre Wolle und ihre Häute zu verkaufen und ihre Bedarfsartikel an Kleidung, Korn u. a. dafür einzutauschen. Die chinesischen Händler und Kaufleute finden sich sämtlich zu diesen Messen ein; da diese nicht überall auf die gleichen Tage fallen, so ziehen sie oft von Kloster zu Kloster, treffen mit ihren alten Kunden zusammen und knüpfen neue geschäftliche Beziehungen an. Für die Klöster selbst bilden die Messen mit den Geschenken der Gläubigen und den Abgaben der Händler eine reiche Einnahmequelle, und die Priester tun alles, um ihrem Tempel sowohl den Ruf eines erfolgreichen Wallfahrtsortes, als auch eines stark besuchten Handelsplatzes zu verschaffen oder zu erhalten. Sollte die Mongolei einmal für die chinesische Einwanderung geöffnet werden, so würde vermutlich die Dörfer- und Städtebildung bei den Lamaserien ihren Anfang nehmen.

Eine Stadt oder stadtartige Ansiedlung besteht nun aber bereits in der östlichen Mongolei, nämlich der in Verbindung mit der mandschurischen Abzweigung der sibirischen Bahn neuerdings öfter erwähnte Ort Chailar,[1]) in der Nähe des gleichnamigen Flusses, 120 km

[1]) Chailar ist heute eine Station der sibirischen Eisenbahn.

von der russischen Grenze entfernt. Die Gegend gehört allerdings, wie oben gezeigt, administrativ nicht zur Mongolei, sondern zur Mandschurei, und nur diesem Umstande verdankt Chailar die Möglichkeit seines Bestehens. Der Ort ist vielleicht eines der eigenartigsten Stadtgebilde der Welt. Er liegt in der breiten Niederung des Iben gol, dicht oberhalb seiner Mündung in den breiten Chailar gol, und besteht aus einem mit einer Lehmmauer umgebenen Rechteck von 800 m Länge in der Richtung von Norden nach Süden und 200 m Breite von Osten nach Westen. Im Norden und Süden befindet sich je ein zweistöckiges Tor, im Westen und Osten sind kleinere Seitentore. Das Ganze wird von einer einzigen Straße durchzogen, die auf jeder Seite von etwa 50 in genau demselben Stiel aus Lehm gebauten Häusern eingefaßt wird. Im ganzen wohnen etwa 600 Chinesen hier, durchweg Kaufleute aus Dolonor, Tsitsihar (östlich in der Mandschurei) und der Provinz Schansi, die als Vertreter ihrer Handelshäuser, teilweise nur während der Sommermonate, hier verweilen und den Ankauf der Landesprodukte besorgen. In den Läden an der Straße legen sie zugleich die eingeführten Bedarfsartikel zum Verkauf aus und endlich übernehmen sie auch das Durchgangsgeschäft in Tee für die russischen Tee-Kaufleute in Kalgan und Dolonor. Chailar ist zugleich Sitz der kaiserlichen Verwaltungsbehörden für den westlichen Teil der Provinz Heï-lung kiang; außer dem Vize-Gouverneur wohnen eine große Anzahl untergeordneter Beamten hier, die in stattlichen Amtsgebäuden sämtlich außerhalb der „Stadt" untergebracht sind. Als Kuriosum mag noch erwähnt werden, daß kein Chinese in Chailar seine Familie hat, und daß es keine einzige chinesische Frau dort gibt.

c. Handelstraßen und Verkehrsmittel.

Von Chailar führt eine große Karawanen-Straße südwärts nach Dolonor und Kalgan; sie teilt sich bereits nach wenigen Kilometern in eine östliche, die unweit der Bergkette entlang geht, und eine westliche, die über die große Lamaserie Kandjur sumo, am Westufer des Puir nor aufwärts führt und sich später mit der ersteren wieder vereinigt. Wegen der aus der Mandschurei herüberkommenden Banditen-Banden[1]) (meistens Chinesen) ist die nähere östliche Straße augenblicklich sehr in Verruf und die westliche daher die belebtere. Außer diesen beiden trifft man aber auch noch auf eine ganze Anzahl von Wegen, die die größeren Lamaserien mit einander verbinden, oder auch hinüber über die Berge in die Mandschurei führen. Diese „Straßen" bestehen in der Regel aus einer mehr oder minder großen Anzahl von parallelen Wagenspuren, zwischen denen das Steppengras üppig emporwächst. Je nach Bedarf dehnen sie sich rechts und links über die Steppe aus, so daß sie oft eine Breite von 10—12 m erreichen. Meist sind die Wege gut und leicht passierbar; abgesehen

[1]) Die oft genannten *Hun hu-tsĕ*, d. h. „Wildbärte." Einige Zeitungen haben den Namen zu „Tungusen" und teilweise sogar zu „Tschuntschusen" verballhornt.

von den gebirgigen Teilen im Südosten führen sie in der Regel über hügeliges oder leicht gewelltes Steppenland; Schwierigkeiten im Verkehr machen nur die oben erwähnten Sandstrecken und vor allem die halbtrockenen Sümpfe, die bei nassem Wetter in weitem Bogen umgangen werden müssen. Von den Flüssen sind für gewöhnlich nur der Chalcha gol und der Chailar gol schwer zu passieren, bei Regengüssen machen sie jeden Verkehr unmöglich. Entsprechend diesen Verhältnissen sind die Transportmittel außerordentlich einfach. Sofern man die Waren nicht auf Kamele ladet — und dies geschieht in der östlichen Mongolei sehr selten —, bedient man sich leicht gebauter Karren mit zwei Rädern, deren Durchmesser mit Rücksicht auf die zu überschreitenden Flüsse bis zu 2 m beträgt. Diese Fahrzeuge, die bei den Mongolen oft ohne Zuhilfenahme eines einzigen Eisenteiles angefertigt sind, werden meist von Ochsen, selten von Pferden, zuweilen von beiden zusammen gezogen. Die chinesischen Karawanen brauchen in der günstigsten Jahreszeit, wenn sie unterwegs keinen Aufenthalt nehmen, für die Reise von Chailar nach Dolonor etwa 40 Tage.

II.

Rußland und die östliche Mongolei.

a. Die älteren russischen Handelsbeziehungen.

Diese einfachen Handelsverhältnisse zwischen zwei asiatischen Nachbarvölkern, von denen das eine sich noch gänzlich im Zustand kindlichen Nichtstuns und urwüchsiger Bedürfnislosigkeit befindet, das andere zwar mit überlegener Intelligenz und einem ungewöhnlich feinen Handels-Instinkt begabt ist, aber von seiner Regierung ohne Hilfe gelassen wird, haben sich erst unter der gegenwärtigen Dynastie in China entwickelt. Sie würden einen größeren Umfang angenommen haben, hätten nicht die Mongolen in begreiflichem Selbsterhaltungstriebe der Unternehmungslust des chinesischen Kaufmanns wie des kornbauenden Kolonisten Schranken gesetzt, die keiner von beiden Aussicht hat, in absehbarer Zeit zu überschreiten.[2]) Europäische Beteiligung an dem Handel ist wegen der geographischen Lage und der mangelhaften Aufnahmefähigkeit der in Betracht kommenden Gebiete bei den gegenwärtigen Verkehrsmitteln und politischen Verhältnissen ausgeschlossen. Die wirtschaftliche Lage der östlichen Mongolei würde also voraussichtlich auch in der Zukunft, solange die Mandschus Herren in China sind, kein anderes Bild zeigen als das, welches sie während der letzten 150 Jahre dargeboten hat, wenn nicht in neuerer Zeit ein politischer Machtfaktor anfinge, sich geltend zu machen, der zwar schon seit Jahrhunderten vorhanden, aber während all der Zeit fast ganz latent geblieben ist, der, wenn seine

[2]) Das ist schneller geschehen als damals anzunehmen war.

Wirkungskraft in gleichem Maße an Stärke zunimmt, wie in jüngster Zeit, noch einmal von umgestaltender Bedeutung auch für jene Gegenden des Fernen Ostens werden muß. Dieser Machtfaktor ist der Nachbar im Norden, das russische Riesenreich, das sich nach langer Apathie an seinen entferntesten Grenzen energisch zu regen beginnt.

Handelsbeziehungen zwischen Rußland und China von Sibirien aus haben freilich schon vor langen Zeiten bestanden. Ihre Anknüpfung geht zurück bis zum Jahre 1619, nach anderen Quellen sogar bis 1567.[1]) Von da ab bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts haben die russischen Herrscher eine ganze Anzahl von politischen sowohl wie von kommerziellen Missionen nach China entsandt, die nähere Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen und ihren Herrschern anbahnen sollten. Solange die russischen Besitzungen in Sibirien nicht weiter als bis zum Jenissei reichten, überschritten jene Gesandtschaften die Grenze in den nordwestlichen Gebieten der Mongolei, um diese dann nach Südosten hin zu durchwandern; nach der Eroberung Ost-Sibiriens aber in der Mitte des 17. Jahrhunderts wurden die neugegründeten Städte Nertschinsk und Selenginsk — in der Nähe des letzteren entstand bald die bedeutendste aller Grenzstationen, Kiachta — die Ausgangspunkte für die weiteren Missionen. Und zwar war bis 1736 der am meisten benutzte Weg von Nertschinsk über Tsuruchaitu am Argun zum Chailar-Fluß (die Kolonie Chailar war damals noch nicht vorhanden), dann über die Hing-an-Kette nach Tsitsihar und von dort durch die mandschurischen Steppen nach Südwesten zur chinesischen Hauptstadt.[2]) Alle diese russischen Handels-Missionen haben indessen niemals Ergebnisse von größerer Bedeutung zu erzielen vermocht; die letzte ward im Jahre 1754 über Kiachta geschickt, von da ab wurden alle derartigen Unternehmungen kommerzieller Art als zwecklos aufgegeben.[3])

b. Die russisch-mongolischen Handels- und Grenz-Verhältnisse von heute.

Der Gedanke, der diesen Operationen zu Grunde lag, war sowohl die Erschließung von Absatz-Gebieten für russische Erzeugnisse in China, als auch die Einfuhr der schon damals weit berühmten chinesischen Kunstgegenstände und wertvollen Landesprodukte, wie Seide und Tee, nach Rußland. Dabei sah man in den weiten Länderstrecken der Mongolei und Mandschurei naturgemäß nichts als eine riesige Wüste, die beide Reiche von einander trennte und deren Schrecken man zu überwinden hatte, um dahin zu gelangen, wo

[1]) Vergl. M. Bretschneider, *Itinéraires en Mongolie*, Französische Übersetzung von Paul Boyer im „Journal Asiatique" 1893. S. 8 ff.

[2]) Dieser Weg deckt sich in seinem ersten Teile mit dem von der mandschurischen Abzweigung der sibirischen Bahn genommenen.

[3]) Der russisch-chinesische Vertrag von 1727 (Art. 4) gestattete den Russen, alle drei Jahre eine Handels-Expedition nach Peking zu senden, und gab genaue Bestimmungen hierfür. Aber oft hat man von diesem Rechte nicht Gebrauch gemacht, und die späteren Expeditionen hatten keinerlei amtlichen Charakter mehr. Der Vertrag von 1858 (Art. 4) hob dann jene beschränkenden Bestimmungen auf.

überhaupt erst Handelsverhältnisse möglich waren. Der Gedanke, diese trennenden Ländergebiete selbst einmal in den Kreis der Unternehmungen hereinzuziehen und sie für den russischen Handel fruchtbar zu machen, ist in jenen Zeiten niemals aufgetaucht und konnte es auch kaum bei dem Zustande des asiatischen Rußlands. Diese Auffassung ist dem modernen Rußland vorbehalten geblieben. Freilich eine Grundlage auf der die kaiserliche Regierung mit ihren großartigen Plänen teilweise ansetzen und weiterbauen konnte, hat sich doch hier vorgefunden. Ganz in der Stille und ohne Aufmunterung von einer der beiden Seiten, hat sich an den fernen Grenzen von Transbaikalien und dem Amur-Gebiet ein Handelsverkehr mit Mongolen und Chinesen entwickelt, von dem man bis in die neueste Zeit im europäischen Rußland wohl kaum eine Ahnung hatte. Von Blagoweschtschensk am Amur, von Stretensk, von den wohlhabenden Dörfern am Argun und dem blühenden Städtchen Nertschinsk zavod, das das eigentliche Nertschinsk längst überflügelt hat, wandern den Sommer hindurch eine ganze Anzahl russischer Viehhändler und Kaufleute hinüber in die Steppen der Mongolei und kaufen dort Pferde, Kühe, Schafe, dann aber auch Häute, Wolle und Salz. Ihr Hauptstützpunkt ist die Kolonie Chailar, wo man beständig russische Karawanen trifft, die ihre Waren teilweise von chinesischen Agenten erhalten; indessen gehen sie auch weit in die Steppen hinein, besuchen die großen Messen an den Lamaserien und sind fast bis zum Chalcha gol hinab bekannte Gäste. Außer den genannten Waren bildet für diesen Grenzhandel noch einen sehr wichtigen Faktor der Tee, der, wie oben gezeigt, von chinesischen Kaufleuten aus Dolonor und Kalgan nach Chailar gebracht wird. Hier nehmen ihn die Russen in Empfang und bringen ihn an die sibirischen Grenzorte, von wo er weiter ins Innere geht. Auch kleinere Seiden-Sendungen kommen auf diesem Wege nach Sibirien. Dieser Durchgangs-Handel in Tee ist in neuerer Zeit immer bedeutender geworden. Er verdankt seine Blüte einem seltsamen Umstand, der bezeichnend ist für die Kenntnis, die man bis vor kurzem in Rußland über jene Verhältnisse hatte. An der gesamten Grenze von Transbaikalien nämlich (und vermutlich auch des Amur-Gebiets) herrscht absoluter Freihandel. Zölle, Grenz-Kontrolle, Paß-Legitimation usw. sind sämtlich unbekannte Dinge dort; anscheinend haben selbst die sibirischen Gouvernements niemals vermutet, daß in jenen Gegenden Verhältnisse herrschten, die eine Zoll-Regelung nötig oder möglich machten.[1]) Die russischen Kaufleute machen sich diese idyllischen Zustände nach Kräften zunutze, zumal sie nicht mehr allzulange bestehen bleiben dürften.[2]) Da die Waren erst vom West-Ufer des Baikal-Sees ab zollpflichtig werden und die von Kiachta kommenden Güter an der Angara sämtlich verzollt werden müssen, so können natürlich die über Chailar eingeführten Rohprodukte aus

[1]) Vergl. oben S. 225 Anm.

[2]) Mit dem Bau der Eisenbahn dürften sie im wesentlichen ihr Ende gefunden haben.

der Mongolei, sowie Tee und Seide in Ost-Sibirien um ein gutes Teil billiger verkauft werden als im Westen.[1])

Falls die Angabe eines freilich nicht immer zuverlässigen russischen Reisenden,[2]) der Chailar im Jahre 1873 besuchte, wahr sein sollte, daß russische Kaufleute damals keinen Zutritt in die östliche Mongolei gehabt hätten, so würden sich die Verhältnisse allerdings seitdem bedeutend geändert haben; jetzt gehen Tag für Tag große russische Karawanen bis zu 25 und 30 Wagen von Staro und Nowo Tsuruchaitu am Argun nach Chailar und umgekehrt. Ihre kleinen vierräderigen Wagen mit gut gehaltenen Pferden und solidem Ledergeschirr stechen in sehr vorteilhafter Weise von den rohen mongolischen Karren ab. Die Russen am Argun sprechen sämtlich mongolisch, auch mit den chinesischen Agenten, und verkehren in freundschaftlicher Weise mit ihren eingeborenen Geschäftsfreunden. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen in Sibirien ist dieser Grenzhandel bisher allerdings ein ganz einseitiger geblieben. Die Wagen, mit denen die Russen nach Chailar kommen, sind ausnahmslos leer; das ganze Geschäft am Argun und Amur besteht in der Einfuhr nach Sibirien, russische Ausfuhr-Artikel können nicht auf den Markt kommen, weil keine vorhanden sind, oder nur zu Preisen, die ihren Absatz unmöglich machen. Sie würden es nicht einmal mit den ganz minderwertigen japanischen Erzeugnissen aufnehmen können, wie sie zu teueren Preisen in Tsitsihar verkauft werden.[3])

b. Der beabsichtigte und voraussichtliche Einfluß der sibirischen Eisenbahn auf die russischen Beziehungen zur östlichen Mongolei und zur Mandschurei.

Eine gänzliche Neugestaltung dieses russisch-mandschurischen Handels hofft man nun aber durch jenes gewaltige Unternehmen mit zu bewirken, von dem Rußland sich die Erschließung einer neuen Welt verspricht, durch den Bau der sibirischen Bahn mit ihrer mandschurischen Verzweigung. Der Gedanke, von dem die russische Regierung in Bezug auf diesen Punkt geleitet wird, ist vor allem: Schaffung eines großen Absatz-Gebietes für russische Waren im unmittelbaren Anschluß an die eigenen Landes-Grenzen. Und zwar handelt es sich dabei um ein Gebiet, das infolge seiner Abgelegenheit — und aus anderen Gründen — bisher in seinen südlichen Teilen

---

[1]) Bei dem Aufenthalte in den ostsibirischen Städten machte ich die Erfahrung, daß man selbst in Tschita, Werchne-Udinsk usw. von dieser östlichen Tee-Straße nichts wußte. Man glaubte meist, über Kiachta eingeführten Tee zu trinken, und die Angabe, daß hier der Tee vom Osten und nicht vom Westen käme, schien allenthalben sehr befremdlich. Der Unterschied der Preise in Tschita und Irkutsk war aber ein deutlicher Kommentar.

[2]) Der Astronom Fritsche. Ein Vortrag von ihm über seine Reise ist im Auszuge mitgeteilt in den „Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" 1874 Nr. 1 S. 27 ff.

[3]) Wie aus dem Buche des Handelssachverständigen bei dem Kaiserl. Deutschen General-Konsulate in Petersburg, O. Goebel, *Volkswirtschaft des Ostbaikalischen Sibiriens ums Jahr 1909*, S. 191 hervorgeht, haben sich diese Verhältnisse inzwischen nicht geändert.

wenig, in seinen nördlichen garnicht von dem europäischen Einfuhr-Handel aufgesucht werden konnte. Wie es um diese Verhältnisse in der östlichen Mongolei steht, ist oben gezeigt worden; was es in der Mandschurei an europäischen Waren gibt, ist das verhältnismäßig Wenige, das über die Vertragshäfen Niutschuang und in neuerer Zeit auch über Tientsin eingeführt wird. Aus Europa und Amerika stammende Waren werden kaum weiter als bis Kirin absatzfähig sein, was darüber hinaus bis Tsitsihar geht, ist teures und schlechtes japanisches Gut. Diese von Süden her kommende Einfuhr hofft man nun russischerseits allmählich hinausdrängen zu können, um dann in den ganzen Gebieten für den russischen Handel ein Monopol herzustellen, gegen das nach Fertigstellung der Bahn ein wirksamer Wettbewerb höchstens noch in solchen Artikeln möglich ist, die Rußland überhaupt nicht, oder noch nicht erzeugt. Daneben sollen natürlich auch die Steppen der östlichen Mongolei weiterhin als Märkte für billige Rohprodukte ausgenutzt werden, und besonders an der Salz-Gewinnung scheint man ein lebhaftes Interesse zu haben.

Freilich allzuschnell wird es mit der Verwirklichung dieses ganzen Programms nicht gehen. Um eine russische Einfuhr in großem Stile zu schaffen, dazu bedarf es einer erheblichen Steigerung der Aufnahmefähigkeit der weiten, dünnbevölkerten Länderstrecken der nördlichen Mandschurei und östlichen Mongolei. Daß mit den Mongolen und den ihnen eng verwandten Mandschus ein Handel nur in sehr beschränktem Maße möglich ist, erhellt aus dem früher Gesagten. Für die kommerzielle Fruchtbarmachung der von der Natur zum Teil so reich bedachten Länder ist ein anderes Element durchaus notwendig, das bisher in der östlichen Mongolei noch nicht vorhanden ist, nämlich das chinesische und zwar das ansässige chinesische. Von der Freigabe der chinesischen Einwanderung in die östliche Mongolei und das Chailar-Gebiet allein wird es abhängen, ob der russische Einfuhrhandel dort entwicklungsfähig ist oder nicht. Daß die Kaufleute und Bauern aus den nordchinesischen Provinzen sehr lüstern nach dem fruchtbaren Lande sind, ist oben erwähnt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, falls die Erlaubnis dazu gegeben würde, sich sehr bald ein Strom von Einwanderern durch die breiten Täler im Süden über die Prairien ergießen würde; bei dem guten Boden und dem guten Klima, dessen Härten im Winter durch die Besiedelung gemildert werden würden, könnte der Ackerbau aufblühen, Dörfer und Städte würden entstehen, und der rastlose Erwerbsinn der Chinesen dürfte rasch genug die verknüpfenden Fäden des Handels zwischen dem neuen Kolonial-Gebiete und den durch die Bahn erschlossenen Märkten von Süd-Sibirien spinnen, zumal dem Versand von Waren sich hier weniger Schwierigkeiten entgegenstellen als in den meisten anderen Teilen des chinesischen Reiches. Was die chinesische Einwanderung für ein fruchtbares, aber dünn bevölkertes Land bedeutet, zeigt die benachbarte Mandschurei. Obwohl die Ansiedelung von Chinesen in den nördlichen Teilen keinerlei Aufmunterung erfährt, im Gegenteil durch Beschränkungen stark gehemmt wird, sind volkreiche Handels-Städte dort entstanden, während im Süden das

ganze Aussehen des Landes das einer chinesischen Innenprovinz geworden ist, so daß hier selbst das zivile Verwaltung-System Chinas neben der militärischen Organisation der Mandschus Platz gefunden hat. Die Tschili- und Schansi-Kaufleute in Chailar sehen dem Bau der Eisenbahn mit großen Erwartungen und vielleicht mit aufrichtigerer Freude entgegen, als manche ihrer russischen Kollegen in Sibirien. Es wird offen ausgesprochen, daß es doch der europäischen, d. h. russischen Vermittelung gelingen möge, die chinesische Regierung zu einer Eröffnung der östlichen Mongolei zu bewegen. Ob man sich in Rußland dessen bewußt ist, was von der Beseitigung der Hindernisse für die Einwanderung in die Mandschurei und von der Aufhebung des Einwanderungs-Verbots mit Bezug auf die östliche Mongolei für die Entwicklung des Handels und die Zukunft der Bahn abhängt, scheint zweifelhaft. Wußte man doch bislang nicht einmal, daß im Chailar-Gebiet kein Ackerbau getrieben wird und keine Einwanderung stattfindet. Leicht zu lösen wird diese Frage der Einwanderung bei den oben geschilderten Beziehungen der Mongolen zu den Chinesen allerdings nicht sein, und es würde eines sehr starken Druckes bedürfen, um die chinesische Regierung zu einer Vergewaltigung ihrer loyalsten Untertanen zu bewegen. Daß die Eröffnung ihres Landes für die Mongolen Aufgeben ihrer bisherigen Lebensweise oder Untergang bedeutet, fühlen diese instinktiv; ohne schwere Verwicklungen würde daher die Ansiedelung der Chinesen nicht vor sich gehen, wenngleich zu einem Verzweiflungskampfe gegen das mandschurische Kaiserhaus, dem die russischen Kosaken zu Hilfe kommen dürften, die Mongolen kaum noch Energie und Kraft genug behalten haben.

Neben der Aufnahme-Fähigkeit der berührten chinesischen Länderstrecken steht als zweites bedingendes Grundmoment für die kommerzielle Zukunft der großen Bahn auf der andern Seite die Produktionsfähigkeit Sibiriens. Daß es hiermit aber noch außerordentlich schwach bestellt, daß Sibirien vorläufig nicht einmal imstande ist, seine eigenen geringen Bedürfnisse zu decken, geschweige denn für die Ausfuhr zu arbeiten, ist bekannt.

Diese beiden Gesichtspunkte der schaffenden und der aufnehmenden Kraft ergeben im allgemeinen bereits die Antwort auf die Frage der Bedeutung der sibirischen Bahn für die russisch-chinesischen Handelsbeziehungen. Bedingt wird diese Antwort allerdings noch durch den anderweitigen Einfluß, den die Bahn in der Mandschurei und Mongolei ausüben wird, sowie durch gewisse andere günstige Umstände, die dem russischen Handel allein zur Hand sind. Daß die russischen Kaufleute ihre Waren billiger in die genannten Länder bringen können als andere, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft; wohl aber können sie schneller und bequemer damit auf den fremden Markt gelangen. Dazu kommt das vorzügliche Anpassungstalent dieser Kaufleute oder ihrer Agenten, durch das sie jeden West-Europäer weit übertreffen. Sie werden an allen Haupthandelsplätzen Warenlager eröffnen, die Sprache der Eingeborenen rasch erlernen und mit ihnen leben und umgehen wie mit ihresgleichen. Wie in den Grenzländern Indiens die Rupie,

so wird in der Mandschurei die russische Währung Kurs bekommen, die außerordentlich tätige Russisch-Chinesische Bank wird sich bald in den größeren Handelsplätzen niederlassen, und die einheimischen Chinesen werden sich dieser Neueinrichtungen willig bedienen. Auf diese Weise wird in gewissem Maße die Mandschurei ebenso russifiziert werden, wie die Chinesen sie chinesisch gemacht haben, und wie die letzteren es gern mit der östlichen Mongolei tun würden, wenn sie dürften. Die chinesisch-mongolisch-russischen Elemente werden sich sehr gut einander anpassen; die russischen Kaufleute am Argun, die mit ihren blonden Haaren und blauen Augen eine ganz andere Rasse zu sein scheinen wie die Bewohner der Städte von Ost-Sibirien, die, freilich nur wenigen, handeltreibenden Burjäten-Mongolen und die zahlreichen chinesischen Händler in den Dörfern und Flecken zwischen Argun und Schilka, sowie in den ostsibirischen Städten, die sich russisch kleiden, russisch sprechen und zum Teil mit Russinnen verheiratet sind, werden die besten Pioniere und Träger des russischen Einflusses sein. Die Ausbeutung der mineralreichen Gebirge durch russische Gesellschaften wird auch nur eine Frage der Zeit sein. Was die chinesische Regierung und ihre Behörden zu dieser gemächlichen Eroberung des Stammlandes der Dynastie sagen mögen, wird den Russen wenig Sorge machen; sie werden von der Mandschurei Besitz ergreifen mit oder ohne amtliche Zustimmung, mit oder ohne schriftliche Verträge. Der Kaufmann wird sich mit orientalischer Gleichmütigkeit in die ihm nur zu verständlichen Amtsgewohnheiten der kleinen und großen chinesischen Würdenträger zu schicken verstehen, er wird weniger rechthaberisch und weniger anmaßend auftreten als der West-Europäer, aber dafür wird auch kein chinesischer Beamter ihm ernste Schwierigkeiten zu machen wagen, besonders wenn an der Eisenbahn Kosaken-Abteilungen stationiert sind, und an den größeren Handelsplätzen gemischte Gerichtshöfe eingesetzt werden. Russen und Chinesen kennen einander und diese Bekanntschaft wird die Beilegung aller Schwierigkeiten wesentlich erleichtern.[1])

[1]) Bis zum Jahre 1904 hat die Entwicklung in der Tat den Gang genommen, der hier vorgezeichnet war. Seitdem haben sich die Dinge geändert. Das Russentum hat in dem Vordringen Japans eine Schranke gefunden, dadurch ist auch der Einfluß der sibirischen und mandschurischen oder „ostchinesischen" Bahn wesentlich beeinträchtigt worden, und vieles von dem oben Gesagten wird man heute statt auf die Russen auf die Japaner anwenden können. Gleichzeitig aber hat sich auch China ermannt und versucht mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln seine Herrschaft in den mandschurischen und mongolischen Gebieten zu sichern. Vor allem bedient es sich dabei der oft bewährten Ansiedelung großer Mengen von Auswanderern aus den nördlichen Innenprovinzen, sowohl in der östlichen Mongolei, wie in der nördlichen Mandschurei, denen dann die chinesische Verwaltung folgen soll. Nach dem jüngsten russisch-japanischen Mandschurei-Vertrage (s. oben S. 157 Anm. 1 und S. 227) scheint die chinesische Einwanderung mit verstärkter Kraft betrieben zu werden. Die chinesischen Bauern sind das beste kolonisatorische Material, das auf der Erde zu finden ist; das fühlen die Russen in Ost-Sibirien und dem Amur-Gebiet ebenso wie die Japaner in Korea und Formosa. Beide sehen mit Sorge auf die wachsende Bedeutung dieser Kolonisten und sind doch nicht imstande, ohne ihre Dienste vorwärts zu kommen. Eine

IV.

Die sibirische Bahn und der europäische Handel mit China.

Der westeuropäische und der amerikanische Kaufmann werden sich also darauf gefaßt machen müssen, daß die mandschurischen Provinzen und die östliche Mongolei nach Vollendung der sibirischen Bahn als Absatz-Gebiete für ihre Waren verloren gehen, aber das ist auch alles, was sie Nachteiliges von der Bahn zu fürchten haben. Daß diese den fremden Handel mit dem eigentlichen China beeinflussen könnte, ist für absehbare Zeiten ausgeschlossen. Solange die russische Industrie nicht ebenso billig und gut arbeiten kann wie die deutsche, belgische, englische und amerikanische, kommt die Bahn für Massengüter als Mitbewerberin gegen den Seeverkehr überhaupt nicht in Betracht. Selbst wenn aber dieser — vorläufig noch sehr unwahrscheinliche — Fall einmal eintreten sollte, so wird der große Unterschied zwischen der Land- und Seefracht immer ein unüberwindliches Hindernis für die Wettbewerbs-Fähigkeit der Bahn bleiben. Es ist eine hierfür sehr lehrreiche Tatsache, daß in Amerika bis auf den heutigen Tag, trotz der außerordentlichen Entwicklung der transkontinentalen Bahnen in den Vereinigten Staaten, für den Versand gewöhnlicher Güter von der Ostküste nach Kalifornien und umgekehrt der Seeweg um Kap Horn herum der Billigkeit wegen vorgezogen wird. Was die teuren, eine hohe Fracht am ehesten vertragenden Güter, also vor allem Tee und Seide, betrifft, so kann natürlich nur deren Ausfuhr nach Rußland selbst in Betracht kommen. Und auch hier ist es, soweit es sich nicht um die für Sibirien bestimmten Waren handelt, sehr zweifelhaft, ob der Tee-Kaufmann in Futschou und Hankou, oder der Seiden-Händler in Schanghai seine Waren erst mit dem Dampfer nach Wladiwostok oder wo immer die mandschurische Bahn enden mag, verfrachtet, dann umladet und mit der Bahn durch den asiatischen Kontinent schickt, oder ob er sie direkt nach Odessa verschifft. Der Unterschied in der Schnelligkeit der Beförderung ist nicht so wichtig und nicht so groß, daß er die kostspielige Umladung und die so viel höhere Bahnfracht rechtfertigen könnte. Hier müßten schon Zoll-Erleichterungen für die mit der Bahn eingeführten Waren nachhelfen. Es scheint sogar noch sehr

---

wichtige Aufgabe für die chinesische Regierung wird es nun aber sein, wie aus den obigen Ausführungen hervorgeht, die Mongolen mit der neuen Lage der Dinge zu versöhnen und ihre Anhänglichkeit nicht zu verlieren. Sie bemüht sich, dies zu erreichen, indem sie ihnen ein weit größeres Maß von Fürsorge zuteil werden läßt als bisher. Schulbildung wird eingeführt, die Aufklärung gefördert, Interesse für Ackerbau, Handel und Gewerbe geweckt und die Rechtspflege den Chinesen gegenüber verbessert. (Vergl. oben S. 129 f.). Ob und inwieweit dadurch das angestrebte Ziel erreicht werden wird, läßt sich noch nicht beurteilen; die mongolische Frage wird aber eine zunehmende Wichtigkeit erhalten, denn auch die Russen bleiben inzwischen nicht müßig. Natürlich ist auch der europäische und vor allem der amerikanische Handel, der in der Mandschurei ein großes Feld vor sich sieht, ein Moment, das bei der künftigen Entwicklung in Rechnung zu stellen sein wird, wie das Verhalten Amerikas und der englischen Kaufmannschaft in China während der jüngsten Zeit gezeigt hat.

zweifelhaft — und in unterrichteten russischen Kreisen teilt man diese Zweifel —, ob die Bahn auch nur imstande sein wird, die bisherige große Tee-Straße Tientsin-Kalgan-Kiachta außer Kurs zu setzen. Die Entfernung bis Irkutsk ist hier so bedeutend kürzer als durch die Mandschurei, daß die Bahnfrachten schon sehr niedrig sein müßten, um den Transport-Kosten der Mongolen das Gleichgewicht zu halten.[1])

Die kommerzielle Aufgabe der sibirischen Bahn wird also vielmehr darin bestehen, neue Handels- und Einfluß-Gebiete zu schaffen, als schon erschlossene zu erobern; vor allem wird sie das asiatische Rußland selbst erst zu eröffnen und produktionsfähig zu machen haben. Der chinesisch-europäische Handel wird nach wie vor seine eigenen Bahnen gehen, unberührt durch die große nordische Verkehrslinie, dafür aber wird diese der russischen Tatkraft und Organisations-Fähigkeit Aufgaben stellen, die Generationen beschäftigen können und von denen die Entwicklung des russisch-chinesischen Handels nur ein kleiner Teil ist. Sie wird die Trägerin werden für russischen Einfluß und russische Macht in den fruchtbaren Küstenländern des chinesischen Reiches, in ihr wird sich die plötzlich und energisch in die Erscheinung getretene Ausdehnungskraft des europäisch-asiatischen Riesenstaates verkörpern. Die Wirkungen dieses neuen Kultur-Elements auf zwei von einander gänzlich verschiedene Völkerschaften und auf ihre gegenseitigen Beziehungen werden ein interessanter geschichtlicher Vorgang für eine lange Zukunft sein.

---

[1]) Die sibirische Bahn hat in der Tat dem Waren-Verkehr zur See nach Ostasien keinen Abbruch getan, ja sogar der Personen-Verkehr ist infolge seiner gewaltigen Steigerung unberührt davon geblieben. Dagegen hat sie den Tee-Handel über Kiachta doch nahezu vernichtet. Nach Goebel, *Volkswirtschaft des Ostbaikalischen Sibiriens* S. 42 wurden im Jahre 1907 nur noch 2,1 Mill. Klgr. Tee über Kiachta geschickt gegen 25 Mill. um 1895. Die im Bau begriffene Eisenbahn-Linie Peking-Kalgan-Kiachta muß eine weitere große Bedeutung für den Gesamt-Verkehr erlangen, und die alte Karawanen-Straße wird völlig verschwinden, soweit dies jetzt, nach Fertigstellung der Bahn bis Kalgan, noch nicht geschehen ist.

Tibet.

(Kölnische Zeitung vom 14. Dezember 1903.)

Das geheimnisvolle Hochland von Inner-Asien, das in Europa unter dem Namen Tibet bekannt ist, und das bisher in erster Linie für den Geographen und Forschungsreisenden von besonderem Interesse war, scheint, nach gewissen Anzeichen zu schließen, auch in der großen Politik wieder einmal eine Rolle spielen und demnächst einen neuen Schauplatz abgeben zu sollen für den versteckten, aber erbitterten Kampf zwischen Rußland und England, den beiden mächtigen Rivalen in Asien. Um die in Aussicht stehenden Ereignisse würdigen zu können, wird es notwendig sein, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte, die Verfassung und die auswärtigen Beziehungen dieses seltsamen Landes zu werfen.[1])

Das heutige Tibet, d. h. das Land zwischen den Bergketten des K'un-lun und dem Kukunor im Norden, den chinesischen Provinzen Ssĕtschuan und Yünnan im Osten, Assam und den indischen Grenzstaaten Bhutan, Sikkim, Nepal, Garhwal im Süden und Kaschmir im Westen, bildet nur einen Teil des großen Landes der Tanguten, dessen wilde, kriegerische Stämme den Chinesen schon in der halbmythischen Zeit des 2. Jahrtausends v. Chr. unter den verschiedensten Namen bekannt waren, und mit denen sie viele Jahrhunderte hindurch die erbittertsten Kämpfe geführt haben.[2]) Die ersten Elemente einer höheren

---

[1]) Denen, die sich näher über die älteren Beziehungen Tibets zu China oder über den Lamaismus und seine Geschichte unterrichten wollen, seien aus der reichhaltigen Literatur folgende Arbeiten als die knappsten, klarsten und zuverlässigsten empfohlen: W. W. Rockhill, *The Dalai Lamas of Lhasa and their relations with the Manchu Emperors of China 1644—1908.* In „T'oung Pao" Bd. XI S. 1 ff. A. Grünwedel, *Mythologie des Buddhismus in Tibet und der Mongolei* (Leipzig 1900). Ders., *Der Lamaismus,* in „Kultur der Gegenwart", Teil I Abt. III[1] S. 136 ff, B. Laufer, *Die Bru-ža-Sprache und die historische Stellung der Padmasambhava* in „T'oung Pao" Bd. IX S. 1 ff. Mit Vorsicht zu benutzen ist die neuere Literatur der Tibet-Reisenden. Unsere „Tibet-Forscher" mögen ausgezeichnete Geographen sein, zu einer Beurteilung der tibetischen Kultur sind sie aber bei dem Mangel an geschichtlicher und sprachlicher Vorbildung in der Regel nicht berufen.

[2]) Die Tanguten haben zeitweilig, im 7. bis 11. Jahrhundert, große Teile der chinesischen Provinzen Kansu, Ssĕtschuan und Yünnan in ihrem Besitz gehabt, und vom 11. bis 13. Jahrhundert bestand sogar eine tangutische Dynastie unter der

Kultur sind offenbar von Kaschmir aus zugleich mit dem Buddhismus in das Land gekommen, und Srong-tsan-gam-po, der erste historisch bekannte König von Tibet, der im 7. Jahrhundert n. Chr. regierte, leitete seinen Stammbaum von Buddha's eigenem Geschlechte her. Seine Nachkommen sind Jahrhunderte hindurch die Herrscher von Tibet gewesen; indessen begann schon frühzeitig der buddhistische Klerus seinen Einfluß auf die weltliche Macht geltend zu machen, und vom 11. Jahrhundert ab ging die tatsächliche Herrschaft im Lande völlig in die Hände der Priesterschaft mehrerer lamaistischer Sekten, namentlich der Sa-skya und der Brug-pa über. Von der roten Farbe der Gewänder, die diese älteren tibetischen Mönche trugen, erhielt ihre Organisation die Bezeichnung „rote Kirche". Die zunehmende Verweltlichung und Sittenlosigkeit der Priester aber führte im 15. Jahrhundert zu einer Revolution und Reformation. Der berühmte Reformator Tsong-kha-pa predigte mit Eifer und Erfolg die Rückkehr zu der Einfachheit und Sittenstrenge des ursprünglichen Buddhismus, die Macht der „roten Kirche" verlor ihren Halt im Volke, und die neue oder „gelbe Kirche" (von den gelben Gewändern) trat an ihre Stelle. Tsong-kha-pa hinterließ, der einheimischen Überlieferung zufolge, zwei Schüler, mit der Bestimmung, daß sie, als der fleischgewordene Ausdruck zweier Bodhisattvas, nach ihrem körperlichen Tode immer und immer wieder geboren werden sollten. Diese beiden Schüler hießen Ge-dun-grub und Gyal-tshab-rdsche, ihre „Wiedergeburten" aber führen die jetzt oft genannten Titel Dalai Lama und Ta-schi Lama oder auch Pantschen Erdeni Lama, [1]) und diese beiden Kirchenfürsten regieren in Tibet bis auf den heutigen Tag. Schon der zweite Dalai Lama legte den Grund zu der noch heute bestehenden lamaistischen Hierarchie, er verlegte seinen Sitz nach der Stadt Lha-sa (d. h. „Götterland") auf den Berg Potala und wußte nach und nach die weltliche Herrschaft wieder in seine Hände zu bringen. Seine Nachfolger setzten das Bestreben fort, und am Ende des 17. Jahrhunderts war der Dalai Lama der unbestrittene Herrscher von Tibet. Die Nachkommen der alten Könige wurden zu Schattengestalten, und heute sind sie, soweit sie noch existieren, nicht viel mehr als Dorfschulzen. (Einer von ihnen „residiert" in dem bekannten Handelsplatze Ta-tsien-lu an der Grenze von Ssětschuan und Tibet. Der Pantschen Erdeni Lama, der politisch ganz in den Hintergrund ge-

---

chinesischen Bezeichnung *Si Hia* in der Gegend des heutigen Ning-hia fu in Kansu. Näheres hierüber findet man in den Arbeiten von S. W. Bushell, *Early History of Tibet from Chinese Sources* im „Journal of the Royal Asiatic Society" Bd. XII S. 435 ff. (eine Übersetzung aus den Annalen der T'ang-Dynastie) und *The Hsi Hsia Dynasty of Tangut, their Money and Peculiar Script* im „Journal of the China Branch of the Royal Asiatic Society" Bd. XXX S. 142 ff.

[1]) Dalai Lama ist in seiner ersten Hälfte mongolisch und bedeutet: „der ozeangleiche, d. h. gewaltige Lama" (*bla-ma* ist der „Obere"). Der Ta-schi Lama hat seinen Namen von dem Kloster Ta-schi-lhum-po (s. oben), und Pantschen Erdeni Lama endlich ist eine Zusammensetzung aus drei Sprachen: dem indischen *pandita* „der Gelehrte", dem tibetischen *tschhen-po* „groß" und dem mongolischen *erdeni* „Kostbarkeit".

treten ist, gilt für die Tibeter als der Bewahrer der reinen Lehre und als geistiger Herrscher. Er residiert in dem Kloster Ta-schi-lhum-po (d. h. „Berg des herrlichen Segens") bei der Stadt Schigatse[1]) acht Tagereisen westlich von Lha-sa.

Das erste Eingreifen Chinas in die politischen Verhältnisse von Tibet begann unter der Ming-Dynastie im 15. Jahrhundert gelegentlich der von Tsong-kha-pa hervorgerufenen Bewegung gegen die „rote Kirche".[2]) Während die letztere sich eng an die bis zum Jahre 1341 in Peking regierende Mongolen-Dynastie auch noch nach deren Sturze angeschlossen hatte, begünstigten die Ming-Kaiser ausgesprochenerweise die neue „gelbe Kirche" in der Absicht, dadurch politischen Einfluß über das Land zu gewinnen. Erreicht wurde aber diese Absicht nicht oder nur sehr unvollkommen. Dagegen griffen einzelne mongolische Fürsten im 16. und 17. Jahrhundert, wo das Interesse der verfallenden Ming-Dynastie für die Länder im Norden und Westen ganz zurückgegangen war, in weit wirkungsvollerer Weise in die tibetischen Verhältnisse ein und brachten so das Land, ohne ihre Absicht, völlig unter die Herrschaft Chinas. Die weltliche Macht des Dalai Lama wurde hauptsächlich durch die Unterstützung des Guschi Khan, eines Fürsten der Khoschoten-(Kalmücken)Mongolen im Kukunor-Gebiet begründet, und im Jahre 1642 schickte dieser gemeinsam mit dem Dalai Lama und dem Pantschen Erdeni Lama eine Gesandtschaft an die damals auf dem Wege zur Macht befindlichen Mandschus, um von der kommenden Dynastie den Schutz der Kirche gegen ihre Feinde zu erbitten. Von dieser Zeit an, d. h. zwei Jahre vor dem Sturze der Ming-Dynastie, datiert die Schutzherrschaft der Mandschus über Tibet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einerseits der lamaistische Klerus von Tibet die Hoffnung hegte, die Mandschus ebenso zu Anhängern der Kirche zu machen, wie einst die mongolische Yuan-Dynastie, und sich dann ihrer Macht für die eigenen Zwecke zu bedienen, und daß anderseits die neue mandschurische Dynastie den Einfluß des Klerus dazu benutzen wollte, die ihm ergebenen mongolischen Stämme im Zaume zu halten. Die Berechnungen der Lamas sind aber an der Einsicht und Tatkraft der ersten Mandschu-Kaiser zuschanden geworden. Schon sehr bald sollte das Schutzverhältnis eine festere Form erhalten. Im Jahre 1694 hatte der unter dem Dalai Lama die Geschäfte führende einheimische „Reichsverweser" vom chinesischen Kaiser den Titel „Fürst von Tibet" erhalten. Die tsungari-

[1]) So lautet der Name auf unseren Karten. Genau geschrieben wird er *g*Schis-ka-*r*tse („die vier Säulen-Kapitäle").

[2]) Natürlich haben vorher auch schon politische Beziehungen zwischen China und Tibet bestanden. Schon im Jahre 641 wurde eine chinesische Prinzessin an den König Srong-tsan-gam-po verheiratet. Die Äbte der Sa-skya-Sekte erhielten ihre weltliche Macht im Lande durch die Unterstützung von Kublai Khan, dem Herrscher über China und das Weltreich der Mongolen, und wurden so im 13. Jahrhundert zu Vasallen der Yuan-Dynastie. Aber eine eigentlich chinesische systematische Politik begann erst mit der Ming-Dynastie. Eine ganze Darstellung dieser Politik der Ming-Kaiser findet sich in dem großen klassischen Werke von Köppen, *Die lamaische Hierarchie und Kirche* S. 106 ff.

schen Stämme nördlich von Tibet in dem (jetzt teilweise zu Rußland gehörigen) Ili-Gebiet sahen sich durch diesen Zustand anscheinend in ihren Rechten gekränkt, sie fielen in Tibet ein und waren auf dem besten Wege, den neuen Fürsten samt dem Dalai Lama zu beseitigen. Der große K'ang-Hi sah indessen diesem Angriff auf seinen Vasallen nicht ruhig zu, er sandte ein mächtiges Heer nach Tibet und verjagte die tsungarischen Scharen aus dem Lande. Tibet selbst aber — dieser Punkt ist sehr wichtig — ward als erobertes Gebiet angesehen, die siegreiche Armee blieb im Lande, und die Regierung wurde von nun ab durch einheimische, aber vom chinesischen Kaiser ernannte Regenten, meist einheimischen Prinzen, geführt. Eine Verschwörung unter den letzteren im Jahre 1725 wurde die Veranlassung, daß zwei kaiserliche Kommissare ernannt wurden, unter deren Leitung sich die Regierung des Landes vollzog. Infolge von weiteren Intriguen im Jahre 1750 aber wurde der letzte Rest der einheimischen weltlichen Regierung in Tibet von China beseitigt. Die gesamte Herrschaft über das Land ward in die Hände des Dalai Lama und des Pantschen Erdeni Lama gelegt; ihnen zur Seite sollte ein aus vier Nicht-Klerikern zusammengesetzter Staatsrat stehen, dessen Mitglieder den Titel Kalon oder Schape, etwa „Minister" haben. Die Oberleitung über die Regierung und die Ernennung der Mitglieder des Staatsrats wurde zwei kaiserlichen Kommissaren (Amban) zugewiesen, die die Regierung in Peking ernannte. Diese Einrichtungen sind die Grundlage für die Verfassung von Tibet bis heute geblieben. Aus der Entwicklung geht klar hervor, daß Tibet nicht, wie man immer angegeben findet, ein Schutz- oder Vasallen-Staat von China ist, vielmehr bildet das Land — wie von China mit Recht stets behauptet ist und wird — ebenso wie Ili und Turkistan einen Teil des chinesischen Reichsgebiets, der zwar als „Außenland" gilt, aber durchaus unter chinesischer Verwaltung steht.

Unter dieser letztern ist das Land in vier Provinzen geteilt, nämlich im Osten Vorder-Tibet oder Kham, Mittel-Tibet mit der Hauptstadt Lha-sa, Hinter-Tibet mit Schigatse und Ngari an der Grenze von Nepal und Kaschmir. Diese Provinzen zerfallen wieder in eine große Anzahl kleinerer Distrikte. Die Leitung der Regierung liegt, wie bemerkt, in den Händen der beiden kaiserlichen Kommissare (Amban), von denen jetzt aber der eine dem andern untergeordnet ist. Diese Kommissare sind stets höhere Mandschu-Offiziere;[1]) auf ihren Vorschlag erfolgt die Ernennung der einheimischen höheren Zivil- und Militär-Beamten, insbesondere der vier Staatsrats-Mitglieder, sowie die der hierarchischen Würdenträger. Zugleich haben sie den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte des Landes, und zwar chinesische wie tibetische. Die amtlichen chinesischen Satzungen führen an chinesischen Truppen weniger als 2000 Mann auf, an einheimischen dagegen 64 000. Wie viel von den letzteren wirklich vorhanden sind, und welchen Wert sie haben, entzieht sich natürlich

[1]) Das trifft jetzt nicht mehr zu (s. unten).

völlig dem europäischen Urteil;[1]) die Bewaffnung soll höchst mangelhaft, die Reiterei aber sehr gewandt und bei der natürlichen Beschaffenheit des Landes nicht ungefährlich sein. Jedenfalls haben europäische Reisende mit den berittenen tangutischen Räuberbanden üble Erfahrungen gemacht. Die Wahl eines neuen Dalai Lama oder Pantschen Erdeni Lama vollzieht sich nach genauen im Jahre 1792 vom Kaiser K'ien-Lung erlassenen Vorschriften. Da die Neugewählten als „wiedergeborene" natürlich immer Säuglinge sein müssen, so sind die beiden Potentaten viele Jahre hindurch nichts als willenlose Werkzeuge in den Händen derer, die sie beherrschen; dazu kommt, daß diese letzteren, wie die Erfahrung gezeigt hat, dem jungen Dalai Lama oft eine so vortreffliche Pflege angedeihen lassen, daß er, bevor er das Alter selbständigen Denkens erreicht hat, es vorzieht, „in die Vollendung der Ruhe einzugehen" (wie der feststehende Ausdruck lautet), um dann als Säugling wieder zu erscheinen und sein friedvolles Dasein von neuem zu beginnen. Während es aber früher der kaiserliche Kommissar, d. h. die chinesische Regierung war, die dem Dalai Lama ihren Willen eingab, ist mit der zunehmenden Schwäche der Mandschu-Dynastie eine Koterie von einheimischen buddhistischen Würdenträgern an deren Stelle getreten, und diese scheint in neuester Zeit tatsächlich allein über die Geschicke von Tibet zu bestimmen, wobei sie allerdings oftmals mit den Vertretern der Regierung in Peking Hand in Hand gehen dürfte. Diese Einmütigkeit bezieht sich besonders auf das System strengster Abschließung gegenüber Europa.

Der okzidentale Staat, der naturgemäß zuerst mit Tibet in Berührung treten mußte, war England als Schutzmacht von Indien. Warren Hastings, der erste General-Gouverneur von Indien, faßte im Jahre 1774 den Entschluß, zwischen diesem Lande und dem benachbarten Tibet einen Handelsverkehr zu schaffen. Die Veranlassung war die nämliche, die später wiederholt für die englisch-tibetischen Beziehungen von Bedeutung gewesen ist: Streit zwischen den indischen Grenzstaaten. Ein Fürst von Bhutan war im Jahre 1772 in Sikkim eingebrochen, worauf dieses sich an die Ostindische Kompagnie um Hilfe wandte. Hastings entsandte eine kleine Truppenmacht, die die Bhutanesen sehr rasch aus dem Lande vertrieb. Nunmehr trat der Pantschen Erdeni Lama für Bhutan ein, erklärte, das Land sei dem Dalai Lama untertan, und bat, die Feindseligkeiten einzustellen. Hastings war ein viel zu kluger Staatsmann, als daß er diesem Wunsche nicht hätte sofort Folge leisten sollen. Um aber die günstige Gelegenheit weiter auszunutzen, schickte er eine Gesandtschaft nach der Residenz des Pantschen Erdeni Lama, deren geschickter Führer, Bogle, alle Hindernisse, die ihm von den Vormündern des Dalai Lama und vermutlich auch von den chinesischen Kommissaren, in den Weg gelegt wurden, glücklich überwand und von dem Pantschen Erdeni Lama mit den besten Aussichten schied. Zutritt nach Lha-sa hat allerdings auch Bogle nicht erlangt. (Er hat über seine Expedition ein sehr

[1]) Diese Zahlen haben jetzt überhaupt keine Bedeutung mehr.

interessantes Tagebuch hinterlassen.)[1]) Leider starb wenige Jahre nachher der Lama sowohl, wie sein Freund Bogle. Ein anderer Gesandter, den Hastings nunmehr im Jahre 1783 nach Ta-schi-lhum-po schickte, um den neuen Lama zu begrüßen, fand ebenfalls freundliche Aufnahme, aber die Früchte dieser aussichtsreichen Beziehungen hat die indische Regierung nicht mehr zu pflücken unternommen. Im Jahre 1784 machte Pitt's „India Bill" der Selbständigkeit der Ostindischen Kompagnie ein Ende, und ein Jahr später verschwand Hastings von der politischen Bühne; seine ebenso großartige wie rücksichtslose Grenzpolitik aber wurde mit ihm fallen gelassen. Das neue System zeigte sich sehr bald bei einem folgenschweren Ereignis. Im Jahre 1792 brachen die Nepalesen oder genauer die Gorkhas, die Eroberer von Nepal, in Tibet ein und plünderten die Residenz des Pantschen Erdeni Lama. Der Hof in Peking, dem sofort von dem Geschehenen Meldung gemacht wurde, sandte eine Armee von 70 000 Mann zu Hilfe, die die Gorkhas nach mehreren vernichtenden Schlachten nach Nepal zurücktrieb. Die Bitte der Nepalesen um Hilfe wurde von der indischen Regierung mit der Begründung abgeschlagen, daß die wichtigen Handelsbeziehungen zu China nicht in Gefahr gebracht werden dürften. Die angebotene englische Vermittelung aber wurde von dem chinesischen Oberbefehlshaber zurückgewiesen, der Zugang nach Tibet gesperrt, und jeder Verkehr mit Indien aufs strengste untersagt. So hatte man die „Freundschaft der Lamas verloren, das Mißtrauen Chinas, die Geringschätzung der nepalesischen Regierung und die Verachtung aller gewonnen".[2])

Im großen und ganzen ist dieser Zustand der Absperrung geblieben bis in die neueste Zeit, und alle Versuche Englands, besonders nach der teilweisen Annexion von Sikkim im Jahre 1861, mit Tibet wieder Fühlung zu gewinnen, scheiterten an dem offenen und versteckten Widerstande Chinas und der lamaistischen Hierarchie. Jeder von diesen beiden schob dem andern die Gegnerschaft gegen europäischen Verkehr zu. Trotz aller natürlichen und politischen Hindernisse hatte sich in der Zwischenzeit ein schwacher Austausch von indischen und tibetischen Waren durch Nepal entwickelt, während der nähere Weg durch Sikkim ganz gesperrt blieb. Diesen letzteren auf der tibetischen Seite frei zu bekommen, bemühte sich die indische Regierung besonders in den siebziger Jahren, und da man in Erfahrung gebracht hatte, daß die Schwierigkeit nur in Peking liege, so wurde gelegentlich des Abschlusses der Tschifu-Konvention im Jahre 1876 mit der chinesischen Regierung vereinbart, daß, wenn von Indien aus eine englische Expedition zu Handelszwecken nach Tibet geschickt

[1]) Herausgegeben von Clemens R. Markham in *Narratives of the Mission of George Bogle to Tibet* usw. (London 1876) Eine deutsche Bearbeitung dieses Werkes hat M. von Brandt unternommen unter dem Titel *Aus dem Lande der lebenden Buddhas. Die Erzählungen von der Mission George Bogle's nach Tibet* usw. in der „Bibliothek denkwürdiger Reisen" von Dr. Ernst Schultze. (Hamburg 1909)

[2]) Markham, a. a. O. S. LXXIX. Das läßt sich, mutatis mutandis, auch von der heutigen Stellung Englands sagen.

würde, der kaiserliche Kommissar ihr jede Unterstützung und Förderung zuteil werden lassen solle. Die Verzögerung in der Ratifizierung jener Konvention verzögerte auch die Ausführung der Expedition. In den Jahren 1884 bis 86 wurde die Lage noch dadurch verwickelter, daß mehrere nepalesische Händler in Tibet beraubt wurden, und die Regierung von Nepal Schadenersatz forderte. Auf die Verweigerung eines solchen drohten die Nepalesen mit Krieg, die Tibeter aber sperrten infolgedessen auch die Straße nach Darjiling und besetzten die indische Seite der Himalaya-Abhänge, die ehemals zu Sikkim gehört hatten, jetzt aber englisches Territorium bildeten. Trotz alledem wurde aber im Jahre 1885 die Expedition zusammengestellt und ausgerüstet, die chinesische Regierung hatte die Ausstellung der Reisepässe zugesagt, und im Mai des nächsten Jahres sollte von Darjiling aufgebrochen werden. So weit waren die Dinge gediehen, als von Tibet sowohl, wie von Peking Nachrichten eintrafen, daß die tibetische Bevölkerung aufs höchste erregt sei über die kommende Expedition, und daß sie unter solchen Umständen schlimme Folgen haben könne. Die chinesische Regierung schien ängstlich geworden zu sein, die englische war es in der Tat, und so wurde denn im Jahre 1886 in Peking in einer neuen „Konvention betreffend Birma und Tibet“ in Art. IV vereinbart, daß die Expedition nach Tibet in Anbetracht „der vielen Hindernisse“ bis auf weiteres aufgegeben werden solle, dagegen verpflichtete sich die chinesische Regierung, auf die Bevölkerung von Tibet zugunsten neuer Handelsbeziehungen mit Indien einzuwirken. Die englische Geduld war mit dieser Nachgiebigkeit noch nicht erschöpft. Volle achtzehn Monate wartete man, daß die tibetischen Truppen das von ihnen besetzte indische Territorium am Himalaya räumen sollten, bis man sich endlich im Frühjahr 1888 entschloß, sie von dort mit Gewalt zu vertreiben, was am 15. März ohne Schwierigkeiten geschah. Der Erfolg war indessen nur der, daß die tibetischen Truppen sich auf die andere Seite des Kammes, bis zum Dschelep-Passe zurückzogen und da aufs neue verschanzten, während die Engländer ihnen gegenüber auf der indischen Seite bei Gnatong aufgestellt blieben. Diese lächerliche Situation auf einer Höhe von über 10000 Fuß über dem Meere währte nicht weniger als sechs Monate, die mit weiteren Verhandlungen zwischen Kalkutta, Peking und Lha-sa und umgekehrt hingebracht wurden. Im September endlich ging den Engländern die Geduld aus, sie griffen die tibetischen Truppen aufs neue an, vertrieben sie aus ihren Stellungen und verfolgten sie bis in den Distrikt von Tschumbi. Von da ab nahmen die Verhandlungen ein etwas beschleunigteres Tempo an; es gelang zwar den Lamas, die chinesischen Kommissare zu überreden, die ganze Sikkim-Frage noch einmal aufzurollen und das britische Protektorat in Zweifel zu ziehen, das in einer vagen Form schon seit 1817 bestand, im Jahre 1861 aber durch Vertrag mit dem Radscha von Sikkim sicher gestellt war, indessen kam man schließlich doch im Frühjahr 1890, nachdem im Herbst vorher der Engländer James Hart, Bruder des bekannten General-Zollinspektors,

als chinesischer Unterhändler nach Indien geschickt war, zum Abschluß eines Vertrages, der das englische Protektorat über Sikkim anerkannte, die Grenze zwischen diesem Lande mit Tibet bestimmte, die Frage des indisch-tibetischen Handels aber einer sechs Monate später zu ernennenden Kommission zur Erörterung überwies. Dieser Vertrag wurde am 17. März 1890 in Kalkutta unterzeichnet und fünf Monate später in London ratifiziert.

Von den Verhandlungen einer solchen Kommission, geschweige denn von irgend welchen Ergebnissen, ist bisher nichts bekannt geworden,[1]) und es scheint, daß die unmittelbare Veranlassung zu dem jetzt gemeldeten englischen Vorgehen gegen Tibet unter Oberst Younghusband im Sommer und zu dem für die nächste Zeit geplanten unter Macdonald eben die Weigerung des Dalai Lama ist, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen. Allerdings würde man sich hierzu vielleicht doch nicht entschlossen haben, wenn nicht der neue Machtfaktor in Asien, der unvermeidliche Russe, inzwischen auch an dem tibetischen Horizonte aufgetaucht wäre. Schon vor drei Jahren mag die Entsendung einer Sonder-Mission seitens des Dalai Lama an den Hof des Zaren in England ernste Besorgnisse hervorgerufen haben. Die Motive und die Ergebnisse dieser offenbar durch Vermittelung burjätischer Buddhisten zustande gebrachten, in Europa kaum beachteten Mission sind vollständig geheim gehalten worden. Man würde aber einiges Licht darüber erhalten, wenn die Gerüchte über einen russisch-chinesischen, oder wohl richtiger russisch-tibetischen Geheimvertrag auf Wahrheit beruhen, die von chinesischen Zeitungen schon im Oktober 1902 gemeldet wurden. Die „Japan Times“ brachte im Frühjahr dieses Jahres — unter allem Vorbehalt — einen Auszug aus jenem Vertrage, und die „Morning Post“ — ebenfalls ohne Obligo — wiederholte ihn in etwas anderer Form vor einigen Tagen. Es soll sich danach in erster Linie um Bergwerks-Konzessionen an russische Unternehmer in Tibet handeln. Es ist unter diesen Umständen nicht zu verwundern, wenn die Engländer nunmehr auch ihre indisch-tibetischen Handelsbeziehungen endlich einmal auf eine gesicherte Grundlage zu stellen wünschen. Da es sich hierbei vor allem um die Verdrängung des von Ssëtschuan in großen Mengen nach Tibet eingeführten, angeblich minderwertigen chinesischen Ziegeltees durch indischen handelt, dieser Teehandel aber eine Art Monopol der Regierung auf der chinesischen und der Lamas auf der tibetischen Seite bildet, so kann man die Schwierigkeiten, die den erstrebten Handelsbeziehungen drohen, leicht ermessen. Jedenfalls wird es interessant sein, die weitere Entwicklung der englischen und russischen Unternehmungen in dem eigenartigen Lande zu beobachten.

Aus der vorstehenden geschichtlichen Skizze geht hervor, daß, von allen früheren Ereignissen abgesehen, China seit der Mitte des

[1]) S. unten den Aufsatz *Der englische Tibet-Vertrag.*

17. Jahrhunderts ein Schutzrecht über Tibet zusteht, daß dieses Recht in der Zwischenzeit von ihm wiederholt in wirksamer Weise ausgeübt ist, daß die Kaiserliche Regierung im 18. Jahrhundert unter militärischer Macht-Entfaltung das Land zu chinesischem Reichsgebiet gemacht hat, es seitdem durch ihre Kommissare verwalten läßt und mithin die volle Souveränität darüber besitzt. Trotzdem hielt England, oder die indische Regierung, sich für ermächtigt, mit Tibet wie mit einem selbständigen Staate zu verhandeln und einen Vertrag mit ihm abzuschließen, der das Land in ein vollkommenes Vasallen-Verhältnis zu England brachte. Gegen diesen am 7. September 1904 abgeschlossenen Vertrag legte die chinesische Regierung in Peking sofort Verwahrung ein.

Zum englisch-tibetischen Vertrage.

(Kölnische Zeitung vom 11. November 1904.)

Die in Schanghai erscheinende japanische Zeitung *T'ung wên Hu pao* erfährt von ihrem Korrespondenten in Peking einige interessante und an sich sehr wahrscheinlich klingende Einzelheiten über die Aufnahme des englisch-tibetischen Vertrages bei der chinesischen Regierung. Danach sei diese zwar von ihrem Kommissar in Tibet über das englische Vorgehen dort telegraphisch auf dem Laufenden gehalten worden, der Vertrag selbst aber, den die Engländer von den lamaistischen Behörden in Lha-sa hätten unterzeichnen lassen, sei ihr erst nach dieser Unterzeichnung bekannt geworden. Hierüber sei man nun in Peking um so mehr aufgebracht gewesen, als vor Eintreffen des Vertragstextes von dort noch telegraphische Weisungen nach Tibet ergangen seien, die Unterzeichnung eines Abkommens so lange zu verhindern, bis durch Verhandlungen mit dem englischen Gesandten in Peking völlige Klarheit darüber erzielt sei, daß durch ein solches Abkommen weder die Hoheitsrechte Chinas, noch die Interessen Tibets irgendwie beeinträchtigt würden. Nun stellt sich heraus, daß ein höchst folgenschwerer Vertrag abgeschlossen sei, ohne daß der Kommissar deswegen überhaupt angefragt habe; das Ministerium in Peking sei außerordentlich erregt über seinen Vertreter in Tibet, der es zugelassen habe, daß „die Engländer mit dem Barbaren-Volke so unabsehbare Abmachungen hätten treffen können." Die Regierung habe daher dem Kommissar eine scharfe Rüge erteilt und sowohl durch ihn telegraphisch, wie auch bei dem englischen Gesandten in Peking schriftlich gegen den Vertrag Einspruch erhoben. Eine spätere Meldung des genannten japanischen Blattes fügt dann noch hinzu, daß auch der chinesische Gesandte in London angewiesen sei, bei der englischen Regierung vorstellig zu werden. Der englische Vertreter in Peking habe bereits im Auftrage seiner Regierung versucht, beschwichtigend zu wirken. Er habe erklärt, daß der Vertrag lediglich den Zweck verfolge, den englischen Handel von Hindernissen zu befreien und die Hoheitsrechte Chinas zu schützen. (!) Das Tal von Tschumbi sei tatsächlich nur wegen der Kosten-Entschädigung

besetzt worden, und über die anderen Punkte würde man sich ebenfalls ohne Schwierigkeiten einigen.

Aus diesen Meldungen, deren Richtigkeit zu bezweifeln keinerlei Anlaß vorliegt, geht zur Genüge hervor, daß es nicht erst der Ratschläge dritter Mächte bedurfte, von denen der Vertreter der „Times" in Peking zu fabeln wußte,[1]) um die chinesische Regierung auf das Bedenkliche des tibetischen Vertrages aufmerksam zu machen. Mag der chinesische Einspruch auch wegen seines platonischen Charakters zunächst unwirksam bleiben, so kann es doch für England unter veränderten Verhältnissen einmal höchst unbequem werden, wenn die Regierung in Peking dem Vertrage ihre Zustimmung versagt und ihn dadurch — was unzweifelhaft der Fall ist — ungültig macht. Bezeichnend ist es übrigens, daß gerade das anerkannte Hauptorgan der japanischen Politik in China die obige Darstellung verbreitet, wie denn dieses Blatt überhaupt das englische Vorgehen in Tibet mit viel Aufmerksamkeit, aber wenig Freude verfolgt hat. Es hat sich zwar jeder offenen Kritik der zeitweiligen Bundesgenossen enthalten, aber zwischen seinen Zeilen war deutlich zu lesen, daß ihm die Engländer in Tibet ebenso unsympathisch sind wie die Russen. Japan ist durch seine zahlreichen Agenten über die Dinge in Mittel-Asien genau unterrichtet, und wenn es nicht zur Zeit durch seine Tätigkeit als Schutzmacht des Fernen Ostens an einem andern Orte so völlig in Anspruch genommen wäre, so würde es vielleicht seine Ansichten über europäische Politik in asiatischen Ländern auch seinen jetzigen Freunden etwas weniger verblümt zu erkennen gegeben haben.

Noch in demselben Monat, September, ernannte die chinesische Regierung, deren Einspruch selbst von den Londoner Gewalthabern als berechtigt anerkannt werden mußte, einen Bevollmächtigten, der die tibetische Frage ordnungsmäßig mit England verhandeln sollte. Dieser Bevollmächtigte war der ehemalige Zoll-Taotai von Tientsin, T'ang Schao Yi (vergl. oben S. 126f.), und zum Ort der Verhandlungen wurde, auf Wunsch der chinesischen Regierung, Kalkutta bestimmt. Man hatte sich in Peking hierbei offenbar von dem Gedanken leiten lassen, daß der neue gültige Vertrag von derselben indischen Regierung gezeichnet werden sollte, die den alten ungültigen in Lha-sa abgeschlossen hatte, wie man denn zunächst das Verlangen stellte, daß der nämliche anglo-indische Kommissar Younghusband, der in Lha-sa mit der unbefugten Stelle, den tibetischen Schape (s. oben S. 219) verhandelt hatte, nunmehr mit der befugten, dem chinesischen Kommissar, verhandeln sollte.

[1]) Selbstverständlich war es auch in diesem Falle Deutschland, das von dem Blatte als der Ränkeschmied hingestellt wurde.

Weiteres zum englisch-tibetischen Vertrage.

(Kölnische Zeitung vom 11. Dezember 1904.)

Nach den Meldungen japanischer Zeitungen aus Peking soll der neue Sonderbevollmächtigte T'ang Schao Yi, den die chinesische Regierung nach Kalkutta entsendet, bei seiner Audienz am 11. Oktober folgende Weisungen erhalten haben. 1. Gemeinsam mit dem kaiserlichen Kommissar (Amban s. oben S. 258) sind die Handelsverhältnisse mit den englischen Bevollmächtigten zu regeln und damit die schwebenden Fragen überhaupt friedlich zu lösen. 2. Der englisch-tibetische Vertrag ist abzuändern in einen englisch-chinesischen. Bei der Unterzeichnung ist das Datum des chinesischen Kalenders (d. h. vor allem nach den Regierungs-Jahren des Kaisers von China) anzuwenden, nicht aber das des tibetischen, weil diese letztere Datierung mit der chinesischen Oberhoheit unvereinbar ist. 3. Die Bestimmungen des neuen englisch-chinesischen Vertrages müssen derartig sein, daß sie Rußland keinen Grund zum Einspruch geben. 4. Die Unterzeichnung des Vertrages, mögen auch der Dalai Lama und die englischen Bevollmächtigten noch so sehr damit drängen, darf unter keinen Umständen eher erfolgen, als bis durch kaiserliches Edikt die Genehmigung dazu erteilt ist. Nach Abschluß dieses Vertrages sind die Verhältnisse in Tibet überhaupt einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, und zwar mit Bezug auf die Verfassung, die militärische Sicherung der Grenzen, die Fürsorge für die Bevölkerung, die Bergwerks-Unternehmungen und die gesamte innere Verwaltung. Vorschläge über Neugestaltungen auf diesen Gebieten sind in einem ausführlichen Berichte darzulegen.

Je mehr jetzt über den Erfolg der mühevollen und kostspieligen englischen Tibet-Expedition bekannt wird, um so bedenklicher schrumpft er zusammen. Vertragsrechtlich ist England in der Tat, wie die Dinge jetzt liegen, wenn überhaupt, jedenfalls nicht viel weiter, als es vor der Expedition war. Der mit der tibetischen Lokal-Regierung ohne Ermächtigung abgeschlossene Vertrag ist ungültig und wird in seiner gegenwärtigen Form auf friedlichem Wege auch niemals Gültigkeit erlangen. Was in den Weisungen über die Datierung des Vertrages gesagt ist, wird niemanden überraschen, der

die chinesischen Verfassungs-Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt. Die jährliche Festsetzung und Verkündigung des Kalenders ist seit dem Altertum eines der wichtigen Vorrechte des Kaisers, die eng mit seiner religiösen Stellung als Hoherpriester verknüpft sind. Die unterworfenen Völkerschaften hatten von jeher ihre Einordnung in das chinesische Weltreich unter anderm auch durch die Annahme des chinesischen Kalenders zu bekunden, und eine andere Datierung als nach den Regierungs-Jahren der Kaiser hat in der chinesischen Geschichte immer als offene Empörung gegolten. Sollten die Engländer, wie es nach den Weisungen den Anschein hat, in der Tat ihren in Lha-sa abgeschlossen Vertrag mit einem tibetischen Jahresdatum versehen haben, so wäre dies natürlich nur durch eine ungenügende Kenntnis der staatsrechtlichen Anschauungen der Chinesen zu erklären, denn eine so gänzlich unnötige Herausforderung Chinas würden sich gerade die Engländer wissentlich kaum haben zuschulden kommen lassen, nachdem sie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten ein sehr geschicktes Verständnis für chinesische Empfindlichkeiten formaler Art gezeigt haben.[1])

---

[1]) Der Vertrag von Lha-sa trägt nach dem im Jahre 1910 veröffentlichten Englischen Blaubuch *(Further Papers relating to Tibet)* das Datum des 7. September 1904, „corresponding with the Tibetan date, the 27th day of the seventh month of the Wood Dragon year." Zunächst ist zu bemerken, daß diese Gleichstellung falsch ist. Im Kalender des Mondjahres, nach dem auch die Tibeter — ebenso wie die Chinesen — hier gerechnet haben, entspricht dem 7. September 1904 nicht der 27., sondern der 28. des 7. Monats. In der Tat ist auch in dem chinesischen Texte des neuen Vertrages vom 27. April 1906 der Vertrag von Lha-sa als vom 28. Tage des 7. Monats bezeichnet. Der Ausdruck „Jahr des Holz-Drachen", übrigens ebenfalls ungenau in sich selbst, ist nichts besonders tibetisches. Die ostasiatischen, sowie die türkischen und tangutischen Völker Inner-Asiens gebrauchen seit dem Altertum einen aus zwölf Tiernamen bestehenden Zyklus zur Bezeichnung der Jahre, der übrigens jetzt völlig veraltet ist und nur noch in der Astrologie angewendet wird. Der Drache ist eins von diesen zwölf Tieren. Ferner werden im chinesischen Kalender die einzelnen Zeichen des sechzigjährigen Zyklus auf die fünf Elemente (Holz, Feuer, Erde, Metall, Wasser) bezogen. Das Jahr 1904 war ein Jahr des Drachen, gehörte aber zum Elemente Feuer (nicht Holz). Wenn also hier nicht ein Übersetzungs-Fehler vorliegt, so kann es sich nur um eine auf tibetischer Seite begangene Verwechslung handeln, die verständlich ist, aber die zu erklären hier zu weit führen würde. Von einem eigenen tibetischen Kalender kann also keine Rede sein, weil es einen solchen nicht gibt. Das Herausfordernde jener Datierung aber bestand darin, daß die Tibeter nicht, wie das Gesetz es verlangte, das Regierungs-Jahr des chinesischen Kaisers als Jahresbezeichnung gebrauchten, sondern einen eigenen tibetischen Kalender zu haben vorgaben. Bei der oben erwähnten religiösen und staatsrechtlichen Bedeutung des Kalenders in China war diese Tatsache gleichbedeutend mit der Anmaßung staatlicher Souveränität, und dieser Umstand, dessen Wichtigkeit die indische Regierung entweder nicht kannte, oder durch den sie absichtlich China brüskieren wollte, hat nicht zum wenigsten die Regierung in Peking zu ihrem überraschend tatkräftigen Vorgehen gegen den tibetischen Klerus veranlaßt. — Bei einer früheren Gelegenheit, als es sich um eine ähnliche Kulturfrage handelte, hat England besseres Verständnis mit gutem Erfolge gezeigt. Nach der Annexion von Birma, eines in weit loserer Abhängigkeit von China stehenden Staates, im Jahre 1885 erhob die chinesische Regierung Einspruch mit dem Bemerken, daß Birma regelmäßige Tribut-Gesandtschaften an den Hof nach Peking zu schicken habe. Der englische Geschäftsträger O'Conor gab dieser Empfindlichkeit des „Mittelreichs" in kluger Weise nach und vereinbarte im Jahre 1886 mit dem Tsungli Yamen, daß auch in Zukunft alle

Was die befohlene Prüfung der allgemeinen Verhältnisse in Tibet betrifft, so scheint man in Peking schon seit längerer Zeit infolge der neuern Vorgänge in Tibet darauf Bedacht genommen zu haben, die staatliche Oberhoheit dort der lamaistischen Hierarchie gegenüber wieder schärfer zu betonen und die Verwaltung diesem Zwecke entsprechend umzugestalten. Es liegen schon die Vorschläge vor, das Land in Provinzen zu teilen und ähnlich wie Turkistan durch Gouverneure mit einem rein chinesischen Stabe zu verwalten. Um vor den Sonderbestrebungen einzelner Mächte besser geschützt zu sein, will man dann sogar gegebenenfalls das ganze Land zusammen mit dem Jli-Gebiet und Turkistan dem Handel aller Nationen öffnen. Jedenfalls ist man in Peking nicht gewillt, den Engländern irgendwelche Sonderrechte einzuräumen, da man Rußland in Mittel-Asien doch nicht für die quantité négligeable hält, die England daraus machen möchte.

Die Person des Sonder-Bevollmächtigten T'ang Schao Yi hat auch für Deutsche ein Interesse. Er ist seit langen Jahren eine Vertrauensperson des General-Gouverneurs Yuan Schi K'ai und war zuletzt Mitglied der nordchinesischen Eisenbahn-Verwaltung. Als solches war er beauftragt, mit der Deutschen Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft die Verhandlungen wegen des Baues der neuen Linie Tientsin-Tschinkiang[1]) zu führen, und ihm vor allen soll es zu danken sein, daß diese Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. T'ang Schao Yi gilt für einen klugen, aufgeklärten Mann und für einen großen Freund der Amerikaner.

Der obige Aufsatz wurde, einem Berichte des Londoner Vertreters der „Kölnischen Zeitung" zufolge, in England von den „mit den Verhältnissen Vertrauten" mit Heiterkeit aufgenommen. Heiterkeit ist leider sehr häufig die einzige intellektuelle Äußerung, die der Durchschnitts-Europäer für ostasiatische Kultur-Erscheinungen übrig hat, sobald diese außerhalb seiner Schulkenntnisse, seiner Denkgewohnheiten, oder seines Begriffsvermögens fallen. Erst die harten Tatsachen zeigen ihm dann zuweilen zu seiner Verblüffung, daß für die vergnügte Stimmung eigentlich keine Veranlassung vorlag. Die weitere Entwicklung der tibetischen Frage ist ein gutes Beispiel hierfür.

---

fünf Jahre eine solche Gesandtschaft unter Führung eines buddhistischen Würdenträgers von Mandalay nach Peking gehen solle. Tatsächlich ist dies, soweit bekannt, nicht mehr geschehen, und die Frage ist später nur noch einmal ohne rechten Ernst berührt worden. Aber Chinas Einwilligung zu der Annexion war erlangt, endlose Verwicklungen blieben vermieden. — Freilich wurde damals die Angelegenheit durch die englische Gesandtschaft in Peking erledigt, und in der Tibet-Frage hat die indische Regierung mit ihrer hervorragenden Verständnislosigkeit für asiatische Kultur-Völker zeitweilig ihren eigenen Weg gehen dürfen.

[1]) Die jetzige Linie Tientsin—P'u-k'ou. S. unten den Aufsatz *Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China.*

England, Tibet und China.

(Kölnische Zeitung vom 22. Dezember 1904.)

Die japanischen Zeitungs-Mitteilungen über die Weisungen des Sonderbevollmächtigten für Tibet, T'ang Schao Yi, haben, einer Meldung aus London zufolge, dort erheiternd gewirkt. Der neue „Resident" (beiläufig bemerkt, handelt es sich überhaupt nicht um einen solchen, sondern um einen Sonderbevollmächtigten für die Verhandlungen mit England), würde bei dem lamaistischen Klerus in Lha-sa nicht mehr Einfluß haben als der alte, wie denn überhaupt alle Ansprüche und Verfügungen Chinas mit Bezug auf Tibet praktisch bedeutungslos seien; auch die Absetzung des Dalai Lama sei China „nur unter dem Schutze englischer Bajonette" möglich gewesen. Dieser Optimismus der „mit den Verhältnissen Vertrauten", deren Zahl in England allerdings außerordentlich klein zu sein scheint, wird durch die Erfahrungen der Vergangenheit nicht gerechtfertigt. Daß man angesichts der völligen Wirkungslosigkeit des englisch-chinesischen Vertrages vom 17. März 1890 diesmal unmittelbar mit den einheimischen Machthabern in Tibet verhandelte, war vielleicht geboten, aber nachdem man einmal soweit gegangen war, mußte man auch ganze Arbeit machen und solange in Lha-sa bleiben, bis der Vertrag von der chinesischen Regierung gezeichnet und greifbare Bürgschaft für seine Ausführung gegeben war.[1]) Ob ein solches Verbleiben in Lha-sa militärisch möglich war, läßt sich natürlich von hier aus nicht beurteilen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist der einzige Erfolg der kostspieligen und doch nur halben Maßregel ein zugestandenerweise ungültiger Vertrag. Eine solche Rechtsungültigkeit könnte ja, den guten Willen des lamaistischen Klerus vorausgesetzt, bei der Indolenz der gegenwärtigen chinesischen Regierung zunächst bedeutungslos bleiben, indessen könnten sich die Verhältnisse in Mittel-Asien doch einmal ändern, denn der russisch-japanische Krieg wird nicht ewig

[1]) Daß man dies nicht tat, beweist eben wieder die Hinterhaltigkeit der englischen Politik: man will nicht geordnete indisch-tibetische Handelsverhältnisse, wie man vorgibt, sondern man will China aus Tibet verdrängen und sich an seine Stelle setzen.

währen, und daß England mit seinen nicht abgestempelten Besitztiteln dann einen schweren Stand haben würde, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Übrigens scheint das amtliche England die Bedeutung Chinas für Tibet doch erheblich höher einzuschätzen, denn sonst wären die fortgesetzten Bemühungen des englischen Gesandten, mit der Regierung in Peking zu einer Einigung in der Frage zu gelangen, kaum verständlich. In Bezug auf die Art, mit der lamaistischen Hierarchie in Tibet erfolgreich umzugehen, hätten die Engländer von ihrem großen Gewalthaber Warren Hastings und in neuerer Zeit von den Russen manches lernen können. — Von einer völlig irrtümlichen Auffassung, nicht der tibetischen, sondern der chinesischen Verhältnisse zeugt aber die Behauptung von der Machtlosigkeit Chinas der tibetischen Regierung gegenüber. Abgesehen davon, daß China erst im 18. Jahrhundert die unzuverlässige weltliche Herrschaft in Tibet mit Waffengewalt beseitigt und die heutige Regierung des Dalai Lama eingesetzt hat, sind die Chinesen mit unbotmäßigen Tribut-Stämmen, wenn es ihnen darauf ankam, und wenn sie keine europäischen Gegner hatten, noch immer fertig geworden. Das bezeichnendste Beispiel hierfür ist vielleicht die Niederwerfung des großen Muhamedaner-Aufstandes unter Yakub Beg in Turkistan von 1873 bis 1878. Damals, im Jahre 1876, entsandte die indische Regierung Sir Douglas Forsyth nach Peking mit dem Auftrage, die Anerkennung Yakub Begs als Khan von Turkistan durchzusetzen, damit sein Reich einen Pufferstaat gegen Rußland in Mittel-Asien bilden solle. (Die bekannte Rede Lord Curzons über das tibetische „Glacis“ der indischen „Festung“ legt einen ähnlichen Gedanken nahe.) Diese Zumutung war für die chinesische Regierung ein Grund, den Aufstand mit verdoppelter Kraft zu bekämpfen.[1]) Der Erfolg war vollständig und dauernd. Yakub Beg und seine Muhamedaner aber waren noch ganz andere Gegner als die tibetischen Lamas. Gegen diese letzteren vorzugehen hat bisher für die chinesische Regierung keinerlei Veranlassung vorgelegen. Daß sie die Tibeter etwa mit Waffengewalt zwingen sollte, den Vertrag von 1890 zu beachten und mit Indien in Handelsbeziehungen zu treten, wird doch wohl kaum ein ernsthafter Politiker erwartet haben. Im Gegenteil, „die Feindseligkeit der Bevölkerung“, dieses bekannte Argument in der chinesischen Obstruktions-Logik, war in Tibet besonders nützlich, und den Chinesen konnte es nur willkommen sein, wenn die tibetischen Lamas recht viele und recht anschauliche Illustrationen dazu lieferten. In welchem Maße die Verantwortung für die Absperrung des Landes auf den buddhistischen Klerus und auf

[1]) M. von Brandt erzählt in seinen Memoiren, wie damals, als die indische Regierung, „die nie eine Gelegenheit hat vorbeigehen lassen, die chinesische Regierung zu verletzen und sich verdächtig zu machen,“ ihren dummdreisten Interventions-Versuch in Peking unternahm, die chinesischen Staatsmänner ihn um seine Meinung über das Verhalten Yakub Beg gegenüber fragten. Herr von Brandt erwiderte, daß „er den letzten Taler und den letzten Mann ausgeben würde, um ihn zu unterwerfen“. Einer der anwesenden Minister habe darauf in großer Erregung ausgerufen: „Das ist unsere Ansicht auch, und es wird geschehen, darauf können Sie sich verlassen.“ (*Dreiunddreißig Jahre in Ostasien* Bd. III S. 31 f.)

die chinesische Regierung zu verteilen ist, hat bisher noch kein Ausländer ergründet. Die Szene würde sich natürlich wesentlich ändern, wenn der Klerus etwa gegen den Willen Chinas mit der indischen Regierung paktieren wollte. Ob dieser Fall tatsächlich jetzt vorliegt, wird sich erst später entscheiden lassen. Das erstere würde dann unzweifelhaft Mittel zur Hand haben, den eigenmächtigen Priestern seinen Willen aufzuzwingen.[1]) Von Peking ist Tibet allerdings weit entlegen, aber von Ssëtschuan, zu dem es militärisch gehört, ist der Weg erheblich näher und außerdem bequemer als über die Schneepässe des Himalaya von Indien aus. Daß die umfangreichen militärischen Rüstungen, die gerade jetzt in Ssëtschuan betrieben werden, etwa für gewisse Möglichkeiten in Tibet berechnet seien, braucht nicht angenommen zu werden. Denn die chinesische Diplomatie kennt noch andere Wege, die zum Ziele führen, als kostspielige Kriegszüge. Sie hat den lamaistischen Buddhismus, den sie im Grunde verachtet, schon wiederholt mit Geschick für ihre Zwecke zu benutzen verstanden; so brauchte sie nur die Aufmerksamkeit der glaubenseifrigen westmongolischen Stämme in geeigneter Weise auf den „Verrat" von Lha-sa hinzulenken, und die Folgen würden bald zu Tage treten; jene Reiterscharen sind das Kriegführen in Tibet gewohnt. Die Behauptung, daß die Absetzung des Dalai Lama, sofern eine solche überhaupt stattgefunden hat,[2]) „nur unter dem Schutze englischer Bajonette ausgeübt sei", erscheint unter diesen Umständen sehr subjektiv. Im englischen Interesse kann man nur wünschen, daß die Heiterkeit der „mit den Verhältnissen Vertrauten" von Dauer sein und ihr Optimismus gut ausschlagen möge.

---

[1]) Ein solches Paktieren hinter dem Rücken Chinas hat damals auf der tibetischen Seite freiwillig noch nicht stattgefunden. Wohl aber bemühten sich die Agenten der indischen Regierung, die tibetischen Beamten gegen die Chinesen aufzuhetzen, und als dies nicht zu gelingen schien, die Bevölkerung unzufrieden zu machen. Beweise dafür liefert das erwähnte Blaubuch von 1910 reichlich. Vergl. daselbst z. B. Nr. 60, 135, 150 u. a., Berichte jener Agenten, die zwar wohlweislich nur im Auszuge gegeben werden, aber doch noch deutlich genug sind. Offene Empörung gegen die chinesische Herrschaft dagegen zeigt die Unterredung des entflohenen Dalai Lama mit dem Vizekönig von Indien am 14. März 1910. (Blaubuch Nr. 337.)

[2]) Die Absetzung hatte nicht stattgefunden, sondern der Dalai Lama war entflohen.

Der englische Vertrag über Tibet.

(Kölnische Zeitung vom 5. Juni 1905.)

Die von T'ang Schao Yi in Kalkutta geführten Verhandlungen über den neuen Vertrag wegen Tibets scheinen auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen, da die englischen Forderungen einer bevorrechtigten Stellung in dem Lande gegen früher keineswegs herabgesetzt, sondern nur anders ausgedrückt und näher bestimmt worden sind. Der Kern der Frage liegt in der künftigen staatsrechtlichen Stellung Tibets. China verlangt unbedingte Anerkennung seiner uneingeschränkten und ausschließlichen Hoheitsrechte, während England, angeblich ohne auf Gebietserwerbungen bedacht zu sein, Bürgschaften dafür fordert, daß China das Land auch tatsächlich und wirksam regieren, den englischen Handel schützen und vor allem jede Einmischung einer dritten Macht in die tibetischen Verhältnisse verhindern kann und will. Eine Einigung über diese Punkte ist bisher nicht erzielt worden. Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß japanische Zeitungen genauere Nachrichten aus Peking über die englischen Forderungen bringen, wonach die letzteren nahezu eine völlige und förmliche Schutzherrschaft über Tibet anstreben. Ein Wort der Mißbilligung über diese neuen europäischen Ansprüche in asiatischen Dingen haben jene Blätter allerdings nicht, aber den verhaltenen Unwillen liest man zwischen den Zeilen. Danach soll der englische Vertrags-Entwurf aus 15 Artikeln bestehen, gegenüber den 10 des ersten Vertrags. Artikel 1 bestimmt, daß China und England eine gemeinsame Schutzherrschaft über Tibet ausüben sollen.[1]) Im Falle von Unruhen sollen beide Staaten das Recht haben, Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung zu entsenden; keiner dritten Macht aber soll es zustehen, auch nicht unter dem Vorwande, ihren etwa dort bestehenden Handel zu schützen, in die tibetischen Angelegenheiten

[1]) Dieser Vorschlag, der natürlich aus dem Schoße der indischen Regierung hervorgegangen ist, wird auch in „T'oung Pao" Bd. VII S. 409 berichtet. Danach sollte China anderseits auf die Anerkennung seiner „absoluten Souveränität" über Tibet bestanden haben. Schließlich sei man übereingekommen, daß England auf sein Mit-Protektorat und China auf das Wort Souveränität verzichten solle.

sich einzumischen. Die übrigen Artikel wiederholen zum Teil die alten Bestimmungen, zum Teil fügen sie neue hinzu, darunter die folgenden: Die Ernennung und Absetzung von Beamten steht der tibetischen Regierung zu, doch sollen China und England ein Aufsichtsrecht hierbei haben. Chinesen können mit Tibetern nach Belieben Handel treiben, dagegen dürfen der Bau von Eisenbahnen, der Betrieb von Bergwerken und die Anlage von Telegraphen-Linien von Ausländern nicht unternommen werden. Nur Engländer, die sich mit diesen Unternehmungen befassen wollen, können dies nach einer Verständigung der chinesischen Regierung gemeinsam mit Tibetern tun. Die japanische Meldung erklärt hierzu nur, daß acht von den fünfzehn Artikeln für China annehmbar seien, die übrigen sieben aber, soweit sie sich auf die gemeinsame Schutzherrschaft, die Besetzung tibetischer Gebietsteile durch englische Truppen und die den Engländern vorbehaltenen Industrie-Unternehmungen bezögen, einem Aufgeben der chinesischen Hoheitsrechte gleichkämen und daher zurückgewiesen würden.

Der englische Tibet-Vertrag.

(Kölnische Zeitung vom 18. Juli 1906.)

Nach zwei mühevollen und kostspieligen militärischen Expeditionen und nach nicht minder mühevollen, über ganze zwei Jahre sich erstreckenden diplomatischen Verhandlungen hat England endlich einen rechtsgültigen Vertrag zustande gebracht, der das Verhältnis Indiens zu Tibet neu regeln soll. Am 27. April ist das schwer erkämpfte Abkommen in Peking von dem englischen Gesandten Sir Ernest Satow und dem Wai-wu pu unterzeichnet worden.[1]) Sowohl die Vertreter der englischen Regierung in beiden Häusern des Parlaments, wie auch das immer dienstbereite Reutersche Bureau haben — letzteres mit einem beinahe auffallenden Eifer — erklärt, der neue Vertrag sei keineswegs eine Abänderung des alten vor zwei Jahren mit den lamaistischen Machthabern von Lha-sa abgeschlossenen, „die chinesische Regierung habe vielmehr nur ihren Beitritt zu diesem ausgesprochen". Veröffentlicht ist der Wortlaut des Vertrages noch nicht, man muß sich also vorläufig auch eines Urteils über seine politische Bedeutung enthalten; wenn man sich aber einige Phasen in der Entwicklung der Tibet-Frage in das Gedächtnis zurückruft, wird man diese Erklärung nicht ohne einige Verwunderung vernehmen.[2]) Sobald der 1904 von der indischen Regierung in Lha-sa erzwungene Vertrag in Peking bekannt wurde, erhob die chinesische Regierung dagegen förmlichen Einspruch und erklärte, die tibetischen Unterhändler seien zu internationalen Abkommen überhaupt nicht befugt.

Wie damals an dieser Stelle ausgeführt wurde, war in der Tat der indisch-tibetische Vertrag vom Standpunkte des Völkerrechts ungültig und wertlos: Tibet ist ein Bestandteil des chinesischen Reiches,

---

[1]) *Further Papers relating to Tibet* (Blaubuch von 1910) Nr. 94.

[2]) Die Erklärung fällt unter die „Ungenauigkeiten", die man bei englischen Staatsmännern gewohnt ist. Der englische Handels-Agent in Gyan-tse (im südlichen Tibet) hatte die Kühnheit, den tibetischen Beamten die gleiche Angabe zu machen, nachdem er sich vergewissert, daß ihnen das neue Abkommen nicht bekannt war. Zugleich teilte er ihnen in Abschrift den ersten Artikel des Abkommens mit, in dem Chinas Zustimmung ausgesprochen wird; die folgenden Artikel mit ihren Einschränkungen behielt er für sich. (Blaubuch Nr. 150).

ein gültiger Vertrag kann also nur mit der Regierung dieses Landes abgeschlossen werden. Englische Zeitungen erklärten zwar summarisch alle entgegenstehenden chinesischen Verfügungen für bedeutungslos, aber die Londoner Regierung kam bald zu einer anderen Auffassung. Sie erkannte den chinesischen Einspruch als berechtigt an und ging sogar soweit, zu erklären, daß Oberst Younghusband, der Vertreter der indischen Regierung, seine Befugnisse überschritten habe. Es wurden nunmehr neue Verhandlungen in Kalkutta eröffnet, zu denen die Regierung von Peking einen Sonderbevollmächtigten in Gestalt des jetzt oft genannten Ministers T'ang Schao Yi entsandte. Die Verhandlungen stießen sogleich auf erhebliche Schwierigkeiten, die vor allem in dem Gegensatz der beiderseitigen Anschauungen über das staatsrechtliche Verhältnis Tibets zu China ihren Grund hatten. Unter solchen Umständen hielt T'ang weiteres Verhandeln für zwecklos, er schützte die Unerträglichkeit des Klimas vor, übergab die Geschäfte einem seiner Sekretäre und verließ im Herbst v. J. Kalkutta. Die Regierung in Peking machte sich zwar die Mühe, in Kalkutta durch archivarische Auszüge den Nachweis zu führen, daß Tibet nicht, wie man dort hartnäckig behauptete, lediglich in einem losen Tribut-Verhältnis zu China stände, etwa wie früher Birma, Korea u. a., sondern daß es, was niemandem zweifelhaft sein kann, der die Geschichte kennt, chinesisches Reichsgebiet sei; alle Auseinandersetzungen fruchteten indessen nichts, und so entschloß man sich in diesem Frühjahr, die Verhandlungen in Kalkutta aufzugeben und sie, was von Anfang an hätte geschehen sollen, in Peking durch den englischen Gesandten führen zu lassen.[1]) Es ist nicht das erste Mal, daß die indische Regierung ihre unbelehrbare Verständnislosigkeit geoffenbart hat mit Bezug auf das, was China gegenüber durchzusetzen möglich und ratsam ist.

In Peking nahm T'ang Schao Yi die Behandlung der Frage wieder in die Hand und kam auch in kurzer Zeit mit dem Gesandten zu einem Einvernehmen, das dann in dem Vertrage vom 27. April seinen Abschluß fand. Daß dieser Vertrag in der Tat nur „den Beitritt" Chinas zu dem Abkommen von Lha-sa aussprechen sollte, erscheint nach dem Gesagten einfach unglaublich. Was sich die Regierung in Peking in zwei Jahren nicht hat abtrotzen lassen, die Anerkennung einer auch nur halben Souveränität Tibets unter einer lamaistischen Regierung, das kann sie unmöglich dem Gesandten in zwei Wochen zugestanden haben. Von einem „Beitritt" zu einem ungültigen Vertrage wird überhaupt nicht die Rede sein können. Die japanischen Zeitungen, die, wie schon früher hier erwähnt, die Entwicklung der englisch-tibetischen Frage stets mit gespannter Aufmerksamkeit und kaum verhehltem Mißmut beobachtet haben, erklären denn auch (vor allem die *T'ung wên Hu pao* vom 1. und 2. Mai 1906), daß ihre Nachrichten über den Vertrag anders lauteten als die von Reuter verbreiteten. Danach habe England die volle und ausschließliche

[1]) Vergl. oben S. 265.

Staatshoheit Chinas über Tibet rückhaltlos anerkannt[1]), während China seinerseits England gewisse Sonderrechte in dem Lande zugestanden habe. So dürften z. B. Eisenbahnen und Bergwerke von Chinesen und Engländern gemeinsam angelegt werden, aber nur nachdem die Genehmigung des chinesischen Statthalters dazu erlangt sei. Falls die chinesische Regierung oder chinesische Untertanen allein solche Unternehmungen betreiben sollten, dürfe sich England in keiner Weise einmischen.[2]) Die im Tschumbi-Tale zurückgelassene englische Besatzung müsse spätestens nach Bezahlung der Kriegsentschädigung zurückgezogen werden (diese ursprünglich 500000 £ betragende, dann auf 160000 £ ermäßigte, den Tibetern auferlegte Entschädigung hat China übernommen). Nach der Zurückziehung würde die Verantwortung für den Schutz aller englischen Untertanen in Tibet allein von der chinesischen Regierung getragen. Amtliche Beziehungen zwischen England und den Tibetern dürften nur durch Vermittlung des chinesischen Statthalters (Ambans, Kommissars oder Residenten) unterhalten werden. Gewisse Plätze in Tibet sollen dem Handel geöffnet, die näheren Bestimmungen über den Handel selbst aber einem besonderen Vertrage vorbehalten werden.[3]) Man sieht, diese Vereinbarungen, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, weichen wesentlich von denen des Lha-sa-Abkommens sowohl wie auch von dem neuen Entwurf der indischen Regierung ab, wie er seinerzeit hier mitgeteilt worden war (S. oben S. 272f.).

Daß die chinesische Regierung alles tun wird, um den Vertrag so wenig wirksam wie möglich zu machen, kann als sicher vorausgesetzt werden. Sie ist sich über die Gefahren, die ihr daraus drohen, durchaus im klaren, und die japanischen Ratgeber tun in der Presse das ihrige, um ihr diese Klarheit zu erhalten. Schon nach dem englischen Kriegszuge trug man sich mit dem Plane, eine gründliche Umformung der tibetischen Verwaltung vorzunehmen, das ganze Gebiet, ähnlich wie Ost-Turkistan, in eine oder mehrere chinesische Provinzen zu fassen und ihm die übliche provinziale Verfassung zu geben. Nachdem man dann, angeblich aus finanziellen Gründen, die Ausführung des Planes verschoben hatte, scheint man ihm jetzt wieder näher treten zu wollen. Schon am

[1]) Das ist ausdrücklich nicht geschehen, liegt aber in der Tatsache, daß die Zustimmung Chinas überhaupt eingeholt, und das Abkommen von Lha-sa in dem Vertrage von Peking wesentlich abgeändert wurde. Auf denselben Standpunkt stellte sich mit Recht der chinesische Kommissar in Tibet (Blaubuch Nr. 141).

[2]) Davon steht nichts in dem neuen Vertrage; die in dem Abkommen von Lha-sa (Art. IX, d) den Engländern gewährten Konzessionen solcher Art werden vielmehr ausschließlich Chinesen vorbehalten.

[3]) Diese Bestimmungen sind am 20. April 1908 in Kalkutta zwischen England und China vereinbart worden. Der Text findet sich im Blaubuch unter Nr. 239. Wichtig daran ist, daß die tibetische Verwaltung auch der geöffneten Handelsplätze unter der Oberaufsicht der chinesischen Behörden bleibt. Amtliche Beziehungen zwischen den englischen Handels-Agenten und den tibetischen Ortsbehörden sind zwar zulässig, aber Verhandlungen zwischen der indischen Regierung und den tibetischen Ministern in Lha-sa müssen dem chinesischen Kommissar mitgeteilt werden, und die letzte Entscheidung in Streitfällen liegt bei den Regierungen von England und China (Art. III).

31. Januar 1906 wies die chinesische Zeitung *Sin wên pao,* die jetzt einen besonders großen Einfluß besitzt und unabhängig von Japan ist, in einem langen Leitartikel auf die unbedingte Notwendigkeit der Neubildung hin und erklärte:

„Wenn China nicht die Absicht hat, Tibet zu behaupten, so mag man davon absehen, dem Lande eine provinziale Verfassung zu geben. Will man es aber behaupten, und zwar als eine Schutzwand für Ssĕtschuan, durch die man fremde Einflüsse verhindert, von Indien nach Tibet zu dringen und sich dann in ununterbrochenem Strome in die Yangtsĕ-Provinzen zu ergießen, so muß aus Tibet eine Provinz gemacht werden. Indem man Tibet schützt, schützt man Ssĕtschuan, und indem man Ssĕtschuan schützt, schützt man die Provinzen Hupeï, Hunan, Anhui, Kiangsi und Kiangsu."

Zehn Tage später äußerte sich die japanische *T'ung wên Hu pao* in ähnlichem Sinne:

„Die Russen," heißt es dort unter anderm, „führten zwar Pläne gegen Tibet im Schilde, aber sie fanden keine Gelegenheit, sie auszuführen. Sie erkannten die Schwierigkeiten und zogen sich zurück. Die Engländer aber, wenn sie sehen, daß China imstande ist, selbständig Tibet vor der russischen Gefahr zu schützen, dürften ihrer freundschaftlichen Gesinnung treu bleiben und keine Hintergedanken aufkommen lassen. Jedenfalls wird, solange England und Rußland nicht in Wettbewerb treten, auch Tibet in Frieden bleiben, ebenso wird auch den chinesischen und ostasiatischen (d. h. japanischen) Friedens-Interessen damit am besten gedient sein. Es ist ja oft die Rede davon gewesen, Tibet eine Provinzial-Verfassung zu geben, und auch wir haben diesen Vorschlag im vorigen Jahre empfohlen. Aber natürlich muß die chinesische Regierung diese Frage mit Ernst anfassen, sie muß nicht bloß dem Namen, sondern auch der Sache nach das Land in Provinzen umwandeln usw."

Nach neueren japanischen Meldungen aus Peking soll man sich nun dort in der Tat entschlossen haben, sogleich nach Vollziehung des neuen Vertrages mit der Reform zu beginnen. Über die entgegenstehenden Schwierigkeiten wird man sich freilich in Peking am wenigsten einer Täuschung hingeben. Einstweilen hat die neu geschaffene politische Lage in Tibet zu einem Münz-Kuriosum geführt. Da aus Indien zahlreiche Rupie-Stücke mit dem Bilde des Königs von England in Tibet eingeführt worden sind, hat der General-Gouverneur von Ssĕtschuan Münzen von der Größe einer Rupie mit dem Bilde des Kaisers von China (die ersten in ihrer Art) prägen und in Tibet in Kurs setzen lassen, um so die unzuverlässigen Bewohner an ihren wahren Souverän zu erinnern. Auch chinesische Banknoten nach dem Muster der indischen sollen von Ssĕtschuan aus in Tibet in Umlauf gesetzt sein. Wenn übrigens etwas nicht geeignet war, den Chinesen und Japanern Vertrauen auf die „freundschaftliche Gesinnung" der Engländer einzuflößen, so war es die „Einladung" des Pantschen Lama nach Kalkutta während der Anwesenheit des Prinzen von Wales, eine ungeschickte Komödie, die die indische

Regierung ins Werk gesetzt hat. Chinesische Berichte behaupten, der Lama sei gegen seinen Willen unter militärischer Bedeckung nach Indien geschleppt worden, und die chinesische Regierung hat in der Tat in London erklären lassen, daß sie jedes Abkommen, das man etwa mit dem Kirchenfürsten abschließen würde, für ungültig ansehen müsse.[1]) Die *T'ung wên Hu pao* aber erklärte am 15. April, der englische Thronfolger habe den Pantschen Lama überredet, die tibetischen Klöster unter englischen Schutz zu stellen, und fügte dann sarkastisch hinzu: „Wahrlich, die Zärtlichkeiten Englands Tibet gegenüber sind unermeßlich und des Rühmens würdig. Mag der Dalai Lama jetzt oder später nach Tibet zurückkehren, Tibet wird unter die englische Schutzherrschaft kommen, darüber kann kein Zweifel mehr sein." Man sieht, die Engländer haben in ihrem Verbündeten einen verständnisvollen Zuschauer bei ihrer Tätigkeit in Tibet.

[1]) Unter dem 30. November 1905 meldete der englische Gesandte diese Erklärung der chinesischen Regierung nach London (Blaubuch Nr. 51). Darauf fragte der Staatssekretär für Indien in Kalkutta telegraphisch an nach der Bedeutung dieses Besuchs (Nr. 53), worauf der Vizekönig antwortete, daß die Einladung des Lamas nur ein Höflichkeits-Akt (complimentary) gewesen sei (Nr. 57). Wenn man bedenkt, daß 1905 die Verhandlungen mit der an sich schon aufgebrachten chinesischen Regierung schwebten, so erscheint diese Einladung, die ohne Wissen der heimischen Regierung und der diplomatischen Vertretung in Peking ergangen war, selbst für die indische Regierung als eine erstaunliche Leistung.

Die weitere Entwicklung der tibetischen Frage.

Die Annahme, daß man von China aus alles tun werde, um den Vertrag vom 27. April 1906 so wenig wirksam wie möglich zu machen, sollte sich sehr bald als zutreffend erweisen. In Peking war man ebenso wenig im unklaren über die letzten Ziele der englischen Politik in Tibet, wie über die Mittel, deren sie sich zu bedienen suchte. Dabei traute man weder den kirchlichen, noch den weltlichen tibetischen Würdenträgern: die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte lieferte Beispiele von heimlichen Anschlägen beider, die sie mit anderen Völkern gegen die chinesische Herrschaft geplant hatten. Infolgedessen bemühte man sich zunächst, unmittelbare Beziehungen zwischen der indischen Regierung und den tibetischen Behörden zu verhindern, jedenfalls aber sie niemals ohne Aufsicht zu lassen. Wie die eindringlichen Klagen der englischen Agenten zeigen, waren diese Bemühungen auch nicht erfolglos, und in den Handels-Bestimmungen vom 20. April 1908 erhielten sie eine feste Grundlage.[1]) Auch durch zahllose andere Mittel einer zielbewußten Obstruktion, in der ja die chinesische Diplomatie eine unerreichte Meisterschaft besitzt, wurde den Engländern der Aufenthalt in Tibet verleidet, und wo immer englische Beziehungen mit Tibetern angeknüpft werden sollten, trat ein chinesischer Beamter dazwischen. In einem telegraphischen Berichte vom 3. Februar 1907 klagte der Vizekönig von Indien, daß „die Ziele der englischen Politik in Tibet auf diese Weise vollkommen unerreichbar gemacht würden" (*Further Papers relating to Tibet* — Blaubuch von 1910 — Nr. 141), und unter dem 18. Juli 1907 legte das gesamte Kabinett der indischen Regierung dem Staatssekretär in London ein Sündenregister über die Verstöße gegen das Abkommen von Lha-sa vor, durch das die heimische Regierung zu einem schärferen Vorgehen veranlaßt werden sollte (Blaubuch Nr. 196). Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß dieses beständige Drängen in London den gewünschten Erfolg gehabt haben würde, wenn nicht ein neues Moment in der politischen Gesamtlage

[1]) S. oben S. 276, Anm. 3.

sich geltend gemacht hätte, das England bestimmte, den wohl schon zum Schlage erhobenen Arm wieder sinken zu lassen. Dieses neue Moment war das Verhältnis zu Rußland. Noch im Dezember 1906 hatte Sir Edward Grey der chinesischen Regierung androhen lassen, daß, wenn „ihre Vertreter in Tibet kein vernünftiges Betragen an den Tag legten, die ganze Frage des Verfahrens mit Tibet dadurch beeinflußt werden würde" (Nr. 124). Am 9. Februar 1907 aber erhielt der englische Gesandte in Peking die Weisung, zu erklären, daß „Seiner Majestät Regierung die Stellung Chinas mit Bezug auf Tibet rückhaltlos anerkenne", und „daß sie vorzöge, alle schwebenden Angelegenheiten in Übereinstimmung mit China in befriedigender Weise erledigt zu sehen" (Nr. 144), und am 27. Juni 1907 wurde sogar die Versicherung in Peking gegeben, daß keinesfalls „militärische Maßnahmen in Betracht gezogen würden", und daß „in Tibet keine Politik getrieben werden solle, die auf die Gewinnung politischen Einflusses gerichtet sei." (Nr. 189). Was in der Zwischenzeit geschehen war, das eine solche auffallende Milderung der Tonart herbeiführen konnte, verrät das Blaubuch nicht, aber am 31. August 1907 wurde in St. Petersburg zwischen Rußland und England ein Abkommen geschlossen, in dem beide die Oberhoheit („droits suzerains") Chinas über Tibet anerkannten und sich verpflichteten, die Integrität Tibets zu achten, sowie sich jeglicher Einmischung in seine innere Verwaltung zu enthalten. Daß Rußland auf das englische Vorgehen in Tibet ebenso unmutig hinsah wie Japan, geht aus diesem Abkommen zur Genüge hervor — wenn es nicht schon nach der ganzen Lage der Dinge in Mittel-Asien offenkundig gewesen wäre. Als England in Lha-sa seine Triumphe zu feiern glaubte, tobte der russisch-japanische Krieg, und daran schlossen sich die bekannten revolutionären Vorgänge, die Rußlands Betätigung stark behinderten. Aber im Jahre 1907 war die Lage wieder soweit gefestigt, daß ein gleichzeitiges weiteres Brüskieren von Rußland und China nicht ratsam schien. Zudem war Rußlands Wohlwollen durchaus nötig für die Politik gegen Deutschland, der alle sonstigen englischen Interessen untergeordnet werden; China aber — das hatte seine Haltung gezeigt — konnte man nicht mehr ohne weiteres alles das bieten, was man ihm bei früheren Gelegenheiten geboten hatte. Ob und inwieweit Rücksicht auf den japanischen Bundesgenossen in Betracht kam, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hielt man es in London für geboten, die Pläne in Tibet einstweilen zurückzustellen und trotz aller beweglichen Klagen des indischen Vizekönigs China gegenüber eine nachgiebige Haltung einzunehmen. „Seiner Majestät Regierung erachtet es zur Zeit nicht für notwendig, die chinesische und die tibetische Regierung auf die Verstöße gegen das Abkommen von Lha-sa hinzuweisen", schrieb der Staatssekretär für Indien am 6. September 1907 nach Kalkutta als Antwort auf das am 18. Juli von der indischen Regierung eingereichte Sündenregister (Blaubuch Nr. 204). Aber die weitere Entwicklung der Dinge in Tibet sollte die englische Selbstbescheidung auf eine harte Probe stellen.

Als das anglo-indische Expeditionskorps 1904 nach Lha-sa vorrückte, war der Dalai Lama nach der Mongolei entflohen. Der britische Kommissar Younghusband ließ deshalb sein Abkommen durch den Groß-Lama *(Rin po tschhe)* des Klosters Galdan[1]) mit dem Siegel des Dalai Lama versehen und außerdem von den Äbten dreier großer Klöster, sowie von dem weltlichen Staatsrat (s. oben S. 258) unterstempeln. Vermutlich bestand der Text für die Lamas aus ebenso viel Rätseln wie er Sätze enthielt. Der Dalai Lama hielt sich längere Zeit in Urga in der Mongolei nahe der russischen Grenze auf, wechselte dann aber mehrfach seinen Wohnort und kam im Sommer 1906 nach Kansu. Der Kirchenfürst war in einer üblen Lage: die Engländer, die ihn vertrieben, haßte er; China erschien ihm zu schwach, um ihm wirksamen Schutz zu gewähren, aber zu stark, als daß er sich mit mongolischer Hilfe in einer Gegnerschaft zu der Kaiserlichen Regierung hätte behaupten können. Nach Lha-sa wagte er sich offenbar nicht zurück, weil er annahm, daß er dort wegen der Schändung des Landes seiner Stellung nicht mehr sicher war. So wandte er sich denn abermals dahin, wo er schon im Jahre 1900 einmal politische Beziehungen angeknüpft hatte, als ihm das Ende der mandschurischen Dynastie nahe und der Augenblick gekommen zu sein schien, sich nach einem neuen Schutzherrn der „Gelben Lehre" umsehen zu müssen,[2]) nämlich an den „Weißen Zaren" von Rußland. Der oft genannte Burjät Dorjeff, der schon wiederholt als diplomatischer Vermittler tätig gewesen war, erschien auch jetzt, im Frühjahr 1906, wieder in Petersburg und wurde vom Zaren in Audienz empfangen. Im Auftrage des Dalai Lama übergab er eine Anzahl Geschenke und bat um Schutz, damit sich der vertriebene Kirchenfürst in sein Land zurückbegeben könne. Der Zar antwortete dem Boten mit einigen nichtssagenden Freundlichkeiten und ließ — höchst loyaler Weise — das Ansuchen des Dalai Lama dem englischen Botschafter mitteilen (Blaubuch Nr. 74). Rußland war jetzt nicht in der Lage, sich auf Unternehmungen in Tibet einzulassen, und außerdem war der herumirrende „Papst" ein Faktor von zu unsicherem Werte, als daß sich eine große Rechnung damit hätte aufstellen lassen.

China, das noch mit sehr vielen anderen Sorgen zu kämpfen hatte, waren natürlich die Neigungen des Dalai Lama, wieder einmal nach einem neuen Schutzherrn zu suchen, nicht verborgen geblieben, und wenn ihm die nötigen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, würde es den Hierarchen schon früher von der Unzweckmäßigkeit solcher Neigungen überzeugt haben. Aber nunmehr drängten die Ereignisse dort zum Handeln. Schon im Frühjahr 1905 waren die

[1]) Im englischen Texte ist das Kloster Ga-den genannt, entsprechend der heutigen Aussprache. Es liegt etwa 40 km östlich von Lha-sa und ist von Tsong-kha-pa (s. oben S. 256) selbst gegründet. Es ist eins von den vier großen Klöstern des Landes, deren Mönche nach tausenden zählen und die machtvolle Kirchen für sich bilden. Drei davon haben das Abkommen von Lha-sa unterzeichnet.

[2]) Vergl. oben S. 257.

tangutischen Stämme in den östlichsten Teilen von Tibet, die bereits in ein engeres Verwaltungs-Verhältnis zur Provinz Ssĕtschuan gebracht sind, auf Anstiften der Lamas zur offenen Rebellion übergegangen, hatten einen hohen chinesischen Beamten und zwei französische Missionare erschlagen und drohten, Chinesen wie Europäer aus ihrem Lande zu verjagen. Es verdient hier hervorgehoben zu werden, daß die erregte Stimmung der Tibeter in erster Linie gegen die Fremden, d. h. die Engländer, gerichtet war, gegen die chinesische Regierung aber nur insoweit, als die Lamas meinten, daß diese zu schwach oder nicht willens wäre, das Land gegen den fremden Feind zu schützen. Dem General-Gouverneur von Ssĕtschuan gelang es, den Aufstand völlig niederzuschlagen, und zwar nicht zum wenigsten infolge des energischen und klugen Eingreifens eines Mannes, der in der tibetischen Frage vielleicht noch eine große Rolle zu spielen berufen ist, nämlich des jetzt oft genannten Tschao Ör Fêng,[1]) damals Taotai und Eisenbahn-Direktor in Tschêngtu (Ssĕtschuan). Nach Beruhigung des Landes wurde er 1906 zum Kaiserlichen Kommissar für die Grenzbezirke von Ssĕtschuan und Yünnan ernannt, offenbar in der Absicht, dort eine neue chinesische Verwaltung einzurichten, den Einfluß der Lamas zu brechen und die Umwandlung in eine chinesische Provinz mit der Hauptstadt Batang vorzubereiten.[2]) Tschao's Erfolge gegen die rebellischen Lamas veranlaßten indessen die Regierung in Peking, seine Aufgabe zu erweitern. Im Sommer 1907 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des General-Gouverneurs von Ssĕtschuan betraut, während sein Bruder Tschao Ör Sün, der sich als Statthalter in der Mandschurei unter äußerst schwierigen Verhältnissen nach dem russisch-japanischen Kriege gleichfalls als ein sehr geschickter Diplomat bewährt hatte,[3]) für die endgültige Übernahme dieses Postens in Aussicht genommen wurde, sobald er abkömmlich war. Im März 1908 erfolgte die Ernennung Tschao Ör Sün's und gleichzeitig wurde sein energischer Bruder als Kaiserlicher Kommissar (Amban) nach Tibet geschickt. So war denn die neue tibetische Politik Chinas auf eine feste Grundlage gestellt: die Ernennung der beiden in gleicher Weise hervorragenden Brüder für Stellungen, in denen sie sich gegenseitig in die Hände arbeiten konnten, zeigte, daß man in Peking die drohende Lage erkannt hatte und entschlossen war, ihr zu begegnen.

Die Aufgabe, die chinesische Herrschaft in Tibet wirksamer zu machen als bisher, war nach dem Vertrage vom 27. April 1906 keine leichte, aber im Hinblick auf das englisch-russische Verhältnis auch keine unlösbare. Am 8. Februar 1908 wurde Tschumbi in Süd-Tibet zwischen Nepal und Bhutan von der englischen Besatzung geräumt, nachdem am 1. Januar die letzte Rate der den Tibetern auferlegten

[1]) Vergl. oben S. 127 Anm. 2.

[2]) Eine Übersetzung der neuen Verwaltungs-Ordnung für das Batang-Gebiet vom 6. April 1906 hat der englische General-Konsul in Tschêngtu seinem Berichte vom 29. Dezember 1906 beigefügt. (Blaubuch Nr. 159.)

[3]) Vergl. oben S. 127.

Kriegsentschädigung von China bezahlt war. Die indische Regierung hatte sich bis zuletzt dieser Räumung auf das heftigste widersetzt, aber der Staatssekretär in London wies in seiner entscheidenden Antwort vom 2. Januar 1908 darauf hin, daß bei „den Eigentümlichkeiten der chinesischen Diplomatie" durch eine Verlängerung der Besetzung des Tschumbi-Tales die englische Stellung immer schwieriger, und „Seiner Majestät Regierung gesamte Politik in Asien bis zu einem gewissen Grade der Lächerlichkeit preisgegeben (stultified) werden würde" (Blaubuch No. 213). Am 20. April wurden die neuen Handels-Bestimmungen zwischen dem englischen und chinesischen Bevollmächtigten unter Hinzuziehung eines tibetischen Vertreters, der — wie es in der Präambel heißt — „nach den Weisungen des chinesischen Bevollmächtigten zu handeln hat", in Kalkutta abgeschlossen, und damit hatte China den Beweis geliefert, daß es mit England in Frieden auszukommen wünschte, so lange dies von ehrlichen Absichten geleitet ist.

Endgültig zu regeln blieb nun das Verhältnis zum Dalai Lama. Daß man in Peking die wohlbekannten politischen Intriguen des Kirchenfürsten während der letzten Jahre nur notgedrungen unbestraft gelassen hatte, war schon vorhin bemerkt. Nach seiner Flucht von Lha-sa waren die leitenden Männer der Regierung offenbar selbst nicht klar über die Haltung, die sie ihm gegenüber einnehmen sollten. Einerseits hatte er sich zwar als ein höchst unzuverlässiges Werkzeug der chinesischen Macht erwiesen, das man gern durch ein geeigneteres ersetzt hätte, anderseits aber ließ sich annehmen, daß er durch die Enttäuschungen, die er von Rußland erfahren, und besonders durch die Gewalttätigkeit Englands zu einem erbitterten Feinde der Fremden geworden war, und diese Stimmung konnte seiner Loyalität nur förderlich sein. Noch am 28. Dezember 1906 versicherte das Wai-wu pu dem englischen Gesandten, allerdings in einer weit weniger bestimmten Form als bei früheren Gelegenheiten, daß „die chinesische Regierung nicht die Absicht hege, dem Dalai Lama die Rückkehr nach Tibet zu gestatten". (Blaubuch Nr. 126.) Es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß gerade damals die gegenteilige Entschließung bereits die Oberhand gewonnen hatte. Vermutlich hatte hierzu die Erwägung beigetragen, daß die unruhigen Verhältnisse in Tibet, von denen man ja eben im Batang-Gebiet eine bedenkliche Äußerung erlebt hatte, unbedingt gefestigt werden mußten, und daß dies, wenn man sich keinem kostspieligen Kriege aussetzen wollte, immer noch am besten mit Hilfe des Dalai Lama zu bewirken war. So wurde denn dem herumwandernden Pontifex, nachdem er von Urga nach dem westlichen Kansu gekommen war, amtlich nahegelegt, sich nach Peking zur Audienz zu begeben, worauf er seinem Wunsche entsprechend so rasch wie möglich nach Lha-sa zurückkehren könne. Die Audienz, namentlich wenn ihr die richtige Form gegeben wurde, hatte zugleich den Vorteil, daß sie die Oberhoheit Chinas über Tibet, die England anzuzweifeln für gut befunden hatte, vor aller Welt aufs neue dartun

konnte.[1]) Der Dalai Lama war indessen weit entfernt davon, die Einladung ohne weiteres anzunehmen. Er war ebenso mißtrauisch hinsichtlich der Dinge, die ihn in Peking, wie der, die ihn in Lha-sa erwarten konnten. So zogen sich die Verhandlungen durch das ganze Jahr 1907 hin, und noch im Januar 1908 erklärte ein Abgesandter des Lamas, der angeblich als Tributbringer für den Kaiser nach Peking gekommen war, dem englischen Gesandten, daß sein Herr sich zunächst nach dem Wu-t'ai schan, dem berühmten lamaistischen Heiligtume in der Provinz Schansi, begeben und dann, ohne Peking zu berühren, nach Tibet zurückkehren würde. Der Abgesandte, der auch auf verschiedenen anderen fremden Gesandtschaften in Peking Besuche abstattete (was ohne Zweifel geschah, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen), teilte dem englischen Vertreter Sir John Jordan mit, daß dem Dalai Lama nunmehr viel an freundschaftlichen Beziehungen zu Indien gelegen sei, und daß „er die Lage der Dinge jetzt vollkommen verstände". Der Gesandte erwiderte kühl, daß „er nicht in der Lage sei, zu sagen, wie die Rückkehr des Dalai Lama von der englischen Regierung angesehen werden würde".[2]) Es kann nicht wunder nehmen, daß England dem stets zum Intrigieren geneigten Priester jetzt ebensowenig traute wie Rußland. — Im Frühjahr 1908 siedelte der Dalai Lama in der Tat nach einem Kloster des Wu-t'ai schan über;[3]) von dort wurden die Verhandlungen mit Peking weiter geführt, und nachdem man sich über die Schwierigkeiten des Zeremoniells — das hier durchaus nicht bedeutungslos war, da der Grad der Abhängigkeit des Kirchenfürsten vom Kaiser von China darin zum Ausdruck kommen sollte — auf einer mittleren Linie geeinigt hatte, traf er am 28. September in Peking ein, wurde von der Kaiserin-Mutter und dem Kaiser in Audienz empfangen und verhandelte dann über alles weitere mit den zuständigen Ministern. Am 3. November erschien ein Edikt, in dem dem Dalai Lama verschiedene Auszeichnungen verliehen und außerdem 10000 Taels jährlich als staatliches Gehalt zugebilligt wurden. Ferner wurde darin ausgesprochen, daß er nach seiner Rückkehr „den Satzungen des die Oberherrschaft führenden Staates" gehorsam sein solle, und daß er alle Mitteilungen oder Anträge an den Kaiserlichen Kommissar (Amban)

[1]) Ein Bericht im „Bulletin de l'École française d'Extrême-Orient" Bd. IX S. 416 gibt an, daß die Chinesen bereits seit dem Abschluß des Sikkim-Vertrages mit England von 1890 versucht hätten, den Dalai Lama zu veranlassen, nach Peking zu kommen, „afin d'affirmer leur suzeraineté aux yeux des étrangers". Mir ist von solchen Versuchen nichts bekannt, aber unwahrscheinlich ist die Tatsache nicht.

[2]) Blaubuch Nr. 222 und 233. Leider ist der interessante Bericht des Gesandten in dem Blaubuche nur im Auszuge gegeben.

[3]) Die Zeit, die der Dalai Lama in der Provinz Schansi zugebracht hat, war nicht leicht für die Bevölkerung. Sein aus mehreren hundert Personen bestehendes Gefolge brandschatzte das Land nicht weniger als es chinesische Beamte zeitweilig in Tibet getan haben sollen. Während eines Aufenthaltes auf dem Wu-t'ai schan im Herbst 1908 fand ich in Dörfern und Städten Proklamationen des Gouverneurs, die das Volk zum Frieden und zur Geduld mahnten, und in der Land-Bevölkerung waren bittere Klagen zu hören. Chinesische und tibetische Beamte haben sich nichts vorzuwerfen.

in Lha-sa zu richten habe. Diese letztere Anordnung verstimmte den Lama tief, da er auf das Recht, unmittelbar an den Thron zu berichten, aus leicht verständlichen Gründen besonderen Wert legte. Sein Wunsch, die Bestimmung rückgängig zu machen, scheiterte indessen an dem Widerstande der Regierung, die mit dieser Haltung einen kaum verständlichen Fehler beging. Ihre Ablehnung entsprang jenem halsstarrigen Anklammern an „Grundsätze", das China schon so oft recht teuer zu stehen gekommen ist.[1]) Aber auch die sonstigen Pläne der Regierung entsprachen nicht alle dem Geschmack des Dalai Lama. Zwar mit den vorgeschlagenen Reformen in Beamtenwesen, Polizei, Militär, Finanzen, Volksbildung, Verkehr u. a. (sogar eine Eisenbahn von Ssëtschuan aus kam in Betracht) war er durchaus einverstanden, aber der Absicht, Tibet in zwei Provinzen unter einem chinesischen General-Gouverneur zu verwandeln, widersetzte er sich in der Erkenntnis, daß diese Neuordnung ihn jeglicher politischer Macht berauben und lediglich zu einem kirchlichen Würdenträger machen würde, eine Reform, die in der Tat ein leitender Gedanke für die chinesische Regierung geworden war. Unglücklicherweise starben Mitte November die Kaiserin-Mutter und der Kaiser, und die nun folgende Trauer machte allen weiteren Verhandlungen ein Ende. Trotzdem schien ein leidliches Einvernehmen zwischen der Regierung und dem Dalai Lama hergestellt zu sein, und am 21. Dezember verließ der letztere Peking, um nach seiner fernen Residenz zurückzukehren, wo nach seiner Anwesenheit jetzt dringend verlangt wurde.

Tschao Ör Fêng, der im März 1908 als Kommissar oder Statthalter nach Tibet geschickt war, hatte dort sogleich Reformen in der Verwaltung eingeleitet und namentlich dem Unterrichtswesen seine Aufmerksamkeit zugewendet. Vermutlich hatte er zu diesem Zwecke nach dem Vorbilde in den chinesischen Provinzen von den Lama-Klöstern Geldmittel und Räumlichkeiten für Schulen verlangt[2]), jedenfalls setzten die Mönche seinen Plänen einen erbitterten Widerstand entgegen, reizten die Bevölkerung auf und gingen im September zur offenen Empörung über. Tschao verfügte nur über eine ganz unbedeutende und schlecht bewaffnete chinesische Streitmacht, trotzdem gelang es ihm, wenigstens in und bei Lha-sa die Ruhe wiederherzustellen. Dagegen befanden sich die Grenzgebiete, nicht zum wenigsten das berüchtigte Batang, andauernd in hellem Aufruhr, und der Statthalter meldete am 8. November nach Peking, daß er bei seinen

[1]) W. W. Rockhill, der damalige amerikanische Gesandte in Peking und jetzige Botschafter in Petersburg, zugleich einer der wenigen wissenschaftlichen Tibet-Kenner, hat in seiner oben erwähnten Arbeit in „T'oung Pao" Bd. XI (s. oben S. 255 Anm. 1) den Aufenthalt des Dalai Lama in Peking ausführlich beschrieben. Auch er verurteilt die Haltung der chinesischen Regierung in dieser Frage und meint: „Es kann wenig oder kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewährung dieses Rechtes vorteilhaft für Tibet und in keiner Weise abträglich für Chinas beste Interessen dort sein würde." (S. 86 Anm. 2.) Die Regierung in Peking würde ein gutes Mittel bekommen haben, das Treiben ihrer unfähigen oder pflichtvergessenen Beamten in Tibet zu überwachen und richtig zu stellen.

[2]) Vergl. oben S. 160.

ungenügenden Mitteln den tibetischen Zuständen gegenüber machtlos sei, zumal die Bewegung offenbar von Ausländern unterstützt würde[1]). Zugleich bat er wiederholt, wie bereits im August und September, daß der Dalai Lama zu schleunigster Rückkehr veranlaßt werden möge, damit er seinen Einfluß zur Beruhigung des aufsässigen Klerus und der verhetzten Bevölkerung geltend machen könne. Auf diese Nachrichten hin raffte sich die Zentrale nunmehr zu energischem Handeln auf. Die General-Gouverneure von Ssĕtschuan und Schensi-Kansu erhielten Befehl, sofort alle verfügbaren Truppen nach Tibet zu werfen und sie bis zur völligen Beruhigung des Landes dort zu lassen; das Finanzministerium wurde angewiesen, ausreichende Geldmittel für den Unterhalt der Truppen zu beschaffen. Der Dalai Lama mußte auf Ersuchen der Regierung von Peking aus Ermahnungen an seine Untergebenen und die Bevölkerung richten. Ehe indessen noch die neuen Verstärkungen eintrafen, war Tschao Ör Fêng mit Hilfe der ihm von seinem Bruder aus Ssĕtschuan geschickten Truppen (anscheinend zwischen 2000 und 5000 Mann) und einer Summe von 500 000 Taels bereits wieder Herr der Lage geworden, und am 10. Dezember konnte er nach Peking melden, daß der Aufstand in Tibet beendet sei.

Erst am 25. Dezember 1909 traf der Dalai Lama nach einer Meldung des englischen Handels-Agenten von Yatung in Lha-sa wieder ein (Blaubuch Nr. 295).[2]) Seine Anwesenheit in Tibet verbesserte die Lage dort nicht, wie man gehofft hatte, sondern trieb sie vielmehr sehr rasch einer Krisis entgegen. Tschao Ör Fêng hielt sich den Winter 1908/09 in Ta-tsien-lu in West-Ssĕtschuan auf und leitete von da die Neuordnung der Verwaltung im Batang-Gebiete, das als eine Präfektur in die Provinz eingegliedert werden sollte. In Lha-sa vertrat seine Stelle der zweite Kommissar Wên Tsung Yao. Der Dalai Lama hatte während seiner Rückreise und bei seinem Aufenthalte in den Klöstern Gelegenheit, zu beobachten, wie das neue chinesische Regiment sich im Lande fühlbar machte, und wie ihm, wenn dies andauern sollte, von seiner weltlichen Macht bald nicht viel mehr übrig bleiben würde. Unter diesen Umständen und vielleicht getrieben von den um ihren Einfluß besorgten Klerikern, beschloß er noch vor seiner Ankunft in Lha-sa, den chinesischen Maßnahmen entgegenzutreten und sich zu diesem Zwecke englischer Hilfe zu bedienen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch die englische Oberherrschaft an die Stelle der chinesischen zu setzen. Er sandte Boten zu dem indischen Vizekönig in Kalkutta und zum englischen Gesandten in Peking mit der Bitte, sich der angeblich von chinesischen Truppen bedrängten Tibeter anzunehmen. Die von beiden Seiten gegebene

[1]) Eine Inhaltsangabe von den Berichten Tschao Ör Fêng's findet man im „Bulletin de l'École française d' Extrême-Orient" Bd. IX S. 417.

[2]) Wenn diese Angabe zutrifft, muß der Dalai Lama sich sehr lange in den verschiedenen Klöstern aufgehalten haben. Das von ihm an den englischen Gesandten gerichtete Schreiben (s. unten) war vom 12. November 1909 und von einem nur drei Tage von Lha-sa entfernten Kloster datiert. (Blaubuch Nr. 312.)

mündliche Antwort war, daß Vertragspflichten China und Rußland gegenüber ein Eingreifen der englischen Regierung in die innere Verwaltung Tibets ausschlössen (Blaubuch Nr. 302 und 312). Daß die lamaistische Hierarchie aber fest auf die anglo-indische Unterstützung rechnete, geht aus der Tatsache hervor, daß sie während des Winters 1909/10 ganz offen militärische Maßnahmen zum bewaffneten Widerstande gegen den chinesischen Statthalter traf: neue Truppen-Abteilungen wurden gebildet und planmäßig nach Osten vorgeschoben, Lha-sa selbst erhielt eine verstärkte Besatzung, und wichtige strategische Punkte am Wege nach Batang wurden in Verteidigungszustand gebracht. Ob und inwieweit englische Agenten Veranlassung zu den tibetischen Hoffnungen gegeben haben, ist nach dem hier vorliegenden Material nicht festzustellen. Wiederholte Aufforderungen des Statthalters an die Regierung in Lha-sa, die Truppen zu entfernen, blieben erfolglos, und so sah sich die chinesische Regierung bereits am 12. November 1909 veranlaßt, dem englischen Gesandten die Mitteilung zu machen, daß sie im Hinblick auf die ernste Lage in Tibet die Entsendung einer Truppen-Abteilung nach Lha-sa in Erwägung zöge (Blaubuch Nr. 292). Tschao Ör Fêng war in der Tat auch bereits mit seinen Ssĕtschuan-Truppen in Kham (auch Tschiamdo auf den Karten genannt, s. oben S. 258) eingerückt; er selbst blieb dort und sandte, immer in der Absicht, alles friedlich zu ordnen, kleine Truppen-Abteilungen nach Westen vor. Am 12. Februar 1910 erreichte die erste davon — offenbar nicht mehr als 250 Mann, nach einem Bericht des englischen Handels-Agenten sogar nur 40 (Nr. 304) — die Umgegend von Lha-sa. Auf irgend welchen ernstlichen Widerstand scheinen diese gut disziplinierten Truppen nicht gestoßen zu sein, das ergibt sich schon aus der Möglichkeit des Vordringens einer so kleinen Abteilung. Der Dalai Lama aber, der seiner Stellung bei den eigenen Glaubensgenossen sehr wenig sicher gewesen sein muß, ergriff mit einigen Getreuen noch in derselben Nacht die Flucht, um sich seinen englischen Freunden in Indien in die Arme zu werfen. Am 24. Februar erreichte er die indische Grenze und am 2. März Darjiling, wo er als ein wertvolles Instrument für weitere anglo-indische Pläne feierlich aufgenommen wurde. Am 14. März empfing ihn der Vizekönig in Kalkutta und ließ sich von ihm außer anderen Schauer-Geschichten auch die infernalischen Pläne der chinesischen Regierung mit Bezug auf Sikkim, Bhutan und Nepal berichten, um sie dann gewissenhaft nach London zu melden (Nr. 337). Dort werden sie der politischen Rüstkammer einverleibt und bei passender Gelegenheit hervorgeholt, um als Beweisstücke dafür zu dienen, daß englische Interessen bedroht und Gegenmaßregeln nötig sind. Der Dalai Lama befindet sich auch heute noch unter englischem Schutze in Darjiling.

Tschao Ör Fêng hatte inzwischen mit seinen 2000 Mann guter Truppen — das war alles, was ihm zur Verfügung stand — sein Werk fortgesetzt. Im Januar 1910 meldete der englische General-Konsul in Ssĕtschuan, daß die chinesischen Streitkräfte in den

tibetischen Grenzgebieten überall erfolgreich gewesen wären und das Land besetzt hätten, ohne Verluste zu erleiden (Nr. 309), und der englische Gesandte telegraphierte unter dem 15. Februar, daß „nach Mitteilungen des Militär-Attachés Tschao Ör Fêng strenge Disziplin unter seinen Truppen hielte, die sich keine Ausschreitungen hätten zu Schulden kommen lassen“ (Nr. 303). Damit erledigen sich die blutrünstigen Geschichten, die sich die indischen Beamten von den flüchtigen Lamas haben liefern lassen. Durch Edikt vom 25. Februar wurde der Dalai Lama wegen „wiederholten Verrats“ seiner Stellung entsetzt und die Wahl eines neuen Dalai Lama angeordnet. Dieser Akt, der in der Geschichte der chinesisch-tibetischen Beziehungen nicht einmal ohne Vorgang ist[1]), war staatsrechtlich unangreifbar; nur die indische Regierung erklärte in ihrer überlegenen Weisheit, daß „die Stellung des Dalai Lama als geistliches Oberhaupt durch das chinesische Absetzungs-Edikt nicht berührt würde“ (Nr. 323). Wenn man bedenkt, daß dieser verlogene Intrigant viele Jahre hindurch (er übernahm sein Amt 1895) eine beständige Gefahr für die chinesische Herrschaft in Tibet gewesen ist, indem er erst mit Rußland, dann mit England und zeitweilig mit beiden kokettierte, je nachdem ihm die Stellung des einen oder des andern mehr Aussicht für seine Absichten seinem schwachen Souverän gegenüber zu bieten schien, und wie er durch sein Verhalten in seiner eigenen Hierarchie offenbar jedes Ansehen verloren hatte, so erscheint die einfache Absetzung noch als ein sehr maßvolles Urteil[2]), wenngleich dabei weniger die Milde der Regierung in Peking als der Zwang der Verhältnisse bestimmend gewesen sein mag.

Die Entsagungsfähigkeit der indischen Regierung aber, die nunmehr „Seine Heiligkeit“ unter ihren Flügeln hatte und den Drang verspürte, die beleidigte buddhistische Kirche zu schützen, sowie die frommen Tibeter von der chinesischen Tyrannei zu befreien, wurde auf eine harte Probe gestellt, als die Londoner Zentrale eine „durchaus verpflichtungslose Haltung“ („a strictly non-committal attitude“) anbefahl (Blaubuch Nr. 316 und 329), nicht etwa aus Achtung vor den Rechten Chinas, wie jemend naiverweise glauben könnte, sondern lediglich im Hinblick auf die Empfindlichkeit Rußlands, die jetzt, aus den oben erwähnten Gründen, auf keinen Fall verletzt werden durfte. Um sich aber den Weg für die Zukunft offen zu halten, ließ Sir Edward Grey am 8. April 1910 in Peking erklären, daß England keine Veränderungen in der Verwaltung Tibets dulden würde, die geeignet wären, die Integrität (!) Nepals, Sikkims oder Bhutans zu berühren (Nr. 347), oder mit anderen Worten: daß England auf der Erhaltung einer wirklichen (effective) einheimischen

[1]) Im Jahre 1720 wurde gleichfalls der Dalai Lama durch die chinesische Regierung entfernt. Vergl. Rockhill a. a. O. S. 41.

[2]) Rockhill (a. a. O. S. 91 f.) fällt nach persönlichen Eindrücken ein verhältnismäßig günstiges Urteil über den Dalai Lama. Aber als er schrieb, waren die Ereignisse von 1909 und 1910 noch nicht eingetreten und die Schriftstücke des letzten englischen Blaubuchs noch nicht erschienen.

Regierung in Tibet bestehen müsse, wie schon am 23. Februar von Grey nach Peking telegraphiert war (Nr. 315). Die Fiktion einer eigenen tibetischen Regierung ist allerdings eine Vorbedingung für das Gelingen der künftigen englischen Pläne. Schon am 8. Januar 1910 hatte die indische Regierung mit Bhutan einen Vertrag abgeschlossen, wodurch dieses gegen eine jährliche Zahlung von 100000 Rupien an England das Recht verkaufte, die auswärtigen Beziehungen des kleinen Staates zu lenken.[1]) Völkerrechtlich betrachtet ist dieser Vertrag ebenso ungültig wie der mit Tibet im Jahre 1904 geschlossene. Bhutan ist ein Vasallen-Staat von Tibet und somit auch von China,[2]) seine Regierung ist also überhaupt nicht befähigt, irgend welche internationalen Abkommen zu treffen. Aber in Inner-Asien gelten andere Rechtsnormen, wenn es sich um eine schwache Regierung handelt. Jedenfalls hat England durch Vervollständigung seines Protektorats über die drei tibetischen Grenz-Staaten, durch seinen Vertrag mit der „tibetischen Regierung" und durch die Erklärung, keine Änderungen in der Verwaltung Tibets dulden zu wollen, alle ihm zur Zeit möglichen Vorbereitungen getroffen, um bei der nächsten geeigneten Gelegenheit seine Pläne weiter fördern zu können. Die eigentlichen Früchte seiner Expedition von 1904 hat es zwar wieder herausgeben müssen, aber es kann jetzt in Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge abwarten, und die indische Regierung wird sich einstweilen zu gedulden haben. —

Wie schwer den englischen Imperialisten diese Geduld allerdings wird, das zeigt sich am deutlichsten in der Haltung des hervorragendsten Vertreters der anglo-indischen Vorwärts-Politik, nämlich Sir Francis Younghusbands, des Leiters der Expedition nach Lha-sa und bisherigen Residenten von Kaschmir, der sich jetzt in England befindet. Im August 1910 richtete er ein langes Schreiben an die „Times,"[3]) in dem er eine bewegliche Klage darüber anstimmte, daß „die schlauen Chinesen sich mit zäher Beharrlichkeit wiederum zwischen Engländer und Tibeter eingeschlichen hätten", und daß auf diese Weise alle Ergebnisse der Expedition von 1904 wieder verloren seien. Das zeigt, wie der englische Imperialist vollkommen außer Stande ist, seinem politischen Gegner auch nur die aus einer nüchternen Geschichtsbetrachtung herzuleitende Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wenn dies seinen Ausdehnungs-Bestrebungen abträglich ist.

---

[1]) Der Text dieses Vertrages findet sich im Blaubuch unter Nr. 346, gänzlich ohne Zusammenhang mit den übrigen Schriftstücken. Über die Beweggründe und den Zweck der Maßnahme bewahrt das Blaubuch ein vielsagendes Schweigen.

[2]) Rockhill, a. a. O. S. 41, weist darauf hin, daß durch den Sieg der chinesischen Truppen über die Tsungaren i. J. 1720 (s. oben S. 258) „die Suzeränität Chinas über das gesamte Tibet einschließlich Bhutans, sichergestellt worden sei." Eine englische Autorität, R. S. Gundry, berichtet in seinem Buche *China and her Neighbours* (S. 350), wie i. J. 1885 der chinesische Kommissar in Lha-sa einen Streit zwischen dem Fürsten von Bhutan und mehreren seiner Beamten schlichtete, und bemerkt dabei, daß „Bhutan Tibet und somit mittelbar Peking tributpflichtig sei."

[3]) Wochen-Ausgabe vom 5. und 12. August 1910.

Was würde man in England sagen, wenn die Vereinigten Staaten mit Kanada einen politischen Schutzvertrag abschließen wollten und dann, nachdem die notwendigen Folgen hiervon eingetreten wären, ein amerikanischer Younghusband auftreten und klagen würde, daß „die schlauen Engländer sich wiederum zwischen Amerikaner und Kanadier eingeschlichen hätten"! Die Rechte aber, die China über Tibet hat, sind mindestens von derselben Güte, wie die von England über Kanada. Younghusband's Ansichten haben denn auch sogar bei seinen eigenen Landsleuten Widerspruch erfahren. In der „Westminster Gazette" vom 9. August antwortete „ein alter Bewohner Pekings" — in dem der Kenner unschwer eine bekannte autoritative Persönlichkeit vermuten wird — mit Hervorkehrung des Bildes, das die tibetische Frage von der chinesischen Seite bietet, und erklärte am Schlusse seiner Ausführungen:[1]) „Bei aller Achtung vor Sir Francis Younghusband und der „Times" möchten wir daher zur Erwägung stellen, daß unsere richtige Politik nunmehr dahin geht, China gegenüber die höchste Ehrlichkeit zu betätigen. Wir mögen ihm immerhin Ratschläge und Warnungen wegen unserer „Rechte" zukommen lassen, allein wir sollten beherzigen, daß China auch „Rechte" besitzt, und daß die Art und Weise, wie es sie erworben hat, sich nicht um ein Haar von der unsrigen im Punkte der Ehrlichkeit und Sittlichkeit, soviel davon überhaupt in der politischen Welt die Rede sein kann, unterscheidet." Auch Dr. Morrison, der Vertreter der „Times" in Peking, sprach sich auf einem ihm zu Ehren in einem Londoner Klub veranstalteten Banket in Gegenwart und unter dem Widerspruche Younghusband's, ähnlich aus. „Es ist schwer zu verstehen", sagte er, „warum irgend ein Gefühl des Unmuts China gegenüber bestehen sollte, wenn dies die ihm jetzt gegebene Gelegenheit benutzt, um seine Autorität in Tibet auszudehnen. Nach allen früheren Erfahrungen ist der Chinese dem Tibeter überlegen, überlegen als Kaufmann und überlegen als Arbeiter, er ist eine Persönlichkeit, die für handelspolitische, wie für diplomatische Beziehungen angenehmer ist."[2]) Es ist immer wieder dieselbe Erscheinung: die anglo-indischen Politiker haben durch ihren langen Umgang mit unterworfenen Völkerschaften offenbar die Fähigkeit verloren einzusehen, daß es auch in Asien noch selbständige Staaten gibt, die den Anspruch erheben, ihre Rechte wahren zu dürfen, und die nicht immer das als vorteilhaft erkennen können, was den indischen Ausdehnungs-Bestrebungen notwendig scheint. Die englische Gesandtschaft in Peking wird davon zu sagen wissen.[3])

---

[1]) Ich zitiere nach der „Kölnischen Zeitung" vom 11. August 1910.

[2]) „London and China Express" vom 14. Oktober 1910.

[3]) Während diese Zeilen in den Druck gehen sollen, erscheint das sehr interessante neue Buch von Younghusband, *India and Tibet*, leider zu spät, um noch ausführlich gewürdigt werden zu können. Aber ein flüchtiges Studium genügt, um zu zeigen, daß es die in dem Schreiben an die „Times" angeschlagene Melodie weiter singt. Es tritt unbedingt für eine starke „Vorwärts-Politik" von Indien aus ein, mit einer Motivierung, wie sie ja aus den Phrasen-Sammlungen des englischen politischen „Cant" bekannt ist. „Humanität", „Großherzigkeit" und vor allem „Aufrechterhaltung der Ordnung" sind, wie üblich, das wesentliche dabei.

Die weitere Entwicklung der tibetischen Frage läßt sich nach dem, was bisher geschehen, im Verein mit den Erfahrungen, die man sonst mit der englischen Politik gemacht hat, mit einiger Sicherheit vermuten. Das nächste Ziel, die Beseitigung der chinesischen Herrschaft über Tibet als Vorbereitung für die Erklärung des englischen Protektorats, glaubte man nach dem Abschluß des Vertrages von Lha-sa erreicht zu haben. Noch am 15. November 1905 erklärte Lord Landsdowne ärgerlich: „der Vorschlag der chinesischen Regierung, die Kriegsentschädigung für Tibet zu übernehmen, sei nur zu dem Zwecke gemacht, um deren theoretisches (!) Recht auf Oberherrschaft über die tibetische Regierung wiederherzustellen" (Blaubuch No. 43).[1]) Die Verhältnisse waren aber doch stärker als die indischen Autoritäten die heimische Regierung hatten glauben gemacht, und man mußte sich zunächst mit dem Rechte begnügen, mit tibetischen Behörden — und auch das noch unter starken Einschränkungen — unmittelbar verhandeln zu dürfen. Um nun den verlorenen Boden wiederzugewinnen, wird man mit allen Mitteln verhindern müssen, daß zwischen Chinesen und Tibetern ein gutes Verhältnis besteht. Man wird den letzteren die Überzeugung beizubringen haben, daß sie von den Chinesen brutal geknechtet werden, und daß ihre Religion insbesondere verfolgt wird. Man wird ihnen dann nahelegen, daß die englische Herrschaft in Indien eine viel verständnisvollere sei, bis schließlich eine Partei (am zweckmäßigsten die bedrohten Lamas) den Vizekönig in Kalkutta um Schutz gegen die unerträgliche Tyrannei bittet. Daß man schon seit Jahren damit beschäftigt ist, eine solche Partei in Tibet zu schaffen, darauf deutet nicht bloß der oben erwähnte Bericht Tschao Ör Fêng's vom 8. November 1908, sondern wird auch bereits in dem großen Werke der französischen Expedition von Dutreuil de Rhins offen ausgesprochen. Man liest dort (F. Grenard, *J.-L. Dutreuil de Rhins, Mission Scientifique dans la Haute Asie* 1890—95, Teil II. S. 434): „Gewisse Anzeichen berechtigen zu dem Glauben, daß englisches Geld in die Hände einflußreicher Persönlichkeiten von Tibet gelangt, um sie für Dienste, und zwar geleistete oder erwartete, politischen Charakters zu bezahlen." Im übrigen meint derselbe Gewährsmann (a. a. O. S. 433): „Chinesen und Tibeter puffen sich wohl manchmal gegenseitig, aber sie sind vollkommen einig gegen die Fremden." Rockhill, der Land und Volk von Tibet aus wiederholtem längerem Aufenthalte dort, sowie aus gründlichen Geschichtstudien recht genau kennt, urteilt am Schlusse seiner mehrfach angeführten Abhandlung (S. 90) folgendermaßen über das Verhältnis zwischen China und Tibet: „Die obige Studie der Beziehungen Tibets zu China während der letzten dreihundert und mehr Jahre hat, hoffe ich, den wirklichen Charakter und

[1]) Es war eine Unbedachtsamkeit, daß man diese stark kompromittierende Äußerung des englischen Ministers in das Blaubuch aufnahm. Das Studium des letzteren erweckt überhaupt den Eindruck, daß es nicht mit der Vorsicht zusammengestellt ist, die nach Fürst Bismarck's Erfahrungen *(Gedanken und Erinnerungen* Bd. II. S. 217) sonst in England bei derartigen Veröffentlichungen angewendet wird, um Parlament und Presse zu täuschen.

den Umfang der Selbständigkeit klar gelegt, die Tibet während der letzten hundertundfünfzig Jahre genossen hat, eine Selbständigkeit, mit der die Tibeter, wie ich glaube, vollkommen zufrieden sind. Niemals haben sie einen Anspruch auf völlige oder auch nur auf größere Unabhängigkeit von China erhoben, niemals den Wunsch verlauten lassen, sich der Hilfe und der Führung Chinas zu entziehen, niemals Unzufriedenheit bekundet mit den Reformen von 1793,[1]) die den Erfordernissen des Landes wie den Sitten des Volkes sehr wohl angepaßt sind." Man wird gut tun, sich dieser Angaben und Urteile zu erinnern, wenn man in England wieder von den Hilferufen der bedrückten Tibeter vernimmt. Diese Hilferufe aber werden erschallen, sobald die politische Lage es irgend gestattet; dann wird England die bekannte Pose der völkerbefreienden Macht annehmen und China mit mehr oder weniger sanfter Gewalt zwingen, seine Herrschaft über Tibet aufzugeben, genau wie Japan es einst gezwungen hat Korea „frei zu machen." Sobald aber Tibet allein über seine Geschicke verfügen kann, wird an den Nordgrenzen Indiens „disorder" herrschen, d. h. jener Zustand, der für das britische Weltreich von so unermeßlicher Bedeutung ist, der die „Gefahr für britische Interessen" schafft und die Begründung für bewaffnetes Eingreifen liefert, das dann unter dem üblichen sittlichen Schaugepränge vor sich geht. So wird es England bald für seine schmerzliche, aber unabweisliche Pflicht erklären, zum Schutze für seine „gefährdeten" Grenzstaaten Sikkim, Nepal und Bhutan zunächst das Tschumbi-Tal wieder zu besetzen (wenn dies nicht schon früher geschehen sein sollte) und endlich sein Protektorat über das aus einem hilfsbedürftigen zu einem ordnungsbedürftigen gewordene Tibet zu erklären. Damit wird das große Ziel erreicht sein: die indische Festung hat ihr gewaltiges Glacis erhalten, und zugleich ist das britische Reich bis unmittelbar an die ersehnten oberen Yangtsĕ-Gebiete, das reiche Ssĕtschuan insbesondere, herangeschoben.

Dieses Zukunfts-Programm setzt allerdings für seine Ausführung zwei Dinge voraus: das erzwungene oder erkaufte Einverständnis Rußlands und die dauernde Schwäche Chinas. Wie die Dinge heute liegen, ist auf keins von beiden mit Sicherheit zu rechnen. Die russische Politik muß außerhalb des Rahmens unserer Betrachtung bleiben; was aber China anlangt, so läßt sich zunächst so viel mit unbedingter Sicherheit sagen, daß man dort die englischen Ziele vollkommen erkannt hat, und daß man weiß, wie viel von ihrer Nicht-Erreichung abhängt. Dafür würde, wenn es nicht schon vorher der Fall gewesen wäre,[2]) das letzte englische Blaubuch gründlich gesorgt haben. Der oben erwähnte ehemalige zweite Kommissar in Lha-sa, Wên Tsung Yao, ein Kantonese, der in Amerika erzogen ist, hat sich durch das Studium der Schriftstücke so angezogen gefühlt, daß er sie ins Chinesische übersetzt hat. Mit einem langen Berichte, in

[1]) Sie wurden nach dem siegreichen Kriege gegen die Gorkhas im Jahre 1792 eingeführt. (S. oben S. 260.)

[2]) Vergl. oben den Artikel der *Sin-wên pao* auf S. 277.

dem er seine Auffassungen von den politischen Verhältnissen in Tibet darlegt, hat er seine Übersetzung dem General-Gouverneur von Ssĕtschuan mit der Bitte überreicht, sie dem Throne zu unterbreiten. Der Bericht hat seinen Weg in die chinesische Zeitung *Schi pao* vom 23. und 24. September 1910 gefunden. „Das Studium dieses Blaubuchs", sagt der Übersetzer, „enthüllt die wirklichen Pläne der englischen Politik, und von der Hinterlist, der Verschlagenheit, der heimlichen Gier dieser Politik können die meisten Menschen sich keine Vorstellung bilden." Wên Tsung Yao warnt die Regierung dringend vor den Gefahren in Tibet: der gegenwärtige Friede, so führt er aus, wird nur durch die Eifersucht zwischen Rußland und England gewahrt; aber wir dürfen uns ebenso wenig darauf verlassen, daß diese Eifersucht ewig währt, wie darauf, daß „die Tibeter nicht einmal in den ihnen gestellten Fallen gefangen werden." China muß jetzt rasch, energisch und methodisch handeln. „Man braucht Tibet nicht in Provinzen zu verwandeln, aber man kann es nach dem System der Provinzen verwalten. Man braucht die Sitten der Tibeter denen der Chinesen nicht gewaltsam anzugleichen, aber man kann die Tibeter ebenso wohlwollend und freundlich behandeln wie die Chinesen." Die Würde des Dalai Lama empfiehlt Wên Tsung Yao jetzt, wo ihr Träger abgesetzt sei, überhaupt für immer zu beseitigen und die lamaistische Kirchengewalt unter die Hutuktus[1]) zu verteilen, außerdem aber Militärwesen, Unterricht, Bergbau und Landwirtschaft neu zu ordnen und systematisch zu fördern, um so den Wohlstand und die Zufriedenheit des Landes zu heben. — Das ist die Politik, die Tschao Ör Fêng und sein Bruder Tschao Ör Sün jetzt in Tibet tatkräftig und, wie es scheint, mit Erfolg betreiben, und sie ist es auch allein, durch die China Tibet vielleicht noch zu retten vermag, nachdem es einmal die Torheit begangen hat, das englisch-tibetische Abkommen als vorhanden anzusehen und dadurch völkerrechtlich wirksam zu machen. Es ist unter diesen Umständen ganz verständlich, wenn Younghusband in seinem neuen Buche *(India and Tibet* S. 424) einen Statthalter wie Tschao Ör Fêng als für Tibet nicht geeignet erklärt: dieser kluge und energische Mann, mit seinem Bruder in Ssĕtschuan im Rücken ist sicherlich für die indische Regierung höchst unbequem. Wie sehr man aber in China von dem durchdrungen ist, was jetzt in Tibet auf dem Spiele steht, das zeigt unter anderem die Bemerkung der oben erwähnten *Schi pao* vom 17. September 1910, daß die Neuregelung der Verwaltung Tibets eine der ersten und wichtigsten Aufgaben sei, mit der sich das Vorparlament[2]) nach seinem Zusammentritt zu beschäftigen haben würde.

Das nicht-englische Europa und Amerika haben zwar — Rußland ausgenommen — ein unmittelbares Interesse an dem Schicksal Tibets nicht, wohl aber ein mittelbares. Seitdem es, unter Vorantritt Englands, in der Politik üblich geworden ist, daß zwei und mehr Staaten über

[1]) Die Hutuktus (monoglisch) sind die zweite Klasse der Würdenträger in der lamaistischen Kirche, die Kardinäle und Erzbischöfe, wie Köppen sie nennt.

[2]) S. oben S. 185 Anm. 2.

Eigentumswerte verfügen, die keinem von ihnen gehören, sehr zum Nachteile solcher unbeteiligten Länder, die starke wirtschaftliche Interessen haben, aber von politischen Zettelungen frei bleiben wollen. zum Nachteile insbesondere von Deutschland, dem England jetzt überall auf der Erde die Tür zu versperren sucht, wo immer es eine Möglichkeit dazu sieht, seitdem haben solche nur wirtschaftlich, nicht politisch stark treibenden Länder, vor allen Deutschland und Amerika. ein wesentliches Interesse daran, daß Chinas Hoheitsrechte wie seine Ländergebiete nicht weiter geschmälert werden. Es kann für diese beiden Staaten nicht wünschenswert sein, daß im Süden Frankreich von Tongking, im Westen England von Birma und Tibet, im Norden Rußland von Sibirien, der Mongolei und nördlichen Mandschurei, im Osten Japan von Korea und der südlichen Mandschurei mit dem Drucke ihrer ganzen Macht einer nur noch dem Namen nach souveränen chinesischen Regierung in den weiten Grenzgebieten zum Nachteil Dritter ihren Willen aufzwingen. Leider herrschen aber in Europa über diese Bedeutung der tibetischen Frage für die Selbständigkeit Chinas im ganzen Westen und Norden noch sehr unklare Vorstellungen.

Sir Francis Younghusband hat das letzte Kapitel seines Werkes[1]) der Erörterung einer interessanten völkerpsychologischen Frage gewidmet, der Frage nämlich: was ist es, das die britische Macht „immer und immer wieder gegen ihre Absicht und ihren Wunsch vorwärts getrieben hat" und jetzt wieder nach Tibet vorwärts treibt? Er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß es in der Tat „eine seltsame Kraft" ist, die diesen Trieb verursacht, nämlich die innere Abneigung gegen Unordnung (disorder) und Abschließung (isolation). „Wo immer wir uns", so meint er, „in Berührung mit Unordnung und mit Widerstand gegen Verkehr gefunden haben, da sind wir so oft zum Eingreifen gezwungen worden." Younghusband hat gut getan. daß er seine Vorwärts-Politik auf eine breitere Grundlage gestellt und von so schwächlichen Argumenten wie die früher oft ins Feld geführten indisch-tibetischen Handelsinteressen, die ganze zehn Millionen Mark wert sind, diesmal abgesehen hat. Er ist auch der Lösung der aufgeworfenen Frage nahe gekommen, aber als Engländer war er nicht unbefangen genug, um aus der psychischen Beschaffenheit seiner Landsleute die letzten Folgen zu ziehen. Gewiß ist es die Abneigung gegen die „Unordnung", die die Engländer vorwärts treibt. Aber was heißt denn Unordnung für den Bürger des britischen Weltreichs? Unordnung ist der Zustand, in dem britischer Einfluß nicht die unbedingte Vorherrschaft hat, in dem nicht britische Interessen das bestimmende Moment sind, sondern unabhängige Volkskraft eigene Wege wandeln will. Ein solcher Zustand verstößt in dem schon wieder zur Naivität gewordenen britischen Empfinden gegen die gottgesetzte Ordnung, nach der England berufen ist, die Welt zu beherrschen und ihr auf seine Weise das Glück zu bringen. Diese erst zum politischen Dogma, dann zum angeborenen Gefühl ge-

[1]) *India and Tibet,* Kap. XXV : A. Final Reflection.

wordene Überzeugung ist es, die England jede Regung einer selbständigen Nationalität als ungehörig, jede Äußerung eigener, nicht-englischer Kultur-Gedanken als abgeschmackt ansehen läßt, die es veranlaßt, jedes schwächere nationale Volkstum erbarmungslos zu zertreten, sobald es in dem britischen Interessenkreise stört, jedes gleich starke aber mit dem Gifte des Hochmuts, der Verachtung, der Verhöhnung zu begießen, oder mit den Waffen der Bosheit, der Verleumdung und der Verhetzung zu verfolgen. Diese Überzeugung läßt jedes überseeische Unternehmen eines fremden Staates als einen Verstoß gegen die „Ordnung", jeden Erfolg als eine Beleidigung Englands erscheinen, und diese Überzeugung ist es nicht zum wenigsten, die heute den Frieden Europas nur auf des Messers Schneide hält. Denn — und das ist vielleicht der häßlichste Zug an dem ganzen großen Bilde — England besitzt nicht entfernt die wirklichen Machtmittel zur Durchsetzung seiner politischen Ansprüche, es bedarf vielmehr, um seine Stellung aufrechtzuerhalten, unbedingt des Mißtrauens, der Uneinigkeit, der Zänkereien der europäischen Festland-Staaten, und darum hat es die politische Intrigue und die politische Heuchelei als den wichtigsten Teil seiner Staatskunst systematisch ausgebildet. Diese Heuchelei, die jede neue im Interesse der „Ordnung" unternommene Gewalttat, jede auffallende Zwischenträgerei mit moralisierenden Deklamationen und salbaderndem Phrasentum umgibt, sie ist es, die die politischen Methoden Englands bei aller Bewunderung für ihre Zielsicherheit oft so unsagbar abstoßend erscheinen läßt. Jenes Gefühl für „Ordnung", das als geheime innere Kraft Britannien vorwärts treibt, ist nichts neues in der Geschichte. Es ist dieselbe rastlos wirkende Macht, die wir aus der Entwicklung des chinesischen Welt-Staates kennen, dieselbe Idee, die die Chinesen viele Jahrhunderte hindurch trieb, alle Völker in den Kultur- und Macht-Kreis des „Himmelssohnes" zu zwingen, weil dies die göttliche „Ordnung" verlangte, dieselbe Stärke, die das chinesische Weltreich geschaffen und die dann, nachdem sie zur blinden, unduldsamen Selbstvergötterung geworden, — seine Auflösung herbeiführte.

Die nächsten Aufsätze behandeln einige von den wichtigeren Vorgängen auf dem Gebiete der chinesischen Wirtschafts-Reform.

Das Likin und die englisch-chinesische Vertrags-Revision.

(Kölnische Zeitung vom 21. August 1902.)

Die Frage der Aufhebung des Likins, die den Kernpunkt bei den gegenwärtig in Schanghai geführten Verhandlungen über den neuen englisch-chinesischen Handelsvertrag bildet, berührt die deutschen Handels-Interessen genau in derselben Weise wie die englischen; es wird daher zweckmäßig sein, wenn man sich in Deutschland die Bedeutung dieser Frage einmal klar macht.

Durch den Krieg mit England im Jahre 1841 bis 1842 erhielt das bis dahin günstige Finanzwesen Chinas seinen ersten Stoß. Wenige Jahre darauf, im Jahre 1850, brach der große T'ai-p'ing-Aufstand aus, der einige der fruchtbarsten Provinzen Süd- und Mittel-Chinas in Wüsten verwandelte und dessen Spuren der Reisende noch heute in jenen Gegenden unschwer erkennen kann. Im Jahre 1859 sah sich die chinesische Regierung einem neuen Kriege mit England und Frankreich gegenüber; 1864 wurde zwar die Schreckensherrschaft der „T'ai-p'ing" unterdrückt, unmittelbar darauf aber brachen der nicht minder gefährliche Muhamedaner-Aufstand in Schensi und Kansu[1]) und der Aufstand der „Nien feï" in Tschili und Schantung[2]) aus. Den finanziellen Anforderungen, die diese Ereignisse stellten, war China nicht ohne weiteres gewachsen. Die Grundsteuer, die den eigentlichen Kern der chinesischen Finanzen bildet, kam in den verwüsteten Provinzen teils unvollständig, teils gar nicht ein, der Gedanke staatlicher Anleihen war den Chinesen damals noch unbekannt, und so griff man bereits bald nach Beginn des T'ai-p'ing-Aufstandes zu dem in China oftmals angewandten Mittel der Sammlung „freiwilliger" Beiträge für staatliche Bedürfnisse; und zwar geschah dies in der Weise, daß man die Führer von Warentransporten „veranlaßte",

[1]) Vergl. oben S. 270.

[2]) *Nien feï* bedeutet „umwickelte Banditen"; sie erhielten diesen Namen, weil sie sich zur Erkennung mit bestimmten Turbanen umwickelten, ähnlich wie die „Boxer" 1900. Es waren berittene Banden von rein lokalem Charakter.

$^1/_{1000}$ von jedem Tael *(li)* des Wertes der Ware in bar *(kin* = Metall) zu zahlen, also eine Warensteuer von $^1/_{10}$ Prozent vom Wert. Zwei Jahre nach der Unterzeichnung des englischen Vertrages von Tientsin, im Jahre 1862, wurde die Erhebung dieses neuen Zolles durch Schaffung einer eigenen Verwaltung mit Haupt- und Nebenstellen sowie durch Abgrenzung bestimmter Zonen fest eingerichtet. Daß die Abgabe, die sehr rasch über das ursprüngliche $^1/_{10}$ % um das zwanzig- und dreißigfache hinauswuchs, und bei der von „Freiwilligkeit" längst keine Rede mehr war, sich bald auch im fremden Handel, und zwar bei der Einfuhr, wie bei der Ausfuhr, unangenehm fühlbar machen mußte, ist leicht zu verstehen, und die „Likin-Frage" bildete denn auch schon in den sechziger Jahren den Gegenstand häufiger Verhandlungen zwischen der englischen Gesandtschaft und dem Tsungli Yamen. Es ist wichtig, sich hierbei zu vergegenwärtigen, daß das letztere auch damals noch — so in einer Note an den englischen Gesandten vom 1. August 1868 und ebenso gelegentlich der Verhandlungen über die Revision des Vertrages von Tientsin in demselben Jahre — den Standpunkt vertrat, daß die Erhebung des Likins lediglich eine zeitliche Finanzmaßregel sei, die nach Wiederherstellung der Ordnung im Reiche wieder beseitigt werden würde. Folgerichtig findet sich denn auch das Likin in den Ausweisen des Finanz-Ministeriums unter den Einnahmen des Reiches bis auf den heutigen Tag nicht angegeben. Trotz alledem ist das Likin nicht nur geblieben, sondern es ist im Laufe der Jahre ganz bedeutend gewachsen und die Organisation seiner Erhebung hat ein immer dichteres Netz von Stationen über das ganze Land gezogen. So ist es schließlich zu einer Haupt-Einnahme-Quelle für die Provinzial-Regierungen, aber auch zu einer unerträglichen Fessel für den fremden Handel geworden. Es ist nicht nur die Abgabe selbst, die den letzteren drückt, sondern vor allem die Willkür, mit der sie erhoben wird. Es gibt keinen einheitlichen Satz für das ganze Reich, ja zuweilen nicht einmal für eine Provinz, jeder Bezirk scheint seine besonderen Sätze zu haben, für die er die Waren mit mehr oder weniger Belästigungen seine Stationen passieren läßt. Denn die einmalige Entrichtung des vollen Likins befreit den Kaufmann nicht etwa von allen weiteren Verpflichtungen, vielmehr hat er sich mit fast allen auf seinem Wege liegenden Stationen durch abermalige Zahlung sei es des ganzen Zolles oder eines Teiles davon nach besten Kräften abzufinden. So kann die Höhe des Likins, dessen Einheit jetzt im Durchschnitt 2 bis 3 Prozent des Wertes betragen soll, bei einem langen Wege der Ware, besonders wenn dieser mehrere Provinzen berührt, schon nach den vorhandenen Sätzen 20 bis 30 Prozent erreichen, wobei die in Asien nun einmal unvermeidlichen Erpressungen nicht mitgerechnet sind.

Der fremde Handel hatte sich gegen die Willkür der eigentlichen chinesischen Inland-Zölle (nicht Likin) durch eine Bestimmung in dem englischen Vertrage von Nanking von 1842 zu schützen gesucht, durch die für englische Waren das Recht erteilt wurde, sie

durch einmalige Zahlung einer Transit-Gebühr im Einfuhrhafen von der Entrichtung jeglicher Inland-Abgabe zu befreien. In den um 1860 mit den fremden Mächten abgeschlossenen Verträgen (auch im deutschen von 1861) wurde diese Gebühr auf $2^1/_2$ Prozent vom Wert festgesetzt, d. h. auf die Hälfte des Einfuhr- oder Ausfuhr-Zolles, und zwar für fremde Einfuhr sowohl, wie für einheimische Ausfuhr. Dieser Rechtszustand besteht bis auf den heutigen Tag. Er hat indessen die Likin-Plage nirgends beseitigt, ja kaum irgendwie vermindert. Die chinesischen Beamten fanden Mittel und Wege genug, neben der Transit-Gebühr von $2^1/_2$ Prozent das Likin doch noch zu erheben, besonders nachdem die fremde Ware aus den Händen des ausländischen Einführers in die des chinesischen Käufers und Zwischenhändlers übergegangen war. Man verstand nicht oder wollte vielmehr nicht verstehen, daß der Zweck der Transit-Gebühr war — und dies ist ein höchst wichtiger Punkt bei der ganzen Frage —, der fremden Ware als solcher, wer immer auch ihr jeweiliger Verlader oder Eigentümer sein mochte, freien Zutritt zu jedem Punkte des chinesischen Reiches zu verschaffen. Die chinesischen Behörden erwiderten auf alle Vorstellungen, daß der fremde Kaufmann nur so lange ein berechtigtes Interesse an der Ware habe, als er ihr Eigentümer sei. So hat man sich Jahrzehnte hindurch mit hohen und niederen Provinzial-Behörden, wie mit dem ehemaligen Tsungli Yamen in Peking herumgestritten, ohne irgend ein Ergebnis von Bedeutung zu erzielen; allen Hinweisen auf den Charakter des Likins als einer vorübergehenden Notmaßregel gegenüber erklärte die chinesische Regierung, daß sie diese wichtige Einnahme-Quelle nicht entbehren könne. Die Richtigkeit dieses Beweisgrundes haben schließlich Deutschland und England selbst dadurch anerkannt, daß sie in dem Vertrage über die Anleihe von 16 Millionen Pfund Sterling vom Jahre 1898, der mit Kenntnis und Unterstützung der beiden Regierungen abgeschlossen wurde, die Likin-Einnahmen gewisser Teile der Zentral-Provinzen als Sicherheit in zweiter Linie angenommen haben.

Der von England eingesetzte Ausschuß zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit China hat nunmehr bei seinen Verhandlungen in Schanghai eine Abschaffung des Likins als wichtigstes Ziel seiner ganzen Tätigkeit angestrebt. In seinem ersten Vertrags-Entwurfe ist er sogar noch weit über dieses Ziel hinausgegangen. Er verlangte: „Aufhebung sämtlicher Inland-Zölle im gesamten Gebiete des chinesischen Reiches, welcher Art und Gattung diese auch immer sein mögen, seien es Reichs-, Provinzial-, örtliche oder Gemeinde-Zölle, und zwar für sämtliche Waren und Erzeugnisse, seien es einheimische oder fremde, seien sie für Einfuhr, Ausfuhr oder für den Gebrauch im Lande bestimmt. Die chinesische Regierung sollte sich verpflichten, sämtliche Zollämter und Stationen, welcher Art und Gattung diese auch sein mögen, soweit sie für die Erhebung von Abgaben auf Waren bestimmt sind, mit Ausnahme der kaiserlichen Seezölle sowie der Zollämter an den Landgrenzen, für ewige Zeiten abzuschaffen.“ Um den ganzen Umfang dieser Forderung begreifen

zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Likin nur einen Teil, wenn auch einen wichtigen, der zahlreichen Inland-Zölle bildet, die zum Teil so alt sind, wie das chinesische Reich. Dazu gehören die sämtlichen ursprünglichen Warenzölle, die von den Zentralstellen an den großen Handelsorten im Inlande gesammelt werden, ferner die ertragreichen Tor-, Markt- und Platz-Steuern auf Waren, sowie die von einheimischen Zollämtern in den Häfen von chinesischen Kaufleuten erhobenen Zölle u. a. mehr. Das alles sollte mit einem Schlage beseitigt werden, und zwar in der richtigen Erkenntnis, daß, solange überhaupt Zollstationen beständen, auch Erpressungen und Belästigungen, sei es unter dem Namen von Likin oder unter einem andern, die Regel sein würden. Das Verlangen, daß ein chinesisches Inland-Zollwesen (von Opium und Salz abgesehen) überhaupt nicht mehr bestehen sollte, war radikal. Der Ersatz für diesen gewaltigen Einnahme-Ausfall für China sollte eine Erhöhung des Einfuhr-Zolles um $7\frac{1}{2}$ Prozent, einschließlich der Transit-Gebühr, auf 15 Prozent sein. Der Ertrag dieses Zolles würde eine Kleinigkeit zu nennen sein gegenüber den Riesenbeträgen, die der Handel unter dem Namen von Inland-Zöllen hergeben muß. Amtliche chinesische Angaben berechnen den Ertrag des Likins auf etwa 20 Millionen Taels[1]), die sonstigen Inland-Zölle auf etwas über 8 Millionen Taels. Wer aber chinesische Beamten- und Inland-Verhältnisse auch nur oberflächlich kennt, der weiß, daß dies nur einen Bruchteil der wirklich erhobenen Abgaben darstellt, und daß die gewaltigen Beträge der letzteren in tausend Kanäle in den Provinzen abfließen und zehntausende von hohen und niederen Beamten mit ihrem Anhange ernähren müssen.[2])

Die tatsächlichen Einnahmen der Seezoll-Verwaltung betrugen im Jahre 1901 rund $25\frac{1}{2}$ Millionen Taels; die durch eine Verdoppelung der Einfuhrzölle vielleicht hinzukommenden 25 bis 30 Millionen würden, von allen anderen Rücksichten abgesehen, nicht entfernt hinreichen, um alle die Bedürfnisse zu befriedigen, die durch die Inland-Zölle gedeckt werden. Der Gedanke von Sir James Mackay, des Vorsitzenden des englischen Ausschusses, mit allen Zollschranken und Steuerschrauben aufzuräumen und einen freien, ungehinderten Warenverkehr in dem Riesenreiche herzustellen, ist großartig, so großartig, daß man ihn unter den herrschenden Umständen beinahe phantastisch nennen möchte. Die fremde Kaufmannschaft von Schanghai hat sich denn auch diesen Bestrebungen

[1]) Sir Robert Hart gab in seiner großen Denkschrift vom 23. Januar 1876 betreffend „bessere Regelung der Handels-Beziehungen“ (wieder abgedruckt in seinem Buche *These from the Land of Sinim* S. 182 ff.) die jährlichen Likin-Einnahmen auf zehn Millionen Taels an, allerdings die Seezölle auch nur auf zehn Millionen (1874 waren es $11\frac{1}{2}$ Millionen). Die Beträge haben sich seitdem verdoppelt und vervierfacht. Im Jahre 1909 brachten die Seezölle über $39\frac{1}{2}$ Millionen.

[2]) Einige Angaben über die bisher für den Ausländer unerforschbare Finanzwirtschaft in den Provinzen macht E. H. Parker in einer Abhandlung *The Financial Capacity of China* im „Journal of the China Branch of the Royal Asiatic Society“ Bd. XXX S. 74 bis 141.

gegenüber sehr mißtrauisch, zum Teil sogar feindselig gegenübergestellt. Mit gutem Grunde hat man hervorgehoben, daß die gegenwärtige chinesische Regierung keine Bürgschaft für die Durchführung solcher grundlegenden Umformungen zu geben imstande sei, selbst wenn sie dazu den Willen habe.

Wenn nun jetzt trotzdem gemeldet wird, daß die Verhandlungen über Abschaffung des Likins zum Ziele geführt hätten, so wird man nach dem oben Gesagten gut tun, die Nachricht mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Dem englischen Kommissar stehen in den Zolldirektoren Bredon[1]) und Taylor, sowie in dem chinesischen Direktor der Eisenbahnen und Telegraphen, Schêng Süan Huai[2]), die hervorragendsten Kenner der chinesischen Handelsverhältnisse zur Seite, und die Kommission hat wohl daran getan, auch mit den großen Provinzial-Satrapen am Yangtsĕ, Liu K'un Yi und Tschang Tschi Tung, vielleicht auch mit den General-Gouverneuren von Tschili und Kwangtung Fühlung zu nehmen, so daß ihre Abmachungen in jedem Falle die sorgsamste Beachtung zu beanspruchen haben. Schon im Hinblick auf das entstehende Eisenbahnnetz in China wird die Likin-Frage immer dringender eine Lösung erfordern. Mit großem Interesse muß man den weiteren Nachrichten entgegensehen. Der deutsche Kaufmann insbesondere hat Anlaß, den Gang der englischen Verhandlungen sorgsam zu verfolgen, denn „mutato nomine de te fabula narratur."

Der neue englisch-chinesische Handelsvertrag wurde am 5. September 1902 in Schanghai abgeschlossen. Die Likin-Frage wurde darin in folgender Weise gelöst. Die chinesische Regierung beseitigt das Likin und alle ähnlichen Inland-Abgaben völlig und für immer. Dafür stimmt die englische Regierung zu, daß auf englische Waren außer dem bisherigen Einfuhr-Zoll von 5 v. H. ein Zuschlag-Zoll in einundeinhalbfacher Höhe hiervon (also insgesamt $12^1/_2$ v. H.), auf auszuführende Landes-Erzeugnisse dagegen nur ein Zoll im Höchstbetrage von insgesamt $7^1/_2$ v. H. erhoben wird. Da nun aber durch die völlige Beseitigung des Likins ein größerer Steuer-Ausfall entsteht, als durch die Erhöhung des Einfuhr- und Ausfuhr-Zolles gedeckt wird, so hat die chinesische Regierung das Recht, auf chinesische Erzeugnisse, die nicht zur Ausfuhr bestimmt sind, eine Verbrauch-Steuer zu erheben. Diese Bestimmungen sollten am 1. Januar 1904 in Kraft treten, vorausgesetzt, daß bis dahin alle Mächte, die in China Anspruch auf Meistbegünstigung haben, dieselben Verpflich-

[1]) Sir Robert Bredon war bis 1910 der Nachfolger des General-Zollinspektors Sir Robert Hart und hat jetzt den Dienst verlassen, ist aber als Berater der chinesischen Regierung tätig.

[2]) Schêng Süan Huai ist jetzt Präsident des Ministeriums für Post- und Verkehrswesen.

tungen eingegangen wären, wie England, anderenfalls erst dann, wenn alle jene Mächte die gleichen Verpflichtungen übernommen hätten. Auf die übrigen Punkte des Vertrages hier einzugehen, würde zu weit führen. Der Text ist aufgenommen in die Sammlung von Hertslet, *Treaties etc. between Great Britain and China, and between China and Foreign Powers,* Bd. I S. 171 bis 188). Der von Sir James Mackay abgeschlossene Vertrag hat fast durchweg, auch in England, eine sehr ungünstige Beurteilung erfahren; er ist auch bis heute nicht in Kraft gesetzt, da außer Amerika und Japan keine andere Macht inzwischen mit China zu einem entsprechenden Abkommen gelangt ist.

Zur Likin-Frage.

(Kölnische Zeitung vom 2. November 1906.)

Der am 5. September 1902 abgeschlossene neue englisch-chinesische Handels-Vertrag sah, wie bekannt, eine Beseitigung der chinesischen Likin-Abgaben gegen eine entsprechende Erhöhung der Einfuhr-Zölle vor. Die Ausführbarkeit einer solchen Bestimmung wurde damals von zuständiger Seite sogleich angezweifelt; man hob hervor, wie auch an dieser Stelle seinerzeit erwähnt wurde, daß die gegenwärtige chinesische Regierung keine Bürgschaft für die Durchführung solcher grundlegenden Umformungen zu geben imstande sei, selbst wenn sie dazu den Willen habe. Diese Bedenken haben sich inzwischen als durchaus berechtigt erwiesen. Trotz mehrfacher amtlicher Erklärungen hat man bisher keine wirklich ernsthafte Maßregel zur Beseitigung des Likins ergriffen, und zwar, weil man, wie sich jetzt herausstellt, es nicht kann. Eine Meldung aus Peking besagt nämlich, daß die neu ernannten beiden chinesischen Zolldirektoren[1]) gemeinsam mit dem Finanz-Ministerium sich in der Angelegenheit mit einer Umfrage an die Provinzial-Regierungen gewandt haben. Von diesen aber habe die Mehrzahl eine Beseitigung des Likins unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen für unmöglich erklärt. Die zahlreichen Neuerungen auf dem Verwaltungsgebiete seien mit so bedeutenden Kosten verknüpft, daß die Provinzial-Kassen auf die Einnahmen aus dem Likinwesen unter keinen Umständen verzichten könnten, es sei denn, daß ihnen ein mindestens gleichwertiger Ersatz dafür gewährleistet würde. Infolgedessen habe man sich in Peking entschlossen, die ganze Frage ruhen zu lassen, bis über die Neuregelung des Finanzwesens, insbesondere über die Verwendung der erhöhten Einfuhr-Zölle endgiltig entschieden sei. — Diese Umstände, in Verbindung mit der gesamten innerpolitischen Lage in China, legen den Gedanken nahe, ob nicht die ganze von England eingeleitete Aktion zum Abschluß neuer Handels-Verträge verfrüht war. Eine Zeit, in der die gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Staates in Fluß geraten ist und nicht

[1]) S. unten den Aufsatz *Zur Frage des chinesischen Seezollwesens.*

bloß nach neuen Formen sucht, sondern sich nach ganz neuen Grundsätzen umschaffen will, ist nicht günstig für derartige Abmachungen. Man wird daher in Deutschland auch kaum Anlaß haben, mit dem Abschluß des neuen Handels-Vertrages, über den zwar längere Zeit verhandelt, aber noch kein Einverständnis erzielt ist, sich besonders zu beeilen, zumal der alte Vertrag vom 2. September 1861 mit dem Zusatz-Abkommen vom 31. März 1880 noch bis zum Jahre 1913 Gültigkeit hat.

Der deutsche Vertrag ist auch bis heute noch nicht abgeschlossen. Die Vorverhandlungen, die in Schanghai geführt wurden und die von den Chinesen mit einer Reihe unerfüllbarer Forderungen belastet waren, sind seit Jahren eingestellt und trotz wiederholter Anregungen von der chinesischen Seite auch nicht wieder aufgenommen worden. Die Likin-Frage, um die es sich bei den neuen Verträgen in erster Linie handelt, ist in der Tat auch ohne Neuregelung des chinesischen Finanzwesens kaum zu lösen. Ehe nicht eine gründliche wirtschaftliche und rechnerische Auseinandersetzung zwischen der Zentrale und den Provinzen stattgefunden hat, können die letzteren unmöglich in eine Aufhebung des Likins willigen. Die Finanz-Reform aber ist bis jetzt über das Stadium der Theorien noch nicht weit hinausgekommen[1]), und das Likin-System ist inzwischen in manchen Provinzen (z. B. in Schantung) noch weiter ausgebaut worden, anstatt eingeschränkt zu werden. Unter solchen Umständen erscheint es vorläufig zwecklos, sich wegen Schaffung eines neuen Vertrages abzumühen; auch die drei Mächte, die in der Behandlung der Frage vorangegangen sind, haben es bisher nicht für angezeigt gehalten, auf baldigen Abschluß der übrigen Verträge hinzuarbeiten. Indessen wird das wachsende Eisenbahnnetz eine Lösung der Likin-Frage früher oder später ebenso gebieterisch fordern wie die innerpolitische Entwicklung — namentlich die Berufung eines Parlaments — die Neuordnung des Finanzwesens.

[1]) S. oben S. 186 f.

Der amerikanisch-chinesische Handels-Vertrag.

(Kölnische Zeitung vom 23. November 1903.)

Der neue Handels-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und China ist am 8. Oktober 1903 in Schanghai von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Des Dokument besteht aus der Präambel, die den Vertrag als Ausführung des Art. 11 des Pekinger Schluß-Protokolls vom 7. September 1901[1]) kennzeichnet, aus 17 Artikeln und 3 Anlagen. Art. 1 und 2 regeln die Stellung der diplomatischen und konsularischen Vertreter beider Länder in der bisher üblichen Weise, Art. 3 betrifft das Recht amerikanischer Bürger zur Niederlassung in den geöffneten Plätzen; neu ist dabei, daß auch hier, wie im japanischen Vertrage von 1896, das Recht auf Landerwerb beschränkt wird auf „die geeigneten Bezirke in jenen Plätzen, die für den Gebrauch und die Besitznahme von Ausländern abgegrenzt sind oder werden." Damit ist eine wichtige und vielumstrittene Frage in der Weise gelöst worden, daß Ausländer in den geöffneten Plätzen einschließlich der dazu gehörigen einheimischen Städte zwar wohnen und Handel treiben, Grund und Boden aber nur in den für sie abgegrenzten sogenannten „Niederlassungen" erwerben dürfen.[2]) Art. 4, wohl der wichtigste von allen, regelt die Likin-Frage, die auch schon den Kernpunkt des vor kurzem ratifizierten englisch-chinesischen Vertrages vom 5. September 1902 gebildet hatte. Während dieser aber nur eine Beseitigung der Likin-Stationen vorsah, die alten einheimischen Zollämter „an den Küsten und Wasserwegen, in den geöffneten Häfen, an Landstraßen und an den Landgrenzen" dagegen bestehen ließ, geht der amerikanische Vertrag einen erheb-

[1]) Art. 11 des Pekinger Schluß-Protokolls lautet: „Le Gouvernement chinois s'est engagé à négocier les amendemets jugés utiles par les Gouvernements étrangers aux traités de commerce et de navigation et les autres sujets touchant aux relations commerciales dans le but de les faciliter."

[2]) Näheres über die Frage s. in meiner Arbeit *Die Rechtsverhältnisse am Grundeigentum in China* S. 77 ff.

lichen Schritt weiter. Art. 4 bestimmt u. a.: „Die chinesische Regierung . . . . verpflichtet sich, die Erhebung von Likin und allen anderen Transit-Abgaben im ganzen Reiche abzuschaffen, die Behörden, Stationen und Hebestellen, die dem Zwecke ihrer Erhebung dienen, zu beseitigen und keine anderen Behörden zur Erhebung von Abgaben auf Waren in Transit ins Leben zu rufen. Es wird ausdrücklich vereinbart, daß, nachdem die Behörden, Stationen und Hebestellen zur Besteuerung von Waren in Transit beseitigt sein werden, kein Versuch gemacht werden darf, sie in irgend einer Form oder unter irgend einem Vorwande wieder einzuführen." Bestehen bleiben sollen nur „einheimische Zoll-Ämter (nicht Likin-Ämter), die gegenwärtig an der Seeküste, in geöffneten Häfen, in denen sich kaiserliche Seezollämter befinden, und an den Landgrenzen Chinas, d. h. der achtzehn (eigentlichen) Provinzen und der drei mandschurischen Provinzen vorhanden sind"; außerdem können einheimische Zollämter überall da errichtet werden, „wo kaiserliche Seezollämter sind oder später errichtet werden sollten, sowie an jedem beliebigen Punkte an der Seeküste oder den Landgrenzen." Damit würden also auch alle die zahlreichen Inland-Zollämter beseitigt sein, die besonders die verschiedenen Provinzen von einander absperren. Als Gegenleistung bewilligt die amerikanische Regierung, ebenso wie die englische, einen Zuschlag zu dem Einfuhr-Zoll auf die von Amerikanern eingeführten Waren bis zum Betrage des einundeinhalbfachen Zolles, (d. h. $7\frac{1}{2}$ Prozent vom Wert) nach Maßgabe des bestehenden Tarifs, insgesamt also $12\frac{1}{2}$ Prozent vom Wert. Ferner soll die Ausfuhr einheimischer Erzeugnisse einen Gesamtzoll von höchstens $7\frac{1}{2}$ Prozent vom Wert (statt der bisherigen 5 Prozent nebst $2\frac{1}{2}$ Prozent Transit-Gebühr) tragen. Die einheimischen Zollämter sollen durch ausländische Beamte des Seezolldienstes im Einvernehmen mit den Provinzial-Regierungen überwacht werden. Die Verbrauch-Steuer auf einheimische nicht für die Ausfuhr bestimmte Produkte, die im englischen Vertrage festgesetzt war, ist nicht erwähnt, da sie überhaupt nicht Gegenstand eines internationalen Handels-Vertrages sein kann; dafür ist allerdings eine Bestimmung eingeführt, die sachlich dasselbe besagt oder besagen kann: „Einheimische Waren, die in Dschunken nach geöffneten Häfen gebracht werden, sollen, wenn sie für den Ortsverbrauch bestimmt sind, ohne Rücksicht auf die Nationalität ihres Eigentümers lediglich bei den einheimischen Zollämtern gemeldet werden, wo sie gemäß den fiskalischen Bestimmungen der chinesischen Regierung behandelt werden". Der englische Vertrag bestimmt hierzu noch, daß solche Verbrauch-Steuer nicht innerhalb der fremden Niederlassungen erhoben werden darf. Die unverhältnismäßige Belastung der in China selbst mit Maschinen hergestellten „Artikel ausländischer Art", insbesondere Baumwollen-Erzeugnisse, die schon im englischen Vertrage vorgesehen war, und die uns von unserem volkswirtschaftlichen Standpunkte kaum verständlich erscheint, haben auch die Amerikaner beibehalten, vermutlich zur Genugtuung ihrer heimischen Fabrikanten. Nur ist die Schwere dieser Belastung, die der englische Vertrag auf

den doppelten Betrag des Einfuhrzolles festsetzte, ganz der Entscheidung der chinesischen Regierung überlassen.[1])

Die Art. 5—8 behandeln in analoger Weise wie der englische Vertrag den Zolltarif, die Errichtung von Lagerhäusern unter Zollverschluß, Bestimmungen über Bergwerks-Unternehmungen von Amerikanern in China, sowie die Zollrückvergütungs-Zertifikate („drawbacks") bei der Wiederausfuhr von Waren. Die drei folgenden Artikel enthalten neue und ausführlichere Abmachungen über Marken- und Musterschutz, Sicherung von Patenten und Schutz des geistigen Eigentums, die auch für die deutschen Verhandlungen nicht unwichtig sein werden. Marken und Muster von Amerikanern sollen bei den zuständigen chinesischen Behörden mit derselben Wirkung eingetragen werden können, wie die von Chinesen in Amerika. Amerikanische und deutsche Kaufleute haben sich vor allem über Nachahmungen ihrer lange und gut eingeführten Handelsmarken in China zu beklagen gehabt. Allerdings war der Ursprungsort dieser Fälschungen in den meisten Fällen in Japan zu suchen, von wo sie durch chinesische Händler auf den Markt gebracht wurden. Wirksame Abmachungen mit Japan über Markenschutz sind daher notwendiger als mit China. Patente für amerikanische Erfindungen sollen in China angefertigt werden, sobald ein Patentamt errichtet und ein Patentgesetz erlassen sein wird.[2]) Diese Maßregeln bildeten bereits den Gegenstand eines der berühmten Reform-Erlasse von 1898, soweit chinesische Erfinder in Betracht kamen; in einzelnen Fällen sollen auch in der Tat Patente bei Provinzial-Regierungen nachgesucht sein, eine besondere Notwendigkeit für diese neue Vertragsbestimmung ist indessen bisher nicht hervorgetreten. Die Bestimmung über den Schutz des geistigen (literarischen) Eigentums, die Art. 11 gibt, ist offenbar auf Veranlassung amerikanischer Missionare eingefügt worden. Danach verpflichtet sich die chinesische Regierung, allen amerikanischen

---

[1]) Solche Artikel sollen „gegen Entrichtung der auf ihnen ruhenden Abgaben einen Nachlaß des Einfuhr-Zolles und von zwei Dritteln des Einfuhr-Zuschlag-Zolles (s. oben S. 300) genießen, wenn die zu ihrer Herstellung verwendete Baumwolle von auswärts eingeführt ist, und einen Nachlaß aller Zölle, wenn sie in China gewachsen ist. Ferner sollen sie frei sein von Ausfuhr-Zoll, Küsten-Zoll und Ausfuhr-Zuschlag-Zoll." Wenn man bedenkt, daß nach dem englischen Vertrage solche chinesischen modernen Industrie-Erzeugnisse wenigstens 10 Prozent zahlen müssen, ehe sie überhaupt auf den Markt kommen, so muß man zugestehen, daß man die aufkeimende chinesische Industrie so fest geknebelt hat wie es möglich war.

[2]) Im Frühjahr 1904 hatte der General-Zollinspektor Sir R. Hart den Entwurf zu einem Markenschutz-Gesetze ausgearbeitet, fand aber nicht die Zustimmung des chinesischen Handels-Ministeriums. Das letztere entwarf statt dessen ein neues Gesetz, das unter dem in Peking damals vorherrschenden japanischen Einflusse entstanden war und lediglich japanischen Interessen diente. Den altbewährten Handelsmarken abendländischer, nicht zum wenigsten deutscher Häuser würde dieses Gesetz geradezu verhängnisvoll geworden sein. Die amtlichen Vertretungen in China und die Handelskammern bemühten sich zunächst, einen Aufschub für das Inkrafttreten des Gesetzes durchzusetzen, während die japanische Regierung mit verdächtigem Eifer auf Beschleunigung drang. Es ist schließlich gelungen, das ganze Gesetz zu verhindern, und ein neuer erfolgreicherer Versuch, die sehr schwierige Materie zu regeln, ist seitdem nicht gemacht worden.

Verfassern, Zeichnern, oder Verlegern von Büchern, Karten, Drucken oder Stichen, die besonders für den Gebrauch und die Bildung der Chinesen hergestellt sind, sowie von chinesischen Übersetzungen solcher Bücher vollen Schutz zu gewähren in dem ausschließlichen Recht, solche Bücher, Karten, Drucke, Stiche oder Übersetzungen im chinesischen Reich herzustellen und zu verkaufen, und zwar zehn Jahre hindurch vom Datum der Eintragung an gerechnet. Abgesehen von den eben beschriebenen Büchern, Karten usw., die nicht in derselben Form nachgedruckt werden dürfen, sollen aber literarische Werke auf Grund dieses Artikels kein Recht auf Privilegien gegen Nachdruck haben." Man ist dabei übereingekommen, daß chinesische Untertanen Original-Übersetzungen von literarischen Werken oder Karten von amerikanischen Untertanen in die chinesische Sprache nach Belieben anfertigen, drucken und verkaufen dürfen. Es wird nicht immer leicht sein, hiernach zu entscheiden, welche Schriften usw. Recht auf Schutz haben, und welche nicht. Art. 12 stellt eine Abänderung der seit 1898 bestehenden Bestimmungen über den Dampfer-Verkehr auf den Flüssen des Inlandes in Aussicht und bestimmt außerdem die lange erörterte Öffnung der Städte Mukden und Antung (am Yalu) in der Mandschurei für den internationalen Handel nach Ratifikation des Vertrages. Die amerikanische und die chinesische Regierung werden gemeinsam geeignete Bezirke für Anlegung fremder Niederlassungen an den beiden Plätzen auswählen. Es wird interessant sein, zu beobachten, wie Rußland sich verhalten wird, wenn dieser Zeitpunkt eintritt. Im Art. 13 wird die Schaffung einer einheitlichen nationalen Währung zugesagt, doch soll bei der Zollberechnung auch in Zukunft das Haikuan-Tael die Grundlage bilden.[1]) Von den beiden auf chinesischen Wunsch eingefügten verschwommenen Artikeln des englischen Vertrages über Abschaffung der Exterritorialität[2]) und Prüfung der Missionar-Frage[3]) ist nur der erste — als Art. 15 — geblieben. An Stelle des zweiten wiederholt der Art. 14 lediglich alte Bestimmungen, daß chinesische Christen den einheimischen Gesetzen und Steuerpflichten unterworfen bleiben, daß den Missionaren nicht gestattet ist, sich in Rechtstreitigkeiten chinesischer Untertanen zu mischen, und daß die Missions-Gesellschaften als solche das Recht haben, auch im Innern Land zu erwerben. Art. 16 gesteht der chinesischen Regierung die Berechtigung eines Einfuhrverbots für Morphium zu, und Art. 17 endlich regelt das Verhältnis zu den alten

[1]) *Hai-kuan* bedeutet „Seezollamt"; das Haikuan-Tael ist die den Rechnungen des Seezoll-Dienstes zu Grunde liegende Wert-Einheit. Vergl. dazu unten S. 316f.

[2]) Die Exterritorialität soll aufgegeben werden, sobald „das Wesen der chinesischen Gesetze, die Vorkehrungen für ihre Anwendung und andere Erwägungen dies zulassen". (Art. 12 des englischen Vertrages.)

[3]) Vergl. oben S. 169 und 171. In Art. 13 des englischen Vertrages verpflichtet sich die englische Regierung, „einer Kommission beizutreten, die eine Prüfung der Missionar-Frage vornehmen und, wenn möglich, Mittel angeben soll, dauernden Frieden zwischen Christen und Nicht-Christen zu sichern, vorausgesetzt, daß eine solche Kommission von China und den beteiligten Vertrags-Mächten gebildet werden sollte." Das eröffnet keine glänzenden Aussichten für die Lösung der Frage.

Verträgen, sowie einige vertragstechnische Fragen wie Kündigung, Ratifikation usw. Von den Anlagen gibt die erste die Erklärung, warum die Verzollung von Opium und Salz in dem Vertrage nicht erwähnt ist. (Opium-Handel ist Amerikanern verboten, und Salz ist Gegenstand eines Staatsmonopols in China.) Anlage 2 gestattet die Errichtung von einheimischen Nebenzollämtern in den geöffneten Häfen, wo es im Interesse der Verwaltung notwendig ist, und Anlage 3 bestimmt den Zolltarif vom 6. September 1902 auch zum Tarif dieses Vertrages.

Daß die Aufgabe der amerikanischen Unterhändler, obwohl durch den englischen Vertrag die Bahn bereits frei gemacht war, nicht ganz leicht gewesen ist, geht schon aus der Länge der Verhandlungen hervor, die fast das ganze Jahr hindurch gedauert haben. Abgesehen von den größeren Erfolgen in der Frage des Inland-Zolles, ist der Vertrag auch insofern eine Verbesserung gegenüber seinem englischen Vorgänger, als er in der Form viel knapper, schärfer und klarer ist als dieser. Wenn man das ganze Vertragsverhältnis zwischen China und dem Auslande als ein einheitliches Ganzes auffaßt — und infolge der allen zugestandenen Meistbegünstigung ist es dies in der Tat —, so muß man den amerikanischen Vertrag als einen entschiedenen Fortschritt auf dem Wege zur Neuregelung jenes Verhältnisses bezeichnen, da er alle Zugeständnisse des englischen Vertrages, auch die in ihm nicht erwähnten, ipso jure miterlangt und außerdem, wie wir gesehen, vervollständigt hat.[1])

[1]) Der Text des Vertrages findet sich bei Hertslet, a. a. O. Bd. I S. 566 bis 578.

Der japanisch-chinesische Handels-Vertrag.

(Kölnische Zeitung vom 29. März 1904.)

Der japanisch-chinesische Handels-Vertrag, der jetzt ebenfalls im vollen Wortlaute vorliegt, ist in Schanghai an demselben Tage unterzeichnet worden wie der amerikanisch-chinesische, nämlich am 8. Oktober 1903. Er ist von den drei neuen Verträgen der kürzeste, denn er besteht außer der Präambel nur aus 13 kurzen Artikeln und 7 Anlagen. Die wichtigste Frage der ganzen Vertrags-Revision, die Abschaffung des Likins, wird gleich in Artikel 1 behandelt, und zwar wohl im Hinblick auf die ausführlichen Bestimmungen des englischen und amerikanischen Vertrages, in sehr summarischer Weise. „Nachdem China", so lautet der Artikel, „in der Absicht, sein Finanz-System zu reformieren, den Vorschlag gemacht hat, auf alle Waren, die die Zollämter an der Küste, im Inlande oder an den (Land-) Grenzen passieren, außer den tarifmäßigen Abgaben noch einen Zuschlag-Zoll zu erheben, um dadurch Ersatz zu schaffen für den durch vollständige Beseitigung des Likins entstandenen Verlust, so ist Japan bereit, denselben Zuschlag-Zoll zu zahlen, der zwischen China und allen Vertragsmächten vereinbart wird. Was die Fabrik-Steuer (auf die mit fremden Maschinen in China hergestellten Artikel), die Verbrauch-Steuer, die Akzisen, sowie die Steuern auf einheimisches Opium und Salz betrifft, die von China erhoben werden können, so ist Japan ebenfalls bereit, denselben Abmachungen beizutreten, die zwischen den Vertragsmächten und China vereinbart werden. Dabei wird aber ausdrücklich vorausgesetzt, daß der Handel, sowie die Rechte und Privilegien Japans auf Grund der vorstehenden Bestimmungen in keiner Weise benachteiligt werden dürfen gegenüber dem Handel, sowie den Rechten und Privilegien anderer Mächte." Die japanische Regierung hat es also begreiflicherweise für unzweckmäßig erachtet, in der Frage der Neuregelung der Inland-Zölle irgend welche weiteren selbständigen Schritte zu tun. Art. 2 ermächtigt, entsprechend dem Art. 5 des englischen Vertrages, japanische Reeder, geeignete Vorkehrungen zur Sicherung ihrer Schiffe in den Stromschnellen des Yangtsĕ zwischen Itschang und Tschungking zu treffen, während Art. 3 die japanische Schiffahrt

auf den Flüssen des Inlandes regelt. Art. 4 betrifft das Rechtsverhältnis chinesischer Teilhaber in japanischen Handels-Gesellschaften (in China) und japanischer in chinesischen. In beiden Fällen soll das Gesellschaft-Statut für alle Teilhaber in gleicher Weise bindend sein, und seine Befolgung nötigenfalls von dem zuständigen chinesischen oder japanischen Gerichte erzwungen werden. Der Artikel wird für die zahlreichen, zum Teil mit chinesischem Gelde in China betriebenen japanischen Handels-Unternehmungen von großer praktischer Bedeutung sein. Art. 5 behandelt den Schutz japanischer Handelsmarken vor Nachahmungen durch Chinesen und außerdem, entsprechend dem Art. 11 des amerikanischen Vertrages, den Schutz geistigen (literarischen) Eigentums von Japanern in China. Interessant ist der Schlußsatz des Artikels: „Dieser Artikel soll nicht so ausgelegt werden, als ob er japanischen oder chinesischen Staatsangehörigen Schutz vor gerichtlichen Maßnahmen gewähren sollte, falls sie die Verfasser, Eigentümer oder Verkäufer von Schriften sind, die berechnet erscheinen, dem Wohle Chinas Eintrag zu tun.“ Wenn diese Bestimmung ernstliche Beachtung finden sollte, so stünden der höchst bedenklichen Literatur, mit der China jetzt von Japan aus oder unter japanischer Leitung überschwemmt wird, trübe Zeiten bevor.

In Art. 6 sagt China abermals die Schaffung einer einheitlichen nationalen Währung zu und ebenso in Art. 7 die allmähliche Einführung einer nationalen Maß- und Gewichtseinheit für das ganze Reich. Diese letztere Bestimmung ist neu und bezeichnet einen Fortschritt gegenüber den beiden anderen Verträgen. Die General-Gouverneure und Gouverneure sämtlicher Provinzen sollen danach „unter sorgsamer Prüfung der bestehenden Verhältnisse“ ein Normal-Maß und Gewicht mit einander vereinbaren und dem Throne zur Genehmigung unterbreiten. Die Einführung soll dann in der Weise erfolgen, daß zunächst an den dem fremden Handel geöffneten Plätzen damit begonnen wird, und daß man dann das neue System „allmählich auf Inland-Orte ausdehnt“. Art. 8 sieht die neuen Einzelbestimmungen für die Schiffahrt auf den Flüssen des Inlandes vor, die in Anlage 1 niedergelegt sind. Art. 9 bestätigt alle früheren Vertragsbestimmungen zwischen beiden Ländern, soweit sie durch den neuen Vertrag nicht aufgehoben werden und enthält die übliche Meistbegünstigungs-Klausel, außerdem aber am Schluß noch eine bemerkenswerte Bestimmung: „Die japanische Regierung wird ihr Äußerstes tun, um chinesischen Beamten und sonstigen Staatsangehörigen, die sich in Japan aufhalten, die wohlwollendste Behandlung zu sichern, die mit den Gesetzen und Verordnungen des Reiches vereinbar ist.“ Die Freundschaft zu China soll also offenbar, was an Japan liegt, mit allen Kräften weiter gepflegt werden. Neue und wichtige Bestimmungen enthält auch der Art. 10: „Die hohen Kontrahenten vereinbaren hiermit, daß, wenn die völlige Zurückziehung der in der Provinz Tschili stationierten fremden Truppen, sowie der Gesandtschafts-Wachen stattfinden sollte, und zwar nachdem dies geschehen ist, von China selbst in Peking ein Territorium für die Niederlassung

und den Handel von Ausländern eröffnet werden soll. Die einzelnen Bestimmungen mit Bezug hierauf sollen rechtzeitig nach gemeinsamer Beratung festgesetzt werden." [1]) Ferner soll innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifikation des Vertrages Tsch'ang-scha, die Hauptstadt der Provinz Hunan, ehemals die gefürchtete Hochburg der fremdenfeindlichen Bewegungen, dem internationalen Handel geöffnet werden, und dasselbe soll geschehen mit Mukden und Ta tung kou in der südlichen Mandschurei, und zwar sogleich nach der Ratifikation des Vertrages. Der amerikanische Vertrag hat die Öffnung von Mukden und Antung vorgesehen; Ta tung kou, das von manchen als der günstigere Platz betrachtet wird, liegt wenig unterhalb von Antung an der Mündung des Yalu. Die gegenwärtigen Verhältnisse machen die Öffnung dieser Plätze einstweilen unmöglich, und was schließlich aus der ganzen Vertragsbestimmung werden wird, vermag nur der zu sagen, der den Ausgang des Krieges kennt.[2]) Art. 11 bezieht sich auf die auch im englischen und amerikanischen Vertrage berührte Frage der Aufhebung der Exterritorialität; Japan verspricht seine Unterstützung bei der dazu nötigen Reform des Justizwesens. Art. 12 und 13 endlich regeln vertragstechnische Punkte: für Auslegung der Vertragsbestimmungen soll in zweifelhaften Fällen der englische Text maßgebend sein; die Ratifikation soll sobald wie möglich, jedenfalls innerhalb von sechs Monaten nach der Unterzeichnung erfolgen.

Von den sieben Anlagen ist die erste bereits erwähnt, die folgenden vier bilden einen Notenwechsel zwischen den Bevollmächtigten über Einzelheiten des gleichen Gegenstandes, d. h. Regelung des Schiffsverkehrs auf den Gewässern des Inlandes. Anlage 6 und 7 enthalten, ebenfalls in der Form eines Noten-Austausches, Bestimmungen über eine in Peking eventuell zu schaffende internationale Niederlassung. Der Grund und Boden dafür soll außerhalb der Tartaren-Stadt, in der sich jetzt die fremden Gesandtschaften und alle Regierungs-Gebäude befinden, angewiesen werden; die Ausländer, die jetzt „innerhalb und außerhalb der Stadtmauern verstreut wohnen", sollen dann aufgefordert werden, innerhalb einer bestimmten Frist ihre bisherigen Wohnsitze gegen Entschädigung aufzugeben und in die Niederlassung zu verlegen. Das Wohnen in anderen Stadtteilen soll ihnen nicht mehr gestattet sein.

Was den japanischen Vertrag vor seinen beiden Vorgängern auszeichnet, ist, wie bereits erwähnt, seine Kürze. Warum man es für notwendig erachtet hat, die Veröffentlichung des Textes, im Gegensatz zu jenen beiden, so lange hinauszuschieben, ist aus dem Inhalte nicht ersichtlich.

[1]) Die fremden Truppen in der Provinz Tschili sind inzwischen ganz, und die Gesandtschafts-Wachen fast ganz zurückgezogen. Aber eine Öffnung Pekings für den Fremdhandel ist bisher nicht erfolgt, obwohl sie tatsächlich in beschränktem Maße besteht.

[2]) Der japanisch-chinesische Mandschurei-Vertrag vom 22. Dezember 1905 sieht abermals die bis dahin noch nicht erfolgte Öffnung von Antung und Mukden und die Anlage japanischer Niederlassungen daselbst vor. Die Eröffnung hat inzwischen stattgefunden, ebenso die Anlage internationaler Niederlassungen.

Chinesische Währungs- und Finanz-Fragen.[1])

(Kölnische Zeitung vom 8. Mai 1903.)

Die während des letzten Jahres besonders gesteigerte Entwertung des Silbers hat natürlich auf den fremden Handel mit China, nunmehr — abgesehen von Mexiko — dem einzigen großen Lande mit Silberwährung, einen tiefgehenden Einfluß geübt und die Einfuhr in der Tat zeitweilig zum Stillstand gebracht. Der Kaufmannschaft in den chinesischen Häfen, sowie in der englischen Kolonie Hongkong hat sich eine erklärliche Unruhe und Besorgnis bemächtigt, man verlangt allgemein nach Abhilfe, aber man ist sich auch dessen bewußt, daß solche Abhilfe außerordentlich schwer zu schaffen ist, da man sich einem ganz ungemein verwickelten Problem gegenüber sieht. Die kaufmännischen Körperschaften von Schanghai scheinen dieses Problem sogar für vorläufig unlösbar zu halten, denn sie haben bisher von allen gemeinsamen Schritten als aussichtslos abgesehen. Dagegen hat die Handelskammer von Hongkong in ihrer Sitzung vom 18. Februar 1903 die frühere Entscheidung ihres Ausschusses umgestoßen und beschlossen, daß der Währungs-Ausschuß der Straits Settlements auch die Verhältnisse Hongkongs mit Rücksicht auf eine etwaige Währungs-Änderung in der Kolonie einer Prüfung unterziehen solle. Auch die internationale Handelskammer von Tientsin will sich angeblich demnächst mit der Frage beschäftigen. Daß China früher oder später, schon im Interesse seiner beständig gewachsenen auswärtigen Schuld in Gold, zu einer Goldwährung übergehen muß, wird von allen Seiten zugegeben, die große Frage ist nur, wie das geschehen soll. Ebenso bestreitet niemand, daß bei dem ungeheuren — latenten — Reichtum des Landes die Einführung der Goldwährung in China ein weit leichteres Unternehmen als in Ländern wie Japan oder Siam sein würde, wenn eine starke, aufgeklärte Zentral-Regierung und ein zuverlässiges, pflichttreues Beamtentum vorhanden wären. Aber diese beiden wichtigen Faktoren fehlen leider,

[1]) Der obige Aufsatz ohne seinen Nachtrag hat heute nur noch geschichtliche Bedeutung, er zeigt aber, wie lange und wie eingehend man in China, auch in ausländischen Kreisen, sich mit dem Währungs-Problem beschäftigt hat.

und mit der Tatsache muß jeder Plan einer Währungs-Reform rechnen, wenn er brauchbar sein soll. Der entschieden beste nun unter allen Vorschlägen, die bisher nach dieser Richtung hin gemacht sind, ist ein in Tientsin entstandener Entwurf, bei dem der englische Direktor der dortigen „Imperial Bank of China" beteiligt ist, und der vielleicht, so scheint es wenigstens, auch dem General-Gouverneur Yuan Schi K'ai bei seinen Finanzplänen vorgelegen hat, jedenfalls passen diese letzteren in ihn vollkommen hinein. Der Entwurf nimmt in sehr sachkundiger Weise auf die eigenartigen konservativen Verhältnisse Chinas Rücksicht und teilt daher die Reform in drei Stufen, mit einer Pause von je einem Jahr zwischen zwei Stufen. Die erste davon besteht aus folgenden Maßregeln: 1. Errichtung einer Reichsbank in Peking, Tientsin, Schanghai, Hankou, Kanton. 2. Silberwährung mit Tael-Münzen, Halbtael-Münzen von gleicher Legierung und Scheidemünzen von Teilwerten des Taels. 3. Abschaffung der Dollar-Prägung in China. 4. Ausschließliches Prägungsrecht der Reichsbank. 5. Personal und Maschinen der bisherigen Münzstätten gehen an die Reichsbank. 6. Ausgabe von Noten der Reichsbank, die gegen neue Tael-Münzen einlösbar sind; Metall-Reserve für 50 Prozent der Noten muß stets vorhanden sein. 7. Leitung der Reichsbank durch fremde Fachleute mit chinesischem Direktorium in Schanghai, das nur dem Finanz-Ministerium in Peking verantwortlich ist. Das Direktorium kann zwei bis drei fremde Kaufleute zu Mitgliedern ernennen. 8. Einnahmen und Zahlungen der Regierung gehen durch die Reichsbank. 9. Der General-Inspektor der Seezölle hat das Recht, die Metall-Reserven und Bücher der Bank zu prüfen. 10. Ungemünzte Silberstücke („Sycee") sind innerhalb zweier Jahre nach Eröffnung der Münzstätte gegen Tael-Münzen einlösbar. Nach zwei Jahren sind Silberstücke kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. 11. Tael-Münzen sind nur gegen Silberstücke während der beiden Jahre auszugeben. 12. Für Silberstücke sind auf Wunsch auch Noten der Reichsbank auszugeben. 13. Ein kaiserlicher Erlaß bestimmt, daß die neuen Münzen und die Noten der Reichsbank allgemeines gesetzliches Zahlungsmittel sind, und daß sie nach zwei Jahren das einzige Zahlungsmittel sein werden. 14. Ausfuhr-Verbot für alle Tael-Münzen während zweier Jahre nach Eröffnung der Münzstätte. 15. Sofortige Berufung einer Münz-Konferenz, zu der England, Amerika, Japan, sowie Hongkong, die Straits Settlements und sonstige Silber verbrauchende Länder eingeladen werden, die geneigt sind, teilzunehmen. Zweite Stufe: 1. Verbot der Herstellung von ungemünzten Silberstücken. 2. Einfuhr-Verbot für Dollar. 3. Während einer Frist von sechs Monaten sind Dollar nach ihrem Metallwert gegen Silber-Tael-Münzen einlösbar. Dritte Stufe: 1. Einfuhr-Verbot für Silber. 2. Umlauf von Silberstücken und Dollar ungesetzlich. 3. Die chinesische Regierung zahlt acht neue Tael-Münzen für ein Pfund Sterling oder für dessen Gegenwert in Feingold. 4. Bei den Zollämtern, sowie bei Zahlung von Regierungs-Abgaben wird auch Gold zu dem genannten Satze in Zahlung genommen. 5. Keine neuen Münzen

außer den nach Nr. 3 zu zahlenden werden mehr in Verkehr gegeben. 6. Überschüsse bei der Prägung nach Abzug der Münzkosten werden als besondere Reserve in Gold in der Reichsbank behalten und nicht dem laufenden Konto der Regierung gut geschrieben. 7. In London und New York wird je eine Agentur errichtet, die die Bezahlung der Goldschuld Chinas besorgt, indem sie Wechsel in Taels auf China zu Lasten des Guthabens der Regierung bei der Reichsbank für Zahlungen in Sterling verkauft, die in London oder New York zu leisten sind.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß auch diesem Entwurfe, der sich offenbar an eine ähnliche Währungs-Operation in Indien anlehnt, mancherlei Bedenken entgegenstehen, aber er bietet unzweifelhaft eine brauchbare Grundlage für eine Währungs- und Finanz-Reform in China. Vor allem wird man sich bei Beginn einer solchen darüber klar sein müssen, daß sie einheitlich und gleichzeitig für das ganze Reich unternommen werden muß, das Bestreben einzelner Provinzial-Regierungen, auf eigene Hand Währungs-Manöver vorzunehmen, wird die Schwierigkeiten erheblich vermehren und sollte daher unter keinen Umständen geduldet werden. Wie bereits an dieser Stelle angedeutet wurde,[1]) hat der General-Gouverneur Yuan Schi K'ai im Einvernehmen mit dem inzwischen verstorbenen Jung Lu, Oberleiter des Finanz-Ministeriums, die Errichtung einer Reichsbank nach japanischem Muster mit dem Hauptsitze in Tientsin beantragt. Diese Bank soll Tael-Münzen prägen und Noten ausgeben, mit denen im ganzen Reiche Zölle und Steuern bezahlt werden können, sie soll das Einnahme- und Ausgabe-Konto der Regierung führen und direkt dem Finanz-Ministerium unterstellt sein. Danach scheint man also die Notwendigkeit einer Zentralisierung der Finanz-Reform auch chinesischerseits eingesehen zu haben und es wird sich nun darum handeln, durch ehrliche Rechnung den guten Willen der Provinzial-Regierungen zu gewinnen. Eine weitere höchst wichtige Frage wird die sein, ob man die seit Jahrtausenden in China üblichen Kupfermünzen (Cash)[2]) als Zahlungsmittel selbst für größere Beträge jetzt schon wird ent-

---

[1]) S. oben S. 101 und 144.

[2]) Die Bezeichnung „cash" für diese Kupfermünzen ist zwar englisch, stammt aber aus Indien. Sie geht zurück auf das alte Sanskrit-Wort *karsa*, das ein bestimmtes Gewicht, auch von Gold und Silber, bedeutet. Im Tamulischen, einem südindischen Dialekte, ist das Wort zu *kāsu* geworden, und in dieser Form lernten es im 16. Jahrhundert die Portugiesen kennen. Sie gaben es durch „caixa" wieder und übertrugen den Namen auf die kleinen Kupfermünzen des malayischen Archipels und Chinas. Die Engländer verderbten das Wort weiter zu „cash" und benannten bis 1818 eine Kupfermünze in dem Geld-System Süd-Indiens danach. Noch i. J. 1803 wurde in England eine Kupfermünze für Madras geprägt, die in der Aufschrift „cash" genannt wurde. Zu trennen ist hiervon das echt englische Wort „cash" („Geldkasten" oder „Bargeld"), das dem französischen „caisse" und dem deutschen „Kasse" entspricht. Höchst wahrscheinlich ist aber die Umbildung von *kāsu* und „caixa" durch das Vorhandensein dieses englischen Wortes beeinflußt. Näheres in dem Glossar anglo-indischer Ausdrücke von Yule und Burnell, *Hobson-Jobson* unter „Cash", — Cash wird von den Ausländern in China auch $^1/_{1000}$ eines Tael-Gewichts in Silber (chinesisch *li*) genannt.

behren können, und wenn dies, was wahrscheinlich ist, nicht der Fall sein sollte, wie das Verhältnis dieser Münzen zu der neuen Tael-Münze zu regeln ist. Die Chinesen selbst legen einer solchen Regulierung besondere Wichtigkeit bei, und es ist bezeichnend, daß bereits im Jahre 1845 eine Normierung des Cash im Verhältnis zum Tael auf 1500 : 1 für alle Provinzen beim Throne beantragt wurde. Was damals naturgemäß unmöglich war, muß jetzt bei einer Einheitlichkeit der Währung möglich werden, und chinesische Zeitungen bringen ein festes Verhältnis von 1000 : 1 in Vorschlag.

Daß China eine Finanz-Reform nicht ohne ausländische Hilfe durchführen kann, ist selbstverständlich, und je früher ihm eine solche von politischen Hintergedanken freie Hilfe gewährt wird, und China sich ihrer bedient, um so besser ist es für die Sache. Das zeigt erst jetzt wieder eine umfangreiche Denkschrift des Finanz-Ministeriums, die in Übereinstimmung mit der Anregung eines Zensors dem Throne ein neues Steuer-System zur Genehmigung unterbreitet, wonach, um die Steuerkraft des Volkes zu schonen, das Beamtentum mit besonderen Beiträgen zu den staatlichen Ausgaben veranlagt und außerdem die Geldstrafe in weiterem Umfange eingeführt werden soll. Die Höhe dieser jährlichen „Beiträge" soll sich teils nach Rang und Stellung, teils nach der „Fettigkeit" der Pfründe richten. Es ist nicht schwer zu sehen, wer diese Summen schließlich aufbringen muß, und welchen Charakter solche „Geldstrafen" sehr bald annehmen werden. Es wird eine der Vorbedingungen für eine gesunde Reform in China sein, daß man sich von derartigen phrasenreichen Täuschungen frei macht.

In der jüngsten Zeit ist in der chinesischen Währungs-Frage ein bedeutender Schritt vorwärts getan worden, vorausgesetzt, daß die neuen Maßnahmen nicht wieder bloße Theorie bleiben. Schon am 22. April 1903 hatte ein Edikt den Prinzen K'ing als Präsidenten eines besonderen Finanz-Ausschusses beauftragt, gemeinsam mit dem Finanz-Ministerium „eine gründliche Reform des Währungs- und Finanz-Systems vorzubereiten und die ganze Frage einheitlich und sorgfältig zu regeln". Über dieser Arbeit vergingen die Jahre. An Vorschlägen, von chinesischer wie ausländischer Seite,[1]) hat es nicht gefehlt, aber über keinen von ihnen konnte man einig werden. Am gründlichsten und sachkundigsten wurde die Frage in Tientsin in der Umgebung Yuan Schi K'ai's studiert, namentlich von seinem Vertrauten T'ang Schao Yi, der seine Erziehung in Amerika genossen hat und von allen seinen Landsleuten vielleicht die ausgedehntesten Kenntnisse auf dem Gebiete besitzt. Auch an dem oben erwähnten Entwurfe, sowie an dem Berichte des Amerikaners Jenks[1]) wird er vermutlich nicht unbeteiligt gewesen sein. Im Sommer 1908 endlich war Prinz K'ing in der Lage, dem Throne eine ausführliche Denk-

[1]) S. oben S. 186 f. Vergl. auch den folgenden Aufsatz.

schrift vorzulegen, und fast gleichzeitig überreichte auch T'ang einen neuen Entwurf. Hierin wurde gleichfalls die Goldwährung als zu erstrebendes Ziel hingestellt und vorläufig das Tael als neue silberne Münz-Einheit empfohlen, da dieser Begriff samt seinen Teilen zu fest in den Gewohnheiten des Volkes wurzele, als daß man ihn durch einen neuen verdrängen könne. Ein Edikt vom 5. Oktober 1908 erklärte jedoch die Einführung einer Goldwährung für eine Aufgabe, der man für absehbare Zeit nicht näher treten könne, und befahl statt dessen, zunächst eine einheitliche Silberwährung im ganzen Reiche zu schaffen, wonach man dann später weitere Schritte erwägen könne. Inzwischen wurde T'ang Schao Yi nach Amerika und Europa geschickt, um die Finanz-Systeme der verschiedenen Staaten zu studieren (in Deutschland wurden ganze zehn Tage auf dieses Studium verwandt); während seiner Abwesenheit erfolgte der Sturz Yuan Schi K'ai's,[1]) und als ein einflußloser Mann kehrte T'ang, sein Gefährte, nach China zurück. Die Weisungen des Edikts vom 5. Oktober blieben unausgeführt, die Finanz-Reform schien von der Tagesordnung abgesetzt. —

Bald aber nachdem Yuan Schi K'ai und sein Anhang hatten das Feld räumen müssen, trat eine andere chinesische Finanz-Autorität auf den Plan, der in den Zeitungen oft genannte Schêng Süan Huai,[2]) jetzt Präsident im Verkehrs-Ministerium. Er sah in seinen Vorschlägen, die sich stark an japanische Vorbilder anlehnten, ebenfalls von der Goldwährung als einem unter den herrschenden Verhältnissen unerreichbaren Ziele vorläufig ab und empfahl als silberne Münz-Einheit den Dollar, der aber in ein festes Wertverhältnis zum Tael zu bringen sei. Diese Vorschläge machte sich auch das Finanz-Ministerium zu eigen. Mit einer umfangreichen Denkschrift unterbreitete es dem Throne einen neuen Reform-Plan, und dieser ist nunmehr durch Edikt vom 24. Mai 1910 genehmigt und Gesetz geworden.[3]) Die leitenden Gedanken dieser Reform sind die folgenden:

Einheit und Haupt-Geldstück ist der Silber-Dollar mit einem Gewicht von 0,72 Tael K'u-p'ing[4]) und mit 90 v. H. Feingehalt oder 0,648 Tael reinen Silbers. Teilmünzen in Silber sind: Fünfzig-Zent-Stücke (= $^1/_2$ Dollar), Fünfundzwanzig-Zent-Stücke und Zehn-Zent-Stücke. Ferner sind zu prägen: Fünf-Zent-Stücke in Nickel, sowie vier Münzen in Kupfer, nämlich: Zwei-Zent-Stücke, Ein-Zent-Stücke, Fünf-Cash-Stücke (= $^1/_2$ Zent) und Ein-Cash-Stücke (= $^1/_{10}$ Zent oder $^1/_{1000}$ Dollar). Der Dollar ist unbeschränktes gesetzliches Zahlungs-

[1]) S. oben S. 104.

[2]) In den Zeitungen wird er beständig Schêng Kung-pao genannt. *Kung-pao* bedeutet, daß der so bezeichnete einen bestimmten höfischen Titel hat, was auch bei Schêng zutrifft. Warum er nun aber, und zwar er allein von allen Trägern dieses Titels, stets mit diesem Zusatz anstatt, wie die übrigen, mit den Vornamen bedacht wird, dafür dürften die Zeitungen selbst keine Erklärung haben.

[3]) Übersetzungen der Denkschrift und des Edikts enthalten „Der Ostasiatische Lloyd" vom 24. Juni 1910 und die „Kiautschou-Post" vom 25. Juni 1910.

[4]) *K'u-p'ing* bedeutet „Schatzkammer-Gewicht". In K'u-p'ing-Gewicht, von dem 1 Tael = 37,1 Gramm ist, wurden bisher alle Abgaben bezahlt und verrechnet.

mittel, dagegen brauchen silberne Teil-Münzen nur bis zum Betrage von fünf Dollar, Nickel- und Kupfer-Münzen nur bis zum Betrage von $^1/_2$ Dollar in Zahlung genommen zu werden. Der Betrag der zu prägenden Teil-Münzen wird vom Finanz-Ministerium je nach Bedarf bestimmt. Die früher geprägten Silber- und Kupfer-Münzen dürfen bis auf weiteres mit ihrem Marktwerte im Verkehr bleiben, doch sollen diese Münzen von der Reichsbank in Peking und ihren Filialen allmählich eingezogen werden. Das Finanz-Ministerium wird den Zeitpunkt bestimmen, von wann ab die alten Münzen außer Verkehr gesetzt werden, inzwischen können sie auf der Reichsbank gegen neue umgewechselt werden. Für die Verrechnung der alten Werte und Münzen, die ebenfalls in einem marktgängigen Verhältnis zum K'u-p'ing-Tael stehen, sollen $1\,^1/_2$ Dollar neuer Währung = 1 K'u-p'ing-Tael gelten. Innerhalb eines Jahres von der Genehmigung dieser Vorschriften an haben sämtliche Behörden ihre vereinnahmten und verausgabten Beträge in die neue Münze umzurechnen und als solche aufzuführen. Vom Tage der Genehmigung dieser Vorschriften an ist in allen Provinzen die Prägung der bisherigen Münzen einzustellen. In Peking wird ein Prüfungsamt errichtet, das die ausgeprägten neuen Münzen an Stichproben chemisch untersucht. Das Münz-Regal der Provinzen wird aufgehoben, das Prägungsrecht steht allein der Zentral-Regierung zu. Das Haupt-Münzamt befindet sich in Tientsin; Zweig-Münzanstalten werden in Hankou, Kanton, Tschêngtu, Yün-nan fu und vorläufig in Mukden unterhalten, sie sind dem Haupt-Münzamt unmittelbar unterstellt.

Ergänzt wurde diese Münz-Reform durch ein Edikt vom 22. Juni 1910, durch das, gleichfalls in Übereinstimmung — wenigstens der Hauptsache nach — mit einem Entwurfe Schêng Süan Huai's, das System des Papiergeldes neu geregelt wurde. Danach liegt die Ausgabe von Papiergeld allein der Reichsbank[1]) ob. Diese muß jederzeit bereit sein, die ausgegebenen Noten zum Nennwerte einzulösen. Ausgegeben sollen werden: Ein-Dollar-, Fünf-Dollar-, Zehn-Dollar- und Hundert-Dollar-Scheine. Einzelheiten über Anzahl und Verteilung bestimmt das Finanz-Ministerium. Zur Deckung muß die Reichsbank die Hälfte vom Werte der umlaufenden Noten in Metall, d. h. gemünztem oder ungemünztem Silber oder Golde (Schêng hatte „wenigstens zwei Drittel oder drei Fünftel" vorgeschlagen) bereit halten, für die Deckung des Restes können Obligationen staatlicher Anleihen oder andere marktgängige Wertpapiere verwendet werden. Die Aufsicht über das Notenwesen der Reichsbank führt das Finanz-Ministerium. Alle sonstigen im Umlauf befindlichen Noten von Regierungs- oder

[1]) Der Charakter der Reichsbank scheint noch nicht geklärt zu sein. Wenigstens soll nach Berichten der *Schi pao* vom Oktober 1910 der deutsche Gesandte in Peking aus Anlaß eines besonderen Falles an die Regierung die Frage gerichtet haben, ob die Reichsbank als eine staatliche Einrichtung anzusehen sei. Die Antwort darauf habe ausweichend gelautet. Der Name *Ta Ts'ing yin-hang,* d. h. „Kaiserlich chinesische Bank", erweckt jedenfalls den Anschein staatlichen Charakters. Die Bank hat jetzt etwa zwanzig Zweigstellen im Reiche, weitere sind geplant.

Privat-Banken sind innerhalb von vier Jahren aus dem Verkehr zu ziehen. Neu entstehenden Banken wird eine Noten-Ausgabe nicht gestattet.

Diese hier skizzierten Maßnahmen stellen zum wenigsten einen ernsthaften Versuch dar, aus dem Währungs-Chaos herauszukommen und schließlich auch zu geordneten Finanz-Verhältnissen zu gelangen. Freilich eine Münz-Reform ist noch keine volle Währungs-Reform, und bis zur Erreichung des unzweifelhaft ins Auge gefaßten Zieles, der Schaffung einer Goldwährung, ist noch ein langer Weg. Es ist schon fraglich, ob in absehbarer Zeit der nächste Schritt dazu wird getan werden können, d. h. ob es China möglich sein wird, ein festes Verhältnis zwischen seinen Silber-Münzen und der Gold-Valuta durchzusetzen, wie es Indien mit der Rupie und Japan mit dem Yen getan hat. Auch an heimlichem Widerstande gegen die ganze Reform wird es nicht fehlen. Sowohl bei einem großen Teile des Beamtentums, namentlich bei denen, die bisher bei der Steuer-Erhebung infolge der verschiedenen Silber-Gewichte eine doppelte Rechnung führen konnten, als auch bei den sämtlichen Banken, deren Weizen um so reicher blühte, je mannigfaltiger und schwankender die Kurse der zahllosen Taels und Dollar waren, wird jedenfalls auf Begeisterung für die neuen Münzverhältnisse nicht zu rechnen sein. Und ob man bei den fremden Banken, die das Münz-Chaos in China nicht ohne Wohlbehagen betrachten, viel Entsagungsfähigkeit im Interesse der guten Sache wird erwarten können, muß die Zukunft lehren. Wer ihr Wirken kennt, wird die Hoffnungen nicht hoch spannen. Es wird zur Durchführung der Reform — darüber kann kein Zweifel sein — nicht bloß finanztechnischer Erfahrung bedürfen, sondern auch einer festen Hand, die furchtlos zugreift, wenn es sich um die Beseitigung eingewurzelter übler Gewohnheiten handelt. Das dritte Erfordernis ist die Bereitstellung der nötigen Barmittel für Einlösung der alten und Ausgabe der neuen Münzen und Noten. Daß diese nur auf dem Wege einer Anleihe zu beschaffen sind, hatte schon Schêng Süan Huai angenommen — er hatte einen Betrag von zehn Millionen Pfund Sterling vorgeschlagen —, und die Ansicht scheint auch herrschend geblieben zu sein. Zeitungsmeldungen zufolge wird in Amerika über eine Anleihe von fünfzig Millionen Gold-Dollar verhandelt, indessen fällt die Frage vielleicht schon in den Tätigkeitsbereich der großen internationalen Banken-Verbindung, von der China jetzt gemeinsam bearbeitet werden soll.[1]) Aber auch wenn die Währungs-Reform jetzt gelingt, bleibt immer noch groß und drohend die Finanz-Frage am Horizonte stehen, namentlich das Finanz-Verhältnis zwischen Zentrale und Provinzen. Daß die Chinesen diese Herkules-Arbeit ohne fremde Hilfe vollbringen sollten, erscheint heute so zweifelhaft wie je.

[1]) S. unten S. 332 Anm.

Sir Robert Harts neuer Finanzplan für China.[1])

(Kölnische Zeitung vom 25. Juli 1904.)

Chinas ältester und vertrautester fremder Freund und Ratgeber, der General-Zollinspektor Sir Robert Hart, hat im Hinblick auf die neue Phase der politischen Entwicklung in Ostasien noch einmal den Versuch gemacht, seinem zweiten Vaterlande die gefährliche Lage zum Bewußtsein zu bringen, in der es sich befindet, und ihm einen Weg zu zeigen, auf dem ihm Rettung kommen kann. Bald nach Ausbruch des russisch-japanischen Krieges hat er in einer umfangreichen Denkschrift dem Throne einen neuen Finanzplan vorgelegt, der die Mittel liefern soll für eine neue und bessere Begründung des alterschwachen Staatswesens. Das Schriftstück besteht aus vier Teilen und zeigt, so seltsam manches darin dem europäischen Beurteiler erscheinen mag, ein kluges, sorgsames Eingehen auf chinesische Anschauungen, auf chinesische Vorurteile und auf die chinesische Art der Beweisführung — wie es ja von dem an Erfahrung reichen Verfasser zu erwarten war. In der Einleitung weist er zunächst auf die gegenwärtige schicksalschwere Lage hin. „Zwischen Japan und Rußland ist Krieg ausgebrochen", heißt es dort, „und in diesem Kriege kämpft jede der beiden Mächte für Durchsetzung ihrer eigenen Wünsche, die sich im Gegensatze zu der Politik ihres Feindes befinden. Aus keinem andern Grunde aber ist dieser Zustand möglich geworden, als weil China von Grund aus schwach ist. Wie und wann der Krieg zwischen den beiden Mächten zu Ende kommen mag, ob nach zwei oder drei, nach fünf oder sechs Jahren, das ist eine Frage, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer zu beantworten ist. Eins aber ist sicher, nämlich, daß für China, wenn der Krieg beendet sein wird, ernste Gefahren heraufziehen werden, falls es bleibt, wie es jetzt ist. Wenn wir nicht den Absichten und Bestimmungen anderer preisgegeben sein wollen, sondern im Gegenteil wünschen, daß andere unseren Wünschen Gehör geben, so bleibt uns kein anderer Weg, als daß wir die Gelegenheit benutzen, die sich uns jetzt bietet, und daß wir unser bestes Können einsetzen, um uns stark zu machen. Das erste aber, das geschehen muß, um China

[1]) Vergl. zu diesem Aufsatz oben S. 187.

mächtig werden zu lassen, ist die Neuorganisation und Ausbildung unserer Armee, und um dies zu bewirken, mssüen wir auf Mittel denken, die notwendigen Kosten dafür aufzubringen.“ Sir Robert macht sich nun anheischig, die jährlichen Einkünfte Chinas, die sich jetzt auf etwa 80 Millionen Taels belaufen, und von denen über die Hälfte zur Bezahlung der auswärtigen Schulden verwandt werden muß, auf 400 Millionen Taels zu erhöhen und dabei noch die Lage des steuerpflichtigen Volkes zu erleichtern.[1]) Und zwar soll dies erreicht werden durch eine gänzliche Umgestaltung des Grundsteuerwesens. Er berechnet, daß, wenn nur jeder Mou Landes (etwa 570 qm) der achtzehn Provinzen des eigentlichen China im Durchschnitt $^1/_{10}$ Tael (ca. 25 Pfg.) Steuer tragen würde, dies eine Jahres-Einnahme von 800 Millonen ergeben müßte. Nimmt man nun die Hälfte des Landes als steuerfähig an — im Gegensatz zu Li Hung Tschang, der zwei Drittel zu Grunde legte — so ergibt sich noch immer eine Einnahme von 400 Millionen. Aus dieser Berechnung läßt sich ersehen, welche ungeheuren Summen bei der gegenwärtigen Methode der Steuer-Erhebung durch Schuld der Beamten dem Staate jährlich verloren gehen, von der willkürlichen Bedrückung der Bevölkerung ganz abgesehen. Der General-Zollinspektor schlägt dann vor, wenn diese Einnahme aus der Grundsteuer gesichert sei, die Inland-Zölle und die Salzsteuer, die etwa 40 bis 50 Millionen einbringen, ausschließlich zur Verzinsung und Tilgung der fremden Anleihen und der Kriegsentschädigung zu verwenden, danach aber, wenn dieses Ziel erreicht sei, sie aufzuheben, um dem Handel freie Bahn zu machen.

Der zweite Teil der Denkschrift führt aus, wie die künftige Erhebung der Grundsteuer organisiert und gehandhabt werden soll; die untergeordneten Einzelheiten der Organisation werden, nicht ohne Absicht, den chinesischen Beamten zur Regelung überlassen, die „natürlich besser mit der wirklichen Lage der Dinge bekannt sind als ein Fremder dies sein kann.“ Das neue System, das auf Selbsteinschätzung beruht — eine nähere Beschreibung würde hier zu weit führen — soll zunächst in einem Bezirk einer einzelnen Präfektur in einer einzelnen Provinz zur Einführung gelangen, und zwar unter der Leitung einer Kommission von zehn Beamten; nach drei Monaten sollen diese mit dem System vertrauten Beamten in die nächstgelegenen Bezirke entsandt werden, so daß nach weiteren drei Monaten die ganze Präfektur, und in derselben Weise nach abermals drei Monaten die ganze Provinz zum Wirkungsbereich des neuen Steuermodus gemacht ist. Nach Verlauf eines Jahres sollen dann fünf andere Provinzen in Angriff genommen werden, und mit Beginn des dritten Jahres endlich der Rest von zwölf Provinzen, so daß nach drei Jahren die Reform durchgeführt sein muß.

---

[1]) Ein dem Vorparlament in Peking (s. oben S. 185 Anm. 2) vorgelegter Etats-Entwurf für 1911 weist nach den Zeitungen eine Einnahme von 296 Millionen Taels und eine Ausgabe von 333 Millionen auf. H. B. Morse berechnet in seinem Werke *The Trade and Administration of the Chinese Empire* (New York 1908) S. 118 die amtlich angegebenen Einkünfte des Reiches (er selbst nennt die Ausgaben „an imaginary statement of revenue“) auf 284154000 Taels.

Der dritte Teil stellt nun in großen Zügen ein Jahresbudget für die neuen Steuererträge von 400 Millionen auf. Und zwar geht dieses Budget von der Voraussetzung aus, daß der General-Zollinspektor an die Spitze der Verwaltung jener Erträge gestellt wird. An der ersten Stelle des Entwurfs stehen die Kosten für das Heer. Im Anschluß an die Vorschläge des bereits seit längerer Zeit arbeitenden Ausschusses für Neuorganisation der nationalen Wehrkraft (*Lien ping tsch'u*) sind vier Armeen von je 50000 Mann mit 1835 Offizieren vorgesehen. Davon sollen eine in der Provinz Tschili, zwei in den Yangtsĕ-Provinzen, nämlich in Liang Kiang mit Nanking und in Hu-kuang mit Wutschang als Hauptstadt, und die vierte in den Kuang-Provinzen im Süden garnisonieren.[1]) Die Kosten für jede Armee sollen 6850000 Taels betragen, wovon 1850000 auf Offizier-Gehälter gehen, die zwischen 500 Taels für den niedrigsten und 10000 Taels für den höchsten Grad liegen. An weiteren besonderen Titeln für das Heer sind vorgesehen: für vier Kriegschulen 2 Mill., für Waffen und Munition 3 Mill., für Ausbildung der Reserven 15 Mill., insgesamt für das Heer rund 50 Millionen. Auf die sofortige Neubildung der Flotte wird fast noch mehr Wert gelegt. Das bestehende Peĭyang-(Nord)- und Nan-yang-(Süd)-Geschwader soll beibehalten und neu formiert, außerdem aber noch ein drittes Geschwader für Mittel-China hinzugefügt werden. Jedes Geschwader wird zu 10 Linienschiffen, 10 Kreuzern und 60 Torpedobooten mit 400 Offizieren und 10500 Mann angenommen. Der Bau dieser 240 Fahrzeuge soll sich auf ungefähr 10 Jahre erstrecken; in jedem Jahre sollen 20 Millionen für Neubauten bereitgestellt werden.[2]) An weiteren Titeln sind vorgesehen: Unterhalt der Mannschaften für jedes Geschwader 1050000, Gehälter der Offiziere 600000, drei Marineschulen 1500000, insgesamt für die Flotte rund 30 Millionen Taels. Dazu kommen noch vier Arsenale für Waffen und Munition mit 10 Millionen jährlich.

Der nächste Abschnitt des Budgets behandelt die wichtigste und interessanteste, aber auch die schwierigste Frage, nämlich den Zivildienst. Sir Robert Hart macht unerschrocken den Versuch, dem eigentlichen chinesischen Drachen, d. h. der Korruption des Beamtentums, zu Leibe zu gehen, indem er wahrhaft glänzende Gehälter in Aussicht stellt, so daß der einzelne Beamte seine bisherige Lebensweise fortsetzen kann, ohne daß er zu stehlen und sich bestehlen zu lassen braucht. Eine genaue Zahl der vorhandenen Zivilbeamten anzugeben, war natürlich für den Entwurf nicht möglich, er schätzt sie auf etwa 25000. Davon sind für den niedrigst besoldeten, den Polizei-Magistrat, 3000 Taels, d. h. etwa 7500 M. vorgesehen, für den nächst höhern, den Distrikt-Magistrat, etwa unserm Landrat entsprechend, 10000 Taels, d. h. etwa 25000 M. Von den höheren Posten ist der des Taotais mit 30000 Taels, der des Provinzial-Schatzmeisters mit

[1]) Die Heeres-Organisation ist wesentlich anders gestaltet worden, als Sir Robert Hart sie hier annimmt. S. oben S. 187 f.

[2]) Von diesem Programm hat man sich — mit Recht — ganz frei gehalten. S. oben S. 189.

50 000 Taels, der des Gouverneurs mit 60 000 und der des General-Gouverneurs mit 70 000 Taels bedacht. Dazu kommen noch 10 000 Taels jährlich für den Unterhalt der Diener und Unterbeamten an jeder größeren, und 1000 Taels für den an jeder kleineren Amtstelle. Insgesamt sieht das Budget 160 Millionen an Gehältern für die Zivilbeamten vor.

An weiteren Haupttiteln führt der Entwurf noch folgende auf: jährlicher Zuschuß zu den neu errichteten oder noch zu errichtenden modernen Schulen: 10 Millionen; Zuschuß zur Post-Verwaltung, die von Sir Robert Hart ins Leben gerufen ist, aber noch mit Verlust arbeitet: 1 Million; Ausbau des Telegraphen-Systems: 5 Millionen, wie bisher; für den kaiserlichen Hof: 10 Millionen. Der Etat ergibt hiernach folgendes Bild: Heer 50, Flotte 30, Arsenale 10, Gehälter der Zivilbeamten 160, Schulen 10, Post 1, Telegraphen 5, Kaiserlicher Hof 10 Millionen Taels; zusammen 276 Millionen. Es verbleiben also von den 400 Millionen Steuern noch 124 Millionen zur Verfügung der Regierung. Diese Summe kann entweder zurückgelegt oder für wichtige Maßnahmen zum Wohle des Reiches verwandt werden.

Der vierte und letzte Teil der Denkschrift legt die Vorzüge dar, die der neue Finanzplan vor allen ähnlichen Entwürfen hat und die ihn von allen am leichtesten ausführbar erscheinen lassen. Zugleich werden verschiedene Einwände widerlegt, die gegen die neue Art der Grundstück-Besteuerung erhoben werden könnten. Ein nochmaliger Hinweis auf die politische Lage begründet die dringende Notwendigkeit der Annahme der Vorschläge. „Wenn schließlich der Krieg zu Ende kommt", heißt es hier, „so wird der Friedensvertrag, den die kriegführenden Parteien schließen, sicherlich auch Bestimmungen enthalten, die die östlichen und westlichen Teile des chinesischen Reiches betreffen. Es ist daher Chinas Sache, die Gelegenheit zu ergreifen, die sich ihm jetzt bietet, und seine äußerste Kraft daranzuwenden, um die verschiedenen Maßnahmen ins Werk zu setzen, die das Lebensinteresse des Landes verlangt, damit, wenn die Zeit kommt, wo die kaiserliche Regierung ihre Willensmeinung zu äußern hat, China in der Lage ist, dies mit Nachdruck zu tun und andere zu zwingen, seinen Wünschen Gehör zu schenken."

Man sieht, es ist ein gewaltiges Werk, das der greise Berater Chinas, gewiß nicht ohne lange Überlegung, unternommen hat, ein letzter Versuch, dem Lande zu helfen, dem die Arbeit seines Lebens gegolten hat. Wird er denselben Erfolg im großen haben, den er im kleinen gehabt hat? Die besten Kenner Chinas, und er selbst nicht zum wenigsten, werden sich keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben. Eins geht aus dem großen Finanzplan mit Deutlichkeit hervor: an Geld fehlt es China nicht, wenn es sein Staatswesen von Grund auf erneuern und wieder eines der mächtigsten Reiche der Erde werden will. Aber um das zu vollbringen, dazu bedarf es noch zweier anderer Dinge, die sich auch durch ungezählte Millionen nicht aufwiegen lassen, nämlich Ehrlichkeit und Charakterstärke. — Sir Robert Harts Denkschrift ist zunächst durch kaiserlichen Erlaß sämtlichen General-Gouverneuren und Gouverneuren zur Begutachtung überwiesen.

Zur Frage des chinesischen Seezollwesens.

(Kölnische Zeitung vom 16. Juni 1906.)

Das vor kurzem in Peking erlassene Edikt über die Leitung des chinesischen Zollwesens [1]) hat in der Presse zu Erörterungen Veranlassung gegeben, aus denen vor allem das eine hervorgeht, daß man sich in Europa noch immer völlig unklare Vorstellungen über die Art und Bedeutung dieser Einrichtung macht. Um die Tragweite der neuen chinesischen Maßregel richtig abschätzen zu können, muß man vor allem zwei Dinge auseinanderhalten: die Erhebung der Seezölle an den geöffneten Handelsplätzen und die Verwendung der erhobenen Beträge. Die Erhebung geschieht durch das europäisch organisierte internationale Personal, an dessen Spitze der General-Zollinspektor Sir Robert Hart steht.[2]) Er und nur er allein ist der Vorgesetzte dieses Personals, während er selbst für seine Person der chinesischen Regierung oder genauer dem *Wai-wu pu* verantwortlich ist. Diese Verantwortlichkeit ist naturgemäß sehr lose, da die chinesische Regierung ein unbegrenztes Vertrauen in den durch Jahrzehnte treuer Pflichterfüllung bewährten Beamten setzt. Die von dem internationalen Personal erhobenen Beträge werden nach Abzug der Erhebungskosten an die Organe der chinesischen Regierung, und zwar nach einem ausschließlich von dieser festgesetzten Verteilungs-Modus, abgeführt. Bis zum Ende des japanischen Krieges gingen die Einkünfte der Seezollämter nach einer jeweilig von der Regierung vorgeschriebenen prozentualen Skala an das Finanz-Ministerium in Peking, an die verschiedenen Provinzial-Regierungen, an das Tsungli Yamen und an die Zoll-Bank in Schanghai, bei deren Verwaltung der dortige Taotai eine

[1]) Den Text dieses unter dem 9. Mai 1906 erlassenen Edikts s. unten.

[2]) Sir Robert Hart weilt bereits seit drei Jahren in England auf Urlaub und es ist unwahrscheinlich, daß er je wieder auf seinen Posten zurückkehren wird. Sein Stellvertreter, Sir Robert Bredon, hat sich im Mai 1910 auf Urlaub begeben, nachdem seine englischen Landsleute ihn als zu nachgiebig gegenüber chinesischen Ansprüchen befunden hatten. Er ist indessen von der chinesischen Regierung zum Berater des *Schui-wu tsch'u* (s. unten) ernannt worden. Gegenwärtig führt ein jüngerer englischer Seezoll-Direktor die Geschäfte, dem weder die lange Erfahrung, noch das Prestige seiner beiden Vorgänger zu Gebote steht.

leitende Rolle spielt. Mit dem Abschluß der großen ausländischen Anleihen nach dem Kriege hat sich diese Verteilung insofern wesentlich verschoben, als ein weit größerer Teil der Einkünfte als bisher an den Taotai von Schanghai abgeführt und von diesem zur Zahlung der fälligen Zins- und Amortisations-Quoten verwendet wird. Auch die Kosten der Gesandtschaften im Auslande müssen von ihm gedeckt werden. Man sieht, sobald die Zollverwaltung die erhobenen Beträge abgeführt hat, ist ihre Tätigkeit beendet: auf die Verwendung dieser Beträge hat sie keinerlei Einfluß. Wenn also die chinesische Staatsleitung es für gut befand oder befinden sollte, die Einnahmen der Seezollverwaltung für irgend welche neue, anderweitige Zwecke zu verwenden, so konnte, auch vor dem Erlaß des neuen Edikts, weder Sir Robert Hart noch irgend ein anderer Ausländer dies verhindern.

Das Moment nun, woran das europäische Interesse bei der ganzen Frage anknüpft, ist in den großen Anleihen gegeben, die von China zur Bezahlung der japanischen Kriegsentschädigung aufgenommen wurden; und zwar betrifft dies zunächst die beiden mit deutsch-englischen Bankgruppen abgeschlossenen Anleihen von 1896 und 1898 im Betrage von je 16 Millionen Pfund Sterling. Denn während für die französisch-russische Anleihe von 1895 im Betrage von 400 Millionen Franken die russische Regierung die Garantie übernommen hat, sind die beiden zuerst genannten Anleihen in erster Stelle durch die Einnahmen der Seezollämter sicher gestellt. Natürlich folgt aus dieser Sicherstellung noch nicht — und tatsächlich ist dies auch in den beiden nahezu gleichlautenden Anleihe-Verträgen nicht bestimmt worden —, daß der Anleihedienst durchaus mit den Seezoll-Einnahmen bewirkt werden muß: solange China pünktlich seine Zahlungen leistet, kann es seinen Gläubigern gleichgültig sein, ob es dazu diese oder andere Einnahmen verwendet. Erst wenn es mit den Zahlungen in Verzug geraten sollte, steht es den Gläubigern zu, auf die Einnahmen der Seezölle ihre Hand zu legen. In den Anleihe-Verträgen ist auch für diesen Fall in sehr zweckmäßiger und wirksamer Weise Vorsorge getroffen worden mittels Ausstellung sogenannter „Customs-Bonds", die unter anderm auch das Siegel des General-Zollinspektors tragen. Tatsächlich wird denn auch, wie bemerkt, der gesamte Anleihedienst aus den Seezöllen gedeckt, und eine andere genügende Einnahmequelle dürfte der Regierung für diesen Zweck kaum sogleich zur Verfügung stehen. Ist es hiernach selbstverständlich, daß die ausländischen Gläubiger ein reales Interesse an einer ausreichenden Höhe der Seezoll-Einnahmen haben, so hat man dieses Interesse auch noch durch eine besondere Schutzmaßregel in den Anleihe-Verträgen bestätigt. In beiden Verträgen ist nämlich gleichlautend bestimmt worden, daß „solange die Anleihe nicht völlig getilgt ist (d. h. für die von 1896 36 Jahre für die von 1898 45 Jahre), der heutige Zustand der Seezoll-Verwaltung nicht verändert werden darf". Man wollte damit aussprechen, daß man die Erhebung der Zölle, aus nicht erwähnten, aber allseitig verstandenen Gründen, einer rein chinesischen Verwaltung nicht überlassen könne; einen Eingriff in die Verwendung der Beträge aber, ohne eine vorhandene Zwangslage, hat man nicht beabsichtigt.

Was hat nun das neue Edikt, das zwei hohe Sonderbeamte für das Seezollwesen ernennt, an diesem Zustande geändert? Falls diese beiden Würdenträger damit beauftragt sind, lediglich die Verwendung der erhobenen Zölle zu überwachen, so hat keine fremde Macht ein Recht oder ein Interesse, hiergegen Einspruch zu erheben. Geht aber der Auftrag weiter, und sollen jene beiden einen bestimmenden Einfluß auf die Seezoll-Verwaltung, d. h. auf die Erhebung der Zölle und auf das Personal erhalten, so ist dies ein Verstoß gegen die Anleihe-Verträge, die Interessen der auswärtigen Gläubiger werden auf das empfindlichste berührt, und die Regierungen der letzteren werden die chinesische Maßregel zurückzuweisen haben. Das am 9. Mai erlassene Edikt über die Leitung des chinesischen Seezollwesens lautet nach den inzwischen eingetroffenen chinesischen Zeitungen in der genauen Übersetzung folgendermaßen: „Der Präsident im Finanz-Ministerium T'ieh Liang wird hiermit zum General-Direktor und der Vize-Präsident im *Wai-wu pu* (Auswärtiges Amt) T'ang Schao Yi,[1]) zum assistierenden Direktor des Zollwesens ernannt. Sämtliche im Seezolldienst verwandten chinesischen und ausländischen Beamten werden den beiden Direktoren unterstellt." Hiernach hatten die fremden Regierungen, insbesondere die deutsche und die englische, alle Veranlassung, gegen das Edikt Einspruch zu erheben, denn mit ihm hat in der Tat die chinesische Regierung einen solchen Verstoß gegen die Verträge begangen.

Während die fremden Gesandten in Peking zuerst das Edikt als bedeutungslos ansahen und vermuteten, daß es nur die lose Kontrolle, die bisher das *Wai-wu pu* über die Person des General-Zollinspektors gehabt, auf eine Art Ausschuß übertragen wolle, hat man sich nachher, besonders in England, eines andern besonnen und gegen die Maßregel als eine Vertragsverletzung förmlich Einspruch erhoben. Wenn hierbei der englische Geschäftsträger auf Grund heimischer Weisungen mit besonderem Eifer voranging, so ist dies nicht weiter auffallend. England hat an der Erhaltung des status quo im Seezollwesen neben dem Schutze seiner Gläubiger noch ein anderes besonderes Interesse. das hier nicht näher erörtert zu werden braucht. Im Februar 1896 war es, dank der Unentschlossenheit der deutsch-englischen Bankgruppen und der indifferenten englischen Politik, nahe daran, daß Sir Robert Hart in seiner Stellung durch einen Franzosen ersetzt wurde; vielleicht war es die Erinnerung hieran, die zwei Jahre später die englische Regierung zu der Erklärung in Peking veranlaßte, sie würde darauf bestehen, daß, solange der englische Handel in China das Übergewicht habe, der General-Zollinspektor stets ein Engländer sein müsse. Die Gefahren aber, die die englische Vorherrschaft im Seezollwesen bedrohten, kamen bisher von anderer als chinesischer Seite. —

[1]) T'ieh Liang ist der spätere Kriegsminister, s. oben S. 103 f. und 124. Über T'ang Schao Yi s. oben S. 126. Er wurde 1910 zum Präsidenten im Ministerium für Post- und Verkehrswesen ernannt und hat Anfang 1911 seinen Abschied genommen.

Wenn die chinesische Regierung, Zeitungsmeldungen zufolge, dem englischen Geschäftsträger jetzt die Erklärung aus den Anleihe-Verträgen wiederholt hat, daß „an der Seezoll-Verwaltung nichts geändert werden solle", so mag man sich in Europa hierbei vorläufig beruhigen. Es ist aber bei dem wachsenden Selbständigkeitsdrange der Chinesen keineswegs sicher, daß dieser Vorstoß gegen die zwar höchst vorteilhafte, aber doch „fremde" Einrichtung in ihrem Staate der einzige bleiben wird. Wann und warum solchen Vorstößen entgegengetreten werden muß, ist in obigem erörtert worden. In ihrem eigenen Interesse aber kann man den allzu stürmischen Patrioten nur auf das dringendste empfehlen, alle Angriffe auf das Seezollwesen zu unterlassen; auf ihm ruht zunächst der chinesische Staatskredit, und dieses Kredits wird das in gärendem Übergange begriffene Staatswesen in Zukunft vielleicht mehr als je bedürfen. China mag unseren vorsichtigen Banken dankbar sein, daß sie es ihm für Jahrzehnte unmöglich gemacht haben, patriotische Torheiten zu begehen, deren Folgen unabsehbar sein würden.

Die mit dem Edikt vom 9. Mai 1906 ins Leben gerufene oberste Zoll-Behörde *(Schui-wu tsch'u)* besteht als Aufsichts-Amt für das Seezollwesen auch heute noch, ist aber dem Amtsbereich des Finanz-Ministeriums eingefügt worden. Eines unmittelbaren Eingreifens in Personal-Fragen scheint sie sich zwar bisher enthalten zu haben, dagegen ist die chinesische Überwachung der gesamten Verwaltung erheblich stärker geworden, als die früher seitens des *Wai-wu pu* ausgeübte. (Die Unterstellung unter das Ministerium des Auswärtigen war in der Tat bezeichnend für die Auffassung, die bei der chinesischen Regierung hinsichtlich des Seezollwesens bestand.) Sir Robert Hart selbst erklärte in einem Runderlaß an seine Untergebenen, der in der amtlichen „Customs - Gazette" vom 30. Oktober 1906 veröffentlicht war, daß nach den Versicherungen der neuen General-Direktoren sein Verhältnis zu diesen dasselbe bleiben würde wie das, in dem er bisher zum *Wai-wu pu* gestanden habe; ebenso würde an dem Verhältnis des Personals zu ihm selbst nichts geändert werden und der Dienstbetrieb gleichfalls keine Umgestaltung erfahren. Der Persönlichkeit Sir Robert Harts gegenüber mögen derartige Versicherungen zutreffend sein, aber unter seinem Nachfolger wird sich die Lage sehr viel leichter verschieben, abgesehen davon, daß die neue Ordnung im Staatswesen auch den bisherigen Dienstbetrieb im Seezoll mit Notwendigkeit beeinflussen muß. So erweist es sich als eine Unmöglichkeit, daß der aus dem Seezolldienst herausgeschaffene und vielfach durch Personal-Union mit ihm verbundene Postdienst mit diesem noch länger vereinigt bleibt. Er gehört naturgemäß zum Amtsbereich des neuen Verkehrs-Ministeriums und kann nur diesem unterstellt werden; hinsichtlich seines Personals aber sind die Chinesen durch keine Ab-

machungen gebunden. Mag die Entwicklung indessen einen Weg nehmen, welchen sie wolle: solange das Finanzwesen Chinas nicht ein ganz anderes Bild zeigt als jetzt, ist die bisherige Organisation des Seezolldienstes unersetzbar, und zwar im wirtschaftlichen Interesse Chinas ebenso wie in dem des Abendlandes.[1])

[1]) Über das Wesen und die Organisation des Kaiserlich Chinesischen Seezolldienstes, sowie über die Aufnahme-Bedingungen für europäische Bewerber herrschen in Deutschland noch vielfach höchst unklare Vorstellungen. Das wissenswerte hierüber ist zusammengestellt von H. Cordier in einem Aufsatz *Les douanes impériales maritimes chinoises* im „Bulletin du comité de l'Asie française" vom Mai 1902, wieder abgedruckt in „T'oung Pao" Ser. II Bd. III S. 222 ff. Eine jetzt allerdings im wesentlichen überholte Darstellung (1881 geschrieben) enthält das Buch von F. Hirth, *Chinesische Studien* auf S. 189 ff. *(Die Verwaltung der chinesischen Seezölle).* Auskunft über die Aufnahme-Bedingungen erteilt auch die Londoner Vertretung des General-Inspektorats der Seezölle: Imperial Chinese Maritime Customs, 26 Old Queen street, Westminster, London SW. In gewissen Kreisen Deutschlands hat man den Seezolldienst zeitweilig für einen geeigneten Abladeplatz für entgleiste aristokratische Existenzen angesehen: derartige Mißverständnisse haben dem deutschen Namen in China mehrfach übel mitgespielt; es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden.

Eisenbahnbau und Eisenbahnpolitik in China.

(Marine-Rundschau 1906, 5. Heft.)

Wenn sich bis vor wenigen Jahren der Durchschnitts-Europäer und der Weltreisende insbesondere in der herkömmlichen Weise über die „Rückständigkeit" Chinas entrüstete, so vergaß er nie, als Beweis hierfür die Tatsache anzuführen, daß das große Land nicht einmal Eisenbahnen habe und auch keine haben wolle. Solche Urteile zeigen, ein wie erstaunlich kurzes Gedächtnis unsere Zeit hat. Erst im Jahre 1835 wurde, und zwar, wie ein deutscher Geschichtschreiber sagt, „unter dem Gespött des Philistertums" die erste Eisenbahn auf deutschem Boden in Betrieb gesetzt. Wo man sich in der Bevölkerung der Einführung des neuen Verkehrsmittels nicht geradezu widersetzte, da stellte man ihm eine kurze Lebensdauer und ein klägliches Fiasko in Aussicht. Ist es da nicht erklärlich, wenn die Regierung eines Landes, dessen Bewohner bis dahin in einer völlig anderen Welt gelebt hatten, mißtrauisch und ängstlich zögerte, ein ihr unbekanntes Verkehr-System anzunehmen, von dem sie instinktiv fühlte, daß es die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes über den Haufen werfen und außerdem soziale und politische Folgen nach sich ziehen würde, deren Tragweite sich zuächst garnicht absehen ließ? Dieses Moment werden wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir die Entwicklung des Eisenbahnbaues in China beurteilen. Wir werden dann billigerweise zugeben müssen, daß diese Entwicklung keineswegs so spät begonnen hat und auch nicht so langsam fortgeschritten ist, wie man gewöhnlich anzunehmen geneigt ist.

Der Eisenbahnbau in China nahm seinen ersten Anfang in einer Überlistung der Chinesen. Die englische Firma Jardine, Matheson & Co. in Schanghai hatte die Konzession zur Anlegung einer Fahrstraße von Wusung nach Schanghai, etwa 16 km, erhalten und benutzte diese Konzession im Jahre 1876 dazu, eine Eisenbahn zu bauen. Die chinesische Regierung aber, die hierin nicht mit Unrecht einen Eingriff in ihre Hoheitsrechte sah, erwarb die Bahn alsbald durch Kauf und ließ sie im folgenden Jahre zerstören. Erst im Jahre

1897/98 wurde eine neue Linie nach Wusung für chinesische Rechnung von deutschen Ingenieuren erbaut. Ein anderer Versuch im Norden, wo der weitblickende und geschäftskundige Li Hung Tschang regierte, hatte besseren Erfolg. Für die Kohlenbergwerke von K'ai-p'ing[1]) an denen der General-Gouverneur stark interessiert war, bedurfte man einer Verbindung nach dem Meere, und hier gelang es dem englischen Ingenieur Kinder, im Jahre 1881 eine kleine Eisenbahn in der Richtung auf T'ang-ku in Betrieb zu setzen, nachdem er eine Lokomotive aus den Teilen eines alten Dampfbaggers erbaut hatte. Aus dieser Bahn hat sich später die große Linie Peking—Tientsin—Niutschuang und weiter entwickelt. Aber auch im Süden, auf der Insel Formosa, wo seit 1885 der tatkräftige Liu Ming Tsch'uan als Gouverneur völlig selbständig schaltete, wurde im Norden der Bau einer Eisenbahn in Angriff genommen, die später von den Japanern fortgeführt wurde und heute die ganze Insel von Kilung im Norden bis Takao im Süden durchzieht. Inzwischen wurde die Eisenbahnfrage in China nach allen Richtungen hin erörtert, sowohl von den Ausländern in großartigen, zuweilen etwas abenteuerlichen Vorschlägen, als auch von den Chinesen in zahlreichen, für und wider redenden Denkschriften. All den fremden Lockungen aber setzte man in Peking einen argwöhnischen Widerstand entgegen: man fühlte die Wichtigkeit der Frage und wollte sie daher unter keinen Umständen vorzeitig aus der Hand geben. Jedenfalls sollten die Eisenbahnen keine Brücken für den andrängenden fremden Einfluß werden und darum immer und ausschließlich unter chinesischem Einfluß bleiben. Aus diesen Erwägungen heraus wurde im Jahre 1886 durch kaiserliches Edikt die Bildung der staatlichen Eisenbahn-Gesellschaft für Nord-China („Imperial Northern Railways of China") mit einem hohen Beamten an der Spitze verfügt. Diese Gesellschaft erhielt zunächst den Auftrag zum Ausbau der vorhin erwähnten Linie K'ai-p'ing—T'ang-ku. Die Bahn wurde über beide Endpunkte hinaus verlängert, erreichte im Jahre 1888 Tientsin und sollte von da weiter über T'ung tschou nach Peking geführt werden. Hier aber machten sich nun die auch in Europa keineswegs unbekannten Vorurteile wirtschaftlicher und ethischer Art geltend. T'ung tschou war eine lebhafte Handelstadt, und seine Bevölkerung lebte ausschließlich von der Vermittelung des auf dem Pai ho und auf der Landstraße bewerkstelligten Verkehrs von dem Seehafen Tientsin nach der Hauptstadt und nach der Mongolei. Dieser Handel, so meinte man, würde durch die Eisenbahn völlig entwurzelt werden, Hunderttausende von Agenten, Bootsleuten, Karrenführern, Lastträgern usw. würden ihre Erwerbsmöglichkeit verlieren und so dem Elend und der Rebellion zutreiben. Wenn also die Bahn nach Peking gebaut werden sollte,

[1]) Zur Orientierung über die Lage der in diesem Aufsatz erwähnten chinesischen Ortschaften können Blatt 64 (für das eigentliche China) und Blatt 58 nebst Blatt 65 (für die Mandschurei und Mongolei) der neuen Auflage von Stielers Handatlas dienen. Eine Karte des chinesischen Eisenbahn-Netzes nach den hier gemachten Angaben enthält auch die Leipziger „Illustrierte Zeitung" vom 27. Februar 1908.

dürfte sie jedenfalls nicht T'ung tschou berühren. Peking seinerseits wollte die Bahn nicht haben, weil man in ihr eine Profanierung der Würde der Hauptstadt, eine Störung der majestätischen Ruhe am Sitz des Himmelssohnes sah. So schob man den Bau der Linie Tientsin—Peking vorläufig auf, und die Zentral-Regierung wandte sich, was sie in schwierigen Lagen immer zu tun pflegt, in einem Runderlaß um Rat an die Gouverneure der Provinzen. Von den eingehenden Berichten wurde der des bekannten Tschang Tschi Tung, damals General-Gouverneur in Kanton, als der beste befunden, und sein Vorschlag im Grundsatz angenommen. Dieser denkwürdige, im August 1889 veröffentlichte Bericht beantragte, die Linie Tientsin—T'ung tschou—Peking vorläufig aufzugeben und statt dessen eine große innere Zentral-Linie vom Norden zum Süden des Reiches zu bauen, die durch ihre größere Entfernung von der Küste feindlichen Angriffen weniger preisgegeben sei. Die erste Folge dieses Berichts war, daß Tschang Tschi Tung, damit er die Ausführung seines großen Planes selbst betreiben könne, von Kanton als General-Gouverneur nach Wutschang versetzt wurde. Damit trat die Eisenbahnfrage in China in ihr zweites Stadium: aus dem der abstrakten Erörterung in das der konkreten Bearbeitung. Allerdings bedurfte auch Tschang Tschi Tung noch einer langen Zeit für die Vorarbeiten zu seinem gewaltigen Plane. Zuerst und mehr als alles andere beschäftigte ihn natürlich das Moment, auf dem das ganze Unternehmen beruhte, ja das für den Eisenbahnbau in China überhaupt von Anfang an das bestimmende war, heute noch ist und immer bleiben wird, die Finanzfrage. Tschang wollte, den vorhin genannten Erwägungen entsprechend, die Nord—Süd-Bahn zu einem nationalchinesischen Unternehmen machen und daher ausschließlich mit chinesischem Gelde bauen. Auf seine Anregung wurde von den Ministerien in Peking eine Berechnung der aus den Provinzen bei der Zentrale eingehenden Steuer- und Zollbeträge aufgestellt, um zu sehen, wie viel davon für den Bahnbau verfügbar wäre. Das Ergebnis war kein erfreuliches: die gewöhnlichen Staatseinkünfte reichten für solche neuen und kostspieligen Unternehmungen nicht aus; über die Möglichkeit aber, das einheimische Privat-Kapital dazu heranzuziehen, scheint man sich von vornherein keinen Täuschungen hingegeben zu haben. So blieb nichts anderes übrig, als fremdes Kapital in Anspruch zu nehmen; als Entgelt dafür aber mußte man den Ausländern einen Teil der Betriebs-Aufsicht der Bahn, d. h. einen Teil der so ängstlich gehüteten Hoheitsrechte überlassen. Das eine ohne das andere war nicht zu haben; man konnte nur seine ganze Geschicklichkeit darauf verwenden, von dem zweiten möglichst wenig, und dieses möglichst teuer zu verhandeln. Durch diesen Gesichtspunkt, und nur durch diesen, ist in der Tat die gesamte Eisenbahn-Politik Chinas bis in die neueste Zeit bestimmt worden. Erst jetzt scheint sich, wie wir später sehen werden, die Kräfteverteilung bei den treibenden Faktoren dieser Politik insofern verschieben zu wollen, als der Patriotismus sich bemüht, die Ängstlichkeit des Kapitalisten zu überwinden.

Erst im Jahre 1896 hatten die Pläne für die neue Eisenbahnlinie soweit greifbare Gestalt angenommen, daß der jetzt oft genannte Schêng Süan Huai[1]) zum General-Direktor der zu erbauenden Bahn ernannt wurde. Diese Bahn sollte von Lu-kou k'iao, etwa 12 km von den Toren Pekings entfernt, (auch hier spielen die vorhin erwähnten Bedenken gegen die Eisenbahn in der Hauptstadt ihre Rolle) ausgehen und nach Süden, zunächst bis zum Yangtsĕ, nach Hankou führen. Selbstverständlich interessierten sich die fremden Regierungen, Frankreich und England vor allen, so lebhaft für die Frage und waren so hilfsbereit mit Bezug auf die Finanzierung der Bahn, daß den Chinesen Vorsicht doppelt geboten erschien. Auf die von Frankreich hierbei beanspruchte Ausnahmestellung werden wir nacher noch zurückzukommen haben. Tschang Tschi Tung glaubte unter diesen Umständen am klügsten zu handeln, wenn er die Hilfe des kapitalkräftigen, aber politisch bedeutungslosen Belgiens annähme, anscheinend ohne klar zu erkennen, daß die belgischen Kapitalisten nicht viel anderes als Agenten des politischen Frankreichs waren. Am 22. Juli 1897 wurde der Vertrag mit dem belgischen Syndikat abgeschlossen, im folgenden Jahre begann man mit dem Bau der 1300 km langen Strecke, und im Herbst 1905 konnte die Bahn in ihrer ganzen Länge dem Verkehr übergeben werden. Die südliche Fortsetzung der Zentralbahn, d. h. die Linie Hankou—Kanton, etwa 1000 km lang, vertraute Tschang Tschi Tung noch im Jahre 1898 einer anderen ihm politisch ungefährlich scheinenden Nation, den Amerikanern, an. Diese Konzession hat ein viel bewegtes Schicksal gehabt. In Amerika war nicht viel Interesse für das Unternehmen vorhanden, so daß es dem französisch-belgischen Syndikat der nördlichen Linie gelang, durch Ankauf der Aktien auch diese Konzession zum größten Teil in seine Hände zu bekommen. Hiergegen erhob sich auf englischer Seite lauter Alarm, auch in China selbst setzte inzwischen die neue nationale Bewegung ein, über die nachher noch mehr zu sagen sein wird, in den Hauptstädten der in Betracht kommenden Provinzen verlangte man stürmisch die Aufhebung des Vertrages mit dem amerikanischen Syndikat, und so beschloß Tschang Tschi Tung, die Konzession zurückzukaufen. Aber auch hier stand die leidige Finanzfrage im Wege, und alle großen Worte der chinesischen Patrioten vermochten dies Hindernis nicht zu beseitigen. So nahm man das Anerbieten der freundnachbarlichen Regierung von Hongkong an, lieh hier eine reichliche Abfindungsumme (22 Millionen Mark) und kaufte das Geschenk von 1897 den Amerikanern wieder ab, um es — in etwas anderer Form — den Engländern zu übergeben.[2])

---

[1]) Vergl. oben S. 316.

[2]) Die Leidensgeschichte dieser Bahn ist noch nicht zu Ende. In dem mit den Engländern abgeschlossenen Vertrage war die Bestimmung enthalten, daß eine etwa nötig werden sollende weitere Anleihe für den Bahnbau zunächst England angeboten werden müsse. Dieser Fall trat ein, nachdem die Chinesen erklärt hatten, daß sie mit eigener Kraft nicht weiter kämen. Aber die mit England angeknüpften

Während dieser sechzehn Jahre aber, in denen Tschang Tschi Tung's große Zentralbahn auf Umwegen ihrer Vollendung entgegengeführt wurde, kam auch in den anderen Teilen des Reiches die Frage des Eisenbahnbaues um ein gut Stück weiter. Die staatliche Eisenbahn-Gesellschaft für Nord-China arbeitete unter ihrer umsichtigen Leitung rüstig weiter. Anfang 1894 hatte die Bahn von K'ai-p'ing bereits Schan-hai kuan, am Ost-Ende der Großen Mauer, erreicht, und nach Beendigung des japanischen Krieges wurde mit Beschleunigung in der Richtung auf Mukden und Kirin in der Mandschurei weiter gebaut. Natürlich mußte man sich auch hier wieder mit der Geldkalamität abfinden. Zum Bau der Linie Schan-hai kuan—Niutschuang wurde eine englische Anleihe unter den üblichen Sicherheiten aufgenommen; indessen geriet man mit diesen Maßregeln bereits in die weit nach Süden vorgeschobene russische „Interessen-Sphäre," und nur unter starken politischen Reibungen wurde schließlich im Herbst 1898 und Frühjahr 1899 ein Kompromiß zustande gebracht, der den Bau der Linie ermöglichte. Aber auch über Tientsin hinaus auf Peking zu wurde nach dem Kriege weitergebaut. Zwar das alte Projekt Tientsin—T'ung tschou—Peking wurde aus den vorhin erwähnten Gründen nicht wieder in Erwägung gezogen, die Bahn folgte der großen Straße vielmehr nur in ihrem ersten Teile, wandte sich dann nach Nordwesten und näherte sich der Hauptstadt vom Süden her, machte indessen 4 km außerhalb der Stadtmauer Halt. Im Sommer 1897 war sie vollendet.

Die Stadt T'ung tschou hat ihre Kurzsichtigkeit schwer büßen müssen. Der Personenverkehr folgte natürlich ganz, der Güterverkehr zum größten Teil der Bahn, und so ging die Bedeutung des Ortes sehr schnell zurück: heute ist aus dem lebhaften Handelsplatze ein totes Dorf geworden. Auch das Vorurteil gegen die Bahn in der Hauptstadt hat unbequeme Folgen gehabt: anstatt in Peking liegt der Zentral-Bahnhof der von Südost, Südwest und später von Nordwest einmündenden Linien 15 km von der Stadt entfernt.[1])

Verhandlungen führten nicht zum Ziele, die Chinesen glaubten nunmehr mit Recht sich ihren Verpflichtungen enthoben und schlossen im April 1908 mit der Deutsch-Asiatischen Bank einen Anleihe-Vorvertrag ab. Über diesen unerhörten Einbruch der Deutschen in die britische „Interessen-Sphäre" (ein Begriff, der jetzt plötzlich wieder lebendig wurde), das nebelhafte „Yangtsë-Tal", erhob sich bei den Engländern zorniger Lärm, und die Berliner Finanz, der sofort der Mut vergeht, sobald man in London die Stirn runzelt, trat erschrocken von dem Geschäft zurück. Sie verständigte sich im März 1909 mit den englischen und französischen Banken, denen sich am 26. Mai 1910 die amerikanischen hinzugesellten, und nun verteilte man die künftigen großen chinesischen Eisenbahn-Anleihen unter einander, als handle es sich dabei um Fragen, die nur einer einseitigen Willens-Erklärung bedürften. (Aus dieser „Verständigung" der internationalen Banken-Gruppen scheint jetzt eine ständige Einrichtung geworden zu sein, s. oben S. 318.) Die Deutsche Bank hatte die Finanzierung der Kanton—Hankou-Bahn wieder abzugeben und erhielt dafür die Linie Itschang (am Yangtsë) —Tschêngtu (Ssëtschuan) zugewiesen. Vorläufig hat sich die chinesische Regierung aber noch nicht veranlaßt gesehen, von der in Aussicht gestellten Hilfe Gebrauch zu machen, und die Linie Kanton—Hankou harrt noch immer des Weiterbaus. Die Wirkung des Abkommens ist bis jetzt lediglich eine hemmende gewesen.

[1]) T'ung tschou ist jetzt durch eine besondere Eisenbahn-Linie mit Peking verbunden. Die Bahnhöfe von Peking hat man inzwischen in die Stadt hinein verlegt.

Der japanische Krieg von 1894/95 brachte die Eisenbahnfrage in China abermals in ein neues, allerdings lebhafteres, aber keineswegs gesunderes Stadium. Europa hatte gemerkt, daß hinter den Ansprüchen Chinas keine reale Macht stand, man betrachtete es als einen zerfallenden Staat, von dessen Besitz man in Eile soviel an sich bringen müßte, wie bei der gegenseitigen Eifersucht der fremden Nationen möglich war. So begann vom Jahre 1895 ab auch eine wilde Jagd nach Eisenbahn-Konzessionen. Die Forderungen der verschiedenen Syndikate wurden von den Regierungen durch ihre Gesandten in Peking vertreten und bei den gleichsam hypnotisierten Chinesen auch durchgesetzt. Den Anfang, und zwar in größtem Maßstabe, machte Rußland. Im September 1896 wurde in Peking die sogenannte Cassini-Konvention unterzeichnet,[1]) in der Rußland das Recht erhielt, die sibirische Bahn vom Argun ab quer durch die Mandschurei zu führen und so auf dem kürzesten Wege Wladiwostok zu erreichen. Außerdem sollte der Bau der Linie Schan-hai kuan—Niutschuang—Mukden—Kirin, „falls China mit der Ausführung Schwierigkeiten haben sollte", ebenfalls an Rußland übertragen werden, desgleichen die Linie Niutschuang—Port Arthur—Ta-lien wan (Dalnij) und zwar „im Interesse der Handelsbeziehungen" mit russischer Spurweite. Hier war es, wo der erwähnte Zusammenstoß zwischen russischen und englischen Bestrebungen erfolgte, aus dem dann der Kompromiß von 1898 und 1899 hervorging. Dieser Kompromiß erhielt im April 1899 durch Noten-Austausch zwischen dem russischen Minister des Auswärtigen und dem englischen Botschafter in Petersburg seine endgiltige Form. Beide Staaten grenzten ihre Interessen-Sphären in der Weise ab, daß kein Russe eine Eisenbahn-Konzession im „Yangtsĕ-Tal", kein Engländer eine solche außerhalb der Großen Mauer nachsuchen sollte. Die Linie Schan-hai kuan—Niutschuang blieb jedoch hiervon ausgenommen. Auch erhielt China die Erlaubnis, die Zweiglinie nach Sin-min tun[2]) selbst zu bauen. Was Rußland im Norden tat, besorgte sein Verbündeter Frankreich im Süden. Auch hier war eine „pénétration pacifique" von den indochinesischen Besitzungen aus in die chinesischen Südwest-Provinzen mit Hilfe von Eisenbahnen schon seit langem ins Auge gefaßt. Und zwar sollten die Bahnlinien von den beiden Grenzstädten Langson im Nordosten und Laokai im Nordwesten von Tongking in die Provinzen Kuangsi und Yünnan eindringen. Im Frühjahr 1896 erhielt der französische Gesandte nach langem Drängen die Konzession zum Bau der Linie Langson—Lungtschou in Kuangsi, eine Entfernung von etwa 75 km, und ein Jahr später, als Ersatz für Zugeständnisse an England, das Recht, die Linie nach Nan-ning am Perlflusse und in entgegengesetzter Richtung nach Po-ssĕ zu verlängern. Im Frühjahr 1898 endlich verlangte und erhielt Frankreich „im Hinblick auf die bedeutenden Zugeständnisse, die China kürzlich anderen Staaten gemacht habe", die Konzession

[1]) S. oben S. 226.
[2]) Jetzt Sin-min fu.

zum Bau der Linie Laokai—Yün-nan fu in Yünnan, die eine Länge von etwa 300 km hat. Von hier aus hofft die französische Kolonial-Regierung später den oberen Yangtsĕ bei Suifu[1]) — 500 km — zu erreichen.[2])

Das Jahr 1898 bildete den Höhepunkt in der allgemeinen Jagd nach Eisenbahn-Konzessionen. Außer den bereits erwähnten Linien wurde eine Konzession zum Bau von Eisenbahnen in den Kohlengebieten von Schansi, Schensi und Nord-Honan an ein englisch-italienisches Syndikat, das sogenannte „Peking-Syndikat", gegeben; ferner die Konzession für eine Linie Tschêng-ting fu an der großen Zentralbahn nach T'ai-yuan fu in Schansi an ein russisch-französisches Syndikat. Deutschland erhielt die beiden Linien in Schantung, auf die nachher noch zurückzukommen sein wird, sowie im Frühjahr 1899 mit England zusammen die Linie Tientsin—Tschinkiang (am Yangtsĕ), und England allein endlich die Linie Hongkong—Kaoloon—Kanton, vor allem aber im Mai 1898 die äußerst wertvollen Konzessionen für Linien von Schanghai über Sutschou nach Nanking einerseits und über Hangtschou nach Ningpo anderseits. Außerdem sollte es das Recht haben, die Linie von Nanking am gegenüberliegenden Ufer des Yangtsĕ fortzuführen bis Sin-yang in Honan, d. h. bis zu der Zentralbahn Hankou—Peking. Über eine Eisenbahn von Birma zum oberen Yangtsĕ, für die eine Linie Bhamo—Têng-yüe—Kunlun Ferry—Ta-li (oder Schun-ning)—Yün-nan fu in Aussicht genommen war, hat England mehrfach verhandelt, scheint aber wegen der großen Terrain-Schwierigkeiten das Unternehmen vorläufig aufgegeben zu haben.[3])

Die politische Entwicklung in China während der folgenden Zeit, insbesondere die Ereignisse von 1900/01, sowie der wachsende japanische Einfluß führten alsbald eine völlige Änderung in der Gesamtlage und somit auch in der Eisenbahnfrage herbei. Mit der stärkeren Konzentrierung der Zentral-Gewalt im Herbst 1898 war auch Chinas Gebelaune dahin: man fing an zu begreifen, daß, wenn man mit dieser Freigebigkeit fortführe, bald zum Verschenken nichts mehr übrig sein würde. Die Boxer-Greuel und ihre Unterdrückung drängten natürlich jeden Gedanken an industrielle Unternehmungen zurück, und als man später mit ruhigerem Blute in China aus den Erfahrungen der letzten Jahre die Bilanz zog, kam man zu der Überzeugung, daß man durch sinnloses Toben die Fremden nicht wieder los würde, daß man aber

[1]) So ist der Name gewöhnlich auf den Karten angegeben; er lautet richtig Sütschou fu. Die Stadt liegt 250 km oberhalb Tschungking. Weiter hinauf dürfte der Fluß nach den letzten Untersuchungen auch nach Überwindung der Stromschnellen für Dampfer nicht befahrbar sein, obwohl Dschunken noch 200 km von Suifu aufwärts gehen. Vgl. St. Chevalier, *La navigation à vapeur sur le haut Yang-tse*, S. 2. Die Terrain-Schwierigkeiten auf der Strecke Yün-nan fu — Suifu werden übrigens von anderer Seite für unüberwindlich gehalten.

[2]) Die Linie Laokai—Mêng tsĕ—Yün-nan fu, die eine Fortsetzung der tongkingesischen Linie Haiphong—Laokai ist, wurde am 1. April 1910 dem Betrieb übergeben. Die ganze Linie Haiphong—Yün-nan fu mißt 693 km.

[3]) Im Jahre 1906 hatte das Handels-Ministerium den General-Gouverneur von Yünnan und Kueïtschou aufgefordert, den Bahnbau für eine chinesische Gesellschaft zu sichern.

im Interesse der Selbsterhaltung durch eine systematische, von vernünftigen Gesichtspunkten geleitete Politik ihren Einfluß abdämmen müsse. Dazu aber gehörte in erster Linie eine sorgsamere Regelung des Eisenbahnbaues, denn jede konzessionierte Bahnlinie, das erkannte man deutlich, war eine scharfe politische Waffe in der Hand einer fremden Regierung gegenüber der chinesischen Staatshoheit oder konnte es wenigstens jeden Augenblick werden. Mit den Eisenbahn-Konzessionen der bisherigen Art war es also zu Ende, und zwar wurden nicht bloß keine neuen mehr erteilt, sondern mehr und mehr trat auch das Bestreben hervor, die alten, wenn irgend angängig, zurückzuerlangen und die Gültigkeit der abgeschlossenen Präliminar-Verträge zu bestreiten. So gelangte man in das vierte und neueste Stadium der Frage mit der Devise: „Selbst bauen." Die bisherige, auf wirtschaftlichen und ethischen Momenten beruhende Abneigung gegen Eisenbahnen schien im ganzen Reiche geschwunden zu sein, es machte sich vielmehr in weiten und einflußreichen Kreisen der Bevölkerung ein geradezu begeistertes Verlangen danach geltend. Wie Pilze schossen mögliche und unmögliche Eisenbahn-Projekte überall auf, wurden in öffentlichen Versammlungen erörtert und in zahllosen Denkschriften der Regierung empfohlen. Diese Projekte alle auf ihre Ausführungsmöglichkeit hin zu erörtern, würde natürlich zu weit führen; um aber einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Eisenbahnbaues in China zu erhalten, wollen wir die bisher vollendeten, die im Bau begriffenen und die projektierten Linien hier zusammenstellen.[1])

A. Mandschurische Bahnen.

1. Die ostchinesische Bahn [Tung-Ts'ing-Bahn[2])]. Es ist dies die Bezeichnung des Bahn-Systems, zu dessen Ausführung Rußland durch das Cassini-Abkommen von 1896 die erste Konzession erhalten hatte, d. h.

---

[1]) Die hier folgende Zusammenstellung war in der Zwischenzeit vielfach überholt worden. Ich habe daher eine neue an ihre Stelle gesetzt. Sie beruht auf Zeitungs-Meldungen und persönlichen Beobachtungen, zum Teil auch auf einem ausführlichen Berichte, den das Ministerium für Post- und Verkehrswesen am 21. August 1907 dem Throne vorgelegt hat. Dieses Dokument enthält allerdings nicht sowohl eine Übersicht über die wirklich vorhandenen oder im Bau befindlichen Linien, als vielmehr den Entwurf für ein mächtiges Eisenbahn-Netz, wie es das ganze chinesische Reich von Amur bis nach Kanton und vom Ozean bis nach Ili einst überspannen soll — ein papiernes Gebilde wie die Chinesen sie so oft und so eifrig aufzuführen lieben. Der Bericht ist in das Französische übersetzt von T'ang Tsai-Fou im „Bulletin de l'Association amicale franco-chinoise" Bd. I S. 106 ff. Eine Zusammenstellung aller gebauten und geplanten Eisenbahn-Linien nach den Angaben der chinesischen Zeitung *Schi pao* hat E. Chavannes veröffentlicht in „T'oung Pao" Ser. II Bd. VII S. 546 ff. Sehr lückenhaft ist die Aufstellung von Morse, *The Trade and Administration of the Chinese Empire* S. 321. — Auch die obige Liste ist nicht unbedingt vollständig, da nicht alle irgendwo und irgendwie einmal auftauchenden Bahn-Pläne berücksichtigt werden konnten.

[2]) Diese kurzen Namen der Bahnlinien werden mit angegeben, weil sie, besonders im Schriftverkehr, zu allgemein üblichen Bezeichnungen geworden sind.

a) die Linie Mandschuria (sibirische Grenze)—Chailar[1])—Harbin—Wladiwostok.

b) Harbin—Tsch'ang-tsch'un (oder K'uan tsch'êng tsĕ)—Mukden—Port Arthur und Ta-lien wan (Dalnij). Diese Linie ist in ihrem südlichen Teile von Tsch'ang-tsch'un bis Port Arthur im Friedens-Vertrage von Portsmouth den Japanern zugesprochen. Die Chinesen haben in dem am 22. Dezember 1905 in Peking mit den Japanern abgeschlossenen Mandschurei-Vertrage nach langen Bedenken ihre Zustimmung hierzu gegeben, sich aber das Recht des Rückkaufs nach 36 Jahren vorbehalten. Auch die Erlaubnis zum Ausbau der während des Krieges als Militär-Bahn angelegten Linie Mukden—Antung (koreanische Grenze) und damit zum Anschluß an die koreanische Längsbahn Fusan—Söul—Widju ist den Japanern in diesem Vertrage zugestanden worden. Die Bahn soll dann nach 15 Jahren an China übertragen werden.

Beide Linien a) und b) sind mit russischem und chinesischem Kapital erbaut und seit 1903 vollendet.[2])

2. Die Linie Tsch'ang-tsch'un (K'uan tsch'êng tsĕ)—Kirin. Die Konzession für diese Linie besaß angeblich Rußland und hätte sie somit an Japan mit übertragen. China war jedoch von Anfang an entschlossen, sie allein zu bauen, obwohl Japan sich wiederholt um einen Anteil bemüht hat. Die Bahn ist jetzt nahezu vollendet und sollte im Dezember 1910 eröffnet werden.

3. Die Linie Schan-hai kuan—Kin-tschou—Sin-min fu—Mukden (etwa 450 km) mit der Verbindungsbahn Kou pang tsĕ (zwischen Kin-tschou und Sin-min fu)—Niutschuang—Ta schi k'iao. Die 75 km lange Strecke Sin-min fu—Mukden ist ebenfalls von den Japanern als Militär-Bahn gebaut, aber in das Eigentum der Chinesen übergegangen. Die Linie ist unter chinesischer Verwaltung, aber, wie erwähnt, zum Teil mit englischem Gelde erbaut und daher Pfandobjekt.

4. Eine Linie Kin-tschou—Aigun (an der russischen Grenze) wird seit längerer Zeit geplant. Eine englische Gesellschaft wollte die Bahn für die chinesische Regierung bauen, Rußland und Japan erhoben jedoch Einspruch dagegen, weil es sich um eine vertragswidrige Konkurrenz-Linie ihrer Bahnen handele, und die englische Regierung war aus naheliegenden Gründen nicht geneigt, den Anspruch der Gesellschaft zu unterstützen. Im Sommer 1910 schien man sich auf einen Kompromiß geeinigt zu haben, indem die Bahn bis T'ao-nan fu,[3]) also halbwegs, gebaut werden sollte. Nach einer Meldung der *Schi pao* vom 2. November 1910 soll indessen gerade

[1]) S. oben S. 244 f.

[2]) Die einzelnen Stationen dieser beiden Linien unter Beifügung der chinesischen Schriftzeichen hat E. Chavannes zusammengestellt in „T'oung Pao" Ser. II Bd. V S. 220 ff. und S. 336 ff.

[3]) T'ao-nan fu ist eine von den im Jahre 1905 neu geschaffenen Präfekturen der süd-mandschurischen Provinz Schêng-king. Sie liegt WNW von der bekannteren Stadt Bedune (jetzt Sin-tsch'êng fu), also geographisch in der östlichen Mongolei. Die neue Karte von China von Hoebel verzeichnet sie bereits.

mit Rücksicht auf den Bau der Bahn Kin-tschou—Aigun der Anleihe-Vertrag mit amerikanischen Banken über 50 Millionen Gold-Dollar (s. oben S. 318) abgeschlossen sein. Die Bahn soll nach dem Bericht des Verkehrs-Ministeriums vom 21. August 1907 in Verbindung mit den Bahnen Schan-hai kuan—Kin-tschou—Sin-min fu—Mukden und Schan-hai kuan—Peking die große Ost-Linie bilden.[1])

B. Die Peking- und Mongolei-Bahnen.

1. Peking—Tientsin (King-Tsing-Bahn) und Tientsin—Schan-hai kuan (Tsing-Yü-Bahn), etwa 450 km lang. Die Bahn ist bereits früher besprochen.

2. Peking—T'ung tschou. Über diese kurze Linie siehe oben S. 332.

3. Peking—Mên-t'u k'ou, eine etwa 40 km lange Lokalbahn über den Flecken San kia tien in die Kohlenlager am Hun ho.

4. Peking—Kalgan [King-Tschang[2])-Bahn]. Das Projekt ist besonders von Yuan Schi K'ai gefördert worden. Die Bahn folgt der bekannten Karawanen-Straße durch den Nan-k'ou-Paß und verbindet die Hauptstadt mit dem großen Handelsplatze am Südrande der Mongolei. Entfernung 225 km. Die Bahn war die erste, die von den Chinesen ohne fremde technische Hilfe gebaut wurde.

5. Kalgan—Urga—Kiachta, die Fortsetzung der Linie Peking—Kalgan. Die Linie ist zwar noch nicht weit über das Stadium der Vorbesprechungen hinausgelangt, daß sie aber in nicht ferner Zeit gebaut werden wird, ist sicher. In dem Berichte des Verkehrs-Ministeriums wird sie mit Recht als die Haupt-Linie des Nordens bezeichnet. Sie hat in der Tat sowohl für den Personen- und Waren-Verkehr wie für die chinesisch-mongolisch-russische Politik eine außerordentliche Bedeutung. Man hofft in China einerseits, die mongolischen Grenzgebiete dadurch fester an das Reich zu binden, und anderseits, etwaigen fremden Gelüsten zu begegnen. Urga selbst, wo bisher nur Rußland gewisse Handels-Vorrechte genießt, soll später dem Fremdhandel überhaupt geöffnet werden. Von Kiachta aus würde dann noch der kurze Anschluß an die sibirische Bahn am Baikal-See herzustellen sein; die Reisedauer von Berlin nach Peking würde dadurch auf $8\frac{1}{2}$ Tage verkürzt werden. Es ist klar, daß für den Personen-Verkehr dies die Linie der Zukunft ist. Sie in die Hände zu bekommen, war und ist natürlich das eifrige Bestreben Rußlands, indessen müßte sich in Ostasien noch manches ändern, wenn dieses Streben Aussicht auf Erfolg haben sollte.

6. Kalgan—Kueï-hua tsch'êng oder Sui-yuan (im Nordwesten der Provinz Schansi). (Sui-Tschang-Bahn). Ein vom Ministerium vorgeschlagenes, aber wohl vorläufig aussichtsloses Projekt.

7. Kalgan—Jehol (Tschang-Jo-Bahn). Diese Linie ist aus

[1]) Eine sehr übersichtliche Karte der mandschurischen Bahnen hat der chinesische Gesandte in Rußland, Hu Weï Tê, im Jahre 1903 in St. Peterburg herstellen lassen.

[2]) Tschang ist der erste Teil des Namens Tschang-kia k'ou, d. h. Kalgan.

militärischen Gründen vom Ministerium vorgeschlagen, während von anderer Seite eine Bahn Peking—Jehol empfohlen wird.

8. Sui-yuan—Ta-t'ung—T'ai-yuan—P'u-tschou. Die Linie, die die ganze Provinz Schansi von Norden nach Süden durchschneiden würde, soll angeblich bereits im allgemeinen trassiert sein. Die Entfernung beträgt rund 570 km.

C. Die große Zentralbahn und ihre Anschlüsse.

1. Peking—Hankou (King-Han-Bahn, früher Lu-Han-Bahn).

2. Hankou—Kanton [Yüe[1])-Han-Bahn]. Beide Linien sind bereits besprochen worden. Von der letzteren ist noch immer nicht viel mehr als das kleine Südende Kanton—Fatschan bis jetzt gebaut. Das Mißtrauen und die Uneinigkeit, die den Bau dieser wichtigen Linie bisher verhindert hat, sind ungemein bezeichnend für die Lage, in der sich augenblicklich der gesamte Eisenbahnbau in China befindet. Die beiden Linien bilden im Entwurf des Verkehrs-Ministeriums die große Süd-Linie.

3. Kao peï tien—Lai-schui—Yi tschou—Si ling, eine 42 km lange, vor einigen Jahren gebaute Nebenbahn, die von der Hauptlinie zwischen Peking und Pao-ting fu zu den westlichen Kaisergräbern führt.

4. Tao-k'ou—T'sing-hua tschên—Tsê-tschou (Tsê-Tao-Bahn). Die Bahn, die von Tao-k'ou in Honan an der Hauptlinie nach Westen in die Kohlengebiete von Schansi führt, war in der Konzession eingeschlossen, die im Jahre 1893 dem englisch-italienischen sogenannten „Peking-Syndikat" erteilt worden war. Die allgemeine Agitation, die inzwischen gegen die fremden Eisenbahn-Konzessionen eingesetzt hat, veranlaßte die Regierung in Peking, sich mit dem englischen Gesandten wegen einer Rückerlangung in Verbindung zu setzen. Die Verhandlungen führten im Jahre 1905 zu einem Übereinkommen, wonach die Bahn, die bis T'sing-hua tschên bereits gebaut war, in chinesischen Besitz überging und die veranschlagten Gesamtkosten im Betrage von 700000 £ als Anleihe von der chinesischen Regierung übernommen und mit 5 Prozent verzinst wurden. Die Anleihe ist in 7000 Stück Obligationen in London begeben worden.

5. T'sing-hua tschên—Mêng hien (bei Huai-k'ing fu am Gelben Flusse), eine Zweigbahn der Tsê-Tao-Bahn, für die schon 1906 ein Kapital von 600000 Taels aufgebracht sein sollte.

6. Tschêng tschou—Ho-nan fu und Tschêng tschou—K'ai-fêng (Pien-Lo[2])-Bahn), 300 km. Diese von der Hauptlinie bei Tschêng tschou (Honan) nach West und Ost abzweigende Linie ist von Belgiern erbaut worden und wird jetzt in der Richtung auf T'ung kuan nach Westen verlängert.

7. Yen tsch'êng—Tschou-kia k'ou, 75 km. Eine in Honan bei Yen tsch'êng von der Hauptlinie nach Osten abzweigende Lokalbahn.

---

[1]) Yüe ist ein alter Name für die Kuang-Provinzen.

[2]) Pien ist ein alter Name für K'ai-fêng, Lo(-yang) für Ho-nan fu.

8. Tschêng-ting—T'ai-yuan (Tschêng-T'ai-Bahn), 275 km. Die Konzession für diese Bahn, die bei Tschêng-ting in Tschili von der Hauptlinie nach Westen abgehen sollte, tatsächlich aber bei der kleinen Station Schi-kia tschuang wenig südlich von Tschêng-ting abgeht, erhielt, wie schon erwähnt (S. 334), im Jahre 1898 ein russisch-französisches Syndikat unter Führung der russisch-chinesischen Bank, der Betrieb ist aber jetzt unter chinesischer Verwaltung. Nach dem Entwurfe des Verkehrs-Ministeriums soll diese Bahn sich in T'ai-yuan an die Nord-Süd-Strecke Ta-t'ung fu—P'u-tschou fu anschließen und dann über T'ung kuan (mit Verbindung nach Si-ngan fu) nach Lan-tschou in Kansu weitergehen, um schließlich einmal im fernen Jli zu enden. Dieses System soll (vorläufig in der Theorie) die große Linie des Westens bilden.

9. P'ing-yang—Tsê-tschou. Die Bahn würde in Tsê-tschou Anschluß an die Tsê-Tao-Bahn (4) erhalten.

10. Tsê-tschou—Sin-yang. Diese im Bau befindliche Bahn wird in Sin-yang in Honan auf die Hauptlinie treffen und zugleich Anschluß finden an die Bahn

11. Sin-yang—P'u-k'ou (gegenüber von Nanking), für die, wie erwähnt (S. 334), die Konzession im Jahre 1898 dem englischen von der Firma Jardine, Matheson & Co. geführten Syndikate gegeben ist. Die Entfernung beträgt 340 km.

12. Hankou—Si-ngan fu; die Linie ist zwar vom Ministerium vorgeschlagen, aber noch nicht in den Bereich der Ausführungs-Möglichkeit gelangt.

In den Bereich der Südlinie der Zentralbahn, d. h. der Hankou—Kanton-Bahn fällt die Linie:

13. Tsch'ang-scha — Tsch'ang-tê — Tsch'ên-tschou, etwa 400 km, eine von kaufmännischen Kreisen in Hunan geplante Abzweigung der Hauptlinie, für die die Vorarbeiten schon im Jahre 1905 begonnen sind, und deren Kosten (10 Millionen Taels) zum größeren Teile in Hunan aufgebracht sein sollen.

D. Nordost-Bahnen.

1. Tientsin—P'u-k'ou (Tsing-P'u-Bahn). Die Konzession für diese Linie, deren Endpunkt ursprünglich in Tschinkiang am Yangtsĕ sein sollte, erhielt durch Präliminar-Vertrag vom 18. Mai 1899 ein deutsch-englisches Syndikat, vertreten durch die Deutsch-Asiatische Bank und die Hongkong & Schanghai Banking Corporation, und zwar sollte der nördliche Teil von Tientsin bis zur Südgrenze von Schantung den deutschen Unternehmern, der südliche bis zum Yangtsĕ den englischen zufallen. Erst neun Jahre später, im Januar 1908, nach endlosen Kämpfen und Schwierigkeiten, kam ein endgiltiger Vertrag zwischen der chinesischen Regierung und dem Syndikat zu Stande, in dem der südliche Endpunkt nach P'u-k'ou, einem kleinen Orte gegenüber von Nanking, verlegt wurde. Die nördlichste Strecke, Tientsin—Tsi-nan fu in Schantung, 410 km, ist am 2. November 1910 dem Verkehr übergeben wŏrden. Der Rest

bis zur Südgrenze von Schantung (250 km) soll von den deutschen Ingenieuren bis zum Herbst 1912 fertig gestellt werden und gleichzeitig damit, wenn möglich, der englische Süd-Teil. Die Linie wird für das Kiautschou-Gebiet von hoher Bedeutung sein. Sie wird einerseits ein weiteres Hinterland des Hafens von Tsingtau eröffnen, aber anderseits eine rasche Verbindung mit dem Yangtsĕ und damit einen neuen Auslaß zum Meere schaffen.

Als Abzweigungen sind geplant:

2. Tsê-tschou—Tschêng-ting. Die Linie würde in Tschêng-ting Anschluß an die Bahn Tschêng-ting—T'ai-yuan (C. 8) erhalten; und:

3. Yen-tschou—K'ai-fêng, eine Linie, die in K'ai-fêng Anschluß an die Bahn Tschêng-tschou—K'ai-fêng (C. 6) und damit an die Zentralbahn finden würde.

In Tsi-nan schließen die deutschen Schantung-Bahnen an, für die die Konzession in dem Kiautschou-Vertrage vom 6. März 1898 erteilt worden ist. Es sind dies die Linien:

4. Tsingtau—Tsi-nan fu. Die Bahn ist von der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin erbaut worden, an die am 1. Juni 1899 vom Reiche die Konzession übertragen wurde. Sie ist 395 km lang und führt über die Städte Kiautschou, Kao-mi, Weï hien, Tschouts'un nach Tsi-nan. In Tschang tien vor Tschou-ts'un zweigt eine 39 km lange Nebenlinie in das Kohlengebiet von Po-schan ab. Der Betrieb auf der Gesamtlänge der beiden Linien wurde am 1. Juli 1904 eröffnet.

5. Kao-mi—I-tschou—I hien. Im Kiautschou-Vertrage war ursprünglich eine zweite Konzession für eine Linie durch Süd-Schantung, von Tsi-nan fu über Yen-tschou und I-tschou nach Tsingtau vorgesehen. Der Weg Tsi-nan—Yen-tschou ist nunmehr in der Nord-Süd-Bahn Tientsin—P'u-k'ou aufgegangen, und die Konzession für den Rest der Strecke hat die Deutsche Regierung unter der Bedingung an China zurückgegeben, daß innerhalb einer angemessenen Zeit die Bahn als chinesische Staatsbahn mit deutscher Finanzierung gebaut wird. Man plant nun, die Bahn von Kao-mi abzuzweigen und über I-tschou nach I hien zu führen, um sie dort oder in der Nähe an die Tsing-P'u-Bahn anzuschließen. Indessen ist auch die Rede davon, einen älteren Plan gleichzeitig damit zur Ausführung zu bringen, nämlich die Bahn in Weï hien abzuzweigen und sie in nordöstlicher Richtung weiter nach dem Vertragshafen Tschifu zu verlängern. Bisher hat aber der Geldmangel diesem großen Plane immer im Wege gestanden. Leitender Gedanke dabei ist die Absicht, Tschifu an Stelle von Tsingtau zum Eingangshafen von Schantung zu machen.

6. K'ai-fêng—Sü-tschou—Hai tschou, eine Verlängerung der Linie Ho-nan fu—K'ai-fêng (C 6) nach Osten und Südosten. Sie ist erst seit dem Frühjahr 1910 geplant und unzweifelhaft als Konkurrenz-Linie für die deutsche Bahn Tsingtau—Tsi-nan fu gedacht. Die Öffnung des Hafens Hai tschou in Kiangsu für den Fremdhandel wird schon seit längerer Zeit erwogen.

E. Yangtsĕ-Bahnen.

1. Schanghai—Wusung. Diese 20 km lange Bahn wurde, wie erwähnt (S. 329), im Jahre 1897/98 von deutschen Ingenieuren für Rechnung einer halbstaatlichen chinesischen Gesellschaft gebaut. An ihrer Spitze stand der nachher so bekannt gewordene Schêng Süan Huai.

2. Schanghai—Sutschou—Nanking (Hu-Ning-Bahn[1]). Die Konzession dieser äußerst aussichtsreichen Bahn war für Deutschland nahezu gesichert, entging ihm aber durch die Kleinmütigkeit und Unentschlossenheit der deutschen Finanz. Mit Hilfe eines starken politischen Druckes der englischen Regierung wurde dann im Mai 1898 die Konzession an das mehrfach erwähnte Syndikat von Jardine, Matheson & Co. (British and Chinese Corporation) übertragen. Merkwürdigerweise wurde mit dem Bau volle sieben Jahre gezögert: nachdem im Jahre 1904 ein endgiltiger Vertrag zustande gekommen war, begann man im April 1905 zu bauen, und im November konnte die erste Strecke von 20 km eröffnet werden. Seit 1907 ist die gesamte Strecke im Betriebe. Gegen keine von allen Konzessionen ist die Agitation in chinesischen Kreisen leidenschaftlicher betrieben worden als gegen diese und die übrigen des genannten Syndikats, die damit verbunden sind. Die Gentry von Kiangsu, durch deren Provinz die Bahn führt, hatte schließlich in einer umfangreichen Eingabe an das Handels-Ministerium Einspruch erhoben gegen den Betrieb des Syndikats, das den Bau der etwa 300 km langen Bahn zu dem unverhältnismäßig hohen Preise von $3\frac{1}{2}$ Millionen £ für chinesische Rechnung ausführe. Die Höhe dieser Summe, die eine chinesische Anleihe darstelle, verhindere China dauernd an der Rückerlangung der Bahn. Die Agitation hat denn auch die Verwertung der weiteren Konzessionen des englischen Syndikats tatsächlich verhindert. Es sind dies die beiden folgenden Linien:

3. Sutschou—Hangtschou—Ningpo (Su-Hang-Bahn). Alles Drängen der englischen Regierung hat es nicht vermocht, den Vorvertrag für den Bau dieser Bahn, den man als abgelaufen ansah, durch einen endgiltigen zu ersetzen. Gegen die erregte Stimmung in den Provinzen (Kiangsu und Tschekiang) konnte auch die Zentral-Regierung nicht aufkommen. Schließlich hat sich eine chinesische Gesellschaft der Linie bemächtigt, und der Bau geht ohne fremde Hilfe vor sich.

4. Ningpo—Wêntschou. Auch für diese Linie gilt das oben gesagte. Lediglich geplant sind die folgenden Linien:

5. Nanking—Wuhu—Nganking (Anhui). In Angriff genommen werden sollte zunächst die Strecke Nanking—Wuhu (110 km), wofür im Jahre 1906 angeblich 2 Millionen Taels vorhanden waren.

6. Wuhu—Kuang-tê. Diese in der Richtung auf Hangtschou (Kuang-tê liegt zwischen Wuhu und Hangtschou) geplante Bahn soll später durch Anschluß an die Tschekiang-Bahnen in Hangtschou die Verbindung zwischen Wuhu und Wêntschou herstellen.

[1]) Hu ist ein literarischer Name für Schanghai; (Kiang-)ning ist Nanking.

7. Kiukiang—Nan-tsch'ang. Zum Bau dieser Linie, die den bisherigen unzuverlässigen Wasserweg über den Po-yang-See ersetzen soll und in ihrer Verlängerung die alte Handelstraße Kiukiang—Futschou und Kiukiang—Kanton erneuern würde, hat sich eine chinesische Gesellschaft unter der Gentry von Kiangsi gebildet. Angeblich soll die Bahn bis Kien-tsch'ang, also halbwegs bis Futschou, von europäischen Ingenieuren trassiert sein.

F. Westbahnen.

1. Hankou—Tschêngtu (Tsch'uan-Han-Bahn)[1]. Um eine Konzession für diese große Linie haben sich sowohl der englische wie der amerikanische und der französische Gesandte in Peking im Jahre 1903 wiederholt erfolglos bemüht. Seit 1905 war dann eine chinesische Gesellschaft in Ssětschuan unter Führung des dortigen General-Gouverneurs bemüht, das Baukapital in der Provinz aufzubringen. Die Vermessungsarbeit soll bereits für die ganze Strecke ausgeführt und der Bau bis Itschang begonnen sein. Die Anwerbung eines deutschen Ingenieurs, die anfänglich beabsichtigt war, ist leider nicht zur Ausführung gelangt. Die etwa 1800 km lange Bahn soll in acht Sektionen gebaut werden; von Hankou am Yangtsě aufwärts über Itschang, K'ueï-tschou, Wan hien, Tschungking weiter nach Nordwesten. Dr. Betz, der im Jahre 1904 auf der Strecke gereist ist, meint in seinem Berichte, daß eine Bahn auf dem Südufer des Yangtsě ausgeschlossen und auf dem Nordufer auch nur dicht am Ufer möglich sei.[2]) Durch das Bank-Abkommen vom 26. Mai 1910 ist die Finanzierung der Strecke Itschang—Tschêngtu den Deutschen zugewiesen (s. oben S. 332 Anm.) Vorläufig will man aber in China von diesem Finanzplan nichts wissen, und der Bau der wichtigen Bahn wird dadurch sehr verlangsamt.

2. Yün-nan fu—Yangtsě. Diese und die eben besprochene Linie werden die Schlüssel sein zur Erschließung der reichen West-Provinzen, Ssětschuans insbesondere, und der zeitliche Vorsprung, den etwa der Bau der einen vor dem der anderen haben wird, kann von großer Bedeutung werden für die Frage, ob der Handel mit jenen fernen, aber aussichtsreichen Gebieten seinen Weg nach Osten über Schanghai oder nach Süden über Kanton und Hongkong (Indo-China wird wegen der Eigenart der französischen Verwaltung und Kaufmannschaft erst in zweiter Linie in Betracht kommen) nehmen wird. Bis Yün-nan fu ist die französische Bahn von Haiphong aus vollendet. Aber das Bestreben Frankreichs, die Konzession für eine weitere Linie bis zum Yangtsě, etwa nach Sü-tschou (Suifu), zu erlangen (vergl. oben S. 334), ist heute aussichtslos, und für England würde eine solche Konzession nur dann Wert haben, wenn es von Yün-nan fu eine Verbindung mit Birma hätte, ein Fall, der noch in

[1]) Tsch'uan steht für Ssětschuan, von dem Tschêngtu die Hauptstadt ist, Han für Hankou.

[2]) „Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen zu Berlin" Jahrgang VIII, Ostasiat. Studien S. 290.

weiter Ferne zu liegen scheint. China wird indessen diese Linie ohne Zwang niemals aus der Hand geben, und so ist, wie die Dinge jetzt liegen, an einen Bau vorläufig nicht zu denken. An Plänen hat es natürlich nicht gefehlt; außer Sü-tschou sind auch als Yangtsĕ-Hafen Lu tschou unterhalb davon und Tschungking genannt worden, und Ende 1909 sollen amerikanische Ingenieure mit der Trassierung einer Linie begonnen haben. Es wird sich dann darum handeln, jenseits des Yangtsĕ mit dem Bahnbau weiter nach Ssĕtschuan einzudringen. Die Waren würden damit eine Möglichkeit erhalten, die gefährlichen Stromschnellen zwischen Tschunking und Itschang zu vermeiden und statt dessen den Bahnweg nach Yün-nan fu zu nehmen. Von hier stände ihnen die Bahn nach Haiphong offen, wenn man es nicht vorziehen würde, eine Verbindung mit dem West-Fluß herzustellen, und somit Kanton zum Hafen zu wählen.[1]) Sollte dagegen die Bahn Itschang (Hankou)—Tschungking zuerst gebaut werden, so wäre kein Grund vorhanden, warum der Handel nicht wie bisher seinen Weg den Yangtsĕ hinab nach Schanghai nehmen sollte.

3. Têng-yüe (Momeïn)—Schun-ning)—Yün-nan fu (Tien-Mien-Bahn)[2]). Diese von England in Betracht gezogene Linie und ihre Aussichten sind bereits früher erwähnt worden. (S. oben S. 334.) Die technischen Schwierigkeiten sollen hier so außerordentliche sein, daß die Bahn nur mit Opfern zu erbauen wäre, wie sie durch den in Aussicht stehenden Nutzen vorläufig nicht zu rechtfertigen wären.

G. Süd-Bahnen.

1. Laokai—Yün-nan fu (Tien-Yüe- oder Yüe-Nan-Bahn[3]). Von der Vorgeschichte dieser französischen Bahn ist bereits oben (S. 333) die Rede gewesen. Sie ist die Fortsetzung der Linie Haiphong—Laokai, die von der Regierung gebaut und im Jahre 1906 vollendet wurde. Die neue Linie betritt bei Ho-k'ou chinesisches Gebiet und geht über Mêng-tsĕ und A-mi tschou nach Yün-nan fu, eine Entfernung von etwa 300 km. Ihr Bau, der 1904 begonnen wurde, hat mit ungewöhnlichen technischen und klimatischen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Zeitweilig (im Sommer 1905) mußten die Arbeiten ganz eingestellt werden, weil bei dem mörderischen Klima die Arbeiter scharenweise starben, während von den europäischen Angestellten etwa 25 v. H. erlagen. Welche Gelände-Schwierigkeiten zu überwinden waren, zeigt die Tatsache, daß 154 Tunnel gebaut werden mußten, und daß Steigungen von 1500 m auf 110 km vorkommen. Die Baukosten waren dem ent-

[1]) Frankreich hat allerdings im Jahre 1897 die Konzession für eine Linie von Lung-tschou nach Nan-ning im Stromgebiet des West-Flusses (s. oben S. 333) erhalten, aber diese gilt heute als verfallen und wird sich schwerlich noch halten lassen. Eine Linie Nan-ning—Kanton ist mehrfach erörtert worden. Übrigens dürfte Frankreichs Bestreben natürlich eher darauf gehen, den Bau dieser Linien zu verhindern.

[2]) Tien ist ein alter Name für Yünnan, Mien(-tien) der chinesische Name für Birma.

[3]) Tien- oder Nan bedeutet Yünnan, Yüe ist eine chinesische Bezeichnung für Tongking.

sprechend. Sie waren auf 110 Millionen Franken veranschlagt, erreichten aber schließlich die Höhe von 200 Millionen. Da die Bahn unter Zins-Bürgschaft der Regierung von Indo-China gebaut ist, wird diese für einen erheblichen Teil der Kosten aufzukommen haben. Am 1. April 1910 ist die Linie dem Verkehr übergeben worden; die Erfahrungen, die man bei ihrer Herstellung gemacht, werden für weitere Bahnbauten in Yünnan kaum ermutigend sein.[1])

2. Langson—Lung-tschou. Auch diese Bahn, die das französische Eindringen in die Provinz Kuangsi ermöglichen sollte, ist bereits früher (S. 333) erwähnt. Sie sollte eine Verlängerung der in Betrieb befindlichen Linie Hanoi—Langson werden, ist aber der Yünnan-Bahn gegenüber ganz in den Hintergrund getreten und noch nicht gebaut. Eine größere Bedeutung würde die Linie in Verbindung mit einer Fortsetzung Lung-tschou—Nan-ning erhalten, wenn der letztere Ort einmal mit Kanton durch eine Bahn verbunden werden sollte. Bisher benutzt der Handel von Kuangsi den Wasserweg nach Kanton.

3. Kaoloon—Kanton. Die Konzession zum Bau dieser etwa 150 km langen Bahn von der Hongkong gegenüber liegenden Landzunge Kaoloon zur Provinzial-Hauptstadt erhielt, wie erwähnt, (vergl. oben S. 334) England im Jahre 1898, und zwar in der Weise, daß England 25 englische Meilen allein, den Rest aber mit China gemeinsam bauen sollte. Auch diese Konzession ist jedoch nachher von China bestritten worden, und eine in Kuangtung und Fukien unter amtlicher Führung gebildete Gesellschaft hat den Bahnbau in Kanton allein in die Hand genommen. Die Engländer ihrerseits haben gelegentlich der Hankou—Kanton-Bahn-Anleihe[2]) die Verhandlungen, und zwar für den Bau der ganzen Strecke, wieder aufgenommen, einen Erfolg indessen nicht zu erzielen vermocht. Inzwischen ist die englische Strecke gebaut worden, dagegen hat die chinesische ein ähnliches Schicksal wie die große Bahn von Kanton nach Hankou und rückt nur langsam weiter.

4. Kanton—Sin-hui. Eine von kantonesischen Kaufleuten geplante Lokalbahn, die ihren Endpunkt unweit der portugiesischen Kolonie Macao haben würde.

5. Kung-yik—Sun-ning—San-ka-hoi, eine etwa 80 km lange Lokalbahn, die südwestlich von Kanton zum Meere führt. Sie ist von den Chinesen allein gebaut worden.

6. Kanton—Whampoa. Diese nur etwa 18 km lange Bahn wurde von der bei Nr. 3 genannten Gesellschaft zunächst geplant und sollte mit einem Kapital von 800000 Taels gebaut werden. Man erwartet von ihr, daß sie Whampoa seine frühere Bedeutung als Seehafen von Kanton zurückgeben soll, die ihm von Hongkong entrissen worden ist. In Angriff genommen ist die Bahn noch nicht.

[1]) Nähere Angaben über den Bahnbau macht der Bericht des Verwaltungsrates der „Compagnie française des chemins de fer de l'Indo-Chine et du Yunnan" an die General-Versammlung vom 27. Juni 1910.

[2]) Vergl. oben S. 331.

Man beabsichtigt dann, die Linie fortzuführen und folgende Bahn zu bauen:

7. Kanton (Whampoa)—Tsch'ao-tschou—Amoy (Kuang—Hia[1])-Bahn). Bis jetzt ist es bei der Absicht geblieben.

8. Tsch'ao-tschou—Swatow (Tsch'ao-Schan-Bahn[2]). Die 46 km lange Bahn ist von Japanern für Rechnung einer chinesischen Gesellschaft mit einem Kapital von $2^1/_2$ Millionen Dollar gebaut worden. Der Bau ist 1904 begonnen und 1906 beendet.

9. Amoy—Tschang-tschou. Der Bau dieser kurzen Lokalbahn sollte bereits im Frühjahr 1906 begonnen werden, das Kapital von 1 Million Taels von interessierten Fukien-Kaufleuten aufgebracht sein. Geschehen ist seitdem nichts.

Diese Zusammenstellung zeigt, wie der Eisenbahnbau in China während der letzten Jahre stark in Fluß gekommen ist, und wenn auch manche von den aufgeführten Projekten noch weit von ihrer Verwirklichung entfernt sein mögen, so ersieht man doch daraus, daß das Interesse für den Bahnbau alle einflußreichen Kreise im Reiche erfaßt hat, und daß ein Widerstand in der Bevölkerung nirgend mehr zu erwarten ist.

Wie fügt sich nun aber das Eisenbahnwesen in den gesamten wirtschaftlichen Organismus Chinas ein, und wie verhält sich die Staatsleitung diesem neuen Lebens-Element gegenüber? Wie bereits früher erwähnt wurde, nahm die Regierung in Peking viele Jahre hindurch in der Eisenbahnfrage eine zögernde, mißtrauische, ablehnende Haltung ein, und wenn sie sich durch die mannigfaltigen Pläne und Vorschläge, die ihr besonders in den Jahren 1886 bis 1889 von allen Seiten aufgenötigt wurden, nicht hat aus ihrer Zurückhaltung herauslocken lassen, so hat in der Tat die Folgezeit bewiesen, daß ihre Vorsicht nicht unangebracht war. Denn die meisten dieser großen Projekte waren übereilt, und manche nicht einmal ehrlich — es braucht hier nur an das amerikanische Schwindelprojekt des Grafen Mitkiewicz von 1887 erinnert zu werden. Frankreich glaubte sich durch den Artikel 7 des Vertrages mit China vom 9. Juni 1885, wonach China beim Bau von Eisenbahnen die französische Industrie heranziehen sollte, eine besondere Vorzugstellung geschaffen zu haben, ein Anspruch, der übrigens als eine unzulässige Monopol-Bestrebung von den Mächten niemals anerkannt worden ist. Indessen, so oft sich auch die französische Vertretung auf diesen Artikel berufen hat, genützt hat er ihr bei den Chinesen wenig. Ebenso hat die Entsendung deutscher Eisenbahn-Ingenieure nach China zu ihrer Vorbereitung für eine künftige Tätigkeit vom Jahre 1887 ab nicht die Erfolge gezeitigt, die man davon erwartet hatte.

In den Eisenbahnplänen des Auslandes sah China — ob mit Recht oder Unrecht, mag dahingestellt bleiben — in erster Linie

[1]) Kuang = Kuang-tschou (Kanton), Hia für Hia-mên = Amoy.
[2]) Schan (-t'ou) = Swatow.

politische Bestrebungen, und darum zögerte man, die Frage aus der Hand zu geben, man wollte sie allmählich ausreifen lassen und jedenfalls einen Sprung ins Dunkle vermeiden. Dazu kamen Erwägungen wirtschaftlicher und innerpolitischer Art. Wie sollte man die Frage der Inland-Zölle und die Währungs-Verhältnisse mit dem neuen Verkehr-System in Einklang bringen? wie sollte das Verhältnis zu den territorialen Befugnissen der Provinzial-Regierungen werden? vor allem aber, wie sollte der Betrieb der Eisenbahnen gestaltet werden? staatlich oder privat? zentralistisch oder provinziell? Die Antworten hierauf konnten nur von der Zeit und einer nicht überstürzten Entwicklung erwartet werden, und endgiltig sind diese Antworten auch bis heute noch nicht erfolgt.

Am unmittelbarsten vor diese Frage gestellt sah sich natürlich der General-Gouverneur Tschang Tschi Tung, der Erbauer der großen Zentralbahn. Er wandte sich im Jahre 1896 unter anderen auch an den damaligen englischen Zolldirektor in Hankou, Herrn Bredon,[1]) um Rat, und dieser hat seine Vorschläge in einer wohldurchdachten und nützlichen Denkschrift[2]) der Öffentlichkeit übergeben. Herr Bredon erörtert darin auch ausführlich die verwaltungstechnische Seite des Eisenbahn-Problems in China. Er stellt zunächst die verschiedenen Systeme neben einander: Staatsbahnen, staatlich garantierte, staatlich subventionierte Bahnen und ausländische Konzessionen. Keins von diesen Systemen empfiehlt er als besonders geeignet für China, und zwar das zuletzt genannte aus politischen und anderen Gründen nicht, die übrigen aber nicht, weil sie unvorteilhaft für den Staat seien. Dabei bemerkt er von dem Staatsbahn-System, daß es sich in den europäischen Staaten nicht bewährt habe und unproduktiv sei. Hätte Herr Bredon von dem preußischen Eisenbahnwesen, wohl zur Zeit dem am besten organisierten der Welt, etwas Näheres gewußt, und wäre ihm bekannt gewesen, daß die Erträgnisse der Eisenbahnen das Rückgrat der preußischen Finanzen sind, so würde sein Urteil vermutlich etwas anders gelautet haben. Es bleibt eins der unsterblichen Verdienste des Fürsten Bismarck, der auch hierin seiner Zeit weit voran war, rechtzeitig erkannt zu haben, daß man eine so wichtige Lebensader des modernen Staatsorganismus wie die Eisenbahn der privaten Spekulation und geschäftlichen Ausnutzung gerade so wenig überlassen dürfe, wie das Post- und Telegraphenwesen. Nur engherzige Kleinstaaterei hat es verhindert, daß heute nicht dasselbe einheitliche System das Reichsgebiet umfaßt.[3]) Gerade in England aber hat man längst erkannt, daß dieser Standpunkt der allein richtige war,[4]) und heute weiß man

---

[1]) Später Sir Robert Bredon; vergl. oben S. 323, Anm. 2.

[2]) *Memoranda concerning Railways and Inland Taxation.* Imperial Maritime Customs II. Special Series No. 22 (Schanghai 1897).

[3]) Vergl. die Rede Bismarcks im Abgeordnetenhause vom 26. April 1876. (Horst Kohl, *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck*, Bd. VI S. 391 ff.)

[4]) Vergl. die Mitteilungen Bismarcks darüber in seiner Rede im Herrenhause vom 18. Mai 1876. (Horst Kohl a. a. O. S. 414.)

dort, wie glänzend die Bismarcksche Eisenbahnpolitik auch durch die wirtschaftliche Entwicklung gerechtfertigt ist; man beneidet in England Preußen um sein Eisenbahnwesen und würde es ihm heute nachmachen, wenn die Zeit dafür nicht verpaßt wäre.[1]) Ähnlich liegen die Verhältnisse in Amerika. Präsident Roosevelt und einige Gesinnungsgenossen von ihm sahen die einzige Rettung aus den unerträglichen Zuständen auf den amerikanischen Bahnen, namentlich im Frachtverkehr, in einer Verstaatlichung der Bahnen, darauf zielt schließlich auch der augenblicklich dem Kongreß vorliegende Gesetzentwurf betr. Bundeskontrolle der Eisenbahnen.

Trotz dieser großen Überlegenheit des Staatsbahn-Systems aber, der gegenüber Bredons Urteil nicht mehr zeitgemäß erscheint, muß man dem Verfasser der Denkschrift insofern Recht geben, daß das System für China so lange nicht in Frage kommen kann, wie es an zwei Vorbedingungen dafür fehlt: an einer hinreichenden innerpolitischen Zentral-Gewalt und an einer Reichs-Finanz-Organisation. Die Provinzial-Regierungen haben zu weit gehende territoriale Befugnisse, als daß ein zentralisiertes Reichs-Eisenbahnwesen sich überall zur Geltung bringen könnte, und außerdem würde ein solches unter den heutigen Verhältnissen keine finanzielle Basis haben. Es würde weder im Inlande noch im Auslande für den Bahnbau Anleihen ohne Konzessionen aufnehmen können, solche Konzessionen aber sind wieder, wie das Schicksal der englischen Konzessionen in Kiangsu und Tschekiang (vergl. oben S. 341) zeigt, ohne die Zustimmung der Gouverneure nicht erteilbar. Die Schwierigkeiten sind also ähnliche wie die, an denen einst die Tätigkeit des deutschen Reichs-Eisenbahnamtes zuschanden wurde.[2]) Herr Bredon macht nun einen Kompromiß-Vorschlag, und dieser ist schon um deswillen besonders interessant, weil in der Tat die heutige Organisation des chinesischen Eisenbahnwesens sich in der Hauptsache damit deckt. Er empfiehlt, ein zentrales Eisenbahnamt zu errichten oder eins der vorhandenen Ministerien mit den Funktionen eines solchen zu betrauen. Dieses Amt soll das Recht haben, die Genehmigung zum Bau von Eisenbahnen zu erteilen oder zu versagen, es soll die Regulationen für den Bahnbetrieb erlassen und die Ausführung überwachen, die Fracht-Tarife kontrollieren und selbst über die Geschäftsführung, insbesondere über Anleihe-Verträge eine weitgehende Aufsicht ausüben. Gebaut und betrieben werden sollen die Eisenbahnen von kaufmännischen Gesellschaften, ganze Konzessionen an Ausländer zu erteilen ist aus naheliegenden Gründen nicht erwünscht. Die Gesellschaften würden natürlich am besten rein chinesisch sein, indessen sind hier zwei nicht zu umgehende Hindernisse im Wege: der Mangel an Kapital

---

[1]) Vergl. den Aufsatz von O. Eltzbacher, *The Railways of Germany* in der „Contemporary Review" vom Februar 1905 (S. 174 bis 192).

[2]) Die Verhältnisse haben sich seitdem wesentlich geändert, und jene beiden Vorbedingungen sind, namentlich die erste, heute der Erfüllung erheblich näher gerückt. In China tritt denn auch das Bestreben immer deutlicher hervor, ein zentralistisches Staats-Eisenbahnwesen zu schaffen.

und an ausgebildetem Personal. In China ist Privatkapital in der erforderlichen Höhe nicht zu erhalten; das Ausland wird aber sein Geld nur zur Verfügung stellen, wenn der Betrieb der Bahn ganz oder teilweise von ihm kontrolliert wird; es wird also zum mindesten ein aus Chinesen und Ausländern bestehendes Direktorium der betreffenden Bahn nötig sein. Außerdem wird der Mangel an einheimischem Personal die Verwendung zahlreicher ausländischer Ingenieure und Verwaltungsbeamten erfordern. Dies von Bredon vorgeschlagene System ist also mit einem Worte: gemischte Privat-Eisenbahn-Gesellschaften unter weitgehender staatlicher Kontrolle. Ohne diesen Vorschlag direkt anzunehmen, ist die chinesische Staatsleitung durch die Verhältnisse selbst auf den von ihm bezeichneten Weg gedrängt worden. Nur hat sich noch ein Moment hierbei, und zwar sehr stark, geltend gemacht, das Bredon nicht in Ansatz gebracht hatte, nämlich die Territorial-Hoheit der Provinzial-Gouverneure. Sie sind in der Tat auch heute noch die eigentlichen führenden Geister in allen Eisenbahn-Unternehmungen. Wir haben in der vorhin skizzierten Geschichte des Eisenbahnbaues gesehen, daß die erste Bahn im Norden, die K'ai-p'ing-Bahn, ihre Entstehung dem Unternehmungsgeiste des General-Gouverneurs Li Hung Tschang verdankte, und wenn auch mehrere Jahre später durch kaiserliches Edikt die Bildung der staatlichen Eisenbahn-Gesellschaft für Nord-China angeordnet wurde, so blieb diese Gesellschaft immer nur ein Organ des General-Gouverneurs von Tschili, in dessen Territorien die Bahnen gebaut wurden.[1])

Die von 1901 ab in chinesischen Kreisen immer lebhafter werdende Bewegung zu Gunsten des Eisenbahnbaues nötigte von selbst zu dem Gedanken, eine Behörde in Peking zu schaffen, die die zahlreichen Vorschläge und Entwürfe prüfte und zur Entscheidung im Staatsrat vorbereitete. So entstand das „Amt für Eisenbahnen und Bergbau", eine Art Kommission, die von mehreren Ministern in Peking gebildet wurde. Nachdem aber durch Edikt vom 7. September 1903 das Handels-Ministerium neu gegründet worden war, wurde jenes Amt wieder beseitigt und statt dessen in dem Ministerium eine besondere Eisenbahn-Abteilung geschaffen. Das Handels-Ministerium stellt zur Zeit die Zentral-Instanz für das Eisenbahnwesen dar. Ihm sind alle neuen Enwürfe aus den Provinzen zur Begutachtung und Genehmigung vorzulegen, und der Einfluß dieser Behörde über die verschiedenen Gesellschaften dehnt sich mehr und mehr aus, findet aber noch immer zuweilen an den Wünschen der Gouverneure seine

[1]) Diese Verhältnisse haben sich heute in China nur insofern geändert, als man fester als je entschlossen ist, den ausländischen Einfluß beim Eisenbahn-Betriebe gänzlich auszuschalten und sich höchstens des fremden Kapitals in Anleihe-Form zu bedienen, aber so, daß irgend ein politisches Recht oder ein Anteil an der Leitung der Bahn dadurch nicht begründet wird. Der Vertrag betreffend die Finanzierung der Tientsin—P'u-k'ou-Bahn (vergl. S. 339 f.) ist das Muster der neuen Eisenbahn-Anleihe-Verträge. Aber auch das chinesische Privat-Kapital scheint heute mehr Mut zu zeigen als früher. Die Möglichkeiten einer finanziellen und technischen Unabhängigkeit beim Eisenbahnbau sind in China entschieden im Wachsen begriffen.

Grenze.[1]) Die Gesellschaften sind niemals rein privater Art; sie bestehen immer aus mehreren wohlhabenden Kaufleuten mit Beamtenrang, aus Beamten mit kaufmännischen Neigungen, sonstigen angesehenen Personen und einem höheren Beamten an der Spitze, der, wenn nicht der Gouverneur selbst, jedenfalls ein von ihm ernannter Vertreter ist. Solche Gesellschaften gibt es jetzt fast in allen Provinzen; sie sind die hauptsächlichsten Träger des Gedankens, daß Eisenbahnen in China nur von Chinesen gebaut und betrieben werden dürfen, und eifern daher auch besonders stark gegen alle an Ausländer erteilten Konzessionen und Pfandrechte. An weitreichenden Plänen wie an geräuschvollen Kundgebungen fehlt es diesen Gesellschaften nicht, wohl aber meist an den Mitteln zur Ausführung. Mehr oder weniger deutliche Winke, beides in ein richtigeres Verhältnis zueinander zu bringen, sind den Wortführern wiederholt von ihrer eigenen Regierung zuteil geworden. Aber das Privatkapital, wie auch Bredon andeutet, ist in China für öffentliche, d. h. staatliche oder staatlich kontrollierte Unternehmungen, nicht flüssig zu machen, da das nötige Vertrauen zu der Loyalität der Geschäftsführung nicht vorhanden ist und die bankmäßige Vermittelung daher auch vollkommen versagt. Infolgedessen stellt sich die Geldfrage wie ein finsterer Geist auch den aussichtsvollsten nationalen Plänen der Eisenbahn-Gesellschaften in den Weg. Man ist auf die verschiedensten Mittel verfallen, um hier Abhilfe zu schaffen, aber ein entscheidender Erfolg hat sich bisher nicht erreichen lassen. In Kuangtung hatte der General-Gouverneur im Jahre 1905 versucht, eine innere Anleihe von 3 Millionen Taels mit Hilfe einer Garantie des Seezollamtes unterzubringen; der Versuch mißlang vollständig, und nach einigen Monaten wurde die Ausgabe der Obligationen eingestellt, da niemand sie übernehmen wollte. In den Zentral-Provinzen (Anhui, Kiangsi, Hunan) ist den Gesellschaften die Ermächtigung erteilt worden, von gewissen Landesprodukten eine Abgabe zugunsten ihres Baufonds zu erheben, während der General-Gouverneur von Ssětschuan ein größeres Kapital durch Ausgabe von Anteilscheinen unter der Gentry zu sammeln hofft, ein Verfahren, das auch anderswo versucht wird, aber auf die nämlichen Schwierigkeiten stößt wie die Anleihen. Wie die chinesische Zeitung *Schên pao* aus Peking meldet, trägt man sich dort mit dem Plane, staatliche, mit 4 v. H. fest verzinsliche Eisenbahn-Obligationen im Werte von 400 Dollar auszugeben und nach Fertigstellung der betreffenden Bahn außerdem Auszeichnungen an die Inhaber zu verleihen. Indessen soll dem Plane im Schoße der Regierung selbst kein großes Vertrauen entgegengebracht werden.

Zu diesen Verhältnissen steht die selbstbewußte Sprache der Eisenbahn-Gesellschaften und der gesamten Gentry in den Provinzen in einem wunderlichen Gegensatze. Jeder Gedanke, fremdes Kapital zu Hilfe zu rufen und so „die Hoheitsrechte und die Schätze Chinas

[1]) Seit der Gründung des Ministeriums für Post- und Verkehrswesen *(Youtsch'uan pu)* im November 1906 ist dieses die Zentrale für das gesamte Eisenbahnwesen geworden.

in fremde Hände zu liefern", wird mit Entrüstung zurückgewiesen, und die Regierung scheint es jetzt auch nicht zu wagen, diesen Kundgebungen Trotz zu bieten. Für die an Ausländer bereits erteilten Konzessionen verlangt man Nichtigkeits-Erklärung und betreffs der unter fremder Kontrolle stehenden Bahnen Rückkauf, aber man vergißt, daß dazu Kapitalien nötig sind, über die China nicht verfügt.[1]) Dem General-Gouverneur Tschang Tschi Tung, der dem allgemeinen Drängen nachgegeben und die amerikanische Konzession der Hankou—Kanton-Bahn zurückgekauft hat, ist ein übler Lohn dafür geworden, daß er englisches Geld dazu verwendet hat. Nicht nur die Gentry von Kuangtung, Hupeï und Hunan, sowie die immer zum Protestieren bereite chinesische Studentenschaft in Japan hat lauten Einspruch gegen seinen neuen Vertrag mit der Regierung von Hongkong erhoben, sondern auch das Handels-Ministerium hat, einer japanischen Meldung zufolge, wohl im Vertrauen auf den Rückhalt, den es an der öffentlichen Meinung in den drei Provinzen hat, dem General-Gouvernenr seine Mißbilligung ausgesprochen und „ihm anbefohlen, die fremde Anleihe baldigst zurückzuzahlen". In der Tat soll auch ein Tilgungsplan in der Weise zustande gekommen sein, daß die Provinzen Kuangtung und Hunan die Verzinsung und Rückzahlung von sieben Zehnteln, Hupeï von drei Zehnteln des Kapitals übernommen haben. Hier wird sich zeigen, inwieweit der neue Patriotismus über die materiellen Bedenken die Oberhand gewinnt.[2]) Daß gegen die englischen Konzessionen der Bahnen in Kiangsu und Tschekiang eine ähnliche heftige Agitation seitens der Gentry betrieben wurde, war schon gesagt.

Unter solchen Umständen wird die Stellung des Handels-Ministeriums[3]) als des Reichs-Eisenbahnamts den verschiedenen Gesellschaften in den Provinzen gegenüber keine leichte sein, insbesondere wenn die Bestimmungen des Ministeriums, wonach die zu bauenden

---

[1]) In diesen Verhältnissen liegen auch die Gründe, warum der Eisenbahnbau in China so langsam weiter kommt. Es sind die beständigen Reibereien zwischen der Zentrale und den Provinzen über die Finanzierung der Bahnen, die Weigerung, irgend welchen fremden Einfluß bei ihrem Bau oder Betriebe mitsprechen zu lassen, die Abneigung des fremden Kapitals gegen Anleihen ohne diesen Einfluß, die Eifersucht zwischen den fremden Syndikaten und endlich die Streitigkeiten zwischen Ausländern, Zentrale und Provinzial-Gesellschaften um früher erworbene Konzessionen, die jeden Fortschritt erschweren. Während man auf deutscher Seite eher geneigt ist, Eisenbahn-Anleihen als reine Finanz-Geschäfte abzuschließen, wie der Vertrag über die Tientsin—P'u-k'ou-Bahn gezeigt hat, lehnt man in England diese Auffassung grundsätzlich ab. Man beharrt dort auf dem Standpunkte, daß China ohne fremde Hilfe Eisenbahnen weder zweckmäßig bauen noch verwalten könne, und daß daher fremdes Kapital nicht ohne weitgehende Aufsicht über seine Verwendung zur Verfügung gestellt werden sollte. Man will in England offenbar von dem Gedanken nicht los, daß Eisenbahn-Anleihen von politischen Rücksichten nicht zu trennen sind. (Vergl. den großen Aufsatz in der „Times" vom 28. März 1910). Diese Auffassung trägt aber weder den veränderten Verhältnissen in China Rechnung, noch ist sie der wirtschaftlichen Entwicklung zuträglich.

[2]) Die Anleihe ist natürlich nicht zurückgezahlt worden.

[3]) Jetzt des Verkehrs-Ministeriums. Gegen früher ist die Stellung der Zentral-Stelle unzweifelhaft gefestigt, aber unsicher bleibt die weitere Entwicklung.

Bahnen nach einer festgesetzten Frist in das Eigentum des Staates übergehen, die Betriebs-Einnahmen und -Ausgaben einer Kontrolle unterliegen sollen u. a., einmal in praxi zur Ausführung kommen werden. Erst dann wird sich herausstellen, ob und inwieweit die Zentral-Behörde imstande sein wird, sich der Territorial-Gewalt der Provinzen gegenüber zur Geltung zu bringen. Einstweilen scheint die Schaffung eines einheitlichen Staatsbahnwesens oder auch nur eines von der Zentral-Gewalt einheitlich kontrollierten Privat- oder Provinzial-Bahnwesens keineswegs unbedingt gesichert. Augenblicklich sind nur zwei sogenannte Staatsbahn-Direktionen vorhanden: die 1886 geschaffene Eisenbahn-Gesellschaft für Nord-China und die Direktion der Zentralbahn, der auch die wichtigsten Zweiglinien, wie die Tsê-Tao-Bahn (C. 4) und die Tschêng-T'ai-Bahn (C. 8) bereits unterstellt worden sind. Ob sich im übrigen das von Bredon empfohlene System weiter entwickeln wird, muß abgewartet werden.

Das zweite Hindernis, das sich dieser Entwicklung auf national-selbständiger Basis entgegenstellt, der Mangel an geeignetem Personal, wird sich jedenfalls leichter überwinden lassen als die Finanz-Schwierigkeit. An Verwaltungsbeamten würde es bei dem ausgesprochenen kaufmännischen Talente der Chinesen nach wenigen Jahren fremder Anleitung nicht mehr fehlen; die Heranbildung eines ausreichenden technischen Personals würde länger dauern, aber schließlich würde auch hier nur noch eine fremde fachmännische, aber sonst einflußlose Kontrolle nötig sein. Man hat in den Provinzen dieser Frage auch bereits seine Aufmerksamkeit zugewandt. Hupeï, Hunan und Tschekiang haben junge Techniker zur Ausbildung nach Japan geschickt, der General-Gouverneur von Ssĕtschuan hat eine Eisenbahn-Schule eingerichtet, und der Gouverneur von Hunan hat bei dem neuen Unterrichts-Ministerium die Schaffung einer Eisenbahn-Abteilung bei der Hochschule in Peking beantragt, wie denn auch früher schon in Tientsin eine solche Fachschule unter deutscher Leitung bestand, und wie die Russen im Jahre 1902 eine für die mandschurischen Bahnen in Peking errichteten.[1])

Wie jedoch die Entwicklung des chinesischen Eisenbahnwesens auch ausfallen möge, durchbrochen wird das System immer bleiben durch die an fremde Syndikate erteilten Konzessionen. Man wird nicht leugnen können, daß die Chinesen bei Erteilung dieser Konzessionen oft ebenso vorschnell gewesen sind wie die Ausländer bei ihren Forderungen. Die Art, wie besonders im Jahre 1898 in China Eisenbahnpläne angepriesen und Konzessionen erwirkt wurden, hat nicht zu dem guten Rufe der fremden Syndikats-Unternehmungen beigetragen. Ausgehend von irrigen Vorstellungen über die politischen und sozialen Verhältnisse Chinas, hielt man es in Europa und Amerika für zweckmäßig, sich möglichst hohe Wechsel auf Chinas Zukunft zu verschaffen. So bemühte man sich auch um die Konzession zum

[1]) Daß die Chinesen heute schon über eine Anzahl einheimischer Techniker verfügen, zeigt der Bau mehrerer Linien (Peking—Kalgan, Kung-yik—Sun-ning) ohne fremde Hilfe.

Bau von Eisenbahn-Linien, ohne deren Rentabilität, finanzielle Sicherung und Ausführungsmöglichkeit vorher festgestellt zu haben. In welchem Mißverhältnis die Forderungen zuweilen zu der Leistungsfähigkeit oder der Unternehmungslust der Konzessionsjäger standen, das zeigt, von den Vorschlägen gewisser Industrieritter ganz abgesehen, unter anderem das Fiasko, das die amerikanische Konzession der Kanton—Hankou-Bahn erlitt. Selbst für eine so aussichtsvolle und verhältnismäßig kurze Linie, wie die von Schanghai nach Nanking, deren Konzession die englische Regierung in Peking erzwang, bedurfte man sieben Jahre, ehe sich in England das nötige Kapital zusammenfand. Die dem russisch-französischen Syndikat im Jahre 1898 erteilte Konzession zum Bau der Linie Tschêng-ting—T'ai-yuan ist Jahre lang ein toter Buchstabe geblieben, und der zur gleichen Zeit erlangten Konzession für die Sutschou—Hangtschou-Bahn scheint man sich in England erst im Jahre 1905 wieder erinnert zu haben. Inzwischen hat die neue Bewegung in China eingesetzt, und es erscheint nur zu begreiflich, daß sie die verjährten und vergessenen Konzessionen nun nicht wieder aufleben lassen will. Es ist ein durchaus zutreffendes Urteil, das im Jahre 1905 die „Times" über jene Konzessionssucht fällte und das von dem „Journal" der „American Asiatic Association" wiederholt wird. „Es ist weder ehrlich, noch klug von den Regierungen Großbritanniens und Amerikas", heißt es dort, „durch diplomatischen Druck oder durch andere Mittel Konzessionen oder Handelsvorteile zu erlangen, diese dann als Beweise unserer politischen Tätigkeit und unseres wohlwollenden Interesses an der Wohlfahrt Chinas hinzustellen, schließlich aber alle Verantwortung abzulehnen für die richtige Erfüllung unserer Verpflichtungen, die aus solchen Konzessionen hervorgehen. Die Regierung, die im Hinblick auf wirtschaftliche Verhältnisse oder unter dem Drucke der öffentlichen Meinung es für angezeigt hält — wie wir es getan haben —, von der chinesischen Regierung Konzessionen zu erlangen, ist moralischer und logischer Weise verpflichtet, die ehrliche Ausführung derselben nicht dem Belieben einzelner, mögen es Engländer oder Chinesen sein, zu überlassen. Und doch ist dies genau das, was Großbritannien und die Vereinigten Staaten getan haben." Dem gegenüber erscheint in der Tat Deutschland in einem günstigeren Lichte, denn mit dem Bau der Schantung-Bahnen ist fast unmittelbar nach der Erteilung der Konzessionen begonnen worden.

Wie die Dinge augenblicklich in China liegen, ist an die Erlangung neuer Eisenbahn-Konzessionen für Fremde nicht zu denken. Sollte es der neu erwachten nationalen Bewegung in China — was nicht anzunehmen ist — gelingen, einheimisches Kapital in ausreichendem Maße flüssig zu machen, um allmählich ein einheitliches chinesisches Staatsbahn-System zu schaffen, so würde eine solche Entwicklung in Deutschland mit ehrlicher Freude begrüßt werden können. Abgesehen davon, daß der Bau von Eisenbahnen durch Syndikate verschiedener Nationen verwickelte und nicht unbedenkliche Verhältnisse für den Verkehr herbeiführen muß, kann es auch

in niemandes Interesse liegen, wenn die Konzessionsjägerei früherer Jahre mit ihren unerfreulichen Begleiterscheinungen eine ständige Einrichtung werden sollte. Wenn aber — und das ist das Wahrscheinliche — China nach einiger Zeit notgedrungen zu der Überzeugung zurückkehren wird, daß es die Hilfe des fremden Kapitals für den Eisenbahnbau nicht entbehren kann, so wird man in Europa und Amerika gut tun, diese Hilfe nicht an Bedingungen zu knüpfen, die für eine souveräne Regierung unannehmbar sind. Man würde dadurch lediglich die Chinesen aufs neue in dem Glauben bestärken, daß es sich bei dem Bahnbau nicht um loyale kaufmännische Unternehmungen, nicht um die wirtschaftliche Aufschließung des Landes, sondern um andere Pläne und Hoffnungen, um eine politische Vergewaltigung handelt. Damit aber würde einer gesunden Entwicklung nicht gedient sein.[1]) Und noch einen anderen Gesichtspunkt wird man in Zukunft nicht unbeachtet lassen dürfen. Einer der häufigsten Einwände, den die Chinesen gegen den Bau von Eisenbahnen durch Fremde erheben, ist die Besorgnis, daß dadurch Scharen von Ausländern in das Inland gebracht werden, von denen viele, unter Mißbrauch der Exterritorialität und einer wirksamen jurisdiktionellen Aufsicht entzogen, sich über jede Rücksicht der Bevölkerung gegenüber hinwegsetzen und zu einer Plage und Gefahr für das Land werden. Diese Besorgnis ist durch die Erfahrungen, die man bisher bei dem Bahnbau gemacht hat, nicht entkräftet worden. Darin liegt eine Mahnung für fremde Gesellschaften, in ihrem eigenen Interesse bei der Auswahl ihres Personals die größte Sorgfalt zu beobachten und jedem einzelnen klar zu machen, daß die Exterritorialität nicht bloß Vorrechte verleiht, sondern auch moralische Verpflichtungen auferlegt. „Herrennaturen“ in China mögen zuweilen augenblickliche Erfolge erzielen, auf die Dauer sind sie vom Übel.

Von solchen Erwägungen geleitet, werden auch in Deutschland Finanz, Industrie und Handel trotz der scheinbaren Ungunst der augenblicklichen Verhältnisse der weiteren Entwicklung des Eisenbahnbaues in China mit Ruhe entgegensehen können.

[1]) Vergl. oben S. 350 Anm. 1.

Anhang.

Die sinologischen Studien in Deutschland.

Die große ostasiatische Kulturwelt, die ihrem Ursprunge und ihrer Eigenart nach im wesentlichen chinesisch ist, hat vom Anfange ihres Bekanntwerdens an bis in die Gegenwart für den Abendländer, der tiefer in sie eindringen konnte, meist eine außerordentliche Anziehungskraft gehabt, dagegen ist sie für die Allgemeinheit immer etwas fremdartiges, seltsames, unverständliches gewesen. Diese Erscheinung läßt sich beobachten von der Zeit an, da Marco Polo's wahrheitsgetreue Berichte für phantastische Fabeln gehalten wurden, bis in unsere Tage, wo man vielfach mit dem Chinesentum nichts anderes anzufangen wußte, als Karrikaturen daraus zu machen. Die Gründe hierfür sind leicht zu erkennen. Sie liegen in der weiten Entfernung und langwährenden Unzugänglichkeit der ostasiatischen Reiche, sowie in der Schwierigkeit ihrer Sprachen und der Verschlossenheit ihres geistigen Lebens. Unter solchen Umständen konnte die Belehrung nur langsam und spärlich im Abendlande vordringen, und erst mit der Entwicklung der politischen Beziehungen begann sie, weiteres Interesse zu erwecken. An einzelnen umfangreichen gelehrten Werken über China — die übrigen Länder können hier zunächst außer Betracht bleiben — hat es zwar auch vordem nicht gefehlt, indessen gingen diese, wie es bei der ungeheuren Ausdehnung des neuen Wissensgebietes nicht anders zu erwarten war, zunächst mehr in die Breite als in die Tiefe, und eine wirklich methodische wissenschaftliche Erforschung des Chinesentums in größerem Maße hat erst während der letzten vier Jahrzehnte eingesetzt. Man kann die Geschichte der Sinologie, wenn man die Arbeiten der katholischen Missionare im 16. und 17. Jahrhundert als ihren Ausgangspunkt annimmt, in drei Perioden teilen: die Zeit bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts, wo das Studium des Chinesentums nahezu ausschließlich in den Händen der katholischen Missionen liegt, dann die Zeit bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts, wo auch die protestantischen Missionen in China mit sinologischen Arbeiten hervor-

treten und wo vielfach ein unerschrockener Dilettantismus, die „Amateur-Sinologie“,[1]) wie man ihn bezeichnet hat, das Feld beackert, eine Periode, der aber durch die Werke einer ganzen Anzahl von bahnbrechenden Gelehrten wie der Deutschen Klaproth, Neumann, Plath, der Franzosen Abel-Rémusat, Biot, St. Julien, der Russen Palladius und Wassiljeff und der Engländer Legge und Wylie ein besonderer Glanz verliehen worden ist; endlich die gegenwärtige Zeit, wo die geschulte europäische Wissenschaft sich einem gründlicheren Studium der Quellen-Texte zugewandt hat und sich bemüht, die Sinologie überall zu einem vollberechtigten Mitgliede in der „universitas litterarum“ zu machen. Die Zeit der großen allgemeinen Werke über China ist vorüber, die Einzel-Forschung dringt in die Tiefen und sammelt den Stoff, aus dem künftige Geschlechter einst neue zusammenfassende Werke schaffen mögen, der aber auch der Mitwelt schon helfen soll, ihre Kenntnis und Beurteilung der Geschichte und Kultur von Ost- und Mittel-Asien zu vertiefen.

Den Ruhm, die wissenschaftliche Sinologie zuerst in ihrer Bedeutung erkannt, sie in großzügiger Weise gefördert und ihr in Europa eine würdige Stätte bereitet zu haben, kann Frankreich mit Recht für sich in Anspruch nehmen. Nur mit der verständnisvollen, freigebigen Unterstützung des Königs und seiner Regierung war es den Jesuiten-Missionaren im 18. Jahrhundert möglich, ihre großen, bändereichen Werke in vornehmer Form zu veröffentlichen, und nur in Frankreich war offenbar der wissenschaftliche Boden gegeben, in dem die Kunde von der neu entdeckten fernen Kulturwelt Wurzel schlug. Die Förderung, die den gelehrten Pionieren französischen Geistes zuteil wurde, hat reiche Früchte getragen. Die Flut von Anregungen, die den inhaltschweren Werken der Missionare entströmte, die kostbaren Bücherschätze, die durch ihre Vermittelung nach Paris kamen, der Glanz, in dem Frankreichs Name als der größten westlichen Kulturmacht im Osten erstrahlte, alles das hat der französischen Wissenschaft seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiete der ostasiatischen Geschichte und Sprachen eine Überlegenheit gegeben, die niemals mehr bestritten werden konnte und heute vielleicht größer ist als je. Nächst Frankreich verdient für die älteren Perioden der Sinologie Rußland als Heimstätte ostasiatischer Forschung genannt

[1]) Der Ausdruck stammt von dem verstorbenen Dr. Eitel, der einen berühmt gewordenen Aufsatz im II. Bande der „China Review“ 1873/74 (S. 1 ff.) mit *Amateur Sinology* überschrieb. Er schildert den Dilettantismus der damaligen Zeit auf höchst anschauliche Art: „Die Haupt-Symptome dieser Epidemie, die den Namen „Amateur-Sinologie“ führt, sind: eine sinnreiche Spekulation, die sich den Namen Wissenschaft anmaßt, eine voreilige Verallgemeinerung auf Grund einiger weniger Tatsachen, die über alle zulässigen Grenzen hinaus gedehnt werden, ein seltsames Vermischen aus der Einbildung hervorgegangener Tatsachen und sich im Kreise drehender Schlußfolgerungen, eine Neigung zu intellektueller Bevorzugung bei der Würdigung von Tatsachen, mögen diese wirklich oder eingebildet sein, und das alles verbunden mit einer nachlässigen Oberflächlichkeit des Studiums der Original-Quellen, mit einer hochmütigen Nichtachtung für eingehende Untersuchungen über Einzelheiten des Altertums und mit einer allgemeinen Lähmung der kritischen Fähigkeiten.“

zu werden. Seit dem 17. Jahrhundert in nachbarlichen Beziehungen zu China, hat es schon früh eine ganze Reihe von Missionen mannigfacher Art dorthin entsandt[1]) und in Peking lange Zeit eine eigene wissenschaftliche Arbeitstätte unterhalten. Reiche Ausbeute, von der ein beträchtlicher Teil deutschen Gelehrten zu danken ist, war auch hier der Lohn. Aber Rußland verfügte nicht über so viele hingebende Arbeiter wie Frankreich, und außerdem ist die russische Literatur wegen der Sprachschwierigkeiten leider nur einem beschränkten ausländischen Kreise zugänglich. Englands Anteil an der Sinologie — seine Sinologen waren und sind fast ausschließlich Missionare und Beamte des Konsulats-Dienstes — steht in keinem rechten Verhältnis zu seinen überragenden Interessen in Ostasien. Zwar an Massenhaftigkeit der Literatur gibt es Frankreich wenig nach, aber der wissenschaftliche Wert wiegt erheblich geringer. Schulung und Methode der englischen Sinologen sind, an deutschen akademischen Auffassungen gemessen, fast durchweg unzureichend.

Die Rolle, die Deutschland im vorigen Jahrhundert in der Sinologie spielte, war keine unrühmliche, wenn man die Armseligkeit der Verhältnisse bedenkt, die bis zum letzten Viertel des Jahrhunderts in unserem Vaterlande herrschten, sowie die kleinbürgerliche Abgeschlossenheit, die es dem deutschen Gelehrten besonders schwer machte, in lebendige Beziehungen zur ostasiatischen Kultur zu gelangen oder auch nur an ihr literarisches Quellen-Material heranzukommen. Die Nachrichten über China, die von Frankreich, Rußland und England nach Deutschland drangen, regten dort manchen spekulativen Kopf an, sich mit der neuen und doch so alten Welt weiter zu beschäftigen. Wenn wir uns auch bei manchen von diesen Erzeugnissen der Studierstube, die ohne eigene Anschauung und nur auf Grund von Angaben zweiter und dritter Hand hergestellt wurden, heute kaum eines Lächelns erwehren können, so finden wir doch auch eine Reihe von Arbeiten, die unzweifelhaft eine Förderung der sinologischen Wissenschaften bedeuteten und in Anbetracht der mangelhaften zur Verfügung stehenden Hilfsmittel die größte Anerkennung verdienen. Zwar waren manche von den älteren deutschen Sinologen, und vielleicht gerade die bekanntesten, infolge der erwähnten Verhältnisse gezwungen, in ausländischem Solde zu arbeiten und ihre Studien in nicht deutscher Sprache zu veröffentlichen, so vor allen Klaproth und Gützlaff und bis zu einem gewissen Grade auch Neumann, von den deutsch-russischen Gelehrten ganz abgesehen, indessen hat doch auch die inländische deutsche Wissenschaft einige Sinologen aufzuweisen, deren Namen unvergessen sind, so namentlich der viel zu wenig anerkannte Joh. Heinrich Plath in München und der erst im Jahre 1889 verstorbene Wilhelm Schott in Berlin. Auch Ideler, wenn auch kein eigentlicher Sinologe, hat doch durch sein mit Schotts Hilfe verfaßtes Werk *Über die Zeitrechnung der Chinesen* bahnbrechend gewirkt.

[1]) Vergl. oben S. 246 f.

Über einen engen Kreis hinaus scheinen freilich jene gelehrten Forschungen nicht gewirkt zu haben, dazu war ihr Gegenstand noch zu fremdartig und zu wenig blendend. Indessen gab sich die junge Wissenschaft der Hoffnung hin — und diese Hoffnung war berechtigt —, daß die politischen Ereignisse ihr sehr bald ein weiteres Interesse und eine höhere Bedeutung verschaffen würden. Um die Mitte des Jahrhunderts hatten England und Frankreich die politische Verbindung mit China erzwungen und eine größere Zugangsmöglichkeit zu der bis dahin völlig verschlossenen Kulturwelt geschaffen. Durch die preußische Expedition nach Ostasien von 1859 bis 1862 und den im Jahre 1861 für den Deutschen Zollverein mit China abgeschlossenen Handelsvertrag war diese Errungenschaft auch auf die deutschen Staaten ausgedehnt worden. Es ist selbstverständlich, daß diese Ereignisse neue und unabsehbare Ausblicke für die weltwirtschaftliche Entwicklung und damit für das gesamte Geistesleben eröffnen mußten. „Die Schriftsteller früherer Jahrhunderte und unserer Tage, welche ihre Werke Weltgeschichte nannten", so schreibt Karl Friedrich Neumann in der Vorrede zu seiner *Ostasiatischen Geschichte* (1861), „sind der Zeit gewaltig vorangeeilt. Der Grund zur Weltgeschichte wird erst jetzt gelegt; die nachfolgenden Geschlechter werden sie schreiben können. . . . . Ostasien wurde und wird, trotz alles Widerstrebens, trotz aller Ausflüchte, unter unseren Augen, in die großartige, in die ergreifende Bewegung hineingezogen. Siam und Kochin-China, China und Japan, die Mandschurei und die östliche Inselwelt bilden bereits Gliedmaßen des allumfassenden Welt-Staatensystems, oder sind wenigstens in der Bildung begriffen. Die früher tote Staffage ist hinaufgerückt und mit dem beweglichen lebensreichen Bilde verwoben. Deshalb nehmen jene östlichen Länder, jene früher gesonderten Völker die Beachtung des Staatsmannes, der Kaufherren und Gewerbsleute, der christlichen Sendboten und aller auf der Höhe unserer großen Zeit stehenden Menschen derart in Anspruch, wie niemals zuvor geschehen im Verlaufe der vielen vergangenen Jahrhunderte." Fast zwanzig Jahre früher aber, im Jahre 1843, also bald nach der ersten Eröffnung Chinas durch die Engländer, hatte Alexander von Humboldt bereits den Beginn eines neuen Zeit-Abschnitts für die geschichtliche Geographie infolge der erweiterten Forschungs-Möglichkeiten angekündigt. „Die Kenntnis der orientalischen Sprachen, auf die Bedürfnisse der Wissenschaften gehörig angewandt," so schreibt er, „eröffnet große Quellen für positive Belehrung und liefert eine Menge von Tatsachen, die den Völkern des Okzidents unbekannt geblieben. Die ernsten Studien, welche unserm Jahrhundert zur Ehre gereichen, beschränken sich nicht mehr auf das dreifache, hellenische, römische und semitische Altertum; sie haben sich alles das angeeignet, was die Zend-Bücher und die erhabenen Epopöen Indiens an Ortsnamen und Völkern verschiedener Rassen darbieten. Eine reichere oder mindestens nützlichere, dem Fortschritt der neueren Geographie sich besser anschließende Ernte wird durch die Literatur des chinesischen Reiches und der Völker tartarischen

Ursprungs verheissen."[1]) Die hier ausgesprochenen Gedanken erhielten eine lebendige Illustration in dem großen Werke *China* von Ferdinand von Richthofen, der im Jahre 1872 von seinen vierjährigen Reisen in China zurückkehrte, namentlich im ersten Bande, der im Jahre 1877 veröffentlicht wurde. So schienen im neuen Deutschland die Verhältnisse für eine Weiter-Entwicklung der sinologischen Wissenschaft nicht ungünstig zu liegen, und bei dem Aufsehen, das Richthofens Werk überall hervorrief, konnte man hoffen, daß die großen akademischen Bildung-Stätten dem neuen gewaltigen Forschungs-Gebiete ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden würden. Politik und Wissenschaft hatten beide in gleich eindrucksvoller Weise nach dem Fernen Osten gewiesen. Aber der Gang der Dinge ist ein wesentlich anderer geworden als man hätte erwarten sollen. Die politische Entwicklung hat, allerdings auch erst seit 1894, das Interesse für Ostasien in immer weitere Kreise und in immer wachsendem Maße getragen, ja zeitweilig stehen die Vorgänge in China im Mittelpunkte der öffentlichen Erörterung, aber die deutsche Wissenschaft, vor allem die amtliche der Universitäten, hat bei dem neuen Abschnitt der Weltgeschichte gänzlich versagt. Sie hat für die ganzen neu erschlossenen ungeheuren Wissens-Gebiete eine beispiellos hartnäckige, unbegreifliche Verständnislosigkeit gezeigt; wie mit Blindheit geschlagen steht sie dieser überreichen Geisteswelt gegenüber, ohne ein Verlangen, ihrer Bedeutung gerecht zu werden, ja vielleicht noch nicht einmal ihr Vorhandensein ahnend.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind mannigfacher Art. Teils liegen sie in der Eigenart der akademischen Wissenschaftlichkeit, teils in bestimmten geistigen Strömungen unserer Zeit, teils in gewissen Zufälligkeiten.

In der Ablehnung, die die Sinologie auf den deutschen Universitäten erfährt, wiederholt sich in verstärktem Maße das Schicksal, das anderen orientalischen Wissenschaften, namentlich der Indologie in Deutschland zuteil geworden ist. Als am Ende des 18. Jahrhunderts die ersten Kenntnisse von der Sanskrit-Literatur nach Europa gelangten, geriet man zunächst in Begeisterung über diese „uralte" Poesie der Jnder. Der Wahn verflog verhältnismäßig rasch; als dann aber die Sprachwissenschaft feststellte, daß das Sanskrit ein Glied der indogermanischen Sprach-Familie sei, erschien allein die Sprache an sich des Studiums würdig, das eigentliche Geistesleben der Inder blieb unbeachtet. „Jahrzehnte lang", sagte R. Pischel in seiner Antrittsrede in der Berliner Akademie der Wissenschaften am 2. Juli 1903, „herrschte die vergleichende Sprachforschung so unumschränkt, daß die indische Philologie nur ein Anhang zu ihr und eine Hilfswissenschaft für sie zu sein schien." Heute kann sich die Indologie über ihre Stellung auf den Universitäten nicht mehr beklagen, aber eingeführt ist sie erst, und zwar unbeabsichtigt, durch die wenigstens stellenweise anerkannte indogermanische Sprachwissen-

[1]) *Central-Asien.* Deutsch von W. Mahlmann, Bd. I S. 13.

schaft, die ihrerseits sich auch nur mit Hilfe der griechischen und deutschen Philologie durchzusetzen vermochte. Diese Tatsachen zeigen uns die Richtung, in der ein Teil der Widerstände gegen die Sinologie zu suchen ist. Es ist der starke Hang zur mittelalterlichen Scholastik, der sich noch vielfach in den philosophischen Fakultäten geltend macht, die anachronistische Auffassung, daß Griechenland und Rom allein als Kultur-Quellen für uns in Betracht kommen und darum für alle Zeiten der Mittelpunkt der historisch-philologischen Forschung bleiben müssen, die orthodoxe Philologie, die einen Einfluß beansprucht und besitzt, der ihr längst nicht mehr zukommt, jene unduldsame Einseitigkeit, die orientalischen Wissenschaften nur insoweit eine Berechtigung zuerkennt, als sie zur Geschichte und Kultur Griechenlands in Beziehungen stehen, im übrigen aber für die ungeheuren Wissensgebiete Asiens, mit denen uns die Neuzeit in Berührung gebracht hat, blind ist und blind sein will, jene eigentliche „Weltfremdheit" im wissenschaftlichen Sinne, die an den erweiterten Geschichts-Auffassungen unserer Tage keinen Teil hat: das sind die Momente, mit denen die Orientalistik von jeher zu kämpfen gehabt hat, und die auch heute der Sinologie den Weg versperren. Ungleich der Sanskrit-Philologie, hat sie weder indogermanische Familien-Beziehungen, noch verfügt sie über eine Śakuntalā, deren blendende Sprache ihr die Türen öffnen könnte (wenngleich sich von der Ästhetik der chinesischen Poesie und Kunst ein wesentlich anderes Bild zeichnen ließe als es gewöhnlich geschieht), und so besteht für sie wenig Aussicht, daß eine wohlgelittene andere Wissenschaft ihr heimlich einen Zugang verschaffen könnte. Und dazu kommt eine andere Tatsache, die ihr, wie man meinen sollte, eine Empfehlung sein müßte, bei der Eigenart unser akademischen Wissenschaftlichkeit aber tatsächlich hindernd ist: das ist ihre lebendige Verbindung mit der Gegenwart. Hätte es die Sinologie lediglich mit einer längst abgeschlossenen, verschütteten und nun wieder ausgegrabenen Kultur zu tun, so wäre ihr vielleicht noch eher eine Möglichkeit gegeben, vor den Augen philologischer Rechtgläubigkeit Gnade zu finden; nun aber, wo ihre Wissens-Gebiete aus dem grauen Altertum in ununterbrochenen Entwicklungs-Reihen in die Gegenwart hereinragen und sogar in kraftvollem Leben eine unbegrenzte Weiterbildung verbürgen — in der Tat ein Feld von einzigartigen, unvergleichlichen Erkenntnis-Möglichkeiten für den Forscher —, da gilt sie nicht für ebenbürtig, man betrachtet sie als einen Zweig der Tages-Politik, als eine Technik wirtschaftlicher Tages-Fragen, sie mag „praktischen" Zwecken dienen, aber an der Stätte „reiner Wissenschaft" ist kein Raum für sie. Dem Sinologen wird sich hier ein Vergleich förmlich aufdrängen. Genau dieselben unausgesprochenen Empfindungen, von denen in Deutschland gewisse Kreise hinsichtlich der ostasiatischen Forschung beseelt sind, haben in China bis vor kurzem das konfuzianische Literatentum beherrscht: auch ihm war das, was außerhalb seines Kreises lag, d. h. das ganze abendländische Wissen, lediglich Technik, Handwerk, keine Wissenschaft, es war „praktisch", aber

von niederer Art. Beiden ist gemeinsam, daß sie eine Materie verwerfen, die für sie eine unbekannte Größe darstellt. Das chinesische Literatentum ist durch die politische Entwicklung von seiner Verblendung geheilt, das deutsche bisher nicht.

Die Möglichkeit, den politischen Bedürfnissen des Tages mehr und unmittelbarer dienen zu können als die meisten anderen Geisteswissenschaften, scheint der Sinologie tatsächlich zum Verhängnis werden zu sollen. Während die Universitäten ihr die Tore verschließen, weil sie als Wissenschaft nicht hinreichend legitimiert erscheint, findet sie zwar in anderen Bildungskreisen, d. h. bei Handel und Industrie, sowie in einem beschränkten Dienstbereiche des Staates bereitwillige Aufnahme, aber nur so lange wie sie jeden wissenschaftlichen Charakter verleugnet, d. h. als Sprachfertigkeit und Landeskunde. Für die Notwendigkeit, das Geistesleben der Chinesen in seinem geschichtlichen Zusammenhange zu erfassen, die Sprache nicht bloß als Verständigungs-Mittel für den Verkehr, sondern auch als Schlüssel für das Eindringen in die Literatur zu studieren, fehlt hier fast durchweg das Verständnis. Die Kenntnis des alten China ist unnütz, so meint man dort, weil wir nur mit dem neuen zu tun haben; die des neuen aber ist notwendig, weil ihrer das politische und kaufmännische Geschäft bedarf. Wir leben — ein wunderlicher Gegensatz zu dem erwähnten Hange in den philosophischen Falkultäten — in einer Zeit, die im allgemeinen den Geisteswissenschaften nicht günstig ist. Ungezählte Millionen verschlingen die großen medizinischen und naturwissenschaftlichen Anstalten, und die jetzt geplanten neuen Forschungs-Institute sollen auch nur wieder den angewandten Naturwissenschaften gewidmet werden, aber die Aufbringung der bescheidensten Beträge für ein neues Unternehmen der Geisteswissenschaften stößt auf kaum überwindliche Schwierigkeiten. Unsere Zeit will für ihre Aufwendungen einen Nutzen sehen, der sich in barer Verzinsung ausdrückt; neue Wissenschaften gelten ihr nur, wenn sich die Ergebnisse in gangbarer Währung ausmünzen lassen. Geistige Werte, wie sie die erweiterte Erkenntnis der Geschichte des Menschentums schafft, stehen nicht hoch im Kurse, und an solchen „unproduktiven“ Wissenschaften glaubt man in Deutschland bereits übergenug zu haben. „Keine Leistung der universitas litterarum, die nicht eine Leistung wäre für die universitas populi!“ sagte der Reichskanzler bei der Jahrhundert-Feier der Berliner Universität. „Und zwar materiell und geistig. Wer immer und auf welchem Gebiete es sei, um den geistigen Fortschritt ringt, schafft politisch mit an der Größe der Nation“. Das sind goldene Worte, aber die Ansichten der Allgemeinheit im Deutschen Reiche geben sie leider nicht wieder. Man ist „praktisch“ geworden im neuen Deutschland und will es sein.

Diesen modernen Zug der Zeit haben die sinologischen Studien ebenso gründlich zu fühlen bekommen wie die hochmütige Unduldsamkeit einer veralteten Philologie. Dank ihrer Eigenart, d. h. ihrer lebendigen Verknüpfung von Altertum und Gegenwart, sieht sich die Sinologie zwischen die beiden Pole des geistigen Lebens in Deutsch-

land gestellt und von beiden gleichmäßig abgestoßen: die orthodoxe Wissenschaft verleugnet sie wegen ihrer Beziehungen zur Gegenwart, die angewandte Praxis aber untersagt ihr die Verbindung mit dem Altertum und schneidet ihr somit die Wurzel ab. Die Ursache dieser Erscheinungen ist auf beiden Seiten die gleiche: Unkenntnis von Wesen und Aufgaben der Sinologie.

Die Gerechtigkeit verlangt, hier festzustellen, daß diese Unkenntnis und die aus ihr hervorgehende falsche Einschätzung zum Teil ihre Erklärung, vielleicht auch ihre Entschuldigung in gewissen Zufälligkeiten findet, unter denen die Sinologie zwar überall, in Deutschland aber ganz besonders zu leiden gehabt hat. Oben war bereits von dem Dilettantismus die Rede, der sich vielfach auf den ostasiatischen Wissensgebieten betätigt hat. Die eigenartigen Verhältnisse, die ebenfalls oben berührt worden sind, haben es mit sich gebracht, daß hier mehr als in anderen orientalischen Wissenschaften Forschungen mit völlig unzureichenden Mitteln unternommen wurden. Mangel an Schulung, an Sprachkenntnis, an realer Anschauung und an literarischem Material haben vielfach verhängnisvoll gewirkt. Es ist unnötig, auf die so entstandene, oft ans Komische streifende, ältere Literatur über chinesische Dinge hier näher einzugehen, von der kein Land Europas frei geblieben ist. Sie hat aber, zumal bei der Streitlust der älteren Gelehrten, nicht dazu beigetragen, der Sinologie in ernsten Kreisen Zuneigung zu erwerben. Schopenhauer hatte sicherlich nicht ganz Unrecht, wenn er meinte: „Noch sehr viel schlechter (als mit dem Sanskrit) steht es mit dem Chinesischen der europäischen Sinologen, als welche oft ganz im Dunklen tappen; wovon man die Überzeugung erhält, wenn man sieht, wie selbst die gründlichsten unter ihnen sich gegenseitig berichtigen und einander kolossale Irrtümer nachweisen.“ [1]) Während aber andere Länder sich von der Herrschaft des Dilettantismus und der damit zusammenhängenden verkehrten Methoden frei gemacht haben, ist Deutschland leider darin stecken geblieben. Friedrich Hirth, Professor an der Columbia-Universität in New York, von dem die Frage wiederholt erörtert worden ist,[2]) hat einen großen Teil der Schuld hieran dem verwirrenden Einflusse des großen Richthofenschen Werkes zugeschrieben, dessen Verfasser mit dem ganzen Gewicht seines Namens sinologische Probleme zu lösen unternommen habe, denen er bei seiner mangelhaften Sprachkenntnis nicht gewachsen gewesen sei. „Das Richthofensche Werk“, sagt Hirth, „hat auch in seinem sinologischen Teil, trotz aller Fehler im einzelnen, seiner Zeit einen guten Zweck erfüllt, indem es in den weitesten Kreisen Interesse für einen früher mehr oder weniger unbeachteten Wissenszweig erweckt hat; es hat aber auch dem Fortschritt der Sinologie in Deutschland sehr geschadet, indem es jeden,

[1]) *Parerga und Paralipomena* (6. Aufl.) Bd. II S. 426.

[2]) Vergl. die Einleitung zu *Die Länder des Islām nach chinesischen Quellen* Supplement zu „T'oung Pao“ Bd. V. Ferner: *Über sinologische Studien* in „T'oung Pao“ Bd. VI S. 364 ff. und Vorwort zu der Abhandlung *Über fremde Einflüsse in der chinesischen Kunst.*

der darin mehr als die Arbeit eines gelehrten Dilettanten sah, zu dem Trugschluß einlud, daß in einem Fache, wo nach seiner Ansicht so bedeutende Resultate mit so geringer Kenntnis des Chinesischen, wie sie Herrn von Richthofen zu Gebote stand, erreicht würden, das gründliche, spezialisierende Studium, wie es an den Universitäten des Auslandes angestrebt wird, überhaupt keinen Zweck hat."[1]) Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß Richthofen, der sich gern sinologischen Fragen zuwandte, zuweilen eine Mißachtung sprachlicher Kenntnisse an den Tag legte, die damit nicht zu vereinigen ist. Sie verleitete ihn manchmal zu Urteilen über Dinge, für die er nicht zuständig war, und da er in Deutschland für die höchste Instanz galt, in allem, was China betraf, so hat er, vermutlich ohne seine Absicht, zu der bedauerlichen Geringschätzung der Sinologie an den Universitäten unzweifelhaft beigetragen.[2]) Neben Richthofen war es ein anderer Gelehrter, der durchaus gegen seinen Willen und trotz seiner begeisterten Hingabe an die Sinologie ihrer Stellung schließlich mehr Abbruch getan als Förderung verschafft hat, nämlich Georg von der Gabelentz, der einzige Sinologe, der je der preußischen Akademie der Wissenschaften angehört hat. Sprachwissenschaftler und Grammatiker seinen ganzen Neigungen nach, beschäftigte sich Gabelentz außer mit vielen anderen Sprachen auch mit der chinesischen, aber lediglich um der Sprache selbst willen, ohne Rücksicht auf die chinesische Kultur, anscheinend auch ohne Interesse dafür. So entstand im Jahre 1881 seine große *Chinesische Grammatik*, ein Werk von echter deutscher Gründlichkeit und Systematik, ein rühmliches Denkmal für seinen Scharfsinn und seinen rastlosen Fleiß, aber doch nichts anderes als eine glänzende Theorie. Niemand wird durch das Studium dieser Grammatik, und sei es noch so sorgsam, die Fähigkeit erlangen, einen chinesischen Text zu verstehen; dazu gehören noch andere Dinge als eine Grammatik sie gibt: Kenntnis der Realien, Erfahrung in chinesischen Denkmethoden, Bekanntschaft mit den ethischen und politischen Anschauungen des Volkes und womöglich lebendige Berührung mit dem heutigen China. Alles das besaß Gabelentz nicht oder nicht in genügendem Maße, und darum mußte er bei dem ersten Versuche, den er unternahm, einen schwierigen chinesischen Text selbständig zu erklären, Schiffbruch leiden. Seine verunglückte Übersetzung der berühmten Inschrift des Kültegin vom

---

[1]) *Über fremde Einflüsse in der chinesischen Kunst* S. X.

[2]) Vergl. z. B. die folgenden Aussprüche aus einem seiner Briefe: „Ich quäle mich jetzt damit, Chinesisch zu lernen, nicht nur sprechen, sondern auch lesen und schreiben. Es ist nicht schwer, aber entsetzlich mühsam, und man hat das entmutigende Bewußtsein, seine Zeit auf etwas zu verwenden, das zwar hier unumgänglich notwendig ist, wenn man mit Erfolg reisen will, sonst aber nicht den geringsten Nutzen hat. . . . Für das Leben außerhalb Chinas ist dies (Kenntnis der Sprache) von ebenso geringem Nutzen wie die ganze Schulweisheit der Chinesen, in der sie ihre vielbewunderten Examina bestehen müssen." *(Tagebücher aus China* Bd. I S. 63.) Es ist leicht einzusehen, wie nachteilig derartige Urteile, die nur in einer unzulänglichen Kenntnis der Dinge ihren Grund haben, wenn sie von so maßgebender Seite kommen, für das Interesse an sinologischen Studien wirken müssen.

Orkhon trug ihm die unnötig gehässige aber sachlich leider nicht unbegründete Zurechtweisung des holländischen Sinologen Schlegel ein, die seinem wissenschaftlichen Ansehen wenig zuträglich gewesen ist.[1]) Im übrigen trieb er nach seiner Berufung an die Universität Berlin baskische und berberische Sprachstudien, die Sinologie aber, die er in Preußen heimatberechtigt machen sollte, wurde zum Aschenbrödel. Was ihr ungeschickter Vertreter gefehlt, das hat man anscheinend die Wissenschaft in Berlin entgelten lassen. Richthofens — vielleicht mißverstandene — Geringschätzung und Gabelentz ungewollte Illustration dazu haben geholfen die Sinologie auf der größten deutschen Hochschule zu Tode zu bringen, ehe sie noch eigentlich angefangen hatte zu leben.

Diese Herrschaft des gelehrten und ungelehrten Dilettantismus mit ihren verkehrten Arbeits-Methoden und ihrer ungeschulten Vorwitzigkeit hat nach beiden Seiten hin ihre Wirkungen ausgeübt: in den Kreisen der ernsten Wissenschaft hat sie die Sinologie, die in Deutschland ohnehin schon einen schweren Stand hatte, vollens in Mißkredit gebracht, und auf dem Gebiete der praktischen Tagesarbeit hat sie die Überzeugung verstärkt, daß sinologische Studien nichts anderes als phantastische Spielereien von verschrobenen Stubengelehrten und daher zum mindesten überflüssig seien. Man hat sich hier sogar nicht vor der ebenso albernen wie anmaßenden Behauptung gescheut, die Beschäftigung mit dem chinesischen Altertum und seiner Literatur verwirre das europäische Denken: der Sinologe würde so in den Bann des Chinesentums gezogen, daß er den abendländischen Maßstab des Urteils verlöre, an seinem Rasse-Bewußtsein Schaden nehme und dergleichen mehr. Das sind Äußerungen jenes europäischen Kulturdünkels, der dem chinesischen an Unwissenheit nicht nachsteht, ihn an Grobheit aber übertrifft. Er hat eine verhängnisvolle Rolle in den abendländisch-chinesischen Beziehungen gespielt und bildet eine Hauptursache für die Verständnislosigkeit der heimischen europäischen Politik, die in ostasiatischen Dingen immer von einer verkehrten Anschauung zur andern hinübergeschwankt ist. Es wäre manches anders gekommen in der Geschichte der letzten zwanzig Jahre, wenn man sich etwas mehr um das chinesische Geistesleben und seine Geschichte gekümmert, d. h. wenn man etwas mehr Sinologie getrieben hätte.

Findet das Mißtrauen gegen die Sinologie in der Herrschaft des Dilettantismus eine gewisse Entschuldigung, so erklärt sich dieser wieder zum Teil durch die Unübersehbarkeit der sinologischen Wissensgebiete. Sinologie heißt Kenntnis oder Studium des Chinesentums. Welche ungeheure Mannigfaltigkeit geistiger und materieller Lebensäußerungen schließt aber dieser Begriff ein! Die Sinologie soll die viertausendjährige verwickelte Geschichte einer riesigen Völker-An-

[1]) Gabelentz' Übersetzung findet sich in den *Inscriptions de l'Orkhon recueillies par l'expédition finnoise 1890 et publiées par la société finno-ougrienne* (Helsingfors 1892) S. XXV f., Schlegels in No. III der „Mémoires de la société finno ougrienne" (1892).

sammlung aufhellen, von der man bisher nur die schattenhaften Umrisse kennt, sie soll das unabsehbar verästelte Geistesleben dieser Völker (es handelt sich bei den Chinesen nicht bloß um ein Volk), ihre Philosophie, ihre Religion, ihre Wissenschaften, ihre Kunst und Poesie, ihre Verfassung und Staats-Einrichtungen, ihre sozialen Gebräuche und Anschauungen und was sonst dazu gehört, im Zusammenhange erfassen, zugleich aber auch die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines durch alle Breiten hindurchgehenden Erdteils erklären und daneben Sprachforschung in einem Meer von ganz verschieden entwickelten Dialekten treiben, wobei auch die nicht chinesischen Sprachen Ostasiens nicht übersehen werden dürfen. Es ist nur natürlich, wenn dieser Überfülle von Aufgaben und Anforderungen gegenüber der angehende Sinologe von einem zum andern schwankt, überall etwas aufnimmt, um allen Seiten gerecht zu werden, und so zum Universal-Dilettanten wird. Mit Recht klagt der englische Sinologe Giles: „Tatsächlich wissen wir Sinologen heute außer unbestimmten Umrissen sehr wenig von dem, was gewußt werden kann. Die griechischen Studien haben längst ihren Stoff in Abteilungen wie reine Sprach-Wissenschaft, Geschichte, Philosophie, Archaeologie geteilt und dann wieder Unterabteilungen davon gebildet. Auf dem chinesischen Gebiete ist noch nichts derartiges geschehen. Die Folge ist, daß die Arbeiter auf diesem Gebiete, da sie gezwungen sind, auf einer ausgedehnten Oberfläche zu schaffen, auch nur mehr oder weniger oberflächliche Arbeiten zustande bringen. Was verlangt wird, sind mehr Arbeitskräfte, sowohl praktische Kenner der geschriebenen und gesprochenen Sprachen für die Zwecke des diplomatischen Verkehrs und die Entwicklung des Handels, als auch rein wissenschaftliche Arbeiter für die Geschichte, Philosophie, Archaeologie und die Religionen Chinas, Männer, deren Beiträge zu unserem gegenwärtigen Wissenstande Licht bringen können über viele wichtige Punkte, die wegen Mangels an Arbeitskräften vernachlässigt worden und unerforscht geblieben sind.“[1]) In der Tat wird jeden, der ernsthafte sinologische Studien treibt und daneben auch ein warmes Interesse für die Weiterentwicklung im heutigen China hegt, zuweilen ein Gefühl der Mutlosigkeit überkommen, wenn er sich, einsam und auf sich selbst angewiesen, namentlich in Deutschland, dieser erdrückenden Fülle von Material gegenübersieht, dessen Bearbeitung die Fähigkeiten des Sprachwissenschaftlers, Historikers, Philosophen, Kunstkenners, Juristen, Volkswirtschaftlers, Politikers und Handelssachverständigen verlangt. Wie soll es dem einzelnen möglich sein, auf so verschiedenartigen Gebieten Bescheid zu wissen, wie es von dem Sinologen erwartet wird, namentlich wenn man ihm auch noch die Kenntnis von einem halben Dutzend anderer ostasiatischer Sprachen zumutet? Dieser Zustand rechtfertigt natürlich den Dilettantismus als solchen durchaus nicht, aber er entschuldigt ihn zuweilen, wenn ihm selbst der ernsthafte Forscher einmal erliegt. „Eine beschränkte

[1]) *China and the Chinese* S. 139 f.

Tatsache", meint Pelliot, „wenn sie in richtiger Weise festgestellt ist, wiegt lange Argumentationen auf. Wir haben viele Dilettanten gehabt. Es wird Zeit, daß wir in der Sinologie in allen Fällen die Geschichte an die Stelle der Eindrücke setzen."[1]) Das trifft den Kern der Sache. Aber wo haben wir in Deutschland die Männer, die fähig sind, die Geschichte zu schreiben?

Zur Rechtfertigung dieser Frage und zur Illustration des früher gesagten erscheint es angezeigt, die Organisation der sinologischen Studien in Deutschland, wie sie heute tatsächlich ist, uns einmal zu vergegenwärtigen. Noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wirkten Plath als Mitglied der Bayrischen Akademie der Wissenschaften in München, Schott als außerordentlicher Professor der ostasiatischen Sprachen in Berlin, von der Gabelentz in gleicher Stellung in Leipzig. In München verschwand die Sinologie mit Plaths Tode; an Schotts Stelle trat nach seinem Ableben Gabelentz als ordentlicher Honorar-Professor und Mitglied der Akademie, der letztere wurde in Leipzig durch A. Conrady ersetzt. Im Jahre 1893 starb Gabelentz, seine Stelle blieb unbesetzt, obwohl man in Wilhelm Grube, einem ausgezeichneten Gelehrten und feinsinnigen Kenner der chinesischen Kultur, den gegebenen Nachfolger in Berlin hatte. Grube starb vergrämt und verbittert im Jahre 1908 als außerordentlicher Professor und bis wenige Jahre vor seinem Tode unbesoldet. Friedrich Hirth, der einige Zeit in München als Mitglied der Akademie gelebt hatte, wurde an die Columbia-Universität nach New York berufen. Der Lehrstuhl in Berlin blieb verwaist wie der in München. Nunmehr war und ist bis heute die Sinologie an den deutschen Universitäten durch ein einziges Extraordinariat vertreten, und zwar in Sachsen. In Preußen glaubt man anscheinend, den Verpflichtungen gegenüber den neuen ostasiatischen Wissensgebieten in anderer Form genüge getan zu haben. Im Jahre 1887 war in Berlin das „Seminar für orientalische Sprachen" gegründet worden, formell ein Anhängsel der Universität, tatsächlich gänzlich losgelöst von dieser und auch niemals als zugehöriges Glied von ihr betrachtet. Das Seminar enthält eine Abteilung für Chinesisch und eine für Japanisch, beide Sprachen sind durch etatsmäßige Lehrstühle vertreten. Die Anstalt sollte in erster Linie der sprachlichen Ausbildung von jungen Juristen als Dolmetscher für den Dienst bei den Kaiserlichen Behörden im Orient dienen, dann auch nach Bedarf der Vorbereitung von Offizieren, Technikern, Lehrern, Kaufleuten und Missionaren, die ihr Beruf nach Asien führte. Diesem Zwecke entsprechend wird das Seminar erfolgreich geleitet, es hat sich vorzüglich entwickelt, ist erheblich erweitert worden und hat auch die Kolonial-Sprachen und sonstige Kolonial-Wissenschaften, sowie europäische Sprachen aufgenommen. Es ist heute ein Institut, das nicht mehr entbehrt werden könnte. Nach dem Chinesischen ist im allgemeinen unter allen nichteuropäischen Sprachen die größte Nachfrage, und der Unterricht wird

[1]) „Bulletin de l'École française d'Extrême-Orient" Bd. VI, S. 400.

in gründlichster, sachkundigster Weise erteilt. Wenn man nun aber in Berlin allen Ernstes glaubt — und dieser Glaube scheint von der Universität geteilt zu werden —, daß den sinologischen Studien in dem Seminar ihre Heimstätte angewiesen sei, so zeigt das deutlich die oben erwähnte Verständnislosigkeit für das Wesen und die Aufgaben der Sinologie. Die ungeheuren Gebiete, die hier der wissenschaftlichen Forschung harren, können nicht in praktischen Sprachkursen bearbeitet werden, sondern nur in der Universität und der Akademie. Und zwar bedarf der Unterricht in Sprache und Kultur des modernen China der wissenschaftlichen Forschung in höherem Maße als diese der Praxis; er bedarf ihrer wie die Pflanze des Wassers, denn wenn die höhere Sinologie nicht dem Unterricht beständig ihre Ergebnisse aus dem Studium der Geschichte des chinesischen Geisteslebens zuführt, so muß er verdorren und zum einfachen Sprachen-Drill herabsinken, ein solcher aber wird dem begabteren Hörer auf die Dauer kaum genügen. Es ist ein glücklicher Zufall, daß das Orientalische Seminar in Prof. Forke einen Lehrer des Chinesischen besitzt, der selbst ein ausgezeichneter Sinologe ist und daher den Zusammenhang mit der Wissenschaft aufrecht erhält; ohne das würde man auch im Seminar die Lücke auf der Universität oft und schmerzlich genug empfinden.[1])

Mit der Schaffung einer chinesischen und japanischen Abteilung im Orientalischen Seminar ist die Förderung sinologischer Studien in Preußen, ja fast im ganzen Deutschen Reiche erschöpft. Der einzige deutsche Staat, in dem in jüngster Zeit die Bedeutung der Sinologie erkannt worden ist, und zwar gleichmäßig bei der Regierung, in der Volksvertretung und in den Kreisen der beamteten Wissenschaft, ist Hamburg. Ohne Widerspruch, wie etwas selbstverständliches ist hier im Jahre 1909 an den Wissenschaftlichen Anstalten auf Antrag des Senats mit Zustimmung der Bürgerschaft eine ordentliche staatliche Professur für Sinologie geschaffen worden. In Übereinstimmung mit den Zielen dieser Anstalten, namentlich des Kolonial-Instituts, sollte diese Professur ebensowenig einer weltfremden Philologie dienen, wie einem oberflächlichen „praktischen" Drill, sondern sie sollte außer dem Unterricht in Sprache und Landeskunde Chinas in gleichem Maße die höhere wissenschaftliche Forschung pflegen. Ebenso wie für die anderen Wissensgebiete ist dann vor mehreren Monaten nach Art der Universitäts-Seminare auch für die Sinologie ein Seminar errichtet worden, in dem neben der freien Forschung auch der Unterricht zu seinem Rechte kommt. In freigebiger Weise haben Senat und Bürgerschaft die neue Arbeitstätte mit Mitteln ausgestattet, die die materielle Weiterentwicklung gewährleisten; ebenso wird für die, wie oben gezeigt ist, unumgänglich notwendige Arbeitsteilung durch Einstellung

[1]) Das Vorlesungs-Verzeichnis des Seminars für das Sommer-Semester 1910 weist außer den Übungen im modernen Chinesisch auch die Erklärung alter Texte, des *Lun-yü* und *Lun-hêng*, das für das Winter-Semester 1910/11, die Erklärung eines buddhistischen Textes auf. Der Vertreter des Faches hat sich durch diese Erweiterung des Lehrplanes ein großes Verdienst erworben.

von Hilfskräften Vorsorge getroffen. Ihre volle Bedeutung wird die Hamburgische Professur freilich erst erlangen, wenn die Wissenschaftlichen Anstalten zu einer vollberechtigten Hochschule zusammengefaßt sein werden, der der Student ohne Einbuße an Semestern angehören kann. In Hamburg hat man sich jedenfalls überzeugt, daß die Sinologie gerade in der Verbindung von Altertum und Gegenwart ihre wissenschaftliche Stärke hat. Auf sie besonders findet der Satz Anwendung, der bei der Eröffnungsfeier des Hamburgischen Kolonial-Instituts 1908 gesprochen wurde: „Es gibt im höheren Bildungswesen keinen wirklichen Gegensatz von wissenschaftlichem und praktischem Unterricht, denn der wahrhaft praktische ist immer nur der, welcher auf dem Boden voller Beherrschung der Wissenschaft steht.“ [1])

Einen eigenartigen Hintergrund für die Teilnahmlosigkeit der deutschen Wissenschaft, die sich sonst so gern und nicht ohne Berechtigung ihrer geistigen Führerschaft in der Welt rühmt, bildet das, was in anderen großen europäischen Ländern für die Sinologie getan worden ist. Allen weit voran steht natürlich, wie schon aus dem Eingangs gesagten hervorgeht, Frankreich. Es verfügt über einen ordentlichen Lehrstuhl für wissenschaftliche Sinologie am Collège de France, den der hervorragendste aller lebenden Sinologen, Edouard Chavannes, zugleich Mitglied der Akademie, gegenwärtig inne hat. Ferner besteht ein Lehrstuhl für die Religionen des Fernen Ostens an der Sorbonne. Lediglich praktischem Unterricht dient die École spéciale des langues orientales vivantes, an der gleichfalls zwei Sinologen von Weltruf tätig sind, Henri Cordier, Mitglied der Akademie, und Arnold Vissière, zugleich Ratgeber im Auswärtigen Amt. Und damit noch nicht genug. Zeitungsnachrichten zufolge trägt man sich jetzt mit der Absicht, den vakant gewordenen Lehrstuhl für semitische Sprachen am Collège de France in einen zweiten oder vielmehr einen vierten für Sinologie umzuwandeln, den der durch seine literarischen Funde in Inner-Asien auch weiteren Kreisen bekannt gewordene Paul Pelliot erhalten soll. In Frankreich zieht sich die Wissenschaft in Paris in einem Maße zusammen, wie dies in Deutschland nicht üblich und nicht wünschenswert ist. Trotzdem verfügt auch die Universität von Lyon über einen Lehrstuhl für Sinologie. Endlich besteht noch in Französisch Indo-China die rasch berühmt gewordene École française d'Extrême-Orient, die 1898 und 1900 in Saigon gegründet und 1902 nach Hanoi verlegt wurde. Ihr Zweck sollte sein: archäologische und philologische Erforschung der indo-chinesischen Halbinsel und wissenschaftliches Studium der benachbarten Kulturen. Hier nimmt natürlich die Sinologie einen sehr breiten Raum ein und ist durch eine ganze Reihe hervorragender Gelehrter vertreten.[2]) Sie steht in enger Verbindung mit der Akademie in Paris, verfügt über

[1]) Karl Rathgen, *Beamtentum und Kolonial-Unterricht* S. 85.

[2]) Der General-Gouverneur von Indo-China, Herr Klobukowski, hat sich in seiner Rede bei Eröffnung des Conseil Supérieur in Hanoi im Herbst 1910 sogar beklagt, daß die indo-chinesischen Studien gegenüber der anziehenderen Sinologie öfters zu kurz kämen. Vergl. „Courrier Saigonnais“ vom 2. November 1910.

eine ausgezeichnete Bibliothek und gibt den heimischen Sinologen die Möglichkeit, kostenlos längere Zeit in Ostasien zu arbeiten. Das von der Anstalt herausgegebene „Bulletin", sowie die von Chavannes und Cordier geleitete Zeitschrift „T'oung Pao" bilden heute den internationalen Sammelplatz der sinologischen Studien. Außer den genannten besitzt Frankreich noch eine Anzahl anderer Gelehrter, die Sonder-Gebiete der Sinologie bearbeiten, z. B. Lévy und Huber Religionsgeschichte, de Saussure chinesische Astronomie, Maspero Geschichte, Maybon Politik und Staatslehre u. a. m. Wenn man zu alledem die unvergleichlichen Bücherschätze der Pariser Bibliotheken, die Menge von wissenschaftlichen Zeitschriften, in denen sinologische Probleme behandelt werden, und das lebhafte Interesse, das die Vertreter anderer Wissens-Gebiete diesen Problemen entgegenbringen, als Ergänzung hinzunimmt, so kann man das stolze Wort begreiflich finden, das der Präsident der indochinesischen Abteilung der Gesellschaft für Handels-Geographie bei einem Banket am 6. Januar 1909 aussprach: „Die Sinologie ist im Begriff, eine wahrhaft französische Wissenschaft zu werden."[1]) In Deutschland kann man jedenfalls keine Einwendung dagegen erheben. — Die englische Sinologie hat, nicht zum wenigsten dank der Förderung, die wissenschaftliche Studien im diplomatischen und Konsulats-Dienst in China, ebenfalls im Gegensatz zu Deutschland, durch die Regierung erfahren, eine außerordentlich reiche Literatur, allerdings von sehr ungleichem Werte, geschaffen. Lehrstühle für Sinologie bestehen an den Universitäten von London, Cambridge, Oxford, Manchester und Liverpool; ferner befindet sich stets ein Sinologe am Britischen Museum in London. Merkwürdigerweise war die „angewandte" Sinologie, d. h. der praktische Unterricht in Sprache und Landeskunde bisher vernachlässigt und besaß keine eigene Organisation wie in Deutschland und Frankreich. Im Jahre 1906 wurde dieser Mangel in einer Denkschrift mehrerer gelehrter und kaufmännischer Gesellschaften besprochen, worauf die Regierung einen Ausschuß zur Prüfung der Frage und zur Ausarbeitung von Vorschlägen einsetzte. Der Ausschuß wandte sich an eine große Anzahl zuständiger Persönlichkeiten des In- und Auslandes (im ganzen 82!), z. B. auch an den Direktor des Orientalischen Seminars in Berlin, um gutachtliche Äußerungen. Alle Befragten stimmten darin überein, daß eine Ausdehnung des Studiums der orientalischen Sprachen, des Chinesischen insbesondere, eine unbedingte Notwendigkeit sei.[2]) Der Ausschuß überreichte Ende 1908 seinen Bericht und erklärte, daß „London als die Hauptstadt des Britischen Reiches, die durch ein Netz von Beziehungen mit dem nahen, dem mittleren und dem fernen Osten ebenso wie mit Afrika verbunden sei, der Sitz einer orientalischen Studien-Anstalt sein sollte, die weiter entwickelt sein müsse als irgend eine anderswo bestehende". Die Errichtung dieses Instituts, das

[1]) „Annales de la société de géographie commerciale (Section indochinoise)" 1909 Fasc. 4 S. I.

[2]) Einige der wichtigsten Gutachten sind zusammengestellt von Maurice Courant in der „Revue internationale de l'enseignement" Bd. LIX S. 193 ff.

mit der Universität, der Akademie und der Königlichen Asiatischen Gesellschaft verbunden sein soll, dürfte somit beschlossene Sache sein. — In Rußland hat die Sinologie gegenwärtig nicht mehr die hohe Stellung inne, die sie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts durch die Arbeiten eines Palladius, eines Wassiljeff und eines Bretschneider einnahm. Aber neues Leben scheint auch hier zu beginnen: an der Universität in Petersburg wirken jetzt drei Sinologen, am Lazareffschen Institut für orientalische Sprachen zu Moskau ist dagegen zur Zeit keiner vorhanden, und das altberühmte *Peï kuan* in Peking, die russische geistliche Studien-Anstalt, ist samt seiner reichen Bibliothek bei den Unruhen von 1900 zerstört worden. Dafür ist im Jahre 1899 in Wladiwostok das neue „Orientalische Institut" eröffnet worden, ein Seitenstück zu der École française d'Extrême-Orient von Hanoi. Ebenso wie diese ist es nicht bloß Unterrichts-Anstalt, sondern auch, vielleicht in noch höherem Maße, Forschungs-Institut. Es verfügt bereits über eine umfangreiche Bibliothek nebst eigener Druckerei, die chinesische, japanische, koreanische, mongolische und tibetische Typen besitzt, rüstet Studien-Reisen aus, unterstützt mittellose Studenten und fördert die wissenschaftliche Arbeit in jeder Weise. Die Sinologie nimmt hier natürlich die erste Stelle ein, sie ist durch zwei Lehrstühle vertreten; ferner Japanisch, Koreanisch, Mandschu und Mongolisch durch je einen. „Rußland hat große Opfer gebracht für den Unterhalt seiner orientalischen Studien-Anstalten," so schließt eine französische Beschreibung, „aber es kann dafür hoffen, in ihnen ausgezeichnete Pflanzstätten zu erhalten einerseits für Beamte, die in der Kenntnis des Orients bewandert sind und ihrem Vaterlande die Möglichkeit verschaffen, seine Untertanen richtig zu behandeln und seine Beziehungen zum Osten auszudehnen, anderseits aber für Orientalisten, die ihren Beitrag zur Wissenschaft leisten werden".[1]) — Das kleine Holland endlich besitzt an der Universität Leiden eine ordentliche Professur für Chinesisch.

Wenn man dem allem das große Deutsche Reich mit seinen einundzwanzig Universitäten gegenüberstellt, die im ganzen ein Extraordinariat für Sinologie bergen, während es früher wenigstens ihrer drei gab, so kann man sich eines Gefühls peinlichen Befremdens nicht erwehren, am meisten vielleicht darüber, daß aus den Kreisen der akademischen Wissenschaft heraus, von den Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten abgesehen, niemals ein ernsthafter Versuch gemacht worden ist, die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Zustand hinzulenken, ein bezeichnendes Merkmal für die oben gekennzeichnete Stellung dieser Kreise den ostasiatischen Wissensgebieten gegenüber. Bei der Rektorats-Übergabe an der Universität Berlin am 15. Oktober 1910 sagte der neue Rektor in seiner Antrittsrede: „Überblicken wir die schier unendliche Fülle von Vorlesungen, Kursen und sonstigen Unterrichts-Gelegenheiten, so kann man sich kaum des

[1]) J. Reby, *L'enseignement des langues orientales en Russie* in der „Revue du monde musulman" Bd. X S. 357 ff.

Gedankens erwehren, als sei man in der Differenzierung der Fächer und der Zergliederung des Lehrstoffes sehr weit, fast zu weit gegangen, und eine rückläufige Bewegung zu größerer Konzentration daher erwünscht und zeitgemäß. . . . Als Lehrfach werde nur aufgenommen, was eines solchen würdig ist. Die Materie muß umfangreich und einer wissenschaftlichen Behandlung, die den allgemeinen Zielen der Universität entspricht, fähig sein . . . . Es ist zu wünschen, daß diese Hoffnung der Universität auf Konzentration allseitigen Beifall finde, besonders im Interesse der Universität Berlin, da sie in erster Linie Neukreïrungen besonders ausgesetzt zu sein scheint." Dem ersten Teile dieser Äußerungen wird jeder zustimmen, der die großen Ziele der Wissenschaft noch nicht völlig aus den Augen verloren hat. Gerade jenes übereifrige Spezialistentum in der deutschen Wissenschaft, dem seine Verdienste um die Methodologie durchaus nicht bestritten werden sollen, das sich aber mehr und mehr in Kleinigkeiten zu verlieren droht und Ansprüche erhebt, die zu seinen Leistungen in keinem richtigen Verhältnis stehen, das ist es, das sich ablehnend und unduldsam gegen die orientalischen Forschungs-Gebiete verhält. Seltsam aber mutet auf der andern Seite die Besorgnis vor der Schaffung neuer Lehrstühle und der „Angliederung geistesfremder Elemente" an. Wie die Dinge liegen, muß man annehmen, daß auch die ausgesperrte Sinologie zu diesen geistesfremden Elementen gerechnet wird, deren Materie weder umfangreich, noch einer wissenschaftlichen Behandlung fähig ist! Es ist nicht rühmlich für die Universitäten, daß sie sich in der Erkenntnis auf diesem Gebiete von anderen Kreisen haben übertreffen lassen. Im Jahre 1905 erklärte der Deutsche Kolonial-Kongreß es „für eine dringende Notwendigkeit, daß die Errichtung von ordentlichen Professuren für wissenschaftliche Sinologie an deutschen Universitäten seitens der zuständigen Ministerien der Bundesstaaten baldigst in die Wege geleitet wird." [1]) Auf der Hauptversammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft zu Dresden im Jahre 1909 wurde einstimmig beschlossen, bei den Ministerien der Bundesstaaten aufs neue die Gründung sinologischer Professuren anzuregen. Die Abteilung Berlin-Charlottenburg der Deutschen Kolonial-Gesellschaft hat, einer Mitteilung in der „Deutschen Kolonial-Zeitung" (XXVII. Jahrgang — 1910 — S. 429) zufolge, die Weiterverfolgung der Frage in ihr Arbeits-Programm aufgenommen. In einer Reihe gut gemeinter, aber wenig geschickter und sachlich vielfach angreifbarer Aufsätze, *Chinaforschung* betitelt, empfahl Dr. W. Knappe, daß Preußen mehrere ordentliche Professuren für Sinologie errichten solle, „zunächst in Berlin und vielleicht in Königsberg (!), dann aber auch noch mehrere außerordentliche, z. B. in Halle und Breslau". [2]) Einen dringenden Mahnruf endlich richtete Dr. E. Jacobi in der „Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft"

---

[1]) *Verhandlungen des Deutschen Kolonial-Kongresses 1905* S. 1025.

[2]) In der Zeitschrift „Asien" VII. Jahrgang (1907/08) S. 1 ff., 20 ff., 33 ff. und 54 f.

(Die sinologischen Studien in Deutschland) [1]) an die Öffentlichkeit. Die Behandlung der Sinologie in Deutschland, meint der klar blickende, verständnisvolle Verfasser, „ist jedenfalls der Bedeutung Chinas und Ostasiens in wissenschaftlicher Beziehung ebenso wenig würdig wie der deutschen Wissenschaft". Er schließt seinen vortrefflichen kleinen Aufsatz mit der Mahnung: „Erheben wir unsere Forderung auf sinologische Professuren an den deutschen Hochschulen immer wieder von neuem, bis sie Erfüllung — hoffentlich bald — gefunden haben wird." Daß auf alle diese Mahnungen bisher, Hamburg ausgenommen, nichts geschehen ist, wird kaum jemand überraschen, zumal die nächstbeteiligten, die Universitäten selbst, der Frage nach wie vor schweigend und gleichgültig gegenüberstehen.

Die Folgen dieser andauernden Vernachlässigung eines großen Wissensgebietes sind nicht ausgeblieben. Von einer neueren wissenschaftlichen Literatur über China in deutscher Sprache kann kaum die Rede sein. Einzelne, wenn auch noch so ausgezeichnete Arbeiten, die während der letzten Jahre entstanden sind, begründen eine solche noch nicht. Im allgemeinen besteht unsere Literatur aus sogenannten „populär-wissenschaftlichen" Darstellungen, die weder populär noch wissenschaftlich sind, aus Reisebeschreibungen, persönlichen Erinnerungen, deren Strom sich seit 1900 unablässig über den Markt ergießt, und aus Zeitungs-Berichten. Welche lächerlichen Mißverständnisse und welche grotesken Phantasien, die ein Verfasser immer vom andern unermüdlich wieder abschreibt, in diesen Schriften vielfach enthalten sind, wird in Deutschland allerdings nur von wenigen bemerkt werden, besonders wenn das ganze in dem bekannten Tone patriotischer Selbstzufriedenheit und witzelnder Geringschätzung vorgetragen wird, der uns in Ostasien leider schon mehr geschadet hat als seinen Urhebern bekannt und erwünscht sein dürfte. Stätten, von denen eine ernsthafte Belehrung über die Geschichte und das Geistesleben Chinas ausgehen könnte, sind nur in ganz ungenügendem Maße vorhanden; und so feiert der Dilettantismus ungehemmt seine durchaus nicht immer harmlosen Triumphe. Aber auch anderweitig gibt es peinliche Überraschungen. Julius Grill, der vor kurzem eine neue Übersetzung von Lao tsĕ's *Tao-tê king* veröffentlicht hat, erzählt im Vorwort seines Werkes, daß er „niemals eine bedeutende Bibliothek mit gleich schmerzlicher Enttäuschung verlassen habe" wie die Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München, die seit 1830 eine von K. F. Neumann geschenkte ungefähr 10000 Bände starke chinesische Büchersammlung besitzt, aber noch heute über keinen Katalog dazu verfügt. [2]) Sehr viel besser waren übrigens bis in die jüngste Zeit auch die Dinge an der Königlichen Bibliothek in Berlin nicht. Nicht nur wird hier jedes, auch das alltäglichste chinesische Buch, z. B. Kalender, Zollberichte u. a., aus schwer erkennbaren Gründen in der Handschriften-Abteilung aufbewahrt und nur unter besonderen Vorsichts-Maßregeln

[1]) Jahrgang XII, S. 681 ff.
[2]) *Lao-tszes Buch vom höchsten Wesen und vom höchsten Gut*, S. VI.

ausgeliehen, sondern ein großer Teil der Sammlungen war noch im vorigen Jahre überhaupt nicht benutzbar, weil er nicht katalogisiert war, und kein Beamter zur Verfügung stand, der einen chinesischen Büchertitel zu lesen vermochte.

Abhilfe von diesem Zustande, selbst wenn man einmal den Willen dazu haben sollte, wird sich natürlich erst allmählich im Laufe von Jahren schaffen lassen. Auch wenn die außerordentliche Professur in Berlin wieder besetzt oder gar in ein Ordinariat ungewandelt wird — und Berlin ist einer solchen Neuschaffung vielleicht am ehesten „ausgesetzt" — so wird damit noch herzlich wenig getan sein. Von einer Konzentration der Wissenschaft, wie Frankreich sie in Paris hat, sind wir, wie schon bemerkt, in Deutschland bisher zum Glück verschont geblieben. Soll also in der deutschen Wissenschaft ein breiteres Verständnis für die unübersehbaren Probleme der Sinologie geweckt werden, zu deren Bearbeitung nicht bloß Philologen, sondern auch Historiker, Philosophen, Naturwissenschaftler, Juristen und Volkswirtschaftler erforderlich sind, und will man dann auch in nichtakademischen gebildeten Kreisen das gegenwärtige beschämend tiefe Niveau der Kenntnis von der ostasiatischen Kulturwelt auf eine größere Höhe bringen, so bedarf es dazu mehr als dreier Stellen im Deutschen Reiche, von denen eine auf wissenschaftlicher Grundlage ruhende Belehrung und Anregung ausgehen kann; es bedarf dazu nicht einer, sondern wenigstens zunächst eines halben Dutzend neuer Professuren für Sinologie, von denen mindestens einige, schon aus finanziellen Gründen, ordentliche sein müßten. Wenn die Kostenfrage im Wege steht, so nehme man sich ein Beispiel an dem oben erwähnten Vorgehen des Collège de France in Paris! Die einundzwanzig Universitäten des Deutschen Reiches haben achtzehn ordentliche und acht außerordentliche Lehrstühle für Indologie, siebzehn ordentliche und zwölf außerordentliche für semitische Sprachen, fünf ordentliche und zwei außerordentliche für Ägyptologie, zwei ordentliche und einen außerordentlichen für Assyriologie (soweit diese nicht in den semitischen Sprachen mit eingeschlossen ist). Daß aber die Sinologie irgend einer dieser Disziplinen an Bedeutung nachstände, das kann nur der behaupten, der nicht weiß, um welche Fragen es sich dabei handelt. Man hat wohl den Einwand erhoben, daß es nicht angängig sei, sinologische Professuren zu errichten, solange man keine Dozenten habe, sie zu besetzen. Nun hat aber die Erfahrung gezeigt, daß niemand in Deutschland geneigt ist, sich dem sinologischen Studium ausschließlich zuzuwenden, solange keine Aussicht besteht, ein solches Studium in angemessener Weise fruchtbar zu machen. Irgendwo und irgendwann wird man also diesen circulus vitiosus einmal durchbrechen müssen; und da niemand zu einem Studium gezwungen werden kann, so wird man sich wohl entschließen müssen, von der andern Seite den Anfang zu machen, d. h. durch Errichtung von Lehrstühlen die Möglichkeit und den Anreiz zum Studium zu geben. Daß der Erfolg nicht ausbleibt, hat die Entwicklung anderer Wissensgebiete deutlich genug gezeigt. Außerdem aber gibt es in China schon jetzt mehr junge

deutsche Sinologen als den heimischen Kreisen bekannt zu sein scheint, und Gelehrte wie F. Hirth und Berthold Laufer, deutsche Sinologen, die jeder Universität zur Zierde gereichen würden, haben sich inzwischen gezwungen gesehen, sehr gegen ihren Willen, in Amerika ein Unterkommen zu suchen.

Wenn aber die Zeit einmal kommt, wo man sich auch in Deutschland entschließt, den sinologischen Studien als einer unabweislichen Forderung des Tages Rechnung zu tragen — und diese Zeit muß und wird kommen —, dann möge man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen: man berufe als Sinologen Männer, die wirklich Sinologen sind, nicht Gelehrte, die neben vielen anderen Dingen auch als geistreiche Spielerei noch chinesisch treiben, sondern solche, die der ostasiatischen Kultur und Geschichte ihre ungeteilte Kraft widmen und die mit ihr womöglich im Lande selbst in lebendiger Berührung gewesen sind. Und ferner: man bedenke, daß die Sinologie sowohl die Kenntnis des Altertums, als auch durch diese die der Gegenwart vermitteln soll, und darum verlange man weder von dem künftigen Dozenten, daß er sich lediglich oder auch nur in erster Linie in den Dienst der angeblich „praktischen" Bedürfnisse, d. h. des Handels und der Politik stelle, noch erwarte man anderseits von ihm, daß er sich als zünftiger Professor in das Altertum vergräbt und die Beschäftigung mit den Fragen der Gegenwart als standesunwürdig ansieht. Selten freilich wird es dem Einzelnen möglich sein, sich auf beiden großen Gebieten gleichmäßig forschend und lehrend zu betätigen, Arbeitsteilung wird hier unumgänglich notwendig sein, und man würde gut tun, dies bei Gründung der Lehrstühle von vornherein zu berücksichtigen. Im übrigen bedarf es kaum der Erwähnung, daß „klassische" und „moderne" Sinologie durchaus gleichwertig sind; sie gehören organisch zusammen, und jede bedarf der Unterstützung der andern: die konkreten Erscheinungen der Gegenwart sind ungemein wichtige Hilfsmittel zum richtigen Verständnis der sachlichen und gedanklichen Angaben der alten Literatur; umgekehrt wurzelt das geistige Leben Ostasiens so völlig mit allen Fasern im Altertum, daß niemand sich einbilden möge, das heutige China zu begreifen, der nicht das alte kennt.

Allzu lange haben wir Europäer uns bei der Beurteilung und Behandlung orientalischer, namentlich ostasiatischer Völker von den Vorurteilen leiten lassen, die aus geschichtlicher Unkenntnis, kultureller Einseitigkeit und verletzendem Rasse-Hochmut (wir haben hierin den Chinesen niemals nachgestanden und heute übertreffen wir sie) hervorgehen; die Unsumme von Haß, die sich in Asien gegen uns angesammelt hat und von Zeit zu Zeit zu politischen Katastrophen führt, ist nicht bloß ein Erzeugnis der vermeintlichen Niedertracht der Orientalen, an die wir uns zu glauben gewöhnt haben. Es ist an der Zeit, daß wir uns auf eine höhere Warte stellen, daß wir einsehen lernen, wie die Entwicklung des Menschentums auch andere Formen annehmen kann als die, die wir als die besten und allein richtigen anzusehen für gut befunden haben: wir bedürfen eines neuen Humanismus in

erweiterter Form. Nichts aber ist mehr imstande, zu einer solchen innerlichen Weiterbildung unseres Zeitalters beizutragen als die suchende, Licht und Verständnis bringende Wissenschaft. „Der Orientalist", sagte Ernst Kuhn in seiner Rektorats-Rede zu München 1903, „erwirbt in hervorragendem Maße durch sein Fach selbst Unbefangenheit und Leidenschaftslosigkeit in der Beurteilung fremder Völker. So viele ihn zunächst befremdende, ja abstoßende Eigenschaften der Orientalen in Staat und Religion, Sitte und Anschauung muß er in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit zu begreifen suchen und wird sie oft genug in der eigenartigen Entwicklung von Anlagen begründet sehen, die er vielleicht als Vorzüge des eigenen Volkes in Anspruch zu nehmen gewöhnt ist. Nicht minder lernt er die Solidarität der gemeinsamen europäischen Kultur schätzen, welche seiner Überzeugung nach auch die hochbegabten Nationen des Ostens immer mehr in ihre Kreise ziehen und sie zu erneuter Mitarbeit an dem vernünftigen Fortschritt der Menschheit befähigen wird." Ich wüßte keinen Zweig der Orientalistik, auf den diese Würdigung in höherem Maße Anwendung fände als auf die Sinologie.

Namen- und Sachregister.

Vorbemerkung: Bekanntere chinesische Namen, besonders solche von geöffneten Häfen, Provinzen u. a. werden, wie im Text, so auch hier nicht in der genaueren geteilten Form des angewandten Umschreibung-Systems gegeben, sondern sind in der üblich gewordenen Weise zu einem Worte zusammengezogen; in diesen Fällen sind die Aspirations-Zeichen fortgelassen. Personen-Namen sollten nie zusammengezogen werden, so wenig wie man in einer europäischen Sprache Vor- und Familien-Namen in ein Wort schreiben darf. Bindestriche werden im Chinesischen ebenso wie in jeder anderen Sprache lediglich da geschrieben, wo sie hingehören, d. h. zwischen Worten, die ein einheitliches Ganzes bilden.

A.

A-mi tschou (Stadt) 343
Abel-Rémusat, M. 355
Abendländische Kultur 63. 67. 194 f. 204. 214. 362
Abendland (s. auch Europa) 171. 173. 176 ff. 194. 199 f. 204. 214 f. 357
„Achtteiliger Aufsatz" 76
Adel (als Stand) 113
Adel-Schule (mandschurische) 198 Anm.
Ägyptologie 372
Ämter-Kauf 118
Afrika 44. 46. 62. 136. 371
Ahnenkultur 153
Aigun 226. 231 Anm. 336 f.
Ainos 27
Albasicha (Ort) 220 Anm.
Albasin (Festung) 220. 224 f.
Aldan (Fluß) 229
Alexander d. Große 4 f.
Allgemeiner Evangelisch-Protestantischer Missionsverein 65 Anm.
Altai (Gebirge) 234
„Amateur-Sinologie" 356
Amban (chines. Kommissar für Tibet) 258 f. 261. 263 f. 266. 276. 282. 284 ff.
Ament, W. S. 168
„American Asiatic Association" 352
Amerika 12. 18. 40. 50. 58. 70. 88. 90. 119 f. 122. 136. 149 Anm. 150. 155. 169. 178. 190 Anm. 193. 195. 199. 201. 250. 253. 290. 292 ff. 301. 304. 306. 313. 315 f. 318. 331. 347. 351 ff. 376
Amerikaner 14. 166. 213. 305 f. 308. 331
Amerikanisch-chinesischer Handels-Vertrag (neuer) 304 ff.
Amoy 139. 141. 159. 345
Amu darja (Fluß) 25 Anm. 2
Amur 59, 219 ff. 224. 226. 229 ff. 248 f. 335 Anm. 1
Amur-Gebiet 58. 220. 226. 231. 234. 236. 248. 252 Anm.
Angara (Fluß) 230 f. 234. 248
Anglo-amerikanische Literatur und Presse 54. 92 f. 203 [341. 349
Anhui (Provinz) 31. 143. 187. 196. 277.
Anleihen (Chinas) 33. 318. 320. 324 f. 330. 331 Anm. 332. 347. 348 Anm. 349. 350 Anm. 1
„Annales de la société de géographie commerciale" 368 Anm. 1
Annam 31. 32. 44. 58. 154. 204
Antidynastische Bestrebungen (in China) 77. 158. 196. 198 Anm. 2
Antung (Hafen) 307. 311. 336.
Apostolicum 175.
Argun (Fluß) 221. 222 Anm. 2. 224 f. 236 Anm. 1. 237 Anm. 238. 241 Anm. 247 ff. 252. 333.

Arktischer Ozean 229 f.
Armee (s. auch Heerwesen) 98. 106. 111. 132 f. 143. 321
Armee-Reorganisation 143. 320 f.
Asiaten 136. 153
Asiatentum 157
Asien 44 f. 136. 155. 158 ff. 199. 234. 255. 262. 283. 290. 297. 362. 368. 376.
„Asien", Zeitschrift 164 Anm. 3. 370 Anm. 2
Assam 255
Assyriologie 375
Atschinsk (Stadt) 230. 234
Audienzfrage 13 f.
Ausfuhrzölle 28
Außenländer, chinesische 129. 239
Australien 136
Auswärtiges Amt (deutsches) 140 Anm. 1. (chinesisches s. Wai-wu pu)

B.

Babylon 5
Baikal-See 230. 248. 337
Balagansk 230. 234
Bangkok 154 f.
Banken, fremde, in China 318. 324 ff. 332 Anm. 342
Banner-(Armee-Organisation) 96. 106 f. 129. 188. 197 f. 241
Banner-General(e) 96. 126
Barnaul 234
Batang, Ort in Ost-Tibet 282 f. 285 ff.
Beamtentum (chinesisches) 13. 26. 28. 30. 31. 33. 43 f. 65 Anm. 74. 79. 81 f. 101. 114. 117. 123 f. 134. 146. 160 f. 173 f. 177. 179. 182 f. 186. 194. 208. 299. 312. 315. 318. 321
Bedune (Stadt) 336 Anm. 3
Belagerung der Gesandtschaften in Peking 86 Anm. 2
Belgien 193. 331
Belgier 338
Berezow (Stadt) 230
Bergbau-Konzessionen 32. 134
Berlin 107. 120. 143. 188. 337. 340. 359. 366. 368 f. 372 ff.
Besatzungen, fremde, in China 102 Anm. 2
Betz, H. 183 Anm. 2. 342
Bhamo (Stadt) 334
Bhutan 57. 255. 259. 282. 287 ff. 292
Biot, E. 358
Birma 25. 26 Anm. 1. 57. 72. 267 Anm. 275. 294. 334. 342. 343 Anm. 2
Bismarck, Fürst 107. 110 ff. 291 Anm. 346
Bitton, W. N. 175 Anm. 2
Blagoweschtschensk 248
Blaubuch, Englisches, betr. Tibet 267 Anm. 288 Anm. 2
Bodhisattva 256
Boell, Paul 174 Anm. 2
Bogdanowitsch, Oberst 233
Boghde etsen 219 Anm.
Boghde Khan 219
Bogle, G. 259 f.
„Boxer"(-Unruhen) 18. 32 Anm. 1. 38. 40. 62 f. 80. 82 Anm. 2. 90 ff. 101. 144. 154. 160. 168. 172. 176. 211. 296 Anm. 2. 334. 372
Boyer, P. 247 Anm. 1
Brandt, M. von 174 Anm. 2. 260 Anm. 1. 270 Anm.
Bratski-Ostrog (Ort) 230
Bredon, Sir Robert 300. 323 Anm. 2. 346 ff. 351
Breslau 370
Bretschneider, M. 247 Anm. 1. 369
Brigade-Kommandeure 188
„British and Chinese Corporation" 341
Brug-pa, lamaist. Sekte 256
Buddha 162. 256
Buddhismus 5. 9. 158 f. 162. 164. 165 Anm. 256
Buddhistische Akademie 160
Buddhistische Kirche 159 f. 256. 288
Buddhistische Klöster 160 f. (lamaistische) 244 f. 248. 285 f.
Buddhistische Missionare 153. 158 f. 161.
Buddhistische Mönche 161 ff. 256
Buddhistische Propaganda 158 ff.
Budget (s. auch Etat) 33. 125. 187. 321 f.
Budget-Kommission (des deutschen Reichstages) 202
„Bulletin de géographie" 127 Anm. 1
„Bulletin de l'Académie Impériale de St. Pétersbourg" 16 Anm. 2
„Bulletin de l'Association amicale franco-chinoise" 335 Anm. 1
„Bulletin de l'École française d'Extrême-Orient" 94 Anm. 104 Anm. 2. 146 Anm. 204 Anm. 284 Anm. 1. 286 Anm. 1. 368 Anm. 371
„Bulletin du comité de l'Asie française" 327 Anm.
Bureja (Fluß) 230
Burjäten 252
Burnell, A. C. 314 Anm. 2
Buschido 164
Bushell, S. W. 256 Anm.

C.

Cambridge 217 Anm. 371
„Cash" 314
Cassini-Abkommen 226. 333. 335 Anm. 1
Ceylon 28
Chabarow 220. 226 f.
Chabarowsk (Stadt) 234
Chailar (Stadt) 222. 242 ff. 249 ff. 336
Chailar gol (Fluß) 238 f. 244 ff.
Chalcha gol (Fluß) 237 ff. 242. 244. 246. 248
Chamberlain, H. St. 66 Anm. 2

Chauvinismus 18 f. 68
Chavannes, E. 90 Anm. 335 Anm. 1. 336 Anm. 2. 370 f.
Chevalier, St. 334
„China Merchants Steam Navigation Co." 101. 108
„China Review" 355 Anm.
„Chinese Recorder" 65
Chinesische Geschichte 93. 177. 267
Chinesische Kultur 57. 62 f. 67. 105. 194. 200. 203 f. 214. 216. 267 Anm. 357 f. 365
Chinesische Politik 105. 180
Chinesische Zeitungen 132. 141. 172. 174. 182. 214. 262
Chingan s. Hing-an
Chirol, V. 157
Christen 44. 167 f. 171 f. 174
Christentum 9 f. 64 f. 159. 166 f. 174 f.
Christliche Kirche 64 f. (national-chinesische) 172. 175
Clémenceau 168 Anm.
Cochrane, Dr. 211
Collège de France 370. 375
Collins 232
„Compagnie française des chemins de fer de l'Indochine et du Yunnan" 344 Anm. 1
Conrady, A. 368
„Contemporary Review" 167 Anm. 347 Anm. 1
Cordier, H. 84 Anm. 85 Anm. 2. 86 Anm. 1. 88 Anm. 3. 121 Anm. 4. 327 Anm. 370 f.
Couplet, Missionar 9
Courant, M. 368 Anm. 2
Courbet, franz. Admiral 32 Anm.
„Courrier Saigonnais" 370 Anm. 2
Courzon, Lord 270
„Customs-Bonds" 324
„Customs-Gazette" 326

D.

Daimios 78 f.
Dalai Lama 256 ff. 266. 269 ff. 278. 281. 283 ff. 293
Dalai nor (See) 221. 238 Anm.
Dalnij (Hafen) s. Ta-lien wan
Darjiling 26 Anm. 1. 261. 287
Darwinsche Theorie 68
Daurier (Volk) 219. 222 Anm. 2
De Kastri (Bucht) 232
Demokratisierung des Staatsdienstes 113
Denkschriften K'ang You Wei's 25 ff. 42. 75. 81. 145
Deutsch-Asiatische Bank 332 Anm. 339
Deutsch-Chinesische Hochschule (Tsingtau) 200 ff.
Deutsch-chinesischer Handelsvertrag (alter) 298. 303. 360. (neuer) 303.
Deutsche 32. 73 Anm. 120. 128. 141. 268. 342
„Deutsche Kolonial-Zeitung" 370
Deutsche Literatur (in China) 213
Deutsche Schulen (in China) 216 f.
Deutsche Sprache (in China) 216
Deutschland 31. 35. 44. 49 Anm. 2. 50. 54 f. 58. 63. 66. 70. 73. 79 Anm. 88 Anm. 2. 110 ff. 118 ff. 122. 124. 128. 149 Anm. 151 Anm. 3. 154. 157 Anm. 2. 163. 181. 188 ff. 193. 200 ff. 211. 213 ff. 217. 265 Anm. 294. 296. 298. 303. 316. 327 Anm. 334. 341. 352 f. 359. 361. 364 ff. 372. 374 ff.
Deutschtum (in China) 201. 203 f. 215. 217
Diplomatisches Korps (in Peking) 40 Anm. 2. 74. 98
Dōbun schoin 141
Dogma (religiöses) 51. 64. 113. 115
Dolonor (Stadt) 241. 243. 245 f. 248
Dorjeff, burjät. Buddhist 281
Doumer, P. 104 Anm. 3.
„Drawbacks" (Zollrückvergütungs-Zertifikate) 306
Dresden 370
Dschelep-Pass (im Himalaya) 261
Du Halde, J. B. 220 Anm. 221 Anm. 225 Anm.
Dull, Ingenieur 232
Dutreuil de Rhins 291
Dynastie im chines. Staatsrecht 6 ff. 196

E.

École française d'Extrême-Orient (Hanoi) 367. 369
École spéciale des langues orientales vivantes (Paris) 367
„Educational Association of China" 210
Ehrhard, Alb., Kirchenhistoriker 4
Einfluß-Sphären (in China) 49. 73. 153. 158 f. 332 f.
Einheit-Staat 180
Einwanderung (chinesische) in die Mongolei 128. 244. 250 f. (s. auch Mongolei)
Eisenbahn-Gesellschaften 347 ff. 353
Eisenbahn-Konzessionen 32. 134. 328. 331. 333 ff. 338. 340 f. 346 ff. 351 ff.
Eisenbahnamt 347 f. 350
Eisenbahnbau 127. 129. 328 ff.
Eisenbahnen 28. 33. 199. 300. 303. 328 ff.
Eitel, E. J. 355 Anm.
Eltzbacher, O. 347 Anm. 1
Engländer 11. 26 Anm. 1. 49. 70. 80. 92. 128. 133. 166. 211. 213. 217 Anm. 261 f. 264 f. 267 f. 273. 277 ff. 281 f. 294. 331. 332 Anm. 344. 352. 360.
England 11 f. 25. 44. 46. 49 ff. 54. 57. 62. 70. 72 f. 74 Anm. 2. 86. 120. 122.

127 Anm. 2 u. 3. 154 f. 157. 159. 169. 189. 193. 199. 201. 214. 217. 255. 259 f. 262 f. 265 ff. 272 ff. 280. 283 f. 288 ff. 292 ff. 296. 298. 300. 302. 313. 323 Anm. 2. 325. 331. 333 f. 342. 344. 346 f. 350 Anm. 1. 352. 359 f.
Englisch-Chinesische Hochschulen in Hongkong und Hankou 217
Englisch-Chinesischer Handels-Vertrag (alter) 297. 302. 304. (neuer) 169 Anm. 1. 171. 296 ff. 305 ff.
Englisch-Chinesischer Vertrag betr. Tibet von 1906 266. 267 Anm. 272 ff. 279. 282
Englisch-japanisches Bündnis 154
Englisch-tibetischer Vertrag 263 ff. 274 ff. 279 ff. 289. 291. 293
Englische Politik 291. 293 ff.
Englische Presse 41. 88. 93. 104. 121. 133. 146. 166. 196. 275
Englische Sprache (in Ostasien) 54. 203. 216
Entthronung des Kaisers von China 83
Erziehung(-s-Frage) 115. 149 f. 179. 186. 202. s. auch Unterrichtswesen
„Esk", engl. Kanonenboot 88
Etat (Staats-Haushalt) 186 Anm. 1. 320 Anm. 321 f.
Europa 44. 46 f. 49. 54. 66. 78. 88. 109. 117. 119. 121. 123. 127, 136 ff. 140. 142. 145. 148 ff. 154. 156. 158. 163. 170. 173. 175. 178 f. 190 Anm. 195. 202. 228. 250. 255. 259. 262. 293 ff. 316. 323. 329. 333. 351. 353. 358. 362. 363
Europäertum 23 f. 38. 41 f. 53. 61. 63. 66 f. 98. 105. 136. 139. 156. 176. 377
Exterritorialität 184. 307. 311. 353

F.

Faber-Hospital (in Tsingtau) 206
Fachminister 124
Fachschulen 192
Fälschung der klassischen Lehre 16. 75
Fatschan (Stadt) 338
Favier, Bischof 168
„Feï Ying", chinesisches Torpedoboot 88
Fêng-t'ien (Provinz) 126
Feudalwesen 113. 179 f. (s. auch Lehen-Staat) [318
Finanz-Reform 186. 199. 303. 309. 314 ff.
Finanz-Verwaltung 123 f. 179. 186. 347
Finanzwesen 132. 144. 181. 183. 186 f. 197. 296. 299 Anm. 2. 302 f. 318 ff. 327. 330 f.
Flotte s. Marine
Forke, A. 366
Formosa 27 Anm. 1. 32. 43. 58. 153. 158. 252 Anm. 329
Forsyth, Sir D. 270
„Fortnightly Review" 64 Anm.
Frankreich 12. 26. 28. 31. 40. 43 f. 49 Anm. 2. 50. 57. 62. 72 f. 120. 122. 135. 154. 169. 174. 188. 193. 199. 201. 294. 296. 331. 342 f. 343 Anm. 1. 345. 358 ff. 370 f. 373
Französisch-chinesische Hochschule in Hanoi 204
Französisch-japanisches Abkommen von 1907 135 Anm. 2. 154 Anm.
Französische Presse 154
Franzosen 11. 31. 128. 172 Anm. 204.
Fremdenhaß 13. 19. 24. 38. 74. 91 f.
Friedrichsruh 110
Fritsche, H. 249 Anm. 2
Fujiwara, Prinz 163
Fukien (Provinz) 49, 73. 74 Anm. 1. 76. 119. 124. 144. 153. 158 ff. 187. 344 f.
Fukuschima, General 143
Fusan (Hafen) 336
Futschou (Hafen) 32 Anm. 120. 137. 141. 189. 253. 342

G.

Gabelentz, G. von der — 365 f. 368
Gaillard, L. 167
Galdan, tibet. Kloster 281
Garantie-Verträge betr. China 199
Garcoyne-Cecil, Lord W. 217 Anm.
Garhwal 255
Ge-dun-grub, tibet. Heiliger 256
Geistes-Aristokratie 113 f.
Geisteswissenschaften 360
Geistiges Eigentum, Schutz des — 306 f. 310
„Gelbe Gefahr" 71
„Gelbe Kirche" 256 f. 281
Gelber Fluß s. Huang ho
Gemäßigte (Partei) 39
Gemischtes Gericht (in Schanghai) 40 Anm. 2
Gen-nio Schōnin, japan. Kirchenfürst 163
General-Gouverneure 3. 27. 29. 43. 88. 96. 148. 179. 181. 186 Anm. 1. 310. 322
General-Zollinspektor 321. 325. 327. s. auch Hart, Sir R.
Generalstab 188
Gerbillon, J. F. 221 f.
Gerichtshöfe in China 183
Gerichtsverfassungs-Gesetz (chinesisches) 184 Anm. 2
Gesandte (fremde) 14. 86 Anm. 2. 88 Anm. 3. 104. 120. 284. 325. 333. s. auch Diplomatisches Korps. (chinesische) 29. 31. 94. 193. 264. 324
Giles, H. A. 364
Gnatong (Ort in Tibet) 261
Gobi 237
Goebel, O. 249 Anm. 3. 254 Anm.

Golowin, F. A. 220. 222 ff.
Gorbitsa (Fluß) 225
Gorkhas 260. 292 Anm. 1
Gouverneure 3. 27. 29. 43. 88. 124. 148. 173. 180 ff. 185 f. 188. 191. 193. 310. 322. 330. 347 f.
Granville, Earl of — 169
Grenard, F. 291
Grey, Sir E. 280. 288 f.
Griechen 4
Griechenland 5. 362
Grill, J. 374
Groot, J. J. M. De- 160 Anm.
Großbritannien s. England
Große Mauer 332 f.
Groß-Sekretariat 181 f.
Grube, W. 178 Anm. 2. 368
Grünwedel, A. 255 Anm. 1
Grund-Erwerb in China 173 Anm. 304. 307
Grundsteuer 320. 322
Gude 45 Anm. 1
Gützlaff, K. 356
Gundry, R. S. 289 Anm. 2
Guschi Khan 257
Gyal-tschab-rdsche, tibet. Heiliger 256
Gyan-tse (Ort in Tibet) 274 Anm. 2

H.

Haas, H. 163 Anm. 175
Hainan (Insel) 73
Haiphong 334 Anm. 2. 342 f.
Hai tschou 189. 340
Halle 370
Ham-kyöng to (Provinz in Korea) 138
Hamburg 119 f. 366 f. 371
Hamburgische Wissenschaftliche Anstalten 372
Han-Dynastie 5. 26. 47. 113. 177 f. 180
Handel u. Verkehr 125. 183. 215. 363
Handels-Ministerium 107 f. 306 Anm. 2. 334 Anm. 3. 348. 350
Handelsrecht (chinesisches) 184
Handels-Verträge mit China (alte) 159. (neue) 66. 169. 184. 302. s. auch Verträge
Hangtschou (Stadt) 134 Anm. 3. 148. 161. 169. 334. 341. 352.
Hankou 40. 134 Anm. 3. 137. 139. 216. 217 Anm. 253. 313. 317. 331. 332 Anm. 334. 338 f. 342 ff. 346
Hankou-Kanton-Bahn s. Kanton-Hankou-Bahn
Hanlin (Akademie) 29. 115 Anm.
Hanoi 94 Anm. 204. 344. 370. 372
Hanyang (Stadt) 40. 143
Harbin 128 Anm. 1. 336
Hart, J. 261
Hart, Sir R. 63. 187. 189. 299 Anm. 1. 300 Anm. 1. 306 Anm. 2. 319 ff. 323 ff.
Hastings, Warren 259 f. 270
Hattori 143
Hauer, Dr. 131 Anm. 2. 188 Anm. 1
Heerwesen 106. 108. 123 f. 127 f. 143. 179. 181. 186 ff. 198 Anm. 2. 321 f. s. auch Armee
Heï-lung kiang (Provinz) 126 f. 222 Anm. 2, 237 Anm. 239. 242. 245
Heinrich, Prinz v. Preußen 14 f.
Herdritch 9
Hertslet, Godfrey E. P. 301. 308 Anm.
Hia, Dynastie 4 Anm. 47
Hia-mên (Amoy) 345 Anm. 1
Hideyoschi, japan. Heerführer 137
Hien-Fêng, Kaiser 96 Anm. 2
Hien-tschêng pien-tsch'a kuan chinesische Behörde 120 Anm.
Himalaya 59. 261. 271
Himmel in der chines. Staatslehre 2 f. 6 f. 17. 59. 180
Himmels-Gebirge 236
Himmelssohn = Kaiser 3. 6 f. 11 ff. 57. 240. 295. 330
Hindus 52
Hing-an-Gebirge 221. 236 f. 239. 247
Hirth, F. 4 Anm. 327 Anm. 364. 368. 376
Ho-k'ou (Stadt) 343
Ho-nan fu (Stadt) 338. 340
Hochschulen in China 209 ff. (in Peking) s. Universität in Peking (in Tsingtau) s. Deutsch-Chinesische Hochschule (in Hongkong u. Hankou) s. Englisch-Chines. H. (in Hanoi) s. Französisch-Chines. H.
Hoebel, P. 336 Anm. 3
Hohenlohe, Fürst von — 111
Holländer 5
Holland 369
Honan (Provinz) 104. 187 Anm. 2. 334. 338 f.
Hongkong 39. 88. 94. 133. 217 f. 312 f. 331. 334. 342. 344. 350
„Hongkong and Shanghai Banking Corporation" 339
Hongwanji-Kirche 161 ff.
Honolulu 94
Horn, Ingenieur 232
Hu (= Schanghai) 341 Anm.
Hu-Ning-Bahn 341
Hu-Provinzen 116. 321
Hu Wei Tê, chines. Gesandter 337 Anm. 1
Huai-k'ing fu (Stadt) 338
Huang ho (Gelber Fluß) 1. 4 Anm. 338
Huang-tsch'ao king-schi wên sin pien, chines. Werk 16 Anm. 2. 51. 62 Anm.
Huang Tsun Hien, chines. Beamter 79
Huber, E. 368
Hü Ying K'ueï, chin. Staatsmann 74. 77. 81
Hüe pu (Unterrichts-Ministerium s. auch dieses) 108 Anm 2.
Humboldt, A. von — 360

Hun ho (Fluß) 337
„Hun hu-tsë“ (Räuberbanden) 245 Anm.
Hunan (Provinz) 31. 46. 51. 74 ff. 91. 116. 119. 143. 187. 277. 311. 339. 349 ff.
Hunnen 240
Hupeï (Provinz) 31. 143. 167. 187. 277. 350 f.
Hutuktu, lamaist. Würdenträger 293

I.

I hien (Stadt) 340
I-tschou (Stadt) 340
Iben gol (Fluß) 245
Ideler, L. 356
Ignatiew 231 Anm.
Ili 44. 58. 128. 258. 268. 335 Amn. 1. 339.
„Illustrierte Zeitung“ (Leipziger) 329 Anm.
„Imperial Bank of China“ 313
Inder 358
Indien 5. 26 Anm. 1. 44. 46. 57. 154. 159 f. 163. 251. 259 ff. 270 f. 274. 277 f. 284. 287. 290 Anm. 3. 291 f. 314. 318. 360
Indisch-tibetische Handelsverhältnisse und Handelsbestimmungen 260 ff. 264. 266. 269 Anm. 270. 272. 276. 279. 283. 294.
Indische Regierung 260. 263. 265. 267 Anm. 268 Anm. 270 f. 272 Anm. 274 ff. 283. 288 f. 293.
Individualismus 61 f. 66 ff.
Indo-China 95. 154. 204. 333. 342. 344. 370.
Indologie 361 f. 375.
Industrie 183. 199. 253. 360.
Ingoda (Fluß) 221. 222 Anm. 2. 231 f.
Inland-Zölle 297 ff. 308 f. 320. 346.
Innen-Provinzen 129. 250.
Inner-Asien s. Mittel-Asien
Inneren, Ministerium des — 108
Inouye Enryo 160
Integrität Chinas 199
Interessen-Sphären s. Einfluß-Sphären
Intorcetta, Missionar 9
Irbit (Ort) 232
Irkutsk 229. 232. 234 f. 249 Anm. 1. 254
Irtysch 228. 230. 234
Italien 28. 120
Ito, japan. Staatsmann 89
Itschang (Hafen) 167. 309. 332 Anm. 342 f.

J.

Jablonoi-Gebirge 229. 231
„Jack-schan“ (Gebirge) 237 Anm.
Jacobi, E. 373
Jaeschke, Gouverneur von Tsingtau 101
Jakutsk 219. 229 f.
Japan 14. 25. 27 Anm. 1. 32. 38 ff. 45 Anm. 1. 49 ff. 58 Anm. 59. 60 f. 67 ff. 73. 78. 82 f. 88 ff. 94. 101. 115. 119 f. 122. 130. 133 ff. 136 ff. 149 ff. 158 ff. 162. 175 ff. 188 ff. 199. 201. 234. 252 Anm. 265. 277. 280. 292. 294. 301. 306. 309 ff. 313. 318 f. 336. 350 f. 360.
„Japan Times“ 262
Japaner 19. 27. 38. 53. 58. 90. 126 f. 136 ff. 146. 149. 151. 162. 212. 252 Anm. 277. 310. 329. 336. 345
Japanisch-chinesischer Handels-Vertrag (neuer) 309 ff.
Japanisch-chinesischer Krieg 14 f. 18. 25. 27. 32. 43. 61. 62. 72 f. 78. 96. 98. 116. 136. 142. 189 f. 323 f. 332 f.
Japanisch-russischer Krieg s. Russisch-japan. Krieg
Japanisch-siamesische Gesellschaft 155
Japanische Gesandtschaft (in Peking) 89 140. 149
Japanische Handels-Unternehmungen in China 310
Japanische Reform 78
Japanische Zeitungen 93. 129. 147. 155. 196. 266. 272. 275
Japanischer Einfluß in China 143
Jaravli (Fluß) 228
Jardine, Matheson & Co. 328. 339. 341
Jehol (-Gebiet) 128. 221. 337 f.
Jekaterinburg 230. 233 f.
Jenissei 228. 230 f. 234. 247
Jenisseisk (Stadt) 230 f.
Jenks, J. W. 187. 315
Jermak 228 f.
Jesuiten 9. 220 ff. 355
Jordan, Sir John 284
„Journal Asiatique“ 247 Anm. 1
„Journal of the China Branch of the Royal Asiatic Society“ 256 Anm. 299 Anm. 2
„Journal of the Royal Asiatic Society“ 256 Anm.
Juden 4
Julien, St. 358
Jung Lu, chines. Staatsmann 80. 82 ff. 92. 95 ff. 107. 314.
Jung-tschêng, Bucht von — 189
Justizwesen 311

K.

Kabinett (-Regierung) 81. 83. 87 f. 124. 181
K'ai-fêng fu (Stadt) 338. 340
K'ai-p'ing (Stadt) 329. 332. 348
Kainsk (Stadt) 234
Kaiser von China, staatsrechtlich 3 ff. 180 ff. 208. 239 f. 258. 266 f. 284. 288
Kaiserin-Mutter von China 15 Anm. 28. 31. 37. 40. 45. 49. 75. 79 ff. 93 f.

96 f. 99 f. 103 f. 107. 119. 121 Anm. 1. 122. 132 f. 146. 148. 196. 284 f.
Kaiserin-Regentin, „östliche“ 96. „westliche“ s. Kaiserin-Mutter
Kalender, chinesischer 266 f., tibetischer 266 f.
Kalgan 134 Anm. 3. 225 Anm. 243. 245. 248. 254. 337. 351 Anm.
Kalifornien 253
Kalkutta 261 f. 265 f. 272. 275. 276 Anm. 3. 277. 280. 283. 286 f. 291
Kalon (tibet. Minister) 258
Kama (Fluss) 228. 230. 234 f.
Kambodja 57. 154
Kanada 290
Kandjur sumo (Kloster) 245
K'ang-Hi, chines. Kaiser 6. 219 ff. 224 f. 258
Kang Yi, chines. Staatsmann 74. 77
K'ang You Wei 16. 17. 22 f. 25 f. 39. 42. 46. 75 ff. 93 f. 97. 103. 139 f. 144. 146 f.
Kansk (Stadt) 234
Kansu (Provinz) 82. 86. 124. 129. 255 Anm. 2. 256 Anm. 281. 283. 286. 296. 339
Kanton 10 ff. 25. 52. 89. 132. 137. 147. 161. 172 f. 189 Anm. 3. 216. 217 Anm. 313. 317. 330 f. 332 Anm. 334. 335 Anm. 1. 338 f. 342 ff.
Kanton—Hankou-Bahn 135. 331. 338 f. 344. 350. 352
Kao-mi (Stadt) 340
Kao peï tien (Ort) 338
Kaoloon (Hafen) 334. 344
Kap Horn 253
Karatschin-Mongolen, Fürst der — 130. 155
Karisches Meer 231
Kas (Fluß) 231
Kasan 232 f.
Kaschmir 163. 255 f. 258. 289
Kassel 148 Anm. 2
Katholische Kirche 4. 9
Katholische Missionen 166 f. 169. 172 Anm. 173
Katholizismus 52. 152 f. 166
Keiper, G. 213
Kerbetschi (Fluß) 225
Keruleng (Fluß) 221
Ket (Fluß) 231
Kham oder Tschiamdo (tibet. Provinz) 258. 287
Khanka (See) 234
Khingan oder Kingan s. Hing-an
Khoschoten (Kalmücken) 257
Kia-K'ing, chines. Kaiser 102 Anm. 4. 119
Kiachta (Stadt) 225 Anm. 247 f. 249 Anm. 1. 254. 337
Kiang-ning (= Nanking) 341 Anm.
Kiang-Provinzen (Kiangsu, Anhui, Kiangsi) 116. 321
Kiangsi (Provinz) 31. 172 Anm. 187. 277. 342. 349
Kiangsu (Provinz) 31. 76. 183. 187. 277. 340 f. 347. 350
Kiautschou 31 f. 42 f. 45 f. 73. 74 Anm. 1 und 2. 200 f. 340.
„Kiautschou-Post“ 205 Anm. 316 Anm. 2
Kiautschou-Vertrag 340
Kidsi (See) 232
K'ien-Lung, chines. Kaiser 6. 259
Kien-tsch'ang (Stadt) 342
Kilung (Hafen) 329
Kin-tschou (Stadt) 336 f.
Kind, Aug. 65 Anm.
Kinder, C. 329
K'ing, Prinz von — 74. 86. 124. 133. 148 Anm. 1. 315
King—Han-Bahn 338
King—Tschang-Bahn 337
King—Tsing-Bahn 337
Kirchenstaat, chinesischer 64
Kirin 126 ff. 187 Anm. 2. 250. 332 f. 336
Kiukiang (Hafen) 169. 342
Klaproth, J. 355 f.
Klassen, politische (in China) 39 ff.
Klerus (buddhistischer) 161. 165 Anm. 256 f. 260. 267 Anm. 269 ff. 286
Klobukowski, Gen. Gouverneur von Indo-China 367 Anm. 2
Klöster s. Buddhistische Klöster und Taoistische Klöster
Kloster-Güter, Einziehung der — 160 ff. 285
Knappe, W. 370
Ko-ming tang (Umsturz-Partei) 94
Kobe (Hafen) 138
„Kobe Chronicle“ 69 Anm.
Kochin-China 357
„Kölnische Zeitung“ 268. 290 Anm. 1
Königsberg 370
Köppen, C. F. 257 Anm. 2. 293 Anm. 1
Kohl, Horst 346 Anm. 3 und 4
Kokorew & Co. 232
Kokumin domei kwai (japanischer National-Bund) 154
„Kokumin-no-Tomo“, japan. Zeitschrift 67
Kolonial-Gesellschaft, Deutsche 373
Kolonial-Institut (Hamburg) 369 f.
Kolonial-Kongreß, Deutscher 373
Kommissare, chines., für Tibet s. unter Amban
Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung 102 ff., 123 f.
Kommission zum Studium fremder Staatseinrichtungen 118 ff. 122. 178
Konfuzianisch-buddhistische Universität 160. 164
Konfuzianische Akademie 115 Anm.

Konfuzianische Orthodoxie 117
Konfuzianismus (Konfuzianisches System) 9. 16 f. 22 f. 24. 29. 37. 41. 46. 51. 64 f. 67. 70 f. 73. 75 f. 113. 115. 117. 152. 164. 174. 192. 195 f. 203.
Konfuzius 1 f. 16. 17 Anm. 1. 19. 22. 29. 41. 51 f. 64. 67. 75. 152 f. 179 f. 190
Kong-jin (Stadt) 138
Konkursrecht (chinesisches) 184
Konoye, Prinz, japan. Politiker 137. 140. 154 f. 157
Konstantinopel 157
Konsuln 29. 40 Anm. 2. 140 Anm. 1. 141
Konvention betreffend Birma und Tibet 261
Korea 25. 32 f. 58. 100. 137 f. 141 f. 154. 160. 199. 252 Anm. 275. 292. 294.
Kosaken 219 f. 222 Anm. 2. 226. 229. 235. 241 Anm. 251 f.
Kosmischer Gedanke 16
Kosmopolitismus 10. 66
Kou pang tsĕ (Ort) 336
Krasnojarsk (Stadt) 230. 234
Kreis-Tage (Yi schi hui) 125. 184 f.
Krieger, M. 130
Kriegsministerium 133. 187 ff.
Kruschow, russ. Gen. Gouverneur 233
Ku peï k'ou (Ort) 221
K'u-p'ing-Silber 316 f.
K'uan tsch'êng tsĕ s. Tsch'ang-tsch'un
Kuan Tschung, chines. Philosoph 178
Kuang—Hia-Bahn 345
Kuang-Provinzen (Kuangtung u. Kuangsi) 26. 31. 32. 73. 76 f. 116. 124. 133. 217 Anm. 321. 338 Anm. 1.
Kuang-Sü, chines. Kaiser 78 ff. 93. 104
Kuang-tê (Stadt) 341
Kuang (-tschou) = Kanton 345 Anm. 1
Kuang-tschou wan (Bucht) 73
Kuangsi (Provinz) 333. 344
Kuang-tung (Provinz, s. auch Kuang-Provinzen) 161. 187. 300. 344. 349 f.
Kublai Khan 45 Anm. 3. 257 Anm. 2
Kueï-hua tsch'êng (Stadt) 337
K'ueï-tschou fu (Stadt) 342
Kueïtschou (Provinz) 334 Anm. 3
Kültegin, Inschrift des — 365
Küstengebiet (russisches in Ostasien) 58. 226. 231 Anm.
Kuhn, E. 374
Kukunor 255. 257
Kuldscha (-Gebiet) 44 Anm. 58
Kultur-Bestrebungen (in China) 200 ff. 214
„Kultur der Gegenwart" 255 Anm. 1
Kulturvölker, Solidarität der — 69
Kulun nor (See) 238
Kumarska (Festung) 220
K'un-lun (Gebirge) 255
Kung, Prinz von 34. 75. 78. 80
Kung-sun Tsch'u Kiu 69 f.
Kung-yik (Stadt) 344. 351 Anm.
Kungur (Stadt) 233
Kunlun-Ferry (Ort) 334
Kuo kia = Regierung 3
„Kuo-wên pao", chines. Zeitung 85. 136
Kurgan (Stadt) 233
Kyöng-syang to (Provinz) 138
Kyoto 144

L.

Lai-schui (Ort) 338
Lama miao (Stadt) 241 Anm. 1
Lamaismus 128. 255 Anm. 1. 256. 271
Lamas (lamaist. Hierarchie) 261 f. 268. 270. 281 f. 285. 287 f. 291. 293 Anm. 1
Lan-tschou (Stadt) 339
Land-Erwerb s. Grund-Erwerb
Landsdowne, Lord 291
Langson (Stadt) 333. 344
Lao tsĕ 371
Laokai (Stadt) 333 f. 343
Laufer, B. 255 Anm. 1. 373
Lazareffsches Institut für orientalische Sprachen (Moskau) 369
Legge, J. 355
Legitimität 6
Lehen-Staat 180 (s. auch Feudalwesen)
Lehrer, deutsche, in China 54. 368, japanische 142 f. 151 Anm. 3. 213 f. 216.
Leiden 372
Leipzig 368
Lemière, J. Em. 82 Anm. 1
Lena 228. 230
Lévy, S. 368
Lha-sa 129 Anm. 1. 256 ff. 264 f. 267. 269. 271. 274 ff. 280 f. 283 ff. 289. 292
Lha-sa, Abkommen von — s. Englisch-tibetischer Vertrag
Li Hung Tschang 23. 74. 98. 100 107. 109 ff. 121. 142. 320. 329. 348.
Li Ping Hêng (chines. Staatsmann) 32. 74
Li Tsung, chines. Kaiser 45 Anm. 3
Liang K'i Tsch'ao 25 Anm. 1. 34 Anm. 4. 46 f. 75 ff. 93 ff. 139 f. 146 f.
Liang Tsch'êng, chines. Diplomat 74 Anm. 2
Liaotung 49 (Golf von —) 189
Lien Fang, chines. Minister 109
Lien-ping tsch'u, Militärische Kommission 188 Anm. 1. 321
Lien-tschuang hui („Dorf-Verband") 168
Likin (Inland-Zoll) 28. 33. 108. 186 Anm. 1. 296 ff. 302 ff. 309
Lin Hü, chines. Reformator 82. 85. 88
Literarische Grade 206. 208 ff.
Literaten(tum) 13. 27. 73 ff. 79. 114 f. 117. 134. 139. 152. 160 f. 165. 178. 184. 190. 194 ff. 199. 362 f.
Literatur, alte, Chinas 47 Anm.

Little, englischer Kaufmann 135
Liu Kuang Ti, chines. Reformator 82. 85. 88
Liu K'un Yi, Gen. Gouverneur 141 ff. 300
Liu Ming Tsch'uan, Gouverneur 329
Liukiu-Inseln 27. 58
Liverpool (England) 368
Ljubimow, russischer Kaufmann 233
Lo Fêng, Lu, chines. Gesandter 109 f.
Lo-yang (Stadt) 338 Anm. 2
London 94. 120. 262. 264. 269. 275. 278 ff. 283. 287 f. 314. 332 Anm. 371
„London and China Express" 217 Anm. 290 Anm. 2
Lortscha-Krieg 12
Lu, Staat des Altertums 2. 4 Anm.
Lu—Han-Bahn 338
Lu-kou k'iao 331
Lu tschou (Stadt) 343
Lu Tsch'uan Lin, chines. Staatsmann 101. 104 Anm.
Lun-yü 19. 164 Anm. 2
Lung-tschou (Stadt) 32. 333. 343 Anm. 1.
Lyon 370 [344

M.

Ma Tê Yün, chines. Jurist 4 Anm.
Macao 344
Macdonald, Général 262
Mackay, Sir James 299. 301
Mac Lean, A. 184 Anm. 3 und 4
Madagaskar 33
Madras 314 Anm. 2
Märkte in der Mongolei 244. 248
Magistrat(uren) (Unterpräfekturen) 27. 29. 185. 191. 208
„Mahâbodhi-Society" 160
Mahlmann, W. 361 Anm.
Mai Mêng Hua, Schriftsteller 16
Mamur (Fluß) 222 Anm. 2
Manchester 368
Mandalay (Stadt) 268 Anm.
Mandschu-Dynastie 39 f. 77. 93. 196 ff. 219. 251. 257. 259. 281
Mandschu-Garnisonen 197
Mandschu-Partei 48. 92 f. 103 Anm. 3
Mandschurei 25. 28. 32. 39 Anm. 41. 58. 103. 116. 126 ff. 133. 155 f. 183. 187 Anm. 2. 197. 199. 219 f. 222. 226 f. 229. 236. 243. 245. 247. 249 ff. 282. 294. 307. 311. 329 Anm. 332 f. 360
Mandschurei-Abkommen, zwischen Rußland und China 127. 226 f. zwischen China und Japan 127 Anm. 3. 311 Anm. 2. 336. zwischen Rußland und Japan 58 Anm. 127 Anm. 3. 129. 227
Mandschuria (Ort) 225 Anm. 336
Mandschurisch-chinesischer Gegensatz 77. 93. 124. 133 f. 196 ff.
Mandschurische Eisenbahnen 73. 109. 227. 214. 247 Anm. 2. 249. 252 f. 335 ff. 351.
Mandschurische Verwaltung 126 ff. 197. 251
Mandschus 5. 7 f. 28 Anm. 40 f. 48 ff. 77. 90. 93 f. 96 Anm. 3. 133. 146. 196 ff. 229. 239 f. 246. 250 f. 257
Mariinsk (Stadt) 234
Marine (chines.) 189. 321 f.
Marine-Amt 189
Marken- und Musterschutz 306. 310
Markham, Cl. R. 260 Anm. 1
Marseille 204
Martin, W. A. P. 114
Maspero, H. 368
Maße und Gewichte 310
Maybon, A. 40 Anm. 1. 371
Mên-t'u k'ou (Ort) 337
Mêng hien (Stadt) 338
Mêng tsĕ, chines. Philosoph 6. 16. 17 Anm. 1
Mêng tsĕ (Stadt) 334 Anm. 2. 343
Mexiko 46. 312
Mi-yün hien (Stadt) 221
Mias (Stadt) 235
Michie, A. 60 Anm.
Mien (-tien) = Birma 343 Anm. 1
Mikado 143. 155. 160
Militär-Instruktoren 143. 151 Anm. 3
Militär-Verwaltung 126. 188
Militärwesen s. Heerwesen
Min-Fluß 31 Anm. 2
„Min pao" (chines. Zeitung) 146 Anm.
Ming-Dynastie 26. 93. 257
Ministerien (s. auch unter Ressort-Minister) 182 ff. 347
Minussinsk (Stadt) 230. 232
Mirs-Bai 189
Mission-Schulen 201. 203 f. 209 f. 212
Missionar-Frage 13. 64. 66. 151. 153, 162. 169 f. 171 ff. 307
Missionar-Kongreß von 1907 175. 210
Missionare (christliche) 5. 9. 22. 32. 39. 43. 64 f. 142. 151 f. 158 f. 162. 165 ff. 171 ff. 201. 203 f. 210 ff. 218 Anm. 220. 282. 306 f. 357 ff. 368. (buddhistische) 153. 158 f. 161
Missionen (christliche) s. unter Katholische Missionen, Protestantische Missionen und Missionare
Mitkiewicz, Graf 345
„Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen" 131 Anm. 2. 183 Anm. 2. 184 Anm. 3. 188 Anm. 1. 342 Anm. 2
Mittel-Asien 156. 160. 233. 255. 265. 267 Anm. 268. 270. 280. 289. 358
Mittelmeer 63
Mittelreich = China 4. 10. 13. 17. 57. 68. 93. 135. 240. 242. 267 Anm.

Miura, japan. Staatsmann 137
Mo-ho (Ort) 220 Anm.
Momeïn (Stadt) 343
Mongolei 28. 128. 130. 155. 160. 221. 230. 236 ff. 281. 294. 329. 337
Mongolen 45. 49. 130. 224 Anm. 237. 239 ff. 248. 250 f. 253 Anm. 254. 257 Anm. 2
Mongolen-Dynastie s. Yuan-Dynastie
Morgan, P. 85
Morimoto, japan. Professor 143
„Morning Post“ 262
Morphium 307
Morrison, Ingenieur 232
Morrison, Dr., Journalist 290
Morse, H. B. 320 Anm. 335 Anm. 1
Moskau 109 f. 220. 232. 234. 372
Moule, Bischof 169
München 359. 368. 374. 377
Münz-Regal 317
Münz-System (s. auch Währung) 33. 313 ff.
Muhamedaner 44
Muhamedaner-Aufstand 270. 296
Muhamedanismus 9. 45. 151
Mukden 125 ff. 307. 311. 332 f. 336 f.
Murawiew 226 f. 229 f.

N.

Nagaoka, Baron 140
Nan-hai hien (Kanton) 89
Nan-k'ou-Paß 337
Nan-ning (Stadt) 333. 343 Anm. 1. 344
Nan-tsch'ang (Stadt) 172. 174. 342
Nan-yang-Schule (bei Schanghai) 148. N. y. — Flotte 321
Nanking 40 Anm. 2. 121 Anm. 1. 124. 132. 135 Anm. 1. 141. 143. 147. 148 Anm. 2. 187 Anm. 2. 189. 216. 321. 334. 339. 341. 352
Nanking, Vertrag von — 11 f. 56. 297
National-Staat 10 f. 18 f. 59. 61. 66. 68. 70. 172. 175 f.
Nationalgefühl 10. 41 (der Chinesen) 7 f. 41. 47. 128. 171. 196. 198 f.
Nationalismus 176. 198 f.
Nationalität (im chines. Staate) 8. 10
Nepal 26 Anm. 1. 57. 255. 258. 260 f. 282. 287 f. 292
Nertscha (Fluß) 220. 222. 230
Nertschinsk 220 ff. 226. 229 f. 247 f.
Nertschinsk Zavod (Stadt) 221. 248
„Neue Armee“ 83 ff.
Neumann, K. F. 358 f. 374
New York 119. 314. 364. 368
Nganking (Stadt) 143. 341
Ngari (tibet. Provinz) 258
Ngo-mu'rh (Fluß) 220 Anm.
Nicaenum 175 Anm. 2
„Niederlassungen“ in China 304 f. 307. 311
Nieh Schi Tsch'êng chines. General 82. 84. 86
Nien-feï 296
Nietzsche, F. 10
Nikolajewsk 226. 230
Nikolaus I. Russischer Kaiser 232. II. do. 235
Ning-hia fu (Stadt) 256 Anm.
Ningpo 167. 189. 334. 341
„Nippon schimbun“, japan. Zeitung 138
Niptschu = Nertschinsk, s. dieses
Nischni-Nowgorod 232 f. 235
Nischni-Tagil (Stadt) 232
Nischni-Udinsk 234
Niutschuang 128. 243. 250. 329. 332 f. 336
Nord-Armee s. Peï-yang-Armee
Nordafrikanische Völker 63
„North China Herald“ 65 Anm. 85 Anm. 1. 167. 174 Anm. 1. 184 Anm. 2. 226 Anm. 2. 230 Anm.
Notabeln 47. 183. 185
Nowo Tsuruchaitu (Ort) 249
„Nowy Krai“, russische Zeitung 156
Nung-kung-schang pu (Handels-Ministerium, s. auch dieses) 108 Anm. 1
Nunziatur, päpstliche, in Peking 174

O.

Ob (Fluß) 228. 230 ff. 234
Ochotsk 229
Ochotskisches Meer 225. 229
O'Conor, N. 267 Anm.
Odessa 253
Öffentliche Meinung (in China) 13
Oertsche muren (Fluß) 237 f.
Österreich 44. 120
Offizier-Anwärter, chinesische 188
Offiziere, chinesische 120. 143. 188
Okuma, Graf, japan. Staatsmann 154
Omsk 234 f.
Onon (Fluß) 221. 222 Anm. 2
Opium(-Handel) 11. 33. 240. 242 f. 299. 308. (-Steuer) 186 Anm. 1
Orenburg 235
Orientalische Wissenschaften 361 f. 364. 372 f. 377
Orientalisches Institut (Wladiwostok) 372
Orientalisches Seminar (Berlin) s. Seminar für orientalische Sprachen
Orkhon (Fluß) 366
Orossi = Russen 240
Osaka 155 f.
Ostasiatische Geschichte 56 ff. 358. 366. 376
Ostasiatischer Kulturbund 38. 68. 136 (s. auch Tō-A dōbun kwai) 152. 154 ff. 159. 162
„Ostasiatischer Lloyd“ 4 Anm. 154. 182 Anm. 184 Anm. 2. 213 Anm. 316 Anm. 2

Ostasien 137. 142. 154 ff. 159. 171. 174 Anm. 2 202 f. 214 f. 217. 319. 337. 357 ff. 367. 371. 374. 376
Ostchinesische Bahn 109. 252 Anm. 335
Ostindische Kompagnie 259 f.
Ostrowski, Ingenieur 234 f.
Otani Kozui, Graf, japan. Kirchenfürst 163
Oxford 217 Anm. 368

P.

Pagoda Anchorage (Hafen) 31
Pai ho (Fluß) 329
Pakhoi (Hafen) 189
Palladius, O. 355. 369
Pantschen Erdeni Lama 256 ff. 277 f.
Pao-kuo hui s. Reichschutz
Pao-Mêng hui („Gesellschaft zum Schutze der Mongolei") 130
Pao-ting fu (Stadt) 141. 187 Anm. 2. 338
Papiergeld 313. 317 f.
Papst 174
Papsttum 4
Paris 120. 168 Anm. 370. 375
Parker, E. H. 299 Anm. 2
Parlament (chinesisches) 185. 194. 303
Parteien, politische (in China) 39 ff. 74
Patente 306
Peï kuan (Peking) 372
Peï-yang 82
Peï-yang-Armee 187 f. -Flotte 321
Peking 7. 11. 12. 14. 27. 29. 31. 40 Anm. 2. 45 Anm. 1. 46. 72. 74 ff. 82 ff. 92 Anm. 96 f. 100 ff. 106. 108. 110 Anm. 1. 119. 122. 124. 126 f. 129 ff. 132 f. 134 Anm. 3. 137. 143. 148 f. 158. 160 f. 168. 171 ff. 181 Anm. 184 ff. 191. 193. 197 ff. 202 f. 205 f. 208 f. 211. 216 f. 219 ff. 224. 226. 232. 241 Anm. 243. 247 Anm. 3. 257 ff. 263 ff. 274 f. 277. 279 f. 282 ff. 289 f, 298. 302. 310 f. 313. 317. 320 Anm. 323. 325. 329 ff. 334. 336 ff. 342. 345. 348 f. 351 f. 359. 372
Peking-Hankou-Eisenbahn 104. 331. 338
„Peking-Syndikat" 135. 334. 338
„Peking-Zeitung" 241 Anm.
Pekinger Schluß-Protokoll 304
Pelliot, P. 368. 370
Penang 94
Pereira, A. 221 ff.
Perlfluß 333
Perm 230 ff.
Persien 5. 44 f.
Peter der Große 29. 78
Petersburg 44 Anm. 233. 237 Anm. 280 f. 285 Anm. 1. 333. 372
Petropawlowsk 234
Philologie, in Deutschland 362 f.
Pien (= K'ai-fêng fu) 338 Anm. 2
Pien-Lo-Bahn 338
P'ing-yang (Stadt) 339
Pischel, R. 358
Pitt, W. 260
Plath, J. H. 219 Anm. 358 f. 368
Po-schan (Stadt) 340
Po-ssĕ (Stadt) 333
Po-yang-See 342
Pojarkow 229
Pokotilow, D. 127
Polen 33. 44. 226
Polizei 123 f. 143. 179. 183
Polo, Marco, 5. 354
Port Arthur 50 f. 73. 227. 333. 336
Portsmouth, Friede und Vertrag von — 127 Anm. 3. 178. 336
Portugiesen 5. 314 Anm. 2
Post- u. Verkehrs-Ministerium 126 Anm. 1. 326. 335 Anm. R 337 ff. 349 Anm. 350 Anm. 3
Post-Verwaltung 322. 326
Potala 256
Pott, Hawks 210
Präfekten 27. 129. 185
Präfekturen 185. 191. 208. 320
Presse 41. 77. 88. 92 f. 98. 104. 202
Preßgesetz 184
Preußen 214. 347. 366. 368 f. 373
Preußische Expedition nach Ostasien 360
„Preußische Jahrbücher" 18
Prinz-Regent von China 83 Anm. 99 Anm. 103 Anm. 1. 104. 190 Anm. 198 Anm. 2
Protektorat, französisches, über die kathol. Missionen in Ostasien 174 Anm. 2
Protestantische Missionen 166 f. 169 f. 173
Protestantismus 52. 152 f. 166 f.
Provinzen (Chinas) 123. 179 ff. 186 ff. 190 ff. 199. 207 ff. 213. 216. 351
Provinzial-Landtag 125. 185
Provinzial-Regierungen 101. 103. 108. 117. 124. 129. 132. 141 f. 144. 153. 173. 182. 184 Anm. 2. 188. 190. 193. 207. 297. 302. 305 f. 314. 317. 323. 346 f.
Provinzial-Schatzmeister 321
Provinzial-Schulbehörden 216
Provinzial-Schulräte 191
Provinzial-Verwaltung 128
Prüfung-System s. Staatsprüfungen
P'u-k'ou 135 Anm. 1. 339 f.
Pu Lun, Prinz 189
P'u-tschou (Stadt) 338 f.
Puir nor (See) 237. 245

R.

Räuberunwesen 127
Rashet, Ingenieur 232
Rasse, weiße 70. 136. 145
Rasse-Bewußtsein 67. 136. 141. 156. 366
Rasse-Einheit 70. 138. 153. 156
Rassenhaß 19. 35. 39. 41. 54. 68 ff. 94. 151

Rathgen, K. 370 Anm. 1
Ravenstein, E. G. 219 Anm.
Reaktion 89. 91 f. 142. 160
Reby, J. 369 Anm.
Recht und Rechtspflege 123 f. 132. 179. 181. 183
Reform (in China) 26. 27. 29 ff. 36. 38 f. 46 ff. 75 ff. 90. 98. 108 Anm. 5. 109 Anm. 1. 117 ff. 122. 131 f. 144. 149. 151. 177. 181 ff. 186 Anm. 1. 190. 198. 200. 322 (in Tibet) 285
Reform-Edikte 82. 115. 142
Reform-Konfuzianismus 16 Anm. 1. 22 f. 42. 68 f.
Reform-Literatur 214
Reform-Periode (von 1898) 100. 116. 197
Reform-Programm (vom 27. August 1908) 185 Anm. 2. (vom 1. September 1906) 178 f. 186. 190
Reformatoren 19. 24 f. 37 f. 40. 76 ff. 84 f. 87 f. 92 ff. 97. 100. 140 f. 144. 146. 149. 160. 177. 190. 194. 196
Reformbewegung 20 ff. 36. 38. 90 f. 97. 146
Reformschriften 23
Regiments-Kommandeure 188
Reichs-Marine-Amt 201 ff. 205. 212 f.
Reichsbank (chinesische) 101. 144. 313 f. 317
„Reichschutz", Klub 76 f. 81 f. 91
Reichskanzler 181
Reichsregierung (deutsche) 121. 201. 205 f. 216
Reichstag (deutscher) 201 ff. 212 f.
Religiöse Propaganda 54. 64. 151. 158 f. 163. 165. 166. 168 f. 173 ff. 201. 203 f.
Religion (Begriff) 64
Religions-Idee 51 f.
Republik 94. 196
Ressort-Minister (oder Fach-) 181 f.
Reuter's Telegraphen-Agentur 202. 274 f.
Revolutionäre 39 f. 94. 198
„Revue d'histoire diplomatique" 24 Anm. 1
„Revue du monde musulman" 372 Anm.
„Revue internationale de l'enseignement" 371 Anm. 2
Richard, Timothy 170. 173
Richert 18
Richthofen, F. von — 361. 364 ff.
Riess, L. 164 Anm. 3
Rin po tschhe, Groß-Lama 281
Riukiu-Inseln 27 Anm. 1
Rjäsan 234
Rockhill, W. W. 255 Anm. 1. 285 Anm. 1. 288 Anm. 1 u. 2. 289 Anm. 2. 291
Rodes, J. 104 Anm. 3
Rom 5. 362
Romanow 232
Rooseveldt, Th. 69. 347
Ross, John 167
„Rote Kirche" 256
Rougemont, Missionar 9
Rousseau, J. J. 40
Russen 5. 44. 48 f. 126 ff. 141. 219 f. 222 ff. 227. 229. 239 f. 249. 252. 262. 265. 270. 277. 351
Russisch-Chinesische Bank 226 Anm. 2. 252. 339
Russisch-Chinesischer Vertrag (von 1689) 225 f. (von 1727) 247 Anm. 3 (von 1858) 226. 231 Anm. 247 Anm. 3 (von 1860) 231 Anm. (von 1881) 225 Anm. 230 Anm. (von 1896) 226 (von 1898) 226 f. (von 1902) 227
Russisch-japanische Abkommen 157 Anm. 1. 227. 252 Anm.
Russisch-japanischer Krieg 19. 41. 69. 131. 176. 184. 187. 199. 269. 280. 282. 319. 322
Russisch-tibetischer Geheim-Vertrag 262
Russische Presse 157
Russischer Grenzhandel 230. 249 f.
Rußland 25. 31 f. 44. 48 ff. 58. 62. 69 f. 72 f. 78. 86. 109 f. 120. 139. 151. 154. 157. 176. 199. 226 ff. 231 ff. 234 ff. 246 ff. 251. 253 ff. 258. 266. 268. 270. 277. 280 f. 283 f. 287 f. 292 ff. 307. 319. 333. 335 ff. 358 f. 372

S.

Sa-skya, lamaist. Sekte 256. 257 Anm. 2
Sachsen 365
Saghalien Ula (Fluß) 222
Saigon 57. 370
Salz (Handel) 299. 308 (Steuer) 320
Samarkand 25 Anm. 2
Sambō hombu, japan. Generalstab 83
Samurai 164 Anm. 3
San Francisco 172. 174
San-ka-hoi (Stadt) 344
San-kia tien (Ort) 337
San-mên (Ort) 189
San-tu ngao (Ort) 189
Sanitätswesen 188
Sanskrit 361 f. 364
Saratow 232
Satow, Sir E. 274
Satsuma 27 Anm. 1
Saussure, L. de — 371
Schadrinsk (Ort) 233
„Schamscha Khan" 219
Schan-hai kuan (Stadt) 332 f. 336 f.
Schan K'i, Prinz 128 Anm. 2
Schan (-t'ou) = Swatow 345 Anm. 2
Schang-Dynastie 4. 42 Anm. 47
Schanghai 16 Anm. 2. 25 Anm. 1. 39 f. 40. 53. 65 Anm. 76. 82 Anm. 1. 87 ff. 94. 101. 109. 133 Anm. 2 137. 139. 141. 144. 148. 167. 172. 175. 184 Anm. 2. 189. 210. 214. 216. 253. 296. 298 ff.

303 f. 309. 312 f. 323 f. 328. 334. 341 ff. 352
Schansi (Provinz) 128. 133. 135. 187 Anm. 2. 211. 242 f. 245. 251. 284. 334. 337 f.
Schantung (Provinz) 32. 74 Anm. 1. 101. 125. 152. 187 Anm. 2. 188 Anm. 3. 189. 206 f. 212. 296. 303. 334. 339 f. 352
Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft (deutsche) 268. 340
Schape (tibet. Minister) 258. 265
Schatzmeister 27. 186 Anm. 1
„Schên pao" chines. Zeitung 147. 161. 163. 169. 349
Schêng-king (Provinz) 336 Anm. 3
Schêng Süan Huai, chines. Staatsmann 102. 300. 316 ff. 331. 341
Schensi (Provinz) 76. 124. 135. 287. 296. 334
Schi-kia tschuang (Ort) 339
„Schi pao", chines. Zeitung 293. 317 Anm. 335 Anm. 1. 336
Schi Tsu Tschang, chines. Kaiser 28
Schigatse (Stadt) 257 f.
Schilka 220 ff. 225. 230 f. 237 Anm. 252
Schimonoseki, Friede und Vertrag von — 27. 72. 75. 111 Anm. 136 f. 139. 151 Anm. 1. 165
Schin-schü (buddhist. Sekte) 161. 163
Schinran Schönin, japan. buddhist. Patriarch 163
Schira muren (Fluß) 237 ff. 241 ff.
Schlegel, G. 366
Schopenhauer, A. 364
Schott, W. 359. 368
Schu-king, chines. Werk 4 Anm. 42
Schui-wu tsch'u (oberste Zollbehörde) 323 Anm. 2. 326
Schulen (moderne in China) 114 ff. 142. 148. 150. 152. 155. 160 ff. 190 ff. 194 f. 201. 203 f. 208. 216. 322
Schultze, E. 260 Anm. 1
Schun-ning (Stadt) 334. 343
Schun-Tschi, Kaiser 219
Schweden 45. 226
„Sechs Ministerien" 82. 182
Seezölle und Seezollwesen 298 f. 313. 323 ff.
Seiden-Handel 247 ff. 253
Seja (Fluß) 229 f.
Selbstverwaltung 125. 132. 178. 183 f.
Selenga (Fluß) 230 f.
Selenginsk 220. 224. 232. 247
Seminar für orientalische Sprachen (Berlin) 368 f. 371
Semipalatinsk 230. 232
Semitische Sprachen 375
Serebrianka (Fluß) 228
„Série d'Orient" 82 Anm. 1
Sharetts, General 18
Si-Hia (tangut. Dynastie) 256 Anm.
Si ling (Kaisergräber) 338
Si-ngan fu (Stadt) 7. 96 f. 339
Siam 58. 154 f. 159. 312. 360
Siamesischer Kronprinz 155
Siang schan (Ort) 189
Sibirien 219. 228 ff. 243. 247 ff. 294
Sibirische Bahn 25 Anm. 2. 50. 109. 222. 226. 228 ff. 236. 244. 247 Anm. 2. 249 ff. 333. 337
Sidensner 231. 234
„Siebenter Prinz" 98 f.
Sieh, Kaiserin 45
Sikkim 26 Anm. 1. 57. 255. 259 ff. 284. 287 f. 292
Sin-hui (Ort) 344
Sin-min fu (Sin-min tun, Stadt) 333. 336 f.
„Sin min t'sung-lu", chinesische Zeitung 146
Sin-tsch'êng fu (Stadt) 336 Anm. 3
„Sin-wên pao", chinesische Zeitung 174. 181. 277. 292 Anm. 2
Sin-yang (Stadt) 334. 339
Singapore 39. 88. 93 f.
Sinologie 357 ff.
Slatoust 234 f.
Slawentum 70. 156
Sleigh, Ingenieur 232
„Society for the Diffusion of Christian and General Knowledge among the Chinese" 53. 213
Söul 138. 336
Sofiisk (Stadt) 232
Sofronow, Ingenieur 232
Sorbonne (Paris) 367
Soziale Frage 94
Spanier 5
Srong-tsan-gam-po, tibet. König 256. 257 Anm. 2
Ssĕ-ma Ts'ien, chines. Geschichtschreiber 90 Anm.
Ssĕtschuan (Provinz) 76. 124. 127. 134 Anm. 3. 135. 143. 155. 167. 187 Anm. 2. 255 f. 262. 271. 277. 282. 285 ff. 292 f. 332 Anm. 342 f. 349. 351
„St. John's College" (Schanghai) 210
Staatsgedanke, chinesischer 1 ff. 12 f. 15. 18. 22. 30
Staatsprüfungen 27. 29. 30. 33. 76. 113 ff. 190 ff. 204. 208 f. 215
Staatsrat 15 Anm. 25. 82. 87. 92 Anm. 126. 182. 197. 205 (tibet.) 258. 281
Staatstreich (von 1898) 92. 100
Stanowoi-Gebirge 225
Staro Tsuruchaitu (Ort) 221. 225 Anm. 249
Stead, A. 70 Anm.
Steuerwesen 181. 187
Stieler, K. 329 Anm.
Stiller Ozean 157. 229. 231 f.
Strafprozeß (chinesischer) 184

Straits Settlements 312 f.
Strafrecht (chinesisches) 183 f. (deutsches) 213 Anm.
Stretensk 225. 230. 248
„Studenten", chinesische 40. 54. 90. 94. 120. 134. 141. 144 ff. 193 ff. 209. 350
Studien-Kommission, chinesische 91 Anm. (militär.) 188 Anm. 3. (Marine-) 190 Anm. 202. s. auch unter Kommission
Studiendirektoren 190 f. 193. 206 f.
Studienreisen, Gesellschaft zur Beförderung von — im Auslande 144
Su, Prinz von — 128
Su-Hang-Bahn 341
„Su pao", chines. Zeitung 40. 94 Anm.
Sü Schi Tsch'ang, chines. Staatsmann 103 f. 119 f. 126 f.
Sü-tschou (Stadt) 340. 342 f.
Süd-Asien 156. 160
Südsee-Inseln 29. 46
Sui-Tschang-Bahn 337
Sui-yuan (Stadt) 337 f.
Suifu (Sü-tschou fu, Stadt) 334. 342
Sun-ning (Stadt) 344. 351 Anm.
Sun Yi Sien (Sun Yat Sen), chinesischer Politiker 94. 134
Sung-Dynastie 26. 45
Sungari 219 f. 222 Anm. 2. 230
Sutschou 134 Anm. 3. 187 Anm. 2. 334. 341. 352
Suyematsu, japan. Staatsmann 70. 150 Anm.
Swatow 141. 153. 345

T.

Ta-li (Stadt) 334
Ta-lien wan (od. Tairen, od. Dalnij, Hafen) 50 f. 73. 227. 333. 336
Ta schi k'iao (Ort) 336
Ta-schi Lama 256
Ta-schi-Lhum-po (Stadt) 256 Anm. 257. 260
Ta-tsien-lu (Stadt) 256. 286
Ta Ts'ing yi t'ung tschi (chinesische Reichs-Geographie) 237 Anm.
Ta Ts'ing yin-hang (chines. Reichsbank) 317 Anm.
Ta-t'ung fu (Stadt) 338 f.
Ta tung kou (Hafen) 311
„Tägliche Rundschau" 130
Tagil (Fluß) 228
Tai Hung T'sĕ, chines. Minister 119 ff. 122. 124
Tai-ku (Ort) 138
T'ai-p'ing-Aufstand 8. 296
T'ai-tschou fu (Stadt) 167
T'ai Tsung Wên, chines. Kaiser 28
T'ai-yuan fu (Stadt) 211 f. 334. 338 ff. 352
Taiyo, japan. Zeitschrift 160
Takao (Hafen) 329
Taku (Ort) 90
„Taku" (Torpedoboot) 88 Anm. 1
T'an Ssĕ T'ung, chines. Literat 79. 82 ff. 140
T'ang-Dynastie 26. 114. 256 Anm.
T'ang-ku (Ort) 329
T'ang Schao Yi, chines. Minister 126 f. 133. 265 f. 268 f. 272. 275. 315 f. 325
Tang Tsai Fou 335 Anm. 1
Tanguten 255. 259. 267 Anm. 282
Tao-k'ou (Stadt) 338
Tao-Kuang, Kaiser 99 Anm.
T'ao-nan fu (Stadt) 336
Tao-tê king, chines. Werk 374
Taoistische Klöster 161
Taotai 27. 321. 323
Tarasowskaja (Ort) 230
Tartaren 224
Tartarischer Golf 232
Taylor, F. E. 300
Tee-Handel 243. 245. 247 ff. 253 f. 262
Teilung Chinas 31 f. 44. 48 f. 62. 73
Telegraphen 102. 108. 322
Tempel (konfuzianische) 29. (buddhistische) 159 f. s. auch Klöster
„Temps" 104 Anm. 3
Têng-yüe (Ort) 334. 343
Ti-fang tsĕ-tschi kü (Amt für lokale Selbstverwaltung) 125
Tibet 26. 58. 127 Anm. 2. 128. 129 Anm. 1. 155. 187 Anm. 2. 255 ff.
Tibet-Expedition, englische 262. 266. 269. 274. 276. 281. 289.
Tibeter 257. 261. 267 Anm. 273. 276. 279. 282. 286. 288 ff.
T'ieh Liang, chines. Staatsmann, 103 f. 124. 133. 325
Tien (= Yünnan) 343 Anm. 1
T'ien hia = das Reich 3. 17
Tien-Mien-Bahn 343
T'ien tsĕ = Himmelssohn, Kaiser 3
Tien-Yüe-Bahn 343
Tientsin 12. 65. 66 Anm. 1. 80. 83 ff. 90. 100 f. 103. 121. 125. 136. 139. 184. 189. 197. 243. 250. 254. 297. 312 ff. 317. 329 f. 332. 337. 339 f. 351
Tientsin-P'u-k'ou-Bahn 268 Anm. 1. 339 f. 348 Anm. 350 Anm. 1
Tientsin-Tschinkiang-Bahn 135. 268. 334
„Times" 32. 60. 157. 217 Anm. 265. 289 f. 350 Anm. 1. 352
Tjumen 229 ff. 233. 235
Tō-A dōbun kwai (Ostasiat. Kulturbund) 38 Anm. 136 ff. 144. 150. 155
Tobar, J. 82 Anm. 1. 84 Anm. 87 Anm. 1 und 2
Tobol (Fluß) 228. 233
Tobolsk 229. 234

Tokyo 94. 136 f. 141. 143 f. 146. 148 f. 154 f. 159. 161
Tolbuzin 220
Toleranzklausel (der Verträge) 9. 159
Tom (Fluß) 230
Tomsk 230. 234 f.
Tongking 26. 57. 72 f. 294. 333. 343 Anm. 3
Tono 143
Torgut-Mongolen 156 Anm.
„T'oung pao" 165 Anm. 255 Anm. 1. 272 Anm. 327 Anm. 335 Anm. 1. 336 Anm. 2. 364 Anm. 2. 371
Tōyō, japan. Zeitschrift 154
„Transactions of the Asiatic Society of Japan" 164 Anm.
Transbaikalien 221. 231. 237. 248
Transit-Zoll 298 f. 305
Transkaspische Bahn 25 Anm. 2
Tributvölker 13. 239. 267. 270
Troup, J. 164 Anm.
Tsaghan muren (Fluss) 237 ff. 241. 243
T'sai Kün, chines. Gesandter 146 ff.
Tsai Sün, Prinz 190 Anm.
Tsai T'ao, Prinz 188 Anm. 3. 190 Anm.
Tsai Tschen, Prinz, chines. Minister 124. 126. 133. 148 f.
Tsai Tsê, Herzog 102. 104 Anm. 119 f. 122. 124
Tschang-Jo-Bahn 337
Tschang-kia k'ou (Kalgan) 337 Anm. 2
Tsch'ang Lin, chines. Minister 80
Tschang Ping Lin, chines. Journalist 146 Anm.
Tsch'ang-scha (Stadt) 311. 339
Tsch'ang-tê (Stadt) 339
Tschang tien (Ort) 340
Tschang Tschi Tung 23. 37. 40. 74. 91. 101. 103 f. 115 f. 120. 124. 132 f. 142 f. 178. 182. 187. 197. 205. 208 f. 215. 300. 330 ff. 346. 350
Tschang-tschou (Stadt) 345
Tsch'ang-tsch'un (Stadt) 336
Tschang Yin Huan 74. 91. 98
Tschao, fürstl. Familie 90 Anm.
Tschao Ör Fêng, chines. Staatsmann 127 Anm. 2. 282. 285 ff. 291. 293
Tschao Ör Sün, Gen. Gouverneur 116. 127. 282. 286. 293
Tschao Ping Lin, chines. Zensor 182 Anm.
Tsch'ao-Schan-Bahn 345
Tschao schan lie tao (Inselgruppe) 189 Anm. 1
Tsch'ao-tschou fu (Stadt) 345
Tschekiang (Provinz) 31. 74 Anm. 1. 119. 124. 142. 144. 160 ff. 187. 341. 347. 350 f.
Tscheljabinsk 234 f.
Tsch'ên Pao Tschên, chines. Staatsmann 74 f. 91
Tsch'ên-tschou (Stadt) 339
Tschêng-T'ai-Bahn 339. 351
Tsch'êng T'ang, chines. Kaiser 42 Anm. 2
Tschêng-ting fu (Stadt) 334. 339 f. 352
„Tschêng-tschi kuan pao" (chines. Amtsblatt) 184 Anm. 2. 216
Tschêng tschou (Stadt) 338. 340
Tsch'êng-tu fu (Tschêngtu) 134 Anm. 3. 143. 282. 317. 332 Anm. 342
Tschêng-wu tsch'u (Reform-Behörde) 186 Anm. 1
Tsch'êng Ying, Persönlichkeit aus der Tsin-Dynastie 89 ff.
Tschiamdo = Kham s. dieses
Tschifu 88. 189. 340
Tschifu-Konvention 260 f.
Tschili (Provinz) 83. 97 f. 100 ff. 106. 116. 121 Anm. 1. 124. 128. 132. 142 ff. 168. 173. 183 f. 188 Anm. 3. 239. 242 f. 251. 296. 300. 310. 311 Anm. 1. 321. 339. 348
Tschinkiang (Stadt) 187 Anm. 2. 339
Tschita 222. 232. 249 Anm. 1
Tschou-Dynastie 4 Anm. 26. 47. 177 ff.
Tschou Fu, Gen. Gouverneur 116. 124. 132 f. 152
Tschou-kia k'ou (Ort) 338
Tschou-ts'un (Ort) 340
Tschu hou = Vasallenfürsten 3 Anm. 1 s. auch unter Vasallenfürsten
Tsch'u Kiu s. Kung-sun Tsch'u Kiu
Tsch'uan-Han-Bahn 342
Tschulym (Fluß) 230
Tschumbi-Tal 261. 264. 276. 282 f. 292
Tsch'un, Prinz von — 98 f. 104
Tsch'un-ts'iu, chines. Werk 2. 4 Anm. 15. 16
Tsch'un-ts'iu fan lu (Exegese des Tsch'un-ts'iu) 2 f. 6 f. 15. 17
Tsch'un-ts'iu Tung schi hio, chines. Werk 17 Anm. 2
Tschung Hui, chines. Staatsmann des Altertums 42 ff.
Tschung kuo = China 4
Tschungking (Stadt) 143. 309. 334 Anm. 1. 342 f.
Tschusan-Archipel 189
Tschusowaja (Fluß) 228
Tschyung-tschyöng to (korean. Provinz) 138
Tsê-Tao-Bahn 338 f. 351
Tsë-tschêng yuan, Beratungshof und Vorparlament 184 f.
Tsê-tschou (Stadt) 338 ff.
Ts'ên Tsch'un Hüan, chines. Staatsmann 52. 116. 133
Tsêng, Marquis 23. 44 Anm. 61. 111
Tsi-nan fu (Stadt) 125. 152. 207. 339 f.
Tsin, Fürstentum 90 Anm.
Tsin-Dynastie 45

T'sin-Dynastie 180
T'sing-Dynastie 77 s. auch Mandschu-Dynastie
Ts'ing-hua tschên (Stadt) 338
Ts'ing-P'u-Bahn s. Tientsin-P'u-k'ou-Bahn
„Ts'ing yi pao", chines. Zeitung 146
Tsing-Yü-Bahn 337.
Tsingtau 101. 200 ff. 215 f. 218. 340
„Tsingtauer Neueste Nachrichten" 165
Tsitsihar (Stadt) 237 Anm. 243. 245. 249 f.
Tsong-kha-pa 256 f. 281 Anm. 1
Tsungaren 258. 289 Anm. 2
Tsungli Yamen 15 Anm. 25. 34. 74 f. 79 f. 82. 97. 169. 267 Anm. 297 f. 323
Tsuruchaitu (Ort) 247 s. auch Staro und Nowo Tsuruchaitu
Tu Tung, chines. Kaiser 45 Anm. 3
Tuan Fang, chines. Staatsmann 91. 104 Anm. 116. 119 ff. 122. 124. 132. 181. 189
Türkei 33. 44 f. 186 Anm. 1
Türkische Völker (Inner-Asiens) 267 Anm.
Tung Fu Siang, chines. General 82. 84. 86
T'ung kuan (Ort) 338 f.
T'ung-Tschi, chines. Kaiser 96 Anm. 2
T'ung tschou (Stadt) 329 f. 332. 337
Tung Tschung Schu, chines. Staatsmann und Philosoph 2. 17
Tung-Ts'ing-Bahn 335
„T'ung wên Hu pao" (chines. Zeitung) 107. 141. 143. 149. 156. 162. 165. 264. 275. 277 f.
Tung-Ya t'ung wên hui oder T'ung wên hui (ostasiat. Kulturbund, s. auch dieses unter Tō-A dōbun kwai) 38 Anm. 137. 140 ff. 153
Tung-Ya t'ung wên schu-yuan 141
Tungusen 219. 224 Anm.
Tura (Fluß) 228. 230. 235
Turkistan 28. 74 Anm. 2. 128 f. 163. 187 Anm. 2. 236. 258. 268. 270. 276

U.

Uchimura Kanzo, japan. Schriftsteller 69
Uchtomski, Fürst E. 70. 157
Ud (Fluß) 225
Übersetzungs-Anstalten 141 (in Tsingtau) 213
Ufa 234
Ukita, japan. Gelehrter 68 f.
Umsturz-Partei (s. auch Revolutionäre) 196
Unda (Fluß) 221
„Union Medical College" (Peking) 211
Universal-Staat 4. 59. 64. 66 f. 70. 196
Universalismus 4. 6. 8 f. 15 ff. 41. 51. 61. 67. 69
Universität in Peking 142 f. 191. 206. 209 ff. 218 Anm. 351
Universitäten 361 ff. 365. 368. 371. 374 f.
Unterrichts-Ministerium 108. 117. 191. 193. 204 ff. 210 f. 216. 351
Unterrichtswesen 29. 38. 53 ff. 115. 117. 123 ff. 142 f. 150 f. 183. 190 ff. 199 ff. 208 ff. s. auch unter Erziehung
Ural 219. 228. 231 ff. 235
Urga (Stadt) 281. 283. 337
Ussuri 219. 226. 229 f. 231 Anm. 234
Ust Strelka (Ort) 225
Utchida, japan. Gesandter 165

V.

Vasallenfürsten oder Lehensfürsten 3 f. 17
Verbrauch-Steuer 300. 305
Vereinigte Staaten s. Amerika
Verfassung (Chinas, alte) 179 (neue) 122 f. 177 ff. 183 f. 186. 194 f. 213 Anm. (Preußens) 122. 213 Anm. (Japans) 122. 213 Anm.
Verfassungs-Geschichte Chinas 179
Verfassungstaat 190. 194 f.
Verpflegungswesen (militärisches) 188
Verträge (Chinas) 11 f. 56 f. 59 f. 63 f. 65 Anm. 113. 173 Anm. 1. 174. 298 s. auch Handels-Verträge
Vertragsmächte 14. 109. 307. 309
Vertreter, fremde 14. 306 Anm. 2
Verwaltung, chines. 26. 132. 143
Verwaltungsrat (der Provinzen) 183
Vissière, A. 24 Anm. 1. 127 Anm. 1. 367
Vizekönig von Indien 271 Anm. 1. 278 Anm. 279 f. 286 f. 291
Vladimir 219 Anm. 225 Anm.
Völkerrecht 14. 223
Volksvertretung 178. 184 f.
Vorderasiatische Völker 63
Vorparlament, chinesisches 185 Anm. 2. 293. 320 Anm.
Voyron, General 168 Anm.

W.

Währung (Geld-) 144. 187. 307. 310. 312 ff.
Währungs-Verhältnisse 102 Anm. 186 f. 312 ff. 346
Wai-wu pu 34 Anm. 3. 205. 274. 283. 323. 325 f.
Waldersee, Graf von — 63
Wales, Prinz von — 277 f.
Wan hien (Stadt) 342
Wan-schou schan, Sommerpalast 15 Anm. 78. 83 ff.
Wang Kiao Jen, chines. Schriftsteller 16
Wang Kang Nien, chines. Schriftsteller 17
Wang Ming Luan, chines. Minister 80
Warren, Missionar 65 Anm.
Washington 74 Anm. 2

Wassiljeff, W. 358. 372
Watanabe 143
Wei-hai wei 73
Wei hien (Stadt) 340
Wei-hui fu (Stadt) 104
Welt-Einheit 51 f. 69. 71
Welt-Friede 23. 41. 51 f. 69. 71
Welt-Kirche 9
Welt-Staat 7. 9 ff. 17 ff. 30. 57. 59. 66 ff. 180. 295
Welt-Volk 7
Weltwirtschaft 71
Wen Ching, anonymer Schriftsteller 77 Anm.
Wên Ti, chines. Zensor 77
Wên Tsung Yao, chines. Kommissar 286. 292 f.
Wêntschou (Hafen) 100. 189. 341
Wêng T'ung Ho, chines. Staatsmann 15 Anm. 25. 30 f. 74 f. 77. 80. 98
Werchne-Udinsk 249 Anm. 1
West-Fluß 343
„Westminster-Gazette" 290
Whampoa 344 f.
Widju (Stadt) 336
Wieger, L. 45 Anm. 3
Wilhelm I. 112
Wilhelm, R. 164 Anm. 2
Williams, W. 13
Wissenschaften (moderne) 115. 141 f. 144 f. 190. 192 ff. 204. 215. (altchinesische) 117 f. 192 f. 204. 215
Wjatka 233
Wladiwostok 226. 229. 234 f. 253. 333. 336. 372
Wlasow, Gouverneur von Niptschu 223
Wolga 230 ff.
Wu-sü tschêng pien ki, chines. Werk 48 Anm. 75 Anm. 3. 77 Anm. 140
Wu-t'ai schan (Gebirge) 284
Wu Ting Fang, chines. Minister 184
Wuhu (Hafen) 341
Wusung 88. 328 f. 341
Wutschang (Stadt) 40. 120. 124. 132. 142 f. 147. 197. 321. 330
Wylie, A. 358

Y.

Yaksa (Ort) 220 Anm. 224
Yakub Beg 270
Yalu (Fluß) 307. 311
Yang Jui, chines. Reformator 82 f. 85. 88
Yangtsê 4 Anm. 49. 135 Anm. 1 139. 143. 169. 292. 309. 331. 332 Anm. 334. 339 ff.
Yangtsê-Provinzen 31. 94. 143 f. 182. 188. 196. 277. 300. 321
„Yangtsê-Tal" 73. 332 Anm. 333
Yatung (Ort) 286
Yen tsch'êng (Stadt) 338
Yen-tschou (Stadt) 340
Yezo 27 Anm. 2
Yi schi hui (Kreistag) 125
Yi tschou (Stadt) 338
Yin schêng = Lizentiat 96 Anm. 1
Yin Tsch'ang, chines. Staatsmann 103. 107. 188
Ying t'ai, Insel im Kaiser-Palast zu Peking 87
You-tsch'uan pu (Ministerium für Post- und Verkehrswesen) 126 Anm. 1. 349 Anm.
Younghusband, Sir F. 262. 265. 275. 281. 289 f. 293 f.
Yuan-Dynastie 26. 257
Yuan Schi K'ai 23. 82 ff. 91 f. 95. 98. 100 ff. 107 Anm. 1. 108. 116. 121 Anm. 1. 124 f. 132 f. 142 ff. 173. 178. 184. 187 ff. 197. 268. 313 ff. 337
Yuan Schu Hün, Gen.-Gouverneur 217 Anm.
Yü, chines. Kaiser 4 Anm.
Yü Lien Yuan, Gouverneur 142
Yüe (= Kuang-Provinzen) 338 Anm. 1. 343 Anm. 3
Yüe-Han-Bahn 338
Yüe-Nan-Bahn 343
Yün-nan fu (Stadt) 317. 334. 342 f.
Yünnan (Provinz) 25 f. 32. 72. 155, 187 Anm. 2. 255. 282. 333 f. 343 Anm. 2. 344
Yule, H. 314 Anm. 2

Z.

Zar (von Rußland) 219 f. 223. 262. 281
„Zeitschrift für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft" 373
„Zeitschrift für Missionskunde u. Religionswissenschaft" 65 Anm.
Zeitungen 73. 102. 109. 117. 121. 141.
Zensorat 25. 28. 139. 193 [182
Zensoren 34. 118
Zentral-Asien s. Mittel-Asien
Zentral-Gewalt 13. 98. 107 f. 124. 132. 180 ff. 347. 351
Zentral-Regierung 75. 77. 106. 119. 129. 131. 179. 181. 185 Anm. 2. 186. 192. 197. 199. 203. 208. 218 Anm. 286. 303. 312. 330. 341. 350 Anm. 1
Zentralisierung (der Staatsgewalt) 101. 106 ff. 186 Anm. 1. 190
Zivil-Verwaltung 126 f. 321 f.
Zizikar 126 s. auch Tsitsihar
Zolldirektoren (chinesische) 302. 325 f.
Zollwesen 127. 323 ff. s. auch Seezollwesen

Berichtigungen:

Seite	45		zu lesen:	Tsin	statt	T'sin (zweimal)
„	52		„ „	Ts'ên Tsch'un Hüan	„	Süan
„	126	Anm. 1	„ „	You-tsch'uan pu	„	tschuan
„	135	Anm.	„ „	P'u-k'ou	„	Pu-kou
„	189		„ „	Hai tschou	„	Hai-tschou
„	337	Anm. 1	„ „	Petersburg	„	Peterburg.

ROYAL ASIATIC SOCIETY. LIBRARY OF THE BOMBAY BRANCH OF THE

00062337

Digitized with financial assistance from

H T Parekh
FOUNDATION

An Initiative by
HDFC
WITH YOU, RIGHT THROUGH

on 15 October, 2018